ResearchGate

See discussions, stats, and author profiles for this publication at: https://www.researchgate.net/publication/331876266

Geschäfte mit der Macht. Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992–2001

Book · March 2019

CITATION
1

READS
30

3 authors, including:

Hans-Henning Schröder
Freie Universität Berlin

47 PUBLICATIONS **53** CITATIONS

SEE PROFILE

Some of the authors of this publication are also working on these related projects:

Project

"Wirtschafteliten in Rußland" (WER). Forschungsprojekt, gefördert von der Volkswagenstiftung. Durchgeführt am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. View project

Project

"Gesellschaftliche und ökonomische Bedingungen sicherheitspolitischer Konzeptionen in der Sowjetunion 1976-1987" View project

All content following this page was uploaded by Hans-Henning Schröder on 19 March 2019.

The user has requested enhancement of the downloaded file.

GESCHÄFTE MIT DER MACHT

Wirtschaftseliten als politische Akteure im Rußland der Transformationsjahre 1992-2001

Stefanie Harter, Jörn Grävingholt, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Köln / Bremen 2003

Typoskript. Publiziert als

Stefanie Harter, Jörn Grävingholt, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder: Geschäfte mit der Macht. Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992-2001 (= Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa. Band 16), Bremen: Edition Temmen 2003, 379 S.

Für Darya, Paula und Sophie

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung 7

1. Einleitung 9

1.1 Transformation – Übergang wohin? 9

1.2 "Eliten" als Akteure 15

1.3 Der Faktor Gesellschaft 29

2. Akteure und Strukturen in der Ära Jelzin 1992-1999 37

2.1 Rußlands Wirtschaft. Externe Einflußfaktoren und Binnenentwicklung 37

2.1.1 Der Verlauf der Reformen 40

2.1.2 Rußlands Wirtschaft am Ende der Jelzin-Ära 64

2.1.3 Fazit 72

2.2 Sozialer Wandel und Umverteilung: Die Neukonstituierung von Gesellschaft 77

2.2.1 Tendenzen der Gesellschaftsentwicklung seit Mitte der achtziger Jahre 80

2.2.2 Transformationsverlierer: Armut im neuen Rußland 86

2.2.3 Mittelschichten: Die neue Klasse? 91

2.2.4 Typologien der gesellschaftlichen Schichtung 95

2.3 "Alte" und "neue" Eliten: Annäherung an die Akteure 104

2.3.1 Die Elitenformation im neuen Rußland 104

2.3.2 Eliten in der russischen Politik: Empirische Studien auf Basis des Positionsansatzes 111

2.3.3 Eliten in der russischen Politik: Versuche mit dem Reputationsansatz 135

2.3.4 Fazit ... 146
2.4 Wirtschaftseliten in der Jelzin-Ära: Der Aufstieg der "politischen Unternehmer" ... 149
2.4.1 Zur Binnenstruktur der Wirtschaftselite ... 150
2.4.2 Die Herausbildung von Unternehmens- und Finanzkonglomeraten ... 156
2.4.3 Die großen Finanzgruppen im politischen Kräftefeld 1996-1998 ... 165
2.4.4 "Privatisierung des Staates" als Grundzug der Ära Jelzin? ... 180

3. Akteure und Entscheidungen 1992-1999. Fallstudien ... 187
3.1 Banken in A(u)ktion. Privatisierung und Pfandauktionen ... 191
3.1.1 Das russische Privatisierungsprogramm ... 191
3.1.2 Der Fall "Noril'skij Nikel'" ... 203
3.1.3 Der Fall "Svjaz'invest" ... 209
3.1.4 Der Fall Rosneft' ... 213
3.1.5 Schlußfolgerungen ... 221
3.2. Gazprom: Die hohe Schule des Lobbyismus ... 234
3.2.1 Gazprom und der Staat ... 236
3.2.2 Die inhaltliche Argumentation der Gazprom-Lobby – Der Gaskonzern als Sponsor der russischen Volkswirtschaft ... 242
3.2.3 Resümee ... 246
3.3 Luftfahrtindustrie und Politik: zwischen Konflikt und Kooperation? ... 251
3.3.1 Sowjetisches Erbe unter russischem Management ... 253
3.3.2 Die Konfliktebenen ... 271
3.3.3 Fazit ... 280

3.4 Die Kohleindustrie: Bergarbeiterproteste als Druckmittel? ... 282
3.4.1 Die Kohlekrise ... 282
3.4.2 Die Kohleindustrie im politischen Interessengeflecht ... 284
3.4.3 Das Protestpotential der Bergleute ... 288
3.4.4 Die begrenzte Wirksamkeit der Bergarbeiterproteste ... 292
3.5 Eliten, Netzwerke und Entscheidungsprozesse in der regionalen Politik ... 298
3.5.1 Einleitung ... 298
3.5.2 Föderaler Handlungsrahmen, regionale Autonomie und regionale Eliten ... 302
3.5.3 Elitenkonsens und dominante Verwaltung: Der wirtschaftliche Erfolg in Novgorod ... 308
3.5.4 Elitenkonflikte und schwache Verwaltung: Die Mühen der Transformation in Volgograd ... 336
3.5.5 Ausblick ... 361
3.6 Wirtschaftsakteure im Übergang ... 365

4. Die Präsidentschaft Putin – neue Spielregeln für Wirtschaftsakteure? ... 371
4.1 Der Übergang von Jelzin zu Putin ... 371
4.2 Die Wendung gegen die "Finanzoligarchie" – Putins "Staat und Kapital" ... 375
4.3 "Der Staat hat einen Knüppel" – Offensive gegen die "Oligarchen" ... 379
4.4 Der neue Kurs – eine Allianz von Staat und "Kapital"? ... 386
4.5 Spielräume für neue Finanzgruppen ... 392
Die Al'fa-Gruppe ... 393

Die MDM-Gruppe 397
Der Aluminiumsektor 401
4.6 Politik und Finanzgruppen in der Ära Putin 406

5. Transformation und Gesellschaft 411

6. Anhang 421
6.1 Exkurs: Zur Auswertung der Politikerratings in der Nezavisimaja gazeta 421
6.2 Tabellen 435

7. Verzeichnis der benutzten Literatur 469
Elektronische Periodika 469
Tages- und Wochenzeitungen, Gesetzblätter 469
Monographien, Sammelbände, Aufsätze, "graue" Literatur 471

Verzeichnis der Tabellen 501

Verzeichnis der Abbildungen 504

Vorbemerkung

Die vorliegende Studie entstand im Rahmen des Forschungsprojekts "Zur Rolle von Regional- und Wirtschaftseliten im Prozeß ökonomischer Transition. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Wandels in Rußland", das von August 1997 bis Mai 2000 am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln durchgeführt wurde. Der Dank der Autoren gilt vor allem der Volkswagenstiftung, die das Projekt durch eine großzügige Unterstützung ermöglichte. Sie danken auch Professor Dr. Heinrich Vogel, dem Leiter des – inzwischen aufgelösten – Bundesinstituts, der ihnen in seiner Forschungseinrichtung einen großartigen Arbeitsrahmen bot, und zudem durch finanzielle Unterstützung die Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse sicherte.

Dank schulden wir auch den Gesprächspartnern aus Wissenschaft, Geschäftsleben und Verwaltung in Moskau, Kemerovo, Novgorod und Volgograd, die in generöser Weise ihr Wissen und ihre Ideen mit uns teilten. Ohne ihre Unterstützung wäre diese Studie nicht möglich gewesen. Bei der Vorbereitung der Drucklegung hat Frau Monika Lenhard uns wertvolle Hilfe geleistet. Professor Dr. Wolfgang Eichwede, Direktor der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen schließlich war so freundlich, die Publikation der Studie zu unterstützen und sie in die Reihe "Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa" aufzunehmen.

Der vorliegende Band stellt – in guter russischer Tradition – eine "kollektive Monographie" dar. Die Autoren haben das Konzept gemeinsam entwickelt und dann die einzelnen Themenschwerpunkte zur Bearbeitung verteilt. Die Manuskripte wurden gemeinsam besprochen und in die endgültige Form gebracht. Die Vorlagen für die einzelnen Kapitel wurden von folgenden Personen verfaßt:

1. Transformation – Übergang wohin? (Schröder)
2. Akteure und Strukturen in der Ära Jelzin 1991-1999

2.1 Rußlands Wirtschaft 1992-1999. Externe Einflußfaktoren und Binnenentwicklung (Harter)

2.2 Sozialer Wandel und Umverteilung: Die Neukonstituierung von Gesellschaft (Schröder)

2.3 'Alte' und 'neue' Eliten: Annäherung an die Akteure (Schröder)

2.4 Die Wirtschaftselite in der Ära Jelzin – der Aufstieg der "politischen Unternehmer" (Schröder)

3. Akteure und Entscheidungen 1991-1999. Fallstudien

3.1 Einführung in die Fallstudien (Schröder)

3.1 Banken in A(u)ktion. Privatisierung und Pfandauktionen (Grävingholt)

3.2 Gazprom: Die hohe Schule des Lobbyismus (Pleines)

3.3 Die russische Luftfahrtindustrie: Industrie und Politik zwischen Konflikt und Kooperation (Harter)

3.4 Die Kohleindustrie: Bergarbeiterproteste als Druckmittel? (Pleines)

3.5 Eliten, Netzwerke und Entscheidungsprozesse in der regionalen Politik: Novgorod und Volgograd (Harter/Grävingholt)

3.6 Wirtschaftsakteure im Übergang (Schröder)

4. Die Präsidentschaft Putin – neue Spielregeln für Wirtschaftsakteure? (Schröder)

5. Transformation und Gesellschaft (Schröder)

Schließlich noch ein Wort zur Textgestaltung. Die Schreibung russischer Namen, Abkürzungen und Fachausdrücke folgt den Regeln der wissenschaftlichen Transkription. Nur in jenen Fällen, in denen sich eine deutsche Schreibweise eingebürgert hat, wird – abweichend davon – die eingedeutschte Form benutzt (also "Jelzin" statt "El'cin" usf.).

Köln, Januar 2003 Henning Schröder

1. Einleitung

1.1 Transformation – Übergang wohin?

Rußland hat in den letzten fünfzehn Jahren einen tiefgreifenden Veränderungsprozeß durchgemacht. Gesellschaftsordnung, politisches System und Wirtschaftsverfassung sind umgestürzt worden, der sowjetische Staatsverband ist aufgelöst. Initiiert wurde der Prozeß von der sowjetischen Führung, die nach dem Tode Breschnews alle Anstrengungen unternahm, das ökonomische Wachstum und die technologische Entwicklung zu beschleunigen. Doch der Versuch, im Rahmen des Systems zentraler Planung eine "Beschleunigung" durchzusetzen, machte sehr bald die strukturellen Schwächen der Wirtschaftsordnung sichtbar. Man begann nach neuen Wegen zu suchen und das, was als Systemreform begonnen hatte, ging binnen kurzem in Systemwandel über. Im Wirtschaftsbereich wurden die Grundlagen des sozialistischen Plansystems in Frage gestellt, und man diskutierte die Einführung von Marktelementen, während in der Politik die Gesellschaft mit dem Ziel mobil gemacht wurde, die bürokratische Starre zu überwinden. Die Aktivierung der Gesellschaft, die über die Maßen gut gelang, hatte jedoch ungewollte Folgen. Es formierten sich politische Kräfte, die das sowjetische Regierungssystem und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken selbst in Frage stellten. Als der sowjetische Staatsverband sich unter dem Druck dieser Kräfte auflöste, wurde der Weg für eine wirkliche Transformation von Wirtschaft und politischem System frei. In Rußland konzipierte die Regierung Jelzin-Gajdar einen raschen Übergang zum Markt. In der Tat gelang es der russischen Führung unter Präsident Jelzin trotz aller Widerstände, die Wirtschaftsverfassung und später auch das politische System durchgreifend zu reformieren. Die zentrale Planung wurde beseitigt, der Großteil des Produktivvermögens ging in private Hand über, die Preise wurden freigegeben, der Kapitalverkehr liberalisiert. Die Verfassung von 1993 etablierte ein Präsidialsystem mit einem Zweikammernparlament, es entstanden Parteien und regionale Selbstverwaltungsorgane, die politische Führung wurde durch reguläre Wahlen legitimiert. Seit Mitte

der neunziger Jahre war dieser Prozeß soweit vorangeschritten, daß eine Rückkehr zur Sowjetordnung praktisch nicht mehr möglich war.

Auf der anderen Seite entsprachen die neuen Verhältnisse nicht der ursprünglichen Erwartung, der Übergang zu "Markt" und "Demokratie" werde rasch zu breitem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit führen. Der ökonomische, soziale und politische Wandel, der in Gang gekommen war, schuf eine Realität, die sich mit diesen Hoffnungen der Anfangsjahre nur schwer versöhnen ließ. Die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums, die durch Inflation und Privatisierung herbeigeführt wurde, brachte eine zutiefst gespaltene Gesellschaft hervor. Ende der neunziger Jahre konnte sich nur eine Minderheit der Bevölkerung als Gewinner der Transformation betrachten, für die große Mehrheit bedeutete die Demokratisierung und der Übergang zum Markt Armut und sozialen Abstieg. Die sozialen Kräfteverhältnisse spiegelten sich im politischen Raum wider: In dem Präsidialsystem, das sich auf der Basis der Verfassung von 1993 herausbildete, dominierten politische Clans und Klientelnetzwerke. Zu einer wirksamen Organisierung der Interessen gesellschaftlicher Großgruppen in Form von Parteien oder Verbänden, Grundlage einer funktionierenden Demokratie, kam es nur in Ansätzen. Der Zugriff auf Wirtschaftsgüter wurde vorrangig über politische Netzwerke geregelt. Nicht der freie Wettbewerb der Marktkräfte entschied über den Erwerb vormals staatlicher Großbetriebe, sondern der Zugang zu den politischen Führungskreisen. Kurz, die Beseitigung der politischen und wirtschaftlichen Ordnung, die in der Sowjetunion geschaffen worden war, hat keineswegs automatisch zur Herausbildung einer marktwirtschaftlichen Demokratie "westlichen Typs" geführt.

Gewiß, die Erwartungen, die in frühen neunziger Jahre geäußert wurden, waren wenig realistisch. Schon die Transformationstheorie, die Mitte des Jahrzehnts eine erste Bilanz zu ziehen versuchte, wies auf die Vielzahl

von Faktoren hin, die auf den Ausgang der Entwicklung einwirkten.[1] Und Klaus von Beyme warnte 1994 ganz explizit davor, die Chance des westlichen Demokratiemodells zu überschätzen:

> "Die neue Osteuropaforschung wird sich vor einer neuen teleologischen Adventsstimmung hüten müssen: Demokratie steht auf der Tagesordnung der Transformationsprozesse. Aber das Resultat des Prozesses wird nicht überall Demokratie nach westlichem Muster sein!"[2]

Die historische Entwicklung hat dieses Verdikt bestätigt. In den osteuropäischen Länder formierten sich politische Regime, die in vielen Zügen nicht jenen westlichen Mustern entsprachen, die als Vorbild hatten gelten sollen. Warum dies geschah, warum ein Land einen spezifischen

---

1 Vgl. u.a. die Arbeiten von: K.v. Beyme: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994; ders.: Transformationstheorie – ein neuer interdisziplinärer Forschungszweig?, in: Geschichte und Gesellschaft, 20. Jg., 1994, Nr. 1, S. 99-118; ders./C. Offe (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Köln/Opladen 1995 (= Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft); K.v. Beyme: Osteuropaforschung nach dem Systemwechsel. Der Paradigmawandel der Transitologie, in: Osteuropa, 49. Jg., 1999, Nr. 3, S. 285-304; G. Gill: The Dynamics of Democratization. Elites, Civil Society and the Transition Process, Houndmills/Basingstoke/Hampshire/London 2000, vii; S. Heilmann: Die Politik der Wirtschaftsreformen in China und Rußland, Hamburg 2000 (= Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg. Nummer 317); N. Kloten: Zur Transformation von Wirtschaftsordnungen: theoretische, phänotypische und politische Aspekte, Tübingen 1991; J.J. Linz/A. Stepan: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, London 1996; W. Merkel (Hrsg.): Systemwechsel 1, Opladen 1994; ders./E. Sandschneider/D. Segert (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen 1995; W. Merkel/E. Sandschneider (Hrsg.): Systemwechsel 3, Opladen 1997; W. Merkel/E. Sandschneider (Hrsg.): Systemwechsel 4, Opladen 1999; A. Przeworski: Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge 1993 (= Studies in Rationality and Social Change); E. Sandschneider: Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung, Opladen 1995; H. Wollmann/H. Wiesenthal/F. Bönker (Hrsg.): Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Opladen 1995 (= Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Sonderheft 15/1995).

2 Vgl. Beyme 1994, S. 357.

Weg einschlug, warum sich politische, Wirtschafts- und Sozialordnung so und nicht anders entwickelt haben, das eben bedarf der Erklärung. Eine solche Untersuchung kann sich auf die Ausarbeitungen der Transformationstheorie stützen, die eine Reihe konzeptioneller Ansätze entwickelt hat, sie muß darüber hinaus die Bedingungen des Einzelfalls genau in den Blick nehmen. Es geht darum, eine Vorstellung von den Mechanismen und den Triebkräften zu gewinnen, die im Verlaufe des Übergangs zu Marktwirtschaft und Demokratie auf die Prozesse innerhalb eines Landes einwirken. Die Vorgänge, die durch diesen Übergang in Gang gesetzt wurden, werden gewöhnlich mit den Termini "Transformation", "Transition" oder "Systemwechsel" bezeichnet.[3] Eberhard Sandschneider hat 1995 versucht, diese und inhaltlich benachbarte Begriffe zusammenzustellen und für die Fachdiskussion zu systematisieren:

[3] Diese Begriffe sind in den letzten Jahren in zahlreichen Veröffentlichungen diskutiert und entfaltet worden; ich will hier nur einige deutschsprachige Titel aufführen: Beyme 1994; ders.: in: Geschichte und Gesellschaft, 20. Jg., 1994, Nr. 1, S. 99-118; G.-J. Glaeßner: Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Regimewechsel, Transition und Demokratisierung im Postkommunismus, Opladen 1994; Merkel: Systemwechsel 1, 1994; ders./Sandschneider/Segert: Systemwechsel 2, 1995; Merkel/Sandschneider: Systemwechsel 3, 1997; dies.: Systemwechsel 4, 1999; W. Merkel/H.-J. Puhle: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade, Opladen/Wiesbaden 1999; Sandschneider: Stabilität 1995; H.-J. Wagener: Transformation als historisches Phänomen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1997, Nr. 2, S. 179-191; Wollmann/Wiesenthal/Bönker 1995.

Tabelle 1: Konkurrierende Begriffe für die Transformation politischer Systeme

Transformationsmodalität	Transformationsbereich	Transformationstyp	Transformationsergebnis
Evolution	Politischer Wandel	Systemwandel	Übergang
	Sozialer Wandel	Transition	Demokratisierung
	Wirtschaftlicher Wandel		Pluralisierung
			Modernisierung
		Regimewechsel	
		Systemwechsel	
Revolution		Systemzusammenbruch	

Quelle: Sandschneider: Stabilität 1995, S. 38.

Diese Zusammenstellung ist deshalb hilfreich, weil sie deutlich macht, daß Transformation ein umfassender Begriff ist, der in ganz unterschiedlichen historischen Kontexten Verwendung findet, wie auch Wagener noch einmal 1997 sehr präzise gezeigt hat.[4] Transformation ist also keineswegs ein inhaltlich determinierter Vorgang, der notwendig mit der Institutionalisierung und Konsolidierung von Demokratie endet. Es handelt sich dabei vielmehr um einen Prozeß, dessen Ausgang offen ist. Transformation ist nach Sandschneiders Formulierung "keine geschichtsnotwendige Einbahnstraße". "Transition" wiederum versteht er mit Ralf Dahrendorf als einen speziellen Transformationstyp, "… the controlled transformation of illiberal states into liberal ones".[5] In diesem

4 Wagener, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1997, Nr. 2, S. 179ff.

5 Sandschneider: Stabilität 1995, S. 38; Sandschneider zitiert hier R. Dahrendorf: Transitions: Politics, Economics and Liberty, in: Washington Quarterly, 13. Jg., 1990, Nr. 3, S. 133-142, hier S. 134; die begriffliche Unsicherheit der gegenwärtigen Debatte wird deutlich, wenn man die Definition betrachtet, die Merkel und Puhle benutzen (Merkel/Puhle 1999, S. 13), die gerade "Transformation" als zielgerichteten Prozeß verstehen: "'Transformation' bedeutet: Systemwechsel von autokratischer zu demokratischer Herrschaft: Er soll in folgende drei Phasen unterteilt werden: Ablösung des autokratischen Regimes. Institutionalisierung der Demokratie. Konsolidierung der Demokratie.

Verständnis ist dem Begriff Transition das Ziel "liberale Demokratie" immanent, während im Rahmen einer Transformation, für sich genommen, auch andere inhaltliche Ziele verfolgt werden können. Die sowjetische Geschichte selbst bietet dafür ein Beispiel. In den zwanziger Jahren war die Frage, wie die Transformation der kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische zu bewerkstelligen sei – d.h. eine Umgestaltung der Wirtschaftsordnung, die gerade auf eine Beseitigung der Marktordnung abzielte – ein zentrales Thema der Auseinandersetzung innerhalb der Kommunistischen Partei Sowjetrußlands.[6]

Die Transformation, die am Ende des Jahrhunderts diese Veränderungen wieder rückgängig machen sollte, wurde von der russischen Regierung unter Jelzin und Gajdar nach der Abwehr des konservativen Putsches im August 1991 allerdings explizit mit dem Ziel eingeleitet, das politische System zu demokratisieren und die Marktwirtschaft einzuführen. Dies war keine Machtübernahme durch eine demokratische Gegenelite – die sich in der Sowjetunion nicht hatte entfalten können –, sondern lediglich eine Herrschaftsnachfolge im Gefolge eines Systemzusammenbruchs, der die personelle Kontinuität weitgehend wahrte. Die "neue"

'Erfolgreiche Transformation' bedeutet auch: Etablierung und Konsolidierung einer effizienten, marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung. Der Schwerpunkt und die Perspektive unserer Untersuchung ist jedoch auf den politischen Systemwechsel von autokratischen zu demokratischen Herrschaftsordnungen gerichtet."

6 Auf den doppelten Systemwechsel in Rußland bzw. der Sowjetunion weist auch völlig zu Recht Beyme hin; vgl. Beyme 1994, S. 70ff; zu der Diskussion der zwanziger Jahre vgl. u.a. A. Erlich: Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924-1928, Frankfurt am Main/Wien 1971; eine Theorie der Transformation zum Sozialismus haben etwa Bucharin und Preobraženskij Anfang der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts ausgearbeitet: N.I. Bucharin: Put' k socializmu, Novosibirsk 1990; N. Bucharin: Ökonomik der Transformationsperiode, Reinbek 1970; N.I. Bucharin/J.A. Preobraschenskij [Preobraženskij, E.A.]: Das ABC des Kommunismus. Mit Illustrationen von Wladimir W. Majakowskij und einer Einführung von Boris Meissner, Zürich 1985; E. Preobrashenskij [E.A. Preobraženskij]: UdSSR 1975. Ein Rückblick in die Zukunft, Berlin 1975; E.A. Preobraženskij: Die neue Ökonomik, Berlin 1971.

Führungsgruppe rekrutierte sich zunächst weitgehend aus "alten" Eliten – es war gewissermaßen ein Versuch, sich am eigenen Schopfe aus dem Sumpf zu ziehen. Erst die Reformen selbst führten im Rahmen des von ihnen ausgelösten beschleunigten sozialen Wandels den Aufstieg neuer Gruppierungen herbei, die ihrerseits Einfluß auf die Richtung des Transformationsprozesses nahmen. Die Gruppen, die sich in der Anfangsphase durchsetzen konnten, verfolgten aber eigene Ziele – nämlich eine Konsolidierung ihrer individuellen Position. An der Fortentwicklung des demokratischen Systems, dem Ausbau von Rechtsstaat und Bürgergesellschaft sowie der Durchsetzung eines Marktes mit funktionierender Wettbewerbsordnung waren sie nur insoweit interessiert, als es zur Sicherung ihrer Stellung nützlich war.[7] Bei der Analyse von Systemwechseln in Osteuropa kann daher ein Transitionsverständnis, das westliche Modelle von "Demokratie" und "Marktwirtschaft" absolut gesetzt als Referenzsystem benutzt, zu der irrigen Annahme führen, daß eben dies auch das Ziel der Reformeliten ist, obwohl wenigstens ein Teil von ihnen die Ressource Reform lediglich zum Machterwerb und zur Machterhaltung nutzen will. Die eigenen normativen Zielvorgaben dürfen nicht den Blick dafür verstellen, daß im Verlauf der Transformationsprozesse von den Beteiligten eigene Ziele definiert und verfolgt werden. Entwicklungsrichtung und Reichweite der Transformation werden nur partiell von den mit normativem Anspruch öffentlich proklamierten Zielvorstellungen bestimmt, entscheidender sind die Interessen der gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die sich im Prozeß selbst herausformen.

1.2 "Eliten" als Akteure

Wenn man die Rolle von Akteuren in der Transformationsgesellschaft untersuchen will, ihren Einfluß auf Politik und Wirtschaft in den Übergangsjahren, so stellt sich natürlich die Frage, wie man diese

---

7 Das hat 1998 bereits Hellman hervorgehoben; vgl. J.S. Hellman: Winners Take All. The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transition, in: World Politics, 50. Jg., 1998, S. 203-234, hier S. 203f.

Akteure in der gesellschaftlichen Wirklichkeit identifizieren kann. Methodisch bieten sich dafür die Konzepte der Elitenforschung an, wie sie im Kontext der Analyse westlicher Gesellschaften – aber auch solcher sowjetischen Typs – seit langem angewendet werden.[8] Es ist wenigstens einen Versuch wert, diese Ansätze auch bei der Analyse sozialer und politischer Prozesse in der Transformation zu erproben. Wieweit die Ansätze tragen, und wo sie dem besonderen Charakter der Untersuchungsphase angepaßt werden müssen, bedarf der Prüfung.

In der westlichen Forschung haben sich Inhalt und Reichweite des Elitebegriffs im Lauf der Zeit deutlich verändert. Die klassischen Elitentheorien von Mosca und Pareto gehen davon aus, daß Macht in einer Gesellschaft stets von einer Minderheit ausgeübt wird. Pareto bestimmt diese Gruppe – die Elite – als eine Auswahl der Fähigsten in einem bestimmten Tätigkeitsbereich:

> "2031. Bilden wir also eine Klasse aus den Menschen mit der höchsten Meßzahl in ihrem Tätigkeitszweige und geben dieser Klasse den Namen Elite. […]
>
> 2032. Für unser Hauptziel, die Untersuchung des sozialen Gleichgewichts, ist es zweckmäßig, diese Klasse wieder zweifach zu unterteilen: Wir werden diejenigen aussondern, die unmittelbar oder mittelbar eine bemerkenswerte Rolle in der höchsten Gewalt spielen: Sie sollen die regierende Elite bilden, der Rest die nicht-regierende Elite.
>
> […]

---

8 Vgl. z.B. die methodischen Vorüberlegungen, die bei der Untersuchung von Eliten in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR zugrundegelegt wurden: K.v. Beyme: Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland, München 1971, S.9ff; E. Schneider: Die politische Funktionselite der DDR. Eine empirische Studie zur SED-Nomenklatura, Opladen 1994, S. 10-18; C.W. Witjes: Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen, Berlin 1976, S. 15ff.

> 2034. Wir haben also in der Bevölkerung zwei Schichten, l. Die niedere, elitefremde Schicht; … 2. die obere, die Elite selbst, die wieder zerfällt in a) die regierende, und b) die nicht-regierende."[9]

Pareto definiert also eine Wertelite, die er aber nach ihrem Einfluß auf Regierungsprozesse – nach ihrer politischen Funktion – unterteilt. Basis seines Gesellschaftsmodells ist ein "herkömmlicher Begriff der Elite als einer auserlesenen Minderheit von besonderer sozialer und sittlicher Qualität"[10]. Auch im Verständnis von Mosca ist die Konzentration der Macht in den Händen einer Minderheit Grundlage jedes historischen Gesellschaftsmodells:

> "Unter den beständigen Tatsachen und Tendenzen des Staatslebens liegt eine auf der Hand: In allen Gesellschaften, von den primitivsten im Aufgang der Zivilisation bis zu den vorgeschrittensten und mächtigsten, gibt es zwei Klassen, eine, die herrscht, und eine, die beherrscht wird. Die erste ist immer die weniger zahlreiche, sie versieht alle politischen Funktionen, monopolisiert die Macht und genießt deren Vorteile, während die zweite, zahlreichere Klasse von der ersten befehligt und geleitet wird. Diese Leitung ist mehr oder weniger gesetzlich, mehr oder weniger willkürlich oder gewaltsam und dient dazu, den Herrschenden den Lebensunterhalt und die Mittel der Staatsführung zu liefern. Im praktischen Leben anerkennen wir alle die Existenz dieser herrschenden oder 'politischen' Klasse, wie ich sie in einem früheren Werk genannt habe."[11]

Die Überlegenheit der Minderheit und ihre Fähigkeit, Herrschaft auszuüben, sieht Mosca vor allem in ihrer Organisiertheit begründet, die es ihr erlaubt, sich gegenüber den "Individuen der Mehrheit"

---

9 V. Pareto: Allgemeine Soziologie. Ausgewählt, eingeleitet und übersetzt von Carl Brinkmann, Tübingen 1955, S. 221f.

10 O. Stammer: Das Elitenproblem in der Demokratie, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 71. Jg., 1951, S. 513-540, hier S. 513.

11 G. Mosca: Die herrschende Klasse. Grundlagen der politischen Wissenschaft, Bern 1950, S. 53.

durchzusetzen.[12] Für Mosca und Pareto ist Elite also ein qualitativer Begriff, der die Ordnung innerhalb einer Gesellschaft definiert. Insofern ist die klassische Elitetheorie vor allem ein Gesellschaftsentwurf, der politische Herrschaft begründet. Diese Vorstellung ist in demokratisch geordneten Industriegesellschaften nur schwer aufrechtzuerhalten, und so hat sich auch der Elitebegriff der Gesellschaftswissenschaften verändert. An die Stelle der Idee einer Wertelite ist die einer Funktionselite getreten, wie sie z.B. Beyme in seiner Studie über die politische Elite der Bundesrepublik beschrieben hat:

> "Im Gegensatz zu älteren Elitentheorien von Plato bis Carlyle, die den Begriff Elite häufig mit dem Postulat nach 'Herrschaft der Besten' verbanden, bezeichnet der Elitenbegriff heute überwiegend eine genau angebbare Leistungsqualifikation ohne ethische oder politische Forderungen,…
>
> Politische Elite bezeichnet funktional und positionell abgrenzbare Führungsgruppen des politischen Systems, deren Macht in der Demokratie nur als Derivat der Volkssouveränität gerechtfertigt werden kann. Die Anwendung des Terminus 'Elite' impliziert jedoch, daß die Führungskräfte eines Systems von den Nichteliten – vom Durchschnitt der Gesamtbevölkerung – unterschiedene Merkmale aufweisen. "[13]

Auch in der demokratischen Massengesellschaft wird Herrschaft ausgeübt und durch Minderheiten realisiert. Die politische Ordnung wird getragen von den Kräften, die sich in der Gesellschaft formiert haben und wirkt ihrerseits auf die Fortentwicklung der gesellschaftlichen Strukturen ein. Soziale Differenzierungsprozesse, die Herausbildung und Formulierung von Gruppeninteressen, die Verteilung der Kräfteverhältnisse innerhalb des politischen Systems sind eng

---

[12] Vgl. ebd. S. 55: "In Wirklichkeit ist die Herrschaft einer organisierten, einem einheitlichen Antrieb gehorchenden Minderheit über die unorganisierte Mehrheit unvermeidlich. Die Macht einer Minderheit ist für jedes Individuum der Mehrheit unwiderstehlich, da es sich isoliert der Gesamtheit der organisierten Minderheit gegenübersieht. Andererseits ist die Minderheit einfach darum organisiert, weil sie die Minderheit ist."

[13] Beyme 1971, S. 9f.

miteinander verschränkt. Politische und gesellschaftliche Macht bedingen einander, wie dies Otto Stammer bereits 1951 gezeigt hat:

> "Karl Marx und Max Weber erleichtern uns durch ihre theoretischen Analysen die Erkenntnis, daß jede differenzierte gesellschaftliche Ordnung eines politischen Systems bedarf, um zusammengehalten zu werden, daß aber jedes entwickelte politische System Prozesse der Machtbildung zum Zwecke einer Herrschaft voraussetzt. Welchen Typ nun diese Herrschaft in Verbindung mit den gegebenen Faktoren der sozialen Integration auch immer darstellt, – an Stelle der bekannten Max Weberschen Idealtypen der Herrschaft müssen heute Realtypen aus unserer Erfahrung entwickelt werden –, so ist doch eines gewiß, daß jede politische Herrschaft die Aktivität von Minderheiten voraussetzt, welche die politische Willensbildung überhaupt erst in Gang bringen."[14]

Wenn man also nach Akteuren oder Akteursgruppen sucht, die auf die Gestaltung der neuen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung Einfluß nehmen, so geht es in der Tat nicht um eine Wertelite, die sich im Rahmen eines gesetzten Wertesystems durch besondere soziale, geistige oder sittliche Qualitäten auszeichnet, es geht um die Personengruppen, die auf Entscheidungen einwirken. Für "Systeme demokratischer Herrschaft" hat Stammer sie bereits 1951 recht genau beschrieben:

> "In den Systemen demokratischer Herrschaft sind aber als Eliten anzusehen lediglich die mehr oder weniger geschlossenen sozialen und politischen Einflußgruppen, welche sich aus den breiten Schichten der Gesellschaft und ihren größeren und kleineren Gruppen auf dem Wege

---

[14] Stammer, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 71. Jg., 1951, S. 524; vgl. auch ebd., S. 517: "Vielmehr ist die Frage der geistigen, der sozialen und der politischen Funktion von führenden Minderheiten in den Herrschaftssystemen, welche sich in verschiedenen Formen der sozialen Integration aus der heutigen Massengesellschaft ergeben, weniger aus der Spekulation als aus unseren Erfahrungen heute erneut zu überprüfen. Damit aber stehen zugleich die Wesensbestimmung und die Chancen einer demokratischen Ordnung unter den Voraussetzungen unserer Zeit erneut zur Debatte. Das jedoch setzt die Entwicklung eines Elitebegriffes voraus, der ausreicht, um die wirklichen sozialen Vorgänge und Handlungen, welche wir als politische Willensbildung im allgemeinen bezeichnen, zu erfassen."

> der Delegation oder der Konkurrenz herauslösen, um in der sozialen oder der politischen Organisation des Systems eine bestimmte Funktion zu übernehmen. Gemeint sind außerdem die kleineren Einflußgruppen, die sich im Bereich des Staates mit bestimmten politischen Funktionen herausbilden, Gruppen, welche in der Gesellschaft Resonanz suchen und vom Volk in seiner Gesamtheit kontrolliert werden. Die Bildung des politischen Willens und die Ausübung der Herrschaft ist gewiß auch in demokratischen Systemen von diesen Gruppen abhängig. Die Rolle aber, die diese Eliten dabei spielen, ist keineswegs die sich selbst ergänzender natürlicher Vehikel einer im Grunde unkontrollierten Herrschaft, sondern eher die einer funktionalen Mittlerstellung zwischen Führung und Volk."[15]

Stammer hat mit dieser Bestimmung von Eliten als "Funktionseliten", die inzwischen weithin akzeptiert ist,[16] gewissermaßen Eliten- und Demokratietheorie miteinander versöhnt. Quelle der Macht ist danach eben nicht mehr die Minderheit an sich – wie bei Mosca oder Pareto –, sondern die Gesellschaft insgesamt, die die Macht im Rahmen des politischen Prozesses an die Funktionsträger delegiert:

> "Der sozialen Honorierung spezifischer Leistungen durch die Zuteilung von Aufstiegschancen, Sozialprestige und materiellen Vergünstigungen versucht die Politische Soziologie mit dem Begriff der 'Funktionselite' gerecht zu werden. Zur Teilnahme an der Führung ist der einzelne danach nicht kraft einer exklusiven sozialen Qualität, nicht als Träger vorgegebener kultureller Werte berufen, sondern aufgrund beruflich-fachlicher Fähigkeiten und Leistungen in Hinsicht auf objektive gesellschaftliche und politische Funktionen. Die Qualifikation zur Übernahme von Führungsfunktionen ist Aufgabe der Gesellschaft."[17]

---

15 Stammer, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 71. Jg., 1951, S. 521f.

16 Vgl. D. Herzog: Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung, Darmstadt 1982, S. 3; vgl. auch die Argumentation von R. Dahrendorf: Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1961, S. 178ff.

17 O. Stammer/P. Weingart: Politische Soziologie, München 1972, S.132.

Nicht individueller "Wert", sondern die ausgeübte Funktion bestimmt über die Zugehörigkeit zur Führungsgruppe. Damit gewinnen Strukturen und Funktionsweise des politischen Systems sowie die Binnenorganisation der Gesellschaft Bedeutung für die Antwort auf die Frage, wer zu den Eliten zu zählen ist. In der Sowjetunion etwa war das Ausmaß des politischen Einflusses in der Regel abhängig von der Position in der Hierarchie der KPdSU. Die Nähe zum Parteizentrum entschied über den Grad der Teilhabe an der Macht. In einem Mehrparteiensystem, bei dem die politischen Kräfte in Wahlen konkurrieren, stellt sich die Situation anders dar, zumal wenn eine marktwirtschaftliche Ordnung erhebliche soziale Unterschiede generiert. Will man also Führungsgruppen identifizieren, muß man untersuchen, wer am politischen und gesellschaftlichen Willensbildungsprozeß beteiligt ist, wie Beyme dies in seiner Analyse der deutschen politischen Elite beschrieben hat:

> "Wenn man nach einer Machtelite sucht, so muß man vor allem den Bereich eines inneren Zirkels abstecken, der in der Regel an jeder wichtigen Entscheidung potentiell beteiligt ist. Außer den Ministern und den Partei- und Fraktionsführern kommen hierfür noch die Spitzen der Fraktionshierarchie und die Vorsitzenden einiger Ausschüsse in Frage. Alle übrigen Positionen können zwar gelegentlich einflußreich sein, sind jedoch schwerlich am Willensbildungsprozeß bei jeder einzelnen Maßnahme von Tragweite beteiligt. Gleiches gilt auch für die nicht positionell fixierbaren Teile der politischen Elite: die Lobbyisten und Interessenvertreter, mächtige Männer in Kirchen, Massenkommunikationsmitteln und Konzernen. Sie alle können bei 'key decisions' mehr Einfluß haben als selbst einzelne Minister, die im Kabinett über die Entscheidung mit abstimmen. Ihr Einfluß ist jedoch in der Regel sektoral begrenzt und wird nur punktuell und projektgebunden geltend gemacht."[18]

---

[18] Beyme 1971, S.12; für die USA hat etwa C. Wright Mills die Idee einer "power elite" entworfen, die sich zwar in dieser Form in Rußland bisher nicht gebildet hat, aber dennoch ein interessantes Modell darstellt; vgl. W. Röhrich (Hrsg.): "Demokratische" Elitenherrschaft, Darmstadt 1975, S. 23f.: "Die in bezug auf das monopolkapitalistische und demokratisch verfaßte Herrschaftssystem aufgeworfene

Beyme führt hier – gewissermaßen im Vorübergehen – auch die Gruppen auf, die in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft wie der der Bundesrepublik in eine Analyse der Machtelite einbezogen werden sollten, und berührt damit eine der Schlüsselfragen bei der Durchführung einer Elitenstudie – die Identifikation des Untersuchungsgegenstandes, der ja in den verschiedenen sozialen und politischen Systemen und den verschiedenen historischen Epochen nicht immer identisch ist.

Die westliche Sozialwissenschaft kennt im Grundsatz drei Techniken, mit deren Hilfe sich Eliten bestimmen lassen. Stammer und Weingart beschreiben die möglichen Vorgehensweisen folgendermaßen:

> "Hierzu [*zur Identifikation von Eliten*] sind drei methodische Ansätze entwickelt worden: l. der wohl am häufigsten verwendete 'positional approach', der als Elitenmitglieder alle Inhaber von Spitzenpositionen in Institutionen oder größeren Gruppen ansieht; zu Spitzenpositionen zählen demgemäß in der Regel diejenigen, die den Bestimmungen des Rechts

---

Problematik veranschaulicht sich in andersartiger Form in den 'Untersuchungen' C. Wright Mills' und der von ihm konstatierten überragenden Bedeutung der *power elite*, der amerikanischen Machtelite. Seine Thesen, die sich gegen den romantic pluralism verschiedener Balancetheorien - insbesondere gegen David Riesman - wenden, sehen das Charakteristikum der amerikanischen Demokratie in einer weitgehenden Akkumulation der Macht, einer progressiven Verflechtung der einzelnen Machtträger in Verwaltung, Wirtschaft und Militär. Die aufgrund der technischen Entwicklung und der internationalen politischen Konstellation weitgehende Macht entfaltenden Eliten, die nach Mills die gesellschaftlichen Schlüsselpositionen beherrschen, bilden nach ihm eine soziale und psychologische Einheit. Ihre Mitglieder, 'Menschen von überragender Lebensart und Tatkraft', entstammen den Oberschichten der großen Metropolen, den *Metropolitan 400*, der *world of the celebrit*y; sie rekrutieren sich aus den höheren Kreisen, sie sind – so Mills – "ähnlicher Herkunft und Bildung, von ähnlicher Karriere und Lebensstil ... Sie sind demselben Sozialtyp zugehörig." Die Machtelite ist mithin nach Mills die 'Reflexion' einer Interessenkohäsion unter den bestimmenden Gesellschaftsschichten, gegründet auf die übereinstimmenden Interessenstandpunkte der großen Unternehmungen, politischen Institutionen und des Militärs. Diese Machtträger behindern sich nicht gegenseitig bei der Machtausübung; sie treten vereint auf und beherrschen durch die von ihnen manipulierte 'Öffentlichkeit' eine machtlose Masse. Sie sind unabhängig, und charakteristisch hierfür ist ihre utilitaristische Benutzung erfolgversprechender Mittel."

> oder anderer formaler Ordnungen entsprechend die größte Entscheidungsbefugnis in ihrem jeweiligen Kompetenzbereich haben; 2. der 'reputational approach', durch den die Elitenmitglieder mit Hilfe der Beurteilung von Experten ermittelt werden, die bestimmte Personen für einflußreich halten; und schließlich 3. der 'decision-making approach', der alle diejenigen Personen als Elitenmitglieder identifiziert, die an wichtigen Entscheidungen in der Weise teilnehmen, daß sie diese durchsetzen oder verhindern."[19]

Die von Stammer und Weingart benannten Ansätze unterscheiden sich einerseits im Grad der Operationalisierbarkeit – eine Untersuchung, die die erste oder zweite Technik einsetzt, dürfte sich deutlich einfacher realisieren lassen, als eine, die die dritte Variante wählt –, andererseits durch den Grundgedanken, der hinter dem Verfahren steht. Der Positionsansatz basiert auf einem institutionalistischen Konzept, das soziale Rollen, Rollengeflechte und Rollenverhalten in den Vordergrund stellt. Der Entscheidungsansatz ergibt sich aus einer behavioristischen Auffassung, die den Schwerpunkt auf das Individuum als Handelndem legt. Da sich in der Praxis Entscheidungsprozesse auch in demokratischen Systemen kaum präzise nachvollziehen lassen, stößt man aber auf erhebliche praktische Probleme, wenn man diesem Ansatz folgt. Daher gibt die Forschung in der Regel dem *positionsanalytischen* bzw. *institutionalistischen* Ansatz den Vorzug.[20]

Dieser geht davon aus, daß in modernen Gesellschaften die Entscheidungs- und Verfügungsmacht an Positionen in dauerhaften und anerkannten – institutionalisierten – Herrschaftsordnungen gebunden ist, und interpretiert die Inhaber solcher Positionen als Mitglieder der Elite. Diesen Ansatz hat auch Dahrendorf Anfang der sechziger Jahre in seiner soziologischen Analyse der deutschen Gesellschaft gewählt, in deren Mittelpunkt er jene Gruppen stellte, die seines Erachtens "bestimmenden Einfluß auf die Geschicke der Gesellschaft" hatten. Diese definierte er folgendermaßen:

---

19 Stammer/Weingart 1972, S.146.

20 Vgl. ebd., S. 146f.

> "Diese Gruppen sind – so scheint mir – gegeben in den funktionalen Eliten unserer Gesellschaft, d.h. in den Trägern der Führungs- und Spitzenpositionen der großen institutionellen Ordnungen, in denen sich unser soziales Leben vollzieht: …"[21]

Für die Bundesrepublik – als eine Gesellschaft westlichen Typs – identifiziert Dahrendorf sieben Gruppen, die er in einer "Soziologie der Oberschicht" zu untersuchen gedenkt:

> "1. die Wirtschaftsführer, insbesondere die großen Unternehmer und Vorstandsmitglieder der größten Gesellschaften;
>
> 2. die politischen Führungskräfte, insbesondere Regierungsmitglieder, 'politische Beamte', Spitzenfunktionäre der Parteien und Mitglieder der Legislative;
>
> 3. Professoren und Lehrer, zumindest Schulleiter und höhere Beamte der Schulverwaltungen;
>
> 4. Kirchenfürsten der verschiedenen Konfessionen, Pastoren und Pfarrer;
>
> 5. die so wichtigen 'Prominenten' von Theater und Film, Presse, Rundfunk und Fernsehen, aber auch Sport und 'Freizeitindustrie';
>
> 6. Generale und Admirale;
>
> 7. Richter und Staatsanwälte sowie Rechtsanwälte."[22]

---

21 Dahrendorf 1961, S. 179.

22 Ebd., S. 179f; Dahrendorf knüpft damit an Stammer an, vgl. ders., in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 71. Jg., 1951, S. 533f., skizziert hat: "Welche Minderheitsgruppen stellen nun aber in der Demokratie wirklich Eliten dar? Da mit dem Begriffe in erster Linie politisch wirksame Minderheitsgruppen gemeint sind, wären hier zu nennen: die faktisch führenden Gruppen des demokratischen Staates, Regierungsgremien, führende Fraktionsgruppen der Parlamente, Gruppen der höheren Ministerialbürokratie, intellektuelle Brain-Trusts politischer Führungsspitzen, Richterkollegien, führende Gruppen der Provinzialverwaltungen und der größeren Selbstverwaltungen, politisch wirksame Einflußgruppen der Offiziere von Polizei und Heer und die ihnen zugeordneten höheren Verwaltungsfunktionäre. Weiterhin kommen aber besonders in Frage die führenden Gremien der politischen Parteien, und zwar nicht nur die eigentlichen Parteileitungen, sondern auch ein Teil der sogenannten Funktionäre, soweit sie Einfluß nach oben und nach unten besitzen. Schließlich

Im Bestreben, die gesamte Oberschicht zu erfassen, wählt Dahrendorf hier einen vergleichsweise breiten Ansatz. Eine Fragestellung, die sich auf politische und wirtschaftspolitische Entscheidungen konzentriert, würde zweifellos nur einen Teil der genannten Gruppen in den Blick nehmen, etwa in dem Sinne, wie es Beyme 1971 getan hat.[23]

Erlaubt der positionsanalytische bzw. institutionalistische Ansatz relativ einfach – aufgrund äußerer Merkmale -, Funktionseliten zu identifizieren, erfordert ein *entscheidungsanalytisches* bzw. *behavioristisches Verfahren* einen sehr viel höheren Analyseaufwand. Ein solcher Ansatz zieht grundsätzlich in Zweifel, daß eine formelle Position mit tatsächlicher Machtausübung identisch ist. Er definiert als Elite jene Personengruppe,

---

wären in dieser keineswegs vollständigen Aufzählung zu nennen alle ähnlich strukturierten Führungs- und Einflußgruppen in den Gewerkschaften, in den Verbänden des sozialen und des Wirtschaftslebens, dabei besonders die Einflußgruppen der großen Unternehmungen und der Interessenvertretungen des sogenannten Kapitals, die Führungsgruppen kultureller Großverbände, soweit sie Einfluß auf das politische Geschehen haben oder erstreben. Selbstverständlich ergeben sich dabei auch manche Querverbindungen elitemäßigen Charakters zwischen diesen einzelnen Gruppen. Vor allem bei den heutigen Massenparteien mit ihren großen Apparaten zur Beeinflussung des politischen Geschehens werden solche Querverbindungen gesucht und politisch ausgenutzt."

23 Beyme 1971, S.12; vgl. auch oben Fußnote 18; vgl. auch die Überlegungen bei Stammer, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 71. Jg., 1951, S. 534. "Ein besonders schwieriges Problem der politischen Soziologie stellt die Abgrenzung der Eliten gewissen allgemeinen sozialen Strukturen gegenüber dar, die für unsere heutige organisierte Gesellschaft typisch sind. Da wären zum Beispiel die verschiedenen Bürokratien zu nennen, die sich zur rationalen Erledigung von Leitungs- und Verwaltungsgeschäften im gesamten Sozialleben, in der Wirtschaft, im Staate und in den wichtigsten Sozialkörpern der politischen Willensbildung entwickelt haben. Es ist nach unserer Begriffsbestimmung klar, daß die Eliten mit diesen Bürokratien keineswegs identisch sind. wie man es in der öffentlichen Diskussion vielfach anzunehmen geneigt ist. Nur die wirklich über die bürokratischen Apparaturen hinaus politischen Einfluß besitzenden höheren Gruppen der Bürokratie kann man zu den Eliten zählen. Das Studium des Verhältnisses zwischen den in der Gesellschaft frei gebildeten Eliten zu den Minderheitsgruppen, die in den Bürokratien ihr soziales Domizil haben, dürfte dabei zu den interessantesten Problemen der Untersuchungen über die Elitenbildung gehören."

die "tatsächlich erheblichen Anteil an Entscheidungen haben, gleich auf welche Machtgrundlage – formelle Kompetenz, Sachkunde, Prestige, etc. – sie sich dabei stützen".[24] Einer Identifizierung von Funktionseliten müßte also zunächst eine Analyse der tatsächlichen Entscheidungsprozesse vorangehen, um die realen Machtmechanismen aufzudecken. Erst dann könnte man die Inhaber von Macht – eben die Funktionseliten – bestimmen. Daß dies bereits in westlichen Gesellschaften außerordentlich schwierig ist, leuchtet unmittelbar ein.[25] Im politischen System der Jelzin-Jahre mit seinem fortgesetzten Personalwechsel in den Führungsgruppen, den Intrigen konkurrierender Clans und Seilschaften, den Geschäften in der Grauzone zwischen Politik und Wirtschaft ist diese Aufgabe ganz unlösbar.

Das dritte Verfahren, der *Reputationsansatz*, umgeht diese Schwierigkeit, indem es nicht den Entscheidungsprozeß selbst in den Blick nimmt, sondern untersucht, wie dieser in der Gesellschaft wahrgenommen wird. Die Elitemitglieder – d.h. die Entscheidungsträger – werden ermittelt, indem man Experten danach befragt, wer ihres Erachtens Einfluß auf Entscheidungen ausübt. Zugunsten dieser Reputations- oder Prestigemethode ("reputational approach") läßt sich sagen, daß sie über einen reinen Positionsansatz insofern hinausweist, als sie dem Inhaber bestimmter Positionen nicht automatisch Einfluß unterstellt, sondern nach seinem tatsächlichen Anteil an der Macht fragt.[26] Allerdings führt

---

24 Witjes 1976, S. 22, unter Bezug auf Stammer/Weingart 1972, S. 132.

25 Vgl. auch Stammer/Weingart 1972, S.147.

26 Vgl. Herzog 1982, S. 104: "Methodologisch allerdings waren diese Auseinandersetzungen außerordentlich fruchtbar. Sie erweiterten das Instrumentarium der empirischen Machtanalyse und schärften zugleich das Verständnis dafür, daß ein methodischer Ansatz zugleich auch Einfluß auf die substantiellen Ergebnisse der Untersuchung haben kann. So geht der sogenannte Reputationsansatz (reputational approach) über die Feststellung der Hierarchie formaler Führungspositionen und der Herkunft ihrer Inhaber (positional approach) hinaus, indem er mittels verschiedener Verfahren der sozialen Einschätzung die tatsächlich einflußreichen Personen und Gruppen zu identifizieren versucht. Dabei wird allerdings sowohl vom Forscher wie auch von den Befragten gewöhnlich

das Verfahren auch zwei neue Unsicherheitsmomente in die Untersuchung ein. Zum einen muß bedacht werden, welche Experten man befragt, da die Auswahl der Respondenten naturgemäß die Tendenz der Antwort beeinflußt.[27] Zum anderen ist durchaus nicht gesichert, daß die Perzeption von Machtverteilung – und nur dies wird mit dem Reputationsansatz ermittelt – der tatsächlichen Machtverteilung entspricht.[28] Insofern ist eine gewisse Vorsicht geboten. Dennoch kann der zusätzliche Einsatz eines solchen Verfahrens bei der Identifikation von Funktionseliten hilfreich sein, da es den Positionsansatz ergänzt und bis zu einem gewissen Grade auch ein Korrektiv darstellt.

Die Auseinandersetzung mit der Führungsschicht im Rußland der Transformationsperiode muß die Analyseansätze nutzen, die die westliche Elitenforschung entwickelt hat. Allerdings ergeben sich bei der Befassung mit den "Treibsandgesellschaften" der Übergangsphase, in denen sich feste Strukturen nur allmählich herausbildeten, Probleme, die bei der Untersuchung konsolidierter Systemen nicht im gleichen Maße auftreten. Gesellschaft und politisches System sind in raschem Wandel begriffen. Die soziale Mobilität ist sehr hoch, große Bevölkerungsgruppen müssen sich auf neue Lebens- und Arbeitsbedingungen einstellen. Teile der Gesellschaft sinken ab,

---

bereits unterstellt, daß es eine mehr oder weniger einheitliche tatsächliche Machtspitze gibt."

27 Ein gutes Beispiel dafür ist das Rating der 100 einflußreichsten Politiker, das die russische Tageszeitung *Nezavisimaja gazeta* monatlich veröffentlicht. Als zwischen Mai und Juni 2001 die Zusammensetzung des Expertengremiums gravierend verändert wurde, kam es in den Ergebnissen des Ratings zu nicht unerheblichen Verschiebungen; vgl. A. Kinsburskij/A. Semčenko: 100 veduščich politikov Rossii v ijune. Dvadcat' procentov vlijatel'nych v Moskve figur ne sčitajutsja takovymi v regionach, in: Nezavisimaja gazeta, 10.7. 2001; sowie A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v mae. Rukovoditeli RAO "EĖS", MČS i "Sojuza pravych sil" ukrepili svoi pozicii, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 10.6. 2001; zu dem gesamten Komplex vgl. auch den Exkurs im Anhang: Zur Auswertung der Politikerratings in der *Nezavisimaja gazeta*.

28 Vgl. Stammer/Weingart 1972 1972, S. 146; Witjes 1976, S. 24; Schneider 1994, S. 18.

gleichzeitig formieren sich neue Elitegruppen – wie etwa ein unternehmerischer Mittelstand oder die Gruppe der großen Finanzmagnaten. Die Gesellschaft selber steht erst im Begriff, sich auszudifferenzieren und Formen der Interessenorganisation zu entwickeln. Die "großen institutionellen Ordnungen" Dahrendorfs – die bürokratisch organisierten politischen und sozialen Institutionen der Massengesellschaft – sind noch instabil. Institute wie das Parlament oder der nationale Sicherheitsrat besitzen kein Eigengewicht, sondern schwanken in ihrer Bedeutung in Abhängigkeit von personalen und Gruppenkonstellationen. Insofern ist die Übernahme einer Funktion nicht gleichbedeutend mit politischem Einfluß. Von den zehn Sekretären des Sicherheitsrates zwischen 1992 und 2001[29] etwa spielten allenfalls drei oder vier – Skokov, Putin, Sergej Ivanov und phasenweise auch Lebed' – eine politische Rolle. Die übrigen blieben weitgehend bedeutungslos, und unter ihnen war die Verfassungsinstitution Sicherheitsrat (Artikel 83, Absatz ž) ohne wirklichen Einfluß.

Während "institutionelle Ordnungen" erst allmählich an Stabilität gewinnen, wirken Verhaltensweisen und Verbindungen aus der Sowjetzeit weiter. Alte und neugewachsene Netzwerke sowie informelle Beziehungen zwischen Personen und Personengruppen wirken auf den politischen Prozeß ein. Angesichts der komplexen Strukturen darf man keinen Ansatz *a priori* ausschließen, sondern muß prüfen, welche Ergebnisse Elitestudien erbracht haben, wie die von Kryštanovskaja und Lane, die einen Positionsansatz versuchten, und inwieweit das vorhandene Material es gestattet, eine Reputationsanalyse (etwa auf Basis der Ratings in der "Nezavismaja gazeta" oder dem "Ėkspert") durchzuführen bzw. einen entscheidungsanalytischen Ansatz zu versuchen.

---

[29] Jurij Skokov, Juni 1992-Mai 1993; Evgenij Šapošnikov, Juni-September 1993; Oleg Lobov, September 1993-Juni 1996; Aleksandr Lebed', Juni-Oktober 1996; Ivan Rybkin, Oktober 1996-März 1998; Andrej Kokošin, März-September 1998; Nikolaj Bordjuža, September 1998-März 1999; Vladimir Putin, März-November 1999; Sergej Ivanov, November 1999-März 2001; Vladimir Rušajlo, seit März 2001.

1.3 Der Faktor Gesellschaft

Elitenforschung ist Gesellschaftsanalyse – im Verständnis der klassischen Elitetheorien ebenso wie bei modernen Autoren. Diese Aufgabe erfüllt sie auch bei der Untersuchung von Gesellschaften im Übergang, in denen "alte" Eliten untergehen oder eine neue Gestalt annehmen, während "neue" Eliten entstehen. Der Wandel, den die Transformation in Ost- und Ostmitteleuropa ausgelöst hat, ist radikal – und zwar viel radikaler, als dies in Südeuropa oder Lateinamerika der Fall war. Der Übergang von der Planwirtschaft zum Markt hat Gesellschaft neu konstituiert. Vom Standpunkt der Akteure, die vorgaben, demokratische Institutionen und den Rahmen einer Marktordnung schaffen zu wollen, war gesellschaftlicher Wandel ein Nebenprodukt des Transformationsprozesses, das zunächst weder von der Politik noch von der Wissenschaft wahrgenommen wurde. *De facto* wirkte die Veränderung der Gesellschaft aber umfassend auf ökonomische und politische Transformation zurück und muß als integraler Bestandteil von Transformation gesehen werden. Dies begründet einen signifikanten Unterschied zu den Transformationsprozessen in Südeuropa und Lateinamerika. Gewiß wirkten auch dort soziale Veränderungen auf die politische und die ökonomische Ordnung ein. Doch in den ehemaligen sozialistischen Staaten wurde mit der Wiederherstellung des Privateigentums und der Umverteilung des akkumulierten Produktivvermögens die Gesellschaft neu geschaffen. Die Herausbildung einer neuen Gesellschaftsordnung war der eigentliche Kern des Transformationsprozesses.[30] Insofern muß in der Rückschau die Diskussion über das osteuropäische Transformationsmodell, die sich vor allem auf den Prozeß der Demokratisierung und des Übergangs zum Markt konzentrierte, um den Faktor des gesellschaftlichen Wandels

---

[30] Vgl. V.N. Dachin: Social'nye aspekty razvitija, in: Svobodnaja mysl', 1998, Nr. 5, S. 10-19, hier S. 11: "Soziale Prozesse im Leben der Gesellschaft entwickeln sich unter dem Einfluß vieler Faktoren – ökonomischer, politischer, kulturell-historischer usw. Doch die soziale Sphäre selbst ist die Grundlage für die Verfestigung und Stabilität der politischen, ökonomischen und übrigen Subsysteme. Daher kann man zugleich von der Spontaneität und der Steuerbarkeit sozialer Prozesse sprechen."

ergänzt werden. Die asymmetrische Entwicklung von Marktwirtschaft und Demokratie, die als das sogenannte "Dilemma der Gleichzeitigkeit" Anfang der neunziger Jahre in aller Munde war,[31] ist tatsächlich über jene komplexen Prozesse vermittelt, die sich in der Gesellschaft vollziehen. Erst die Einbeziehung des Forschungsfeldes Gesellschaft ermöglicht es, die Wechselbeziehungen zwischen dem Wandel des politischen Systems und der Herausformung marktwirtschaftlicher Strukturen genauer zu fassen.

Die Bedeutung von Gesellschaft und gesellschaftlichen Führungsgruppen soll in der vorliegenden Studie am Beispiel eines Landes – Rußlands – näher untersucht werden. Rußland unternahm Anfang der neunziger Jahre – wie die anderen Staaten des ehemaligen "sozialistischen Lagers" – das Wagnis, seine politische und wirtschaftliche Ordnung von Grund auf neu zu gestalten. In der Tat unternahm die Jelzin-Administration, in der Reformer wie Gajdar und Tschubajs tätig waren, intensive Anstrengungen, die Rahmenbedingungen für eine funktionierende Marktwirtschaft zu schaffen. Die Prozesse sozialen Wandels, die durch die politische und wirtschaftliche Transformation ausgelöst wurden, wurden dabei mehr oder weniger passiv hingenommen. Insofern vollzog sich die Umstrukturierung der russischen Gesellschaft in diesen Jahren weitgehend ungesteuert. Lediglich die Sozialwissenschaftler begannen, diesem Prozeß im Verlaufe der neunziger Jahre wachsende Aufmerksamkeit zuzuwenden,[32] da sie erkannten, daß der soziale Wandel

---

31 Vgl. etwa C. Offe: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: Merkur 45. Jg., 1991, S.279-192, hier S. 283; Beyme, in: Geschichte und Gesellschaft, 20. Jg., 1994, Nr. 1, S. 103; Beyme 1994, S. 80ff; u.a.m.

32 Vgl. die Diskussionen, die seit Anfang der neunziger Jahre in den Zeitschriften Sociologičeskie issledovanija, Obščestvennye nauki i sovremennost' und Monitoring obščestvennogo mnenija: Ėkonomičeskie i social'nye peremeny geführt wurden; darüber hinaus vgl. u.a. I. Oswald/R. Possekel/P. Stykow/J. Wielgohls (Hrsg.): Social'nye issledovanija v Rossii, Moskva 1998; R.V. Ryvkina: Ėkonomičeskaja sociologija perechodnoj Rossii. Ljudi i reformy, Moskva 1998; V.V. Radaev/O.I. Škaratan: Social'naja stratifikacija, Moskva 1996; N.E. Tichonova: Faktory social'noj stratifikacii v uslovijach k rynočnoj ėkonomike, Moskva 1999; M.K.

unmittelbar auf den Charakter der politischen und der wirtschaftlichen Transformation zurückwirkte, da die dominanten gesellschaftlichen Kräfte dem politischen System ihre eigenen Inhalte oktroyierten und dem Markt eine spezifische Struktur gaben. Will man also die eigentümlichen Züge des russischen Demokratisierungsprozesses und der im Entstehen begriffenen russischen Marktwirtschaft erfassen, so muß man die Einwirkungen durch die gesellschaftlichen Kräftegruppen näher untersuchen.[33] Dazu gilt es vor allem, maßgebliche Akteure des Transformationsprozesses zu identifizieren und deren Einwirkungen zu untersuchen. Methodisch bieten sich dafür die oben beschriebenen Konzepte der Elitenforschung an, die von der westlichen Forschung entwickelt wurden, um Führungsgruppen zu identifizieren und sie zu analysieren. Inhaltlich konzentriert sich die Studie auf maßgebliche Akteure, d.h. auf die politischen und ökonomischen Führungsgruppen, also auf die "Spitzenformation einer Gesellschaft" – die "herrschende Elite" bzw. die "führende politische Klasse"[34]. Der überwiegende Teil der vielgestaltigen gesellschaftlichen Eliten, zu der ja u.a. auch Künstler, Kulturschaffende, Wissenschaftler, Juristen, Militärs und Kirchenleute gehören, bleibt außer Betracht.

Wenn man danach fragt, wer in Rußland über Gestaltungsmacht verfügt, Entscheidungen trifft, wer die Allokation der Ressourcen bestimmt, und

---

Gorškov/N.E. Tichonova/A.J. Čepurenko (Hrsg.): Srednij klass v sovremennom rossijskom obščestve, Moskva 1999; J.A. Levada: Ot mnenij k ponimaniju. Stat'i 1993-2000, Moskva 2000.

33 Die Politikwissenschaft war sich im übrigen der Rückbindung an soziale, ökonomische und kulturelle Prozesse durchaus bewußt, wenngleich sie sich vor allen Dingen auf den Wandel des politischen Systems konzentriert hat; vgl. Merkel/Puhle 1999, S. 19: "Aus den bisherigen Erläuterungen ergibt sich eine zweidimensionale Untersuchungsmatrix. Erstens die 'zeitliche Dimension' der drei Transformationsphasen und zweitens die 'sachliche Dimension' der vier sozialen Teilsysteme Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik. Die Erkenntnisperspektive unserer Analyse ist dabei aber immer auf das politische System gerichtet. Dieses soll jedoch stets aus seiner Interdependenz zu den ihn umgebenden Umwelten der anderen drei gesellschaftlichen Teilsysteme untersucht werden."

34 Zu den Begriffen vgl. Stammer/Weingart 1972, S. 130.

schließlich, wer aus der mit dem gesellschaftlichen Wandel verbundenen Umverteilung Gewinn zieht, dann ist dies implizit die Frage nach dem Gesellschaftsmodell, das sich im Prozeß der Transformation durchzusetzen im Begriff ist, sowie nach den Zusammenhängen zwischen Elitentransformation – falls eine solche stattgefunden hat – und gesellschaftlichem Wandel.[35] Für Rußland ist dieser Problemkreis bisher nicht systematisch untersucht worden. Andererseits ist die Fragestellung nicht neu. Auf die Notwendigkeit, eine Elitenstudie in den breiten politischen und sozialen Kontext einzubetten, haben bereits westliche Politikwissenschaftler, die in den siebziger und achtziger Jahren Führungsgruppen in westlichen Gesellschaften untersucht haben, verwiesen. Otto Stammer und Peter Weingart haben den Zusammenhang in ihrem Standardwerk kurz und bündig formuliert:

> "In einem weiteren Sinne ist die Frage nach dem Zusammenhang von Eliten und Sozialstruktur eine Frage nach den jeweils herrschenden Prinzipien der Elitenbildung sowie der Vermittlung ihrer Macht bzw. ihrer gesellschaftlichen Funktionen."[36]

In seiner kritischen Auseinandersetzung mit klassischen Elitentheorien unterstrich W. Röhrich, daß zur Analyse von Machtverhältnissen ein umfassender Ansatz notwendig ist, der auch politische und ökonomische Aspekte aufnimmt:

> "Es gilt mithin, das Gravitationszentrum der Macht zu erkennen, und zwar im Hinblick auf die politische und die ökonomische Macht sowie damit verbunden auf die Transformation ökonomischer in politische Macht. Man sieht sich diesbezüglich zu einem doppelten Hinweis

---

35 Vgl. dazu etwa für Deutschland Anfang der fünfziger Jahre die Ergebnisse des RADIR-Projekts; dazu Herzog 1982, S. 20f.

36 Vgl. Stammer/Weingart 1972, S. 134; vgl. auch ebd.: "Wer bzw. welche einzelnen Teilgruppen in bestimmten geschichtlichen Situationen zu den Eliten zu rechnen sind, wie diese Führungsgruppen gegeneinander abzugrenzen sind, worin sie konkurrieren und wie sie miteinander kooperieren, hängt von der jeweiligen Sozialstruktur - d.h. insbesondere der ökonomisch-technologischen Gesamtsituation - ebenso ab wie von der Verfassung und der Verfassungswirklichkeit des jeweiligen Landes."

> gezwungen: Es handelt sich zum einen um den Schlüsselbegriff 'politisch', kritisch herauszustellen in Interpretationen, die den für die Analyse der kapitalistischen Gesellschaften so bedeutsamen ökonomischen Bereich zumindest nicht in seiner Tragweite berücksichtigen. Es handelt sich zum anderen um den zur Bestimmung des Politischen in elitären Gesellschaftskonzeptionen gebrauchten – weitgehend nur im technischen Sinne reflektierten – Begriff der 'Macht', bezogen, um mit Max Weber zu sprechen, auf 'jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht'."[37]

Die "Macht" der Eliten wurzelte für Röhrich in den Herrschaftsverhältnissen der "kapitalistischen Gesellschaft". Deren innere Logik begründete soziale Unterschiede und damit auch die herausgehobene Rolle einer politischen und ökonomischen Führungsgruppe. Doch auch ein Autor wie D. Herzog, der nicht auf die Formel von "kapitalistischen Gesellschaft" zurückgreift, versteht Elitenforschung als integralen Bestandteil der Untersuchung gesellschaftlicher Machtverhältnisse:

> "Neben der historischen Analyse des Wandels von Elitenformationen und der Untersuchung der vertikalen und horizontalen Elitenrekrutierung gehört die Analyse von Machtstrukturen zu den zentralen Aufgaben der modernen Elitenforschung. […] Zudem versteht sich die moderne Elitenforschung, im Unterschied zu ihren 'Klassikern', nur als ein spezieller Zugang zur Analyse von Machtstrukturen, die ohne zusätzliche Analyse der Institutionen und Organisationen, der ökonomischen und sozialstrukturellen Bedingungen, des Wählerverhaltens und der politischen Kultur nicht hinreichend erfaßt werden können."[38]

Elitenstudien ersetzen also eine Gesellschaftsanalyse nicht, sie sind Teile einer solchen und müssen in sie eingebettet sein. Das ist schon für die Gesellschaften Westeuropas nicht unproblematisch. In Rußland – unter den Bedingungen eines raschen Wandels von politischer, ökonomischer und sozialer Ordnung – stellt sich diese Aufgabe noch schwieriger dar,

---

37 So Röhrich 1975, S. 2f.

38 Vgl. Herzog 1982, S. 102

weil die Strukturen noch keine endgültige Form gefunden haben. Neue politische Muster bilden sich erst allmählich heraus, oft genug leben alte Ideen in neuen Hüllen fort. Über Jahrzehnte gewachsene Netzwerke funktionieren auch unter den gewandelten Bedingungen weiter, doch verfolgen ihre Mitglieder neue Ziele, die sich aus der Durchsetzung von Markt und Eigentum ergeben. In diesem Kontext verändern auch die Eliten ihren Charakter. "Alte" Nomenklatureliten wandeln ihre in der Sowjetzeit politisch definierte Position in ökonomischen Einfluß um. Neue Eliten, die die Chancen ergreifen, die der Übergang zum Markt und die Privatisierung des Staatseigentums ihnen bieten, stoßen in die Führungsgruppen vor. Wie eng Elitenwandel mit dem Prozeß der Transformation von Politik und Wirtschaft verknüpft ist, thematisieren auch J. Higley, J. Pakulski und W. Wesolowski in der Einleitung zu ihrem Sammelband über Eliten in Osteuropa:

> "Changing configurations of elites are shaping the prospects for democracy in the countries of Eastern Europe. Elites are changing in two principal directions:
>
> – From the centralized elite hierarchy of communist rule to an array of differentiated political, economic, military, state-administrative, media, and other elites that are increasingly distinct and powerful competing groups.
>
> – From the substantial ideological uniformity of communist rule to much more open policy, institutional, and ethnonationalist conflicts that are in varying degree restrained by agreements about norms and rules of democratic political competition.
>
> These changes are occurring in the context of important continuities and discontinuities in the region. Among continuities are the strongly elitist character of East European politics now as before, the survival of many nomenklatura elites and their power networks, the prominence of former Communist Party elites now under the banner of democratic socialism, and the intelligentsia's role as a self-conscious political class and as the social category from which elites are recruited. Among discontinuities are contested elections, mass movements with significant plebiscitary thrusts, disputes over constitutional and other relations between state

> actors and institutions, the privatization of much economic activity, and the spread of corrupt and criminal alliances spanning the public and private sectors."[39]

Die Vielfalt sozialer, politischer und ökonomischer Beziehungen, die in den Übergangsjahren rasch wechselnde gesellschaftliche Machtstrukturen konstituierten, sind bisher nur sehr unzureichend untersucht. Auch die vorliegende Arbeit kann nur einen Ausschnitt der Entwicklung in den Blick nehmen, indem sie in einer Reihe von Fallstudien das Verhalten einzelner Elitengruppen – und zwar solcher aus dem Wirtschaftsbereich – untersucht, gewissermaßen als Vorstudie zu einer Gesellschaftsgeschichte der Transformationsphase in Rußland. Dabei geht es vor allem darum, Führungsgruppen zu identifizieren und ihr Verhalten im Prozeß des Übergangs zu untersuchen. Ihre Rekrutierung, der Zusammenhalt der Gruppen, ihre Binnenstruktur nach innen und die Formen der Interessenvertretung nach außen sollen Gegenstand der Untersuchung sein.

---

39 J. Higley/J. Pakulski/W. Wesolowski: Introduction: Elite Change and Democratic Regimes in Eastern Europe, in: J. Higley/J. Pakulski/W. Wesolowski (Hrsg.): Post-communist Elites and Democracy in Eastern Europe, Basingstoke 1998, S. 1-33, hier S. 1.

2. Akteure und Strukturen in der Ära Jelzin 1992-1999

2.1 Rußlands Wirtschaft. Externe Einflußfaktoren und Binnenentwicklung

Es war der Wandel der Wirtschaftsordnung – der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft –, der die Gesellschaft und die politischen Machtverhältnisse in Rußland auf eine ganz neue Grundlage stellte. Die verschiedenen Regierungen, die die Wirtschaft zu reformieren suchten, orientierten sich in ihrer Arbeit durchweg an sechs Grundprinzipen:

- Erstens sollte eine Preisfreigabe und die Schaffung adäquater Wettbewerbsbedingungen allen Betrieben und Unternehmen ermöglichen, am in- und ausländischen Handel teilzunehmen.
- Zweitens sollten alle Bürger das Recht erhalten, jede Art von Firma zu gründen, und die Freiheit gewährt werden, jedes gewünschte Gut zu produzieren.
- Drittens sollte den Wirtschaftsakteuren glaubhaft vermittelt werden, daß von nun an keine Subventionen mehr gezahlt würden, mit denen sie Verluste ausgleichen konnten. Ziel war eine Reduzierung des Haushaltsdefizits.
- Viertens sollte die Währung stabilisiert und die Inflation unter Kontrolle gebracht werden.
- Um kleine und mittelständische Betriebe zu fördern, war fünftens eine Vereinfachung der Steuergesetzgebung und die Einführung eines verständlichen und durchsetzbaren rechtlichen Rahmens unabdingbar.
- Sechstens schließlich sollte sich der Staat von sämtlichen seiner kommerziellen und industriellen Unternehmungen befreien, eine klare Aussage hinsichtlich der Privatisierung des Kapitalstocks treffen, und die Gewährung von Eigentumsrechten festschreiben.[40]

---

[40] J. Blasi/M. Kroumova/D. Kruse: Kremlin Capitalism. Privatising the Russian Economy, Ithaca/London: Cornell University Press, 1997, S. 30.

Wie sich jedoch herausstellen sollte, war bis zum Jahr 1999 keine der russischen Regierungen in der Lage, diese Prinzipien in eine kohärente Wirtschaftspolitik umzusetzen. Vielmehr machten viele Interessen, die sich sowohl in der Hauptstadt als auch in den Regionen der Rußländischen Föderation bereits im April 1992 zu formieren begannen, Front gegen diesen Aufgabenkatalog und setzten sich von Anfang an erfolgreich gegen seine Implementierung zur Wehr.

So hat Rußland entgegen den ursprünglichen Erwartungen von Seiten internationaler Politik- und Wirtschaftsberater in den neunziger Jahren zwar weitreichende Reformen durchgeführt und für die Herausbildung einer effizienten Marktwirtschaft notwendige Gesetzesvorgaben auf den Weg gebracht, die nachhaltige Stabilisierung seiner Wirtschaft aber bis zum Ende der Jelzin-Ära nicht erreicht. Im Jahr 1991, als das erste reformorientierte Kabinett installiert wurde, wies das Land einen Produktionsrückgang von 3% auf, die Inflationsrate lag bei 84,4% und das Budgetdefizit bei 15% des Bruttosozialproduktes (BSP). Im Jahr 1998, nach sieben Jahren also, waren die Indikatoren vergleichbar: Die Produktion sank um 4,6%, der Preisanstieg betrug um 85%, und das Budgetdefizit lag immer noch bei 4,9%.[41] Wohl wurde das Verhalten etablierter Wirtschaftsakteure durch die Liberalisierung der Preise und des Außenhandels, die Privatisierung staatlicher Betriebe, die Zulassung neuer Unternehmungen und den Aufbau eines Bankensystems nachhaltig beeinflußt, doch systemisch und prozedural war auch Ende der neunziger Jahre der Nachholbedarf groß. Der "Mythos von der russischen Wirtschaftsliberalisierung" wurde vor allem durch die außerordentlich hohe Staatsquote entzaubert: Zwischen 1992 und 1997 wurden etwa 35 bis 40% des Bruttosozialprodukts (BSP) dem konsolidierten Haushalt in Form von Steuern, Abgaben oder Lizenzzahlungen zugeführt. In der gleichen Zeit machten die staatlichen Ausgaben nahezu die Hälfte des BSP aus.[42] Im internationalen Vergleich waren diese Zahlen nicht

---

41 Russian Economy, The Month in Review (BOFIT), Nr. 5, 1999.

42 P. Aven: Ėkonomika torga. O krache liberal'nych reform v Rossii, in: Kommersant, 27.1.1999, S.1, 4-5.

außergewöhnlich hoch; gemessen an der Wirtschaftskraft des Landes und der ineffizienten Verwendung der Budgetmittel waren sie langfristig jedoch kaum einer wirtschaftlichen Gesundung zuträglich. Sie verwiesen auf einen Staat, der sich nicht aus der Wirtschaft zurückziehen mochte – und es vielleicht aus Sicht der unterschiedlichsten Entscheidungsträger auch gar nicht sollte. Zum anderen wurde die Vorstellung einer liberalen Marktwirtschaft durch auch weiterhin bestehende Verhandlungspraktiken im Rahmen einer "ėkonomika torga"[43] oder eines Quasi-Feudalismus[44] aufgeweicht. Gleiche wettbewerbliche Bedingungen für alle Wirtschaftsteilnehmer, sei dies im Außenhandelsbereich, bei den Privatisierungsauktionen, bei der Zuteilung von Krediten oder bei der Steuereintreibung, bestanden nicht.

Deformierte Regulierungen und ungleichmäßige Politikdurchsetzung haben das Spielfeld, auf dem die Wirtschaftsakteure handelten, verzerrt und waren letztlich in vielen Branchen der russischen Wirtschaft die Ursache für niedrige Produktivität und das Fehlen von Investitionen. Diese Marktverzerrungen waren jedoch sektor- und regionenspezifisch und traten in unterschiedlichen Formen auf: Energie wurde z.B. zu reduzierten Preisen an unrentable Stahlbetriebe geliefert, oder der Großhandel konnte im Verhältnis zum Einzelhandel bis zu achtfache Steuerermäßigungen geltend machen. Diese Art von Sonderregelungen verstärkte die wirtschaftlichen Probleme des Landes, indem sie zum einen erhöhte Staatsausgaben (durch direkte und indirekte Subventionierung) zum anderen verminderte Steuereinnahmen (durch Steuererlaß), und damit ein erhöhtes Haushaltsdefizit erzeugten.[45]

---

43 Ebd.

44 I. Chakamada: Vpered k novomu feodalizmu, in: Kommersant, 19.3.1999, S.1, 6. Zur Enstehung eines Industriefeudalismus in Rußland siehe auch R. Ericson: The Post-Soviet Russian Economic System: An Industrial Feudalism?, Stockholm Institute for Transition Economics, Mai 1999.

45 McKinsey Global Institute: Unlocking economic growth in Russia, Moskau, Oktober 1999.

Unter diesen Umständen ist es nicht weiter verwunderlich, daß die Ergebnisse der russischen Reformanstrengungen nicht den Erwartungen entsprachen: Das hohe Verschuldungsniveau zwischen den einzelnen Unternehmen, der mit diesem Phänomen eng verbundene und weitverbreitete Tauschhandel und das Begleichen von Rechnungen mit Geldsurrogaten; Zahlungsrückstände bei Steuer-, Lohn- und Pensionszahlungen und bei anderen staatlichen Verpflichtungen waren herausragende Merkmale russischer Wirtschaftstätigkeit. Im Mai 1999 machten bei großen Unternehmungen die Zahlungen in Geldform lediglich 27% aus, der Rest, also 73%, wurden mittels Barter, Ersatzgeldern und gegenseitigen Schuldverschreibungen beglichen. Insgesamt beliefen sich die Forderungen innerhalb des Landes am 1. Januar 1999 auf 2,3 Bio. Rbl, was zu diesem Zeitpunkt 85,6% des BSP ausmachte.[46] Ein weiteres Chakteristikum war das außerordentlich hohe Haushaltsdefizit. Die staatliche, vor allem kurzfristige Verschuldung im In- und Ausland des Staates stieg stark an, und ein Rückgang der Realeinkommen der Bevölkerung war vor allem im Jahr 1998 zu verzeichnen.[47] In den ersten vier Monaten des Jahres 1999 fiel das reale verfügbare Einkommen um weitere 27,3% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Reallöhne verzeichneten einen Rückgang um 39%.[48] Ende April 1999 belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf etwa 10,5 Millionen, 14,2% der arbeitsfähigen Bevölkerung.[49]

2.1.1 Der Verlauf der Reformen

Rußlands wirtschaftliche Entwicklung kann in vier Phasen eingeteilt werden. Die Chronologie orientiert sich sowohl an politischen als auch an wirtschaftlichen Ereignissen, die jeweils eine Zäsur im Reformverlauf bedeuteten. Der erste Abschnitt begann mit der Auflösung der UdSSR am

---

46 Ėkonomika i žizn', Nr. 19, Mai 1999, S. 3.

47 A. Frenkel': Prognoz social'no-ėkonomičeskogo razvitija Rossii na 1999 god, in: Voprosy statistiki, Nr.4, 1999, S. 67-76.

48 Interfax, Statistical Report, 8. Jg., Nr. 23, 4.6.1999, S. 3.

49 Ebd., S. 16.

31. Dezember 1991 und endete mit der Entlassung Gajdars aus der Regierungsverantwortung im Dezember 1992 – einer politischen Entscheidung Jelzins. In dieser Periode wurden die Weichen für die zukünftige Wirtschaftspolitik gestellt. Die Zeit zwischen Dezember 1992 und Oktober 1994, die zweite Phase, war durch hohe Inflationsraten, ein kreditfinanziertes Budgetdefizit und eine auf Subventionierung setzende Industriepolitik gekennzeichnet. Allerdings war dies auch die Zeit, in der die Privatisierung durchgeführt wurde. Mit dem schwarzen Dienstag im Oktober 1994, einem wirtschaftlichen Ereignis, fand sie ein Ende. Unter Aufsicht von Tatjana Paramonova leitete die Zentralbank – mit starker Unterstützung des Internationalen Währungsfonds – eine dritte Phase im Reformprozeß ein, in welchem das Primat der Geldpolitik über die Fiskalpolitik propagiert wurde. Sie führte unter Ministerpräsident Tschernomyrdin zu einer relativ stabilen Wirtschaftspolitik. Im März 1998 endete die Regierungszeit Tschernomyrdins und mit ihr die dritte Reformperiode. Die vierte Phase schließlich war durch politische und wirtschaftliche Uneinheitlichkeit gekennzeichnet. Verschiedene Regierungsmannschaften leiteten die Geschicke zwischen März 1998 und Juni 1999. In diese Zeit fiel die Augustkrise, in der mit der Freigabe des Rubelkurses eine Verschiebung innerhalb der Wirtschaftsstruktur geschah. Die Wahl des Märzdatums als Zäsur, statt des dramatischeren im August, hat vor allem zwei Gründe: zum einen hatten die Ereignisse im August eine gewisse Vorlaufzeit, die mit der Entlassung des langjährigen Premierministers eingeleitet wurde. Zum zweiten begann der inkonsistente Reformverlauf ebenfalls bereits im Frühjahr des Jahres 1998 und nicht erst im Sommer. Das politische Ereignis ist also dem wirtschaftlichen als Einschnitt vorzuziehen.

Januar-Dezember 1992

Nachdem durch die Auflösung der Sowjetunion der Weg freigegeben war, leitete Gajdar unmittelbar eine Reihe wichtiger Reformschritte ein. Am 2. Januar 1992 wurden die Preise freigegeben, der Außenhandel liberalisiert, ein einheitlicher Wechselkurs eingeführt und privates Unternehmertum vollständig zugelassen. Der Erlaß des Präsidenten vom

14. August 1992 setzte die erste Welle der Privatisierung in Gang, in der 23.766 mittlere und große Betriebe sowie 170.000 kleinere Einheiten in private Hand überführt werden sollten.[50] Die Reformmaßnahmen wurden jedoch von Anfang an partiell eingeschränkt. Die Preise einiger Grundnahrungsmittel und Versorgungsgüter wie Milch, Brot, Salz, Wodka oder Benzin und Elektrizität blieben weiterhin unter staatlicher Kontrolle. Im staatlichen Verteilungssektor durften die Preise um nicht mehr als 25% erhöht werden.[51] In vielen Regionen wurden eigene Preisregulierungen eingeführt. Trotz dieser staatlichen Beschränkungen stieg die Inflationsrate im ersten Reformjahr auf 2.608,8% an. Das war nur zum Teil Ergebnis der Gajdarschen Reformschritte. Vielmehr resultierte sie zum einen aus dem monetären Überhang, mit dem Rußland die Reformjahre begann, und der 1991 77% des BSP betrug,[52] zum andern aus der Schwäche der Exekutive im neuen russischen Staat. Zwar war am 2. Januar 1992 ein Paket von Steuergesetzen in Kraft getreten, das die Einführung einer Mehrwertsteuer, einer Verbrauchssteuer, einer Einkommensteuer und einer Unternehmenssteuer vorsah, doch die Eintreibung der Steuern bereitete massive Schwierigkeiten. Neben solchen strukturellen Mängeln trugen aber auch politische Kompromisse wie die fortgesetzte Subventionierung von Staatsbetrieben, die im April 1992 wieder aufgenommen wurde, zu den Preissteigerungen im ersten Reformjahr bei.

Die hohe Inflationsrate kam – solange sie nicht zu einer Hyperinflation führte – der Regierung Gajdar zunächst durchaus zupaß, da auf diese Weise das Haushaltsdefizit, mit dem das Land seine Reformen antrat,

---

50 Blasi/Kroumova/Kruse, Kremlin Capitalism, S. 25. Für einen gründlichen Überblick über die Voucher-Privatisierung siehe auch E. Siehl: Privatisierung in Rußland, Wiesbaden, 1998.

51 J. Leitzel: Russian Economic Reform, London/New York 1995, Fn. 142. Dabei durften Großhändler ihre Preise um 19%, und Einzelhändler nochmals um 6% erhöhen. Vgl. auch B. Granville: The Success of Russian Economic Reforms, London 1995, S. 20.

52 Ebd., S. 9.

deutlich reduziert wurde.[53] Denn bereits im Jahre 1990 zeichnete sich ab, daß eine Beschneidung der Staatsausgaben, und damit die Verringerung des Budgetdefizits, mit einer Regierung, in der die alten Lobbygruppen noch immer stark vertreten waren, sehr schwierig werden würde.[54] An eine Steigerung der Steuereinnahmen bis zu einer Höhe, die eine Deckung der Ausgaben erlaubt hätte, war zu diesem Zeitpunkt aber nicht zu denken: Eine funktionierende Steueradministration aufzubauen, ist ein langwieriger Prozeß. Ohnehin war der Staat nicht in der Lage, große Geldsummen effizient zu verwalten.

Die Wirtschaftstransformation rief also zunächst einen scharfen Rückgang der fiskalischen Einnahmen hervor, der durch hohe Inflationsraten allerdings temporär verdeckt wurde.[55] Allerdings verfehlte es die Regierung, die Inflation zur Entlastung des Haushalts zu nutzen. Vielmehr beschädigte sie den Geldwert weiter, indem sie ab dem zweiten Quartal 1992 subventionierte Kredite, Steuer- und Zollbefreiungen an einzelne Unternehmen verteilte und Staatsunternehmen Exportlizenzen und Garantien bescherte. Anstatt die Umstrukturierung der Betriebe zu fördern, stützte sie Unternehmen weiter, die unter Marktbedingungen nicht überlebensfähig waren. Die Anpassung an die neuen Gegebenheiten wurde damit nicht erleichtert.[56] Vielmehr führten die Kreditvergaben – Ergebnis verzerrter politischer Kräfteverhältnisse – dazu, daß enorme Privatvermögen angehäuft wurden: In Rußland machte das Einkommen aus Netto-Kreditvergaben allein im Jahre 1992 32,7% des BSP aus.

---

53 Die Preissteigerungsrate hatte jedoch mehrere Vorteile für den Staat. Erstens können seignorage-Gewinne realisiert werden, zweitens erlaubt eine Inflationssteuer die relativ einfache Steuereintreibung, und drittens verringern sich die realen Schulden des Staates. In einer politisch und wirtschaftlich instabilen Umwelt sind dies nicht zu vernachlässigende Faktoren. Vgl. P. Boone/J. Hørder: Inflation: Causes, Consequences, and Cures, in: P. Boone/S. Gomulka/R. Layard (Hrsg.): Emerging from Communism. Lessons from Russia, China, and Eastern Europe, Cambridge (MA)/London 1998, S. 43-71, hier S. 49.

54 A. Åslund: A Critique of Soviet Reform Plans, in: ders. (Hrsg.): Economic Transformation in the 1990s, London/Washington 1997, S. 11-24, hier S. 17.

55 Boone/Hørder, in: Boone/Gomulka/Layard 1998, S. 49.

56 Ebd., S. 51.

Angesichts solcher Summen war es unausweichlich, daß die Gruppe der "Reformgewinnler" den Stabilisierungsversuchen, die die Regierung zaghaft ins Werk setzte, mit aller Macht entgegentrat, da damit ihre Gewinnmöglichkeiten beschnitten wurden.[57]

Im Sommer 1992 hatten sich die Gegner der Reformmaßnahmen formiert. Vladimir Mau nennt diese Zeit die gefährlichste aller Perioden seit August 1991, da die Produzenten aller Sektoren, Industrielle, Agrarier, Gewerkschaften und Direktoren von Staatsbetrieben ihre Kräfte gegen die Reformen vereinigt hätten.[58] Die Opposition äußerte sich unter anderem in den zwischenbetrieblichen Zahlungsrückständen, die bereits Ende Juni 1992 70% des BSP ausmachten.[59] Unfähig, unter der restriktiven Geldpolitik der Regierung und mit einem ohnmächtigen Bankensystem die Produktion zu finanzieren, wurden die Kredite in Form von Zahlungsrückständen ausgeweitet. Dies führte wiederum dazu, daß die Unternehmen erfolgreich eine Anpassung an neue Nachfragestrukturen vermieden.[60] Die Ausweitung der gegenseitigen Verschuldung wurde von der Industrielobby erfolgreich als Argument verwendet, um weiterhin billige Kredite von der Zentralbank zu erhalten: Keine Regierung konnte überleben, wenn sämtliche Betriebe wegen Zahlungsunfähigkeit in Konkurs gingen. Damit wurde das Zahlungsproblem einzelner Betriebe, vor allem im Rüstungs- und Landwirtschaftssektor, zu einem gesamtwirtschaftlichen Problem, das die Stabilisierungspolitik der ersten Monate unterlief. Kredite an verlustbringende Betriebe schoben die notwendige Umstrukturierung der Wirtschaft auf.[61]

---

57 Ebd., S. 44.

58 V. Mau: Russia, in: J. Williamson (Hrsg.): The Political Economy of Policy Reform, Washington DC 1994, S. 432-438, S. 436.

59 B. Ickes/R. Ryterman: The Interenterprise Arrears Crisis in Russia, in: Post-Soviet Affairs, 8. Jg., 1992, Nr. 4, S. 331-361, hier S. 332.

60 Ebd., S. 353.

61 Granville, S. 3.

Parallel dazu verlangten die Föderationssubjekte größere Eigenständigkeit.[62] Bereits im März 1992 unterzeichneten alle regionalen Führungen – eine Ausnahme stellten lediglich Tatarstan und Tschetschenien-Inguschetien dar – einen Föderationsvertrag, der den Gebietseinheiten mehr Autonomie zugestand.[63] Dezentralisierung und fiskalischer Föderalismus – also die geographische Dezentralisierung fiskalischer Entscheidungen – bergen allerdings die Gefahr heftiger Konflikte bei der Allokation von Ausgaben und Steuereinnahmen in sich, was schnelle Entscheidungen nahezu unmöglich macht. Erstens können lokale Verwaltungen, die Steuern auf lokaler Ebene eintreiben und sie an das föderale Budget abführen, dies zeitgerecht und in vollem Umfang tun – sie können es aber auch lassen. Es entsteht eine klassische Gefangenendilemma-Situation, in der manche Provinzen kooperieren, andere hingegen nicht. Zweitens können die verschiedenen Regionen oder Bezirke Stabilisierungsprogramme des Zentrums blockieren.[64] In der Rußländischen Föderation trat ein, was Phil Hanson als NIMBY-Stabilisierung (NIMBY, *Not in my back yard*) bezeichnete: Regionale Preisfixierung, die Subventionierung lokaler Betriebe, selbst nachdem sie privatisiert wurden, und die Exportkontrolle von Gütern der Region in andere Provinzen blockierten die Reformmaßnahmen, die im Zentrum des Landes entworfen wurden.[65]

Bereits zu diesem Zeitpunkt konnte in Frage gestellt werden, inwieweit in Rußland von *einem* Markt, *einer* Währung und *einem* Budget gesprochen werden konnte, denn die Regionen hatten weitaus mehr Einflußmöglichkeiten auf Geld-, Handels- und Haushaltspolitik, als dies

---

62 Zur Entwicklung des föderalen Systems in Rußland vgl. A. Heinemann-Grüder: Der heterogene Staat, Berlin 2000.

63 E. Teague: Russia and the Regions: The Uses of Ambiguity, in: J. Gibson/P. Hanson (Hrsg.): Transformation from Below, Cheltenham 1996, S. 13-36, hier S. 19.

64 A. Alesina: Political Models of Macroeconomic Policy and Fiscal Reforms, in: S. Haggard/S. Webb (Hrsg.): Voting for Reform. Democracy, Political Liberalization, and Economic Adjustment, Oxford u.a. 1994, S. 37-60, S. 54.

65 P. Hanson: Economic Change and the Russian Provinces, in: Gibson/Hanson: Transformation from Below 1996, S. 179-216, hier S. 185.

in etablierten Marktwirtschaften der Fall ist.[66] In den Provinzen der Rußländischen Föderation wurden Geldsurrogate ausgegeben, die nur für den Warenaustausch in einem geographisch abgegrenzten Raum innerhalb Rußlands gültig waren. Diese Geldsurrogate, deren Volumen im Jahr 1992 alleine in Nižnij Novgorod insgesamt 18 Mio. US$ erreichte, nahmen die Form von Regionalwährungen an, mit denen Löhne und Steuern gezahlt und alltägliche Einkäufe getätigt werden konnten.[67] Mit diesen Maßnahmen wurden sowohl Geldpolitik als auch Handelspolitik der Zentrale teilweise außer Kraft gesetzt und durch regionale Entscheidungen ersetzt.

Ein Ergebnis dieser Entwicklung war, daß versäumt wurde, eine transparente Buchführung einzuführen, die sowohl auf föderaler als auch auf regionaler Ebene Geltung hatte. Dies aber ist Ausgangspunkt jedes ausgeglichenen Budgets. Ein Buchhaltungs-/accounting-Rahmen war für den konsolidierten Staatssektor, der nicht nur zentrale, sondern auch regionale Budgets und Staatsbetriebe miteinschließen muß, notwendig.[68] Nicht überraschen darf daher die Tatsache, daß im Jahr 1992 die Ausgaben des Staates 80% des BSPs ausmachten, was sogar die Quote der Sowjetunion überstieg, die lediglich 47-50% des BSPs betragen hatte.[69] Während das Haushaltsbudget stieg, gewannen die Strukturen an Gewicht, die die Staatsausgaben administrierten – kommerzielle Banken, staatliche Banken wie die Sberbank und "Privatbanken mit Staatscharakter". Diese waren daran interessiert, die Haushaltsgelder mit Verzögerung an ihren Bestimmungsort zu kanalisieren, um auf diese Weise Spekulationsgewinne zu realisieren. Eine Haushaltssanierung war nicht in ihrem Interesse. Angesichts wachsender Opposition gegen Reformmaßnahmen und der sich verschlechternden makroökonomischen

---

66 B. Van Selm: Economic Performance in Russia's Regions, in: Europe-Asia Studies, 50. Jg., 1998, Nr. 4, S. 603-618, hier S. 605.

67 Ebd., S. 606.

68 R. Dornbusch: Stabilization, Debt and Reform, New York u.a. 1993, S. 26.

69 A. Illarionov: Cena socializma, Teil 1, in: Nezavisimaja gazeta, 13.4.1999, S. 2.

Indikatoren wurde im Dezember 1992 Egor Gajdar als amtierender Ministerpräsident entlassen.

Trotz der vorwiegend negativen Ergebnisse des "Jahres Eins" der russischen Reform muß jedoch festgehalten werden, daß mit der Entscheidung für die Liberalisierung der Wirtschaft (Preise, Außenhandel, privates Unternehmertum, Privatisierung), für die Dezentralisierung und für die Reform des Steuersystems eine grundsätzlich neue Richtung eingeschlagen worden war: Die Rußländische Föderation hatte endgültig mit der zentral kontrollierten Planwirtschaft gebrochen.

Dezember 1992 bis Oktober 1994

In der zweiten Phase der Wirtschaftsreformen hatte die Regierung, der seit Dezember 1992 Viktor Tschernomyrdin vorstand, vordringlich drei Aufgaben zu lösen: sie mußte das Haushaltsdefizit beseitigen, die Privatisierung durchsetzen, und für einen Finanzausgleich zwischen Zentrum und Regionen sorgen. Diese drei Elemente waren eng miteinander verknüpft. Von den Privatisierungseinnahmen erhoffte man sich eine Steigerung der Staatseinnahmen, da die föderalen Steuereinnahmen nicht ausreichten, um den Haushalt zu sanieren. Dies lag unter anderem daran, daß der Finanzausgleich zwischen Moskau und der Peripherie Probleme schuf sowohl bei der Einnahme von Steuergeldern als auch bei der Aufteilung der Finanzressourcen zwischen den russischen Regionen. Steuern wurden auf lokaler Ebene eingetrieben und anschließend nach Moskau transferiert, um von dort an die einzelnen Gebietseinheiten verteilt zu werden. Eine einheitliche und schlüssige Verteilungsformel, aus der Ansprüche und Abgabepflichten ersichtlich gewesen wären, existierte nicht. Dies schuf Spielraum für individuelle Regelungen. Die Vermutung, daß die Finanzströme zwischen Moskau und den einzelnen Regionen durch ein politisches Patronagesystem gelenkt wurden, war weit verbreitet. Die relative Position einer Provinz innerhalb der föderalen Struktur war danach der wesentliche Faktor,

wenn es darum ging, Unterstützung aus dem Zentrum zu erhalten und damit Realeinkommen im Territorium zu generieren.[70]

Die Verfassung, die im Dezember 1993 angenommen wurde, hat das Problem einer Kompetenzenverteilung zwischen Zentrum und Regionen nicht gelöst. In der Folgezeit wurde eine Reihe zusätzlicher bilateraler Verträge zwischen der Regierung und den Republiken des Landes geschlossen. Am 15. Februar 1994 wurde ein Abkommen zwischen Tatarstan und der RF unterzeichnet, am 1. Juli 1994 wurde Ingušetija z.B. vertraglich zur *off-shore zone* erklärt, und am 3. August einigten sich die RF und Baškortostan auf eine vertragliche Untermauerung der speziellen bilateralen Beziehungen.[71] Im Zuge dieser Verhandlungen und Auseinandersetzungen erhielten einzelne Gebietseinheiten auch finanzielle Konzessionen, die zu einer weiteren Schwächung des föderalen Budgets führten. Denn während z.B. die Region Perm eine Gewinnsteuer von 45% erhob, wurden Unternehmungen in der Republik Baškortostan mit einer Gewinnsteuer von lediglich 10% belegt.[72] Andererseits wurden in den Artikeln 71 und 72 der Verfassung die Kompetenzen der föderalen und subnationalen Regierungen festgelegt. Der föderale Haushalt des Jahres 1994 legte für fast alle Regionen einheitliche Regeln fest, wie die wichtigsten föderalen Steuern verteilt werden sollten. Die Allokation der Transferzahlungen an die Regionen wurde dem neu eingerichteten Fonds für Finanzielle Unterstützung der Föderationssubjekte übertragen.[73] Dennoch war ein Widerspruch zwischen dem formalen Gesetzessystem und den informellen Verhandlungsprozessen beobachtbar.

---

70 M. Bradshaw/P. Hanson, Understanding Regional Patterns of Economic Change in Russia: An Introduction, in: Communist Economies and Economic Transformation, 10. Jg., 1998, Nr. 3, S. 285-304, hier S. 286.

71 Für eine ausführliche Behandlung dieses Themas siehe Hanson, in: Gibson/Hanson: Transformation from Below 1996, S. 181f.

72 E. Teague: Russia and the Regions, S. 23-27.

73 OECD: Economic Surveys 1999-2000, Russian Federation, Paris: OECD 2000, S. 117.

Das Beispiel des föderalen Finanzausgleichs macht deutlich, daß makroökonomische Stabilisierung ein öffentliches Gut ist, an dem regionale Führungskräfte nur solange ein Interesse haben, als die eigene Provinz darunter nicht leidet. Mit einer Vielzahl von Kunstgriffen suchten sich die Regionen ihren Spielraum zu erhalten. Außerbudgetäre Fonds, die zum Teil vor dem Zugriff Moskaus geschützt wurden, oder Steuereinnahmen in Form von Naturalien sollten verhindern, daß Steuern an das zentrale Budget abgeführt wurden. Rubelsurrogate wurden ausgestellt, Subventionen an die Produzenten vor Ort verteilt, während man gleichzeitig in Moskau antichambrierte, um eine Vorzugsbehandlung durchzusetzen.[74] Von einer geschlossenen Stabilisierungspolitik konnte daher auch weiterhin keine Rede sein, eine Konsolidierung des Haushalts war nahezu ein Ding der Unmöglichkeit. Klare Spielregeln und ein transparentes Budget konnten also auch in der zweiten Phase der Wirtschaftsreform nicht durchgesetzt werden.

Im Laufe des Jahres 1993 wuchsen die Spannungen zwischen dem Obersten Sowjet und der Regierung. Gleichzeitig nahmen auch die Unstimmigkeiten zwischen Regierung und Zentralbank zu, die weiterhin direkte Unternehmenskredite verteilte. Erst im Mai 1993 konnten sich die Regierung unter Finanzminister Fedorov und die Zentralbank darauf einigen, sowohl die Geldemission als auch die Vergabe subventionierter Kredite einzuschränken.[75] Die politischen Auseinandersetzungen des Sommers 1993 demonstrierten noch einmal, daß politische Polarisierung ein Haupthindernis bei der Durchsetzung weitreichender Reformen ist.[76] Ein einheitliches Reformteam ist zwar eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung für erfolgreiche Reformen[77]: ohne eine funktionierende Exekutive, die geschlossen handelt und über eine ausreichende Legitimation verfügt, war an eine Konsolidierung der

---

74 Hanson, in: Gibson/Hanson: Transformation from Below 1996, S. 193.

75 Siehl: Privatisierung, S. 130.

76 Mau, in: Williamson: The Political Economy of Policy Reform 1994, S. 438.

77 J. Williamson: In Search of a Manual for Technopols, in: Williamson: The Political Economy of Policy Reform 1994, S. 11-28, hier S.22.

Wirtschaft nicht zu denken. Unter solch fluiden Umständen und angesichts einer weitgestreuten Interessenlage kam den Einzelakteuren innerhalb der Apparate – einschließlich der gewählten Vertreter der Föderationssubjekte –, den Lobbyisten und den Wirtschaftsmagnaten eine große Rolle zu, denn die unklare Situation bot ihnen für die Durchsetzung von Partikularinteressen ausgezeichnete Möglichkeiten.[78]

Im September 1993 setzte Präsident Jelzin erneut eine reformorientierte Regierung ein, der wiederum Egor Gajdar angehörte und die die Wirtschaftsreformen weiter vorantreiben sollte. Die gewaltsame Zerschlagung des Obersten Sowjet schuf dieser dann im Oktober 1993 einen Moment lang freie Bahn. Im Gefolge dieser Aktion wurde u.a. die Russische Zentralbank, die bislang vom Obersten Sowjet kontrolliert wurde, unter die Aufsicht des Präsidenten gestellt.[79] Dennoch konnte der Staatshaushalt wiederum nicht konsolidiert werden. Immerhin gelang es, wenn auch nur langsam, den staatlichen Verbrauch zu reduzieren. Die Schwierigkeiten, die Staatsausgaben mit Hilfe von Steuereinnahmen und Privatisierungseinnahmen zu finanzieren, konnten jedoch trotz mehrfacher Anläufe nicht überwunden werden. Anstrengungen, den Gesamtumfang des Staatshaushalts insgesamt zu verringern, stießen weiterhin auf Widerstand der einzelnen Interessensträger.[80] Die bereits im Jahre 1993 eingeführten staatlichen Schuldverschreibungen (GKO - *Gosudarstvennaja kratkosročnaja obligacija*) waren zu diesem Zeitpunkt noch von geringer Wichtigkeit, da bis zum Oktober 1994 das Haushaltsdefizit vor allem durch Kredite der Zentralbank finanziert wurde. Dies führte allerdings zu weiteren Preissteigerungen.[81] Um die

---

78 M. McFaul: Russia's 'Privatized' State as an Impediment to Democratic Consolidation, Part I, in: Security Dialogue, 29. Jg., 1998, Nr. 2, S. 191-199, hier S. 194.

79 B. Ickes/R. Ryterman: Roadblock to Economic Reform: Interenterprise Debt and the Transition to Markets, in: Post-Soviet Affairs, 9. Jg., 1993, Nr. 3, S. 231-252, hier S. 252.

80 P. Hanson: The Russian Economic Crisis and the Future of Russian Economic Reform, Background Paper for the BASEES Annual Conference, März 1999, S. 4.

81 Granville, S. 5.

Staatsfinanzen zu entlasten, setzte man nun verstärkt auf Privatisierungsgewinne.

Bei der Entscheidung für eine schnelle Privatisierung von Staatseigentum standen zwei Motive im Vordergrund. Zum einen wollte man eine Klasse von Eigentümern schaffen, die stark genug war, um die Umkehr der Reformbemühungen zu verhindern. Das zweite Antriebsmoment war die Annahme, daß zumindest auf lange Sicht Privateigentum eine wesentliche Voraussetzung für Effizienz sei.[82] Wirtschaftliche Entwicklung und technologischer Fortschritt können danach nur erreicht werden, wenn Eigentumsrechte klar definiert und akzeptiert sind. Zusätzlich muß gewährleistet sein, daß betriebliche Kontroll- und Lenkungsstrukturen greifen können, um *principal-agent*-Probleme zu lösen. Allerdings waren diese Rahmenbedingungen nur unvollkommen gegeben, da Kapitalmärkte nur unzureichend funktionierten, die Bankrottierung unrentabler Betriebe nicht glaubhaft durchgesetzt werden konnte und wettbewerbsrechtliche Bestimmungen nicht wirksam wurden. Eine Disziplinierung des Managements war daher nicht zu erwarten.[83] Erschwerend kam hinzu, daß in den Jahren zwischen 1992 und 1994 eine Reihe staatlicher Entscheidungen und Dekrete den jeweiligen Privatisierungsstatus einzelner Unternehmensgruppen regelten. Einige Betriebe, zumeist aus dem Rüstungssektor, durften aus "strategischen Gründen" nicht privatisiert werden, die Privatisierung anderer Betriebe erforderte die explizite Genehmigung des Staatskomitees zur Verwaltung des Staatsvermögens (*Goskomimuščestvo*, *GKI*) oder der gesamten Regierung, und wiederum andere waren verpflichtet, ihren Eigentümerstatus zu ändern. Dieses Vorgehen bedeutete, daß den

---

82 R. Layard: Why so much pain? An Overview, in: Boone/Gomulka/Layard 1998, S. 1-11, hier S.4.

83 E. Siehl: Pfadabhängigkeit und Privatisierung in Osteuropa, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft, Heft 19/1997, S. 21; S. Aukutsionek/I. Filatochev/R. Kapelyushnikov/V.Zhukov: Dominant Shareholders, Restructuring and Performance of Privatised Companies in Russia: An Analysis and Some Policy Implications, in: Communist Economies & Economic Transformation, 10. Jg. 1998, Nr. 4, S. 495-517, hier S. 497.

Entscheidungen einzelner Staatsbeamter eine erheblich Rolle zukam. Solche intransparenten Entscheidungsprozesse öffneten der Einwirkung von Lobbyisten Tor und Tür. Korruption konnte erfolgreich Entscheidungen beeinflussen.

Oktober 1994 bis März 1998

Im April 1994 wurde die Kredittätigkeit der Regierung wieder ausgeweitet. Wie in den Jahren zuvor profitierten davon vor allem die Landwirtschaft und die Nördlichen Territorien. Flankiert wurde diese Politik durch die Zentralbankpolitik, die nicht verhinderte, daß reale Zinsen negative Werte erreichten.[84] Der Rubel verlor zunehmend an Wert. Am 11. Oktober 1994 fiel der Außenwert des Rubels an einem einzigen Tag um 27%. Die Regierung wurde umgebildet und Viktor Tschernomyrdin mußte abermals zu einer geldwirtschaftlich vertretbaren Politik zurückkehren. Geraschtschenko, der Zentralbankvorsitzende, überlebte den schwarzen Dienstag nicht, Sergej Dubinin wurde als Finanzminister "entlassen". Am 14. Oktober 1994 wurde Tatjana Paramonova als amtierende Leiterin der Zentralbank eingesetzt, bis Sergej Dubinin als der endgültige Nachfolger ernannt und von der Duma bestätigt wurde. Der wirtschaftspolitische Schwerpunkt wurde auf die Geldpolitik verlagert. Um diese glaubhaft zu vermitteln, mußte die diskreditierte Zentralbank rehabilitiert und ihre Unabhängigkeit institutionalisiert werden. Während in der Zeit von 1992 bis 1994 in der RF die Regierung die Zentralbank zwingen mußte, die von ihr initiierte Vergabe von speziellen Krediten an notleidende Betriebe endlich einzustellen, um damit eine Haushaltskonsolidierung zu ermöglichen und eine Umstrukturierung der Betriebe zu erzwingen, wandelte sich das Bild unter der Führung von Sergej Dubinin tatsächlich. Die Bank betrieb eine restriktive Geldpolitik und weigerte sich – zumindest scheinbar -, das Haushaltsdefizit mittels Krediten und Geldemission zu finanzieren. Damit schien der fehlenden Koordination der verschiedenen Politiken,

[84] D. Treisman: Fighting Inflation in a Transitional Regime. Russia's Anomalous Stabilization, in: World Politics, 50. Jg., Nr. 2, 1998, S. 235-265, hier S. 245.

die in ihrer Kombination weder zu einer Konsolidierung des Haushalts noch zu einer Monetarisierung des Defizits geführt hatten, und damit die Schulden hatten weiterhin ansteigen lassen, endlich ein Ende bereitet.

Aus der Erfahrung der Oktoberkrise heraus wurde beschlossen, die Kreditfinanzierung des Budgetdefizits einzustellen, die Steuereintreibung zu verbessern, die Staatsausgaben zu kürzen und auf eine nicht-inflationäre Defizitfinanzierung überzugehen, d.h. sowohl in- als auch ausländische Gläubiger zu finden, die bereit waren, russische Staatspapiere zu kaufen.[85] Die Grundlagen für einen – rasch wachsenden – GKO-Markt wurden gelegt, KO (*kaznačejskie objazatel'stva*), KNO (*kaznačejskie nalogovye osvoboždenija*) wurden eingeführt und als Zahlungsmittel auch von staatlicher Seite akzeptiert. Um das aktuelle Haushaltsdefizit zu überbrücken, wurden Garantien und Bürgschaften des Finanzministeriums für Kredite der Geschäftsbanken gewährt.[86] Auf Wechseln basierende Kredite wurden von den Banken ausgegeben, gleichzeitig führten regionale und örtliche Verwaltungen und große Betriebe Geldsurrogate ein. Da diese Einheiten keine Schatzbriefe emittieren durften, fiel ihre Wahl auf Wechsel oder gegenseitige Schuldverschreibungen (vzaimozačety).[87] Die Geldemission blieb weiterhin eingeschränkt, um Inflationstendenzen zu ersticken. Die Geldmenge war mit 13% des BSP im internationalen Vergleich extrem niedrig. Die realen Zinssätze betrugen im Durchschnitt 35%. Das Jahr 1995 war somit Rußlands Jahr der Stabilisierung.[88] Die monatlichen Inflationsraten fielen im Sommer 1996 dann auch tatsächlich auf unter 1%. Das Budgetdefizit wurde nicht mehr durch Geldemissionen finanziert, sondern durch die Ausgabe von GKOs und durch längerfristige Schatzbriefe (OFZs). Zudem konnte auf Kredite des IWF

---

85 E. Jasin: Poraženie ili otstuplenie? in: Nezavisimaja gazeta. NG-Politėkonomija, Nr. 4, März 1999, S. 9, S. 14-15, hier S. 14.

86 Ebd.

87 V. Klistorin/V. Čerkasskij: Denežnye surrogaty: ėkonomičeskie i social'nye posledstvija, in: Voprosy ėkonomiki, Nr. 10, 1997, S. 52-57, hier S. 53.

88 Treisman, in: World Politics, 50. Jg., Nr. 2, 1998, S. 246.

zurückgegriffen werden. Die nominalen Ausgaben des Staates wurden nicht offiziell gekürzt, aber sequestriert, so daß effektiv lediglich 75% des Staatshaushalts realisiert wurden. In den ersten neun Monaten von 1996 waren etwa 37% des Defizits extern finanziert, vor allem durch den IWF und durch Auslandsanleihen. GKOs und OFZs trugen ebenfalls wesentlich zur Kreditierung des Haushalts bei. [89]

Ende 1995 und Anfang 1996 war aber zugleich die Zeit der Hochblüte der Geldsurrogate: Im April 1996 wurden Steuerverpflichtungen zu zwei Dritteln mit Hilfe dieser Papiere geleistet. Bargeld, um z.B. die Löhne und Gehälter der Angestellten zu zahlen, war in immer geringerem Maße verfügbar. Die Ausgabe der KOs und KNOs wurde eingeschränkt, was den GKO-Markt nochmals beflügelte. Bereits im Jahr 1995 stieg der GKO-Umsatz um ein Siebenfaches, im Jahr 1996 um weitere 300%. Dies war angesichts der hohen Zinsgewinne, die zu realisieren waren, nicht verwunderlich: Sie betrugen kurz vor den Präsidentschaftswahlen im Juni 1996 200%.[90] Erst im Herbst 1996 wurden die Folgen der rasant ansteigenden Verschuldung des Staates erstmals offiziell zur Kenntnis genommen. Man könne, wie es hieß, die Inflationsraten zwar weiterhin niedrig halten, aber nur auf Kosten des Staatshaushaltes. Das Problem werde mit dieser Politik also nur aufgeschoben.[91] Da die Zentralbank jedoch lange Zeit Nutznießer dieser Politik war – sie hatte selbst in großem Umfang staatliche Schuldverschreibungen aufgekauft und damit spekuliert -, hielt sie an dem eingeschlagenen Kurs fest und setzte auch weiterhin auf die Ausweitung des Haushaltsdefizits. Der Staatsverbrauch stieg so zwischen 1994 und 1996 wieder an. Gleichzeitig verstärkte sich der Druck auf die neuentstandenen privaten Unternehmen um ein Vielfaches: Detaillierte staatliche Regulierungen, eine Verstärkung des Außenhandelsprotektionismus und eine repressive Währungspolitik

---

89 Vgl. O. Hishow: Wechselkursanker oder Floating?, Berichte des BIOst, 1-1999, Köln 1999, S. 8f.

90 Jasin, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Politėkonomija, Nr. 4, März 1999, S. 9, S. 14.

91 Ebd.

erschwerten die Entstehung eines privaten und vom Staat unabhängigen Sektors.[92]

In dieser Periode suchte man auch einige der wichtigsten Probleme zu lösen, die das Verhältnis zwischen Zentrum und Regionen betrafen. Soziale Einrichtungen und Infrastruktur gingen von föderalem in regionales Eigentum über. Im Mai 1996 wurden Aktien an Unternehmen, die zunächst in föderalem Besitz waren, an regionale Verwaltungen transferiert. Diese Aktien sollten versteigert und die Einnahmen in die regionalen Haushalte eingebracht werden. Gleichzeitig sollten Zentralbank und Finanzministerium das Recht erhalten, Zahlungen an diejenigen Regionen zu suspendieren, die die Steuereinnahmen nicht pflichtgemäß an die Zentrale weiterleiteten. Im September 1997 schließlich wurde ein Gesetz unterzeichnet, das die finanziellen Grundlagen der lokalen Selbstverwaltung festschrieb, die Quellen und Verwendungsziele der Finanzressourcen regelte und die Finanzbeziehungen zwischen lokaler und anderen Regierungsebenen regulierte.[93] Dies war auch dringend nötig, nachdem die budgetäre Eigenständigkeit der Föderationssubjekte in den Jahren 1996 und 1997 einen Höhepunkt erreicht hatte. Bis zum März 1997 konnten Provinzverwaltungen eigene Wechsel und Schuldverschreibungen ausstellen oder festsetzen, in welcher Form die Steuerabgaben geleistet werden sollten. Da Regionalverwaltungen ein Interesse daran hatten, ihre Steuern in Form von Barter, Wechseln oder anderen Geldsurrogaten einzutreiben, da dadurch der Anteil an den Steuereinnahmen, der in der jeweiligen Region verblieb, vergrößert wurde, beschnitt dies den Spielraum der Föderalverwaltung im Bereich der zentralen Haushaltspolitik.[94] Im Durchschnitt wurden im Jahre 1996 etwa 50%

---

92 Illarionov, in: Nezavisimaja gazeta, 13.4.1999, S. 3.

93 OECD Economic Surveys 1997-1998, Russian Federation, Paris: OECD 1998, S. 224-234.

94 P. Hanson: Russia: Regional Finances and the Federal Budget, Paper Presented at the Centre for Russian and East European Studies (CREES) Annual Conference, 12-14 Juni, S. 1.

sämtlicher regionaler und lokaler Budgeteinnahmen nicht in Geldform eingetrieben. Der Anteil nonmonetärer Zahlungen an den Gesamteinnahmen der Regionen variierte zwischen 5 bis 10% und 70 bis 80% im Jahre 1997. Eine Folge des Übergewichts von nonmonetären Zahlungen war jedoch, daß häufig Löhne und Sozialleistungen nicht bezahlt wurden. Betriebe, die mit ihren Steuerzahlungen im Rückstand waren, profitierten jedoch von den nonmonetären Zahlungen.[95]

Um ihrer Entschlossenheit, dem Tauschhandel ein Ende zu bereiten, Nachdruck zu verleihen, erließ die russische Regierung im März 1997 ein Dekret, welches erstmals die gegenseitige Aufrechnung von staatlichen Schulden an einzelne Unternehmen und deren Steuerschuld erlaubte. Gleichzeitig wurde eine Umstrukturierung der Steuerschuld der Unternehmen anvisiert. Verschuldete Betriebe sollten Kontrollaktienanteile treuhänderisch dem Staat überlassen, um so ihre Schulden zu begleichen.[96] Zudem sollten die Steuereinnahmen, die im ersten Quartal 1997 lediglich zwei Drittel der geplanten Einnahmen ausmachten, wieder erhöht werden. Politisch untermauert wurden diese wirtschaftlichen und rechtlichen Reformen durch die Tatsache, daß am 7. März 1997 einmal mehr eine reformorientierte Regierungsmannschaft ernannt wurde. Die Regierungsumbildung, die Anatolij Tschubajs und Boris Nemzow in Schlüsselstellungen brachte, versprach den Reformen neuen Schwung zu verleihen. Angekündigt wurden weitreichende Schritte, wie z.B. eine Reform der Kommunal- und Wohnungswirtschaft und ein Aufbrechen der "natürlichen Monopole". Eine Senkung der Tarife für Güterverkehr, Gas und Elektrizität sollte Industrie und Landwirtschaft beleben. Außerdem war geplant, die öffentlichen Finanzen nicht mehr wie bisher über private Banken abzuwickeln,

---

95 Für eine exzellente Beschreibung der Funktionsweise des Systems siehe A. M. Lavrov: Nekotorye problemy mežbudžetnych otnošenii v Rossii, Paper Presented at the Centre for Russian and East European Studies, University of Birmingham, Mai 1998, S. 2-5.

96 OECD: Economic Surveys 1997-1998, Russian Federation, Paris, OECD 1997, S. 231.

sondern eine föderale Finanz- und Kassenstruktur aufzubauen.[97] All diese Ankündigungen richteten sich gegen die sogenannten "Oligarchen"[98], denen nunmehr lauthals und mutig der Kampf angesagt wurde.

Der Haushalt wurde um 30% sequestriert. Gleichzeitig mußte jedoch das Versprechen des Präsidenten, endlich die fälligen Lohn- und Pensionszahlungen zu leisten, eingelöst werden, was den Haushalt erneut belastete. Im April 1997 wurde daher der GKO-Markt für ausländische Marktteilnehmer geöffnet, um so den Kreis möglicher Kreditoren zu erweitern. Da die Gewinnaussichten gut waren, die Zinserträge hoch und das Wechselkursrisiko wegen des Wechselkurskorridors gering, zog diese Maßnahme rasch "heißes Geld" an. Folglich hielten Mitte 1997 Ausländer etwa ein Drittel der russischen Staatsanleihen. Positiv dabei war, daß die Zinszahlungen auf 18 bis 20% sanken und damit die Zinslast des Staates verringerten. Dies wurde jedoch von einer verstärkten Abhängigkeit von spekulativem *hot money* begleitet, die sich im November 1997 rächte. Die Asienkrise machte die Anleger vorsichtiger, der IWF weigerte sich, die nächstfällige Kredittranche auszubezahlen, und die Verzinsung der GKOs stieg wieder auf 40% an. Die Zentralbank war nicht länger in der Lage, den Markt zu stützen, da die Stützung des Rubelkurses bereits die Reserven beanspruchte. Das Kapital begann abzufließen.[99]

Um dennoch eine Finanzierung des Haushalts zu gewährleisten, wurde es Ausländern ab dem 1. Januar 1998 ermöglicht, Wertpapiere auch vor Ablauf der Fälligkeitsfrist an der Börse zu verkaufen. Durch die hierdurch gewonnene größere Flexibilität und das reduzierte Wechselkursrisiko, das durch den Wechselkurskorridor noch immer sehr gering war, sollten russische Papiere für ausländische Kapitalanleger

---

97 R. Götz: Besser spät als nie: Der dritte Versuch einer "radikalen Reform" der russischen Wirtschaft. Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 23/1997, Köln 1997.

98 Vgl. dazu unten Kapitel 2.4 Die Wirtschaftselite in der Ära Jelzin – der Aufstieg der "politischen Unternehmer".

99 Jasin, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Politėkonomija, Nr. 4, März 1999, S. 14.

attraktiver gemacht werden.[100] Dies gelang auch eine Zeitlang, denn das feste Wechselkurssystem, auf welchem die monetäre Stabilisierung der ersten Reformjahre vor allem basierte, und das Mitte 1995 in ein Wechselkursband verwandelt wurde, schuf zunächst relativ sichere monetäre Rahmenbedingungen mit geringen Wechselkursschwankungen. Im zweiten Halbjahr 1996 wurde der feste Wechselkurskorridor in ein gleitendes Wechselkursband mit zunehmend ansteigender Schwankungsbreite überführt. Damit gelang es im folgenden Jahr temporär, die Auswirkungen der Asienkrise abzupuffern. Ausländische Kapitalgeber waren zeitweilig noch bereit, russische Papiere zu kaufen. In der Folge stiegen die kurzfristigen Verbindlichkeiten des russischen Staates von 0 auf 16% des BIP. Auf ausländische Gläubiger entfielen dabei etwa 20 bis 25 Mrd. US$, was weit über den Devisenreserven der Zentralbank lag, die im Mai 1998 ca. 15 Mrd. US$ betrugen. Der Druck auf den Wechselkurs erhöhte sich stark, wobei die Zentralbank in diesem Zeitraum noch immer bemüht war, den Rubelkurs im vorgegebenen Band zu halten. Durch die Verteidigung des Wechselkurses wurden die Währungsreserven der Zentralbank aber aufgezehrt.[101]

Verschärft wurde die Lage durch die sinkenden Rohstoffpreise, die die Exporteinnahmen zurückgehen ließen. Im ersten Halbjahr 1998 lagen die Rohölpreise ein Drittel unter denen des Vorjahres, und die Erdgaspreise waren um 16% gesunken. Dies war um so gravierender, als Öl im Jahr 1997 ca. 18%, Erdöl-Produkte 9% und Erdgas ca. 25% des Exports ausmachten.[102] Der Glaube ausländischer Anleger daran, daß die Asienkrise Rußland nicht in vollem Umfang erreichen würde, nahm rasch ab. Die Aktienkurse begannen zu fallen, die Kreditwürdigkeit des Landes wurde von den verschiedenen Rating-Agenturen schrittweise gesenkt und

---

100 Vgl. O. Hishow: Rußland: Finanzieller Zusammenbruch aufgeschoben? Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 30/1998, Köln 1998, S.2.

101 K. Berensmann: Russische Währungs-, Finanz- und Schuldenkrise, Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 1/1999, S. 4f.

102 Berensmann: Russische Währungskrise, S. 23.

die Steuereinnahmen blieben auch weiterhin hinter den geplanten Einnahmen zurück.[103] Der Negativtrend bei der Wirtschaftsentwicklung wurde verstärkt, als der Präsident im März 1998 Viktor Tschernomyrdin entließ und völlig überraschend Sergej Kirienko als neuen Ministerpräsidenten vorschlug.

März 1998 bis Mai 1999

Angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten, das Vertrauen ausländischer Anleger in russische staatliche Schuldverschreibungen zu gewinnen und die Auswirkungen der Asienkrise auf das Land zu minimieren, ergriff die neue Regierung eine Reihe von Maßnahmen, die vor allem die nun bedrohliche Ausmaße annehmende Haushaltskrise abwenden sollten. Eher kosmetischer Natur, aber mit weitreichenden politischen Folgen, war die Durchsetzung Sergej Kirienkos als Ministerpräsident. Am 8. Mai 1998, nach zweimonatigen Auseinandersetzungen mit der Staatsduma, wurde eine neue russische Regierung im Amt bestätigt. Zu weiteren Konzessionen war die Duma jedoch nicht bereit. Weder unterstützte sie ein Antikrisen-Programm, noch die Reform des Steuer- und Sozialsystems. Renten, Löhne und Gehälter wurden weiterhin nicht oder nur mit Verzug ausgezahlt. Im Mai 1998 z.B. betrugen die monatlichen Staatseinnahmen etwa 22 bis 23 Mrd. Rbl, was Mindestausgaben in Höhe von 25 bis 26 Mrd. Rbl gegenüberstand. Darüber hinaus mußten 30 Mrd. Rbl zur Tilgung der laufenden Staatsanleihen ausgegeben werden. Damit klaffte eine monatliche Finanzierungslücke von 33 Mrd. Rbl, was zu dieser Zeit etwa 5 Mrd. US$ entsprach, die wiederum mittels neuer Staatsanleihen aufgebracht werden mußten. Die Gesamtbelastung der Staatsschuld, also der Schuldendienst auf in Rubel und Devisen denominierte Staatsverschuldung, die bei Fortsetzung dieser Politik für das Folgejahr zu erwarten gewesen wäre, hätte 9% des BIP betragen. Dem standen lediglich 10% des BIP gegenüber, die in monetärer Form als

[103] R. Götz: Der wirtschaftliche Politikwechsel in Rußland, Aktuelle Analysen des Biost, Nr. 43/1998, Köln 1998, S. 1f.

Steuereinnahmen eingezogen werden konnten. Rußland war in eine Schuldenfalle geraten.[104]

Das drohende Fiasko konnten auch rasch eingeleitete Gegenmaßnahmen nicht mehr verhindern. Die im November 1997 vorgenommene Korrektur des Wechselkurses – ein erweiterter Korridor, der Schwankungen bis zu 15% zuließ – und temporäre Eingriffe der Zentralbank in die GKO- und Devisenmärkte konnten wohl für einige Monate die Finanzmärkte beruhigen. Ohne eine entsprechende Korrektur der Fiskalpolitik waren die Resultate dieser Politik jedoch nicht nachhaltig. Der Präsidentenerlaß Nr. 2074 vom 5. Mai 1998[105] sah ebenfalls wieder einmal ein Verbot nonmonetärer Zahlung von Steuern in den Föderationssubjekten vor. Außerdem wurden die regionalen Behörden angewiesen, die Schulden der Betriebe gegenüber den Regionen umzustrukturieren. Die Regionen wurden aufgefordert, ihr Budget zu kürzen, ihre Beschäftigten zu reduzieren, und das System der "bevollmächtigten Banken" abzuschaffen. Doch der Erlaß trug eher einen Aufforderungscharakter und konnte letztlich die negative Entwicklung der makroökonomischen Situation nicht aufhalten. Die unregelmäßigen und zudem stark gefallenen Steuereinnahmen und die willkürliche Subventionierung von ineffizienten Betrieben bewirkten, daß der Tauschhandel fortexistierte,[106] und verstärkten vor allem das Haushaltsdefizit.

Am 17. August 1998 brach der Rubelkurs an den Börsen dramatisch ein. Die Regierung reagierte darauf, indem sie den Rubel abwertete, ein Zahlungsmoratorium deklarierte (den Banken und Unternehmungen wurde zeitweilig die Bezahlung von Auslandsverpflichtungen untersagt), und die Einlösung der Staatsanleihen verweigerte (*default*). Der Rubel

---

104 Ebd., S. 2.

105 "O dopolnitel'nych merach po obespečeniju vyplaty zarabotnoj platy rabotnikam bjudžetnoj sfery i ozdorovleniju gosudarstvennych finansov" [Über zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung der Auszahlung der Arbeitslöhne und zur Gesundung der Staatsfinanzen] .

106 C. Gaddy/B. Ickes: An Accounting Model of the Virtual Economy in Russia, in: Post-Soviet Geography and Economics, 40. Jg., 1999, Nr. 2, S. 79-97.

verlor bis September 1998 60%, und bis Februar 1999 75% seines Wertes. Der Bankensektor, der im März 1998 mit 12 Mrd. US$ - und dies schließt Termingeschäfte ein – im Ausland netto verschuldet war, konnte seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern nicht mehr nachkommen.[107] Obwohl die Zentralbank im August Stützungskäufe in Höhe von 5,6 Mrd. US$ tätigte, konnte der Verfall der Währung nicht aufgehalten werden.[108] Die Ursachen der Krise waren mannigfaltig. Gewiß war sie auch Ergebnis externer Entwicklungen – wie sinkender Erdölpreise auf dem Weltmarkt, die Rußlands *terms of trade* verschlechterten und damit die Exporterlöse des Landes reduzierten, und der Asienkrise im Jahre 1997. Auch die vorhandene Industriestruktur, Erbe sowjetischer Wirtschaftsplanung, hat zu den weitgehend negativen Trends beigetragen. Doch entscheidend waren die wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die in den Jahren nach 1991 gefällt bzw. nicht gefällt wurden. Die Wirtschaftspolitik der Jelzin-Ära war verantwortlich für die mäßig regulierten und kontrollierten Finanzmärkte, die undurchsichtigen fiskalischen Regelungen zwischen Zentrum und den Regionen, die Vermeidung von Insolvenzen im Unternehmensbereich, die niedrigen Investitionsquoten, die halbherzigen Unternehmensumstrukturierungen, die mangelnden Wettbewerbsbedingungen, die Kapitalflucht, die ineffiziente Steuereintreibung und die hohe kurzfristige staatliche Verschuldung.

Die Augustkrise hatte mehrere Auswirkungen. Zum einen wurde die Regierung Kirienko entlassen, da sie an der Wirtschafts- und Finanzpolitik gescheitert war. Ernannt wurde, nach zwei vergeblichen Versuchen des Präsidenten, wieder Viktor Tschernomyrdin einzusetzen, der bisherige Außenminister Jewgenij Primakow, der sich als Vize-Premier Jurij Masljukow, den letzten Vorsitzenden der sowjetischen Staatsplanbehörde, aussuchte. Das Ziel seiner Regierung war zunächst, eine gewisse Ruhe in die Wirtschaftsentwicklung zu bringen. Nach einer

---

[107] Berensmann: Russische Währungskrise, S. 24.

[108] A Frenkel': Prognoz social'no-ėkonomičeskogo razvitija Rossii na 1999 god, in: Voprosy statistiki, Nr. 4, 1999, S.67-76, hier S.67.

Reihe von Fehlstarts wurde dann schließlich auch ein Wirtschaftsprogramm vorgestellt,[109] das den bisherigen Reformkurs revidieren oder doch zumindest korrigieren sollte. Da es sich aber in politischen Absichtserklärungen erschöpfte und praktisch keine konkreten Maßnahmen vorsah, die die Wirtschaft hätten sanieren sollen, kam ihm relativ wenig Gewicht zu – und es erregte auch weiter keine Aufmerksamkeit. Was allerdings eine rasche Erholung der Wirtschaft und des Kapitalmarktes nach dem 17. August in der Tat behinderte, war die Tatsache, daß die Formulierung eines Programms immer wieder aufgeschoben wurde. Damit wurde die Konzeptionslosigkeit der Regierungsmannschaft augenfällig. Da die Zusammensetzung der Regierung auch hohe Inflationserwartungen mit sich brachte – Masljukow, Primakow und Geraschtschenko waren nicht als monetaristische Reformer bekannt – war der Handlungsspielraum bezüglich einer dringend notwendigen Geldemission zur Deckung der Staatsschulden außerordentlich eingeschränkt. Eine Geldmengenausweitung wurde als notwendig angesehen, weil man die Monetarisierungsrate für zu niedrig und daher die Erholung des realen Sektors für gefährdet hielt. Dem stand entgegen, daß unter Berücksichtigung sämtlicher Geldsurrogate und des Tauschhandels die Monetarisierungsrate tatsächlich bei 40% des BSP lag und damit durchaus das durchschnittliche Niveau anderer Transitionsländer erreichte. Wesentlich schwerer wog in diesem Zusammenhang, daß die Kreditvergabe an Wirtschaftseinheiten niedriger als 10% des BIP war, was eher dafür verantwortlich war, daß der reale Sektor anfangs kaum Anzeichen eines Wirtschaftsaufschwungs aufwies.[110]

Eine weitere Folge der August-Krise war, daß sich der Wirtschaftsraum zumindest temporär weiter fragmentierte. Die Regionen verließen sich nicht mehr auf zentrale Vorgaben, sondern entwarfen eigene

---

[109] Vgl. www.rbc.ru/rbc_zakon6.html, 13.11.98

[110] E. Jasin/P. Bykov: Ne mešat' ėvoljucii!, in: Ėkspert, 24.5.1999, S.16-17, hier S. 17.

Anpassungsprogramme.[111] Größere Eigenständigkeit bedeutete, daß die Gebietsverwaltungen auch die Kontrolle über die Finanzströme auf lokaler Ebene übernahmen.[112] Kalmückien beschloß, keine Steuern mehr an Moskau zu überweisen. Ingušetija, Tatarstan, die Regionen Chabarovsk, Kaliningrad und Jaroslavl' kündigten gleiche Schritte an. Eigene Goldreserven wurden von Sacha, Magadan, Irkutsk, Perm, Sverdlovsk, Kemerovo und Kaliningrad angelegt.[113] Čuvašija führte ein eigenes Zahlungssystem, und Samara einen Verrechnungspool der Banken ein. In Novosibirsk wurde eine Kontrollkommission eingesetzt, die die rechtzeitige Verrechnung zwischen den Kreditorganisationen überwachen sollte. Ein Erlaß des Präsidenten von Burjatien verlangte von den Filialen der Moskauer Banken, ihre Arbeit mit den Moskauer Mutterhäusern zu unterbrechen, und sich alleine auf die Verrechnungen innerhalb der Region zu konzentrieren.[114]

Dennoch traf die hohe anhaltende Inflation, die mit der Ernennung Geraschtschenkos erwartet wurde, nicht ein. Vielmehr betrug die Inflation im ersten Halbjahr 1999 nur 25%, der Rückgang des BIP lag mit 1,3% ebenfalls unter den Erwartungen, und der Rubelkurs stabilisierte sich im freien *floating* mit 24-30 Rbl/1 US$.[115] Die makroökonomischen Rahmenbedingungen legten die Grundlagen für diese wirtschaftliche Erholung. Die Handelsbilanz profitierte von einem abgewerteten Rubel,

---

111 So wurden in den Regionen Voronež, Stavropol', Jakutien, Dagestan, Čuvašija und Nordossetien Preisregulierungen eingeführt. In Volgograd, Brjansk, Kaluga, Tula, Samara, Omsk, Čuvašija, Nordossetien und Udmurtien war es nicht mehr erlaubt, ohne die Erlaubnis der Oblast'-Verwaltung Produkte aus der Region auszuführen. Andere Regionen, wie Moskau, Leningrad, Smolensk, Tula, Jaroslavl', Voronež und Tambov gingen dazu über, den Handel über die Gebietsgrenzen hinweg mit "Exportzuschlägen" zu regulieren. Während der Krise wurden die Tarife für Transport, Energie und kommunale Dienstleistungen eingefroren. Vgl. Ėkspert, 26.10.1998, S. 11; Finansovye izvestija, 15.9.1998, S. II.

112 Izvestija, 27.10.98, S. 2.

113 Ėkspert, 26.10.98, S. 10.

114 Ėkspert, 26.10.98, S. 11.

115 R. Götz: Die russische Wirtschaft ein Jahr nach der Augustkrise 1998, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 27/1999, Köln 1999, S. 1f.

da die teuren Importe zurückgingen und russische Produzenten in diese Lücke eindrangen. Die Industrieproduktion stieg daher recht schnell wieder an, angeführt von export-orientierten Industriezweigen und Betrieben, die in der Lage waren, die nun verteuerten Importe zu substituieren. Die Steuereinnahmen stiegen in diesem Kontext ebenso wie die Rubelnachfrage.[116]

2.1.2 Rußlands Wirtschaft am Ende der Jelzin-Ära

Allerdings verhinderten auf mikroökonomischer Ebene hohe Steuersätze, fehlende Transparenz im bürokratischen Ablauf und staatliche Willkür auch weiterhin die notwendige Rundumerneuerung und strukturelle Modernisierung der russischen Wirtschaft. Weder in die Industrie, noch in die Landwirtschaft, noch in die Infrastruktur wurde ausreichend investiert. Eine Folge davon war, daß im Jahre 1999 der Wert der Produktionsanlagen um die Hälfte sank, also direkt die Rate des Wirtschaftsrückgangs widerspiegelte.[117] Das durchschnittliche Lebensalter russischer Industrieanlagen stieg zwischen 1980 und 1997 von 19 Jahren auf 31,8 Jahre an.[118] Der durchschnittliche russische Betrieb produzierte also mit Maschinen, die im Jahre 1968 aufgestellt worden waren. Die Strukturen von Produktion und Technologie hatten sich im Transformationszeitraum seit 1992 nur unwesentlich geändert. Noch immer waren Erdöl und Erdgas die wesentlichen Exportgüter. Der Landwirtschaftssektor hatte sich kaum an die neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen angepaßt, und die Branche, die am

---

116 OECD: Economic Surveys 1999-2000, Russian Federation, Paris: OECD 2000, S. 32.

117 G. Chanin: Opasnye illjuzii, in: Ėkspert, 14.6.1999, S. 16-17, hier S. 17. Resultat dieses Wertverlustes ist, daß die Anlagen zu 80-85% ausgelastet sind, und nicht, wie von offizieller Seite behauptet, zu lediglich 40%. Dieser Auffassung widerspricht jedoch Vojanov, der von einer 50%-igen Unterauslastung der Kapazitäten ausgeht. Vgl. A. Vojanov: Ržavaja pryčina, in: Ėkspert, 14.6.1999, S. 18-22, hier S. 18.

118 Vojanov, in: Ėkspert, 14.6.1999, S. 20.

meisten Fortschritte zu verzeichnen hatte, nämlich der Bankensektor, war von der Krise im August 1998 am stärksten betroffen.[119]

Tabelle 2: Die wichtigsten makroökonomischen Indikatoren (nach Angaben aus dem Jahr 1999)

Indikator	*1990*	*1991*	*1992*	*1993*	*1994*	*1995*	*1996*	*1997*	*1998*
BSP in % zum Vorjahr	97,0	95,0	85,5	91,3	87,3	95,9	96,5	100,8	95,4
in % zu 1989	97,0	92,2	79,8	71,9	62,8	60,2	58,1	58,7	56,0
Industrieproduktion in % zum Vorjahr	99,9	92,0	81,2	83,8	77,2	95,3	92,2	99,3	94,8
in% zu 1989	99,9	91,9	74,6	62,5	48,2	45,9	42,3	42,0	39,8
Landwirtschaftl. Produktion in % zum Vorjahr	96,4	95,5	90,6	95,6	88,0	92,0	94,9	100,1	87,7
in % zu 1989	96,4	92,1	83,4	79,7	70,1	64,5	61,2	61,3	53,8
Investitionen in Fixkapital, in % zum Vorjahr	100,0	84,5	60,3	88,3	75,7	89,9	81,9	95,0	93,3
in % zu 1989	100,1	84,6	51,0	45,0	34,1	30,6	25,1	23,8	22,2
Inflation/ Konsumentenpreisindex (Dez-Dez)		260,3	2608,8	944,2	315,0	231,3	121,8	111,0	184,4
Monatl. Durchschnitt		8,3	31,2	20,6	10,0	7,2	1,7	0,9	5,2

Quelle: A.Frenkel': Prognoz social'no-ėkonomičeskogo razvitija Rossii na 1999 god, in: Voprosy statistiki, Nr.4, 1999, S. 67-76, hier S. 69; vgl. dazu die Zusammenstellung des DIW, unten Tabelle 29 mit Daten für den Zeitraum von 1996-2001.

Damit waren die Grundlagen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das sich seit Beginn des Jahres 1999 entgegen aller Erwartungen abzeichnete, noch nicht gegeben. Unter Primakow und seinem

[119] Vgl. D. Dyker: The Structural Origins of the Russian Economic Crisis, in: Post-Communist Economies, 12. Jg., Nr.1, 2000, S. 5-24.

Wirtschaftsminister Masljukow war aber eine maßgebliche wirtschaftspolitische Kehrtwende nicht zu erwarten.

Aus dem Reformverlauf wird deutlich, daß das Hauptproblem der gesamten Regierungsperiode von 1991 bis 1999 darin bestand, daß es nicht gelang, ein konsistentes und der wirtschaftlichen Entwicklung zuträgliches Stabilisierungsprogramm zu formulieren und dann auch tatsächlich durchzusetzen. Aufgrund der ständigen Auseinandersetzungen zwischen Parlament und Regierung sowie der fortbestehenden Widersprüche zwischen Regionalverwaltungen und Föderalregierung war niemand in der Lage, ein in sich stimmiges Stabilisierungskonzept vorzulegen und zu implementieren, wie Thane Gustafson treffend festgestellt hat:

> "The patchwork quality of the Russian market economy, the pattern of stop-and-start of economic reform, reflect the deep popular ambivalence and the lack of a broad elite conviction that have been characteristic of Russian marketization from the beginning."[120]

In einer solchen Situation stieg die Gefahr eines Zermürbungskrieges zwischen den beteiligten Akteuren.[121] Der Zermürbungskrieg um die Verteilung der Transformationskosten – im Falle Rußlands also sowohl innerhalb der Regierung selbst als auch zwischen der Regierung und der Duma, dem Föderationsrat, den Banken, den Regionen und dem Finanzministerium – kann erklären, warum über den Zeitraum von fast zehn Jahren eine Politik verfolgt wurde, die im August 1998 in einem Zahlungsmoratorium und einer Abwertung des Rubels gipfelte. Die Anhäufung von Schulden und die drohende Gefahr der Zahlungsunfähigkeit konnte weder dem Finanzministerium der Rußländischen Föderation noch dem Haushaltsausschuß der russischen Duma verborgen bleiben; dennoch wurden keine Gegenmaßnahmen ergriffen. Es steht dabei zu vermuten, daß weniger die Erkenntnis um die

---

120 T. Gustafson: Capitalism Russian-Style, Cambridge 2000, S. 27.

121 A. Alesina: Political Models of Macroeconomic Policy and Fiscal Reforms, in: Haggard/Webb 1994, S. 37-60, hier S. 54.

Notwendigkeit einer Stabilisierung *per se*, sondern vielmehr die Frage, wer die Last der Stabilisierung tragen solle, eine Rolle bei den Auseinandersetzungen um die "richtige" Politik spielte. Die Konflikte um die Verteilung der Stabilisierungskosten berührten massiv Gruppeninteressen. Je ungleicher die erwartete Verteilung der Stabilisierungskosten jedoch war, desto weiter wurde die Stabilisierung hinausgeschoben.[122]

In Rußland wurden also keine nachhaltigen Maßnahmen zur Lösung dieser Konflikte formuliert und durchgesetzt, sondern es wurde auf dem "Verhandlungsweg" versucht, die jeweiligen Verlierer einer Stabilisierung zu entschädigen. So war im Jahr 1995 die Entwicklung des GKO-Marktes mit außerordentlich hohen Zinserträgen geeignet, z.B. kommerzielle Banken dafür zu entschädigen, daß sie nicht mehr von einer durch die Geldpolitik indizierten hohen Inflation profitieren konnten. Unrentable Firmen und der Landwirtschaftssektor konnten mit Hilfe von billigen Energielieferungen einen Ausgleich für verringerte offene Subventionen geltend machen. Diese Energielieferungen waren eine nicht-monetäre Möglichkeit, generell illiquide Wirtschaftssektoren mit Liquidität zu versorgen. Als Kompensation für Einnahmeausfälle des Energiesektors wiederum wurden Steuervorteile, Exportprivilegien und Privatisierungen, die außerhalb der staatlichen Kontrolle lagen, angeboten. Anders wären die temporären Stabilisierungserfolge der russischen Regierung kaum durchsetzbar gewesen.[123]

---

[122] A. Alesina/A. Drazen: Why are Stabilizations Delayed?, in: American Economic Review, 81. Jg., 1991, Nr. 5, S. 1170-1188, hier S. 1171; A. Alesina, in: Haggard/Webb 1994, S. 49ff.

[123] Treisman, in: World Politics, 50. Jg., Nr. 2, 1998, S. 264.

Tabelle 3: Haushaltsgesetz-Prozeß

Haushalt für das Jahr	*von der Duma beschlossen*[a]	*vom Föderationsrat unterzeichnet*	*vom Präsidenten unterzeichnet*
1992[a]	--	--	17.7.1992
1993[a]	--	--	14.5.1993
1994	24.6.1994	24.6.1994	1.7.1994
1995	15.3.1995	23.3.1995	31.3.1995
1996	6.12.1995	19.12.1995	31.12.1995
1997	24.1.1997	12.2.1997	26.2.1997
1998	4.3.1998	12.3.1998	26.3.1998
1999	5.2.1999	17.2.1999	22.2.1999

Quelle: 1992:Ėkonomika i žizn', 1992, Nr. 35, S. 20; 1993: Rossijskaja gazeta, 1.6.1993, S. 5; 1994: ebd., 6.7.1994; 1995-1997: OECD Economic Surveys 1997-1998, Russian Federation, Paris: OECD 1998, S.224-234.; 1998: Sobranie zakonodatel'stva RF, Nr.13, 1998, st. 1464, S. 2706-2821; 1999: Sobranie zakonodatel'stva RF, Nr.9, 1999, st. 1093, S. 1687-1880; [a] vor Verabschiedung der Verfassung von 1993 wurden die Hauhalte vom Obersten Sowjet verabschiedet und vom Präsidenten unterzeichnet.

Die fehlende Kohärenz und Homogenität der Entscheidungsträger in Moskau schlug sich u.a. in einem ineffizienten Steuersystem und in einer unkoordinierten Ausgabenpolitik nieder. Gerade in den ersten Reformjahren dauerte der Einigungsprozeß um das jährliche Haushaltsgesetz bisweilen einige Monate, so daß unter anderem weder für die Verwaltungsorgane noch für staatliche Betriebe Planungssicherheit gegeben waren (siehe Tabelle 3).

Notwendige Einsparmaßnahmen auf der Ausgabenseite des Budgets, die bereits mehrfach gekürzt wurde, brachten keine spürbare Entlastung. Beides hat in der Folge in der Struktur und im Volumen des russischen Haushalts negativ zu Buche geschlagen (siehe Tabelle 4). Die Gründe dafür sind auf verschiedenen Ebenen zu verorten.

Tabelle 4: Russischer Staatshaushalt (in % des BSP)

	1992	*1993*	*1994*	*1995*	*1996*	*1997*
Staatseinnahmen	38,3	36,2	34,6	31,9	32,1	33,0
Staatsausgaben	56,7	43,6	45,1	37,7	41,6	40,4
Budgetdefizit	18,4	7,4	10,4	5,8	9,5	7,5

Quellen: 1991: Granville 1995, S. 9; 1992-1997: IWF, World Economic Outlook, Mai 1998, Washington DC; vgl. auch für 1985-1989: IWF, Worldbank, OECD und EBRD, The Economy of the USSR. Summary and Recommendation, Washington 1990, S. 10.

Zweifellos war das Steuersystem ineffizient, indem es Steuerflucht begünstigte und hohe Eintreibungskosten mit sich brachte. Dies hat die staatlichen Einnahmemöglichkeiten wesentlich eingeschränkt und damit den politischen Handlungsrahmen erheblich eingeengt. Dies konnte durchaus im Interesse der Duma sein, in der die Kommunistische Partei und andere Reformgegner eine Mehrheit hatten. Ihre beständige Hoffnung auf einen Wahlsieg der kommunistischen Opposition bei den föderalen und regionalen Duma- und Präsidentschaftswahlen in der Zeit zwischen 1992 und 1999 veranlaßte sie dazu, sich einer Steuerreform zu widersetzen, die den Handlungsspielraum einer reformorientierten Regierung erweitert hätte. Zwar waren bereits seit 1995 verschiedene Entwürfe eines verbesserten Steuergesetzes in der Diskussion. Im Frühjahr 1997 hatte die Duma einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Anzahl der Steuern reduzierte und die Mehrzahl der Steuerbefreiungen beseitigte. Doch trotz eines zu diesem Zeitpunkt in der Regierung grundsätzlich vorherrschenden Konsensus wurde die Annahme des Entwurfes mehrfach verzögert. Angesichts des Zustandes des Staatsfinanzen herrschte Uneinigkeit darüber, ob man die individuelle Steuerlast tatsächlich senken sollte, um eine verbesserte Zahlungsmoral der Steuerschuldner zu erreichen. Ein weiterer Streitpunkt war der Einspruch mehrerer Föderationssubjekte dahingehend, daß eine

Einschränkung ihrer Steuerautorität eine Begrenzung ihrer Souveränität bedeuten würde.[124]

Schließlich muß bedacht werden, daß die russische Regierung niemals unabhängig von externen Einflüssen war. Während im ersten Reformjahr, als sich die Reformer um Egor Gajdar, Anatolij Tschubais oder Boris Fjodorow noch des politischen Rückhalts des Präsidenten erfreuen konnten, und die Polarisierung der Bevölkerung noch nicht so ausgeprägt war, hätte die negative Entwicklung des Haushaltsdefizits und der externen Verschuldung des Landes vermieden werden können. Jeffrey Sachs argumentiert beispielsweise, daß westliche Länder – insbesondere die G7-Länder und der IWF –für die Finanzmisere der Jahre 1998 und 1999 maßgeblich mitverantwortlich waren, da sie sich einer finanziellen Entlastung des Landes bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt versperrt hätten. Als Ende des Jahres 1991 offensichtlich wurde, daß Rußland ohne signifikante westliche finanzielle Unterstützung nicht an den Reformmaßnahmen festhalten konnte, war den Vertretern der G-7 Ländern vorrangig daran gelegen, die sowjetischen Altschulden zu sichern, anstatt mit zusätzlichen Krediten das Fortführen der Reform zu unterstützen. Die Rußländische Föderation war als Nachfolgerin der Sowjetunion im völkerrechtlichen Sinne als Erbe dieser Schuldenlast eingesetzt. Rußland hatte aber zu diesem Zeitpunkt keine internationalen Reserven – "The Communists were not the ones to hold on to reserves in prudent safekeeping for the next government!" – und verwendete den letzten Rest, um Zinsen für sowjetische Kredite zu tilgen.[125]

Nun ist die Uneinigkeit der russischen Entscheidungsträger bei der Formulierung eines Steuergesetzes keinesfalls einzigartig. Länder, die sich durch eine starke Polarisierung des politischen Systems auszeichnen, sehen sich grundsätzlich der Schwierigkeit ausgesetzt, ein effizientes Steuersystem einzuführen, und müssen damit, unter anderem, auf

---

[124] OECD Economic Surveys 1997-1998, Russian Federation, Paris: OECD 1998, S.8f.

[125] J. Sachs: Life in the Economic Emergency Room, in: Williamson: The Political Economy of Policy Reform 1994, S. 503-523, hier S. 517.

Inflation zurückgreifen, um die Staatsausgaben zu finanzieren.[126] Allerdings macht die Tatsache, daß Transformationsländer gerade zu Beginn der Reformperiode durch hohe Inflationsraten, negative Realzinsen und schwankende Wechselkurse gekennzeichnet sind, dieses Vorgehen unmöglich. Die Bekämpfung der Inflation war ein Eckpfeiler des russischen Stabilisierungspaketes, welches sowohl persönlich von Anatolij Tschubajs verfolgt wurde, aber auch von internationalen Organisationen, wie dem IWF, der Weltbank oder der OECD, unterstützt und als Bedingung für weitere Kredite genannt wurde. Daher konnte die Lösung des Haushaltsproblems nur darin bestehen, Löhne, Gehälter und Zahlungen für Staatsaufträge zeitlich aufzuschieben und Steuereinnahmen auch in Form von Tauschhandel zu akzeptieren. Doch auch Reformversatzstücke wie Sequestrierung der Ausgaben oder Nicht-Zahlungen konnten nicht verhindern, daß das russische Haushaltsdefizit anwuchs und Staatsanleihen nur noch mit Hilfe hoher Zinszahlungen Abnehmer fanden. Bis zum Jahr 1999 war es nicht möglich, die Schuldenfrage zu lösen. Sie entwickelte sich zunehmend zu einem Problem, ohne daß mögliche strategische Vorteile wirklich genutzt wurden.[127] Im Mai 1998 mußte die Moskauer Zentralbank die Leitzinsen anheben, was die Realzinsen auf 140% anhob und damit sämtliche Investitionen im realen Sektor der Wirtschaft nahezu unmöglich machte.

---

126 Seignorage-Effekte, die diese Logik erklären, spiegeln die in diesen Ländern hohen technologischen und administrativen Kosten wider, die mit der Steuereintreibung verbunden sind.

127 Vgl. A. Alesina/R. Perotti: The Political Economy of Budget Deficits, in: IMF Staff Papers, 42. Jg., 1995, Nr. 1, S.1-31, hier S. 12f.; gewiß kann staatliche Verschuldung, vor allem im Ausland, durchaus ein strategisches Instrument zur Durchsetzung von Reformen darstellen, indem es gegenwärtige und zukünftige Politik miteinander verknüpft und so der Reformprozeß unumkehrbar gemacht wird. Angesichts beträchtlicher ausstehender Zahlungsverpflichtungen im Ausland und ungenügender inländischer Geldquellen wäre auch eine kommunistisch dominierte Regierung stark in ihren fiskalischen Wahlmöglichkeiten eingeschränkt gewesen, wäre sie an die Macht gekommen.

Die russische Wechselkurs- und Finanzpolitik war somit zunächst gescheitert.[128]

2.1.3 Fazit

Institutionen bestimmen die Leistungsfähigkeit einer Ökonomie, indem sie die Anreiz- und Motivationsstrukturen eines Gesellschaftssystems regeln. Wirtschaftspolitische Entscheidungen fördern oder verschleppen die Entstehung marktgerechter und politischer Institutionen.[129] Dies kann intendiert oder aber auch zufällig geschehen, denn nicht immer ist *ex ante* eindeutig bestimmbar, wie die Wirtschaftsakteure auf neue Regelungen reagieren. Beispiel hierfür kann das am 1.3.1998 in Kraft getretene russische Insolvenzgesetz sein, das eine Vereinfachung und Beschleunigung des Konkursverfahrens vorsah. Langwierige Prüfungen für die Festlegung der Überschuldung sollten durch das Gesetz entfallen. Gleichzeitig jedoch wurden Manipulationen Tür und Tor geöffnet, denn die Durchsetzung von Forderungen der Gläubiger wurde von Finanzgruppen oder Konkurrenzunternehmen auch als Vorwand genutzt, um ein Konkursverfahren gegen wirtschaftlich solide Unternehmen einzuleiten, um auf diese Weise Eigentums- und Verfügungsrechte zu erhalten. Damit wurde die Rechtsvorschrift benutzt, um Ziele zu verfolgen, die nicht dem Sinn des Gesetzes entsprachen.[130]

Gleichzeitig ist Wirtschaftspolitik keine ausschließlich nüchterne und rationale Reaktion der politischen Entscheidungsträger auf ökonomische Parameter.[131] Sie ist das Ergebnis von Interaktionen zwischen Politikern, Bürokraten, Wirtschaftsakteuren und Interessengruppen, die innerhalb eines institutionellen Rahmens agieren und "Wirtschaftspolitik"

---

128 O. Hishow: Rußland: Finanzieller Zusammenbruch aufgeschoben?, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 30/1998, Köln 1998, S. 1.

129 E. Siehl, Pfadabhängigkeit und Privatisierung in Osteuropa, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft, Heft 19/1997, S. 5.

130 Vgl. R. Götz: Bankrott als Waffe? Das neue russische Insolvenzgesetz, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 25/1999, Köln 1999.

131 S. Haggard/S. Webb: Introduction, in: Haggard/Webb 1994, S. 1-36, S. 3.

formulieren.[132] Politik kann damit nicht nur als für Wirtschaftsakteure exogen gegeben angesehen werden. Es reicht daher nicht aus, sich vorrangig damit zu beschäftigen, inwiefern sich politische Vorgaben auf wirtschaftliche Ergebnisse auswirken und inwiefern die intendierte Wirkung politischer Vorgaben eingetreten ist oder nicht. Vielmehr muß in die Analyse einbezogen werden, wer welche Entscheidung mitbeeinflußt hat und welche Motivation hinter dieser Entscheidung stand. Damit sind institutionelle Grenzen nicht statisch, sondern können sich, ebenfalls als ein Ergebnis von Interaktion, verschieben.

Als für die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblichen politischen Variablen, die sich sowohl in der Formulierung der Wirtschaftspolitik selbst niederschlagen, als auch den institutionellen Rahmen verändern können, gelten gemeinhin Wahlgesetzgebung und Parteienlandschaft, Haushaltsrecht, der Grad an Dezentralisierung, politische Stabilität und soziale Polarisierung.[133] Die vergangenen zehn Reformjahre haben gezeigt, daß Rußland in allen fünf Bereichen keine guten Ausgangsvoraussetzungen hatte. Dies kann als zusätzliche Erklärung für den schwierigen Transformationsprozeß herangezogen werden. So war, wie in anderen postkommunistischen Gesellschaften auch, die *Parteienlandschaft* Rußlands nicht durch eine eindeutige ideologische Abgrenzung charakterisiert. Ideologien wurden nicht in festverankerten Parteien verkörpert, sondern vielmehr von zahlreichen ausgefransten, sich gegenseitig überlappenden und oftmals nur sehr kurzlebigen Initiativen repräsentiert.

> "Typically, what representative actors and political entrepreneurs say is different from what they believe, and what they do is again different from both of these. The course of political systems suffers from all the symptoms of an immature system of parties and party politics: low membership, low electoral turnout, and a high degree of volatility not only of voters, but also of deputies shifting parties, splitting parties, or starting new ones. As parties are insufficiently consolidated to send clear-cut

---

[132] Ebd.

[133] Alesina/Perotti, in: IMF Staff Papers, 42. Jg., 1995, Nr. 1, S. 2f.

> programmatic messages to voters and competing elites, the political discourse tends to be tinged by charismatic pretenses and personal loyalities. This cognitive pattern (the 'us' and 'them') often gives raise to the passionate display of personal hatred and hostility […], rather than to the quiet and routinized pursuit of 'normal politics' through oligarchically controlled mobilisation, issue raising, agenda setting, coalition building, and compromise bargaining within a framework of procedures and institutions that are largely accepted as given. In sum, and for all of these reasons, political agency seems to be fragmented, incoherent, ambiguous, and short-lived - albeit to an extent that differs between the countries […]."[134]

Auch die komplizierten fiskalischen Beziehungen zwischen Moskau und den Provinzen, die Unberechenbarkeit und Uneinigkeit der politischen Elite in der Hauptstadt und die soziale Polarisierung waren ausgeprägt. Letzteres äußerte sich zum einen im Unwillen der Staatsduma, die Politik der Regierung zu unterstützen, oder in der in den Regionen oft zu beobachtenden Auseinandersetzung zwischen Gebietshauptstadt und oblast'-Regierung. Zum anderen war die russische Transformationsgesellschaft frühzeitig in Befürworter einer Marktwirtschaft und in Gegner von westlich orientierten Veränderungen aufgeteilt.[135] Ein weiteres Indiz dieser Polarisierung ist der steigende Autonomisierungsgrad der "realen" Unternehmer von staatlicher Politik.[136] Diese Faktoren trugen dazu bei, daß sich der Entwicklungspfad Rußlands so unterschiedlich zu dem anderer Transformationsländer verhielt. Sie verhinderten, daß eine Einigung bezüglich der Verteilung der Transformationskosten überhaupt und eine Einigung bezüglich ihrer gerechten Verteilung auf die einzelnen Gesellschaftsschichten gefunden werden konnte. Dies war seinerseits wieder dafür verantwortlich zu machen, daß auf Regierungsebene die Gesamtkosten der

---

134 J. Elster/C. Offe/U. K. Preuss: Institutional Design in Post-communist Societes. Rebuilding the Ship at Sea, Cambridge 1998, S. 17.

135 M. McFaul: Russia's Privatised State as an Impediment to Democratic Consolidation: Part II, in: Security Dialogue, 29. Jg., 1998, Nr. 3, S. 315-332, hier S. 322.

136 S. Aukucionek: Spasitel'naja avtonomija, in: Ėkspert, 8.3.1999, S. 8.

Wirtschaftsstabilisierung in Form von Zahlungsrückständen, Budgetdefizit und Staatsschulden beständig anwuchsen, was sich an Struktur und Umfang des Haushalts ablesen läßt. Dieser Zermürbungskrieg zwischen den einzelnen Gruppierungen um die Aufteilung der Kosten hielt auch im Jahr 1999 noch an. Empirische Untersuchungen zeigen, daß Stabilisierung mit politischer Konsolidierung zusammenfällt und eine regressive Kostenverteilung mit sich bringt: Politisch schwächere Gruppen tragen eine unverhältnismäßig große Last.[137] Für Rußland bedeutete dies, daß im Falle einer Konsolidierung erstens auch weiterhin die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen für die Kosten aufkommen mußten, und zweitens, daß benachteiligte Regionen zukünftig weniger Unterstützung von Moskau zu erwarten hatten.

[137] A. Alesina/A. Drazen: Why are Stabilizations Delayed?, in: American Economic Review, 81. Jg., 1994, Nr. 5, Dezember, S. 1170-1188, hier S.1173.

2.2 Sozialer Wandel und Umverteilung: Die Neukonstituierung von Gesellschaft

Die Reformpolitik der Jelzin-Ära schuf nicht nur die Grundlagen für eine marktwirtschaftliche Ordnung, die in den neunziger Jahren wenigstens partiell aufgebaut wurde, sie löste innerhalb der russischen Gesellschaft auch einen Prozeß rascher und tiefgreifender Veränderung aus. Dies war von der politischen Führung nicht intendiert – und wurde von den russischen Reformern und ihren Förderern im Westen auch nicht vorausgesehen. Proklamiertes Ziel war der Aufbau von Demokratie und die Errichtung einer funktionierenden Marktwirtschaft. Daß der Versuch, diese Vorhaben umzusetzen, Konsequenzen für die Gesellschaft haben mußte, realisierte man ebensowenig wie die Tatsache, daß die sich wandelnden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ihrerseits auf den Charakter des Marktes und die spezifische Ausprägung des politischen Systems zurückwirkten. Daher nahm die Jelzin-Administration den sozialen Umbruch mehr oder minder passiv hin. Dieser Prozeß hatte zahlreiche Facetten. Dazu gehörte die Pauperisierung breiter Bevölkerungsschichten, der Zerfall der "alten", sowjetischen Mittelschichten, das Aufkeimen einer neuen "Mittelklasse" auf der Basis von Privateigentum, die Umwandlung eines Teils der sowjetischen *Nomenklatura* in eine neue Führungsschicht und der Aufstieg neuer politischer und Geschäftseliten. Im Gefolge dieser Umschichtungen veränderten sich die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft mit erheblichen Konsequenzen für die Entwicklung des politischen Systems. Ausgelöst wurde der Wandel durch die Inflation und die Privatisierung, beides wesentliche Elemente der Transformation zum Markt. Die hohen Preissteigerungsraten zwischen 1992 und 1995 verzehrten die Ersparnisse der Bevölkerung und verminderten die Einnahmen der Gehalts- und Rentenempfänger, während sie für unternehmende Geschäftsleute Gelegenheit boten, sich durch Währungsspekulation ein Vermögen zu schaffen. Die erste Phase der Privatisierung mit ihrer Bevorzugung von Insidern konsolidierte die Position des "alten" Managements. In der zweiten Phase nützte sie vor allem den neuen Wirtschaftseliten, die im

Schatten der Jelzinschen Politik zu Geld gekommen waren, das sie nun zum Erwerb gewinnversprechender Unternehmensanteile einsetzten.

Für die Mehrheit der Bevölkerung war eben diese Umbruchserfahrung, die einherging mit dem Verlust gesellschaftlicher Positionen und der sozialen Identität, das prägende Erlebnis. Tatsächlich wurde der beschleunigte gesellschaftliche Wandel zum bestimmenden Element des Transformationsprozesses. Drei Tendenzen charakterisierten diesen Prozeß, der die sowjetische Sozialordnung ein für allemal zerbrach:

- die zunehmende Durchsetzung von Marktbeziehungen zog eine Neubestimmung der Kriterien sozialer Hierarchisierung nach sich. Nun galt: *money matters*;
- die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums (Privatisierung, Freigabe der Preise, Öffnung des Kapitalmarktes, aber auch Umbau des politischen Systems) löste einen Prozeß sozialer Differenzierung aus;
- die Durchsetzung von Ware-Geld-Beziehungen führte zu einer Erosion des im sowjetischen Kontext gewachsenen Wertesystems.

Das tradierte Sozialsystem wurde in diesem Umbruch weitgehend aufgelöst, doch in der neuen Ordnung wirkten Elemente der alten fort. Und so war die Entwicklung von zwei – scheinbar widersprüchlichen – Aspekten geprägt. Einerseits entwickelten sich die sozialen Strukturen der Sowjetzeit fort und prägten die Gesellschaftsentwicklung des neuen Rußland entscheidend mit. Die Angehörigen der sowjetischen Führungsschicht waren bei der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums in den Transformationsjahren in einer privilegierten Position – und diese erlaubte es vielen von ihnen, ihre Vorrangposition in das neue System hinüberzuretten. Die neue Führungsschicht war personell partiell mit der "alten Nomenklatur" identisch. Gruppenstrukturen der Sowjetzeit waren wenigstens eine Zeitlang Grundlage bei der Bildung von Interessengruppen und Netzwerken im heutigen Rußland. Die neue Gesellschaft trug die "Muttermale der alten". Andererseits unterschied sich das neue soziale System in einem grundlegenden Zug von dem der

sowjetischen Phase: die *ratio* der sozialen Hierarchie hatte sich verändert. An die Stelle politisch begründeter Verfügung über Personen und Sachen war Besitz zum Kriterium für die Position in der Gesellschaft geworden. Und damit wurde die private Aneignung gesellschaftlichen Reichtums zu einem *movens* im politischen Prozeß der Transformation.[138] Indem vormaliges Staatseigentum privatisiert wurde, entstand ein – wie der

---

[138] Vgl. dazu auch den Beitrag von H.H. Schröder im BIOst-Jahrbuch 1994/95: Politisch-ökonomische Interdependenzen in der russischen Transition, in: Zwischen Krise und Konsolidierung. Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Jahrbuch 1994/95, München 1995, S. 223-238, hier S. 231; Otto Stammer hat die Herrschaftsstrukturen des Sowjetsystems folgendermaßen beschreiben: "In vereinfachender Gegenüberstellung läßt sich dazu folgendes sagen: Totalitäre Herrschaftsordnungen sind Systeme der legitimen Elitenvorherrschaft auf Grund sozialer und politischer Privilegien, welche diesen Eliten eingeräumt werden. Die Elitenbildung in diesen Systemen erfolgt durchwegs von oben nach unten. Die kombinierte Partei- und Staatsführung setzt gleichsam Elitenringe traubenförmig an. In den meisten Fällen werden politische Ämter und Funktionen zugleich mit den Eliten neu geschaffen und nachträglich erweitert. Jede legale Konkurrenz unter den Eliten wird unterbunden, die Selektion und die Ergänzung der Eliten erfolgt nach dem autokratischen Prinzip. Delegierende oder kontrollierende Muttergruppen gibt es nicht. Die Beziehung der Eliten zu der den Staat tragenden 'Bewegung' und zu den Volksmassen ist lediglich ideologischer Natur. Die Eliten haben im System demgemäß eine Funktion im Prozeß der politischen Willensbildung nur von oben nach unten." Vgl. Stammer, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 71. Jg., 1951, S. 538. Diesem Modell stellt er die Elitenbildung in demokratischen Systemen gegenüber (vgl. ebd. S. 539): "Demgegenüber unterliegt nun die Elitenbildung in demokratischen Systemen einer anderen Gesetzmäßigkeit. Dabei kann auf das bereits über den soziologischen und politischen Charakter der Eliten in demokratischen Ordnungen zum Ausdruck Gebrachte hingewiesen werden. Die Elitenbildung in solchen Systemen erfolgt in der ganzen Breite der Gesellschaft. Die Agglomeration von Eliten selbst aber vollzieht sich dabei ohne zentrale Bestimmung der Spitzenführung an den Stellen des politischen Systems, an welchen Einfluß auf politische Willensbildung erreichbar erscheint. Es geschieht dies, wie bereits betont, in Verbindung mit gesellschaftlichen Muttergruppen. Die Eliten sind nicht als Herrschaftsapparat der Staatsführung nur Übermittler von politischen Meinungen und Entscheidungsgründen nach unten. Es vollzieht sich im Gegenteil mit ihrer Hilfe ein Prozeß echter politischer Willensbildung, der sich nach oben und nach unten zugleich auswirkt." Wie im Verlauf der vorliegenden Studie zu zeigen ist, greift dieser Mechanismus im postsowjetischen Rußland eben nicht.

Moskauer Wirtschaftswissenschaftler Buzgalin es nennt[139] – "nomenklatur-kapitalistisches Eigentum": Funktionäre des Staatssozialismus verwandelten sich in Kapitalbesitzer. So entstand im Prozeß des Übergangs zur Marktordnung unversehens eine neue Gesellschaft.

2.2.1 Tendenzen der Gesellschaftsentwicklung seit Mitte der achtziger Jahre

Der Wandel der Transformationsjahre knüpfte an Entwicklungen an, die bereits früher in Gang gekommen waren. Bereits in der Breschnew-Zeit hatte sich eine Schicht herausgebildet, die faktisch über das Staatseigentum verfügte. Der Zugang zur Führungsschicht war allerdings über ein Rangsystem geregelt, in dem neben Bildung vor allem die Position in der Hierarchie der Nomenklatur-Positionen entschied.[140] Durch die Wirtschafts- und Sozialreformen der Gorbatschow-Jahre geriet die Gesellschaft in rasche Bewegung, und Teile der Nomenklaturelite begannen, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen und sich – unter Nutzung ihrer bisherigen Vorrangstellung – Besitztitel zu sichern, obwohl dies rechtlich noch gar nicht möglich war. Damit verschafften sie sich in dem sozialen Differenzierungsprozeß, der durch die Reformen beschleunigt in Gang kam, eine starke Position.

Die Anfang der neunziger Jahre einsetzenden Wirtschaftsreformen führten dann zu erkennbaren Veränderungen innerhalb der Gesellschaft. Das läßt sich an Angaben über die Berufsgliederung ebenso ablesen wie an Daten über die Einkommensverteilung. Zieht man die Statistik der Berufsgliederung heran, so erkennt man, wie es zwischen 1985 und 1994

---

139 Vgl. A. Buzgalin: Zakonomernosti perechodnoj ėkonomiki: teorija i metodologija, in: Voprosy ėkonomiki, 1995, Nr. 2, S. 40-50, hier S. 45, 47f.

140 Vgl. V.V. Radaev/O.I. Škaratan: Social'naja stratifikacija, Moskva: Aspekt Press 1996, S. 282ff; die Autoren beschreiben die Situation der späten Breschnew-Zeit und der Gorbatschow-Ära folgendermaßen: "Es erweitern und vervielfachen sich die informellen Tauschbeziehungen. Der Handel um Ressourcen nimmt einen offeneren Charakter an. 'Schwarze' und 'graue' Märkte blühen auf, durch die ein wachsender Anteil an staatlichen Ressourcen geleitet wird." Vgl. dazu auch die Überlegungen von O. Stammer, vgl. oben Fußnote 138.

zu graduellen Verschiebungen kam. Die Kategorie Unternehmer/Geschäftsleute nahm zahlenmäßig zu, während die Zahl der Beschäftigten im Bereich des mittleren Management (Spezialisten mit Hochschulabschluß, Leitungspersonal auf mittlerer Ebene) und bei hochqualifizierten und qualifizierten Arbeitern abnahm. Auf der anderen Seite wuchs der Anteil der Arbeitslosen – einer Kategorie, die in der sowjetischen Statistik noch keine Rolle spielte (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Entwicklung der Berufsgliederung in Rußland 1985-1994

	1985	*1990*	*1994*
Unternehmer, Geschäftsleute	0,4%	1,4%	3,2%
Leitungspersonal, Beamte	5,8%	5,8%	5,8%
Mittleres Leitungspersonal	7,2%	6,7%	6,0%
Hochqualifizierte Spezialisten (Promotion u.ä.)	1,6%	1,8%	1,3%
Spezialisten mit Hochschulabschluß	21,4%	20,0%	18,8%
Spezialisten mit Fachhochschulabschluß	9,9%	10,2%	10,1%
Angestellte	3,4%	3,1%	3,6%
Hochqualifizierte Arbeiter	2,8%	3,5%	2,4%
Qualifizierte Arbeiter	34,3%	32,3%	29,4%
Halb- und unqualifizierte Arbeiter	9,7%	11,3%	10,3%
Beschäftigte in der Hausarbeit	3,1%	3,4%	3,9%
Arbeitslose	0,4%	0,5%	5,2%
	100,0%	100,0%	100,0%

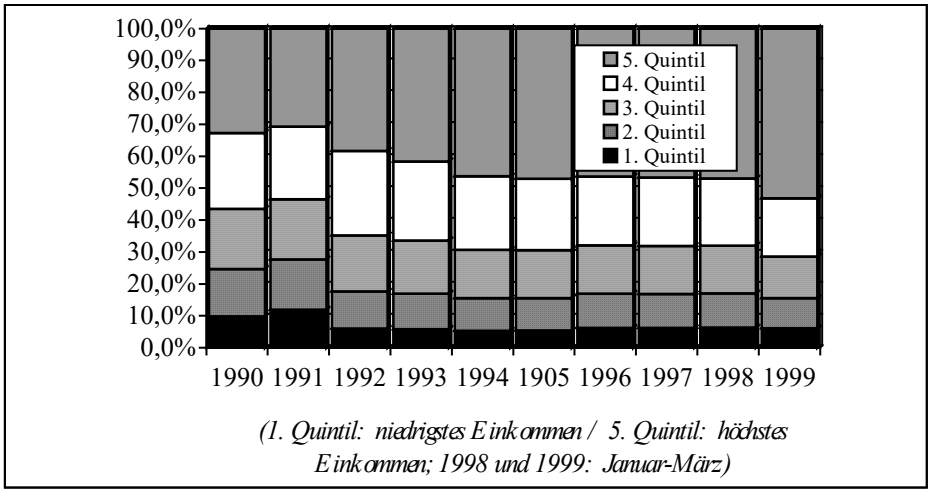
Quelle: Radaev/Škaratan: Social'naja stratifikacija, S. 311.

Die Angaben legen nahe, daß sich der Zuwachs bei Unternehmern und bei Arbeitslosen aus dem sozialen Mittelfeld nährt. Teile des mittleren Managements und der Arbeiterschaft verwandeln sich entweder in Unternehmer – potentiell ein sozialer Aufstieg – oder sie sinken in die Arbeitslosigkeit ab.

Diese Annahme wird durch eine Untersuchung der Verteilung des Geldeinkommens bestätigt (Abbildung 1). Das bestverdienende Fünftel der russischen Bevölkerung, das 1990 über 32% des gesamten

Geldeinkommens verfügte, disponierte 1997 schon über mehr als die Hälfte des Geldeinkommens (53%). Demgegenüber sank der Einkommensanteil des ärmsten Bevölkerungsfünftels von 10% (1990) auf 6% (1997). Doch auch die mittleren Gruppen erlitten Einbußen. Der Zugewinn der reichsten Gruppe ging vor allem auf Kosten der mittleren Fünftel, deren Anteil am Einkommen im Laufe der Reformjahre von 57% auf 40% absank. Es war also eine Konzentration des Geldeinkommens in einer zahlenmäßig kleinen Oberschicht zu beobachten, während der Anteil der unteren und mittleren Einkommensgruppen an den Gesamteinkünften der Gesellschaft fortgesetzt zurückging. Offensichtlich waren die Transformationsjahre von einem fortschreitenden Prozeß sozialer Differenzierung gekennzeichnet, der in den Jahren 1991-1994 und dann noch einmal 1998 seine größte Intensität erreichte.[141]

Abbildung 1: Verteilung des Geldeinkommens in der UdSSR und Rußland 1990-1999



Quelle: Anteil von jeweils 20% der Bevölkerung, gruppiert nach Einkommenshöhe, am gesamten Geldeinkommen; nach: Rossijskij Statističeskij Ežegodnik 1995, M. 1995, S. 88.; Statističeskoe obozrenie, 1995, No. 7, S.59; Interfax Statistical Report, VI.1998, Nr. 5, S. 15; Interfax Statistical Report, VIII. 1999, Nr. 18, S. 11.

141 Vgl. dazu auch unten Abbildung 2.

Diese Beobachtung bestätigt sich, wenn man die Verschiebungen zwischen Arm und Reich betrachtet. Zwischen 1989 und 1997 hat sich der Anteil der Bevölkerung, dessen Pro-Kopf-Einkommen unter dem Existenzminimum liegt, vervielfacht. Nahezu verdoppelt hat sich die Gruppe derer, die knapp ihr Leben fristen können. Zusammen machen beide über die Hälfte der russischen Bevölkerung aus (vgl. Tabelle 6). Bringt man die Angaben über die Verteilung des Einkommens auf Bevölkerungsquintile in Zusammenhang mit den Daten über die Verteilung des Pro-Kopf-Einkommens, so wird deutlich, daß große Teile der Gesellschaft in den neunziger Jahren sozial abgeglitten sind. Die traditionelle "sowjetische Mittelschicht" (Funktionäre, Lehrer, Ingenieure, mittleres Management etc.) büßte ihre bisherige Position ein und mußte sich neu orientieren. Soweit ihre Mitglieder – etwa als Lehrer oder Verwaltungsangestellte – im Staatsdienst blieben, mußten sie erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen. Auch Industriearbeiter und die Mehrzahl der Bauern, die im Verband der Kolchosen verblieben, waren 1997 finanziell erheblich schlechter gestellt als 1989. Demgegenüber war die Zahl der Aufsteiger verhältnismäßig gering. Ein "Mittelstand", etwa in Form von kleinen und mittelständischen Unternehmern entstand nur langsam. Ein "Bürgertum" im westlichen Verständnis, das einerseits über ein stabiles Einkommen verfügt, andererseits einen eigenen sozialen und politischen Habitus entwickelt, hat sich in Rußland indes bisher nicht herausbilden können.

Tabelle 6: Verteilung der russischen Bevölkerung nach Pro-Kopf-Einkommen 1989 und 1997

Pro-Kopf-Einkommen als Vielfaches des Existenzminimums	*1989*	*1997*
mehr als 4	21,8%	11,5%
3 - 4	22,1%	10,6%
2 – 3	31,3%	21,5%
1 - 2	22,0%	37,3%
weniger als 1	2,8%	19,1%

Quelle: N.E. Tichonova: Rußlands Sozialstruktur nach acht Jahren Reformen, Köln 20.8.1999 (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und

internationale Studien 31-1999); berechnet nach: SSSR v cifrach v 1989, Moskva 1990, S. 79; Informacija o social'no-ėkonomičeskom položenii Rossi, Jan-Aug 1997 g., Moskva 1997, S. 69.[142]

Was hinter den trockenen statistischen Daten steckt, hat 1997 die *Russian Market Research Company*, ein russisches Marktforschungsinstitut, zu zeigen versucht. In einer Marketing-Analyse, die gezielt nach Kaufkraft und Konsumverhalten der Bevölkerung fragte, definierte sie auf Basis ihrer Umfragedaten eine Reihe von Verbrauchertypen, die in der Verbindung von Einkommenshöhe und Sozialverhalten zugleich als soziale Typen verstanden werden können, und bestimmte ihren Anteil an der Bevölkerung (Tabelle 7). Nach dieser Typologie tritt nur ein Viertel der Befragten tatsächlich als Konsument in Erscheinung, während drei Viertel der Bevölkerung bei der Entfaltung des Marktes beiseite stehen. Die Transformation hat zwar die gesamte Gesellschaft betroffen und ihren Alltag verändert, doch nur ein kleiner Teil ist finanziell und mental in der Lage, die Chancen wahrzunehmen, die der ökonomische Wandel eröffnet hat. Die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen klaffen immer weiter auseinander – und dies äußert sich nicht nur in der Höhe des Einkommens, sondern auch im Konsumverhalten und in der Alltagskultur. Ergebnis des Übergangs zu Markt und Demokratie war eine Spaltung der Gesellschaft.

---

[142] Vgl. dazu die Angaben bei T. Korostikova, die – bei unterschiedlicher Berechnungsbasis und abweichender Aufgliederung der sozialen Gruppen – für 1997 doch eine ähnliche Situation zeigen; T. Korostikova: Novye bednye, in: Argumenty i fakty, 1997, Nr. 11, S. 5; N.E. Tichonova unterscheidet folgende Gruppen: im Elend Lebende (6%), Arme (13%), Schlechtgestellte (25%), mittelmäßig Versorgte (sredneobespečennye – 34%), gut Versorgte (14%) und Begüterte (sostojatel'nye – 8%); vgl. N.E. Tichonova: Na puti k novoj stratifikacii rossijskogo obščestva, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1998, Nr. 3, S. 24-37, hier S. 28.

Tabelle 7: Struktur der russischen Bevölkerung 1997 (nach Marketing-Gesichtspunkten)

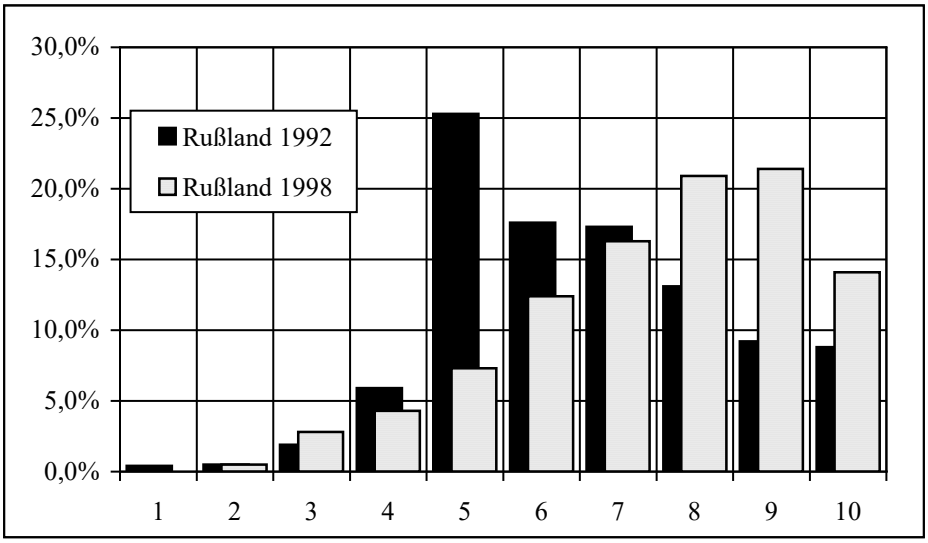
"*The Manhattans*", die Reichsten, hochbezahlte Fachleute im mittleren Alter mit stabilen Familien	3,9%
"*Young Russians* ", hochqualifiziert, unter 30, Konsumführer	5,7%
"*White collars* ", gut qualifizierte junge Fachleute, steigender Lebensstandard mit einem Einkommen von 300 US$ im Monat	6,7%
"*Home Improvers*", Personen im Alter von 25 bis 45, verheiratet, stabile Verhältnisse, in der Lage, langlebige Konsumgüter zu erwerben und den Lebensstandard zu verbessern, mit einem monatlichen Einkommen von 150 bis 300 US$	10,1%
"*Potato Growers*", Arbeiter und Angestellte, Land- und Gartenbesitzer, die bis zu 75% ihres Verbrauchs selbst erzeugen, monatliches Einkommen 200 US$	26,5%
"*Depressed Potato Buyers*", niedrige Qualifikation, kein Land, die pessimistischste Gruppe, monatliches Einkommen 120 US$	19,2%
"*Immobile Villagers*", schlechte Ausbildung, niedrige Qualifikation, leben auf dem Lande, monatliches Einkommen 50 US Dollar	16,0%
"*The Lost Generation*", hochqualifizierte frühere Intelligenz, jung bis mittelalt	12,0%
	100,1%

Quelle: Johnson's Russia List, 23 May 1997 (nach: Russian Market Research Company, RMRC)

Nimmt man die Selbsteinschätzung der Betroffenen als Meßwert für den Sozialstatus und vergleicht die russischen Daten für 1992 und 1998, so wird deutlich, wie stark sich der Aufbau der russischen Gesellschaft in der Transformationsphase verändert hat (Abbildung 2). Während am Ende der Sowjetzeit – nicht unähnlich der Situation in westlichen Industrieländern – eine Art Normalverteilung zu erkennen war, mit einem Höchstwert im mittleren Skalenbereich, liegt das Maximum im Rußland des Jahres 1998 deutlich im unteren Drittel der Statusskala. Die Bevölkerungsgruppen, die sich selbst als Mittelschicht begriffen, hatten im Transformationsprozeß erheblich gelitten. Innerhalb der Gesellschaft stellten sie nur noch eine Minderheit dar. Diese Beobachtung bestätigt die Auswertung der Einkommensstatistik. Am Ende der Jelzin-Ära stellte die

sogenannte Mittelschicht keinen bestimmenden Faktor der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung dar.

Abbildung 2: Wandel der russischen Sozialstruktur 1992 und 1998



Quelle: Vgl. M.K. Gorškov u.a. (Hrsg.): Srednij klass v sovremennom rossijskom obščestve, Moskva 1999, S. 84-86; Vorbild dieser Untersuchungen war "The International Social Survey Programme 'Social Inequality II' (ISSP-1992)", in dessen Rahmen eine integrierte Selbstbewertung des Sozialstatus auf einer Neun-Punkte-Skala ermittelt wurde; vgl. ebd. S. 83f.; die russischen Werte wurden analog auf Basis von Erhebungen des RUFI errechnet; der Wert 1 bezeichnet die höchste, der Wert 10 die tiefste Position auf der sozialen Stufenleiter.

2.2.2 Transformationsverlierer: Armut im neuen Rußland

Für die Mehrheit der Bevölkerung war die Jelzin-Ära durch den Verlust sozialer Sicherheit gekennzeichnet. Armut wurde ein Charakteristikum der neuentstehenden Gesellschaft. Der Umverteilungsprozeß, der durch die Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen vorangetrieben wurde – und der die neuen Eliten hervorbrachte –, erzeugte auch eine neue Unterschicht. Die Daten zeigen, daß ein großer Bevölkerungsteil die Transformation zu Markt und Demokratie als Verschlechterung der

eigenen Lebenssituation erfuhr. Der Anteil der Menschen, deren Einkommen unter dem Existenzminimum lag, war erschreckend hoch. Auch wenn die Ergebnisse unterschiedlicher Studien zu diesem Thema signifikant voneinander abweichen, muß man doch zu dem Schluß kommen, daß Mitte der neunziger Jahre ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung in Armut abgeglitten war oder abzugleiten drohte (Tabelle 8).

Tabelle 8: Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen unterhalb des Existenzniveaus

Informationsquelle	*1992*	*1993*	*1994*	*1995*	*1996*
Goskomstat (mit Zusatzeinkünften), offizielle Schätzung			22,4%	24,7%	22,0%
Goskomstat (ohne Zusatzeinkünfte)	33,5%	31,5%	42,0%		34,5%
Russia Longitudinal Monitoring Survey	11,1%	13,1%	17,2%	29,5%	36,3%
ISĖPN (mit Korrektur der Einkommensverteilung)					38,6%
ISĖPN (ohne Korrektur der Einkommensverteilung)					44,4%

Quelle: L.N. Ovčarova/E. Turuncev/I. Korčagina: Bednost': gde porog, in: Voprosy ėkonomiki, 1998, Nr. 2, S. 61-72.

Selbst die niedrigste Schätzung, die von der staatlichen Statistikbehörde Goskomstat stammt, unterstellt, daß bei einem Fünftel der Bevölkerung die Geldeinkünfte unter dem Existenzniveau lagen. Selbst wenn man davon ausgeht, daß nicht alle Einnahmen deklariert wurden, so kann nicht bezweifelt werden, daß im Kontext des Übergangs zu Demokratie und Marktwirtschaft viele Russen verarmten. Darauf weisen neben der Einkommensstatistik[143] und den Marktanalysen[144] auch andere Indizien hin. U.a. läßt sich die allgemeine Verschlechterung der

[143] Vgl. dazu oben Fußnote 142.

[144] Vgl. oben Tabelle 7: Struktur der russischen Bevölkerung 1997 (nach Marketing-Gesichtspunkten).

Lebensbedingungen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre auch an der Veränderung der Ernährungsgewohnheiten ablesen.[145] Der Verzehr von hochwertigen Lebensmitteln wie Eiern, Milch, Fleisch, Zucker und Gemüse ging zwischen 1990 und 1995 deutlich zurück, teilweise um mehr als 30%. Dagegen nahm der Verbrauch von Kartoffeln und Getreideprodukten deutlich zu. Ein Teil der Verbraucher verzichtete angesichts der Preissteigerungen auf den Kauf von teuren Waren und deckte den Kalorienbedarf statt dessen mit Brot, dessen Preis staatlich subventioniert wurde, und mit Kartoffeln, die in vielen Fällen selbst angebaut wurden. Diese Daten zeigen nicht nur, daß bedeutende Gruppen der Gesellschaft unter der Transformation unmittelbar litten, an ihnen läßt sich auch ablesen, daß sie im Grunde den Übergang zur Marktwirtschaft nicht mitvollzogen, indem sie entweder auf Waren zurückgriffen, deren Preise staatlich garantiert wurden, oder sich auf eine Selbstversorgungswirtschaft zurückzogen. Dies bestätigt noch einmal die Ergebnisse der oben zitierten Marketing-Analyse[146], die den tiefen Riß in der russischen Gesellschaft kenntlich machte: die Kluft zwischen der Minderheit, die die Chancen der Marktwirtschaft aktiv wahrnahm, und der Mehrheit, die Techniken entwickelte, um am Rande der Marktwirtschaft zu überleben.

Allerdings waren nicht alle Gruppen in gleicher Weise von Armut bedroht. Am schwierigsten war die Situation für alte Leute und Invaliden. Die Mehrheit von ihnen geriet rasch ins Abseits. Das Absinken der durchschnittlichen Lebenserwartung Anfang der neunziger Jahre[147] war vor allem der akuten Notlage alter Leute geschuldet, die sich weder ausreichend ernähren konnten, noch eine angemessene ärztliche Versorgung erhielten.

---

145 Vgl. Ėkonomika i žizn', No. 52, 1996, S. 1.

146 Vgl. oben Tabelle 7: Struktur der russischen Bevölkerung 1997 (nach Marketing-Gesichtspunkten)..

147 Vgl. A. Višnevskij: Demografičeskij potencial Rossii, in: Voprosy ėkonomiki, 1998, Nr. 5, S. 109.

Tabelle 9: Die Gefahr sozialen Abstiegs in verschiedenen sozialen Gruppen 1997

(Angaben in % zur Gesamtheit der sozialen Gruppe)	
Alleinstehende alte Leute	72%
Invaliden	63%
Rentner	61%
Kinderreiche Familien	54%
Arbeitslose	53%
Alleinerziehende Mütter	49%
Flüchtlinge	44%
Übersiedler	31%
Lehrer, Ingenieure	29%

Quelle: T. Korostikova: Novye bednye, in: Argumenty i fakty, 1997, Nr. 11, S. 5.

Aber auch Arbeitslose, kinderreiche Familien und alleinerziehende Mütter gehörten zu den Kategorien, die unmittelbar von Armut bedroht waren. Arbeitslosigkeit war in gewisser Weise eine neue Erscheinung, da es sie in der Sowjetunion offiziell nicht gegeben hatte. Nach 1990 nahm sie aber sprunghaft zu. Die Zahl der in der Volkswirtschaft Beschäftigten sank von 75 Mio. im Jahre 1990 auf 64 Mio. 1998, während die Zahl der Arbeitslosen im selben Zeitraum von 0,5 auf 9 Mio. stieg. Offizielle Stellen gaben die Arbeitslosenquote mit 12% an, ernstzunehmende inoffizielle Schätzungen griffen in ihren Schätzungen höher und nannten Zahlen bis zu 30%.[148] Eine weitere Problemgruppe waren die Flüchtlinge, die durch die zahlreichen interethnischen Konflikte an der Peripherie Rußlands und in den Nachbarstaaten gezwungen wurden, ihre Wohnorte zu verlassen und Zuflucht in sicheren Regionen zu suchen. Zwischen 1989 und 1995 verringerte sich etwa die Zahl der Russen in

[148] Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Rußlands Perspektiven. Kritische Faktoren und mögliche Entwicklungen bis 2010, Berichte des BIOst 25-1999, Köln 1999, S.10.

den GUS-Staaten um zwei Millionen[149]. Ein großer Teil von ihnen siedelte in die Rußländische Föderation über.

Armut drohte schließlich auch Personen mit qualifizierter Ausbildung, wenn sie nicht in der Lage waren, sich den neuen Bedingungen anzupassen. Untersuchungen haben gezeigt, daß neben ökonomischen Ressourcen (Vorhandensein von Immobilien, Höhe des Einkommens, Branchenzugehörigkeit, zweite Erwerbsarbeit) und "objektiven Ressourcen" wie Alter und Gesundheit eben auch sozialpsychologische Ressourcen wie Flexibilität und Anpassungsfähigkeit Bedeutung hatten, wenn es darum ging, ob jemand in der Phase der Neuordnung der Gesellschaft in Armut abglitt oder sozial aufstieg.[150] Angehörige aller gesellschaftlichen Schichten mußten Initiative an den Tag legen, wenn sie unter den schwierigen Bedingungen der neunziger Jahre ihr Überleben und das ihrer Familie sichern wollten. Löhne und Renten wurden unregelmäßig und mit Verspätung ausgezahlt, Ersparnisse hatte nach der Inflation der ersten Reformjahre nur noch eine Minderheit. Die große Mehrheit versorgte sich selbst, indem sie im Garten oder auf der Datscha Lebensmittel anbaute oder die Vorräte durch Sammeln von Beeren und Pilzen aufbesserte. Schwarzarbeit und preisbewußter Einkauf waren andere Möglichkeiten, in der Krise zu überleben (Tabelle 10). Solche Strategien machen verständlich, warum es in den neunziger Jahren trotz Inflation und Finanzkrise nicht zu einer akuten Hungerkatastrophe gekommen ist, obwohl bei wenigstens einem Fünftel der Bevölkerung das Einkommen unter dem Existenzminimum lag. Dennoch waren Armut und Verelendung ein Problem. Teilen der Gesellschaft drohte die Marginalisierung, eine Mehrheit hatte das Vertrauen in den Staat und die Administration, denen sie die Schuld an ihrer Misere gab, verloren. Dies

---

149 A. Mičugina; M. Rachmaninova: Nacional'nyj sostav migrantov v obmene naseleniem meždu Rossiej i zarubežnymi stranami, in: Voprosy statistiki, 1996, Nr. 12, S. 44-48, hier S. 45.

150 Vgl. N.E. Tichonova, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1998, Nr. 3, S. 32ff.; vgl. auch dies.: Dinamika social'noj stratifikacii v postsovetskom obščestve, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1997, Nr. 5, S. 5-14, hier S. 10ff.

mußte für jede Politik, die eine Demokratie aufbauen wollte, eine schwere Hypothek sein.

Tabelle 10: Überlebensstrategien der russischen Bevölkerung 1998

Werden Sie an Ihrem Arbeitsplatz bezahlt?	
Ja, regelmäßig	18%
Ja, unregelmäßig	25%
Nein	57%
Residuum	0%
Was setzt Sie in die Lage, die Wirtschaftskrise durchzustehen?	
Nahrungsmittel aus dem Garten oder von der Datscha	44%
Nahrungsmittelreserven aus dem Sommer	12%
Jagen, Fischen, Beerensammeln, Pilzesammeln	12%
Billige Nahrungsmittel von Märkten	10%
Informelle Beschäftigung auf eigene Faust	10%
Hilfe von Verwandten auf dem Dorf	9%
Bankersparnisse	5%
Residuum	-2%
Auf wen verlassen Sie sich, um die Krise durchzustehen?	
Mich selbst	61%
Familie, Nachbarn, Freunde	14%
Den Staat	12%
Residuum	13%

Quelle: The Economist, 3.10.1998, S. 42 (Quelle: ISM Research Centre, sample: 3.340).

2.2.3 Mittelschichten: Die neue Klasse?

Während sich die Lage der Bevölkerungsmehrheit im Gefolge der Transformation fühlbar verschlechterte, stand es um die Entwicklung einer "Mittelklasse" (srednij klass)[151], jenem sozialen Segment, das der

[151] Der russische Begriff "srednij klass" – wörtlich "Mittelklasse" – ist wohl an das Englische "middle class" angelehnt und bisher nicht eindeutig definiert; weder "Mittelschicht" noch "Mittelstand" oder "Bürgertum" sind adäquate Übersetzungen; aus diesem Grunde wird im folgenden Text der Begriff "Mittelklasse" benutzt; mit

Theorie nach eine stabilisierende Wirkung ausüben könnte,[152] nicht sonderlich gut. Der Differenzierungsprozeß, der seit Beginn der neunziger Jahre an Tempo gewann, schwächte gerade die mittleren Einkommensgruppen.[153] Allerdings ist die Höhe des Einkommens nicht das einzige Kriterium, das über die Zugehörigkeit zu jener Gruppe entschied, die von russischen Sozialwissenschaftlern als "Mittelklasse" bezeichnet wird. V. Radaev nennt sieben Merkmale, anhand derer man die Mittelschichten identifizieren kann:[154]

---

dem Inhalt des Begriffs haben sich die russischen Sozialwissenschaftler in den letzten Jahren intensiv auseinandergesetzt; vgl. etwa: Z.T. Golenkova/ E.D. Igitchanjan: Srednie sloi v sovremennoj Rossii. (Opyt analiza problemy), in: Sociologičeskie issledovanija, 1998, Nr. 7, S. 44-53; T. Kosmarskaja: Srednij klass i social'naja politika, in: Voprosy ėkonomiki, 1998, Nr. 7, S. 88-97; E.M. Avramova: K probleme formirovanija srednego klassa v Rossii, in: Voprosy ėkonomiki, 1998, Nr. 7, S. 78-87; V.A. Lepechin: Stratifikacija v sovremennom Rossii i novyj srednij klass, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1998, Nr. 4, S. 30-40; T.V. Voroncova/ E.S. Petrenko: Smotrite, kto prišel. (Segodnjašnij rossijskij srednij klass), in: Vlast', 1999, Nr. 1, S. 60-64; O.A. Aleksandrova: Idejnyj fon stanovlenija rossijskogo srednego klassa, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1999, Nr. 1, S. 18-28; Friedrich-Ebert-Stiftung. Büro Moskau/Russisches Unabhängiges Forschungsinstitut für sozialpolitische und sozialökonomische Probleme: Die Mittelklasse in Rußland. Ein Forschungsbericht (Kurzfassung), Moskau, Mai 1999 (= Studien zur Gesellschaft und Politik in Rußland); M.K. Gorškov/N.E. Tichonova/A.J. Čepurenko (Hrsg.): Srednij klass v sovremennom rossijskom obščestve, Moskva 1999, 299 S.; L.A. Beljaeva: V poiskach srednego klassa, in: Sociologičeskie issledovanija, 1999, Nr. 7, S. 72-77; N.E. Tichonova: Rußlands Sozialstruktur nach acht Jahren Reformen, Berichte des BIOst 31-1999, Köln 1999; M.I. Voejkov: Vozmožnost' statističeskogo izučenija srednego klassa, in: Voprosy statistiki, 1999, Nr. 11, S. 6-12.

152 Zur möglichen stabilisierenden Wirkung, die von der "Mittelklasse" ausgehen kann, vgl. Gorškov u.a.: Srednij klass 1999, S. 78.

153 Vgl. oben S. 80ff.

154 V. Radaev: Social'naja stratifikacija, ili kak podchodit' k problemam social'nogo rassloenija, in: Rossisjkij ėkonomičeskij žurnal, 1994, Nr. 11, S. 87-88; hier nach M.I. Voejkov: Vozmožnost' statističeskogo izučenija srednego klassa, in: Voprosy statistiki, 1999, Nr. 11, S. 6-12, hier S. 7; vgl. auch Radaev/Škaratan: Social'naja stratifikacija, S. 302ff.; vgl. auch ebd. 306: "Zur Formierung einer Mittelschicht (srednij klass) sind neben wirtschaftlichen Voraussetzungen (Charakter der ökonomischen Aktivität) die Entfaltung besonderer Verhaltensstereotype

- ein Einkommensniveau, das in der gegebenen Gesellschaft im mittleren Bereich liegt;
- Vermögen und Grad des Wohlstands, das in der gegebenen Gesellschaft im mittleren Bereich liegt;
- Verfügung über "kleines" Eigentum an Produktionsmitteln, kleine und mittlere Unternehmer;
- Bildungsniveau und berufliche Qualifikation;
- Beschäftigung als Angestellter ohne Hochschulbildung, *white collar worker*;
- entsprechender Lebensstil und Sozialkontakte, Habitus;
- Selbsteinschätzung als Angehöriger der "Mittelklasse".

Bereits aus diesem Kriterienkatalog wird deutlich, wie heterogen eine solche "Mittelklasse" war, und auf welche Schwierigkeiten man stößt, wenn man diese Gruppe eingrenzen will.[155] Merkmale wie "Verfügung

---

notwendig, Haltungen, eines Wertsystems, die Assoziierung mit Gleichgestellten, eine Selbstorganisation als Gemeinschaft."

155 Vgl. dazu A.Ju. Čepurenko: Srednij klass v rossijskom obščestve: kriterii vedelenija, social'nye osobennosti (vstupitel'noe slovo), in: Gorškov u.a.: Srednij klass 1999, S. 7-11, hier S. 8f., der im Kern drei Ansätze beim Umgang mit dem Begriff "Mittelklasse" identifiziert:

Das erste Konzept stellt das Einkommenskriterium in den Vordergrund und definiert den Begriff statistisch. "Mittelklasse" ist danach jene Gruppe, deren Einkommen über dem Existenzminimum liegt, aber nicht als wirklicher Reichtum bezeichnet werden kann. Dieser Ansatz antwortet allerdings nicht auf die Frage, inwieweit es sich bei dieser negativ definierten Kategorie tatsächlich um eine Gruppe handelt, die sich auch qualitativ von den anderen unterscheidet.

Eine zweite Interpretation nimmt vornehmlich das kleine und mittlere Unternehmertum einschließlich der selbständig Beschäftigten in den Blick. Ausgehend von der Vorstellung, daß Eigentum als ein dominierendes Element über den sozialen Status bestimmt, identifiziert sie "Mittelklasse" mit Mittelstand.

Ein dritter Ansatz schließlich konzentriert sich auf die "neue Mittelklasse" der postindustriellen Gesellschaft, d.h. auf jene Gruppen, die über die Formen "intellektuellen Kapitals" verfügen, die in der Privatwirtschaft und im Dienstleistungssektor vor allem nachgefragt werden.

über 'kleines' Eigentum" oder "Beschäftigung als Angestellter" bezeichnen offensichtlich verschiedene Bevölkerungssegmente, deren Tätigkeit und deren Interessenlage kaum identisch sein dürfte. Andererseits ist es nicht nur von "objektiven" Kriterien wie Einkommenshöhe und Berufsbild abhängig, ob jemand dieser "Mittelklasse" zugeordnet wird, auch "subjektive" Faktoren wie Lebensstil und Selbsteinschätzung spielen eine wichtige Rolle.

Tabelle 11: Berufsgruppen und Einkommen als Kriterium für die Zuordnung zur Mittelklasse in Rußland, Januar 1999

Berufsgruppe	*Anteil der Gruppe in der Mittelklasse*	*Zuordnung zum*		*Grundcharakter der Berufsgruppe*
		oberen und mittleren Segment	*oberen Segment*	
Qualifizierte Arbeiter	21,8%	25,2%	5,1%	Außerhalb der Mittelklasse
Technische Intelligenz	11,0%	21,9%	6,4%	Unteres Segment der Mittelklasse
Geisteswissenschaftliche Intelligenz	7,7%	32,1%	9,0%	Unteres Segment der Mittelklasse
Beschäftigte in den Bereichen Handel, Dienstleistungen, Verkehr	11,5%	21,9%	7,6%	Unteres Segment der Mittelklasse
Angestellte (Staat, Banken usw.), Juristen	10,7%	33,9%	9,2%	Unteres Segment der Mittelklasse
Kleine und mittlere Unternehmer	21,3%	89,3%	60,8%	Oberes Segment der Mittelklasse
Berufsmilitärs (höhere Offiziere)	5,5%	31,0%	5,4%	Außerhalb der Mittelklasse
Selbständige Landwirte	3,0%	28,6%	7,1%	Außerhalb der Mittelklasse
Höheres, mittleres Management	7,6%	53,8%	24,3%	Mittleres Segment der Mittelklasse
Zusammen	100,1%			

Quelle: M.K. Gorškov u.a. (Hrsg.): Srednij klass v sovremennom rossijskom obščestve, Moskva 1999, S. 109.

Daher hat das Russische Unabhängige Forschungsinstitut (RUFI),[156] als es Anfang 1999 den Versuch unternahm, Binnenstruktur und Haltung der russischen "Mittelklasse" zu analysieren, seiner Untersuchung drei Merkmale zugrundegelegt: neben der Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe[157] wurde die Höhe des Einkommens[158] und die Selbstwahrnehmung als Mitglied der "Mittelklasse" herangezogen. Die Erhebung erlaubt Rückschlüsse über die Binnengliederung der Gruppe, die in Rußland als "Mittelklasse" bezeichnet wird, und gibt Auskunft über die Zugehörigkeit zu verschiedenen Berufsgruppen (vgl. Tabelle 11). Die Gruppen, aus denen sich die sogenannte "Mittelklasse" zusammensetzt, unterschieden sich nach Qualifikation, Erfahrungshintergrund und Versorgungslage ganz erheblich. Manche Segmente – wie die technische und geisteswissenschaftliche Intelligenz, Berufsmilitärs, qualifizierte Arbeiter und die Angestellten – hatten ihr Profil bereits in der Sowjetzeit entwickelt, andere – wie Unternehmer und selbständige Landwirte – konnten sich erst nach 1992 herausbilden. Andererseits hatten große Teile jener Gruppe, die man als sowjetische Mittelschichten bezeichnen könnte, durch die Transformation erhebliche materielle Einbußen erlitten, so daß sie nur am unteren Rand der Mittelklasse fortexistierten oder ganz aus ihr herausgefallen waren. Immerhin zeigt die Auflistung aber auch, daß im heutigen Rußland ein Potential existiert, aus dem eine "Mittelklasse" herauswachsen kann. Zum einen bietet die überkommene Sozialstruktur der Sowjetzeit dafür Voraussetzungen – u.a. eine große Gruppe mit qualifizierter Bildung, eine breite Schicht mittlerer Manager in Wirtschaft und Verwaltung, Qualifizierung von Ärzten etc., die in freie Berufe wechseln könnten etc. –, zum anderen ist nach 1989 auch eine Schicht mittelständischer

---

156 RUFI ist die geläufige deutsche Abkürzung für das "Rossijskij nezavisimyj institut social'nych i nacional'nych problem" (RNISiNP; Russisches Unabhängiges Institut für soziale und nationale Probleme).

157 Vgl. die in Tabelle 11: Berufsgruppen und Einkommen als Kriterium für die Zuordnung zur Mittelklasse in Rußland, Januar 1999 aufgeführten Gruppen; vgl. auch Gorškov u.a.: Srednij klass 1999, S. 80f.

158 Das Einkommen mußte pro Familienmitglied 1.000 Rbl (40 US$) übersteigen; ebd.

Unternehmer entstanden.[159] Allerdings machte sie – wenn man alle potentiellen Gruppen der Bevölkerung mit einbezieht –, bis zur Augustkrise des Jahres 1998 nicht mehr als 25% der arbeitsfähigen Bevölkerung aus. Der Einbruch des Rubelkurses im Spätsommer 1998 schwächte die Gruppe dann erneut, so daß der Anteil auf 18% geschrumpft ist.[160]

Eine stabile "Mittelklasse" mit eigenem Selbstbewußtsein, die einen politischen Faktor darstellen könnte, hat sich in Rußland bisher eben nicht herausgebildet. Zwar gibt es zahlreiche Gruppen, aus denen sich eine solche gesellschaftliche Kraft speisen könnte, doch sind diese zahlenmäßig noch nicht stark genug und in ihrem Selbstverständnis wohl auch zu heterogen, um politisch Gewicht zu besitzen. Der ehemalige Ministerpräsident Primakow hat das Fehlen einer Mittelschicht denn auch sarkastisch mit dem Satz kommentiert: "Leute, die an der Börse mit den Armen wedeln, das ist noch keine Mittelklasse."[161]

2.2.4 Typologien der gesellschaftlichen Schichtung

Der Zerfall der aus der Sowjetzeit überkommenen Sozialstrukturen und die Neukonstituierung der Gesellschaft in den neunziger Jahren erfordert auch eine Neubestimmung des Gesellschaftsmodells. Allerdings sind solche Definitionsversuche angesichts des raschen Wandels und der hohen Mobilität nach wie vor mit großen Problemen behaftet. Es kann daher kaum verwundern, daß bisher keine der vorgestellten Gesellschafts-Typologien allgemein akzeptiert ist. Differenzen ergeben sich dabei etwa auch aus der Frage, ob Schichtung *ökonomisch* oder *politisch* bestimmt ist, d.h. ob materielle Kriterien bei der Zuordnung zu sozialen Gruppen ausschlaggebend sein sollen, oder ob das Verhalten –

---

159 Vgl. dazu Goskomstat <www.gks.ru/scripts/1ce.exe?XXXX05.F.10.3.1/00840R, 10.11.1998>, und A. Aslund: How Russia Became a Market Economy, Washington D.C. 1995, S. 250, 156.

160 Gorškov u.a.: Srednij klass 1999, S. 233.

161 Evgenij Primakov: Reformatorstvo dolžno vesti k ukrupleniju gosudarstva, in: Izvestija, 20.11. 1998, S. 1.

Adaptionsfähigkeit, Initiative bei der Gestaltung der eigenen gesellschaftlichen Rolle – Stratifikation maßgeblich beeinflußt. Russische Soziologen haben verschiedentlich darauf hingewiesen, daß wenigstens in der unmittelbaren Transitionsphase Akteurshandeln über den individuellen Auf- oder Abstieg entschied.[162] Die unterschiedlichen Ansätze führen auch zu Unterschieden in den Stratifikationsmodellen. In einem Überblick über die Forschungsliteratur führt Beyme drei Klassifizierungsversuche an, von denen er jedoch keinen für wirklich überzeugend hält. Ein relativ simples Modell basiert auf einem Dreierschema, das entsprechend der Position im Produktionsprozeß hierarchisiert, durch eine Kategorie "Angestellte" aber zu einem Viererschema erweitert wird:[163]

- Oberste Schicht oder Elite (neue Bourgeoisie, Wirtschaftsmanager, Direktoren, Finanz- und Intelligenz-Eliten).
- Mittelschicht (Spezialisten und Techniker, "Professionals" – d.h. freie Berufe – und hochqualifizierte Arbeiter).
- Niedrigste Schicht (wenig qualifizierte Arbeiter).
- Angestellte im Privatsektor (sluzaščie).

In der Tat ist dieses an tradierte sowjetische Denkmuster angelehnte Modell unbrauchbar, nicht nur, weil es die marginalisierten Unterschichten und die Absteiger außer acht läßt, sondern auch, weil es die dynamischen sozialen Differenzierungsprozesse, die die Gesellschaft der neunziger Jahre bestimmten, nicht fassen kann. Jede der drei Schichten – die Kategorie "Angestellte" ist offensichtlich nicht mehr als eine Verlegenheitslösung – setzt sich aus heterogenen Bevölkerungssegmenten zusammen, die im Verlauf des

---

162 Vgl. etwa N.E. Tichonova: Dinamika social'noj stratifikacii v postsovetskom obščestve, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1997, Nr. 5, S. 5-14, hier S. 9ff., wo der Zusammenhang von Aufstieg und Adaptionsfähigkeit erörtert wird; zum Zusammenhang der Diskussion vgl. K.v. Beyme, Russland zwischen Anarchie und Autokratie, Wiesbaden 2001, S. 37ff.

163 Ebd., S. 39.

Transformationsprozesses ganz unterschiedliche Erfahrungen gemacht hatten, und deren Werthaltungen, Verhaltensweisen und Erwartungen signifikant voneinander abwichen. Fragt man nach sozialen Kräften, die auf den politischen Prozeß einwirken, ist eine solche Aufteilung wenig hilfreich.

Einem anderen Ordnungsschema folgt eine Typologie, die Starikov 1994 vorgestellt hat. Hier steht offensichtlich das politische Element im Vordergrund, das mit Versatzstücken aus der sowjetischen Gesellschaftsanalyse verziert wird:[164]

- "Der Apparat" (eine klassenähnliche parasitäre Schicht schon im Kommunismus, doch ohne Eigentum).
- Die "Compradoren-Bourgeoisie".
- "Bandokratija" (mafiaähnliche Führungsgruppen).
- "Das Direktorat" (Manager).
- Die nationale Bourgeoisie (Kleinunternehmer ohne Auslandsverbindungen).
- "Intelligencija"
- "Arbeiterklasse"
- Bauern (Kolchozniki, Quasi-Farmer).

Diese Klassifizierung ist unbrauchbar. Auch hier bleiben jene Teile der Bevölkerung, die im Rahmen der Transformation marginalisiert wurden, außer Betracht. Zudem gaukeln Begriffe wie "Arbeiterklasse" oder "Intelligencija", die bereits in der sowjetischen Gesellschaftslehre schematisch und sinnentleert benutzt wurden, die Existenz von geschlossenen sozialen Formationen vor, die – falls sie überhaupt vorhanden waren, spätestens durch den sozialen Umbruch der

---

[164] E.N. Starikov: Social'naja struktura perechodnogo obščestva. Opyt inventarizacii, in: Političeskie issledovanija, 1994, Nr. 4, S. 87-96, hier S. 93ff.; vgl. Beyme 2001, S. 40.

Transformationsperiode zerfallen wären. Als Zugeständnis an die Wirklichkeit der Jelzin-Ära muß aufgefaßt werden, daß das klassische Gesellschaftsschema der Sowjetzeit – Arbeiterklasse und Bauern, ergänzt durch die Intelligenz als Zwischenschicht – in der Typologie durch eine Oberschicht ergänzt wird, die zeitaktuell mit publizistischen Genrebegriffen ("Apparat", "Compradoren-Bourgeoisie", "Bandokratija" "Direktorat") definiert wird. Diese Verbindung "alter" und "neuer" Termini folgt keinen klaren Ordnungskriterien und ist bei der Bestimmung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse nutzlos.

Gedanklich stringenter ist ein Stratifikationsschema konzipiert, das sich u.a. in einem Aufsatz von Ol'ga Brednikova und Oksana Karpenko findet, und das die russische Gesellschaft in sechs Schichten gliedert: [165]

- "Elitengruppen" (ökonomische, politische Eliten, Spitzen der Staatsbürokratie und des Militärs).
- Obere Mittelschicht (ca. 1,5% der Bevölkerung; Großunternehmer, höhere Beamte und akademische Elite).
- Mittelschicht (20-25% der Bevölkerung; kleine Unternehmer und Industriemanager, Verwaltungsbeamte, leitende Angestellte, Berufssoldaten und die Arbeiter"elite"; explizit nicht als Äquivalent zu westlichen Mittelschichten gedacht).
- Basisschicht (65-70%; Angestellte, qualifizierte Arbeiter und Bauern).
- Unterschicht (10%; technisches Hilfspersonal, unqualifizierte Arbeiter).

---

[165] O. Brednikova/O. Karpenko: Soziologie und Sozialstrukturforschung in Rußland (1995/96), in: I. Oswald /R. Possekel/P. Stykow/J. Wielgohls (Hrsg.): Sozialwissenschaft in Rußland 2, Berlin 1997, S. 58-86, hier S. 69; die Autorinnen referieren hier einen Ansatz von T. Zaslavskaja; vgl. auch T.I. Zaslavskaja: O social'no-transformacionnoj strukture rossijskogo obščestva, in: Monitoring obščestvennogo mnenija: Ėkonomičeskie i social'nye peremeny, 2000, Nr. 1 (45), S. 15-19, hier S. 17; vgl. ferner Beyme 2001, S. 40.

- *underclass* (Deklassierte, Obdachlose und Randgruppen).

Im Gegensatz zu den vorher beschriebenen Typologien bezieht diese auch Randgruppen explizit ein und verzichtet auf aus der Sowjetzeit überkommene Begrifflichkeiten. Ordnungskriterium dieses Schichtungskonzepts sind die materielle Lage und partiell auch die Verfügungsgewalt über politische oder administrative Ressourcen.

Auf der Basis dieses Sechs-Schichten-Modells hat Tat'jana Zaslavskaja versucht, "soziale Makrosubjekte" – gewissermaßen kollektive Akteure – zu definieren.[166] Dazu führte sie neben der "vertikalen Projektion der Transformationsstruktur der Gesellschaft", dem hierarchischen Schichtungsmodell, zusätzliche eine "horizontale Projektion" ein, die die politische Perspektive der Akteure oder Akteursgruppen berücksichtigte. Indem sie die Gesellschaft so nach materieller Lage, Sozialstatus und politischer Ausrichtung gliederte, identifizierte sie dreizehn "soziale Makrosubjekte":[167]

- Eine liberale Führungsschicht, die auf Modernisierung orientiert ist, die auf Privatisierung und Entfaltung der neuen politischen und ökonomischen Institutionen setzte, und die mit der großen privaten und quasi-staatlichen Geschäftswelt zusammenarbeitete.
- Eine konservativ orientierte Führungsschicht, die vor allem aus dem oberen Segment des Staatsapparats und der Machtstrukturen besteht

---

166 Vgl. ebd., S. 15ff.

167 Ebd., S. 18f.; einen ähnlichen Ansatz hat T. Zaslavskaja bereits in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erprobt, als sie die Perestrojka-Gesellschaft in 10 Gruppen gliederte (Fortschrittliche Arbeiter und Bauern, Leitungskader in Politik und Wirtschaft, Intelligenz (sozial-geistiger Bereich), Kleinunternehmer, Die Hauptmasse der Arbeiter und Bauern, Wissenschaftlich-technische Intelligenz, Verantwortliche Leitungskader, Verantwortliche Mitarbeiter im Handel und Dienstleistungsbereich, zu Unrecht privilegierte Schicht der Arbeiter, Vertreter des organisierten Verbrechertums), und analysierte, wie jede Kategorie sich zur Politik der Perestrojka verhielt; vgl. T. Saslawskaja [T. Zaslavskaja]: Zur Strategie der sozialen Steuerung der Perestroika, in: J. Afanasjew [J.N. Afanas'ev] (Hrsg.): Es gibt keine Alternative zu Perestroika: Glasnost, Demokratie, Sozialismus, Nördlingen 1988, S. 21-72, hier vor allem S. 59.

und die Stärkung des Staates in der Wirtschaft anstrebt, auf eine aktive Sozialpolitik setzt, zugleich aber die Umverteilung von Macht und Eigentum betreibt.

- Der sozialdemokratische Teil der Ober- und Mittelschicht, vorwiegend Politiker ohne Machtposition und ein Teil der Intelligenz, die die Marktreformen russischer Art ablehnen und den Ausbau der Zivilgesellschaft betreiben.
- Der kommuno-patriotische Teil der Oberschicht, die sich aus der ehemaligen Nomenklatur rekrutiert und verbal auf die tradierten sowjetischen Werte setzt. In Wahrheit kämpft sie um die Macht in den Regionen und in der Föderation, steht der liberalen Führungsschicht in Opposition gegenüber und strebt eine Restauration an.
- Die Vertreter des Großkapitals ("Oligarchen"), Eigentümer und Manager der Finanz-Industrie-Gruppen und der Großbanken, die eine sozioökonomische Stabilisierung, eine Stärkung der Rechtsordnung und die Integration Rußlands in die Marktwirtschaft anstreben, auch wenn sie in der Tat selbst Rechtsnormen häufig verletzen.
- Die Oberschicht der kriminellen Welt, d.h. die Führer des organisierten Verbrechens.
- Die Business-Schicht, die sowohl Manager als auch kleine und mittlere Unternehmer umfaßt, die die Markttransformation unterstützen, dem korrupten Staat aber mit Reserve gegenüberstehen.
- Die mittleren Bürokraten (Staatsapparat), die aufgrund ihrer Stellung die Stärkung des Staates und die staatliche Einmischung in die Wirtschaft befürworten.
- Der sozial adaptierte Teil der qualifizierten Spezialisten, die sich an Marktbedingungen angepaßt haben und bereit sind, für die politische und intellektuelle Freiheit auch gewisse materielle Härten in Kauf zu nehmen. Sie setzen auf die Fortentwicklung der sozialen Sphäre und die Entwicklung der Zivilgesellschaft.

- Der relativ adaptierte Teil der Basisschichten (Arbeiter, Bauern, weniger qualifizierte Spezialisten).
- Die nichtadaptierte konservativ-periphere Gruppe, die durch die Transformation verunsichert ist und Unterstützung durch den Staat erwartet. Das Fehlen eigener Überzeugungen macht sie zugänglich für populistische Politik und Demagogie.
- Die marginal-periphere Gruppe, die degradiert und vom Rest der Gesellschaft weitgehend isoliert ist.
- Kriminelle

Indem Tatjana Zaslavskaja so die soziale Hierarchie mit der politischen Ausrichtung "Modernisierer versus Traditionalisten" kombiniert, versucht sie, Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zu bestimmen und Aussagen über die Chancen politischer Entwicklungen zu machen. Dieses Verfahren zeigt einen Weg auf, kollektive Akteure im Transformationsprozeß zu identifizieren, auch wenn über Einzelheiten der Kategorisierung sicher diskutiert werden muß. Von den dreizehn Typen beziehen sich sechs auf Elitegruppen, die nach Aktivitätsfeld (Großkapital, kriminelle Welt) oder politischer Ausrichtung (liberal, konservativ, sozialdemokratisch, kommuno-patriotisch) unterschieden werden. Inwieweit dieser Ansatz bei der Analyse von Elite und Elitehandeln tragfähig ist, muß der Blick auf den empirischen Befund im weiteren Verlauf der Untersuchung zeigen. Allerdings darf man die Gesellschaftsstruktur als Ganzes nicht außer acht lassen, denn der Handlungsspielraum der Eliten hängt davon ab, wieviel Bewegungsfreiheit ihnen andere gesellschaftliche Gruppen lassen. Wenn aber große Teile der Bevölkerung nicht agieren, sondern in politischer Passivität verharren, dann ist es für die Eliten einfach, als Alleinakteure aufzutreten. Insofern hat die Entwicklung der letzten Jahre – der Prozeß sozialer Differenzierung, der massenhafte soziale Abstieg, der mit einer

Schwächung der Mittelschichten einherging – für das Verhalten der "alten" und "neuen" Eliten weitgehende Konsequenzen.[168]

[168] Vgl. etwa V.J. Gel'man/I. Tarusina: Studies of Political Elites in Russia, in: Communist and Post-Communist Studies, 33. Jg., 2001, S. 311-329, hier S. 312: "…elites became a major actor in the process of transition in Russia, especially after the decline of the wave of social movement mobilization in 1988-91."

2.3 "Alte" und "neue" Eliten: Annäherung an die Akteure

Der soziale Wandel, der in Rußland mit der Transformation einherging, brachte eine neue Oberschicht hervor, die ihrerseits Einfluß auf die Gestaltung von Politik und Gesellschaft nahm. "Alte" und "neue" Eliten bestimmten Richtung und Inhalt des politischen und ökonomischen Übergangsprozesses, Eliten waren relevante Akteure der russischen Transformation. Wie diese Gruppen agierten, wie sie sich zusammensetzten, von welchen Vorstellungen sie geleitet wurden, welche Ziele sie verfolgten, muß untersucht werden, um die Mechanismen des Übergangsprozesses besser zu verstehen und eine Vorstellung davon zu gewinnen, in welche Richtung sich Gesellschaft und politisches System entwickeln. Elitenanalyse ist ein notwendiger Bestandteil von Transformationsforschung.

2.3.1 Die Elitenformation im neuen Rußland

Auch wenn sich die Mehrheit der Sozialwissenschaftler in Rußland und im Westen darüber einig ist, daß sich in Rußland in den Jahren des Übergangs eine "Oberste Schicht oder Elite" neu herausgebildet hat, so weichen die Vorstellungen über den Charakter dieser sozialen Formation doch voneinander ab und verändern sich mit der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.[169] Die Identifizierung der Akteure wird implizit stets mit Annahmen über die Funktionsweise des politischen Systems insgesamt verbunden. Wenn Anfang der neunziger Jahre die Verwandlung der *Nomenklatura* in ein "Nomenklaturkapital" als bezeichnendes Systemelement gilt, so unterstellt dies, daß die Machtlogik der "alten", sowjetischen Elite auch unter den neuen Verhältnissen Herrschaft konstituiert. Wenn Mitte der neunziger Jahre in der Publizistik "Oligarchen" als wirkliche Entscheidungsträger genannt werden, so geht dieser Wahrnehmungswandel einher mit einem

---

[169] Vgl. oben Kapitel 2.2 Sozialer Wandel und Umverteilung: Die Neukonstituierung von Gesellschaft. Abschnitt: Typologien der gesellschaftlichen Schichtung; vgl.auch Beyme 2001, S. 59ff.; V.J. Gel'man/I. Tarusina: Studies of Political Elites in Russia, in: Communist and Post-Communist Studies, 33. Jg., 2001, S. 311-329.

Paradigmenwechsel der Gesellschaftsanalyse – nun ist Besitz Voraussetzung für Macht. Und wenn unter Putin FSB-Seilschaften als die eigentlichen Akteure hinter dem Präsidenten bezeichnet werden, so impliziert das die Vorstellung von einer durch Geheimdienste oder Bürokratie manipulierten Gesellschaft. Je nach Wahrnehmung der aktuellen Situation schreiben die Beobachter einem spezifischen Segment der Elite besondere Bedeutung zu. Dieser Wandel der Perzeptionen reflektiert die Tatsache, daß Eliten in der Regel nicht homogen sind, sondern Konglomerate von Elitengruppen, die je nach Situation und innergesellschaftlichen Kräfteverhältnissen in unterschiedlicher Weise interagieren. Dies hat Dietrich Herzog unter Bezugnahme auf westliche Gesellschaften 1982 folgendermaßen beschrieben:

> "Was die 'Klassiker' unter 'politischer Klasse' verstanden (eine nach Herkunft, Ausbildung und Interessen homogene Schicht), ist in der Realität moderner Gesellschaften gewöhnlich (wenn auch nicht immer) ein Aggregat verschiedener Führungsgruppen, deren jeweiliger Einfluß auf verschiedenen Ressourcen beruht und im historischen Prozeß durchaus variabel ist. Die Inter-Eliten-Beziehungen können entweder mehr durch Antagonismen und Feindschaft, oder mehr durch Konkurrenz und Kooperation gekennzeichnet sein. Statt von einer (einheitlichen) 'politischen Klasse' zu sprechen, die lediglich einen speziellen Typ soziopolitischer Machtaggregation darstellt, geht man deshalb von dem Konzept einer 'Elitenformation' aus, die die jeweiligen Führungsgruppen in den politisch-staatlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen Sektoren umfaßt, wobei die konkreten Strukturen dieser Formation in den verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Systemen im einzelnen (und nach Möglichkeit auch vergleichend) zu untersuchen sind."[170]

Welche Elitensegmente einer solchen "Elitenformation" zuzuordnen sind, muß von Land zu Land und von Entwicklungsphase zu Entwicklungsphase eigens bestimmt werden, da bei grundsätzlicher Ähnlichkeit die jeweiligen historischen Besonderheiten zu berücksichtigen sind. Wie weit man den Elitenbegriff faßt, hängt aber

[170] Herzog 1982, S. 114.

auch von der Fragestellung ab. Dahrendorf, dem es darum ging, eine "Soziologie der Oberschicht" für die Bundesrepublik der fünfziger Jahre zu entwickeln, wählte z.B. einen breiten Ansatz und bezog alle Gruppen, die den höheren Schichten zugezählt werden konnten, in seine Analyse ein.[171] Ein solches Vorgehen ist aber wenig sinnvoll, wenn man nach politisch relevanten Akteuren fragt. Hier bietet sich ein eng gefaßter Elitebegriff an, wie er sich etwa im Konzept der "Machtelite" ausdrückt.[172]

In Rußland hat man erst im Verlauf der neunziger Jahre begonnen, die neu entstehenden Elitenstrukturen genauer zu untersuchen. Lilija Babaeva vom Institut für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften beschrieb die großen Schwierigkeiten, mit denen die Sozialwissenschaft dabei konfrontiert war:

> "One reason is that the composition of Russian elite groups is not known in any comprehensive way today. Consequently, a proportionally accurate sample of those groups cannot be drawn. Second, without knowing more than we do about the composition and structure of the elite groups, it is difficult, if not impossible, to specify how high or low a given respondent is located in the group to which he or she belongs."[173]

Als Orientierungsrichtlinien formulierte sie zwei Grundsätze, die zwar am russischen Material gewonnen waren, so aber auch von westlichen Sozialwissenschaftlern für westliche Eliten festgestellt worden sind:

> "These are the orienting propositions that my colleagues and I distil from the theoretical literature on elites. In order to employ these propositions fruitfully in the Russian context, however, it is necessary to underscore

---

171 Dahrendorf 1961, S. 179f. ; vgl oben Kapitel 1;

172 Beyme 1971, S.12; vgl. oben Kapitel 1, Fußnote 18 und Fußnote 23.

173 L.V. Babayeva [L.V. Babaeva]: Elite Conceptions of Russia's Present and Future, in: Higley u.a. 1998, S. 97-106, hier S. 103.; vgl. zu dem Forschungsprojekt auch: L.V. Babaeva/A.E. Čirikova: Rossijskaja ėlita: opyt sociologičeskogo analiza, Moskva 1996; L.V. Babaeva/E.J. Taršis/L.A. Rezničenko: Ėlita Rossii: O nastojaščem i buduščem strany, in: Sociologičeskie issledovanija, 1996, Nr. 4, S. 40-49.

> two points. First, some elite groups have a direct relation to political rule while other groups have only an indirect relation to it. Second, it is clear that one cannot speak of a single, more or less uniform 'elite' in Russia; instead, it is necessary to speak of 'elites' in the plural sense, referring to several relatively distinct groups."[174]

Zum einen gilt es also, eine unmittelbar politisch vernetzte Elitefraktion von jener zu unterscheiden, die keinen direkten Zugang zur Politik hat, zum anderen stellt Babaeva auch für Rußland fest, daß die "Elite" sich aus einer Reihe verschiedener Elitegruppen zusammensetzt. Der erste Befund erinnert an die Unterscheidung zwischen "Oberschicht" und "Machtelite", die Beyme vorgenommen hat, die andere entspricht durchaus den von Herzog oben formulierten Beobachtungen. Über solche grundsätzlichen Gemeinsamkeiten hinaus zeigt die russische Entwicklung aber durchaus Spezifika, die sich aus den historischen Gegebenheiten erklären. In einer vergleichenden Studie über postkommunistische Eliten in Ost- und Ostmitteleuropa heben J. Higley, J. Pakulski und W. Wesolowski den Fall Rußland besonders heraus:

> "Russia is the most complex and puzzling case. The fragmentation or division of its elites is at least two-dimensional: between the groups and factions making up the central elite, and between the central elite and assorted regional elites. The latter cleavage reflects Russia's vast size and also the way in which Yeltsin and his associates bolstered the autonomy of regional elites when confronting the Soviet regime."[175]

Die geographische Situation – die Größe des Landes – und der Transformationspfad beeinflussen danach in Rußland die Herausbildung einer spezifischen Elitenformation, die durch die innere Fragmentation der nationalen Elite einerseits und den Gegensatz zwischen Zentrum und Regionen andererseits gekennzeichnet ist. Beides sind zweifellos wichtige Aspekte des Elitenwandels in Rußlands, sie ordnen sich allerdings in einen komplexen Umschichtungsprozeß ein, der im Kontext der Transformation stattfand. Er wurde durch zwei Grundzüge bestimmt:

---

[174] Babayeva, in: Higley u.a. 1998, S. 99f.
[175] Higley u.a., in: Higley u.a. 1998, S. 27f.

zum einen durch eine Segmentierung der traditionellen sowjetischen Führungsschichten, zum anderen durch den Aufstieg von *homines novi* im Rahmen der Neugestaltung des politischen und des wirtschaftlichen Systems. Die Segmentierung der Eliten, d.h. die Ausdifferenzierung in Gruppen mit unterschiedlichen Interessen, setzte bereits in den sechziger und siebziger Jahren ein, gewann in den achtziger Jahren aber an Intensität. Der soziale Wandel, der durch die Transformation ausgelöst wurde, verstärkte die vorhandenen Segmentierungstendenzen. In den neunziger Jahren führten die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen – u.a. die Entmachtung und der Zerfall der regierenden Partei, die Privatisierung, die Kadererneuerung in der Verwaltung und die Institutionalisierung der regionalen Selbstverwaltung – dann zur endgültigen Zersplitterung der "alten" sowjetischen Elite: Sie zerfiel in konkurrierende Gruppen, die aber noch durch Herkunft, persönliche Beziehungen und institutionelle Strukturen miteinander verbunden waren.[176] Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre trat dann mit der "Businesselite" und einer Schicht von Parteipolitikern ein neues Element hinzu, das in der entstehenden Marktordnung und in den neuen Partei- und Repräsentativstrukturen seinen Nährboden hatte und allmählich in Spitzenpositionen von Staat und Wirtschaft einrückte.

Die innere Gliederung der Elitenformation, die sich in den neunziger Jahren herausbildete, war für die russische Sozialwissenschaft ein Gegenstand besonderen Interesses[177], da sich in ihr jene Akteurskonstellationen widerspiegelten, die dem Transformationsprozeß seine Richtung gaben. Dabei differierten die Ansätze der einzelnen Autoren. Michail Afanas'ev etwa unterschied zwischen zwei Elitenfraktionen: Der wissenschaftlichen, kulturellen, publizistischen und

---

[176] M.N. Afanas'ev: Pravjaščie ėlity Rossii: obraz dejatel'nosti, in: Mirovaja Ėkonomika i Meždunarodnye Otnošenija, 1996, Nr. 3, S. 46-56, hier S. 47.

[177] Einen Überblick über die Forschungslage geben: H. Steiner: Elite research in Russia, in: H. Best/U. Becker (Hrsg.): Elites in Transition. Elite Research in Central and Eastern Europe. Opladen 1997, S. 107-132, und Gel'man/Tarusina, in: Communist and Post-Communist Studies, 33. Jg., 2001, S. 311-329.

Rechtselite stellte er jene Gruppen gegenüber, die sich den Zugriff auf Geld und Macht gesichert hatten. Im Prozeß der Aufspaltung verloren danach die sinn- und normenproduzierenden Gruppen an Einfluß, während die Wirtschafts- und Machtelite an Bedeutung gewann.[178] Gewiß scheint hier auch ein traditionelles russisches Interpretationsmuster durch, das dem Staat und der staatlichen Bürokratie eine moralisch und intellektuell legitimierte *Intelligencija* als Gegenelite gegenüberstellte.[179] Natal'ja Lapina nahm die Situation etwas anders wahr. Auch sie unterschied Wirtschafts-, Kultur- und politische Eliten. Für sie verlief die Konfliktlinie aber innerhalb der politischen Elite. Danach stand auf der einen Seite die "bürokratische" oder "Apparatelite", deren Position sich nach Lapina im Lauf der Jahre konsolidierte, und auf der anderen die "Reformelite", die in ihren Augen an Bedeutung einbüßte.[180]

Andere Autoren differenzierten bei der Analyse der Führungsschichten nach Interessen und Machtquellen und kamen so zu stärker gegliederten Strukturen. So unterschied Ol'ga Kryštanovskaja im Sample ihrer Elitestudien fünf bzw. sechs Gruppen: die Umgebung des Präsidenten,

---

178 Afanas'ev, in: Mirovaja Ėkonomika i Meždunarodnye Otnošenija, 1996, Nr. 3, S. 47.

179 Zur Rolle der russischen *Intelligencija* existiert eine umfangreiche Literatur; vgl. u.a. R. Pipes (Hrsg.): Die russische Intelligentsia, Stuttgart 1962; D. Brower: The Problem of Russian Intelligentsia, in: The Slavic Review, 1967, S. 638-647; O. Müller: Intelligencija. Untersuchungen zur Geschichte eines politischen Schlagwortes, Frankfurt am Main 1971 (= Frankfurter Abhandlungen zur Slawistik); V. Shlapentokh: Soviet Intellectuals and Political Power: The Post-Stalin Era, Princeton (N.J.) 1990; D. Beyrau: Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917-1985, Göttingen 1993; J. Scherrer: Von der Krise im Selbstverständnis der russischen Intelligenzija, in: G.-J. Glaeßner/M. Reiman (Hrsg.): Systemwechsel und Demokratisierung. Rußland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion, Opladen 1997, S. 112-132; B. Sieber: "Russische Idee und Identität". "Philosophisches Erbe" und Selbstthematisierung der Russen in der öffentlichen Diskussion 1985-1995, Bochum 1998 (= Dokumente und Analysen zur russischen und sowjetischen Kultur. Band 12/I).

180 N. Lapina: Die Formierung der neuen rußländischen Elite. Probleme der Übergangsperiode, Berichte des BIOst 7-1996, Köln 1996, S.12ff.

die Regierung, die regionale Elite, die Parteiführer und die Geschäftselite bzw. die höchste Führung, die Regierung, die Regionalelite, die Parteielite, die Parlamentselite und die Geschäftselite[181]. Und Vladimir Gel'man ging noch weiter, als er folgende Gruppierungen benannte:[182]

- *nationale Einflußgruppen* (pressure groups; u.a. Brennstoff- und Energiekomplex, Finanzgruppen, Agro-Industriekomplex, Rüstungskomplex);
- *föderale Verwaltungs- und Managerelite* (Präsidial- und Regierungsstrukturen, Fachminister, Abteilungsleiter usw. (Finanzministerium, Zentralbank, Staatlicher Eigentumsfonds etc.));
- *nationale Militär- und Rechtsvollzugselite* (Armee, Sicherheitsdienste, Innenministerium u.a.);
- *föderale Partei- und Parlamentselite* (Führung der Häuser des Parlaments, der Fraktionen, Führung der großen Parteien, Gewerkschaften, gesellschaftliche Organisationen, Abgeordnete);
- *föderale Medienelite* (Fernsehen, Rundfunk, Nachrichtenagenturen, zentrale Zeitungen); und schließlich
- *regionale Elitegruppen* (strukturell ähnlich zu föderalen Eliten, mit Abweichungen in verschiedenen Regionen).

Aus diesen Auflistungen wird deutlich, daß Kryštanovskaja und Gel'man die "kulturellen" bzw. "sinn- und normenproduzierenden" Elitengruppen in ihren Untersuchungen beiseite lassen und sich allein auf die

---

181 O.V. Kryštanovskaja: Finansovaja oligarchija v Rossii, in: Izvestija, 10.1.1996, S. 5; bzw. dies.: Transformacija staroj nomenklatury v novuju rossisjkuju ėlitu, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1995, Nr. 1, S. 51-65.

182 Vgl. V. Gel'man: K voprosu ob ėlitach v post-SSSR: kriterii i podchody, o.O. (Moskva) 1994 (= MBIO; IGPI Monitoring-Materialien. Typoskript); weitgehend identisch mit: ders.: On the Problem of Elites in the Former USSR: Criteria and Approaches, in: K. Segbers/S. De Spiegeleire: Post-Soviet Puzzles. Mapping the Political Economy of the Former Soviet Union. 4 volumes, Baden-Baden 1995, Band III, S. 15-23, hier S. 23.

Wirtschafts- und Machteliten konzentrieren, offenbar in der Annahme, daß erstere auf den Verlauf des Transformationsprozesses keinen wirklichen Einfluß nehmen können. In dieser Einschätzung treffen sie sich durchaus mit Afanas'ev und Lapina, die Macht vor allem in den Führungsschichten von Politik und Wirtschaft konzentriert sehen. Eine *Intelligencija* im traditionellen Sinne, die sich als moralische Instanz verstand und daraus eine Rolle in der Gesellschaft ableitete, spielte unter den Bedingungen der Transformation keine relevante Rolle und wurde von den russischen Sozialwissenschaftlern dementsprechend außer acht gelassen.

2.3.2 Eliten in der russischen Politik: Empirische Studien auf Basis des Positionsansatzes

Alle Autoren stimmen also mehr oder weniger darin überein, daß sich im neuen Rußland eine Elitenformation herausgebildet hat, die sich aus konkurrierenden Gruppen zusammensetzt, die ihre Macht aus unterschiedlichen Quellen herleiten. Dabei wird einerseits zwischen föderaler (zentraler) und regionaler Ebene, zum anderen nach Funktionsbereich (Wirtschaft, Politik, Medien usw.) differenziert. Das Ausmaß der Teilhabe an staatlicher Macht stellt ebenfalls ein Unterscheidungsmerkmal dar. Schließlich unterteilt man auch nach Zeitpunkt des Aufstiegs und grenzt "alte", d.h. sowjetische, gegen "neue" – im Verlauf des Transformationsprozesses entstandene – Führungsgruppen voneinander ab. Entlang dieser Grundraster wurden seit Ende der achtziger Jahre eine Reihe von Elitestudien durchgeführt, die in der Mehrzahl bei der Identifizierung von Eliten von einem Positionsansatz ausgingen. Zwei größere Studien entstanden im Institut für Soziologie der Akademie der Wissenschaften bzw. im VCIOM. Darüber hinaus setzte sich eine Anzahl von Forschergruppen in Rußland und im Westen mit Einzelaspekten der Elitefrage auseinander.[183]

---

[183] Vgl. dazu oben Fußnote 177; vgl. auch Beyme 2001, S. 58ff.

Die Elitestudie des VCIOM: Eliten in den Jahren 1988-1993 – Zirkulation oder Konversion?

Die Untersuchung, die das "Allrussische Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung" (VCIOM) zwischen 1993 und 1994 unternahm, war Teil des länderübergreifenden Projekts "Soziale Stratifikation in den Ländern Osteuropas nach 1989", das unter Leitung von Ivan Szelenyi stand und gleichzeitig auch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn durchgeführt wurde.[184] Die russische Teilstudie basierte auf Interviews mit 1.812 Personen aus 19 Regionen, die 1988 der "alten" sowjetischen bzw. 1993 der "neuen" russischen Elite angehörten. Die Eckdaten wurden bewußt gewählt: 1988 war das letzte Jahr, in dem das politische System der UdSSR noch auf traditionelle Weise funktionierte – im März 1989 wurde sein Charakter durch die Wahlen zum Volkskongreß erstmals tiefgreifend verändert. Im Jahr 1993 endete mit der gewaltsamen Auflösung des Obersten Sowjet im Oktober und der Einführung einer Präsidialverfassung im Dezember die erste Phase der russischen Reformära. Die Auswahl der Respondenten erfolgte für 1988 anhand der Liste der 11.000 Nomenklaturpositionen des ZK der KPdSU, für 1993 anhand des Handbuchs der Telefonanschlüsse der Regierung. Zentrales Anliegen der Untersuchung war es, Aussagen über den mit der Transformation verbundenen Elitenwechsel zu machen, indem sie zwei gegensätzliche Thesen überprüfte. Die erste unterstellte, daß beim Übergang in die postkommunistische Gesellschaft Führungsschichten in der Lage gewesen seien, ihr politisches in ökonomisches "Kapital" zu konvertieren, und so ihre Sonderstellung zu wahren. Eine solche Elitenreproduktion sicherte, so die Annahme, einen verläßlichen und friedlichen Übergang in das System des Postkommunismus. Die Gegenthese ging davon aus, daß eine fundamentale soziale

[184] Gel'man/Tarusina, in: Communist and Post-Communist Studies, 33. Jg., 2001, S. 313; B.V. Golovačev/L.B. Kosova/L.A. Chachulina: Formirovanie pravjaščej ėlity v Rossii, in: Monitoring obščestvennogo mnenija: Ėkonomičeskie i social'nye peremeny, 1995, Nr. 6 (20), S. 18-24, hier S. 18, Anmerkung.

Transformation stattgefunden habe, die mit einer Ablösung der "alten Kader" – mit einer Elitenzirkulation – verbunden gewesen sei.[185]

Die Erhebung erbrachte interessante Informationen über Karrieremuster in der Sowjetunion, insbesondere in den achtziger Jahren, doch sie gab auch Auskunft darüber, wie sich in der ersten Phase des Systemwechsels die Zusammensetzung der Führungsschichten verändert hatte. Tatsächlich hatte etwa die Hälfte der Befragten, die 1993 zur Elite gezählt wurden, 1988 keine Nomenklaturposition innegehabt (Tabelle 12). Innerhalb von fünf Jahren war es nach diesen Daten zu einem veritablen Erdrutsch gekommen, die Hälfte der Führungsschicht bestand nun aus Aufsteigern der Umbruchszeit. Vor 1988 bekleideten immerhin zwei Drittel dieser neuen Elitemitglieder schon "Pränomenklaturfunktionen" – Leitungsposten auf mittlerer und unterer Ebene –, die übrigen hatten in der Sowjetzeit keine relevanten Stellungen erreicht.[186] Hier hatte erkennbar ein Elitenwandel stattgefunden: die Auflösung der UdSSR und der Beginn der Wirtschaftsreformen in Rußland 1991 bis 1992 war nicht nur in politischer Hinsicht eine Wendemarke. Die Leitungsschicht der Reformära unterschied sich deutlich vom Führungskader der Gorbatschow-Jahre. Allerdings hatte sich nicht etwa eine Gegenelite durchgesetzt, vielmehr war eine Gruppe aufgestiegen, die bereits vorher im sowjetischen Apparat auf unterer und mittlerer Ebene vorgerückt war und in bescheidenem Maße Führungserfahrung gesammelt hatte. Es war also nicht zu einer Elitenablösung gekommen, sondern zu einer Beschleunigung des

---

185 Zum Untersuchungsansatz vgl. ebd. S. 19f.; Ergebnisse der Untersuchung wurden u.a. veröffentlicht: ebd., S. 18-24; dies.: Formirovanie pravjaščej ėlity v Rossii, in: Monitoring obščestvennogo mnenija: Ėkonomičeskie i social'nye peremeny, 1996, Nr. 1 (21), S. 32-38; vgl auch dies.: "Novaja" rossijskaja ėlita: starye igroki na novom pole?, in: Segodnja, 14.2.1996, S. 3; vgl. auch E. Hanley/N. Yershova/R. Anderson: Russia – Old Wine in a New Bottle?, in: Theory and Society. Renewal and Critique in Social Theory, 24. Jg., 1995, Nr. 5, S. 639-668, die ebenfalls auf die VCIOM-Daten zurückgreifen.

186 Vgl. Golovačev u.a., in: Monitoring obščestvennogo mnenija: Ėkonomičeskie i social'nye peremeny, 1996, Nr. 1 (21), S. 36.

traditionellen Aufstiegsvorgangs. Dieser Prozeß hatte sich aber nicht in allen Sphären in gleichem Maße und in der gleichen Art vollzogen. Die konservativste Entwicklung war in der staatlichen Wirtschaft zu beobachten: dort stammten noch 66% der Führungskader aus der Nomenklatur, ein weiteres Viertel waren Nachrücker aus der unteren und mittleren Führungsebene. Völlige Novizen machten gerade 8% aus. Genau umgekehrt war das Verhältnis in der Privatwirtschaft. Dort waren 42% der Führungsschicht aus der unteren und mittleren Führungsebene aufgestiegen, der Anteil der Neulinge betrug 20%, während Angehörige der *Nomenklatura* etwas mehr als ein Drittel der Geschäftselite stellten. Die Veränderungen in der kulturellen Sphäre waren deutlich, doch nicht ganz so radikal wie im Privatsektor, während die in der politischen Sphäre in der Nähe des Durchschnittswertes lagen. Diese Entwicklung folgte den realen Veränderungen. Während sich die Mehrheit der "roten Direktoren" in der Staatswirtschaft verbissen an den Resten der überkommenen Leitungsstrukturen festklammerte, nahmen unternehmende Aufsteiger die Chancen wahr, die sich im Übergang zum Markt im Privatsektor, in den Medien und im Kulturbereich boten. In der Politik spielten beide Elemente eine Rolle: die alten Apparate bestanden zum großen Teil weiter, zugleich entstanden mit Parteien und politischen Bewegungen und im Umfeld der Parlamente neue Strukturen, in denen sich auch *homines novi* durchsetzen konnten. Insofern entspricht das Ergebnis der VCIOM-Studie in der Tendenz durchaus den Annahmen, die man aus der bloßen Anschauung gewinnen kann.

Tabelle 12: Herkunft der "neuen" Elite 1993

Status 1988	*Status 1993*					
	Gesamte Elite	*Staats-elite (Politik)*	*Staats-wirt-schaft-selite*	*Ge-schäfts-elite (Privat-sektor)*	*Kultur-elite*	*N=*
Parteinomenklatur	7,1%	13,7%	5,2%	5,5%	2,2%	68
Staatsnomenklatur	8,1%	21,6%	3,4%	2,9%	3,6%	78
Staatswirtschaftsnomenklatur	29,7%	10,2%	58,0%	28,1%	9,4%	285
Kulturnomenklatur	6,1%	5,5%	0,0%	1,1%	29,7%	58
Insgesamt Nomenklatur	*51,0%*	*51,0%*	*66,6%*	*37,6%*	*44,9%*	*489*
Wirtschaftsmanager	20,9%	17,6%	20,3%	24,5%	21,0%	200
Andere Funktionäre	12,5%	11,8%	5,2%	17,5%	19,6%	120
Insgesamt Verwaltung	*33,4%*	*29,4%*	*25,5%*	*42,0%*	*40,6%*	*320*
Fachleute ("professionals")	8,4%	12,5%	3,1%	10,6%	7,2%	80
Andere Beschäftigung	4,3%	5,9%	2,7%	5,8%	1,4%	41
Ohne Beruf	2,9%	1,2%	2,1%	4,0%	5,8%	28
Insgesamt andere	*15,6%*	*19,6%*	*7,9%*	*20,4%*	*14,4%*	*149*
Zusammen	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	99,9%	958
N=	958	255	291	274	138	

Quelle: Hanley u.a., in: Theory and Society, 24. Jg., 1995, Nr. 5, S. 657; Golovačev u.a., in: Monitoring obščestvennogo mnenija: Ėkonomičeskie i social'nye peremeny, 1996, Nr. 1 (21), S. 37

Daß die beschleunigte Elitenzirkulation "sozialverträglich" abging, zeigen die Daten über den Verbleib der "alten" Elite. Die Führungsschicht von 1988 hatte in der überwiegenden Mehrheit ihre Positionen halten können. Über zwei Drittel der Nomenklaturmitglieder hatte ihre alte in eine neue Machtposition konvertieren können (Tabelle 13). Am besten schnitten die sowjetischen Wirtschaftskader ab, von denen 80% weiter Führungspositionen innehatten. Die Sinnstifter und Ideologieproduzenten der Sowjetära fuhren weniger gut. Von ihnen konnte kaum die Hälfte ihre bisherige Stellung nutzen, um sich neue Leitungsfunktionen zu verschaffen. Im politischen Bereich gelang es aber

zwei Dritteln der Führungsschicht, ihre Positionen trotz Übergang zum Markt und Einführung demokratischer Verfahrensweisen zu bewahren. All dies spricht – trotz der nachhaltigen Auffrischung der Führungsschicht – für eine große Kontinuität, die gewiß auch dafür verantwortlich war, daß der Machtwechsel in Rußland vergleichsweise unblutig verlief.

Tabelle 13: Verbleib der "alten" Eliten 1993

Status 1993	*Status 1988*					
	Ganze Nomen-klatura	*Partei nomen-klatura*	*Staats nomen-klatura*	*Wirt-schafts-nomen-klatura*	*Kultur-nomen-klatura*	*N=*
Parteielite	4,8%	13,7%	1,9%	1,7%	1,9%	41
Staatselite	22,4%	20,8%	36,2%	5,0%	4,7%	191
Staatswirtschaftselite	20,6%	17,0%	22,2%	61,7%	9,9%	176
Geschäftselite	5,0%	3,8%	7,6%	6,7%	1,4%	43
Kulturelite	11,4%	5,7%	3,8%	6,7%	31,6%	97
Insgesamt Elite	*64,2%*	*61,0%*	*71,7%*	*81,8%*	*49,5%*	*548*
Wirtschaftsmanager	10,2%	11,8%	7,8%	8,3%	13,2%	87
Andere Funktionäre	5,3%	5,2%	4,1%	5,0%	7,5%	45
Insgesamt Verwaltung	*15,5%*	*17,0%*	*11,9%*	*13,3%*	*20,7%*	*132*
Fachleute ("professionals")	8,1%	7,5%	3,2%	1,7%	18,9%	69
Andere Beschäftigung	2,6%	2,8%	2,7%	0,0%	2,8%	22
Ohne Beruf	9,7%	11,8%	10,5%	3,3%	8,0%	83
Insgesamt andere	*20,4%*	*22,1%*	*16,4%*	*5,0%*	*29,7%*	*174*
Zusammen	100,1%	100,1%	100,0%	100,1%	99,9%	854
N=	854	212	370	60	212	

Quelle: Hanley u.a., in: Theory and Society, 24. Jg., 1995, Nr. 5, S. 661; Golovačev u.a., in: Monitoring obščestvennogo mnenija: Ėkonomičeskie i social'nye peremeny, 1996, Nr. 1 (21), S. 37.

Für eine gewisse Kontinuität sprechen auch die Ähnlichkeiten, die man ausmacht, wenn man die Profile der "alten" und "neuen" Elite vergleicht (Tabelle 14). In beiden Elitenkohorten spielen Frauen praktisch keine

Rolle, die russische Führungsschicht besteht wie die sowjetische zu 90% aus Männern. Auch das Bildungsniveau der beiden Gruppen ist identisch – sie bestehen praktisch durchgehend aus Hochschulabsolventen. Das sowjetische Schichtungsmodell, in dem Bildung zwar nicht die entscheidende, aber doch eine wichtige Rolle spielte, wirkte offenbar auch nach 1991 weiter. Gewisse Grundzüge der Elitenrekrutierung haben sich also zunächst nicht verändert. Allerdings ist die russische Elite im Durchschnitt deutlich jünger als die sowjetische. Stellt man in Rechnung, daß zwischen den Stichjahren der Erhebung, 1988 und 1993, nur fünf Jahre vergangen sind, erscheint diese Verjüngung als Indiz für einen umfassenden Personalwechsel. Offensichtlich taten sich insbesondere ältere Angehörige der Nomenklatur mit der Adaption an die neuen Verhältnisse vergleichsweise schwer – und sie waren offenbar in der Mehrzahl auch nicht flexibel genug, ihre bisherige Machtstellung in eine neue Führungsposition zu konvertieren. Die Führungsschicht von 1993 ist daher deutlich jünger als die von 1988: über die Hälfte ihrer Angehörigen hat die Fünfzig noch nicht erreicht. Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal, das wohl auch mit dem niedrigen Durchschnittsalter der "neuen" Elite zu tun hat, ist der Anteil derjenigen, die nicht Mitglied der KPdSU waren bzw. nie ein Wahlamt in der Partei ausgeübt hatten. Ein Fünftel der Führungsschicht von 1993 hatte kein Parteibuch besessen, und ein großer Teil der Parteimitglieder hatte sich anscheinend weitgehend passiv verhalten. Hier sind Diskontinuitäten zu erkennen – die beiden Elitenkohorten weisen deutliche Unterschiede auf. Diese treten am schärfsten bei der Geschäftselite hervor, deren Angehörige deutlich jünger sind als der Durchschnitt der anderen Führungsgruppen und kaum politische Aktivitäten entwickelten. Insgesamt zeigt aber auch der Vergleich der Elitenprofile eine eigenartige Verbindung von Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Während einige traditionelle Grundmuster sowjetischer Elitenrekrutierung (das Übergewicht von Männern und die Bedeutung von Bildungsabschlüssen) erhalten bleiben, verlieren andere (Parteizugehörigkeit, gesellschaftliche Aktivität) ihre Bedeutung. Zugleich führte die Epochenwende mit ihrem

Zwang zur Adaption an die neuen Bedingungen eine beschleunigte Verjüngung herbei, die auch mit einem Einstellungswechsel einherging.

Tabelle 14: Charakter der "alten" (1988) und "neuen" (1993) Elite

Merkmal	*"Alte" Elite*					*"Neue" Elite*				
	Insgesamt	*Partei*	*Staatsver-waltung*	*Staats-wirtschaft*	*Kultur, Wissen-schaft*	*Insgesamt*	*Staatsver-waltung*	*Staats-wirtschaft*	*Privat-wirtschaft*	*Kultur, Wissen-schaft*
Geschlecht										
Männlich	95%	90%	98%	93%	94%	93%	95%	91%	93%	96%
Weiblich	6%	10%	3%	7%	6%	7%	7%	5%	7%	4%
Alter (Jahre)										
Bis 39	8%	13%	3%	10%	10%	19%	11%	20%	42%	4%
40 bis 49	26%	37%	23%	18%	21%	34%	39%	37%	36%	13%
50 bis 59	45%	36%	53%	61%	36%	35%	41%	38%	16%	34%
60 bis 69	19%	12%	21%	12%	24%	10%	9%	5%	7%	33%
70 und älter	3%	3%	0%	0%	9%	3%	0%	1%	0%	
Bildungsstand										
Grundschule	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	1%	0%
Oberschule	6%	7%	7%	3%	5%	5%	7%	4%	7%	3%
Hochschule	94%	93%	93%	97%	95%	94%	92%	96%	92%	97%

Merkmal	*"Alte" Elite*					*"Neue" Elite*				
	Insgesamt	*Partei*	*Staatsver-waltung*	*Staats-wirtschaft*	*Kultur, Wissen-schaft*	*Insgesamt*	*Staatsver-waltung*	*Staats-wirtschaft*	*Privat-wirtschaft*	*Kultur, Wissen-schaft*
Mitgliedschaft in der KPdSU										
Ja	97%	96%	99%	100%	94%	78%	84%	84%	53%	78%
Nein	3%	4%	1%	0%	7%	22%	16%	16%	47%	22%
Ausübung eines Wahlamtes in der Partei										
Ja	71%	67%	72%	67%	74%	47%	50%	47%	31%	58%
Nein	29%	33%	28%	33%	26%	53%	50%	53%	69%	42%

Quelle: Hanley u.a., in: Theory and Society, 24. Jg., 1995, Nr. 5, S. 654; Golovačev u.a., in: Monitoring obščestvennogo mnenija: Ėkonomičeskie i social'nye peremeny, 1996, Nr. 1 (21), S. 36.

Das wird deutlich, wenn man danach fragt, welche Faktoren die Respondenten für ihren Erfolg – ihre Mitgliedschaft in der Führungsschicht – verantwortlich machten (Tabelle 15). Erziehung und Bildung, die 1988 noch relativ hoch bewertet wurden, haben 1993 ihre Bedeutung verloren. Die Bereitschaft, ein Risiko einzugehen, die in der Sowjetära offensichtlich keine besondere Wertschätzung genoß, rangierte 1993 plötzlich ganz vorn. Die "neuen" Eliten, die lernen mußten, sich in einer Umbruchssituation durchzusetzen, legten hier deutlich andere Einstellungsmuster an den Tag als die Nomenklatur von 1988. Die russische Führungsschicht hatte zwischen 1988 und 1993 nicht nur andere Erfahrungen gemacht als die sowjetische vor 1988, ihre Mitglieder waren oft genug in Machtpositionen gekommen, weil sie sich intelligent an die neue Situation adaptiert hatten und politisch und wirtschaftlich Risiken eingegangen waren.

Tabelle 15: Subjektive Vorstellung über Erfolgsfaktoren bei "alten" und "neuen" Eliten

Nr.	*1988*	*1993*
1	Gute Bildung	Hart arbeiten
2	Hart arbeiten	Bereit sein, ein Risiko einzugehen
3	Die richtigen Leute kennen	Die richtigen Leute kennen
4	Eine gute Erziehung	Unterstützung durch Verwandte, Freunde, Gesinnungsgenossen
5	Unterstützung durch Verwandte, Freunde, Gesinnungsgenossen	Ehrlichkeit
6	Ehrlichkeit	Eine gute Erziehung
7	Bereit sein, ein Risiko einzugehen	Gute Bildung
8	Ergebenheit gegenüber der Obrigkeit	Reiche Eltern haben
9	Reiche Eltern haben	Ergebenheit gegenüber der Obrigkeit

Quelle: Golovačev u.a., in: Monitoring obščestvennogo mnenija: Ėkonomičeskie i social'nye peremeny, 1996, Nr. 1 (21), S. 34.

Das Bild, das die VCIOM-Untersuchung vermittelt, ist das einer beschleunigten Zirkulation von Elitegenerationen. Nach der Auflösung der UdSSR kann sich eine "neue" Führungsschicht durchsetzen, die

jünger und dynamischer ist als die Nomenklaturgeneration sowjetischer Prägung. Die "alte" Führungsschicht wird aber nicht durch eine Gegenelite ersetzt, vielmehr rücken Angehörige der unteren und mittleren Führungsebenen auf die oberste Ebene vor. Insofern gibt es trotz des Wechsels der Personen eine gewisse Kontinuität. Allerdings bewirken die Art des Aufstiegs und die Erfahrungen des Aufstiegsprozesses bei der Mehrheit der Eliteangehörigen einen Einstellungswandel. Das Profil der russischen Elite von 1993 unterscheidet sich – folgt man der VCIOM-Studie – trotz der Übernahme mancher Grundmuster sowjetischen Verhaltens deutlich von der sowjetischen *Nomenklatura* des Jahres 1988.

Die Elitestudien des Instituts für Soziologie: Ol'ga Kryštanovskaja und die Kontinuität der *Nomenklatura*

Eine zweite substantielle Studie über die neue russische Elite entstand im Institut für Soziologie der Akademie der Wissenschaften, die eine eigene – von Ol'ga Kryštanovskaja geleitete – Sektion für Elitenforschung unterhielt.[187] Zwischen 1989 und 1994 wurde dort eine Serie von Untersuchungen durchgeführt, in deren Rahmen 3.610 Biographien von Eliteangehörigen[188] ausgewertet wurden. Hauptquelle waren die

[187] Beyme 2001, S. 61: "Die solideste Datenbasis wurde von Olga Kryštanovskaja, der Sektionsleiterin für Elitenforschung im Institut für Soziologie der Akademie der Wissenschaften seit 1990, erstellt." Vgl. zu den Arbeiten im Institut für Soziologie auch Steiner, in: Best/Becker 1997, S. 118ff., und Gel'man/Tarusina, in: Communist and Post-Communist Studies, 33. Jg., 2001, S. 313, 319ff.

[188] Die Auswahl von Eliteangehörigen wurde auf Basis des Positionsansatzes vollzogen; vgl. O. Kryshtanovskaya [O.V. Kryštanovskaja]/S. White: From Soviet *Nomenklatura* to Russian Élite, in: Europe-Asia Studies, 48. Jg., 1996, Nr. 5, S. 711-733, hier S. 712: "By élite we understand the ruling group in a society, consisting of the people who take decisions of national significance. We define the élite, in this article, in largely positional terms: in other words, on the basis of their occupancy of posts that involve the taking of decisions of national importance, including the deputies of the Russian Federal Assembly that was elected in December 1993, the government, the Russian president and his closest associates." Von den 3.610 untersuchten Biographien bezogen sich 1.996 (55,3%) auf die Breschnew-Kohorte, 789 (21,9%) auf die Gorbatschow-Kohorte und 825 (22,9%) auf die Jelzin-Kohorte; eine Aufgliederung des Samples findet sich im Tabellenanhang; vgl. Tabelle 32:

offiziellen biographischen Nachschlagewerke. Diese Informationen wurden durch formalisierte Interviews, aber auch durch informelle Gespräche mit Elitemitgliedern und Experten sowie durch eine Presseanalyse ergänzt.[189] Auf dieser Grundlage hat Ol'ga Kryštanovskaja – z.T. in Zusammenarbeit mit Stephen White – Aussagen über die Elitenentwicklung in Rußland und der Sowjetunion gemacht. Wichtigstes Ergebnis dieser Arbeiten war die Feststellung, daß die "monolithische sowjetische Nomenklaturschicht" sich im Verlauf des Transformationsprozesses in zwei Großgruppen gespalten hatte, als ihre Angehörigen ihre Machtressourcen genutzt hatten, um sich auch unter den neuen Verhältnissen eine Führungsposition zu verschaffen, teils in der politischen, teils in der ökonomischen Sphäre. Daher bestand die "neue" Elite zum großen Teil aus Angehörigen der sowjetischen *Nomenklatura*. Diese personelle Kontinuität ging Hand in Hand mit einer rascheren Elitezirkulation.[190]

Elitestudie des Instituts für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften: Zusammensetzung der Grundgesamtheit, S. 435.

189 Zur Anlage der Studien vgl. Kryshtanovskaya/White, in: Europe-Asia Studies, 48. Jg., 1996, Nr. 5, S. 712f.; sowie S. White/O. Kryshtanovskaya [O.V. Kryštanovskaja]: Russia: Elite Continuity and Change, in: M. Dogan/J. Higley (Hrsg.): Elites, Crises, and the Origins of Regimes, Lanham 1998, S. 125-146, hier S. 143f.; dort sind auch Teilergebnisse publiziert; vgl. ferner: Kryštanovskaja, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1995, Nr. 1, S. 51-65; dies.: The New Russian Elite, in: Sociological Research, 34. Jg., 1995, Nr. 3, S. 22-31 [Übs. von: Novaja rossijskaja ėlita, in: Social'no-stratifikacionnye processy v sovremennom obščestve, tom 2, Moskva 1993, S. 182-194]; dies., in: Izvestija, 10.1.1996, S. 5; O. Kryshtanovskaia [O.V. Kryštanovskaja]: The New Russian Millionaires, in: Sociological Research, 34. Jg., 1995, Nr. 3, S. 32-36 [Novye rossijskie millionery. Istoki bogatstva, stil' žizni, političeskie vzgljady, in: Izvestija 7.9.1994, S. 9]; zu der Praxis der Befragungen vgl. S. White/O. Kryshtanovskaia [O.V. Kryštanovskaja]/I. Kukolev/E. Mawdsley/P. Saldin: Interviewing the Soviet Elite, in: The Russian Review, 55. Jg., 1996, S. 309-316.

190 Vgl. Kryshtanovskaya/White, in: Europe-Asia Studies, 48. Jg., 1996, Nr. 5, S. 722; Kryshtanovskaya, in: Sociological Research, 34. Jg., 1995, Nr. 3, S. 27; Kryštanovskaja, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1995, Nr. 1, S. 59; White/Kryshtanovskaya, in: Dogan/Higley 1998, S. 142.

In der Tat unterscheidet sich dieses Ergebnis in vielen Punkten nicht von der Elitestudie des VCIOM.[191] Betrachtet man die Elitenprofile, die Ol'ga Kryštanovskaja erstellt hat (Tabelle 16), so findet man den extrem niedrigen Frauenanteil in der Führungsschicht und die absolute Dominanz von Hochschulabsolventen wieder, beides typisch für die sowjetische Nomenklatur. Doch in einer Reihe von Aspekten unterscheidet sich die Jelzin-Kohorte signifikant von den Führungskadern der Breschnew- und der Gorbatschow-Ära: Zum einen ist sie – sieht man einmal von dem Sonderfall "Parlamentselite" ab – deutlich jünger, sie stammt im Gegensatz zu ihren Vorgängern in der überwiegenden Mehrheit aus der Stadt, und hat – anders als diese – in der Regel keine technische Ausbildung. Es waren also auch hier beim Fortwirken mancher sowjetischer Grundmuster deutliche strukturelle Diskontinuitäten auszumachen. Der Vergleich der Profile weist auf eine beschleunigte Elitenzirkulation hin, die zu einer Verjüngung der Führungsschicht führt. Auch eine Veränderung der Qualifikation ist erkennbar. Während der Anteil der Ingenieure und Techniker zurückgeht, steigt der von Juristen, Ökonomen und von Leuten mit Verwaltungserfahrung. Die Einführung demokratischer und rechtsstaatlicher Verfahrensweisen und der Übergang zur Marktverteilung stellt offenbar neue Anforderungen, die in der Formierung der "neuen" Elite ihren Ausdruck finden. Daß die "Geschäftselite", die Inhaber von Führungspositionen in der Privatwirtschaft, den höchsten Anteil an Nichtnomenklaturisten in ihren Reihen hat, die meisten Juristen und Ökonomen, und im Durchschnitt jünger ist als die anderen Segmente der Führungsschicht, erscheint plausibel und deckt sich mit den Angaben Golovačevs und seiner Koautoren.

[191] Vgl. oben S. 112ff.

Tabelle 16: Profile der Elitenkohorten von Breschnew bis Jelzin

	Höchste Führung	*Partei-elite*	*Parla-ments-elite*	*Regie-rung*	*Regional -elite*	*Geschäft s-elite*	*Insgesa mt*
Frauenanteil in Elite							
Breschnew-Kohorte	3,9%	4,3%	32,8%	0,0%	0,0%	---	8,2%
Gorbatschow-Kohorte	5,7%	8,4%	8,4%	k.A.	0,0%	---	5,6%
Jelzin-Kohorte	2,3%	8,6%	11,2%	2,9%	0,0%	0,0%	4,2%
Anteil der Personen mit Hochschulausbildung							
Breschnew-Kohorte	100,0%	92,6%	51,3%	100,0%	100,0%	---	88,8%
Gorbatschow-Kohorte	88,6%	74,4%	67,9%	k.A.	100,0%	---	84,1%
Jelzin-Kohorte	100,0%	100,0%	94,0%	100,0%	97,1%	93,0%	97,4%
Entwicklung des Durchschnittsalters der Elite (Jahre)							
Breschnew-Kohorte	61,8	59,1	41,9	61,0	59,0	---	56,6
Gorbatschow-Kohorte	54,0	54,9	44,0	56,2	52,0	---	52,2
Jelzin-Kohorte	53,1	k.A.	46,5	52,0	49,0	42,1	48,5
Leute vom Lande in der Elite							
Breschnew-Kohorte	57,7%	59,2%	k.A.	45,6%	66,7%	---	57,3%
Gorbatschow-Kohorte	48,6%	48,5%	55,7%	k.A.	65,6%	---	54,6%
Jelzin-Kohorte	12,5%	22,9%	k.A.	22,9%	33,8%	22,0%	22,8%
"Technokraten" in der Elite (Personen mit ingenieurtechnischer, agrarwissenschaftlicher oder militärtechnischer Ausbildung							
Breschnew-Kohorte	88,5%	72,3%	37,4%	80,7%	79,4%	---	71,7%
Gorbatschow-Kohorte	68,6%	51,5%	48,9%	k.A.	100,0%	---	67,3%
Jelzin-Kohorte	36,4%	42,9%	37,6%	51,4%	73,6%	41,0%	47,2%
Juristen und Ökonomen in der Elite							
Breschnew-Kohorte	11,5%	5,3%	3,2%	10,5%	6,3%	---	7,4%
Gorbatschow-Kohorte	11,4%	8,6%	12,0%	k.A.	3,1%	---	8,8%
Jelzin-Kohorte	22,7%	17,1%	26,4%	31,4%	11,8%	35,0%	24,1%
Rekrutierung der Elite aus der Sowjetadministration							
Breschnew-Kohorte	15,4%	16,7%	10,0%	8,8%	15,9%	---	13,5%
Gorbatschow-Kohorte	28,6%	15,6%	35,9%	k.A.	37,5%	---	27,2%
Jelzin-Kohorte	47,7%	k.A.	27,2%	20,0%	64,7%	k.A.	39,9%

Quelle: Kryštanovskaja, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1995, Nr. 1, S. 61, 62, 63, 64; Kryshtanovskaya/White, in: Europe-Asia-Studies, 48.1997, Nr. 5, S. 726; k.A. = keine Angabe; --- = Kategorie in dieser Phase nicht vorhanden.

In einem Punkt allerdings weichen die Ergebnisse, zu denen Ol'ga Kryštanovskja kommt, signifikant von denen der VCIOM-Studie ab. Der Anteil der ehemaligen Nomenklaturangehörigen liegt in der Erhebung des Instituts für Soziologie deutlich über den Werten des VCIOM. Während im Sample des VCIOM von 958 Respondenten 51% der "alten" sowjetischen Elite zuzurechnen sind, liegt dieser Anteil im Sample des Instituts für Soziologie (Jelzin-Elite N=825) bei 75% (Tabelle 17). Geht man von den Daten von Kryštanovskaja aus, so ist die personelle Kontinuität weit größer, als man aufgrund der VCIOM-Erhebung annehmen kann. Der beschleunigte Elitenwandel, den Golovačev und seine Mitautoren verzeichnen zu können glaubten, hat – folgt man den Erhebungen des Instituts für Soziologie – so nicht stattgefunden. Bestimmendes Moment der Entwicklung war danach vielmehr die Elitenkonversion. Die sowjetische Nomenklatur wäre also der eigentliche Akteur der Transformation gewesen.

Die gravierende Differenz zwischen den beiden Untersuchungen bedarf einer Erklärung. Angesichts der spärlichen Informationen über Erhebungsverfahren und Zusammensetzung des Samples ist dies jedoch nur unter Vorbehalt möglich. Eine Ursache für die signifikanten Unterschiede könnte in der Auswahl der Befragten liegen. Die VCIOM-Studie nimmt in ihr Sample Führungspersonal der Staatswirtschaft und des Kultursektors auf. In der Untersuchung des Instituts für Soziologie werden diese Gruppen nicht berücksichtigt, statt dessen werden die regionalen Spitzenpolitiker mit einbezogen. Inwiefern sich die Unterschiede in der Zusammenstellung der Samples letztlich auf das Ergebnis ausgewirkt haben, ist ohne Einblick in die Urdaten der Untersuchung kaum zu beurteilen. Das führt natürlich zu der Frage, welche der Studien eher als repräsentativ anzusehen ist. Doch auch dies läßt sich ohne die Offenlegung der Erhebungsverfahren, über die die vorliegenden Veröffentlichungen nur knapp Auskunft geben, nicht beantworten.

Tabelle 17: Rekrutierung der russischen Elite aus der sowjetischen *Nomenklatura*

Herkunft	*Umgebung des Präsidenten*	*Parteiführer*	*Regionale Elite*	*Regierung*	*Geschäfts-elite*	*Insgesamt*
Nicht aus der Nomenklatur	25,0%	42,9%	17,7%	25,7%	39,0%	30,1%
Parteinomenklatur	15,9%	37,1%	14,6%	0,0%	8,0%	16,4%
Komsomolnomenklatur	0,0%	2,9%	1,5%	0,0%	23,0%	6,2%
Sowjetnomenklatur	47,7%	14,3%	64,7%	20,0%	2,0%	27,6%
Wirtschaftsnomenklatur	6,8%	2,9%	0,0%	31,4%	23,0%	13,1%
Andere Nomenklatur	4,6%	5,7%	0,0%	22,9%	5,0%	7,7%
	100,0%	105,7%	98,5%	100,0%	100,0%	101,1%

Quelle: Errechnet nach Kryštanovskaja, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1995, Nr. 1, S. 65. In der Rubrik "Parteiführer" liegt offensichtlich ein Fehler vor, der sich in allen Publikationen dieser Studie wiederholt; vgl. Kryshtanovskaya/White, in: Europe-Asia Studies, 48. Jg., 1996, Nr. 5, S. 729; Kryštanovskaja, in: Izvestija, 10.1.1996, S. 5; White/Kryshtanovskaya, in: Dogan/Higley. 1998, S. 141. Steiners Annahme (in: Best/Becker 1997, S. 119), es handele sich um Mehrfachnennungen, erscheint nicht plausibel, da die Kontrollrechnung in den anderen Rubriken aufgeht. Bei den Abweichungen um 1-1,5% ("Regionalelite", "Insgesamt") handelt es sich vermutlich um Rundungsfehler, doch die Abweichung von 5,7% ist so nicht zu erklären.

Nichtsdestoweniger stehen sowohl russische als auch westliche Forscher den Thesen von Ol'ga Kryštanovskaja kritisch gegenüber. Igor' Bunin, ein namhafter Politikwissenschaftler und Direktor des "Zentrums für politische Technologie" (Centr političeskich technologij), das selbst Elitestudien durchführt, wies die These, daß die "alte" Nomenklatur die Schlüsselpositionen des heutigen Rußlands besetzt habe, entschieden zurück. "Unseres Erachtens", führte er aus, "entspricht die These von der

'Revanche der Nomenklatur' nicht der russischen Wirklichkeit."[192] Unter Verweis auf die VCIOM-Studie bestand er darauf, daß zwischen 1988 und 1993 ein Elitenwechsel stattgefunden habe. Die politische Elite der Jelzin-Ära stamme nur zum geringeren Teil aus der sowjetischen *Nomenklatura*. Vielmehr rekrutiere sie sich aus der *Intelligencija*, der Wissenschaft, den Lehrberufen und dem Journalismus.[193] Auch Gel'man und Tarusina wenden sich in ihrer Übersicht über Elitestudien in Rußland gegen das Modell einer "Elitenkonversion", das sie Ol'ga Kryštanovskaja zuschreiben. Es werde zwar von der Mehrheit der russischen Wissenschaftler akzeptiert, vereinfache aber zu stark und könne auch nicht erklären, warum der soziale Wandel so stattgefunden habe.[194] Der britische Sozialwissenschaftler James Hughes kritisiert seinerseits einen anderen Aspekt der Kryštanovskaja-Studie, nämlich die These von der Spaltung der *Nomenklatura* in eine politische und eine wirtschaftliche Elite. Dies, so Hughes, gehe darauf zurück, daß im Sample des Instituts für Soziologie regionale Eliten unterrepräsentiert seien, bei denen eine solche Zergliederung in zwei Elitengruppen keineswegs stattgefunden habe. Seine Aussage untermauert er mit einer eigenen Untersuchung, die 1.321 Angehörige regionaler Leitungsapparate erfaßte.[195] Allerdings trifft diese Kritik nicht nur die Erhebung des Instituts für Soziologie, sondern auch die Umfrage des VCIOM.

Elitenwechsel in den neunziger Jahren: David Lane und Cameron Ross

Scharfe Kritik an den Elitestudien von Ol'ga Kryštanovskaja üben auch David Lane und Cameron Ross, die ihre abweichende Position anhand einer eigenen Untersuchung belegen, die 470 Personen in politischen

---

192 I.M. Bunin: Biznes-Ėlita i rossijskoe obščestvo, in: Vlast', 1996, Nr. 9, S. 9-19, hier S. 9.

193 Ebd.

194 Gel'man/Tarusina, in: Communist and Post-Communist Studies, 33. Jg., 2001, S. 320f.

195 J. Hughes: Subnational Élites and Post-communist Transformation in Russia, in: Europe-Asia Studies, 49. Jg., 1997, Nr. 6, S. 1017-1036; die Kritik an Ol'ga Kryštanovskaja findet sich auf S. 1018f.

Führungspositionen im Zentrum und in den Regionen erfaßte.[196] Lane und Ross wandten sich entschieden gegen die These, es sei in Rußland zu einer Restitution der "alten" Elite gekommen. Dies sei nicht nur eine Unterbewertung der tatsächlichen Veränderungen, die bereits in der Sowjetunion selbst begonnen haben, sondern verschließe auch die Augen davor, daß im Verlauf der Transformation vermehrt Angehörige der *Intelligencija* in die herrschende Schicht aufgestiegen seien.[197] Kryštanovskajas Grundfehler sahen sie in einem falschen *Nomenklatura*-Konzept. Die Vorstellung, es habe in der Sowjetunion eine monolithische Führungsschicht gegeben, die mit der Personengruppe identisch sei, die Nomenklaturpositionen innegehabt hätte, weisen sie zurück.[198] Und hier muß man den beiden britischen Wissenschaftlern gewiß recht geben. Tatsächlich kommt man der Funktionsweise des politischen Systems der achtziger Jahre wohl näher, wenn man es als ein Netzwerk bürokratischer Eliten versteht, die jeweils eigene institutionelle Interessen verfolgten. Insofern gab es verschiedene Elitegruppen innerhalb der *Nomenklatura* – und nicht alle können der eigentlichen politischen Elite zugerechnet werden: "Thus not all the members of the 'nomenklatura' formed the political elite and there were different elites within the nomenklatura".[199]

---

[196] D. Lane/C. Ross: The Russian Political Elites, 1991-1995. Recruitment and Renewal, in: J. Higley/J. Pakulski/W. Wesolowski (Hrsg.): Postcommunist Elites and Democracy in Eastern Europe, Basingstoke 1998, S. 34-66; die Studie erfaßt 176 Personen, die zwischen dem 17.12.1993 und dem 12.12.1995 Führungspositionen in der Duma einnahmen (Vorsitzender, Stellvertreter, Fraktionsführer, Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Parlamentsausschüsse), 108 Regierungsmitglieder (Minister, Erste Stellvertretende Minister, Stellvertretende Minister, die am 1.1.1995 im Amt waren) und 195 regionale Spitzenpolitiker (Gouverneure und Präsidenten, Vorsitzende der regionalen Parlamente, Präsidentenvertreter); vgl. ebd. S. 35; diese Auswahl berücksichtigt im Gegensatz zu den Studien des VCIOM und des Instituts für Soziologie nicht die Präsidialverwaltung und das Führungspersonal in der Staats- und der Privatwirtschaft; vgl. zu dem gesamten Komplex auch: D. Lane/C. Ross: The Transition from Communism to Capitalism. Ruling Elites from Gorbachev to Yeltsin, New York: St. Martin's Press 1999.

[197] Ebd., S. 34.

[198] Ebd., S. 34f.; vgl. dazu auch oben, S. 107.

[199] Ebd., S. 35.

Allein das formale Kriterium der Ausübung einer Nomenklaturfunktion, so Lane und Ross, sage wenig über die Einstellung und die Sozialisation der "neuen" Eliten aus. Aus diesem Grund setzen sie sich in ihrer eigenen Untersuchung intensiver mit der "Beschäftigungsgeschichte" von Elitemitgliedern auseinander, indem sie nach der Dauer der Tätigkeit in zwei dominanten sowjetischen Bürokratien – dem Parteiapparat und dem Staatsapparat – fragen (Tabelle 18, Tabelle 19).

Tabelle 18: Russische politische Elite 1995: Dauer der Tätigkeit im Apparat der KPdSU

Gegenwärtige Position	*Sample N=*	*Hoch (>15 Jahre)*	*Mittel (5-15 Jahre)*	*Niedrig (0-5 Jahre)*	*Keine*	*Durchschnitt (Jahre)*	*ZK-Mitglieder*
Parlamentselite	176	6	20	13	137	8,69	11
Regierungselite	108	3	9	14	82	6,95	4
Regionale Elite	195	33	43	26	93	11,25	10
Zusammen	479	42	72	53	312		
in %							
Parlamentselite	176	3,41	11,36	7,39	77,84		6,25
Regierungselite	108	2,78	8,33	12,96	75,93		3,70
Regionale Elite	195	16,92	22,05	13,33	47,69		5,13
Zusammen	479	8,77	15,03	11,06	65,14		

Quelle: Lane /Ross, in: Higley/Pakulski/Wesolowski 1998, S. S. 37.

Tabelle 19: Russische politische Elite 1995: Dauer der Tätigkeit im sowjetischen Staatsapparat

Gegenwärtige Position	*Sample N=*	*Hoch (>15 Jahre)*	*Mittel (5-15 Jahre)*	*Niedrig (0-5 Jahre)*	*Keine*	*Durchschnitt (Jahre)*
Parlamentselite	176	5	13	16	142	8,50
Regierungselite	108	20	23	22	43	11,26
Regionale Elite	195	10	32	38	115	7,82
Zusammen	479	35	68	76	300	
in %						
Parlamentselite	176	2,84	7,39	9,09	80,68	
Regierungselite	108	18,52	21,30	20,37	39,81	
Regionale Elite	195	5,13	16,41	19,49	58,97	
Zusammen	479	7,31	14,20	15,87	62,63	

Quelle: Lane /Ross, in: Higley/Pakulski/Wesolowski 1998, S. S. 40.

Das untersuchte Segment der politischen Führungsschicht des Jahres 1995 hat nach diesen Angaben nur eine schwache Bindung an die sowjetischen Bürokratien. Die überwiegende Mehrheit der politisch maßgeblichen Dumaabgeordneten (77 bzw. 80%) hatte danach weder im Partei- noch im Sowjetapparat gearbeitet. Auch die Minister und ihre Stellvertreter hatten in der Masse keine Berührung mit dem Parteiapparat gehabt. Allerdings hatten etwa zwei Drittel von ihnen Erfahrungen im Staatsapparat gesammelt, 20% in der Perestrojkazeit und 40% auch über längere Zeiträume vor Beginn der Gorbatschow-Ära. Das Profil der regionalen Führungselite unterscheidet sich von den beiden anderen Gruppen insoweit, als ihre Mitglieder häufiger und länger im Parteiapparat tätig waren. Insgesamt vermitteln die Daten aber keineswegs den Eindruck, daß die russische politische Elite von 1995 gewissermaßen eine "restituierte Nomenklatura" darstellte. Im Gegenteil, die Auswertung der Angaben legt nahe, daß die Jelzin-Kohorte zum großen Teil aus Aufsteigern besteht, die mit der sowjetischen Führungselite nur wenig zu tun hatte. Lane und Ross kommen daher verständlicherweise zu dem Schluß, daß ein umfassender Elitenwechsel stattgefunden hat:

> "The political elite which came to power under Yeltsin in the Russian Republic was largely a new one. Some of its members held nomenklatura posts, but this tells little about the origin and previous position of the new incumbents. There were relatively few people from the Soviet political elite. Those who were in the Soviet bureaucratic stratum were mainly in middle ranking positions and originated in the government rather than the party executive. The overwhelming majority came from the intelligentsia, from those working in research, education, journalism, and a smaller group came from managers in industry and agriculture who had had relatively little, if any, activity in politics and who could not be said to have been part of the previous ruling elite. These conclusions refute the work of those who argue that the Soviet 'nomenklatura' has been replicated in the current Russian political elite; notably, Olga Khryshtanovskaia (1996: 5), who reported a continuity between the Soviet and Russian political elites."[200]

Das Profil der Inhaber von Führungspositionen: Eine vorläufige Bilanz

In den neunziger Jahren sind in Rußland mehrere empirische Studien durchgeführt worden, die Elitenbildung und Elitenwandel als Elemente des Transformationsprozesses zu fassen versuchten, und die bei der Identifizierung von Eliten meist den Positionsansatz zugrundelegten. Im Zentrum dieser Untersuchungen standen in der Regel zwei Fragen: Zum einen wollte man ermitteln, ob der Übergang von einem System zum anderen mit einem Elitenwechsel bzw. einer Elitenzirkulation verbunden war, zum anderen wollte man Aufschluß über Rekrutierung, Zusammensetzung, Qualifikation und Werthaltungen der "neuen" Führungsschichten gewinnen. Dabei sind durchaus interessante und plausible Befunde vorgelegt worden. So zeigen alle Studien übereinstimmend die Unterschiede zwischen einzelnen Elitengruppen. Durchgängig erscheinen die regionalen Führungsgruppen als konservativer, stärker der Vergangenheit verhaftet, während die "Geschäftselite", das Führungspersonal der Privatwirtschaft, den größten Anteil an Aufsteigern aufweist, an Personen, die ohne die Erblast

[200] Ebd., S. 53.

sowjetischer Apparaterfahrung in dem entstehenden Marktumfeld agieren. Die Ergebnisse der Untersuchungen stimmen auch darin überein, daß traditionelle Grundmuster der sowjetischen Elitenrekrutierung – die Bevorzugung von Männern und der Universitätsabschluß als Voraussetzung für die Übernahme einer Führungsfunktion – in Rußland fortbestanden. Insofern gab es im Prozeß des Elitenwandels sowohl Elemente der Kontinuität wie solche der Diskontinuität. Die Kernfrage aber, nämlich ob es sich bei der Jelzin-Elite um eine Führungsschicht handelte, die sich qualitativ von der sowjetischen Nomenklaturschicht unterscheidet, beantworten die beiden wichtigsten Untersuchungen diametral entgegengesetzt. Während die Analytiker des VCIOM – wie übrigens auch Lane und Ross – glaubten, einen Elitenwechsel beobachten zu können, wies die unter Leitung von Ol'ga Kryštanovskaja erarbeitete Studie in der Jelzin-Kohorte einen hohen Anteil an "alten" Eliten nach. Die Gründe für diese Diskrepanz, die weitreichende – auch politische – Implikationen hat, muß man wohl in den Analyseansätzen suchen. Jede der empirischen Studien entwickelte ein eigenes Sample, auch deshalb, weil die "Elite" bzw. die "politische Klasse" jeweils unterschiedlich definiert wurden. Für Lane und Ross zählten nur Regierung, Parlamentsführer und regionale Führungsgruppen. Ol'ga Kryštanovskaja bezog noch das Umfeld des Präsidenten und die Geschäftselite in die Untersuchung ein – Gruppen, die Lane und Ross außer acht ließen. Das VCIOM untersuchte zusätzlich Führungspersonal der staatlichen Unternehmen und der Kultursphäre, ignorierte aber die regionale Elite. Während Lane und Ross also ein enges Verständnis von "politischer Elite" zugrunde legen, orientiert sich Kryštanovskaja am aktuellen Geschehen der neunziger Jahre, bei dem die Jelzinsche Familie, "Oligarchen" und regionale Potentaten eine maßgebliche Rolle spielen. Das Konzept des VCIOM wiederum bezieht mit der "Kulturelite" ein sinnstiftendes Element ein, das das Konzept einer *Intelligencija* als Gegenelite anklingen läßt, und das in den anderen Untersuchungen fehlt. Kryštanovskajas Ansatz scheint noch am ehesten den Realitäten des politischen Prozesses zu entsprechen, doch ist ihre Ausgangsannahme, daß es in der Sowjetunion bis 1989 in Gestalt der *Nomenklatura* eine

homogene Elite gegeben habe, soweit von der Wirklichkeit entfernt, daß ihre These einer Elitenkontinuität über die Transformationsjahre hinweg mit großer Skepsis betrachtet werden muß. Viele Indizien sprechen dafür, daß die Segmentierung und Erneuerung der Eliten, die bereits in den achtziger Jahren in Gang gekommen war, durch die politische und ökonomische Wende entschieden beschleunigt worden ist, so daß die russische Elite der neunziger Jahre bei gewissen Kontinuitäten durchaus einen ihr eigentümlichen, neuen Charakter aufwies. Letztlich kann aber keine der angeführten Studien befriedigen. Angesichts der schwierigen Situation der Sozialwissenschaften in Rußland, angesichts der knappen Mittel und des politischen oder kommerziellen Interesses der Finanziers fehlten die Möglichkeiten, eine über lange Zeit angelegte Studie durchzuführen, die signifikante Teile der Eliten erfaßt hätte.[201]

2.3.3 Eliten in der russischen Politik: Versuche mit dem Reputationsansatz

Zweifellos bietet der Positionsansatz bei der Elitenanalyse Vorteile. Er erlaubt es, Eliteangehörige anhand einfacher Kriterien zu identifizieren, so daß man rasch die Ausgangsdaten für eine empirische Untersuchung zusammenstellen kann. Die Schwäche des Positionskonzepts liegt aber darin, daß dabei unterstellt wird, die formale Position in einer Institution sage etwas über den politischen Einfluß aus. Damit wird implizit eine Annahme über die Funktionsweise des politischen und des Gesellschaftsmodells getroffen, die möglicherweise unzutreffend ist. Daß *a priori* entwickelte Vorstellungen über die Machtverteilung in einem politischen System die Fokussierung und letztlich auch das Ergebnis einer Studie beeinflussen können, ist nicht auszuschließen. Die Situation in Rußland ist aber im Fluß, das politische System ist im Wandel, Kräfteverhältnisse verschieben sich. Und gerade für eine Gesellschaft im

---

[201] Vladimir Gel'man und Innessa Tarusina urteilen eingedenk der vielen Schwierigkeiten sehr scharf: "Owing to these problems, the academic value of empirical studies can be questioned." Gel'man/Tarusina, in: Communist and Post-Communist Studies, 33. Jg., 2001, S. 320

Umbruch, wie sie die russische in den neunziger Jahren war, ist eine Aussage über das gültige System der Machtverteilung nur schwer möglich.

Insofern stellt sich die Frage, ob es Wege gibt, die Rolle einzelner Elitegruppen auf andere Weise zu bestimmen und so eine Vorstellung von der Zusammensetzung und der Binnenstruktur der russischen Machtelite zu erhalten. Eine Option zur Identifizierung der maßgeblichen Elitegruppen bieten zweifellos Befragungen, die dem Reputationsansatz folgen. Beyme hat zwar durchaus zu Recht auf die Probleme hingewiesen, die mit diesem Verfahren verbunden sind,[202] doch die Widersprüche zwischen den Untersuchungen, die den Positionsansatz nutzen, lassen es dennoch sinnvoll erscheinen, den Aussagewert anderer Untersuchungsansätze zu prüfen.

Für eine Reputationsstudie bietet die russische Presse eine Vielfalt von Material. Ranglisten aller Art werden regelmäßig veröffentlicht, gleichgültig ob es nun Politiker, Unternehmer, Lobbyisten, Banken, Großunternehmen, Millionäre oder Politikberater sind, die in einem solchen Ranking erfaßt werden. Bei der Erstellung spielen in der Regel außerwissenschaftliche Interessen eine Rolle – schon allein deshalb, weil die Mehrheit der Politikberatungsinstitute, die die entsprechenden Erhebungen durchführen, auf kommerzieller Basis arbeitet, und viele von ihnen im Dienst einer oder mehrerer politischer Gruppierungen stehen. Dennoch lassen sich solche Untersuchungen verwerten, sofern präzise Informationen über ihre Entstehung vorliegen. Erstellt werden sie häufig von angesehenen Analysezentren, und namhafte russische Politikwissenschaftler verwenden sie in ihren Untersuchungen. So hat z.B. Andrej Rjabov vom Moskauer Center Carnegie im Frühjahr 2001 seinem Artikel über den politischen Prozeß in der Putin-Ära ein Ranking zugrundegelegt, das durch eine Expertenumfrage des Zentrums "Politservis" bei der Russischen Assoziation für Politische Wissenschaften erstellt worden ist. Rjabov versuchte, den Kreis der

[202] Beyme 2001, S. 64.

eigentlichen Entscheidungsträger in der Putin-Administration zu bestimmen, und kam auf der Basis dieses Politiker-Ratings zu dem Schluß, daß auch unter Putin die Jelzin-Kohorte noch die Schlüsselpositionen besetzt hielt.[203]

Von besonderer Bedeutung ist die Liste der "100 wichtigsten Politiker", die das von dem Soziologen Boris Grušin geleitete Meinungsforschungsinstitut *Vox Populi* seit 1993 ermittelt und bis zum Frühsommer 2001 allmonatlich in der Tageszeitung *Nezavisimaja gazeta* veröffentlicht hat.[204] Dieses Ranking ist deshalb von Interesse, weil dabei die Zusammensetzung der politischen Führungsspitze Rußlands mit einem Verfahren ermittelt wird, das sich über einen Zeitraum von mehr als sieben Jahren nur in Nuancen verändert hat. Damit liegt ein Datenbestand vor, mit dessen Hilfe auf dem Wege der Reputationsanalyse die Entwicklung des Kerns der russischen Machtelite zwischen 1993 und 2001 verfolgt werden kann.

Eine erste Auszählung dieser Daten zeigt vor allem die Instabilität der Führungsschichten. Vergleicht man die einzelnen Politikerlisten, so stellt sich heraus, daß von den 100 Personen, denen man im April 1993 den größten politischen Einfluß zuschrieb, im Dezember 1999 gerade noch 16 übrig geblieben sind. Nimmt man die Liste vom Januar 1997 als Ausgangsbasis, so konnten sich immerhin 39 der benannten Politiker bis Ende 1999 in Spitzenpositionen halten.[205] Das bedeutet, daß in den

---

[203] Vgl. sein Artikel in "Segodnja": A. Rjabov: Kto na noven'kogo? "El'cinskaja" ėlita prodolžaet uderživat' veduščie pozicii vo vlastnych strukturach, in: Segodnja, 20.3.2001 <www.segodnya.ru/w3s.nsf/Archive/2001_60_polit_text_ryabov.html>; die Rangliste selbst findet sich im Tabellenanhang, Tabelle 38: Die einflußreichsten Politiker in Rußland im März 2001, S..451; die Auswertung der Erhebungen von *Vox Populi* ergibt allerdings ein Bild, das Rjabovs Schlußfolgerung teilweise widerspricht, vgl. unten Fußnote 206.

[204] Gel'man/Tarusina, in: Communist and Post-Communist Studies, 33. Jg., 2001, S. 313f.; zum Verfahren bei der Erstellung dieses Rankings und zu seiner Bewertung vgl. die Ausführungen in Kapitel 6.1.

[205] Ermittelt aus den Politiker-Ratings der Nezavisimaja gazeta; zu Quellen und Verfahren vgl. die Ausführungen in Kapitel 6.1.

sieben Jahren nach dem Verfassungskonflikt von 1993 über 80%, und seit Beginn des Jahres 1997 60% des engeren Führungskreises ausgetauscht worden sind.[206] Wenigstens in dem engen Kreis, der von diesem Ranking erfaßt wird, hat es also noch in den neunziger Jahren einen raschen Wechsel gegeben.

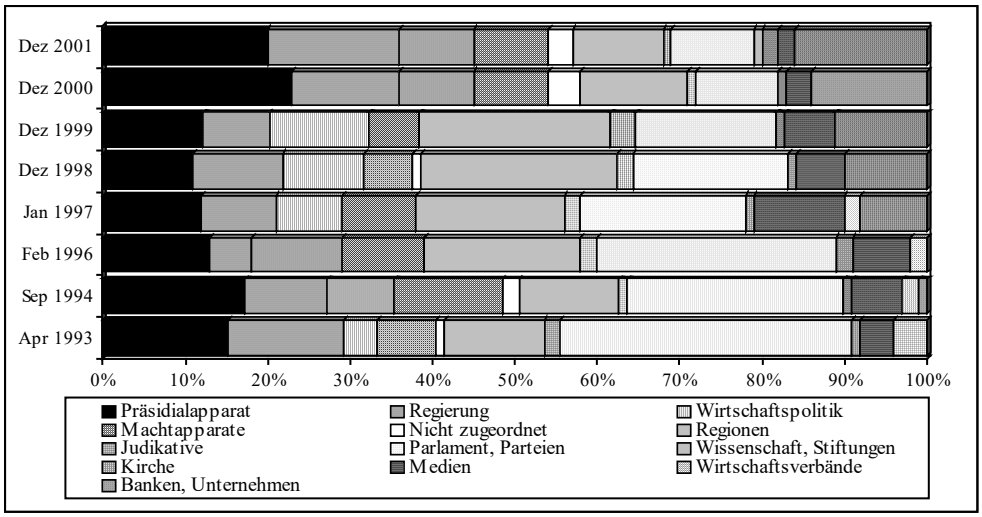
Angesichts des Schwankens der Wirtschaftsreformpolitik und der wiederholten Modifikation des politischen Systems seit 1992 ist es allerdings nicht einfach, die Dynamik politischer und gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu fassen. Machtapparate, Regionen, Wirtschaftsgruppen, politische Organisationen, Sinnstiftungsinstitute und Einzelpersonen wirken auf den politischen Prozeß ein und beeinflussen ihn mit wechselndem Erfolg. Gruppiert man die von *Vox Populi* aufgeführten Politiker nach ihren Machtquellen und ihrem Tätigkeitsbereich und verfolgt die Veränderungen über einen längeren Zeitraum, so erhält man eine Vorstellung von den Kräfteverschiebungen, die im Lauf der neunziger Jahre in Rußland stattgefunden haben, wie Abbildung 2 illustriert.[207]

---

[206] Dieser Befund widerspricht teilweise der Schlußfolgerung von Rjabov; vgl. oben Fußnote 203.

[207] Michail Petračev hat bereits 1996 die Daten in ähnlicher Weise genutzt, allerdings nur für die Monate September, Oktober und November des Jahres 1996; vgl. M. Petračev: Formula političeskogo uspecha, in: Nezavisimaja Gazeta, 7.12.1996, S. 2; seine Tabelle findet sich im Anhang 6.2, Tabelle 34: Einfluß von Elitegruppen September-November 1996 ("Positionsstruktur des Ratings *Nezavisimaja gazeta* – Vox Populi '100 führende Politiker Rußlands im November'"), S. 439.

Abbildung 3: Perzeption der Bedeutung von Elitegruppen in Rußland (April 1993 – Dezember 2001)



Quelle: Zu den benutzten Quellen und zum Verfahren der Auswertung vgl. Kapitel 6.1. Die Graphik demonstriert die Entwicklung anhand ausgewählter Monatsratings. Die vollständigen Angaben finden sich im Anhang, 6.2 Tabellen, Tabelle 33: Perzeption der Bedeutung von Elitegruppen in Rußland 1993-1999.

Eine Auswertung der Graphik erlaubt tentative Aussagen über Entwicklungstrends der Elitestrukturen in Rußland. Danach illustrieren die Verschiebungen innerhalb des Ratings nicht nur den fortgesetzten Elitenwandel, sie deuten auch darauf hin, daß sich die Kräfteverhältnisse innerhalb des politischen Systems in Rußland seit 1993 ständig ändern. Die Instabilität der Führungsgruppen zeigt sich nicht nur an ihrer fortgesetzten Erneuerung, sondern auch an den strukturellen Verschiebungen. So ändert sich das Verhältnis zwischen den Elitesegmenten. Die Legislative verliert an Boden gegenüber der Exekutive, und innerhalb der Exekutive verschiebt sich das Gewicht zwischen Peripherie und Zentrum. Seit Anfang 1997 dringen dann Vertreter von Finanzgruppen in den engeren Führungskreis ein. Mit dem Machtantritt Putins nimmt schließlich die Bedeutung der föderalen

Exekutive erkennbar zu. Ganz offensichtlich wandelt sich die Wahrnehmung der Funktionsweise des politischen Systems von Jahr zu Jahr. Doch die Perzeptionen der russischen Beobachter – denn Perzeptionen, nicht die faktischen Machtverhältnisse schlagen sich in den Ratings nieder – lassen sich plausibel in den Zusammenhang tatsächlicher Entwicklungen einordnen:

- Im Jahre 1993 war die Situation von der Konfrontation zwischen Präsident und Oberstem Sowjet bestimmt. Die Regionen waren nicht ohne Bedeutung, doch besaßen sie vor dem Hintergrund der scharfen Auseinandersetzung zwischen Legislative und Exekutive nur begrenztes Gewicht. Die Medien sind politisch noch nicht hervorgetreten. Innerhalb der Exekutive dominieren die Umgebung des Präsidenten und die Regierungsmitglieder, nur wenige Wirtschaftsfachleute haben ein politisches Profil gewonnen.
- Die gewaltsame Auflösung des Obersten Sowjet im Oktober 1993, das Verfassungsreferendum und die Dumawahlen im Dezember 1993 schaffen eine neue Situation. Die Staatsduma – das neue Parlament – hat in den Augen der Beobachter erheblich geringeres politisches Gewicht als das Vorgängergremium. Der Einfluß der Regionen auf die Politik des Zentrums nimmt in dieser Phase noch nicht zu, der Einfluß von Medienvertretern scheint etwas zu steigen. Ins Auge fällt aber die Zunahme von Vertretern der Machtapparate in der Gruppe der für einflußreich gehaltenen Akteure. Dies erklärt sich einerseits aus der Vermehrung der mit innerer und äußerer Sicherheit befaßten Institutionen erklärt, andererseits daraus, daß nun eine Reihe hoher Militärs und Geheimdienstler in das Blickfeld der Öffentlichkeit rücken. Darüber hinaus wirkt sich aus, daß im Umfeld des Präsidenten eigene Machtstrukturen geschaffen worden sind, deren Leiter – Koržakov und Barsukov – politisch Einfluß gewinnen. Insgesamt ist die Situation nach der Einführung der Verfassung von 1993 durch ein Übergewicht des Präsidenten und der mit ihm verbundenen Exekutivorgane gekennzeichnet.

- Im Februar 1996 – nach den Dumawahlen vom Dezember 1995 und im Vorfeld der Präsidentenwahlen im Juni – sind leichte Veränderungen erkennbar. Nach wie vor dominiert die Exekutive, doch Regionalvertreter haben an Boden gewonnen, und im Umfeld des Präsidenten steigt der Einfluß der Wirtschaftspolitiker. Strukturell läßt sich ersteres durch die Regionalwahlen erklären, die den regionalen Machthabern nun Legitimität und damit stärkere Unabhängigkeit verleihen, während die zweite Entwicklung dem allgemeinen Bedeutungszuwachs von Wirtschaftspolitik geschuldet ist. In dieser Phase übernimmt Tschubajs an Stelle von Soskovec die Leitung des Jelzinschen Wahlkampfteams und organisiert die Unterstützung des amtierenden Präsidenten durch eine Allianz von Finanz- und Wirtschaftsgruppen. Dies führt letzlich zur Schwächung der konservativen Gruppe um Soskovec und Koržakov und leitet deren Entmachtung ein.
- Die neuen Kräfteverhältnisse werden 1997 und 1998 auch in den Einschätzungen der Experten sichtbar: Parlaments- und Parteienvertreter verlieren zunehmend an Einfluß, Unternehmer – insbesondere die Führungsfiguren der großen Finanzgruppen – und die mit ihnen verbundenen Medien gewinnen an Bedeutung. Gemeinsam mit der Exekutive im Zentrum und den Regionalvertretern dominieren sie in der Sicht der Analytiker das politische Spiel der auf der Verfassung von 1993 gegründeten, zweiten russischen Republik.[208]

---

[208] Eine gewisse Bestätigung erfahren diese Beobachtungen durch die Entwicklung des "Rats für Außen- und Verteidigungspolitik", einer nichtstaatlichen Organisation. Dort erkennt man eine ähnliche Tendenz; dieses Gremium, das versucht, auf die russische Außenpolitik einzuwirken und daher Mitglieder kooptiert, von denen sich die Organisatoren – Wissenschaftler aus Instituten und Stiftungen – politisches Gewicht versprechen, hat den Anteil von Unternehmensvertretern deutlich verstärkt, während Parteipolitiker offensichtlich weniger attraktiv sind. Daß hier Repräsentanten der Regionalpolitik keine Rolle spielen, erklärt sich aus der inhaltlichen Ausrichtung auf Außen- und Sicherheitspolitik, die in einem traditionellen Verständnis als Sache der Moskauer Zentrale gesehen wird.; vgl. H.H. Schröder: Jelzin und die "Oligarchen". Materialien zum Bericht des BIOst 40-1998,

- Das Ende der Ära Jelzin und der Amtsantritt Putins schlagen sich in der Rangliste deutlich nieder. Das energische Vorgehen der Putin-Administration, die die Duma in souveräner Weise der eigenen Politik dienstbar macht und den politischen Einfluß der Regionen beschneidet, führt dazu, daß Präsidialadministration und Regierung als dominierende politische Kräfte wahrgenommen werden. Die Position Jelzins war nach 1993 nie so stark wie die Putins in den ersten beiden Amtsjahren. Bemerkenswert ist es, daß der Einfluß der Finanz- und Wirtschaftskreise nicht in gleicher Weise zurückgeht, wie der von Regionen und Parlament. Ausgehend von der Perzeption der Experten könnte man das System Putin geradezu als eine – konfliktgeladene – Allianz von zentraler Exekutive und Hochfinanz bezeichnen.

Gewiß bestätigt die Auswertung der Ratings, die das Meinungsforschungsinstitut *Vox Populi* im Auftrag der *Nezavisimaja gazeta* erstellt, die politischen Trends, die man aus der Beobachtung des Tagesgeschehens ablesen kann. Es wäre allerdings ein Mißverständnis, wenn man die Verteilung der Politiker auf Elitegruppen als direkten Ausdruck politischer und gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse verstehen würde. Der politische Einfluß etwa der Wirtschaftsführer entspricht nicht linear ihrem prozentualen Anteil unter den "100 wichtigsten Politikern". Daß sie in der Rangliste auftauchen, zeigt zunächst nur, daß sie eine Reputation als politische Akteure genießen. Aufgabe weiterer Untersuchungen wäre es, festzustellen, auf welche Weise und mit welchen Mitteln sie politisch agieren und wieweit sie damit Erfolg haben. Die Auswertung der Rankings gibt zunächst lediglich Wahrnehmungen einer Gruppe von Moskauer Beobachtern wieder, die als Berater und Journalisten teilweise selbst in das politische Tagesgeschäft involviert sind. Die Auswahl der Expertengruppe beeinflußt das Ergebnis ganz erheblich. Das zeigt etwa die Liste, die die Gruppe um Kinsburskij, die sich 1999 von *Vox Populi* getrennt hatte, im Juni für die *Nezavisimaja*

Sonderveröffentlichungen des BIOst, Köln 1998, S. 44, Tabelle 10: Das Gewicht von Elitegruppen im "Rat für Außen- und Verteidigungspolitik" 1993 und 1997.

gazeta zusammenstellte. Kinsburskij befragte 120 Experten aus 12 Regionen – nicht wie *Vox Populi* etwa 50, die vorwiegend aus Moskau kamen – und legte ein Ergebnis vor, in dem regionale Politiker erheblich stärker repräsentiert waren als in der *Vox Populi*-Liste.[209] Die Perzeption der regionalen Beobachter unterschied sich deutlich von der der Moskauer Experten. Im übrigen sollte auch nicht außer acht gelassen werden, daß die Zeitung, in der die Rangliste bis 2001 veröffentlicht wurde, selbst gern Partei nimmt und im innenpolitischen Kampf in den letzten Jahren häufig die Linie ihres Geldgebers Boris Beresowskij vertreten hat.

Eine weitere Schwäche der Erhebung ist die Beschränkung auf die willkürlich gewählte Zahl von einhundert Politikern. In Jelzins und Putins Rußland gibt es allein 89 regionale Machthaber – Gouverneure oder Republikspräsidenten –, 450 Dumaabgeordnete, an die 100 Minister und Stellvertretende Minister, gewiß mehr als hundert Wirtschaftsmanager, die an der Spitze von Großunternehmen und Banken stehen, die Verbandschefs, die einflußreichen Journalisten, Richter und die hohen Beamten nicht gezählt. Die Liste der 100 wichtigsten Politiker stellt also allenfalls eine Auswahl der Machtelite dar.

Immerhin erlauben es die Daten, in drei Bereichen Trendaussagen zu treffen, die dann allerdings durch andere Untersuchungen überprüft werden müssen: Erstens veranschaulichen die Veränderungen in den Ranglisten den Wandel von Wahrnehmungen. Indirekt lassen sie Rückschlüsse auf den Wandel von Kräfteverhältnissen zu, sie sind gewissermaßen ein Reflex von Machtverschiebungen. Wieweit die Perzeptionen der Beobachter wirkliche Entwicklungen wiedergeben, bedarf jeweils der Überprüfung. Zum zweiten erlaubt selbst das kleine Sample der Erhebung Annahmen über die Elitenformation. Der Machtelite sind danach nicht nur die Inhaber von Ämtern in der föderalen

---

[209] Vgl. A. Kinsburskij/A. Semčenko: 100 veduščich politikov Rossii v ijune, in: Nezavisimaja gazeta, 10.7. 2001; vgl. dazu auch die Ausführungen im Anhang, Kapitel 6.1.

und der regionalen Exekutive sowie der Legislative zuzurechnen. Auch Medienvertreter, Wirtschaftsführer, leitende Justizbeamte und Kirchenvertreter müssen berücksichtigt werden. Dies sagt nicht nur etwas über die Funktionsweise des politischen Systems aus, in dem offenbar verschiedene konkurrierende Kräfte eine Rolle spielen, es gibt auch Fingerzeige, welche Gruppen man in eine Untersuchung einbeziehen muß, die dem Positionsansatz folgt. Der Ausschnitt etwa, den Lane und Ross gewählt haben,[210] erfaßt nicht das gesamte relevante Spektrum der russischen Machtelite. Mehr noch, die Daten zeigen die Verschiebungen innerhalb der Elitenformation, den Bedeutungsrückgang bzw. den Bedeutungsgewinn von Elitensegmenten. In einer Phase raschen sozialen Wandels kann man nicht davon ausgehen, daß eine stabile Führungsschicht besteht, die den Transformationsprozeß lenkt. Vielmehr bildet sie sich im Prozeß – auf den sie einwirkt – erst heraus und verändert im Laufe der neunziger Jahre immer wieder ihr Profil. Die Erhebungen von *Vox Populi* geben Hinweise auf solche Veränderungen der Elitenstruktur.

Trotz aller Vorbehalte kann man also doch den Versuch unternehmen, anhand der Daten der Expertenbefragung Hypothesen über die Entwicklung des politischen und gesellschaftlichen Systems in Rußland zu formulieren:

- Die politische Ordnung befindet sich im fortgesetzten Wandel. Gewiß stellt die gewaltsame Auflösung des Obersten Sowjet im Oktober 1993 und die Verabschiedung der neuen Verfassung im Dezember desselben Jahres einen Einschnitt dar, doch die Veränderungen der Folgejahre sind nicht weniger gravierend. Die Verschiebungen zwischen den gesellschaftlichen Kräftegruppen geben dem System von 1993, für das durch die Verfassung nur ein Rahmen gesetzt wurde, erst sein eigentliches Profil. Die Entfaltung marktwirtschaftlicher Strukturen durch die Voucher- und Post-Voucher-Privatisierung konstituiert Gesellschaft neu und formt das

[210] Lane/Ross, in: Higley/Pakulski/Wesolowski 1998, S. 34-66.

Fundament eines politischen Systems. Dessen Konsolidierung ist auch nach der Amtsübernahme Putins nicht abgeschlossen.

- Im politischen Prozeß hat die Exekutive – Regierung und Präsidialapparat – beherrschenden Einfluß. Parlament und Parteien spielen eine untergeordnete Rolle. Die Konsolidierung demokratischer Institutionen – die Zunahme von Legitimität und gesellschaftlicher Akzeptanz des neuen Systems –, die die Transitionsforschung als Bestandteil des Demokratisierungsprozesses begreift, scheint sich zu verzögern. Das läßt sich aus den Bestimmungen der Verfassung von 1993 erklären, doch kann man auch die These aufstellen, daß die russische Gesellschaft bisher einfach keine Strukturen herausgebildet hat, die Rückhalt für eine Parlamentarisierung bilden und einen wirklichen Demokratisierungsprozeß tragen könnten.
- Die Regionen und ihre politischen Repräsentanten bilden einen Faktor von wachsendem Gewicht. Wieweit dies ein Element von Demokratisierung darstellt, ist abhängig vom Charakter des politischen Prozesses in den 89 Föderationssubjekten. Zweifellos sind aber die Regionen und ihr Verhältnis zum Zentrum ein wichtiges Element bei der Fortentwicklung des politischen Systems der zweiten russischen Republik. Ihr Bedeutungsrückgang unter Putin verweist auf eine qualitative Veränderung im politischen Prozeß.
- Ein besonderes Element stellt der beobachtete Gewichtszuwachs von Wirtschaftsvertretern dar. Anfang 1998 werden zehn führende Repräsentanten von Holdings und Bankengruppen unmittelbar zur engeren politischen Elite gerechnet. Diese Gruppe kann – wenngleich in veränderter Zusammensetzung – ihr Gewicht auch nach der Finanzkrise von 1998 halten. Offensichtlich ist im politischen System des neuen Rußland Wirtschaftsmacht auch politische Macht – oder zumindest eng mit ihr verknüpft. Es ist bemerkenswert, daß der Anteil der Wirtschaftsvertreter in der Rangliste auch in der Ära Putin nicht zurückgeht.

Die Auswertung der Ratings der *Nezavisimaja gazeta* gibt also eine Vorstellung von den Besonderheiten der politischen und ökonomischen Entwicklung, die Rußland seit Ende 1993 durchmacht. Ein wichtiger Aspekt ist dabei das Erstarken von Wirtschaftsgruppen, die seit Mitte der neunziger Jahre in der Lage sind, auf Politik einzuwirken.

2.3.4 Fazit

Auch die Sichtung des Materials, das für Reputationsstudien zur Verfügung steht, kann die Kritik von Gel'man und Tarusina letztlich nicht gänzlich widerlegen:[211] Keine der existierenden empirischen Elitestudien kann in Umfang und Methode wirklich befriedigen. Eine Untersuchung, die breit genug angelegt ist, daß sie die gesamte Machtelite erfaßt, und die schwierige Aufgabe löst, die sowjetische bzw. die russische Elitenformation in ihren verschiedenen Entwicklungsphasen von Gorbatschow bis Putin begrifflich zu fassen, steht immer noch aus. Dennoch vermitteln die vorhandenen Analysen zusammengenommen – bei allen eingestandenen Schwächen – ein anschauliches Bild von der heterogenen und im raschen Wandel begriffenen Führungsschicht des neuen Rußland. Der Übergang zur Marktverteilung und die Ablösung des politischen Monopols der KPdSU hat Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre einen Prozeß des Elitenwechsels in Gang gebracht, der bis in die Amtszeit Putins fortwirkte. In den ersten Jahren stiegen zahlreiche Personen aus den unteren und mittleren Rängen der sowjetischen Bürokratie in Führungspositionen auf, daneben auch solche, die in der Sowjetära eher im Abseits gestanden hatten. Die wiederholten Personalwechsel im Umfeld des Präsidenten und die instabile Situation vieler Banken und Betriebe führten dazu, daß sich die Machtelite auf der föderalen Ebene über lange Zeit nicht konsolidierte, sondern sich immer wieder neu formierte. Eine hohe Auf- und Abstiegsmobilität war ein Charakteristikum der Elitenformation der neunziger Jahre. Eine zweite Eigentümlichkeit war die Heterogenität der Elite. Die "neue" russische

---

[211] Gel'man/Tarusina, in: Communist and Post-Communist Studies, 33. Jg., 2001, S. 320; vgl. oben Fußnote 201.

Führungsschicht rekrutierte sich nicht nur aus ganz unterschiedlichen sozialen Gruppierungen, sie bestand auch aus verschiedenen Teileliten, die in unterschiedlichen Bereichen von Staat und Gesellschaft tätig waren und sich im Profil deutlich unterschieden. Neben den politischen Entscheidungsträgern auf föderaler Ebene – also im Zentrum Moskau – hatte sich eine regionale Elite herausgebildet, die der sowjetischen Vergangenheit sehr viel stärker verhaftet war als die föderale Politik. Die Geschäftselite, deren Spitzen auch eine eminent politische Rolle spielten, rekrutierte sich zu einem ganz beträchtlichen Anteil aus *homines novi*, aus Aufsteigern, die oft genug der Karikatur des "neuen Russen" – des Typus eines neureichen, ungebildeten Raffkes – entsprachen.

Dieses Elitenporträt, das man aus der Zusammenschau der verschiedenen Studien gewinnt, ist gewiß nur ein erster Entwurf, der noch vieles ungeklärt läßt. Weitere Untersuchungen müssen darüber Auskunft geben, wie sich die Inhaber von Führungspositionen verhalten, inwieweit sie gemeinsam handeln, gewissermaßen als kollektiver Akteur auftreten, wie die verschiedenen Teileliten interagieren, welche Rolle die einzelnen Elitensegmente im politischen Prozeß der neunziger Jahre spielen. Solche Fragen sind auf der Basis quantitativer empirischer Studien nur bedingt zu beantworten. Sie müssen durch Studien über das Verhalten einzelner Akteursgruppen ergänzt werden, die deren Verhalten, die Interessen, die sie verfolgen, und ihre Binnenstruktur näher untersuchen. Für ein Elitensegment – die russischen Wirtschaftseliten – soll dies im folgenden versucht werden. Diese Gruppe stellt nicht nur in ihrer Zusammensetzung ein innovatives Element dar, sie war an der Entwicklung der marktwirtschaftlichen Strukturen beteiligt und hat spätestens seit Mitte der neunziger Jahre auch maßgeblich auf den politischen Prozeß eingewirkt. Insofern eröffnet ihre Untersuchung auch einen Blick auf die Herausbildung des neuen politischen und sozialen Systems und auf seine Funktionsweise.

2.4 Wirtschaftseliten in der Jelzin-Ära: Der Aufstieg der "politischen Unternehmer"

Der Zusammenbruch der alten sozialen Ordnung und die Entstehung einer neuen, die der Logik der Marktordnung folgte und auf Geld und Besitz basierte, schufen in Rußland eine neue gesellschaftliche Wirklichkeit. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich wuchsen rasch. Der Platz in der gesellschaftlichen Hierarchie wurde nun auch durch den Besitz von Geld und Vermögenswerten bestimmt.[212] Dieser Prozeß sozialer Differenzierung – in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit die skrupellose Bereicherung einiger weniger auf Kosten der Gesamtheit – brachte die neuen russischen Eliten hervor. Die Entstehung der "Geschäfts-" oder "Business-Eliten" – der 'neuen Bosse' in privatisierten Betrieben, den Finanzmanagern in den neu entstehenden Kommerzbanken oder an der Börse – fiel besonders ins Auge. Neben den "roten Direktoren", den Managern sowjetischen Stils, die sich auch nach 1991 in Wirtschaftszweigen wie der Rüstungsindustrie, der Kohleförderung oder dem Maschinenbau halten konnten, bildete diese Gruppe ein konstitutives Element der russischen Wirtschaftselite. In diesem Elitensegment gab es nicht nur die meisten *homines novi*,[213] sie stellte insgesamt einen neuartigen Faktor dar, für den es in der Gesellschaft der UdSSR keine Entsprechung gegeben hatte. Diese Gruppe prägte durch ihr Verhalten und in der Selbstdarstellung bald das Gesicht des postsowjetischen Rußland. Spätestens ab Mitte der neunziger Jahre wurde die Geschäftselite auch als politischer Faktor wahrgenommen.[214] Dies ging soweit, daß die russischen Medien bald den "Oligarchen" – den Vertretern der neuen Hochfinanz – die Verantwortung für alle wirtschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen

---

[212] Vgl. dazu oben Kapitel 2.2 Sozialer Wandel und Umverteilung: Die Neukonstituierung von Gesellschaft.

[213] Das zeigen alle bekannten Elitestudien; vgl. dazu oben Kapitel 2.3 "Alte" und "neue" Eliten: Annäherung an die Akteure.

[214] Seit 1996 tauchten Unternehmer und Finanzleute in den Politikerratings der Nezavisimaja gazeta auf; vgl. dazu die Erörterung in Kapitel 2.3 "Alte" und "neue" Eliten: Annäherung an die Akteure.

zuschrieben. Solche tagespolitischen Zuspitzungen müssen gewiß mit Vorbehalt aufgenommen werden, dennoch können sie Anlaß sein, intensiver nach der wirtschaftlichen und politischen Rolle der Geschäftseliten zu fragen. Ihre Binnenstruktur, die Beziehungen zur Politik, der engere Kreis der Mächtigen, die auf Entscheidungen einwirkten, und das Verhalten der Gruppe müssen betrachtet werden – auch um eine bessere Vorstellung über den Prozeß sozialer Transformation zu gewinnen.[215]

2.4.1 Zur Binnenstruktur der Wirtschaftselite

Die neue russische Wirtschaftselite stellte sich nicht als eine geschlossene, sozial homogene Gruppe dar. Ihre Angehörigen entstammten ganz unterschiedlichen Milieus und bewegten sich in ganz unterschiedlichen Welten – teils in einer quasistaatlichen Sphäre, die auf fortgesetzte Subventionierung angewiesen war, teils in neu aufschießenden Unternehmen, die in dem entstehenden Markt Fuß zu

---

[215] Zu diesem Fragenkomplex gibt es inzwischen eine umfangreiche Literatur; vgl. u.a. Lobbizm v Rossii: Ėtapy bol'šogo puti, Moskva 1995; M.N. Afanas'ev: Pravjaščie ėlity i gosudarstvennosti' posttotalitarnoj Rossii, Moskva 1996; Fond "Centr Politicheskich Technologij": Finansovo-promyšlennye gruppy i konglomeraty v ėkonomike i politike sovremennoj Rossii 1998 <www.nns.ru/analytdoc/fgp.html, 2.5.1998>; N.J. Lapina: Biznes i politika v sovremennoj Rossii, Moskva 1998; S.P. Peregudov/N.J. Lapina/I.S. Semenenko: Gruppy interesov i Rossijskoe gosudarstvo, Moskva 1999; J.Š. Pappė: "Oligarchi", Moskva 2000; C. Freeland: Sale of the century, London 2000; H.H. Schröder: El'tsin and the ”Oligarchs“. About the Role of Financial Groups in Russian Politics Between 1993 and July 1998, in: Europe-Asia Studies 51.1999, Nr. 6, S. 957-988; vgl. ders.: Jelzin und die "Oligarchen". Über die Rolle von Kapitalgruppen in der russischen Politik, Berichte des BIOst 40-1998, Köln 1998; dazu ergänzend: ders.: Jelzin und die "Oligarchen". Materialien zum Bericht des BIOst 40-1998, Sonderveröffentlichungen des BIOst, Köln 1998; ferner ders. Rußlands "Oligarchen" - Akteure im Transformationsprozeß. Bemerkungen zur Rolle "politischer Unternehmer" im System Jelzin, in: H.H. Höhmann (Hrsg.): Eine unterschätzte Dimension? Zur Rolle wirtschaftskultureller Faktoren in der osteuropäischen Transformation, Bremen 1999, S. 163-176; im übrigen sind zu diesem Thema auch viele, eher kolportagehafte Darstellungen erschienen: vgl. z.B. G.P. Černikov/D.A. Černikova: Kto vladeet Rossiej?, Moskva 1998; P. Klebnikov: Godfather of the Kremlin, New York/San Diego/London 2000.

fassen suchten. Unterschiede gab es auch zwischen den einzelnen Branchen. In manchen waren mit Spekulationsgeschäften oder Exporten große Gewinne zu erzielen, andere überlebten nur mit Mühe, indem sie lokale Märkten bedienten. Unterschiede gab es schließlich auch im Sozialstatus. Tat'jana Zaslavskaja hat 1995 versucht, die "Business-Schicht" zu kategorisieren. Auf Basis von Umfragen, die das VCIOM durchgeführt hatte, identifizierte sie sechs Statusgruppen:[216]

- Manager-Mitbesitzer (Führungskräfte in Aktiengesellschaften, die Anteile besitzen);
- Angestellte Manager (Führungskräfte, die Betriebe im Angestelltenverhältnis leiten);
- Unternehmer (Besitzer vorwiegend kleiner Betriebe, die diese selber führen);
- "Selbständige"/Selbstbeschäftigte; Besitzer von Kleinstunternehmen, in denen sie selbst die Hauptarbeitskraft stellen);
- Manager-Geschäftsleute (Führungskräfte in Aktiengesellschaften, die parallel eigene Unternehmen betreiben und ihre angestellte Position oft ausnutzen, um ihr eigenes Geschäft verdeckt voranzutreiben);
- "Halbunternehmer" (Angestellte, die im Nebenberuf Privatgeschäften nachgehen).

Die "Business-Schicht" war also ein Konglomerat ganz verschiedener Elemente mit unterschiedlichem Einkommen.[217] Einige der Kategorien, etwa die "Manager-Mitbesitzer", "Manager-Geschäftsleute" und die "Halbunternehmer", sind zwar auch in westlichen Gesellschaften nicht unbekannt, in Rußland aber hatten sie sich im Gefolge des spezifischen Privatisierungspfades und der unklaren Marktverhältnisse gebildet. Tat'jana Zaslavskajas Übersicht gibt einen guten Eindruck von der

---

216 T.I. Zaslavskaja: Biznes-sloj rossijskogo obščestva: suščnost', struktura, status, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1995, Nr. 1, S. 17-32, hier S. 28ff.

217 Vgl. ebd., S. 30ff.

Heterogenität der Schicht, die im neuen Rußland Geschäfte betrieben. Die Mehrheit kann man aber nicht zur wirtschaftlichen Elite rechnen, der im Grunde nur Besitzer und Führungspersonal der großen staatlichen und privaten Betriebe angehören. Allerdings war auch diese Gruppe schon vielgestaltig genug, umfaßte sie doch alte Direktoren sowjetischen Typs, die versuchten, ihre veralteten Produktionsvereinigungen zu verteidigen, ebenso wie leitende Manager von Großbetrieben und Magnaten, die sich in kurzer Zeit regelrechte Finanzimperien schufen.

Daß sich die Angehörigen der Wirtschaftselite aus ganz unterschiedlichen Milieus rekrutierten, haben die Elitestudien gezeigt, die das VCIOM, das Institut für Soziologie oder David Lane und Cameron Ross erarbeitet haben.[218] Ein großer Teil von ihnen – 39% nach Kryštanovskaja, 45% nach der Erhebung des VCIOM – hatte Ende der achtziger Jahre noch keine verantwortliche Position bekleidet. Sie waren Aufsteiger, die vorher untergeordnete Funktionen in der sowjetischen Industrie, in Wirtschaftsapparaten und anderswo ausgeübt hatten.[219] Vladimir Gusinskij, Ende der neunziger Jahre Präsident der *Most-Bank* und der Medienholding *Media-Most*, und Aleksandr Smolenskij, später Präsident der Bank *SBS-Agro* waren z.B. dieser Gruppe zuzurechnen. Gusinskij hatte als Theaterregisseur in der Provinz und in Moskau gearbeitet, ehe er 1986 die Genossenschaft "Metall" gründete und damit seine Unternehmerkarriere begann. Smolenskij, 1981 wegen Diebstahls von Staatseigentum und privater Unternehmertätigkeit verurteilt, war 1987 Stellvertretender Leiter einer Spezialbauverwaltung in Moskau. In diesem

---

218 Vgl. oben Abschnitt 2.3.2 Eliten in der russischen Politik: Empirische Studien auf Basis des Positionsansatzes.

219 Vgl. dazu und zum folgenden: Hanley u.a., in: Theory and Society, 24. Jg., 1995, Nr. 5, S. 657; Golovačev u.a., in: Monitoring obščestvennogo mnenija: Ėkonomičeskie i social'nye peremeny, 1996, Nr. 1 (21), S. 37; Kryštanovskaja, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1995, Nr. 1, S. 65; Kryshtanovskaya/White, in: Europe-Asia Studies, 48. Jg., 1996, Nr. 5, S. 729; vgl. insgesamt dazu oben Kapitel 2.3 "Alte" und "neue" Eliten: Annäherung an die Akteure; vgl. auch I.V. Kukolev: The Formation of the Business Elite, in: Sociological Research, 36. Jg., 1997, Nr. 1, S. 23-43, hier S. 28ff.

Jahr gründete er eine Baugenossenschaft. 1989 übernahm er den Vorsitz der Bank "Stoličnyj", die er rasch zu einem der größten russischen Kreditinstitute ausbaute.[220] Gusinskij und Smolenskij, Mitte der neunziger Jahren Herren über große Finanzimperien, waren gewiß Ausnahmeerscheinungen, doch das Karrieremuster findet man bei vielen *homines novi* wieder, die Durchsetzung einer Unternehmerpersönlichkeit, die ihre Talente in der Sowjetzeit nicht hatten entfalten können. Ein weiteres starkes Kontingent der Geschäftselite – 23% nach Kryštanovskaja – stellten leitende Funktionäre des kommunistischen Jugendverbandes. Sergej Kirienko, der 1998 kurzzeitig Ministerpräsident war, ist ein typischer Vertreter dieser Gruppe. 1991 war er Zweiter Sekretär des Gebietsparteikomitees des Komsomol in Gor'kij (Nižnij Novgorod), übernahm aber dann die Leitung der neugegründeten Aktiengesellschaft "Aktien-Jugend-Konzern", wurde 1993 Vorstandsvorsitzender der Bank "Garantija" und 1996 Präsident der Mineralölfirma *NORSI-ojl*, ehe er Ende 1997 ins Energieministerium überwechselte.[221] Der Komsomol, der als Organisation bewußt die Freiräume der Gorbatschowschen Wirtschaftsgesetzgebung nutzte, wurde zu einer Pflanzschule für Jungunternehmer. Eine dritte Rekrutierungsquelle war die sowjetische Wirtschaftsnomenklatur – 23% der Geschäftselite hatte nach Kryštanovskaja (28% nach den Angaben VCIOM) vor 1991 leitende Funktionen im Wirtschaftsapparat bekleidet. Vertreter dieses Typs waren z.B. Rem Vjachirev, der langjährige Vorstand des Managements im Erdgaskonzern *Gazprom*, oder Vagit Alekperov, in den neunziger Jahren Präsident des Mineralölkonzerns *LUKojl*. Der erste war bis 1989 Erster Stellvertretender Minister der Gasindustrie der UdSSR gewesen, der zweite hatte noch bis 1991 das Amt eines Stellvertretenden Ministers für die Öl- und Gasindustrie

---

220 Vgl. A. Amirov/V. Pribylovskij (Hrsg.): Rossijskie biznesmeny i menedžery, Moskva 1997, S. 51f., 133f.; A. Amirov/V. Pribylovskij (Hrsg.): Rossijskie biznesmeny i menedžery, Moskva 1998, S. 73f.; 214f.; O.L. Klimaševskaja: Vozroždennaja ėlita rossijskogo biznesa, Moskva 1994, S. 177f..

221 Angaben nach: Gipertekstovaja baza dannych "Labirint". Vlast', partii, lidery Rossii, Moskva: Panorama, Juni 2000 (CD-Rom).

bekleidet.[222] Die Unternehmer und Manager, die man zur russischen Geschäftselite rechnete, entstammten also unterschiedlichen Milieus, hatten einen unterschiedlichen Erfahrungshorizont und gehörten daher in der Regel auch unterschiedlichen Beziehungsnetzwerken an. Gemeinsam war ihnen allerdings die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich mit dem Wechsel zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung rasch den neuen Bedingungen anzupassen und die vielfältigen Chancen zu nutzen, die die Situation eröffnete.

Nicht nur Karriereweg und Sozialisation begründeten Unterschiede innerhalb der Wirtschaftselite. Heterogen waren auch die Interessen, die die einzelnen Teileliten verfolgten. Natal'ja Lapina stellte in ihrer Studie, die 1997 veröffentlicht wurde, sechs Brancheneliten heraus (Erdgas, Erdöl, Banken, Rüstung, Kraftfahrzeugbau und Diamanten), die jeweils mehr oder weniger erfolgreich Sonderinteressen verfolgten. Getrennt davon benannte sie drei weitere Kategorien – regionale Eliten, die "Wirtschaftsgewinnler" und mafiose Strukturen –, deren Angehörige im Übergang zum Markt eigene Erfolgsstrategien verfolgten.[223] Nach den Beobachtungen von Natal'ja Lapina entwickelten die Brancheneliten jeweils spezifische Profile. Die Gaselite etwa war hochdiszipliniert, durchorganisiert und entwickelte eine "besondere korporative Solidarität". Vermittelt über ihre Vertreter in der Regierung betrieb sie eine höchst erfolgreiche Lobbyarbeit, um den auf Export gerichteten Interessen ihres Industriezweigs zur Durchsetzung zu verhelfen.[224] Die Führungsschicht der Erdölindustrie agierte ganz ähnlich und schloß sich

---

222 Vgl.ebd.; vgl. auch Amirov/Pribylovskij 1998, S. 13f., 61f.

223 N. Lapina: Die rußländischen Wirtschaftseliten und Probleme der nationalen Entwicklung, Berichte des BIOst 16-1997, Köln 1997, passim; vgl. zu der Bedeutung von Branchennetzwerken auch J.Š. Pappė: Otraslevye lobbi v pravitel'stve Rossii (1992-1996), in: Pro et Contra, 1.1996 , Nr. 1 , S. 61-78, hier S. 63ff.; für unterschiedliche Interessen im außenwirtschaftlichen Bereich vgl. The Finnish Institute of International Affairs: Business Elites and Russian Foreign Policy, Russia Beyond 2000, Helsinki 2000, passim.

224 Lapina: Rußländische Wirtschaftseliten 1997, S. 6.

phasenweise auch an das Netzwerk der Gaselite an.[225] Im Bankensektor stellte sich die Situation anders dar, da ihre Führungskräfte in der Regel erst kurze Zeit – gewöhnlich seit Ende der achtziger Jahre – in diesem Bereich tätig waren, und die ihre Zusammensetzung infolge der instabilen Situation vieler Finanzinstitute stark fluktuierte. "Die junge Bankelite", schreibt Natal'ja Lapina, "war die instabilste von allen rußländischen Wirtschaftseliten."[226] Für den erfolgreichen Teil der Banker war eine enge Bindung an die Exekutive typisch, durch die sie bevorzugt Zugriff auf staatliche Ressourcen erhielten. Die Rüstungselite, in der Sowjetzeit eine der stärksten Interessengruppen, tat sich nach der Wende schwer. Die russischen Streitkräfte hatten kein Geld, um Rüstungsgüter anzukaufen, und nur wenige Betriebe, vor allem im Luft- und Raumfahrtsektor, konnten mit Exporteinnahmen rechnen. Aus diesem Grunde fand die Führungsschicht der Branche nicht zu einheitlichem Handeln und hatte nur zeitweise Unterstützung in der Politik.[227] Auch im Kraftfahrzeugbau ging jeder Direktor auf eigene Faust vor. Während *AvtoVAZ* mit Unterstützung des Finanzmagnaten Beresowskij bei der Zentralregierung Lobbyarbeit betrieb, setzte GAZ auf die Zusammenarbeit mit der regionalen Politik am Unternehmensstandort Gor'kij (Nižnij-Novgorod).[228] Eine ganz spezifische Entwicklung war in der Diamantenindustrie zu beobachten. Das lukrative Gewerbe war in Jakutien (Sacha) konzentriert, und so war ihre Führungsschicht eng mit der regionalen Verwaltung verflochten. Der Präsident von *ALROSA*, des wichtigsten Unternehmens in dieser Sphäre, war zugleich Vizepräsident der Republik Jakutien.[229]

Schon dieser kurze Überblick vermittelt einen Eindruck davon, wie heterogen sich die wirtschaftliche Führungsschicht darstellte. Einheitliches Handeln oder eine einheitliche Einwirkung auf die Politik

---

[225] Ebd., S. 7.
[226] Ebd., S. 9.
[227] Ebd., S. 11.
[228] Ebd., S. 13.
[229] Ebd., S. 14.

war von dieser Elitegruppe nicht zu erwarten. In der verwirrenden Situation des Übergangs, in der es oft nicht klar war, wie lange das neue Regime noch überleben würde, verfolgte jede Fraktion eigene Ziele. Nur einer kleinen Gruppe von Unternehmern gelang es, sich in dieser Phase wirklich durchzusetzen und nachhaltig Einfluß auf politische Entscheidungen auszuüben. Diese Gruppe, die in der Publizistik der neunziger Jahre als "Oligarchen"[230] bezeichnet wurde, prägte das Bild der Jelzin-Ära.

2.4.2 Die Herausbildung von Unternehmens- und Finanzkonglomeraten

Der Formierung der neuen russischen Wirtschaftselite und der Aufstieg einzelner Unternehmerpersönlichkeiten, namentlich der Finanz- und Industriemagnaten, die in der Jelzin-Ära auch eine große politische Rolle spielten, war eng verbunden mit der Herausbildung einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die aber ganz spezifische Organisationsformen hervorbrachte. Ein Charakteristikum der frühen

---

[230] Zur Entwicklung des Begriffs vgl. H.H.Schröder: Jelzin und "Oligarchen", Berichte des BIOst 40-1998, S. 5, Anm. 1; der Terminus war in der politischen Polemik zwar geläufig, wurde aber so unscharf benutzt, daß in der Öffentlichkeit ganz heterogene Vorstellungen bestanden, was damit bezeichnet wurde; vgl. G. Bovt: Stalin, Tamerlan ili ėto-to svjazannoe s sel'skim chozjajstvom...., in: Izvestija, 4.8.1998, S. 2; vgl. auch Interfaks: Rossijane ne sovsem četko ponimajut, kto takie oligarchi, in: Segodnja, 1.8.1998, S. 2; die russische Politikwissenschaft war ihrerseits bestrebt, den Begriff klarer zu definieren. Ausgehend von der klassischen Bestimmung der Oligarchie als einer Regierungsform, in der eine durch Reichtum ausgezeichnete Minderheit den Staat leitet (Platon: Sämtliche Werke V, Politeia, Frankfurt am Main 1991, S. 597), benutzte man den Begriff zunächst, um die Verflechtung von politischen und wirtschaftlichen Eliten auf regionaler Ebene zu bestimmen. Seit 1996 schob sich eine andere Bedeutungsnuance in den Vordergrund. Nun wurde damit eine kleine Gruppe von Finanzmagnaten bezeichnet, die in enger Verbindung zu Präsident und Regierung standen. Vgl. dazu auch: A.J. Zudin: Gosudarstvo i biznes: Povorot vo vzaimootnošenijach?, in: Politika, 1997, Nr. 3 (5), S. 20-34; S.P. Peregudov: Novyj rossijskij korporatizm: ot bjurokratičeskogo k oligarchičeskomu, in: Političeskie issledovanija, 1998, Nr. 4, S. 114-116; A.J. Zudin: Oligarchija kak političeskaja problema rossijskogo postkommunizma, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1999, Nr. 1, S. 45-65; V.A. Lepechin: Ot administrativno-političeskoj diktatury k finansovoj oligarchii, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1999, Nr. 1, S. 66-82.

Transformationsphase war das rasche Wachstum des Bankensektors und die Entstehung großer Unternehmenskonglomerate, die Finanzinstitute und Industriebetriebe vereinigten.

Die Entwicklung eines modernen Bankensektors mußte eine zentrale Aufgabe der russischen Wirtschaftsreformen sein, da der Übergang zum Markt notwendig einer funktionierenden Finanzinfrastruktur bedurfte.[231] Ein erster Ansatz war die Reorganisation des sowjetischen Bankensystems im Jahre 1987, die Spezialbanken schuf, die einzelne volkswirtschaftliche Sektoren bedienen sollten. Die Organisation dieser Spezialbanken war der erste Schritt zu einem modernen, ausdifferenzierten Bankensystem. Die Entwicklung griff auf die

---

[231] Zur Entwicklung des Bankensektors vgl. W. Tompson: Old Habits Die Hard: Fiscal Imperatives, State Regulation and the Role of Russia's Banks, in: Europe-Asia Studies, 49. Jg., 1997, Nr. 7, S. 1159-1185; V.I. Bukato/J.I. L'vov: Banki i bankovskie operacii v Rossii, Moskva 1996; J. Rautava (Hrsg.): Russia's Financial Markets and the Banking Sector in Transition, Helsinki 1996; P. Sutela: The Role of Banks in Financing Russian Economic Growth, in: Post-Soviet Geography and Economics, 39. Jg., 1998, Nr. 2, S. 96-124; W. Tompson: Russia's 'Ministry of Cash': Sberbank in Transition, in: Communist Economies & Economic Transformation, 10. Jg., 1998, Nr. 2, S. 133-155; K. Schröder: Stabileres Bankensystem in Rußland, in: Osteuropa, 48. Jg., 1998, Nr. 8-9, S. 913-919; W. Tompson: The Politics of Central Bank Independence in Russia, in: Europe-Asia Studies, 50. Jg., 1998, Nr. 7, S. 1157-1182; A.E. Dvoreckaja: Bankovskij sektor: uroki krizisa, napravlenija restrukturizacii, in: Ėkonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva, 1999, Nr. 2, S. 20-39; A.V. Černjavskij: Perspektivy preodolenija bankovskogo krizisa v Rossii, in: Voprosy ėkonomiki, 1999, Nr. 5, S. 65-70; Bankovskij krizis: Tuman rasseivaetsja?, in: Voprosy ėkonomiki, 1999, Nr. 5, S. 4-42; A. Astapovič/D. Syrmolotov: Rossijskie banki v 1998 godu: razvitie sistemnogo krizisa, in: Voprosy ėkonomiki, 1999, Nr. 5, S. 43-64; W. Tompson: Nothing Learned, Nothing Forgotten: Restructuring without Reform in Russia's Banking Sector, in: S. Harter/G. M. Easter (Hrsg.): Shaping the economic space in Russia, Aldershot 2000, S. 65-101; E.N. Čekmareva: Banki i finansovo-promyšlennych gruppach: nastojaščee i perspektiva, in: Rossijskij ėkonomičeskij žurnal, 1999, Nr. 7, S. 20-27; H. Pleines: Large-scale Corruption and Rent-seeking in the Russian Banking Sector, in: A.V. Ledeneva/M. Kurkchiyan (Hrsg.): Economic Crime in Russia, The Hague / London / New York 2000, S.197-207; U. Thießen: Lehren aus Bankenkrisen, in: Osteuropa Wirtschaft, 45. Jg., 2000, Nr. 1, S. 68-81; K. Eggenberger: Russian banks: No light at the end of the tunnel, Helsinki 2000.

Unionsrepubliken über, die in dieser Phase zunehmend an Selbständigkeit gewannen und auch im Bankensektor Rechte einforderten. Gleichzeitig entstand ein Netz von Geschäftsbanken. 1990 gab es bereits 300 solcher mehr oder weniger privater Kreditinstitute, obgleich das Staatsmonopol im Bankenbereich erst Ende 1990 beseitigt wurde.[232] Nach der Auflösung der Sowjetunion stieg die Zahl der Banken dann rasch weiter, ehe 1996-1997 ein Umschwung einsetzte.[233]

In den ersten Jahren befaßten sich die neugegründeten Geschäftsbanken vor allem mit Devisenoperationen. In den Jahren der Hyperinflation 1992 bis 1994/95 war es äußerst gewinnbringend, niedrig verzinste Rubeleinlagen in Devisen umzuwandeln und mit positiver realer Verzinsung anzulegen. Russische Banken erhielten in dieser Phase von der Zentralbank, die 1992 bis 1994 eine expansive Geldpolitik betrieb, relativ günstige Kredite, mit denen sie ihre Devisenspekulationen finanzieren konnten.[234] In den Inflationsjahren gab es daher einen regelrechten Boom von Bankengründungen, der auch deshalb möglich war, weil es praktisch keine gesetzlichen Mindestanforderungen für die Zulassung von Kreditinstituten gab. Seinen Höhepunkt hatte der Boom im Jahre 1994, als die Zahl der Banken mit einer Jahreszuwachsrate von nahezu 25% zeitweise einen Spitzenwert erreichte. In den Folgejahren mußten sich die Kreditinstitute angesichts der Dämpfung der Inflation und einer strengeren Regulierung – mit Mindesteinlagen und Mindestgrundkapital sowie einer verbesserten Bankenaufsicht – neu orientieren und andere Einnahmequellen erschließen. Viele Kreditinstitute wandten sich dem Markt für Staatsanleihen zu, die seit Anfang 1994 zur Finanzierung des Haushaltsdefizits aufgelegt wurden

---

232 Bukato/L'vov 1996, S. 20.

233 Vgl. unten Tabelle 40: Entwicklung des Bankensektors in Rußland 1991-2000, S. 466.

234 Vgl. H. Pleines: Korruption und Kriminalität im russischen Bankensektor, Berichte des BIOst 28-1998, S. 11; Pleines bezieht sich auf: A.Aslund: Russian banking. Crisis or rent-seeking?, in: Post-Soviet Geography, 1996, Nr. 8, S. 495-502, hier: S. 497; sowie J. Johnson, Banking in Russia. Shadows of the past, in: Problems of Post-Communism 1996, Nr. 3, S. 49-59.

und jährliche Renditen bis zu 100% und mehr erbrachten.[235] Für 50 bis 100 sogenannte "autorisierte Banken" wurde die Verwaltung von Geldern aus dem staatlichen Haushalt eine weitere Einnahmequelle. Indem staatliche Einrichtungen wie etwa die Zollverwaltung ihre Gelder über Konten von Geschäftsbanken laufen ließen, erhielten diese gewissermaßen kurzfristige zinslose Kredite.[236] 1997 existierten 170.000 solcher Konten mit Budgetgeldern, davon 56% bei staatlichen Banken (Zentralbank 50%, *Sberbank* 6%) und 44% bei Geschäftsbanken.[237] Allerdings profitierten kaum 5% der privaten Geldinstitute von diesem Verfahren. Gering war auch der Anteil jener Banken, die in der Lage waren, im Rahmen von Privatisierungsauktionen Anteile an Großbetrieben zu erwerben und sich damit eine Position in der Großindustrie zu sichern.[238] Nach und nach veränderte sich so das Bankgeschäft. Nachdem die Zentralbank obendrein begann, die Tätigkeit der Geldinstitute schärfer zu überwachen, und die Zahl der eingezogenen Lizenzen anstieg, zog sich eine wachsende Zahl von Banken aus dem aktiven Geschäft zurück. Der Bankensektor trat in eine Übergangsphase ein, in der sich vor allem jene Institute durchsetzen konnten, die staatliche Ressourcen nutzten und sich eine starke Position in lukrativen

---

235 Vgl. Pleines, Berichte des BIOst Nr. 28-1998, S. 12; Pleines stützt sich auf Aslund, in: Post-Soviet Geography, 1996, Nr. 8, S. 497; sowie R. Lyle: Russia. Banking shake-out expected to thin ranks of Russian banks, in: RFE/RL Weekday Magazine 22.8.1996.

236 Vgl. Pleines, Berichte des BIOst 28-1998, S. 12; vgl. W. Tompson, in: Europe-Asia Studies, 49. Jhg., 1997, Nr. 7, S. 1170-1173; Segodnja 29.11.1996, S. 5.

237 Vgl. Pleines, Berichte des BIOst 28-1998, S. 12; vgl. Russian government again looks for ways to tighten budget discipline, in: The Jamestown Foundation. Monitor, 9 July 1997: "Chernomyrdin also called, once again, for an end to the practice of channeling federal budget funds through a set of 'authorized' commercial banks. This system has been a source of considerable profit to the banks, and has fueled corruption since banks compete to be included on the chosen list. Currently, federal funds are distributed among some 170,000 bank accounts, half in the Central Bank, 6 percent in Sberbank, and 44 percent in commercial banks. This decentralized system increases the opportunities for money to go astray in the process of distribution to the regions and to government agencies."

238 Vgl. dazu unten Kapitel 3.1 Banken in A(u)ktion. Privatisierung und Pfandauktionen.

Wirtschaftszweigen – wie z.B. dem Erdölmarkt – verschaffen konnten. Zudem begannen eine Reihe von Banken, Filialnetze aufzubauen, um am Kundengeschäft zu partizipieren und Finanzdienstleistungen im gesamten Land anzubieten.[239] Dieser Wandel war verbunden mit einem Konzentrationsprozeß – die Zahl der aktiven Kreditinstitute ging zurück – und mit einer Konsolidierung – die Zahl der mit Verlust arbeitenden Institute sank deutlich. Erfolgreich waren vor allem Banken, die über gute politische Verbindungen verfügten, und so in der Lage waren, sich ausreichende Mittel zu verschaffen. In dieser Phase gingen einige Banken dazu über, verstärkt Anteile an Großbetrieben zu erwerben, und damit die Basis für bankgeführte Finanz-Industrie-Gruppen zu legen, Keimzellen künftiger Finanz- und Industrieimperien.

Die Herausbildung großer Unternehmenskonglomerate, für die sich die Bezeichnung "Finanz-Industrie-Gruppen" (FIGs) einbürgerte, war charakteristisch für die Anfangsphase der Marktentwicklung in Rußland.[240] Die Formierung solcher Strukturen setzte im Laufe des

---

239 Vgl. dazu die oben in Fußnote 231 genannten Darstellungen.

240 Zur Frage der Entwicklung von Finanz-und Industriegruppen hat sich inzwischen ein breites Schrifttum entwickelt; vgl. u.a. J. Johnson: Russia's Emerging Financial-Industrial Groups, in: Post-Soviet Affairs, 13. Jg., 1997, Nr. 4, S. 333-365; D.M. Michajlov: Finansovo-promyšlennye gruppy: specifika Rossii, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 1997, Nr. 4, S. 120-130; S. Mizobata: Financial Relations in the Russian Financial-Industrial Groups. A Comparison of Russia and Japan, Kyoto 1998 (= Kyoto Institute of Eonomic Research. Kyoto University. Discussion Paper No. 480); D.Ju. Nikologorskij: Krupnye integrirovannye struktury v promyšlennosti, in: Ėkonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva, 1997, Nr. 11, S. 70-83; V. Sharifov: Opyt' neformal'noj FPG choldingovo tipa: rol' finansovych institutov, in: Rossijskij ėkonomičeskij žurnal, 1997, Nr. 10, S. 33-36; I. Starodubrovskaja: Finansovo-promyšlennye gruppy: Illjuzii i real'nost', in: Voprosy ėkonomiki, 1995, Nr. 5, S. 135-146; O.N. Soskovec: Ob"edinenija predprijatij sposobstvujut oživleniju ėkonomiki, in: Finansovye Izvestija, 20.1.1998, S. II; A.V. Suvorov: Banki i finansovo-promyšlennye gruppy, in: Finansy, 1998, Nr. 1, S. 15-17; J..B. Vinslav (Hrsg.): Finansovo-promyšlennye gruppy Rossijskoj Federacii. Spravočnik, Moskva 1996; J.B. Vinslav: Otečestvennye FPG: Dostignutye rubeži i zadači razvitija, in: Rossijskij ėkonomičeskij žurnal, 1997, Nr. 9, S. 3-23; J..B. Vinslav: Resul'taty monitoringa dejatel'nosti finansovo-promyšlennych grupp, in: Rossijskij ėkonomičeskij žurnal, 1997, Nr. 10, S. 29-32; Fond "Centr Poli-

Jahres 1993 ein, nachdem der Zerfall der aus der Ära der Planwirtschaft überkommenen Industrieverwaltungen und die Auflösung der Produktionsvereinigungen sowjetischen Typs in der ersten Etappe der Reformen (1992 bis 1993) Raum für neue Organisationsformen schufen. Zu diesem Zeitpunkt war die Entstaatlichung der Wirtschaft schon in Gang gekommen. Ende 1992 hatte man etwa 20.000 von den ca. 25.000 Groß- und Mittelbetrieben zur Privatisierung freigegeben. Im April 1994 waren 80% davon bereits in Aktiengesellschaften umgewandelt. Aktien von 14.000 Betriebe wurden auf Voucher-Auktionen verkauft. Die Besitzanteile von Großunternehmen waren davon allerdings in der Regel nicht betroffen. Deren Veräußerung begann erst, als die Phase der Voucher-Privatisierung Mitte 1994 zu Ende ging.[241] Die Formierung von Finanz-Industriegruppen ist als Teil dieses Prozesses zu verstehen. Die ersten Zusammenschlüsse datieren auf den Beginn des Jahres 1993. Doch erst die gewaltsame Zerschlagung des Obersten Sowjet Anfang Oktober 1993 gab der präsidialen Exekutive freie Hand, die rechtlichen Grundlagen für die Bildung von Finanz-Industrie-Gruppen zu schaffen.[242]

---

tičeskich Technologij": Finansovo-promyšlennye gruppy i konglomeraty v ėkonomike i politike sovremennoj Rossii, 1998, <www.nns.ru/analytdoc/fgp.html-fpg36.html, 2.5.1998>; S. Aukutsionek/I. Filatochev/R. Kapelyushnikov/V. Zhukov: Dominant Shareholders, Restructuring and Performance of Privatised Companies in Russia: Analysis and Some Policy Implications, in: Communist Economies & Economic Transformation, 10. Jg., 1998, Nr. 4, S. 495-517; Fond Centr Političeskich Technologij: Finansovo-promyšlennye gruppy i konglomeraty v ėkonomike i politike sovremennoj Rossii 1998 <www.nns.ru/analytdoc/fgp.html-fpg36.html, 2.5.1998>; B.Ė. Mil'ner: Krupnye korporacii - osnova pod"ema i uskorennogo razvitija ėkonomiki, in: Voprosy ėkonomiki, 1998, Nr. 9, S. 66-76; T. Popova: Financial-Industrial Groups (FIGs) and Their Roles in the Russian Economy, in: Review of Economies in Transition - Idäntalouksien Katsauksia, 1998, Nr. 7, S. 5-28; P. Born: Sektorale Akteure und Finanz-Industrie-Gruppen in Rußland, Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts, Freie Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkt Politik 20/1999, Berlin 1999; E.N. Čekmareva: Banki i finansovo-promyšlennye gruppy: nastoajščee i perspektiva, in: Rossijskij ėkonomičeskij žurnal, 1999, Nr. 7, S. 20-27.

241 Vgl. Aslund 1995, S. 252ff.

242 Johnson, in: Post-Soviet Affairs, 13 Jg., 1997, Nr. 4, S. 336, geht davon aus, daß die ersten Finanz-Industrie-Gruppen sich informell Anfang 1993 zu bilden begannen; Nikologorskij, in: Ėkonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva, 1997,

Im Laufe des Jahres 1994 wurden im Rahmen dieser Regelung sechs registriert, 1995 weitere 20. 1999 waren 84 offiziell gemeldet.[243]

Allerdings stellt die Bildung offiziell registrierter FIGs nur einen Aspekt des in dieser Phase zu beobachtenden Konzentrationsprozesses in der russischen Wirtschaft dar. Zeitlich parallel entstanden eine Vielzahl von Holdings und Unternehmenskonglomeraten, die sich vor allem um Banken herum gruppierten.[244] Solche "inoffiziellen" Strukturen spielten in der Regel wirtschaftlich eine weit größere Rolle als die offiziell registrierten. Juliet Johnson unterscheidet in ihrer Studie einerseits zwischen registrierten und nicht registrierten Finanz-Industriegruppen, andererseits zwischen bank- und industriegeführten (*bank-led* bzw. *industry-led*). Die zweite Kategorie ist dabei für sie die eigentlich relevante. Industriegeführte Gruppen, die in der Regel den Weg der offiziellen Registrierung gingen, entstanden nach Johnson im Kontext der

---

Nr. 11, S. 71, datiert den Beginn der Bildung integrierter Industrie- und Finanzstrukturen auf das Jahr 1994; offiziell wurde die erste FIG, Ural'skie zavody, am 21.12.1992 unter der Nr. 93001 registriert, vgl. Vinslav 1996, S. 9; die gesetzlichen Grundlagen wurden Ende 1993 durch einen Präsidentenerlaß geschaffen, das Gesetz über die Finanz-Industrie-Gruppen wurde erst im Oktober 1995 von der Duma verabschiedet; vgl. Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii: O sozdanii finansovo-promyšlennych grupp v Rossijskoj Federacii, in: Sobranie aktov Prezidenta i Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii, 6.12.1993, Nr. 49, S. 5358-5359; Položenie o finansovo-promyšlennych gruppach i porjadke ich sozdanija,in: Sobranie aktov Prezidenta i Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii, 6.12.1993, Nr. 49, S. 5359-5362; Rossijskaja Federacija. Federal'nyj zakon: O finansovo-promyšlennych gruppach. Prinjat Gosudarstvennoj Dumoj 27 oktjabrja 1995 goda. Odobren Sovetom Federacii 15 nojabrja 1995 goda, in: Rossijskaja gazeta, 6.12.1995, S. 3.

243 L. Makarevič: Rossijskie neoficial'nye finansovo-promyšlennye gruppy: opyt samoorganizacii i privlečenija resursov, in: Obščestvo i ėkonomika, 2000, Nr. 9-10, S. 135-200, hier S. 137f.; Mizobata 1998, S. 21, 26; der Vorsitzende der Assoziation der FIGs, Soskovec, listete im Januar 1998 in einem Zeitungsartikel lediglich 72 als offiziell registriert auf: O.N. Soskovec: Ob"edinenija predprijatij sposobstvujut oživleniju ėkonomiki, in: Finansovye Izvestija, 20.1.1998, S. II; vgl. auch D.M. Michajlov: Finansovo-promyšlennye gruppy: specifika Rossii, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 1997, Nr. 4, S. 120-130, hier S. 123, der die Entwicklungschancen der FIGs völlig überschätzte.

244 Johnson, in: Post-Soviet Affairs, 13. Jg., 1997, Nr. 4, S. 344f.

ersten Privatisierungsphase 1992 bis 1994. Ihre Bildung verfolgte hauptsächlich zwei Ziele: zum einen die Sicherung der Kontrolle über das Unternehmen durch die Eigentümer (Manager oder Staat) und zum andern die Minimierung der ökonomischen Risiken in der unsicheren Phase des Übergangs.[245] Bankgeführte Finanz-Industriegruppen formten sich dagegen anfangs nur zögernd heraus, da die Banken sich zunächst eher mit Währungsspekulation und kurzfristigen Staatsanleihen beschäftigten. Erst als die Inflation zurückgedämmt wurde, begannen die Kreditinstitute ihren Blick auch auf Anlagemöglichkeiten im Industriebereich zu richten.[246] Die Mehrheit der bankgeführten Gruppen, die nun entstanden, vermied jedoch die offizielle Anmeldung, da die Registrierung faktisch keine Vorteile, jedoch eine ganze Reihe von Restriktionen mit sich brachte.[247]

Auf der Unterscheidung zwischen bank- und industriegeführten Gruppen beruhte auch die Bewertung der Kreditrisiken in Finanz- und Industriegruppen, die *Standard & Poor's* im Sommer 1998 vorgenommen hat. Die Rating-Agentur, die zutreffend feststellte, daß die Binnenstruktur der Gruppen uneinheitlich und meist schwer durchschaubar war, unterschied drei Typen: [248]

- die bankgeführten Gruppen, die von 1994 bis 95 im Verlauf der "Postvoucherprivatisierung" auf dem Wege des Aufkaufs von Staatsunternehmen durch Banken entstanden;
- die industriegeführten Gruppen, zu denen die Konglomerate gerechnet werden, die z.B. um *Gazprom*, *AvtoVAZ* und *EĖS Rossii* entstanden;
- regionale Gruppen, die Ende der neunziger Jahre hervortraten. Dabei bezog sich *Standard & Poor's* vor allem auf die sogenannte

[245] Ebd., S. 336.
[246] Ebd., S. 344.
[247] Ebd., S. 334ff.
[248] Vgl. Credit Risk in Russian Financial-Industrial Groups, in: Standard & Poor's Credit Week, 24.6.1998, S. 9-15, hier S. 10f.

"Moskauer Gruppe", die von der Moskauer Stadtverwaltung aufgebaut wurde, um Bürgermeister Luschkow eine Basis für seinen Präsidentenwahlkampf zu verschaffen.

Schon aus dieser Kurzbeschreibung wird ersichtlich, wie unterschiedlich Struktur und Ausrichtung der Unternehmensgruppen sind, und wie eng ihre Verflechtung mit der Politik sein kann. Nicht immer scheinen bei ihrer Bildung betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte im Vordergrund zu stehen. Dennoch verbanden manche Beobachter mit dieser Organisationsform große Erwartungen. Ein russischer Autor etwa sprach 1995 davon, daß die neuen integrierten Strukturen eine prioritäre Rolle in der russischen Wirtschaftspolitik spielen würden.[249] Westliche Beobachter waren eher skeptisch und verwiesen auf die organisatorische und finanzielle Schwäche dieser Strukturen.[250] Juliet Johnson interpretierte die Entstehung von Finanz-Industriegruppen als Reaktion auf die Unsicherheiten der Transformationsphase, die an sowjetische Organisationsformen anknüpfte:

> "The emergence of FIGs in Russia in the 1990s has been a result both of Soviet-era institutional legacies and of the difficult economic transition process. The traditional close ties betweeen enterprises and the state, the penchant for creating giant economic concerns, the insider-dominated transactions, the bureaucratized corruption, and the importance of accumulating political power in order to wield economic clout all had their roots in Soviet times. These tendencies were exacerbated by Russia's transitional conditions, which allowed well-placed individuals to concentrate assets in their own hand in an atmosphere of uncertain property rights, an underdeveloped legal system, and poor investment conditions."[251]

Tatsächlich galt die Schaffung großer integrierter Finanz- und Industriestrukturen im Kontext der unklaren, rasch wechselnden

---

249 Sinel'nikov, Aktuelle Analysen des BIOst Nr. 74/1995, S. 4.

250 Vgl. Mizobata 1998, S. 21; Johnson, in: Post-Soviet Affairs, 13. Jg., 1997, Nr. 4, S. 360ff.

251 Ebd. S. 360.

russischen Marktbedingungen grundsätzlich als sinnvoller Schritt, der sich an Vorbildern in Japan, Südkorea und den westlichen Industriestaaten orientierte.[252] Allerdings war nur ein geringer Teil der Unternehmensgruppen in der Lage, die gestellte Aufgabe – Optimierung und Restrukturierung der zugehörigen Betriebe, Beschaffung des benötigten Kapitals und dessen rationales Management – zu lösen.

2.4.3 Die großen Finanzgruppen im politischen Kräftefeld 1996-1998

Aus der Entstehungsgeschichte dieser Finanz- und Kapitalgruppen wird verständlich, warum Unternehmensvertreter in den ersten Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion politisch nicht in Erscheinung traten. In den Anfangsjahren verfügten die frisch gegründeten Geschäftsbanken und Privatunternehmen über kein Gewicht. In dieser Phase wirkten zunächst die aus sowjetischer Zeit überkommenen Strukturen fort. Das Personal der Wirtschaftsleitung klammerte sich an die Vergangenheit und kämpfte um das Überleben der "alten" Apparate, die sich aber im Wirbel der Transformationskrise in der Regel bald aufzulösen begannen. In dieser Übergangszeit spielten Industrieverbände eine gewisse Rolle, die häufig aus sowjetischen Branchenbürokratien hervorgegangen waren und die Interessen einzelner Wirtschaftszweige vertraten. Doch infolge des Aufstiegs der Finanzgruppen verloren die "alten" Strukturen Mitte der neunziger Jahren allmählich an Bedeutung. Bis etwa 1994 war der Konflikt um Eigentumsrechte und Kontrollmacht noch nicht abgeschlossen, und die neuen Wirtschaftakteure waren noch damit beschäftigt, lukrative Unternehmen unter ihre Kontrolle zu bringen. Erst mit der Konsolidierung integrierter Finanz- und Industriestrukturen gewannen Wirtschaftsvertreter gegenüber der Politik an Gewicht, demonstrierten größere Selbständigkeit und konnten Einfluß nehmen. 1995/96 waren diese neuen Holdings und Finanzgruppen dann soweit

---

[252] Ebd. S. 360ff.; Michajlov: Finansovo-promyšlennye gruppy: specifika Rossii, in: Mirovaja Ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 1997, Nr. 4, S. 72f.; vgl. auch Mizobata 1998, S. 21, der die Unterschiede zwischen russischen und japanischen FIGs hervorhebt.

erstarkt, daß sie wirtschaftlich und politisch zu einem relevanten Faktor wurden.

Der Aufstieg der "politischen Unternehmer"

Es waren Repräsentanten solcher Großunternehmen, die seit 1995 sichtbar im Kräftefeld der Politik agierten und mit politischen Initiativen im Umfeld von Präsident und Regierung hervortraten. Der Kreis der Wirtschaftsführer, die eine solche herausgehobene Rolle spielten, läßt sich relativ einfach identifizieren, da diese "Oligarchen" seit 1996 die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zogen, und die meisten von ihnen die öffentliche Schaustellung der eigenen Person auch gerne zuließen.[253]

Bereits Ende 1992 hatte sich eine "Politische Unternehmerinitiative-92" bemerkbar gemacht, der auch einige der Geschäftsleute angehörten, die

[253] Zur Identifikation von Wirtschaftsführern im Umfeld der Präsidenten Jelzin und Putin vgl. die Liste im Anhang, Kapitel 6.2, Tabelle 36: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 1) und Tabelle 37: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 2), S. 442ff.; einen Eindruck von der wirtschaftlichen Stellung dieser Magnaten geben die Rankings der Großbetriebe und Banken; vgl. auch die Unternehmensratings, dazu oben Anmerkung 658; in der Literatur finden sich ebenfalls eine ganze Reihe von Zusammenstellungen, die sich mit der Finanzelite, den "Oligarchen" oder den "Powerhouses" beschäftigen; vgl. u.a.: Samye izvestnye i bogatye ljudi Rossii, in: Kommersant daily, 5.6.1998, S. 2; J. Pelechova/A. Semenov: Predvybornye choldingi, in: Kommersant daily, 11.6.1998, S. 4; [Rating der Finanzgruppen] <www.cityline.ru/politika/raznoe/olig-rat.html, 2.7.1998>; Powerhouses 1999. Spisok iz žurnala Economist, posluživšij proobrazom Reestra oligarchov <www.cityline.ru/politika/raznoe/olig-ec.html, 17.4.1999>; Poslednij god oligarchov, in: Kommersant, 28.12.1999, S. 4; J.Š. Pappė: "Oligarchi", Moskva 2000, S. 225-230; P. Rutland: Introduction: Business and the State in Russia, in: P. Rutland (Hrsg.): Business and State in Contemporary Russia, Boulder 2001, S. 1-32, hier S. 20f.; D. Butrin/S. Kozicyn/D. Ladygin: Kto upravljaet finansami Rossii, in: Kommersant den'gi, 2001, Nr. 16, S. 12-17; vgl. auch S. Vasiliev: Economic Prerequisites for an Oligarchy and Authoritarianism in Modern Russia <pubs.carnegie.ru/english/briefings/2001/issue01-06.asp> (russische Version: S. Vasil'ev: Ėkonomičeskie predposylki oligarchii i avtoritarizma v sovremennoj Rossii <pubs.carnegie.ru/briefings/2001/issue06-01.asp>.

später zum Kreis der sogenannten "Oligarchen" gerechnet wurden.[254] Zu diesem Zeitpunkt verfügten die beteiligten Unternehmen allerdings kaum über genügend Geld und Macht, um tatsächlich auf die Politik Einfluß zu nehmen. Im Frühjahr 1995 stellte sich die Situation schon etwas anders dar, als fünf Banken und drei Konzerne gemeinsam über 40% der Anteile am wichtigsten russischen Fernsehkanal *ORT* erwarben und sich damit die Möglichkeit verschafften, direkt auf die öffentliche Meinung Einfluß zu nehmen. Nach Meinung eines der Beteiligten, Oleg Bojko, stellten diese "Großen Acht" die höchste Liga des russischen Geschäftslebens dar. Die Gruppe *Most*, die über einen eigenen Fernsehsender, *NTV*, verfügte, zählte er übrigens nicht dazu und sagte ihr – fälschlicherweise – ein baldiges Ende voraus.[255]

1996/1997 trat der Kreis der Unternehmer und Bankiers, die engen Kontakt zur "Macht" pflegten, dann stärker in den Vordergrund und begann aktiver in das politische Geschehen einzugreifen. Ein wichtiger Schritt war Anfang 1996 die Formierung einer Allianz von Geschäftsleuten, die sich offensiv für die Wiederwahl Jelzins einsetzte. Die Gruppe fand sich – soweit bekannt – im März 1996 während des internationalen Wirtschaftsforums in Davos zusammen, wo man beschloß, die Wahlkampagne des amtierenden Präsidenten zu finanzieren und Anatolij Tschubajs die Leitung des Wahlkampfstabs

---

254 "Predprinimatel'skaja političeskaja initiativa-92"; vgl. die Darstellung in: Fond "Politika": Reestr Oligarchov, 1998 <www.cityline.ru/politika/raznoe/oligarhi.html, 02.07.1998>, S. 2; in diesem Zusammenhang wurden u.a. Bendukidze, Vinogradov, Gusinskij und Chodorkovskij genannt; die Initiative rief zum Kompromiß zwischen Präsident und Oberstem Sowjet auf, konnte den Gang der Ereignisse aber nicht wesentlich beeinflussen.

255 In einem Interview: Iz vsech vidov biznesa važnejšim dlja nas javljajutsja finansy, in: Kommersant Daily, 14.9.1995, S. 6; bei den "Großen Acht" handelte es sich um die Banken MENATEP, Stoličnyj bank sbereženij, Al'fa-bank, Nacional'nyj kredit und Imperial sowie die Konzerne LogoVAZ, Gazprom und Mikrodin; jedes der Unternehmen sollte 5% der Aktien von ORT übernehmen, LogoVAZ 8%; die Bank Imperial ging allerdings am Ende leer aus; vgl. Fond "Politika": Reestr Oligarchov 1998, S. 2f.

anzuvertrauen.[256] Teil der Kampagne war eine öffentliche Initiative der Wirtschaft: die Erklärung, mit der dreizehn Unternehmer im April 1996 Stellung zur politischen Lage am Vorabend der Präsidentenwahlen nahmen.[257] Die Unterzeichner warnten vor der Spaltung der Gesellschaft im Wahlkampf und riefen dazu auf, einen politischen Kompromiß zu finden.[258] Das politische Auftreten einer Gruppe, deren Mitglieder sich explizit als Unternehmer bezeichneten, die den Anspruch erhoben, für alle russischen Unternehmer zu sprechen, und die sich in dieser Rolle ganz bewußt von Intellektuellen, Staatsbeamten, Parlamentariern und Medienvertretern abgrenzten, wurde als Novum aufgefaßt. Die Redaktion der Zeitung *Segodnja* leitete die Publikation der Erklärung mit der Bemerkung ein, damit sei "faktisch offiziell die Dritte Kraft geboren", auf die Rußland so lange gewartet habe.[259] Zu den Unterzeichnern gehörten neben den "Kapitänen" der größten Finanzgruppen auch Vertreter von Mineralöl- und Rüstungsfirmen. Allerdings stachen die Bankenvertreter in den Augen der Medien besonders hervor. In dieser Phase ging der Begriff *semibankirščina* in die Umgangssprache ein – frei übersetzt die "Die Herrschaft der Sieben Bankbarone". Der Politiker und Finanzmagnat Beresowskij brachte die Siebenergruppe in einem Interview mit der *Financial Times* ins Spiel. Zu den "Großen Sieben"

---

256 Ebd., S. 3; vgl. auch C. Freeland/J. Thornhill/A. Gowers: Moscow's Group of Seven, in: The Financial Times, 1.11.1996, S. 15; A. Bagrov: Bankiry za kremlevskoj stenoj, in: Kommersant Daily, 16.9.1997, S. 1, merkt im September 1997 an, das letzte Mal habe ein Treffen zwischen Präsident und Bankiers im Februar/März 1996 stattgefunden, als Jelzin seinen Wahlkampfstab bildete; vgl. auch A.J. Zudin: Biznes i politika v prezidentskoj kampanii 1996 goda, in: Pro et Contra, 1. Jg., 1996, Nr. 1, S. 46-60.

257 Vgl. Rukovoditeli veduščich finansovo-promyšlennych grupp trebujut stabilnosti, in: Segodnja, 27.4.1996, S. 1; Predprinimateli trebujut ot politikov vzaimnych ustupok – v protivnom slučae oni proročat graždanskuju vojnu i raspad Rossi, in: Nezavisimaja gazeta, 27.4.1996, S. 1; zur Zusammensetzung der Gruppe vgl. Schröder 1998, Sonderveröffentlichung des BIOst, S. 52ff.; vgl. auch Anhang, Abschnitt 6.2, Tabelle 36: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 1).

258 Segodnja, 27.4.1996, S. 1.

259 Ebd.

rechnete er sich selbst (*LogoVAZ*), V.O. Potanin (*ONĖKSIMbank*), V.A. Gusinskij (*Most*-Gruppe, *Media Most*), M.B. Chodorkovskij (*MENATEP*, *JuKOS-Rosprom*), A.P. Smolenskij (*SBS-Agro*) sowie M.M. Fridman und P.O. Aven (*Al'fa*-Gruppe).[260] Andere Interpreten ersetzten mitunter Aven durch V.V. Vinogradov (*Inkombank*).[261]

Es war diese Gruppe, die 1997 und 1998 politisch verstärkt in Erscheinung trat, und mit der Präsident Jelzin den Dialog suchte. Bei zwei Gelegenheiten – im September 1997 anläßlich des "Bankenkrieges" und im Juni 1998 im Kontext der schweren Finanzkrise – lud der Präsident die wichtigsten Wirtschaftsmagnaten zu einem Gespräch ein. Im ersten Fall waren das die sechs führenden Bankiers,[262] die 1996 gemeinsam die Wiederwahl Jelzins unterstützt hatten. 1997 führten Unstimmigkeiten über die Modalitäten bei der Privatisierung bestimmter, perspektivreicher Großbetriebe zu heftigen Auseinandersetzung zwischen einzelnen Bankengruppen, dem sogenannten "Bankenkrieg". Diesen Konflikt, der sich negativ auf die Gesamtwirtschaft auszuwirken drohte, wollte der Präsident persönlich schlichten. Neun Monate später, im Juni 1998, ging es darum, die Unterstützung des großen Kapitals für die Wirtschaftspolitik der Regierung Kirienko einzuwerben. An diesem Treffen nahmen sechs Bankiers und vier Vertreter des Energiesektors teil. Eines der sichtbaren Ergebnisse des Gesprächs war eine "Erklärung der Vertreter des russischen Geschäftslebens", die um Vertrauen für die Regierungspolitik warb.[263] Zwei Wochen später traf sich derselbe Kreis von Wirtschaftskapitänen mit dem Regierungschef und dem Leiter der

---

260 Freeland/Thornhill/Gowers, in: The Financial Times, 1.11.1996, S. 15.

261 Vgl. etwa Credit Risk in Russian Financial-Industrial Groups, in: Standard & Poor's Credit Week, 24.6.1998, S. 9-15, hier S. 11.

262 Vgl. Bagrov, in: Kommersant Daily, 16.9.1997, S. 1; S. Čugaev: Prezident pytaetsja ostanovit' "voiny bankov", in: Izvestija, 16.9.1997, S. 1.

263 A. Bagrov: Ždali štrafnoj, polučili svobodnyj, in: Kommersant Daily, 3.6.1998, S. 1.; vgl. Obraščenie predstavitelej rossijskogo biznesa, in: Nezavisimaja gazeta, 6.6.1998, S. 3; sowie <www.cityline.ru/politika/raznoe/ob980605.html, 2.7.1998>; vgl. auch: The Jamestown Foundation Monitor, June 8, 1998.

Präsidialadministration. Diesmal wurde auch Beresowskij hinzugezogen.[264]

In den Zusammenkünften der Jahre 1997 und 1998 schälte sich so ein Kreis von Wirtschaftsführern heraus, die mit Präsident und Regierung in engem Kontakt standen und zur Konsultation herangezogen wurden. Zu dieser Gruppe gehörte in den Jahren 1997/1998 der Vorsitzende des Russischen Energiekonzerns *EĖS Rossii*, der Vorsitzende des Managements von *Gazprom*, die Vorstände der Mineralölfirmen *LUKojl* und *NK Surgutneftegaz*, sowie die Gründer und Leiter der führenden Finanz- und Industriekonglomerate *ONĖKSIMbank/Interros*, *Most*-Gruppe, *JuKOS-Rosprom/MENATEP*, *SBS-Agro*, *Al'fa*-Gruppe und *Rossijskij kredit*. Schließlich zählte auch Boris Beresowskij zu dieser Gruppe. Damit ist grob jener Kreis von Finanzmagnaten und Wirtschaftskapitänen umrissen, die in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf Ebene der Föderation politischen Einfluß ausübten.[265]

Die Einladungen zum Staatsoberhaupt verliehen den Wirtschaftsrepräsentaten in den Augen der russischen Öffentlichkeit einen besonderen Status. So schrieb die Zeitung *Kommersant-Daily* anläßlich des Treffens mit Jelzin am 2.6.1998:

> "Mit anderen Worten, die russischen Oligarchen sind vom Kreml offiziell als politische Kraft anerkannt worden."[266]

Es war symptomatisch für den Zustand der russischen Volkswirtschaft, daß dieser Führungszirkel allein aus Vertretern des Energiesektors und

---

[264] Nach: I. Plaksin; A. Bulgakova: Čego bojatsja oligarchi, in: Kommersant Daily, 17.6.1998, S. 1.

[265] Eine Charakterisierung der einzelnen Personen und der mit ihnen verbundenen Finanz- und Industrieholdings findet sich bei: Schröder 1998, Sonderveröffentlichung des BIOst; für eine Auseinandersetzung mit der Rolle einiger der großen Holdings in konkreten Situationen vgl. unten die Fallstudien in Kapitel 3, insbesondere Kapitel 3.1 und 3.2.

[266] Vgl. Bagrov, in: Kommersant Daily, 3.6.1998, S. 1; die Medien hatten die "Oligarchen" allerdings schon 1996 als "dritte Kraft" bezeichnet, vgl. oben Fußnote 259.

des Bankenbereichs bestand. Vertreter anderer Branchen war es nicht gelungen, in diesen Kreis vorzudringen. Es ist eine Anmerkung wert, daß die größte Bank Rußlands – die *Sberbank* – vor August 1998 in diesem Kontext keine Rolle spielt. Ihre Tätigkeit wurde von der Regierung und der Zentralbank bestimmt. Die *Sberbank*, die 40% aller russischen Bankeinlagen und 76,9% der Rubelspareinlagen aller Privathaushalte hielt, agierte gewissermaßen als *pocket bank* der Rußländischen Föderation. Für die Regierung, die sie über die Zentralbank dirigierte, war sie vor allem eine Quelle für billige Kredite und ein Instrument, um auf den Staatsanleihenmarkt einzuwirken, da sie gemeinsam mit der Zentralbank über 70% der dort untergebrachten Anlagen hielt.[267] Die *Sberbank* und die anderen großen Kreditinstitute, die sich – wie z.B. die *Vneštorgbank* – noch in Staatsbesitz befanden, verfügten also zwar über erhebliche Mittel, doch entwickelten sie im Gegensatz zu den großen privaten Holdings kein eigenes politisches Profil.

Wie in der Zentrale kam es auch in den Regionen in vielen Fällen zu einer ähnlich engen Zusammenarbeit zwischen regionaler Administration und örtlicher Wirtschaft wie auf föderaler Ebene zwischen Präsident und Wirtschaftsspitzen.[268] Die Stadt Moskau, in der sich konzentriert Wirtschafts- und Finanzgruppen angesiedelt haben, nahm dabei eine besondere Position ein. Ihr Bürgermeister Luschkow, der lange Zeit Ambitionen auf die Nachfolge Jelzins hatte, unternahm in den neunziger Jahren große Anstrengungen, um im Umfeld der Stadtverwaltung eine Finanzgruppe zu schaffen, die seiner Politik den notwendigen Rückhalt verleihen konnte. Zur Konsultation durch Präsidenten und Regierung wurden Repräsentanten dieser Gruppe in der Regel nicht herangezogen,[269] dennoch darf man sie nicht außer acht lassen, wenn

---

[267] Vgl. Tompson, in: Communist Economies & Economic Transformation, 10.1998, Nr. 2, S. 133f., 143f.

[268] Vgl. dazu auch unten Kapitel 3.5 Eliten, Netzwerke und Entscheidungsprozesse in der regionalen Politik: Novgorod und Volgograd.

[269] Nur phasenweise wird die "Moskauer Gruppe" in den engen Entscheidungszirkel zugelassen; vgl. unten Kapitel 6.2, Tabelle 36: Russische Unternehmer im

man nach Wirtschaftskreisen sucht, die auf föderaler Ebene auf die Politik einwirken.

Die Symbiose von politischer Führung und Finanzgruppen gehörte zu den charakteristischen Zügen des "Systems Jelzin". Angesichts der Schwäche der verfassungsmäßigen Vertretungskörperschaften, die in der Gesellschaft kaum verankert waren, und des Fehlens einer konsolidierten Mittelschicht wirkte sich diese Verbindung einzelner Finanzgruppen mit der Politik nachhaltig auf die Formierung des politischen Systems und auf die Ausgestaltung der Marktbeziehungen aus.

Die "Oligarchen" am Vorabend der Finanzkrise

Die großen Finanzgruppen im Umfeld Jelzins stellten allerdings keinen geschlossenen Block dar – zu unterschiedlich waren ihre Unternehmensstrukturen und Geschäftsinteressen. Gewiß hatten alle ein starkes Interesse an der Wahrung des sozialen und politischen *status quo* von 1996. Eine Neuverteilung der Besitzstände oder eine Revision der Privatisierungsentscheidungen der neunziger Jahre konnte für sie nur Nachteile bringen. Auf dieser Einsicht fußte auch der Entschluß von Davos, sich zur Unterstützung Jelzins bei den Wahlen von 1996 zusammenzuschließen. Nachdem mit dem Wahlsieg Jelzins die Gefahr einer Machtübernahme durch die Kommunistische Partei gebannt war, traten aber bald wieder die Unterschiede in den Vordergrund.[270] Die *ONĖKSIMbank* und *JuKOS-ROSPROM-MENATEP* erwarben im Rahmen von Bankgeschäften und Pfandauktionen zahlreiche Industriebetriebe u.a. im Mineralöl-, Buntmetall- und Hochtechnologiebereich, die bei einer Stabilisierung der Wirtschaftslage, einer sachgemäßen staatlichen Industriepolitik, einem professionellen Management durch die Finanzgruppen selbst und der Heranziehung ausländischer Investitionen mittelfristig wenigstens z.T. zu profitablen

Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 1) und Tabelle 37: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 2).

[270] Die folgenden Ausführungen basieren auf Schröder 1998, Sonderveröffentlichung des BIOst.

Unternehmen werden konnten. Die Absicht, eine Position im internationalen Bankgeschäft zu besetzen und parallel dazu das Industrieimperium im eigenen Lande zu konsolidieren, diktierte das Verhalten dieser Finanzgruppen. Die *Al'fa-Gruppe* schien weniger aggressiv, doch systematischer vorzugehen. Mit einer soliden Basis in verbrauchernahen Märkten und einem leistungsfähigen Management setzte sie eher auf den allmählichen Ausbau ihrer Position. Die Gruppe um *SBS-Agro* betrieb ihrerseits den Ausbau des Bankgeschäfts mit einem Schwerpunkt bei der Arbeit mit Privatkunden und im Agrarsektor. Die Konkurrenz zur *Sberbank* und die Absicht, als Bank auch eine Position im internationalen Rahmen zu gewinnen, bestimmte ihr Verhalten im politischen Raum. Die *Most-Gruppe* schließlich versuchte sich als nationaler Medien- und Telekommunikationskonzern zu etablieren. All dies deutete auf eine Entwicklung hin, in der sich die "politischen Unternehmer" des russischen Frühkapitalismus allmählich in normale Kapitaleigner verwandelten, oder, wie es der Beobachter der *Financial Time*s formulierte: "…some of Russia's bigger banks are evolving from speculative trading organizations into western-style universal banks, which offer a full range of services."[271] Doch die Finanzkrisen von 1997 und 1998 und eine Wende der Regierungspolitik setzten der Entwicklung ein Ende, und im Herbst 1998 war der "Sommer der Oligarchen" schon vorüber.

Kirienko und das vorläufige Ende der Symbiose von Finanzgruppen und Politik

Im Frühjahr 1998 leitete ein überraschender Regierungswechsel eine Phase der Irritation im Verhältnis zwischen politischer Führung und Wirtschaftsmagnaten ein. Was den Präsidenten letztlich veranlaßte, Tschernomyrdin als Ministerpräsidenten abzusetzen, blieb unklar.[272]

---

[271] Vgl. J. Thornhill/A. Wendtland: Alpha Group to merge operations, in: The Financial Times, 16.7.1998, S. 14.

[272] Der Regierungswechsel fand vor dem Hintergrund der Finanzkrise statt, die seit der Asienkrise im Herbst 1997 immer bedrohlichere Ausmaße annahm; vgl. oben Kapitel 2.1.1 Der Verlauf der Reformen, Abschnitt Oktober 1994 bis März 1998.

Angeblich war Jelzin über dessen politische Ambitionen – man sagte Tschernomyrdin nach, er strebe das Präsidentenamt an – verärgert. Gegen Versuche des Finanzmagnaten Beresowskij, mit Ivan Rybkin einen ihm genehmen Politiker in das Amt des Premierministers zu schieben,[273] setzte Präsident Jelzin den jungen Energieminister Kirienko in der Duma durch. Kirienko nahm bei der Bildung seines Kabinetts keine Rücksicht auf die Interventionen der Finanzgruppen.[274] Tatsächlich wurde unter Kirienko das in den letzten Jahren gewachsene System von Beziehungen zwischen Politik und "Oligarchen" ernsthaft gestört und die Regierung verlor damit – so Zudin – die Möglichkeit, in den Konflikten zwischen den Finanzgruppen als Vermittler und Koordinator aufzutreten.[275] Zunächst versuchte die Exekutive allerdings durchaus, die Verbindung mit den Oligarchen weiter aufrechtzuerhalten. Anfang Juni fand wiederum ein Treffen des Präsidenten mit den Leiter der wichtigsten Finanz- und Industrieimperien statt,[276] dem zwei Wochen später eine

---

[273] Vgl. die Polemik in der Potanin nahestehenden Zeitung "Russkij Telegraf": M. Sokolov: Berezovskij - naš prezident, in: Russkij Telegraf, 25.8.1998, S. 1; Rybkin selbst hatte sich im Frühjahr für eine dritte Amtszeit Jelzins eingesetzt und angedeutet, daß er eng mit Berezovskij zusammenarbeite; vgl. Ivan Rybkin: Mne pomogaet Beresovskij, in: Kommersant Vlast', 10.3.1998, S. 16-17; Gerüchten zufolge war auch Präsident Jelzin darüber verärgert, daß Berezovskij angeblich versucht hatte, auf die Zusammensetzung des neuen Kabinetts Einfluß zu nehmen; vgl. A. Bagrov: El'cin ugrožaet Berezovskomu ėmigraciej, in: Kommersant daily, 15.4.1998, S. 1; vgl. dazu V. Kuznecova: El'cin "podvinul" oligarchov, in: Izvestija, 4.4.1998, S. 2.

[274] So urteilen z.B. J. Latynina/T. Lysova: Kompromiss na distancii. Sudja po poslednim naznačenijam v pravitel'stve i rjadom s nim, Sergej Kirienko vser'ez nameren priderživat'sja principa ravnoudalennosti ot oligarchov, in: Ėkspert, 1998, Nr. 17, S. 14.

[275] Zudin, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1999, Nr. 1, S. 54f.; vgl. ferner die Darstellungen bei: A. Shleifer/D. Treisman: Without a map. Political tactics and economic reforms in Russia, Cambridge (MA) 2000, S.146-153, 175-177; G.M. Easter: Institutional legacy of the old regime as a constraint to reform. The case of fiscal policy, in: S. Harter/G.M. Easter (Hrsg.): Shaping the economic space in Russia, Aldershot 2000, S. 296-319.

[276] Vgl. Anhang, Kapitel 6.2, Tabelle 36: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 1) und Tabelle 37: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 2); Bagrov, in: Kommersant daily, 3.6.1998, S. 1; Vla-

Besprechung folgte, in der der Leiter der Präsidialadministration, Jumašev, und der junge Ministerpräsident mit einer personell weitgehend identischen Runde konferierten.[277] Gegenleistung war eine Erklärung der "Oligarchen", in der diese ihre Unterstützung für die Finanzpolitik der Regierung Kirienko unterstrichen.[278] In der Praxis erwies sich dieser Konsens aber als wenig tragfähig. Der Konflikt zwischen Politik und Finanzgruppen wurde in zwei Fällen öffentlich sichtbar – bei der Privatisierung des Erdölunternehmens *Rosneft'* und bei der Steuerpolitik. Im Falle *Rosneft'* ging es der Regierung darum, die Bedingungen für die Auktion im Gegensatz zur früheren Praxis so zu gestalten, daß die Staatskasse einen Betrag einnehmen konnte, der in etwa dem tatsächlichen Wert des Unternehmens entsprach. Der Verkauf scheiterte aber daran, daß von seiten der russischen Finanzgruppen keine Gebote eingingen.[279] Offenbar hatte die Regierung Kirienko die heimliche Geschäftsgrundlage der Beziehung von Politik und "Oligarchen" verlassen, und die Finanzgruppen reagierten darauf ausgesprochen irritiert. Auch auf dem Felde der Steuerpolitik ignorierte Kirienko die Interessen der großen Finanzgruppen und stellte vor allem die Aufgabe der Konsolidierung des Haushalts heraus.[280] Bei den Versuchen, Steuerrückstände einzutreiben, stieß seine Regierung aber rasch auf den

---

dimir Gusinskij: prezidentu nužno bylo posmotret' nam v glaza, in: Kommersant daily, 3.6.1998, S. 3; Vladimir Potanin: prezident mnogo vynes s ėtoj vstreči, in: Kommersant daily, 3.6.1998, S. 3; Vitalij Malkin: prezident prizval idti v massy, in: Kommersant daily, 3.6.1998, S. 3; Oligarchov stalo bol'še. Ich vovekli v bur'bu s krizisom, in: Nezavisimaja gazeta, 3.6.1998, S. 1.

277 Vgl. Anhang, Kapitel 6.2, Tabelle 36: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 1) und Tabelle 37: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 2); I. Plaksin/A. Bulgakova: Čego bojatsja oligarchi, in: Kommersant daily, 17.6.1998, S. 1.

278 Obraščenie predstavitelej rossijskogo biznesa, in: Nezavisimaja gazeta, 6.6.1998, S. 3.

279 Vgl. dazu unten 3.1 Banken in A(u)ktion. Privatisierung und Pfandauktionen.

280 Vgl. S.V. Kirienko: Programma stabilizacii ėkonomiki i finansov. Proekt, in: Ėkonomika i žizn', 1998, Nr. 26, S. 1-5; vgl. dazu den Kommentar der *Nezavisimaja gazeta*, die Berezovskij nahestand: Apolitičnij plan dejstvij Sergeja Kirienko, in: Nezavisimaja gazeta, 9.4.1998, S. 1, 3.

Widerstand von *Gazprom* und wurde gezwungen, ihre Pläne aufzugeben und mit dem Erdgasgiganten einen Kompromiß auszuhandeln.[281] Auch die Erdölfirmen waren mit der Politik der Haushaltskonsolidierung, die Kirienko betrieb, in hohem Maße unzufrieden. Zwar nahmen sie von einer öffentlichen Protestaktion Abstand, doch versteifte sich ihr Widerstand gegen das amtierende Kabinett.[282]

Insgesamt entstand der Eindruck, daß die politische Führung im Sommer 1998 nicht stark genug war, um gegen die großen Finanzgruppen eine eigenständige Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Die symbiotische Beziehung, die das Verhältnis von Finanzgruppen und politischer Führung in der Amtszeit der Regierung Tschernomyrdin-Tschubajs bestimmt hatte, wurde in dieser Phase ernsthaft beschädigt. Damit verlor die Regierung Kirienko aber ihre politische Basis. Ohne Rückhalt im Parlament und bei den Parteien, ohne Unterstützung in der Gesellschaft, allein darauf angewiesen, daß der Präsident sie im Amt erhielt, war Kirienkos Kabinett damit *de facto* gescheitert. Die Absetzung des Ministerpräsidenten, die dann im Kontext der Ereignisse des 17. Augusts erfolgte, war nur eine Frage der Zeit. Der Sturz erfolgte offenbar auf Intervention der großen Finanzgruppen, die von Beresowskij, den Vizepremier Nemzow nach seinem Rücktritt im Zorn den "Rasputin

---

281 Zum zeitgenössischen Presseecho vgl.: N. Ivanov: Gazovaja ataka na "Gazprom" zadochnulas'. No pobeda Rema Vjachireva budet stoit' emu "Rosnefti", in: Segodnja, 3.7.1998, S. 1, 5; A. Venediktov: Gazoprivod Vjachireva v Kreml'. Prem'era prem'era v roli vyšiby dolgov ne udalas', in: Segodnja, 4.7.1998, S. 1; S. Babaeva: "Gazprom" proverjajut na finansovuju sostojatel'nost', in: Izvestija, 11.8.1998, S. 1; Vybor Kirienko, in: Itogi, 25.08 1998, S. 12-15; zu Analysen, die über die Presseberichterstattung hinausgehen, vgl. J. Fruchtmann/H. Pleines: Wirtschaftskulturelle Faktoren in der russischen Steuergesetzgebung und Steuerpraxis, Münster 2002, S.127-132; Steuerlast und Steuerverhalten russischer Wirtschaftsbranchen. Teil II: Besteuerung der russischen Öl- und Gasindustrie. Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 28, Bremen 2001.

282 P. Sapožnikov: Fal'start, in: Kommersant daily, 23.7.1998, S. 1; D. Kuznec: Neft' razdelilas' na frakcii. Popytka neftjanikov davit' na pravitel'stvo zaveršilas' skandalom, in: Russkij Telegraf, 14.8.1998, S. 1; vgl.auch A. Bagrov: Pod davleniem, in: Kommersant Vlast', 1998, Nr. 29 [281], S. 8-15.

unserer Tage" nannte[283], zu einem Vorstoß gegen die Regierung zusammengefaßt worden waren.[284] Die Neubildung der Regierung zeigte aber andererseits, daß die Macht der "Oligarchen" durchaus begrenzt war. Es gelang ihnen nicht, ihren Wunschkandidaten, den früheren Ministerpräsidenten Tschernomyrdin, durchzusetzen.[285] Statt dessen übernahm mit Primakow ein Politiker das Amt des Ministerpräsidenten, der keineswegs gewillt war, die symbiotischen Beziehungen der Tschernomyrdin-Ära in der alten Form neu zu beleben.

Die Finanzkrise 1998 – der "Herbst der Oligarchen"?

Die neue Regierung, die sich im Gegensatz zu ihren Vorgängern auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens stützen konnte, war nicht geneigt, den großen Finanzgruppen wieder den früheren Einfluß einzuräumen. Die Situation war für sie insofern günstig, als praktisch alle "Oligarchen" im Verlauf der Finanzkrisen des Jahres 1998 erhebliche finanzielle Einbußen hatten hinnehmen müssen und jetzt wieder auf Patronage durch die Politik angewiesen waren. Gewiß konnten Primakow und sein Zentralbankchef Geraschtschenko nicht umhin, ebenso wie ihre Vorgänger mit den Spitzenvertretern der Wirtschaft eng zusammenzuarbeiten, doch setzten sie nicht mehr in erster Linie auf die

---

283 Boris Nemcov: Berezovskij - ėto Rasputin našich dnej, in: Kommersant daily, 27.08.1998, S. 3.

284 Vgl. S.V. Kirienko/N. Gridneva: "Berezovskij otkryto borolsja protiv nas", in: Kommersant, 19.1.1999, S. 1-2; M. Gordon: Russia's Financial Barons Flex Their Muscles in Power Shift at Kremlin, in: The International Herald Tribune, 28.8.1998, S. 7; D. Hofman: On the Ropes in Russia, 'Oligarchy' Fights Back, in: The International Herald Tribune, 25.8.1998, S. 9, 13; C. Freeland/J. Thornhill: Oligarchs urged sackings, says Nemtsov, in: The Financial Times, 26.8.1998, S. 2; J. Thornhill/C. Freeland: Rouble drops 9% on economy fears. Chernomyrdin tries to form government amid claim banking elite engineered sackings, in: The Financial Times, 26.8.1998, S. 1; M. Sokolov: Berezovskij - naš prezident, in: Russkij Telegraf, 25.8.1998, S. 1; N. Timakova: I.O., in: Kommersant daily, 25.8.1998, S. 1; C. Freeland: All bets are off, in: The Financial Times, 29.8.1998, S. 6; Kommersant daily, 27.08.1998, S. 3.

285 A. Bagrov: Berezovskij formiruet kabinet, in: Kommersant daily, 25.8.1998, S. 1; N. Timakova: Kremlevskie raskol'niki, in: Kommersant daily, 11.9.1998, S. 1.

neuen Magnaten, die ihre Vermögen in der russischen "Gründerzeit" erworben hatten.

Als die Regierung am 13. Oktober 1998 wiederum ein Treffen mit der Wirtschaft einberief, waren bis auf Beresowskij zwar die meisten "Oligarchen" eingeladen. Sie wurden jedoch eingerahmt von Vertretern der staatseigenen Banken, dem Repräsentanten der "Moskauer Gruppe", die dem Moskauer Bürgermeister und Präsidentschaftsaspiranten Luschkow nahestand und daher bisher ignoriert worden war, und von Sprechern dreier Banken, die man bisher nicht zu den Großen gezählt hatte.[286] Die Relativierung der Rolle der alten "Oligarchen", die hier manifest wurde, fand alsbald auch in der Perzeption der Experten ihren Niederschlag. In den Ratings der 100 wichtigsten Politikern, die die *Nezavisimaja gazeta* allmonatlich publizierte, ging der Anteil von Unternehmern und Bankiers zwar nicht zurück, doch änderte sich ihre Zusammensetzung. An die Stelle einer Reihe von "Oligarchen", die nicht mehr unter den wichtigsten Politikern aufgeführt wurden, rückten Vertreter der staatlich kontrollierten *Sberbank*, der "Moskauer Gruppe" sowie von Rüstungs- und Telekommunikationsunternehmen.[287] Offensichtlich bewerteten die befragten Experten den Einfluß der Wirtschaft auf die Politik nach wie vor hoch, sahen jedoch einen Wechsel in der Zusammensetzung der relevanten Wirtschaftsvertreter. Dies hing mit der Haltung der Regierung Primakow zusammen, die stärker auf Staatsbanken und – wenigstens verbal – auf eine Förderung der Industrie setzte. Allerdings spielte auch die Schwächung der "Oligarchen" durch

---

286 Vgl. Anhang, Kapitel 6.2, Tabelle 36: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 1) und Tabelle 37: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 2).

287 Vgl. A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v ijule, in: Nezavisimaja gazeta, 1.8.1998, S. 1, 3; ders.: 100 veduščich politikov Rossii v avguste, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 9.9.1998, S. 11; ders.: 100 veduščich politikov Rossii v sentjabre, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 14.10.1998, S. 11; ders.: 100 veduščich politikov Rossii v oktjabre, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 11.11.1998, S. 11; ders.: 100 veduščich politikov Rossii v nojabre, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 9.12.1998, S. 11; ders.: 100 veduščich politikov Rossii v dekabre, in: Nezavisimaja gazeta, 31.12.1998, S. 10.

die Finanzkrise des Jahres 1998 eine Rolle. Ein Vergleich des Rankings der 200 größten russischen Banken in den Jahren 1997 und 1999 zeigt, daß eine Reihe großer Finanzinstitute wie z.B. die *ONĖKSIM-Bank*, *SBS-Agro* oder die *MFK* erheblich an Boden verloren hatten, während andere wie die *Inkombank* oder die *Tokobank* ganz aus der Aufstellung verschwunden waren.[288] Insofern reflektiert die Einladungspolitik der Regierung Primakow und das Rating der *Nezavisimaja gazeta* nicht nur die veränderte Haltung der Regierung, sondern auch die Verschiebungen im Bankenbereich. Die Geschäftsbanken waren geschwächt und auf Unterstützung durch den Staat angewiesen. Im Rahmen der notwendigen Restrukturierung des Bankwesens, die allerdings nur mit großer Verzögerung in Gang kam, mußte die Rolle des Staates notwendig zunehmen.[289]

Die Regierung Primakow tat noch ein übriges: unter ihrer Ägide ging die Exekutive mit aller Rigorosität gegen einige der "Oligarchen" vor, insbesondere gegen Beresowskij. Firmen, die mit ihm in Geschäftsverbindungen standen, wurden durchsucht, Manager, die zu seinem Kreis gehörten, aus ihren Positionen entfernt, und gegen ihn selbst wurde ein Haftbefehl ausgestellt.[290] Vorgänge dieser Art gaben den

---

288 Vgl. die Bankenratings bei: G. Baranov: Kto iz bankov vsech krupnee?, in: Kommersant Daily, 28.11.1997, S. 11; Rating der 200 größten russischen Banken. Stichtag 1.10.1997; Nezavisimaja gazeta. NG-Politėkonomija, 23.3.1999, S. 12; Ėkspert, #46 (258) ot 4 dekabrja 2000 <www.expert.ru/expert/ratings/banki/00-46-58/1-50.htm; …51-100.htm; …101-150.htm;… 151-200.htm>; Ėkspert, #46 (306) ot 10 dekabrja 2001 <www.expert.ru/expert/ratings/banki/01-46-06/banks2.htm, 11.12.2001>.

289 N. Archangel'skaja/M. Kozyrev/T. Lysova/A. Sautin: Utruska oligarchov, in: Ėkspert, 1999, Nr. 5, S. 33-34; vgl. u.a. M. Volkova: Prem'er prinjal oligarchov. Spasenie utopajuščich bankov - liš' otčasti delo ruk gosudarstva, in: Nezavisimaja gazeta, 14.10.1998, S. 1, 3; Spasti vse banki nevozmožno, in: Nezavisimaja gazeta, 17.9.1998, S. 1, 4; Bankovskaja restrukturizacija: Mif ili peregruppirovka finansovych sil, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Politėkonomija, 29.12.1998, S. 9-11; A. Semenov: Oligarchov otlučat ot bjudžeta, in: Kommersant, 10.2.1999, S. 7.

290 Archangel'skaja u.a., in: Ėkspert, 1999, Nr. 5, S. 33-34; M. Neubert: Götterdämmerung für Moskaus "grauen Kardinal", in: Süddeutsche Zeitung, 13.2.1999, S. 9.

Anlaß dafür, daß Beobachter vom "Herbst der Oligarchen" sprachen oder gar den "Tod der Oligarchen" proklamierten.[291] Ol'ga Kryštanovskaja erklärte sogar ganz grundsätzlich, daß die Systemkrise in Rußland "den Tod der Finanzoligarchie" bedeute. Bei diesem Verdikt nahm sie nicht nur die finanziellen Einbußen in den Blick, die die Magnaten erlitten hatten, für viel schwerwiegender hielt sie den Verlust der "politischen Kuratoren".[292] Auch wenn dieses Urteil vielleicht etwas verfrüht war – im Umfeld des Jelzinschen Familienclans spielten Magnaten bald wieder eine große Rolle –, so entsprach es doch den Absichten der Regierung Primakow, die die zeitweilige Schwäche der Finanzmagnaten auszunutzen versuchte, um deren Einfluß auf die russische Politik zu beschneiden.

2.4.4 "Privatisierung des Staates" als Grundzug der Ära Jelzin?

In den Anfangsjahren der Marktreform hatte sich in Rußland eine Schicht von Wirtschaftsführern gebildet, die ihren Aufstieg einer engen, symbiotischen Beziehung zur politischen Führungsschicht verdankten. Das Hervortreten dieser "Magnaten" oder "Oligarchen" knüpfte wenigstens indirekt an frühere Entwicklungen an. Was die Unternehmerentwicklung anging, hatte Rußland einen ganz eigentümlichen Weg hinter sich gebracht. Die staatlich initiierte "nachholende Modernisierung" des 19. Jahrhunderts schuf eine Wirtschaftsstruktur, die von Großunternehmen dominiert war. Viele von ihnen waren eng mit dem Staat verbunden oder wenigstens zum Teil in ausländischer Hand. Ein autochthones Unternehmertum entstand erst

---

[291] Vgl. etwa: Ėra "neoliberal'nych reformatorov", in: Kommersant, 25.11.1998, S. 9; O.V. Kryštanovskaja: Smert' oligarchii, in: Argumenty i fakty, 1998, Nr. 47, S. 10; ebd., Nr. 46, S. 5; ähnlich auch G. Položevec: Ėlita rossijskogo biznesa uže ne ta. Deti Ostapa Bendera, oligarchi, kto sledujuščij?, in: Vek, 1998, Nr. 43, S. 2; vgl. dagegen aber S. Nikolaev: Bol'šoe oligarchičeskoe kontrnastuplenie, in: Rossijskaja gazeta, 5.1.1999, S. 1-2.

[292] O.V. Kryštanovskaja: Smert' oligarchii, in: Argumenty i fakty, 1998, Nr. 46, S. 5; im übrigen glaubte auch der entlassene Ministerpräsident Kirienko feststellen zu können, daß es mit dem Einfluß der "Oligarchen" vorbei sei; vgl. "Berezovskij otkryto borolsja protiv nas", in: Kommersant, 19.1.1999, S. 1-2, hier S. 2.

langsam. Am ehesten war dies im Raum Moskau der Fall, in dem es bereits vorher mit der Kaufmannschaft eine unternehmerische Tradition gab. Die Revolution von 1917 unterbrach diesen Prozeß jedoch, und unter der Sowjetmacht war für selbständige Unternehmer kein Raum. In der "forcierten Industrialisierung" der dreißiger Jahre setzte die Führung wiederum auf der Schaffung überdimensionierter Großbetriebe, die bis zum Ende der Sowjetunion für die sowjetische Wirtschaft charakteristisch waren. In dieser Phase entstand eine Schicht "roter" Wirtschaftskapitäne, die im Rahmen einer zentral gelenkten Planwirtschaft agierten.

Insofern waren nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems die Voraussetzungen für die rasche Entwicklung einer breiten, vielgestaltigen Unternehmenslandschaft denkbar schlecht. Auf bürokratische Prozesse fixierte Wirtschaftsmanager und ein an Marktmechanismen nicht gewöhntes Direktorenkorps bildeten das Rückgrat der Wirtschaftselite. Dennoch vollzog sich in den Jahren 1987 bis 1995/96 ein tiefgreifender Umbruch. Die Administrationen Gajdar, Tschernomyrdin und Tschubajs schufen mit Preisliberalisierung, Privatisierung, Institutionalisierung marktwirtschaftlicher Normen und Entwicklung eines Kapitalmarktes nicht nur die Voraussetzungen für den Übergang vom Plan zum Markt, sie initiierten *nolens volens* auch einen Elitenwandel. In Aktiengesellschaften umgewandelte Staatsbetriebe und neugegründete Unternehmen benötigten ein Management, das sich auf die neuen Rahmenbedingungen einstellte. Ein hoher Prozentsatz von *homines novi* – "Nichtnomenklaturisten" – übernahm nach 1991 Führungspositionen in der russischen Wirtschaft. Zwei Faktoren wirkten auf diesen Prozeß ein. Einfluß hatte die frühere Position – viele Inhaber von Nomenklaturposten nutzen ihre alten Privilegien, um im neuen Umfeld wieder eine führende Stellung zu erwerben. Doch gerade in der Übergangszeit spielten auch Eigenschaften des Individuums eine Rolle. Initiative, Anpassungsfähigkeit, Unternehmungsgeist und Skrupellosigkeit verschaffen einer Reihe von Personen Spitzenstellungen in der neuen Wirtschaft, obwohl sie vorher nur unwichtige Funktionen innehatten. So entfaltete sich ein Spektrum von Unternehmertypen: "Alte" Direktoren

und Wirtschaftsmanager hielten ihre Positionen und sicherten sie im Rahmen der Privatisierung ab. Die Fortexistenz alter Netzwerke verschaffte ihnen in den Jahren 1992 bis 1995 erheblichen Einfluß (Staatslobbyismus). Neben diesen "Nomenklaturkapitalisten" wuchs eine Schicht neuer Unternehmer heran, die zunächst die Möglichkeiten der Hyperinflation nutzten, dann aber vor allem ihre politischen Verbindungen zur Regierung und zur Umgebung des Präsidenten verwerteten, um sich Vorteile zu verschaffen. Sie repräsentierten einen spezifischen Typ der Übergangszeit, den "politischen Unternehmer", der die "politische Rente" maximierte, statt zu produzieren und Märkte zu entwickeln. Daneben entstand im Ansatz auch ein "klassisches" Unternehmertum, dessen Vertreter Betriebe aufbauten, Produkte entwickelten und für ihre Vermarktung sorgten. Die unterschiedlichen Unternehmergruppen existierten nebeneinander, konkurrierten aber bei der Einflußnahme auf die Politik. Staatslobbyisten verfügten bis 1995/96 über erhebliches Gewicht. Mit dem Erstarken neuartiger Finanzgruppen und der Entfernung von Industrielobbyisten wie Soskovec aus der Regierung ging ihr Einfluß zurück. Dagegen nahm der Einfluß "politischer Unternehmer" deutlich zu, die sich 1996 und 1997 im Rahmen der Post-Voucher-Privatisierung große Teile des Industriekapitals aneignen konnten. Demgegenüber führten "normale" Unternehmer ein Schattendasein, da sie keine Lobbygruppe von Gewicht darstellten und vielfach auch auf Finanzierung durch die großen Finanzgruppen angewiesen waren.

Diese Entwicklungen wirkten sich auf das wirtschaftliche und das politische System Rußlands aus. Durch staatliche Einflußnahme auf den Transformationsprozeß war es zu einer Verzerrung des politischen und ökonomischen Wettbewerbs gekommen. Davon profitierten insbesondere die "politischen Unternehmer", die sich durch das Instrument der bevollmächtigten Banken und durch die Pfandauktionen große Teile des ehemaligen Staatseigentums angeeignet hatten. Der Einfluß, den die "politischen Unternehmer" auf die Politik ausübten, war allerdings nicht so weitgehend, wie es der öffentliche Mythos unterstellte. Gewiß waren sie in der Lage, soweit dies ihre Geschäftsinteressen verlangten, auf die

Staatsmacht einzuwirken und sie für ihre Ziele in Dienst zu nehmen, doch stießen sie dabei immer wieder an Grenzen. Igor' Malašenko, als Generaldirektor von *NTV-cholding* ein Vertrauter Gusinskij und eine der führenden Persönlichkeiten der *Most*-Gruppe, verwies insbesondere auf die traditionell starke Rolle des Staates, der den Spielraum der großen Magnaten beschnitt:

> "Ich würde die Bedeutung unserer Oligarchie nicht überschätzen. Dieser Mythos ist entstanden und genährt worden, insbesondere, weil er der Eigenliebe einiger Oligarchen geschmeichelt hat. Als Boris Beresowskij z.B. in die Sphäre der öffentlichen Politik eintrat, erlaubte ihm dieser Mythos, sehr rasch großes politisches Gewicht zu erlangen.
>
> […] Wir haben demokratische Institute, wir haben augenscheinlich sehr starke Indizien für Autoritarismus und Ochlokratie, es gibt zweifellos auch Anzeichen für Oligarchie. Aber das heutige politische System als Oligarchie zu bezeichnen, das ist einfach unzutreffend. In der Wirtschaft entspricht der Oligarchie ein Markt, der zwischen einigen Hauptspielern aufgeteilt ist, Oligarchie ist eben kraft dessen unversenkbar – sie hat eine unzerstörbare wirtschaftliche Grundlage. In unserem Land ist bis heute der Staat das wichtigste Wirtschaftssubjekt, deshalb sind alle Erzählungen über die wunderbare Macht der Oligarchie reiner Unsinn."[293]

Gusinskij selbst vertrat die Ansicht, daß der Mythos von den "Oligarchen" von Nemzow und Tschubajs in die Welt gesetzt worden sei und vor allem politischen Zwecken diene:

> "Die Rolle der 'Oligarchen' wird in der Öffentlichkeit und im politischen Leben stark überschätzt. Es waren Tschubajs und vor allem Nemzow, die diesen populistischen Trick mit ganz bestimmten Zielen benutzt haben – zur Stärkung der eigenen Macht. Dabei hat Nemzow 'vergessen', daß einer der 'Oligarchen' in die Regierung eingeladen wurde. Noch während seiner Zeit als Gouverneur hat er sich mit vielen angefreundet – mit Vinogradov und Gusinskij, mit Beresowskij und Potanin. In aller Offenheit, und daran war nichts Verwerfliches. Aber als die Mehrheit der

---

[293] Svoj sredi oligarchov. Rasskazy po čudovščinuju vlast' oligarchii est' čistoe vran'e utverždaet Igor' Malašenko, in: Nezavisimaja gazeta, 3.6.1998, S. 8.

> Vorsitzenden der großen Gesellschaften sich geweigert hat, die präsidentiellen Ambitionen Nemzows für das Jahr 2000 zu unterstützen, da hat er 'antioligarchische' Losungen ausgegeben."[294]

Daß sich die Betroffenen selbst gegen den – meist polemisch gemeinten – Terminus "Oligarch" wehrten, ist verständlich. Doch auch Publizisten wie G. Bovt[295] von der *Izvestija* oder Politikwissenschaftler wie V.A. Nikonov, der Präsident des Fonds *"Politika"*, wiesen darauf hin, daß die Machtverhältnisse sich in Wahrheit sehr viel komplexer darstellten, als der "Oligarchen"-Mythos unterstellte. Nikonov etwa machte deutlich, daß die Finanzgruppen von der staatlichen Bürokratie weit stärker abhängig gewesen seien, als die Bürokratie von den Finanzgruppen.[296]

In der Tat ist die wechselseitige Abhängigkeit von Finanzmagnaten und politischen Führungsclans ein Charakteristikum der Jelzin-Ära. Die Finanzgruppen zogen in demselben Maße Gewinn aus Zugeständnissen des Staates, wie die politische Führung von der Unterstützung durch die Finanzmagnaten profitierte. Ein augenfälliges Beispiel war die Wahl Jelzins zum Präsidenten im Jahre 1996. Diese verdankte er in hohem Maße dem Eingreifen einer Gruppe von Bankiers und Unternehmern, die sich Anfang des Jahres bei einer Tagung in Davos zusammenfanden und eine Strategie entwickelten, Jelzin – dessen Popularität einen vorläufigen Tiefstand erreicht hatte – gegen Kommunisten und Nationalpatrioten wieder zum Präsidenten zu machen.[297] Neben finanzieller Unterstützung erfolgte dies auch über die Massenmedien, die von den Finanzgruppen kontrolliert wurden, und die massiv für den Kandidaten Jelzin Werbung betrieben. Nach dessen Sieg erwartete wenigstens ein Teil der

---

294 Vladimir Gusinskij: vse budet zaviset' ot dejtsvij prezidenta v bližajščie dve-tri nedeli, in: Kommersant Daily, 14.7.1998, S. 1, 4, hier S. 4.

295 In: Segodnja, 16.4.1998, S. 3.

296 Vgl. V.A. Nikonov: Ni oligarchičeskogo, ni kapitalizma u nas net, in: Izvestija, 24.3.1998, S. 2.

297 Vgl. u.a. Vgl. W. Petuchow [Petuchov, V.]/W. Wjunizkij [Vjunickij, V.]: Die Rolle rußländischer Wirtschaftseliten im Jahre 1996, Berichte des BIOst 17-1997, Köln 1997; Freeland/Thornhill/Gowers, in: The Financial Times, 1.11.1996, S. 15.

Finanzmagnaten auch eine entsprechende Gegenleistung, oder, wie Potanin es in einem Interview formulierte,

> "… ein Teil der Unternehmer glaubte, daß die Macht ihnen im Zusammenhang mit den Wahlen etwas schuldig ist." [298]

Indes hatte der Staat den Banken und Finanzgruppen bereits die ganzen Jahren über unerhörte Möglichkeiten verschafft, Gewinne zu machen und sich öffentliche Mittel anzueignen. Dazu gehörte etwa das Konzept der autorisierten Banken.[299] Ein weiteres Instrument, staatliches Eigentum in privates zu überführen, waren die Pfandauktionen der Jahre 1995 bis 1997.[300] Ohne Duldung und Unterstützung durch die Politik hätte sich der Aufstieg der großen Finanzgruppen nicht so rasch vollziehen können. Sie profitierten von einer Regierung, die offenbar in dieser Phase zu schwach war, um Auktionen in einer Weise durchzuführen, daß dem Staatshaushalt aus der Privatisierung die dringend benötigten Mittel zugeflossen wären.

Die Allianz zwischen Teilen der politischen und der Geschäftselite wurden zum bestimmenden Element des Systems politischer Herrschaft, das sich in der Ära Jelzin in Rußland herausgebildet hat. Der Moskauer Politikwissenschaftler Aleksej Zudin skizzierte die Situation folgendermaßen:

> "Der wichtigste Teil der Beziehungen zwischen Business und Staat verlagerte sich in einen engen sozialen Raum, in dem es institutionelle Beschränkungen nicht gab. […]
>
> Im neuen, postkommunistischen Establishment hat sich ein 'oligarchischer' Typ der Interessenabgleichung durchgesetzt. Einzelne Segmente der Macht und der mit ihr verbundenen bürokratischen und politischen Eliten begannen sich den Geschäftseliten anzunähern. Eine kleine Gruppe von Direktoren und Geschäftsleuten wurde Bestandteil der

---

298 Moskovskie novosti, 1998, Nr. 26, S. 8.

299 Vladimir Vinogradov: prezident ne sobiraetsja sdavat' vlast', in: Kommersant, 1997, Nr. 34 (240), S. 12.

300 Vgl. unten Kap. 3.1 Banken in A(u)ktion. Privatisierung und Pfandauktionen.

> neuen herrschenden Schicht und erhielt direkten Zugang zum Zentrum des politischen Systems."[301]

Damit wurde die Herausformung starker Wirtschaftsgruppierungen, die selbstbewußt ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellten, strukturell zu einem Faktor, der angesichts des Fehlens einer starken Mittelschicht und der Passivität der Gesellschaft insgesamt den Charakter des politischen Systems beeinflußte. Sie teilten sich die Macht aber mit Kräftegruppen in den Regionen, mit den Entscheidungsträgern in der Präsidialverwaltung und den Apparaten der Regierung. Die Nähe von Finanz- und Wirtschaftskreisen zur Exekutive und die Verflechtung mit den entscheidungsrelevanten Apparaten ist charakteristisch für den Zustand des politischen Systems. Parteien, Verbände oder Interessenvertretungen, die den Willen großer gesellschaftlicher Gruppen zusammenfassen und politisch zum Tragen bringen könnten, sind nur schwach entwickelt. Die Gesellschaft als Ganzes ist vom politischen Prozeß ausgeschlossen.

---

[301] Zudin, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1999, Nr. 1, S. 46.

3. Akteure und Entscheidungen 1992-1999. Fallstudien

Transformation war in den Staaten Ost- und Ostmitteleuropas mehr als nur eine Neuordnung des politischen Systems. Mit der Einführung marktwirtschaftlicher Regeln und der Umverteilung des vormals staatlichen Produktivvermögens wurden die Kräfteverhältnisse innerhalb der Gesellschaft grundlegend verändert. Große Teile der Bevölkerung sanken sozial ab, während sich eine zahlenmäßig kleine Elite formierte. Auch wenn keine der Elitestudien, die bisher vorgestellt wurden, letztendlich befriedigen kann, so erhält man doch eine ungefähre Vorstellung von der Rekrutierung und der Zusammensetzung der neuen Führungsschichten in Rußland. Ein genauerer Blick auf die Wirtschaftseliten zeigt deren innere Zersplitterung, die horizontale Differenzierung in Branchenfraktionen und die Binnenhierarchie, an deren Spitze eine kleine Gruppe von "politischen Unternehmern" stand. Wenn man aber nach Verhalten und Charakter der Führungschichten im Wirtschaftsbereich fragt, dann helfen Elitestudien, die Herkunft und Karriere untersuchen, nur bedingt.[302]

Gerade angesichts des raschen Wandels und der instabilen sozialen Strukturen haben sie nur begrenzten Aussagewert. Rekrutierungsmuster geben zwar Anhaltspunkte, sagen aber nur wenig über das Verhalten im

---

[302] Vgl. dazu etwa Beyme 1971, S. 17: "Der Nutzen solcher Karrierestudien, die vornehmlich auf Informationen des Who's-who-Typs basieren, kann nur dann erhöht werden, wenn sie nicht rein deskriptiv bleiben, sondern zu zeigen versuchen, daß die Background-Variablen mit dem politischen Verhalten der politischen Positionsinhaber zusammenhängen und daß einige der zahlreichen Background-Variablen, die studiert werden können, relevanter sind als die übrigen, um politisches Verhalten verständlich zu machen […]. Der Versuch, politisches Verhalten etwa aus sozialer Herkunft und Beruf des Vaters zu erklären, ist für die Politik häufig so unergiebig wie der psychoanalytische Ansatz, der politisches Verhalten auf frühkindliche Erlebnisse zurückführt […]. Institutionelle Variablen, wie Inkompatibilitäten und Ineligibilitäten oder Vorschriften des Wahlgesetzes, können jedoch diese sozialen Background-Variablen stark kanalisieren, weshalb die Eigenarten eines politischen Systems nicht aus den Augen verloren werden dürfen."
Vgl. auch den Literaturbericht von J. Higley: The "Ruling Class" Revisited, in: Contemporary Sociology, 13. Jg., 1984, S. 143-146, hier S. 144.

neuen Umfeld aus. Warum manche Nomenklaturisten ihre 'alte' Machtposition auch unter neuen Verhältnissen in Besitz und politischen Einfluß umwandeln konnten, andere aber nicht, läßt sich mit dem Herkunftsansatz nur schwer fassen. Aufschluß gibt eher das Verhalten der Akteure in der neuen Umgebung. So ist z.B. die Interaktion mit den politischen Eliten, die für die sogenannten "Oligarchen" kennzeichnend war – und ihren Erfolg begründete –, ein Charakteristikum eines bestimmten Unternehmertyps, das etwas über die Formierung der neuen Führungsschicht aussagt und zugleich Rückschlüsse auf die Funktionsweise des politischen Systems zuläßt. Aber die "Oligarchen" gestalten die postsowjetische Wirklichkeit nicht allein, neben ihnen gibt es im neuen Rußland noch andere Wirtschaftsakteure, die ein eigenes Profil entwickeln und eigene Wege gehen. Im Rahmen von fünf Fallstudien soll daher das Verhalten einzelner Elitensegmente untersucht werden, um so eine Vorstellung über Handlungsvarianten im Prozeß der Umgestaltung zu gewinnen.

Bei der Auswahl der Fallstudien wurde Wert darauf gelegt, ein möglichst breites Spektrum von Verhaltensweisen zu erfassen. Daher sollten sowohl "Gewinner" als auch "Verlierer" des Transformationsprozesses berücksichtigt werden, neben den Akteuren im Zentrum auch solche in den Regionen. Nach reiflicher Überlegung erschienen den Autoren folgende "Fälle" für ihre Fragestellung relevant:

- Die Rolle der Banken in der "großen Privatisierung" (Pfandauktionen), die als Beispiel für erfolgreiches *rent seeking* gelten kann, und einen Eindruck vom Zusammenspiel von Staat und Hochfinanz vermittelt.
- Die Entwicklung von *Gazprom* als Exempel für erfolgreiche Anpassung einer sowjetischen Wirtschaftsbürokratie an Marktbedingungen.
- Die Stagnation der Luftfahrtindustrie als Beispiel für das Versagen eines ehemals starken Sektors, dem es nicht gelingt, unter den neuen Bedingungen erfolgreich zu wirtschaften.

- Die Krise der russischen Kohleindustrie. Dieser Fall zeigt, wie soziale Spannungen auf Wirtschaftsentscheidungen zurückwirken, und wie eine schwache Wirtschaftselite versucht, die Konfrontation mit einer anderen Akteursgruppe – den Bergarbeitern – zu instrumentalisieren.
- Verhaltensvarianten von Regionaleliten, deren Rolle bereits im Kontext der Rüstungs- und der Kohleindustrie thematisiert worden ist, sollen noch einmal systematisch behandelt werden. Da regionale Eliten ganz unterschiedlich agieren können, werden zwei sehr gegensätzliche Beispiele vorgestellt – Novgorod und Volgograd.

Indem man einzelne Elitegruppen im Prozeß untersucht, kann man Annahmen, die im Rahmen der Elitestudien, wie etwa des VCIOM und des Instituts für Soziologie, getroffen werden, überprüfen. Sowohl das Gazprom-Management als auch die Rüstungsdirektoren wurden in der sowjetischen Planwirtschaft sozialisiert. Offenbar reagieren beide Gruppen auf die neuen Bedingungen mit unterschiedlichen Strategien. In der Bankenwelt wiederum dominieren neue Eliten, die aber eng mit den Nomenklaturkadern in Regierung und Präsidialverwaltung zusammenwirken. Beobachtungen dieser Art relativieren die Ergebnisse der Elitestudien und erlauben Annahmen darüber, wo sowjetische Sozialisation und Wertorientierungen weiterwirken, wieweit Elitegruppen lernfähig sind und sich an die neuen Bedingungen anpassen können. Wenn man anhand statistischer Erhebungen Aussagen über sozialen Wandel und die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse machen kann, so erlauben die Fallstudien Aussagen über die innere Verfassung der russischen Elite und über die Interessen, die Elitenfraktionen in der Transformation verfolgten.

3.1 Banken in A(u)ktion. Privatisierung und Pfandauktionen

3.1.1 Das russische Privatisierungsprogramm

Die Privatisierung der Wirtschaft war in der russischen Transformation von Anfang an ein umstrittenes Projekt. Hatte die Liberalisierung der Preise Anfang 1992 der Bevölkerung bereits die ersten gewohnten "Sicherheiten" genommen, so stellte die Überführung staatlicher Betriebe in private Hände für viele Menschen ein Risiko dar, das sie als noch erheblich größer empfanden. In der Wahrnehmung ihrer Kritiker kam die Privatisierung einem Ausverkauf der historischen Errungenschaften der Sowjetzeit und des Reichtums des russischen Volkes gleich. Außerdem bedrohte sie wegen der zu erwartenden Umstrukturierungen viele Arbeitsplätze und stellte die traditionelle Verknüpfung sozialer Dienstleistungen mit dem Betrieb, dem man angehörte, in Frage. Die Privatisierungsbefürworter hielten dem entgegen, daß sich die Staatswirtschaft in der Sowjetunion als unheilbar ineffizient erwiesen habe, daß das "Volkseigentum" ein Mythos zur Verschleierung der Tatsache gewesen sei, daß Betriebsdirektoren sowie Staats- und Parteifunktionäre die eigentliche Kontrolle über das angeblich öffentliche Eigentum ausübten, und daß die Russen im übrigen genauso *homines oeconomici* und an Eigentum und Reichtum interessiert seien, wie die Menschen auf der ganzen übrigen Welt.[303]

Die Schlüsselfigur der russischen Privatisierung war Anatolij Tschubajs. Der Petersburger wurde im November 1991 von Präsident Jelzin zum Chef des noch jungen Staatskomitees der RSFSR zur Verwaltung des Staatsvermögens (*Goskomimuščestvo*, *GKI*) ernannt und blieb in dieser Funktion drei Jahre lang für die politische Durchsetzung und die praktische Durchführung des Privatisierungsprogramms unmittelbar verantwortlich, ehe ihn Jelzin im November 1994 zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten mit allgemeiner Zuständigkeit für die Reformpolitik machte. In dieser vergleichsweise kurzen Spanne

---

[303] M. Boycko/A. Shleifer/R. Vishny: Privatizing Russia, Cambridge (MA) 1996, S. 9-13.

gelang es Tschubajs, die Bedingungen dafür zu schaffen, daß der größte Teil der russischen Staatsunternehmen in private Hände überging. Kleinbetriebe waren in der sogenannten "kleinen Privatisierung" zumeist vollständig verkauft worden, vorwiegend an ihre bisherigen Betriebsleiter oder die Beschäftigten.[304] Mittlere und große Unternehmen waren zunächst in Aktiengesellschaften umgewandelt worden, um dann in Teilen privatisiert werden zu können. Auf diese Weise entstanden ab Mitte 1992 rund 22.000 Aktiengesellschaften mit durchschnittlich mehr als 1.000 Beschäftigten. Für die Privatisierung dieser Unternehmen waren vier Kategorien unterschieden worden: Unternehmen, die privatisiert werden mußten (vorwiegend Leichtindustrie); Unternehmen, zu deren Privatisierung das GKI zustimmen mußte (vor allem größere Verarbeitungsbetriebe mit Ausnahme sogenannter strategischer Schlüsselindustrien); Unternehmen, die nur durch Kabinettsbeschluß privatisiert werden konnten (viele Unternehmen der Rohstoffbranche und der Rüstungsindustrie); und nicht zu privatisierende Betriebe (Eisenbahn, Raumfahrt- und Raketentechnik, Gesundheits- und Bildungswesen).[305] Die meisten der zur Privatisierung anstehenden Unternehmen wurden zwischen Dezember 1992 und Juni 1994 mit Hilfe der Privatisierungsschecks (Voucher), die alle Bürger im Herbst 1992 bekommen hatten, mehrheitlich von Insidern (Management und Belegschaft) übernommen, da sich rund drei Viertel der Unternehmen für jene Privatisierungsoption entschieden hatten, bei der Management und Belegschaft 51% der Aktien zu einem günstigen Nominalpreis erwerben

---

[304] Die "kleine Privatisierung" betraf Unternehmen im Groß- und Einzelhandel, der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie, der Baubranche und dem Güterverkehr, die nicht mehr als 200 Beschäftigte hatten und deren Vermögenswert unter 1 Mio. Rbl betrug. Die Unternehmen wurden als ganzes auf Auktionen versteigert, wobei der höchste Bieter den Zuschlag bekam und die Einnahmen zwischen der föderalen und der örtlichen Ebene aufgeteilt wurden (vgl. A. Chubais/M. Vishnevskaya: Main Issues of Privatization in Russia, in: A. Åslund (Hrsg.): Russia's Economic Transformation in the 1990s, London/Washington (DC) 1997, S. 68-76).

[305] Boycko/Shleifer/Vishny, S. 73f.

konnten.[306] Als im Juli 1994 die sogenannte erste Phase der Privatisierung zu Ende ging, waren zwei Drittel der russischen Industrie privatisiert.[307]

Die ideologische Prämisse der jungen Mannschaft, mit der Tschubajs das Privatisierungsprogramm gegen zum Teil massiven Widerstand im Parlament und in der Öffentlichkeit durchsetzte, ist von den Beteiligten selbst in seltener Deutlichkeit formuliert worden: Vor allem anderen ging es den Reformern darum, die Wirtschaft dem Zugriff und der Kontrolle des Staates zu entziehen. Nur dadurch, so waren sie überzeugt, sei eine Wiederbelebung der russischen Wirtschaftskraft, seien die notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen und der Übergang zu einer effizienten Unternehmensführung zu erreichen. "Depolitisierung" des Wirtschaftslebens war daher ihr vorrangiges Ziel, dem sie alle anderen Zwecke unterordneten.[308] Dies sei Voraussetzung dafür gewesen, überhaupt Erfolg zu haben.

Einer der Kompromisse, die Tschubajs jedoch einging, um das Gesamtprojekt nicht zu gefährden, waren die Insiderprivilegien, die in den verschiedenen Privatisierungsoptionen vorgesehen waren. Sie sicherten ihm jene Unterstützung von Seiten der Betriebsdirektoren und ihrer Lobbies, die er im Frühjahr und Sommer 1992 benötigte, um für sein Programm die Unterstützung von Regierung und Parlament zu

---

306 Die drei Optionen, zwischen denen zur Privatisierung anstehende mittlere und große Staatsbetriebe zu wählen hatten, sind ausführlich dargestellt in Boycko/Shleifer/Vishny, S. 78-80. Während drei Viertel aller Unternehmen die Option 2 wählten (günstiger Erwerb von 51% der Aktien durch Belegschaft und Management), war Option 1 (kostenlose Übertragung von 25% der Aktien – ohne Stimmrecht – auf die Belegschaft sowie Option auf den günstigen Erwerb von weiteren 15% – mit Stimmrecht – durch Belegschaft und Management) besonders für jene Unternehmen interessant, die bereits mit einem hohen Nominalwert in den Büchern standen und entsprechend "teuer" waren, so daß Option 2 für die Insider nicht zu bezahlen war. Option 3, die Insiderprivilegien an die erfolgreiche Durchführung eines vorab zu vereinbarenden Investitionsprogramms band, spielte in der Praxis eine untergeordnete Rolle.

307 Boycko/Shleifer/Vishny, S. 2.

308 Boycko/Shleifer/Vishny, S. 10f.

erhalten, wohl wissend, daß Insiderprivilegien nach der reinen Lehre dem Ziel effizienter Unternehmensführung widersprachen.

Auch in einer zweiten Hinsicht machte Tschubajs in der ersten Privatisierungsphase erhebliche Abstriche – bei der Generierung von Einnahmen für den Staatshaushalt und für dringend benötigte Neuinvestitionen. Insidervergünstigungen und Voucherprogramm hatten dafür gesorgt, daß nur verhältnismäßig geringe Mittel in die staatlichen Budgets flossen, und auch die Finanzlage der Unternehmen war nicht verbessert worden, da kaum Investoren eingeworben wurden. Dies sollte sich nach dem Willen der Regierung in der zweiten Phase der Privatisierung, die Präsident Jelzin am 22. Juli 1994 per Dekret einleitete[309], ändern. Nun sollten um einen Großteil der noch im Staatsbesitz befindlichen Aktien Geldauktionen und Investitionswettbewerbe durchgeführt werden. Die Einnahmen sollten sowohl den Staatshaushalt finanzieren helfen als auch den Unternehmen dringend benötigtes Investitionskapital verschaffen. Außerdem hofften die Privatisierer in der russischen Regierung, mit dem Verkauf von großen Aktienpaketen an externe Investoren endlich dem Problem ineffizienter Unternehmens- und Managementstrukturen beikommen zu können. Effiziente *corporate governance*, so die Theorie, setzte primär gewinnorientierte und daher möglichst externe Mehrheitsaktionäre voraus.[310]

---

309 Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii "Ob Osnovnych položenijach Gosudarstvennoj programmy privatizacii gosudarstvennych i municipal'nych predprijatij v Rossijskoj Federacii posle 1 ijulja 1994 goda", Nr. 1535 vom 22. Juli 1994, in: Sobranie zakonodatel'stva RF, Nr. 13, 1994, Art. 1478.

310 Dem liegt die Annahme zugrunde, daß "Insider", also Belegschaft und Management eines Unternehmens, letztlich immer mehr an Lohnerhöhungen und am kurzfristigen Erhalt ihrer Arbeitsplätze als am Unternehmensgewinn und an langfristig rationalen Unternehmensentscheidungen interessiert und daher ineffiziente Eigentümer sind, ähnlich dem in seiner Interessenlage oft einem Insider vergleichbaren Staat. "Efficient ownership" ist daher eines der Hauptmotive der Privatisierungsliteratur und spielt auch bei den von westlichen Beratern beeinflußten russischen Privatisierern eine zentrale Rolle. Vgl. dazu beispielhaft Boycko/Shleifer/Vishny.

Im übrigen war die Regierung unter Ministerpräsident Tschernomyrdin, der seit Dezember 1992 amtierte, bis dahin – angesichts des sich im Laufe des Jahres 1993 zuspitzenden Konflikts zwischen Präsident und Oberstem Sowjet – vielen kontroversen Einzelfallentscheidungen ausgewichen. Tschernomyrdin selbst hatte sich in Sachen Privatisierung oft genug eher kritisch geäußert. Anfang 1994 jedoch, nach dem Verfassungsreferendum und den ersten Dumawahlen, wandelte er sich zum Reformbefürworter und begann sogar, von der Privatisierung von Land – einem noch heikleren Thema – zu sprechen.

Unter den Unternehmen, von denen Mitte 1994 noch große Aktienpakete zum Verkauf anstanden, befanden sich mithin viele jener strategisch wichtigen, die nur durch Regierungsbeschluß privatisiert werden konnten. Das Interesse der potentiellen Käufer war dabei vor allem auf die besonders gewinnversprechenden Rohstoffkonzerne konzentriert, zu denen neben der Erdöl- und Erdgasbranche auch die großen Kombinate der Eisen- und Buntmetallindustrie gehörten. Die Ergebnisse der Auktionen blieben jedoch in den ersten Monaten hinter den Erwartungen zurück. Der Rubelzusammenbruch am 11. Oktober 1994 ("Schwarzer Dienstag") und die unglückliche Figur des neuen GKI-Chefs Vladimir Polevanov, der im November den zum Ersten Vize-Regierungschef beförderten Tschubajs ersetzte und bis zu seiner Entlassung drei Monate später mit privatisierungsfeindlichen Äußerungen dazu beitrug, potentielle ausländische Investoren zu verschrecken, förderten den Verkauf großer staatlicher Aktienpakete nicht. Die Einnahmen waren geringer als erhofft, die öffentlichen Haushalte in Finanznot. In dieser Situation unterbreitete ein Konsortium von sieben russischen Banken der russischen Regierung im Frühjahr 1995 den Vorschlag, ihr umfangreiche Kredite zu gewähren. Als Sicherheit verlangten sie die treuhänderische Übertragung von Aktienpaketen der größten russischen Unternehmen. Als geistiger Vater dieser Idee galt der Präsident der *Onėksimbank*, Vladimir Potanin. Um der politischen Brisanz, die in der faktischen Privatisierung bestimmter "Schlüsselindustrien" lag, die Spitze zu nehmen, sah der Entwurf vor, eine Beteiligung ausländischer Investoren

an dem Programm bei russischen Großunternehmen, die für "strategisch" erachtet wurden, nicht zuzulassen.

Für die Regierung bestand der Reiz dieses "Angebots" darin, daß der Staatshaushalt auf diese Weise an dringend benötigte Liquidität kam, ohne daß die so verpfändeten Aktien direkt auf den Markt gelangten. Damit ließ sich eine Überschwemmung des russischen Wertpapiermarktes mit Staatsanteilen und ein daraus resultierender weiterer allgemeiner Verfall der Aktienkurse verhindern. Im Laufe des Sommers 1995 wurden noch eine Reihe von Modifikationen an der Vorlage vorgenommen. Schließlich stimmte Präsident Jelzin am 31. August 1995 einer überarbeiteten Fassung des Konzepts zu, das fortan als "Pfandauktionen" oder "loans-for-shares"-Programm bekannt wurde. Am 25. September trat Al'fred Koch als amtierender GKI-Chef mit einer Liste von 29 Unternehmen, von denen Staatsanteile verpfändet werden sollten, an die Öffentlichkeit. Die Regierung, so ließ der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Tschubajs verlauten, hoffte, mit dem Programm sowohl ausländische Investoren zu interessieren, als auch russisches Fluchtkapital wieder ins Land zurückzuholen. Insgesamt sollten 3 Bill. Rbl (zum damaligen Wechselkurs rund 667 Mio. US$) für den Staatshaushalt mobilisiert werden.[311]

Die Aktienpakete sollten einzeln im Rahmen von Versteigerungen verpfändet werden. Der Bieter mit dem höchsten Kreditangebot sollte jeweils den Zuschlag erhalten, der mitunter mit der zusätzlichen Verpflichtung verbunden war, Steuerschulden des betreffenden Unternehmens ebenfalls zu begleichen. Dabei war es durchaus möglich, daß dieser Betrag den eigentlichen Kreditbetrag deutlich überstieg. Anders als von den russischen Banken zunächst vorgesehen, wurde allerdings die Beteiligung ausländischer Bieter nicht ausgeschlossen. Festgelegt wurde weiter, daß, wenn die Regierung die über die Pfandauktionen erhaltenen Kredite nicht bis zum 1. September 1996

---

311 Blasi/Kroumova/Kruse, Kremlin Capitalism, S. 74; OMRI Daily Digest, 26.9.1995, Part I.

zurückzahle, die jeweiligen Gläubigerbanken die verpfändeten Aktien ab einem jeweils zu bestimmenden Datum verkaufen und ein Drittel des Erlöses behalten können sollten. Dies war der eigentliche Clou der Pfandauktionen: Denn die Vermutung lag auf der Hand, daß es den Banken gar nicht in erster Linie um die garantierte Rückzahlung der gewährten Kredite aus dem Erlös des Aktienverkaufs ging. Sie spekulierten vielmehr darauf, nach der Treuhandschaft über die Aktienpakete schließlich auch die Eigentumstitel an ihnen günstig zu erwerben.

Das Programm stieß in der Duma wie in Teilen der Medien auf heftige Proteste. Da für den 17. Dezember 1995 Parlamentswahlen angesetzt waren, geriet die Debatte mitten in den Wahlkampf hinein, und die verschiedenen Seiten hofften, in besonderer Weise für ihre Interessen werben zu können. Die betroffenen Unternehmen wehrten sich gegen die drohende Übernahme durch externe Investoren. Teile des national-patriotischen Lagers sahen mit dem Einschluß wichtiger Rohstoff- und Energiekonzerne in das Programm strategische Interessen Rußlands verletzt. Auch innerhalb der Regierung gab es Widerstand. So suchte das Verkehrsministerium die Kontrolle über die ihm unterstehenden Schiffahrtsgesellschaften zu behalten. Die Dumamehrheit hielt der Regierung vor, mit dem Programm die Weigerung des Parlaments, der Privatisierung bestimmter Unternehmensanteile zuzustimmen, de facto zu unterlaufen. Den am Konsortium beteiligten Banken wurde vorgeworfen, billig und unter Ausschluß ernsthafter Konkurrenz an wertvolle Industriebeteiligungen kommen zu wollen. Die Regierung hielt jedoch an ihrem Plan fest und bot lediglich einige Kompromisse in der konkreten Ausgestaltung des Programms an. Gegenüber dem August-Entwurf wurde die Beteiligung ausländischer Bieter an den Auktionen nachträglich wieder erheblich erschwert. Diese Maßnahme, die scheinbar den Sorgen der national-patriotischen Kräfte entgegenkam, sorgte allerdings in erster Linie dafür, daß die Zahl der Wettbewerber auf einen engen Kreis begrenzt wurde, da die meisten russischen Banken zu schwach waren, um sich an der Vergabe von Krediten in Größenordnungen zwischen mehreren zehn Millionen und über

dreihundert Millionen US$ zu beteiligen. Im übrigen blieb es dabei, daß die Auktionen von den Banken selbst organisiert werden sollten, die gleichzeitig mitbieten und die Gebote verwahren durften.[312]

Auch nachdem Anfang November die ersten Auktionen durchgeführt worden waren, ging das politische Tauziehen weiter, und Ende November wurden auf massive Interventionen der Rüstungslobby beim Präsidenten hin drei Betriebe des militärischen Flugzeugbaus wieder von der Liste gestrichen.[313] Insgesamt reduzierte sich die Zahl der in das Programm einbezogenen Unternehmen bis zur letzten Auktion Ende Dezember 1995 auf zwölf, darunter waren aber immerhin Anteile an den führenden Ölkonzernen *Lukojl*, *Surgutneftegaz*, *JuKOS* und *Sidanko,* und an insgesamt sieben der zwanzig umsatzstärksten Unternehmen Rußlands (Tabelle 20).[314]

In der ersten Pfandauktion am 8. November 1995 wurden rund 40% der Aktien des Ölkonzerns *Surgutneftegaz* als Pfand versteigert. Von drei Geboten wurde eines aus technischen Gründen disqualifiziert. Übrig blieben eine Gesellschaft namens *Svift*, hinter der *Onėksim* stand, und *Surgutneftegaz* selbst. Mit Hilfe seines Rentenfonds gelang es dem Ölkonzern, durch ein Kreditangebot von 88 Mio. US$ und die Zusage, aufgelaufene Steuerschulden von umgerechnet 227 Mio. US$ zu tilgen, die Kontrolle über die eigene Firma zu erwerben. Für den Staatshaushalt erfüllte dieses Geschäft den angestrebten Zweck, Finanzmittel zu mobilisieren.[315] Am 17. November standen dann 38% der Anteile des

---

312 Blasi/Krouman/Kruse, Kremlin Capitalism, S. 75.

313 The Moscow Times, 29.11.1995.

314 Bezogen auf Umsatzzahlen von 1996 (vgl. Ėkspert-200, in: Ėkspert, 6.10.1997, S. 35-79, hier S. 36).

315 Andererseits setzte der Fall *Surgutneftegaz* den Trend zur Insiderprivatisierung fort und konnte daher den Privatisierern in der russischen Regierung nicht gefallen, die hofften, auswärtige Kontrolle in die Großunternehmen zu bekommen und damit dem Problem ineffizienter Unternehmensstrukturen entgegenzuwirken. In ähnlicher Weise wie bei *Surgutneftegaz* gelang es in einer späteren Auktion auch dem Management von *Lukojl*, mit der besten Kreditzusage die Kontrolle über 5% der Unternehmensanteile dieses größten russischen Ölkonzerns zu erlangen. Allerdings

Buntmetallgiganten *Noril'skij Nikel'* zur Versteigerung an. Diesmal konnte sich *Onėksim* mit seinem Gebot durchsetzen, allerdings erst, nachdem es in seiner Eigenschaft als Organisator der Auktion ein deutlich besseres Gegengebot aus technischen Gründen disqualifizierte. Dieser Fall, der nachfolgend ausführlicher behandelt werden wird, wurde zum Auslöser für das erstmalige Ausbrechen offener Feindseligkeiten zwischen den russischen Banken.

Die Unzufriedenheit in der russischen Finanzelite nahm fortan nahezu mit jeder der folgenden Auktionen zu. Ende November zog auch die Bank *Menatep* den Unmut der Konkurrenz auf sich. Als sich abzeichnete, daß *Menatep* die Kontrolle über *JuKOS*, die Gesellschaft mit den zweitgrößten Ölreserven Rußlands, erlangen würde, indem sie als Organisatorin der Auktion ebenfalls ein konkurrierendes Gebot ausschloß, gingen drei Banken – *Inkombank*, *Al'fa-Bank* und *Rossijskij kredit* – mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie forderten, die Auktionen bis auf weiteres auszusetzen und die Bedingungen für die Auktionen neu zu fassen. Ihr spezieller Vorwurf lautete, *Menatep* sei bereits in der Vergangenheit beträchtliche finanzielle Verpflichtungen eingegangen, ohne sie einlösen zu können, und sei nun im Begriff, den bisherigen 600 Mio. US$ noch weitere 500 Mio. für *JuKOS* hinzuzufügen – zum Schaden des Staates, der dieses Geld nie zu sehen bekommen werde. Der *Moskovskij komsomolec* schrieb dazu, dies sei wohl das erste Mal in der russischen Geschichte, daß Bankiers ihre schmutzige Wäsche freiwillig in aller Öffentlichkeit waschen würden.[316] Die Intervention der protestierenden Banken blieb jedoch erfolglos. *Menatep* setzte sich mit seinem Vorgehen durch, gewann die Auktion und erlangte die Kontrolle über *JuKOS*.

Die erste Jahreshälfte 1996 war geprägt vom Präsidentschaftswahlkampf und wurde von kontroversen Privatisierungsvorgängen freigehalten.

---

benötigte *Lukojl* dazu die Unterstützung der Bank Imperial. Ausländische Bieter waren – auch indirekt – bei dieser Auktion nicht zugelassen worden (vgl. Blasi/Krouman/Kruse, Kremlin Capitalism, S. 75).

316 Moskovskij komsomolec, 30.11.1995, S. 1 u. 4, zit. in CDPSP, Bd. 47, Nr. 49.

Tschubajs gelang es trotz der Auseinandersetzungen um die Pfandauktionen, Anfang Februar 1996 am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos alle großen russischen Finanzgruppen für ein Bündnis zur Unterstützung des Wahlkampfes von Boris Jelzin zu gewinnen. Offenbar waren gerade die Pfandauktionen dabei für ihn ein nützliches Argument. Einen Zusammenhang in dieser Richtung gab Tschubajs später selbst indirekt zu:

> "Let us be frank: in the 1996 electoral campaign, the question to resolve was whether Russia will or will not be a democracy. Russia was threatened by the prospect of not just a traditional Soviet Brezhnev-type socialism, but an overtly nationalist regime, threatening the integrity of the country. The state needed financial resources, but using the printing press was not an option. The only solution was: property. Under a real threat of victory by leftist nationalist forces there could be no foreign demand for our assets. Therefore, money was to be sought from domestic capital owners, which, in its turn, lowered the price of the assets. Let us be frank: there was a political calculation. The business ought to have understood that only the preservation of the democratic regime ensures compliance with the basic legislation and the agreements [on loans for shares] that were reached at the end of 1995."[317]

Nach Jelzins Wahlsieg am 3. Juli näherte sich bald der 1. September 1996, ohne daß der russische Staat seiner Verpflichtung zur Rückzahlung der bei den Pfandauktionen gewährten Kredite nachkam. So wurden ab Herbst 1996 die verpfändeten Aktien nach und nach im normalen Auktionsverfahren verkauft. Das stillschweigende Abkommen zwischen den Finanzgruppen schien darin zu bestehen, daß der Kreditgläubiger

---

[317] Antwort von Tschubajs auf eine Frage auf der offiziellen Tschubajs-Homepage <www.chubais.ru, 6.12.1999>; zitiert und übersetzt ins Englische in Johnson's Russia List #4060, 23.01.2000, #12. Tschubajs' Darstellung der Vorgänge von Davos steht im übrigen eine konkurrierende Version gegenüber, nach der nicht er die Bankiers zu einem Bündnis zusammenbrachte, sondern die Bankiers selbst zu dem Schluß kamen, nur ein Wahlsieg Jelzins könne ihnen auf Dauer nützlich sein, woraufhin sie Tschubajs als den geeigneten Mann auswählten, der in der Lage sein könnte, einen entsprechend erfolgreichen Wahlkampf zu organisieren (vgl. L. Ševcova, Režim Borisa El'cina, Moskau: 1999, S. 243).

auch das Eigentum an den verpfändeten Aktien erwerben können sollte, und zwar zu einem niedrigen nominalen Preis. Im Frühjahr 1997 jedoch scherte *Onėksim* aus diesem Konsens aus und begann, einen Konfrontationskurs gegen andere Finanzgruppen zu steuern. Nachdem *Onėksim*-Chef Potanin im März seinen rund halbjährigen Ausflug auf den Posten des Ersten Vizepremiers beendet hatte, erklärte er öffentlich, *Onėksim* werde sich an allen weiteren im Laufe des Jahres anstehenden großen Privatisierungsauktionen beteiligen. Dies war denn auch der Fall, als im Mai die sibirische Ölgesellschaft *Sibneft'* auf dem Auktionsblock lag, ohne daß dies allerdings den "natürlichen" Anwärtern *SBS Agro* und einer von Boris Beresowskij kontrollierten Gesellschaft, die die *Sibneft'*-Aktien als Pfand für einen Kredit in Höhe von 100,1 Mio. US$ hielten, den endgültigen Erwerb der Aktien hätte streitig machen können. Für Unruhe sorgte Potanin auch im Juni, als er versuchte, gegen den erklärten Willen des Vorstands von *Gazprom* Vertreter von *Onėksim* in den Aufsichtsrat des Gasmonopolisten wählen zu lassen – eine Aktion, die im übrigen erfolglos blieb.[318]

Die Auktionen des Telekommunikationskonzerns *Svjaz'invest* und der verpfändeten Aktien von *Noril'skij Nikel'* im Sommer 1997 wurden dann zum Auslöser einer Reihe politischer Skandale, die die russische Regierung schwer erschütterten. Jene Wirtschaftsgruppen, die sich als Verlierer im Poker um die "Filetstücke" betrachteten, mobilisierten die ihnen verbundenen Medien für eine bis dahin einzigartige Diskreditierungskampagne gegen den "Gewinner" *Onėksim* und seine angeblichen "Helfer" in der Regierung, namentlich den Ersten Vizepremier Tschubajs und GKI-Chef Al'fred Koch. Die heimliche Verbindung von politischem und Geschäftsinteresse, die einen Konsens zwischen Exekutive und Hochfinanz konstituiert und die soziale Basis für die russische Reformpolitik geschaffen hatte, wurde jäh ins Tageslicht gezerrt, als das "Interessenkartell" zerbrach, und seine Protagonisten

---

318 So berichtet vom Fond "Centr Političeskich Technologij": Finansovo-promyšlennye gruppy i konglomeraty v ėkonomike i politike sovremennoj Rossii, 1998 <www.nns.ru/analytdoc/fgp20.html; am 28.4.1999>.

öffentlich übereinander herfielen. Mit Hilfe ihrer Tageszeitungen *Nezavisimaja gazeta* und *Segodnja* leiteten die "Oligarchen" Boris Beresowskij und Vladimir Gusinskij einen Medienfeldzug gegen ihre einstigen Verbündeten Tschubajs und Potanin ein. Als erster räumte noch im August Privatisierungschef Koch das Feld. Dies war jedoch nur der Auftakt. Kaum war Boris Beresowskij unter dem Vorwurf, seine Position zum Zwecke persönlicher Intrigen zu mißbrauchen, von seinem Posten als Stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrates entbunden worden, sah sich Präsident Jelzin im Zuge immer neuer "Enthüllungen", die offensichtlich Teil einer gesteuerten Kampagne waren, genötigt, auch Kochs Nachfolger Maksim Bojko, Anatolij Tschubajs in seiner Funktion als Finanzminister sowie zwei weitere hochrangige Vertreter des "Reformteams" in der Exekutive ihrer Ämter zu entheben. Alle vier hatten für ein gemeinsames Buchprojekt von einem mit *Onėksim* verbundenen Verlag Honorare kassiert, deren Höhe den Verdacht begründete, es handele sich dabei um versteckte Bestechungsgelder. Auch wenn Tschubajs' nach wie vor Erster Vizepremier blieb, so war doch seine Mannschaft, die *de facto* für die Privatisierungspolitik der russischen Regierung verantwortlich gewesen war, praktisch liquidiert worden.

Die Privatisierungsauktionen der Jahre 1995 bis 1997 warfen ein grelles Licht auf die Vermengung von öffentlichem Amt und privatem Wirtschaftsinteresse in der russischen Politik. Im ganzen blieb in der Öffentlichkeit der Eindruck zurück, daß sich entweder eine Reihe von neureichen Finanzmagnaten relativ ungehindert des Staates zur Ansammlung immer größeren Reichtums bedienen konnte, oder aber die Regierung aus eigenem Entschluß ihre Günstlinge privilegierte – was beides gleichermaßen fatal war. Jenseits des öffentlichen Erscheinungsbilds stellt sich allerdings die Frage, ob das Verhalten der Verantwortlichen in der russischen Führung mit der Reduzierung auf solch einfache Handlungsmuster tatsächlich adäquat beschrieben ist. Beispielsweise muß davon ausgegangen werden, daß sich die im Laufe der Zeit spürbaren "Klimaveränderungen" im Verhältnis von Politik und Wirtschaftsinteressen auch auf die Motive und das Verhalten der

Beteiligten auswirkten und somit zu unterschiedlichen Zeitpunkten auch unterschiedliche Interessenkonstellationen vorlagen. Daher lohnt es sich, einzelne der Privatisierungsprojekte, die in der zweiten Phase der Privatisierung von der russischen Regierung betrieben wurden, näher unter die Lupe zu nehmen und das Handeln von Interessenvertretern und politisch Verantwortlichen sowohl auf die zugrundeliegenden Motive wie auf seine Konsequenzen zu untersuchen. Wir wollen dies im folgenden mit dreien dieser Projekte tun. Das Beispiel *Noril'skij Nikel'* führt uns zunächst in das Jahr 1995 zu den besonders umstrittenen Pfandauktionen zurück und leitet dann zum Skandaljahr 1997 über. Der Fall *Svjaz'invest* markiert das Ausbrechen des "Krieges der Banken" im Sommer jenes Jahres. Der mehrfach gescheiterte Versuch, den Ölkonzern *Rosneft'* zu privatisieren, steht schließlich exemplarisch für das Ende der alten Allianzen und eine neue Multipolarität im Verhältnis von Staat und Wirtschaftsinteressen, die für die Akteure ein ungewohntes Maß an Unsicherheit mit sich brachte, das über die Augustkrise 1998 hinweg bis zum Ende der Ära Jelzin kennzeichnend bleiben sollte.

3.1.2 Der Fall "Noril'skij Nikel'"

Die "Russische Aktiengesellschaft" (RAO) *Noril'skij Nikel'* ist eines der größten Industrieunternehmen Rußlands. Die Holdinggesellschaft verfügt über den mit Abstand größten Teil der Nickel-, Kupfer-, Platin- und Kobaltvorkommen im Lande. *Noril'skij Nikel'* gilt als größter Buntmetallproduzent der Welt mit Marktanteilen zwischen 20 und 40% an diesen Rohstoffen und zählt folglich zu den stark exportorientierten Unternehmen Rußlands mit erheblichen Deviseneinnahmen. Das eigentliche Herzstück der Holding bildete bis 1997 das Norilsker Bergbau- und Metallurgiekombinat (Noril'skij gorno-metallurgičeskij kombinat – NGMK)[319], in dessen Bergwerken nördlich des Polarkreises in der ostsibirischen Region Krasnojarsk der größte Teil der Rohstoffe von *Noril'skij Nikel'* abgebaut wurde. Außerdem gehörten zu dem

[319] Nach 1997 wurden unter der Ägide von *Onėksim* Umstrukturierungen in der Unternehmensgruppe durchgeführt, die hier nicht näher behandelt werden sollen.

Konzern das Krasnojarsker Buntmetallwerk, das Kombinat "*Severonikel'*", das Bergbau- und Metallurgiekombinat "*Pečenganikel'*", "*Olenegorskij mechaničeskij zavod*" und das Institut "*Gipronikel'*".[320] Gemessen an seiner Marktkapitalisierung (Gesamtwert aller Aktien nach Tageskurs) rangierte *Noril'skij Nikel'* in der Liste russischer Unternehmen im Jahr 1996 zwischenzeitlich auf dem sechsten Platz hinter den Brennstoff- und Energiegiganten *Gazprom*, *Lukojl*, *EĖS* und *Mosėnergo* sowie hinter *Rostelekom*.[321] Der Jahresumsatz des Konzerns mit allen Tochtergesellschaften betrug 1996 mehr als 3,3 Mrd. US$.[322] Trotz solcher beeindruckender Kennziffern steckte *Noril'skij Nikel'* allerdings in ernsten Schwierigkeiten und bedurfte dringend eines strategischen Investors, der sowohl für Investitionskapital als auch für eine Reform der Unternehmensstrukturen sorgen konnte.

Noril'skij Nikel' hatte zu Beginn der Privatisierung für jenes Konzept optiert, das der Belegschaft 25% der Aktien kostenlos, aber dafür ohne Stimmrechte übertrug.[323] Damit stellten die 38% Staatsanteile, die das GKI im November 1995 verpfändete, die absolute Mehrheit der Stimmen in der Aktionärsversammlung dar. Wer die Pfandauktion gewann - und damit das Recht der treuhänderischen Verwaltung des Aktienpakets – erlangte die Kontrolle über *Noril'skij Nikel'*.

Das GKI hatte das Mindestgebot für das Kontrollpaket an *Noril'skij Nikel'* auf eine Kreditzusage in Höhe von 170 Mio. US$ festgesetzt. Analysten bewerteten dies als ausgesprochen niedrigen Preis für ein Kontrollpaket. Das GKI rechtfertigte seine Einschätzung jedoch mit dem Hinweis, daß ausländische Bieter nur in begrenztem Umfang an Geboten beteiligt sein dürften und der inländische Kapitalmarkt erheblich größere

---

320 V.M. Sokolov: RAO "Noril'skij nikel'": problemy i perspektivy, in: Ėkonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva, 1998, Nr. 11, S. 47-54.

321 Blasi/Krouman/Kruse, Kremlin Capitalism, S. 197.

322 Das Jahresergebnis für 1996 weist 17,3 Billionen Rbl aus (Rossijskaja gazeta, 1.8.1997, S. 28). Der Umrechnung ist der durchschnittliche Dollarkurs für 1996 von 5.125 Rbl zugrunde gelegt (Ėkspert, 6.10.1997, S. 36).

323 Vgl. oben Fußnote 306.

Summen kaum aufbringen könne. Der Staat wiederum könne sich einen kompletten Einnahmeausfall wegen eines zu hohen Anfangspreises nicht leisten. Organisator der Auktion im Auftrag des GKI war *Onėksimbank*. Zu den Aufgaben des Organisators zählte es, die Bedingungen der Auktion bekanntzumachen, die bis zu einem festgesetzten Termin eingehenden Gebote in einem versiegelten Umschlag entgegenzunehmen sowie die vorgesehenen Vorauszahlungen auf einem eigens dafür eingerichteten Konto zu verwahren. Am Tage der Auktion waren dann die Gebote zu öffnen und das Ergebnis festzustellen.

Daß *Onėksimbank*-Chef Potanin selbst ein Auge auf *Noril'skij Nikel'* geworfen hatte, war kein Geheimnis. Daher überraschte es zunächst auch nicht, als am 17. November bekanntgegeben wurde, daß die organisierende Bank selbst die Auktion um den Buntmetallgiganten gewonnen hatte. Das Gebot von *Onėksim* lag allerdings mit 170,1 Mio. US$ nur denkbar knapp über dem vom GKI festgesetzten Mindestgebot. Jeder ernsthafte Konkurrent hätte eine Gefahr für Potanins Bestrebungen dargestellt. Der Auktionskommission lag jedoch nur dieses eine Gebot zur Entscheidung vor. Allerdings stellte sich schnell heraus, daß es durchaus einen interessierten Konkurrenten gegeben hatte. Eine Firma namens "Kont", hinter der im wesentlichen die Bank *Rossijskij kredit* stand, hatte ein Gebot in Höhe von 355 Mio. US$ unterbreitet, also mehr als doppelt so hoch wie das von *Onėksim*. Die Kommission hatte jedoch befunden, daß die Finanzgarantien, die *Rossijskij kredit* für "Kont" abgab, die finanziellen Möglichkeiten der Bank selbst überschritten, und hatte den Bieter daher kurzerhand disqualifiziert. Kritiker bezeichneten dieses Vorgehen als skandalös. Die Kommission hielt dem entgegen, lediglich die gültigen Regeln angewandt zu haben. Der Fall führte die Problematik der Pfandauktionen in aller Deutlichkeit vor Augen: Mit dieser Konstruktion des Auktionsverfahrens, die es dem Organisator einer Auktion erlaubte, auch gleichzeitig selbst als Bieter an ihr teilzunehmen, leistete die Regierung einem strukturellen Interessenkonflikt Vorschub, der einerseits einen potentiellen Interessenten klar bevorteilte und andererseits dem Verlierer prinzipiell die Möglichkeit eröffnete, die

Legitimität des gesamten Verfahrens mit gutem Grund in Zweifel zu ziehen.

Das Problem der Interessenkonflikte beschränkte sich im übrigen nicht auf die Pfandauktionen und konnte im Einzelfall auch ausländischen Bewerbern einen fragwürdigen Vorteil verschaffen. Ende 1996 versteigerte der russische Staat im normalen Privatisierungsverfahren 8,5% der Aktien des Strommonopolisten *EĖS Rossii*, nachdem etliche geplante Privatisierungserlöse im Laufe des Jahres ausgeblieben waren und der Staatshaushalt dringend eine Finanzspritze benötigte. Zu den Bewerbern um das Aktienpaket zählte unter anderem die Investmentbank *CS First Boston*, die offenbar bemüht war, ihre Position bei *EĖS* damit deutlich zu stärken. Die zur *Credit Suisse*-Gruppe gehörende Investmentbank verfügte bis dahin über rund 10% der Anteile an dem Stromkonzern, die Gruppe insgesamt sogar über etwa 20%, und damit den weitaus größten Teil der 23% von Ausländern gehaltenen *EĖS*-Aktien. Gleichzeitig fungierte *CS First Boston* jedoch auch als offizieller Berater des Staatlichen Vermögenskomitees (GKI) für die Auktion. Dieses Beispiel offensichtlicher Interessenvermengung veranlaßte selbst das gegenüber westlichen Beratern überaus aufgeschlossene Moskauer Institute of Economy in Transition (Gajdar-Institut) in seinem Bericht zur russischen Wirtschaft für 1996 zu der ungewöhnlich scharfen Bemerkung, Begriffe wie "Interessenkonflikt" oder "Insider-Informationen" seien dem *Goskomimuščestvo* im Umgang mit "bevollmächtigten Banken" und "ausländischen Beratern" allem Anschein nach unbekannt.[324]

---

[324] Russian Economy – 1996. Annual Report. Trends and Perspectives, Moskau: Institute of Economy in Transition 1997, S. 170. Den Zuschlag für das Aktienpaket erhielt schließlich nicht CS First Boston, sondern eine Tochtergesellschaft der Inkombank, die offenbar ein Konsortium russischer Banken und anderer Unternehmen repräsentierte. Als realen Käufer im Hintergrund vermuteten Experten schließlich entweder *Gazprom* oder EĖS selber. Angesichts des hohen Staatsanteils an den beiden Monopolisten stellte sich damit ein neues Problem: Worin bestand eigentlich der *reale* Erlös des Staates an dieser vermeintlichen Privatisierung? (Vgl. ebd. S. 169.)

Die Geschichte von *Noril'skij Nikel'* fand ihre Fortsetzung im Sommer 1997, als *Onėksim* nunmehr sein Recht geltend machte, die verpfändeten Aktien zu verkaufen. Mit seiner Taktik, sich seit dem Frühjahr in allen anstehenden Auktionen zu engagieren, hatte Potanin den Unmut der anderen Finanzgruppen auf sich gezogen. Entsprechend stand *Onėksim* bei seinen eigenen Transaktionen unter besonders kritischer Beobachtung der Konkurrenten. Die bevorstehende *Noril'skij Nikel'*-Auktion bot ihnen die Gelegenheit, sich nach Möglichkeit zu revanchieren, zumindest aber daran zu erinnern, daß Potanin sich keineswegs saubererer Methoden bediente als die anderen. Insbesondere zwei Umstände zogen massive öffentliche Kritik auf sich: Wieder einmal sah es so aus, daß die Auktion praktisch vom Hauptinteressenten am Aktienpaket selbst durchgeführt wurde, da *Onėksim* die für den Verkauf zuständige Kommission kontrollierte; und niemand konnte sagen, ob das von der Kommission festgesetzte Mindestgebot in Höhe von 131,6 Mio. ECU zuzüglich 300 Mio. US$ Investitionen (und 400 Mrd. Rbl für die Sozialkassen) angemessen war, denn ein Auditing zur Ermittlung des Unternehmenswertes hatte es bei *Noril'skij Nikel'* nicht gegeben. Daher zeichnete sich auch ab, daß es außer *Onėksim* keine weiteren Bieter geben würde, obwohl die in London ansässige *TransWorldGroup*, die sich bereits mit *Onėksim* in einem langwierigen Streit um die Kontrolle über das Novolipecker Metallurgische Kombinat befand, ein grundsätzliches Interesse bekundet hatte. Einen Tag vor dem Auktionstermin schaltete sich schließlich Ministerpräsident Tschernomyrdin direkt in die Angelegenheit ein, wies den Regierungsvertreter in der Auktionskommission an, auf eine Verschiebung der Auktion hinzuwirken, und traf sich mit Vladimir Potanin, um diesen für seine Position zu gewinnen. Die Kommission befand jedoch, daß die Regierung keine Möglichkeit habe, den zivilrechtlichen Vertrag, der *Onėksim* 1995 das Recht zum Verkauf der verpfändeten Aktien garantierte, einseitig abzuändern. Im übrigen seien alle darin vorgeschriebenen Prozeduren eingehalten worden. Davon ließ sich selbst der Vertreter der Regierung, ein Stellvertreter von GKI-Chef Koch, überzeugen, weshalb er entgegen der Weisung des

Ministerpräsidenten nicht für einen Aufschub der Auktion stimmte. Die Versteigerung wurde durchgeführt und *Onėksim* als einziger Bieter mit einem Angebot genau in Höhe des festgesetzten Mindestgebots zum Sieger erklärt.[325] Für Tschernomyrdin war dies eine bittere Niederlage, hatte er sich doch mit der Ankündigung exponiert, er werde zumindest einen Aufschub der Auktion erwirken. Nun stellte sich heraus, daß sich der Regierungschef gegenüber der Bank, die sich auf die schriftlich fixierten Bedingungen berief, nicht durchsetzen konnte. Tschernomyrdin kündigte daraufhin eine Überprüfung auf dem Rechtswege an. Auch die Staatsduma befaßte sich mit der Angelegenheit und beauftragte den föderalen Rechnungshof, den Privatisierungsvorgang zu untersuchen. Die Prüfer hielten in ihrem Bericht zwei wesentliche Verstöße auf Seiten der Organisatoren der Auktion fest: Die Auktion habe ohne konkurrierende Bieter stattgefunden, und der erzielte Aktienpreis sei viel zu niedrig. Die Angelegenheit ging vor die Gerichte. In zwei Instanzen – vor dem Moskauer und vor dem föderalen Arbitragegericht des Moskauer Bezirks – wurde die Klage gegen das Ergebnis der Pfandauktion jedoch zurückgewiesen. Die Beanstandungen der Rechnungshofbeamten fanden bei den Richtern keine Unterstützung. Der Verkauf von 38% der *Noril'skij Nikel'*-Aktien galt damit als rechtmäßig und endgültig abgeschlossen.[326]

Das Aufsehen, das der Fall "*Noril'skij Nikel'*" in der Öffentlichkeit erregte, und die heftigen, über die Medien ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen den Finanzgruppen, waren indes nicht allein eine Konsequenz der großen Bedeutung dieses Geschäfts für den Buntmetallsektor in Rußland. Letztlich war der Verkauf der Aktien weitgehend nach dem gleichen Muster vor sich gegangen wie die meisten anderen Privatisierungen im Zuge der Pfandauktionen auch. So mußten sich alle Beteiligten darüber im klaren sein, daß die maßgeblichen Entscheidungen lange vor der offiziellen Privatisierung, nämlich bei der Verpfändung der Aktien im Dezember 1995 gefallen waren, und daß im

---

[325] Izvestija, 6.8.1997, S. 2; 7.8.1997, S. 1.
[326] Ėkspert, 19.4.1999, S. 58

Sommer 1997 nur noch vollendet wurde, was längst vorbereitet worden war. Allerdings deutete der mißglückte Interventionsversuch des Ministerpräsidenten bereits darauf hin, daß sich das Klima verändert hatte, daß die Regierung unter wachsendem Druck von unterschiedlichen Seiten stand, und daß infolgedessen auch innerhalb der Exekutive widersprüchliche Interessen erkennbar wurden. Wahrscheinlich hätte die *Noril'skij Nikel'*-Privatisierung dennoch erheblich weniger Aufsehen erregt, hätte nicht ausgerechnet *Onėksim* wenige Tage vor dem endgültigen Abschluß dieses Geschäfts eine andere Transaktion nach ganz anderen Regeln abgewickelt. Diese, nicht *Noril'skij Nikel'*, war der eigentliche Auslöser für die zum "Krieg der Banken" eskalierenden Rivalitäten zwischen den einzelnen Finanzgruppen. Dabei ging es um den Verkauf eines großen Aktienpakets der staatlichen Telekommunikationsholding *Svjaz'invest*.

3.1.3 Der Fall "Svjaz'invest"

Svjaz'invest war im Zuge der Privatisierung des russischen Telekommunikationssektors 1995 als Holdinggesellschaft gegründet worden, um die im Besitz des Bundes verbliebenen Aktien von mehr als achtzig regionalen Telekommunikationsgesellschaften unter einem Dach zusammenzufassen. Diese Anteile betrugen in der Regel 38%, was der Mehrheit der stimmberechtigten Aktien entsprach[327], so daß *Svjaz'invest* das Monopol im Bereich der Orts- und Regionalgespräche ausübte, während eine weitere Gesellschaft, die zu 51% dem Staat gehörende *Rostelekom*, den Markt für Ferngespräche beherrschte. Der Privatisierungsplan für *Svjaz'invest* sah seit 1995 vor, in zwei Schritten 49% der Anteile an der Holding zu veräußern. Einen ersten Versuch, ein Paket von 25% zu versteigern, hatte die russische Regierung bereits im Herbst 1995 unternommen. Damals hatte das italienische Staatsunternehmen STET den Zuschlag erhalten, war jedoch wenig später

[327] Ausnahmen bildeten die regionalen Telekommunikationsgesellschaften von Moskau und der Republik Komi, an denen *Svjaz'invest* Anteile von 35% bzw. 19% hielt (Rinaco Plus Value, 15.11.1996).

wieder von dem Geschäft zurückgetreten, nachdem im Zuge der Vertragsverhandlungen keine Einigung über bestimmte Modalitäten des Verkaufs erzielt werden konnten.[328] Es dauerte schließlich bis zum April 1997, ehe Präsident Jelzin einen erneuten Anlauf zum Verkauf der *Svjaz'invest*-Anteile nahm.[329] Um die Attraktivität des Pakets und den erzielbaren Erlös zu erhöhen, wurden *Svjaz'invest* auch die 51% Staatsbeteiligung an *Rostelekom* übertragen. Entsprechend bedeutsam war das Vorhaben der russischen Regierung, *Svjaz'invest* nahezu zur Hälfte zu veräußern. Im Juni 1997 verkündete Anatolij Tschubajs in aller Deutlichkeit, daß er Wert auf eine offene und faire Auktion lege, und gab zu verstehen, daß die Regierung kein weiteres Staatsvermögen zum Sonderpreis abzugeben gedenke. Vielmehr komme es darauf an, strategische Investoren zu finden, die bereit sein sollten, Kapital und Know-how in die Umstrukturierung der russischen Wirtschaft einzubringen. Wie 1995 wurde das Versteigerungsverfahren in zwei Schritte geteilt, um die Beteiligung eines strategischen Investors sicherzustellen. In einem ersten Schritt stand zum Sommer eine Sperrminorität aus 25% plus einer Aktie zur Versteigerung. Dabei waren sowohl ausländische als auch inländische Investoren zugelassen. Im zweiten Schritt, gegen Jahresende, sollten 24% der Aktien ausschließlich an russische Investoren verkauft werden, um so eine zu große ausländische Dominanz im für "strategisch wichtig" erachteten Telekommunikationssektor zu verhindern. Als Mindestgebot für die erste Runde wurde ein Preis von 1,18 Mrd. US$ festgesetzt.

Nach Ablauf der Bietefrist wurde am 25. Juli eine auf Zypern ansässige Firma namens *Mustcom Ltd.* zum Sieger des Wettbewerbs um die 25%-Sperrminorität erklärt. Ihr Gebot lag mit 1,875 Mrd. US$ knapp über

---

328 OMRI Daily Digest, Part 1, 11.10.1995; 4.12.1995; 27.12.1995.

329 Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii "O merach po dal'nejšemu razvitiju ėlektričeskoj svjazi i rasporjaženii nachodjaščimisja v federal'noj sobstvennosti akcijami otkrytych akcionernych obščestv 'Svjaz'invest', 'Rostelekom', 'Central'nyj telegraf', 'Ekaterinburgskaja gorodskaja telefonnaja set'' i 'Giprosvjaz'"', Nr. 427 vom 28.4.1997 <www.ist.ru/VP/Lib055/z10877.htm>.

einem zweiten in Höhe von 1,71 Mrd., bedeutete aber vor allem einen erheblichen Zuwachs gegenüber dem Mindestpreis und galt damit als eine der ersten fiskalisch wirklich erfolgreichen Privatisierungen in Rußland. Im April 1997 hatte Al'fred Koch noch das Einnahmenziel aus Privatisierungen für 1997 auf insgesamt 1,7 Mrd. US$ nach oben korrigiert, nun konnte er mehr als diese Summe auf einen Schlag einnehmen.[330]

Es stellte sich bald heraus, daß hinter *Mustcom* auf russischer Seite *Onėksim* und *Renessans Kapital* standen, die zusammen mit der Investmentbank *Deutsche Morgan Grenfell* ein Konsortium gebildet und weiteres westliches Geld mobilisiert hatten, unter anderem mit Hilfe des amerikanischen Finanziers George Soros. Auf der Verliererseite stand ein Konsortium unter der Führung der *Al'fa-Bank*, an dem außerdem Vladimir Gusinskijs *Most*-Gruppe sowie der spanische Telefonkonzern *Telefonica de España* beteiligt waren.

Was kurzfristig wie ein Erfolg der Privatisierungsstrategie der russischen Regierung aussah, wurde schnell zum Problem. Während Regierungsvertreter wie Boris Nemzow den Verkauf noch als ein Musterbeispiel für einen fairen Deal rühmten, wurde einen Tag nach der Auktion das populäre wöchentliche Nachrichtenmagazin von Sergej Dorenko im staatlichen Fernsehsender ORT zum Ausgangspunkt einer Medienkampagne, die das genaue Gegenteil behauptete: GKI-Chef Koch favorisiere ohnehin in allen Belangen Vladimir Potanin, und das siegreiche Konsortium bestehe nur aus Spekulanten, die keinerlei Interesse an einer langfristigen Investition hätten. Das Verliererkonsortium wäre für *Svjaz'invest* der wesentlich bessere Partner gewesen.[331] Medien aus der *Most*-Gruppe sekundierten in der gleichen Richtung und halfen den Eindruck erwecken, beim Verkauf der *Svjaz'invest*-Aktien habe es sich um einen veritablen Skandal gehandelt.

---

330 The Jamestown Foundation Monitor, 29.7.1997.

331 Reuters 26.7.1997, zitiert in Johnson's Russia List, 27.7.1997; Interfax 28.7.1997, zitiert in Johnson's Russia List, 28.7.1997.

Ausgangspunkt und Stil der Kampagne nährten die Vermutung, daß Beresowskij und Gusinskij den konzertierten Versuch unternahmen, mit dem Rivalen Potanin abzurechnen und dabei zugleich die Regierungsmannschaft um Tschubajs und Nemzow zu treffen, die sich mit ihrer gegen einen "Oligarchiekapitalismus" gerichteten Rhetorik insbesondere in Opposition zu Beresowskij gestellt hatte.

In der Sache war das Argument nachvollziehbar, daß das Gewinnerkonsortium keinen erkennbaren Investor aus der Telekommunikationsbranche beinhaltete. Dennoch ließ sich der Vorwurf, das Verfahren sei manipuliert worden, schwer begründen. Branchenkenner hielten den gebotenen Preis für angemessen[332], und im Unterschied zu vielen anderen Auktionen dieser Größenordnung hatte es eine reale Konkurrenzsituation gegeben. Die Aufregung in den Medien wirkte vor diesem Hintergrund künstlich und nährte den Verdacht, daß es dabei nicht in erster Linie um die Zukunft der Telekommunikationsbranche ging, sondern daß die führenden Finanzgruppen grundsätzlich aneinandergeraten waren. Viel deutete darauf hin, daß *Onėksims* Konkurrenten der Meinung waren, im Zuge der allgemeinen Aufteilung der großen Filetstücke der russischen Wirtschaft habe *Svjaz'invest Al'fa-Bank* und der *Most*-Gruppe zugestanden, und *Onėksim* habe mit seinem Griff nach dem Telekommunikationsunternehmen bestehende Absprachen zwischen den führenden Finanzgruppen verletzt. Für eine solche Vermutung sprach auch, daß im November 1996 einem Konsortium westlicher Banken, die man mit der Durchführung des Verkaufs der *Svjaz'invest*-Aktien betraut hatte, dieses Mandat entzogen und statt dessen zwei russischen Unternehmen übertragen worden war – *Al'fa-Bank* und der *Most*-Gruppe.[333] Nach den ungeschriebenen Regeln, nach denen die Pfandauktionen abgelaufen waren, hatten *Al'fa-Bank* und *Most* damit ihren Anspruch auf *Svjaz'invest* bekundet und geradezu regierungsamtlich bestätigt bekommen. Nun hatten sie offenbar damit

---

[332] S. Hedlund: Russia's "Market" Economy, London 1999, S. 237.
[333] Jamestown Monitor, 27.11.1996.

gerechnet, den Lohn ihrer Bemühungen einfahren zu können. Die Mißachtung dieser Spielregeln durch *Onėksim* stellte für Potanins Konkurrenten den *casus belli* dar.[334] Da das *Svjaz'invest*-Geschäft selbst kaum genug Stoff für einen echten Skandal hergab, stürzte sich die Kritik fast automatisch auch auf *Noril'skij Nikel'*. Die Kampagne, die nunmehr losgetreten war, führte zur endgültigen Diskreditierung des Pfandauktionen-Programms und zur Desavouierung der gesamten symbiotischen Beziehung, die zwischen politischer und wirtschaftlicher Macht bestanden hatte. Das gesamte System, von dem auch die Verlierer der Auktionen um *Noril'skij Nikel'* und *Svjaz'invest* lange Zeit ausgezeichnet profitiert hatten, brach zusammen. Die Phase der "Selbstbedienung" in der russischen Privatisierung war vorbei, wie schließlich auch der Fall des Ölkonzerns *Rosneft'* dokumentierte.

3.1.4 Der Fall Rosneft'

Die letzte große Privatisierung des Jahres 1997 sollte nach dem Willen der russischen Regierung die Versteigerung eines Aktienpakets des größten in staatlichem Besitz verbliebenen Ölkonzerns, der Aktiengesellschaft *Rosneft'*, werden. *Rosneft'* war 1993 zunächst als staatliche Holdinggesellschaft zur Überleitung der russischen Ölindustrie in selbständige, sogenannte "vertikal integrierte" Unternehmen entstanden.[335] Nachdem mit *Lukojl*, *Surgutneftegaz* und *JuKOS* die ersten drei solcher Einheiten gegründet worden waren, bildete *Rosneft'* das Dach für die übrige Ölindustrie bis zur jeweiligen Ausgliederung weiterer Betriebsstätten in neue, vertikal integrierte Gesellschaften. Ursprünglich also als Übergangsstruktur gegründet, wurde *Rosneft'* in den Jahren 1994

---

[334] In Moskauer Journalistenkreisen wird kolportiert, kurz nach der Bekanntgabe des Auktionsergebnisses von *Svjaz'invest* hätten sich die aufgebrachten Gusinskij und Berezovskij im Büro des *Most*-Präsidenten mit Tschubajs getroffen und dem Ersten Vizepremier offen eine massive Vergeltungskampagne angedroht, weil bestehende Absprachen verletzt worden seien (Mitteilung in einem persönlichen Gespräch).

[335] Als "vertikal integriert" werden in der Ölbranche Unternehmen bezeichnet, die über einen kompletten Produktionszyklus von der Rohölgewinnung über die Ölverarbeitung bis zum Marketing und Vertrieb von Erdölprodukten verfügen.

und 1995 unter dem zuständigen Minister Jurij Šafranik zum Gegenstand von Bemühungen, aus der Holdinggesellschaft eine eigenständige, auf Dauer angelegte "nationale Ölgesellschaft" zu formen. Trotzdem wurde die Ausgliederung von Betriebsstätten in neue Unternehmen (*Slavneft'*, *Onako*, *Sibneft'*, *VNK*, *TNK*) zunächst fortgesetzt. Als *Rosneft'* im April 1995 schließlich per Präsidialerlaß ebenfalls den Status eines selbständigen, vertikal integrierten Unternehmens zuerkannt bekam, spiegelte seine Struktur deutlich den Charakter der Gesellschaft als "Restgröße" der Privatisierung wider. Die einzelnen Unternehmensteile waren geographisch weit verstreut, nur schwach untereinander verbunden und verfügten über sehr ungleichgewichtige Kapazitäten entlang der Produktionskette.[336]

Mit rund 13 Mio. Tonnen betrug der Anteil von *Rosneft'* an der gesamten jährlichen Rohölproduktion Rußlands in den Jahren 1995 bis 1997 konstant 4,2%. Zwei Drittel dieser Produktion gingen dabei allein auf das Konto der weitaus bedeutendsten Tochtergesellschaft von *Rosneft'*, der westsibirischen *Purneftegaz*, an der *Rosneft'* mit 38% Aktienanteil und damit mit einem Kontrollpaket beteiligt war. Das restliche Drittel steuerten fünf weitere Förderunternehmen bei, die teils im Nordkaukasus, teils im Fernen Osten (Sachalin) und im Norden (Archangel' sk) gelegen sind. Auch bei diesen verfügte *Rosneft'* mit einer Ausnahme über 38%-Pakete. Außerdem war *Rosneft'* Teilhaber an internationalen Projekten geworden, von denen vor allem *Sachalin-1* als perspektivreich galt. Hier hielt die Gesellschaft 40%. Hinzu kamen fast 70% am Projekt *Inčche More* und eine knapp vierprozentige Beteiligung am kaspischen Pipeline-Konsortium. Die Raffineriekapazitäten von *Rosneft'* verteilten sich im wesentlichen auf Tuapse am Schwarzen Meer und Komsomol'sk-na-Amure im Fernen Osten. Eine dritte Raffinerie in Krasnodar war dagegen

[336] Den besten Überblick über Struktur und Stellung *Rosneft'*s auf dem russischen Markt gibt M.J. Sagers: Privatization of *Rosneft'*: A Research Communication, in: Post-Soviet Geography and Economics, 39. Jg., 1998, Nr. 5, S. 297-308. Zahlenangaben zu *Rosneft'* sind im folgenden, soweit nicht anders angegeben, nach dieser Quelle zitiert.

nahezu stillgelegt. Insgesamt fehlte *Rosneft'* also vor allem ein ölverarbeitendes Werk in Westsibirien in relativer Nähe zu *Purneftegaz*, während die modernere seiner beiden vorhandenen Raffinerien (Komsomol'sk) aufgrund der geographischen Lage zu weniger als 50% ausgelastet war. Entsprechend war *Rosneft'*s Anteil an der Erdölverarbeitung in Rußland seit 1991 fast kontinuierlich gesunken und lag 1997 mit 2,6% deutlich unter seinem Anteil an der Rohölproduktion. Diese strukturelle Schieflage wurde schließlich noch durch ein Vertriebsnetz ergänzt, zu dem zwar 10% aller russischen Tankstellen gehörten, das aber geographisch nur sehr unzureichend mit den Raffinerien verbunden war.

Trotz seiner nicht unerheblichen Größe war *Rosneft'* also eher eine Ansammlung sehr disparater Unternehmensbestandteile als ein wirklich vertikal integrierter Erdölkonzern. Während einige Tochterunternehmen kaum mehr einen Wert darstellten, konnte *Purneftegaz* als Juwel in der Sammlung angesehen werden, der entsprechend früh die Begehrlichkeiten einiger Wettbewerber auf sich zog[337]. Außerdem boten sich die Raffinerien und das Vertriebsnetz als Ergänzung für bestehende Ölkonzerne an, und die internationalen Projektbeteiligungen galten als interessant.

Im Oktober 1997 kündigte Anatolij Tschubajs in seiner Eigenschaft als Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister an, daß eine Auktionierung von *Rosneft'* noch im laufenden Jahr stattfinden und bis Ende Dezember abgeschlossen werden sollte. Die Regierung hoffte, auf diese Weise dringend benötigte Einnahmen für die Finanzierung des föderalen Haushalts Anfang 1998 zu erhalten.[338] Schnell stellte sich

---

[337] Eine überdurchschnittliche Entwicklung von *Purneftegaz* läßt insbesondere die Tatsache erwarten, daß sein Anteil an der Rohölproduktion aller russischen Ölgesellschaften mit 2,8% (1997) noch deutlich unter dem seiner Ölreserven liegt, die auf 4,2% geschätzt werden. Hinzu kommt, daß *Purneftegaz* unter allen russischen Ölgesellschaften über die höchsten Erdgasreserven verfügt. Vgl. Sagers, Post-Soviet Geography and Economics, 39. Jg., 1998, Nr. 5, S.301f.

[338] Ebd., S. 297f.

heraus, daß diese zeitliche Vorgabe nicht eingehalten werden konnte. Die ersten Konflikte entzündeten sich an der Frage, wie viele der noch zu 100% dem Staat gehörenden Aktien zur Privatisierung freigegeben werden sollten – und unter welchen Bedingungen. Spekulationen gingen so weit zu vermuten, daß Uneinigkeiten in diesem Punkt zwischen Tschubajs und Nemzow einerseits und Beresowskij andererseits, der als informell noch immer mit *Sibneft'* verbunden und damit persönlich interessiert galt, zum Auslöser für die Entlassung Beresowskijs aus dem Sicherheitsrat im November wurden. Beresowskij hatte danach versucht, eine für *Sibneft'* möglichst aussichtsreiche Formel durchzusetzen, während Nemzow und Tschubajs nach den Erfahrungen der vorangegangenen Monate Wert auf ein möglichst offenes und transparentes Verfahren legten.[339] Auch galt der im Mai 1997 von Tschernomyrdin ernannte Präsident von *Rosneft'*, Jurij Bespalov, als Mann Beresowskijs. Bespalov bemühte sich offensichtlich, den Verkauf eines Kontrollpakets überhaupt zu verhindern.

Die Eskalation des "Buchskandals" um Tschubajs, Koch und andere nur kurze Zeit nach der Entlassung Beresowskijs schwächte die "Privatisierer" in der Regierung erheblich, die Karten wurden neu gemischt. Unter diesen Umständen wurde es Januar, bis der neue Privatisierungsminister Farit Gazizullin den Verkauf von 50% und einer Aktie von *Rosneft'* in einem Wettbewerb mit Investitionsbedingungen ankündigte. Die Ankündigung löste eine erneute Debatte aus. Ministerpräsident Tschernomyrdin und das Energieministerium sprachen sich für die Auktionierung von 75% der Aktien aus, während das Management von *Rosneft'* vorschlug, ein solches Paket in drei gleichen Teilen nacheinander in reinen Geldauktionen, also ohne Investitionsauflagen, zu verkaufen.[340]

Unterdessen formierten sich Bieterkonsortien unter Einschluß ausländischer Ölgesellschaften. Präsident Jelzin hatte im November 1997

---

[339] Ebd., S. 297, Fußnote 5.
[340] G. Voskobojnikov: Ljubov' za "*Rosneft'*", in: Itogi, 26.5.1998, S. 54-55.

eine Bestimmung, nach der ausländische Aktionäre zu nicht mehr als 15% an russischen Ölkonzernen beteiligt sein durften, aufgehoben, so daß einer Teilnahme finanzkräftiger internationaler Bieter an der *Rosneft'*-Privatisierung nichts im Wege stand. Während *Gazprom* und *Lukojl* sich mit Royal Dutch Shell zu einem Konsortium zusammentaten, gewannen *Onėksim* und *Sidanko British Petroleum* als Partner. *JuKOS* und *Sibneft'*, die sich mit Fusionsabsichten trugen, scheiterten dagegen mit ihren Bemühungen, ein Bieterkonsortium unter Einschluß eines internationalen Partners zu bilden. In der Frage der Verkaufsmodalitäten setzten sich die beiden Konsortien mit ausländischer Beteiligung für die von Tschernomyrdin bevorzugte Variante ein, ein einziges großes Kontrollpaket zu privatisieren. *JuKOS* und *Sibneft'* favorisierten im Unterschied dazu das vom *Rosneft'*-Management in die Diskussion eingebrachte dreistufige Verfahren, das auch weniger finanzstarken Unternehmen, wie *JuKOS* und *Sibneft'* dies im Vergleich waren, die Teilnahme an der Auktion ermöglicht hätte.[341] Tatsächlich hatte es also den Anschein, daß *Rosneft'*-Präsident Bespalov die Interessen Beresowskijs vertrete, während Ministerpräsident Tschernomyrdin sich im Sinne der Interessen *Gazprom*s verhielt.

Die Vorwürfe im Zusammenhang mit *Noril'skij Nikel'* noch in frischer Erinnerung, hatte die Regierung die Londoner Investmentbank *Dresdner Kleinwort Benson* beauftragt, erst einmal den Wert von *Rosneft'* zu ermitteln. Nachdem das Ergebnis vorlag, beendete Ministerpräsident Tschernomyrdin den Konflikt um die Privatisierungsmodalitäten von *Rosneft'* mit der Entscheidung, daß 75% plus eine Aktie versteigert werden sollten. Am 19. März 1998, nur vier Tage vor seiner überraschenden Entlassung, unterzeichnete er eine entsprechende Anordnung. Ausgehend von dem Gutachten der ausländischen Berater wurde der Mindestpreis auf umgerechnet 2,1 Mrd. US$ festgesetzt. Außerdem beinhaltete das Paket Investitionsverpflichtungen sowie die Tilgung von Schulden in Höhe von insgesamt weiteren 400 Mio. US$.

[341] Ebd.

Der Gewinner der Auktion sollte Ende Mai feststehen. *JuKOS* und *Sibneft'* hatten also in der ersten Runde des Kampfes um *Rosneft'* eine Niederlage hinnehmen müssen.

Es wäre jedoch verfehlt, aus der Entscheidung über die Privatisierungsmodalitäten den einfachen Umkehrschluß zu ziehen, die beiden anderen Konsortien hätten mithin größeren Einfluß auf die Regierung gehabt. Daß Tschernomyrdin und das Energieministerium sich schließlich mit ihrer Linie gegen *Rosneft'*-Präsident Bespalov durchsetzten, muß mindestens ebenso im Zusammenhang mit den zu diesem Zeitpunkt deutlich zunehmenden Sorgen um die Einnahmen des Staatshaushalts gesehen werden. Angesichts einer sich dramatisch zuspitzenden Lage der öffentlichen Finanzen mußte der Regierung ein einzelnes großes Privatisierungsgeschäft verlockender erscheinen als ein in mehrere Etappen aufgeteiltes, sich hinziehendes Verfahren. Allerdings dürfte Tschernomyrdins Entscheidung zugunsten der "großen Lösung" kaum dazu beigetragen haben, ihm neue Verbündete in der unmittelbaren Umgebung des Präsidenten zu sichern, war zu diesem Zeitpunkt doch allenthalben von der engen Verbindung zwischen Jelzins Tochter Tatjana Djatschenko und Boris Beresowskij die Rede. Kaum hatte der Präsident am 23. März die Entlassung Tschernomyrdins verkündet, machten denn auch Gerüchte die Runde, einer der wesentlichen Drahtzieher hinter diesem Überraschungscoup Jelzins sei Beresowskij gewesen.[342] Sollte dies den Tatsachen entsprechen, so liegt die Vermutung nahe, daß die *Rosneft'*-Entscheidung des Ministerpräsidenten den letzten Ausschlag zu seiner Absetzung gegeben hat. Tschernomyrdin selbst bestritt jedoch einen solchen Zusammenhang. Zu Recht wies er zwei Tage nach seiner Entlassung darauf hin, daß ausgerechnet sein designierter Nachfolger Sergej Kirienko als Energieminister in der *Rosneft'*-Frage genau die gleiche Linie verfolgt habe wie er selbst.[343]

---

[342] So insbesondere Izvestija und Moskovskij komsomolec vom 24.3.1998 (vgl. RFE/RL Newsline, Part 1, 24.3.1998).

[343] RFE/RL Newsline, Part 1, 26.3.1998.

Tatsächlich hatte der Antritt der neuen Regierung unter Kirienko auf die Pläne mit *Rosneft'* zunächst keinen unmittelbaren Einfluß. Allerdings zeichnete sich immer deutlicher ab, daß die russische Wirtschaft vor einer schweren Krise stand. Das System der kurzfristigen Staatsobligationen stieß an seine Grenzen, der Virus der Asienkrise erreichte auch Rußland, und der niedrige Ölpreis drückte zusätzlich auf die Deviseneinnahmen des Landes und ließ den Kauf eines Ölkonzerns zu diesem Zeitpunkt als erheblich weniger attraktiv erscheinen als noch wenige Monate zuvor. Die Bieterkonsortien, die sich gebildet hatten, erklärten, daß sie den veranschlagten Mindestpreis unter den gegebenen Umständen für zu hoch hielten und sich daher nicht am Verfahren beteiligen wollten. Obwohl bis zum Ablauf der Frist am 26. Mai immer wieder Gerüchte auftauchten, es könnte sich doch ein Kaufinteressent gefunden haben, war es keine Überraschung, als die Regierung schließlich erklären mußte, die Auktion sei geplatzt. Bewußt hatte sich die Kirienko-Mannschaft auch jeglicher Versuche enthalten, durch das Inaussichtstellen etwaiger Steuersubventionen oder anderer Kompensationen den Mindestpreis faktisch zu senken oder gar offiziell im laufenden Verfahren die Bedingungen abzuändern. Kirienko selbst wies darauf hin, daß der Sauberkeit des Wettbewerbs um *Rosneft'* für die Regierung "prinzipielle Bedeutung" zukomme.[344]

Kurz vor dem Ende der Bietefrist war in den Medien noch spekuliert worden, ein etwaiger Käufer von *Rosneft'* könne auf die Dankbarkeit der Regierung hoffen und für sich fortan eine besondere Behandlung beanspruchen. Dies sei langfristig möglicherweise von größerem Wert als *Rosneft'* selbst.[345] Doch solche Erwägungen reichten am Ende offensichtlich nicht aus, um ein wirtschaftliches Risiko von erheblichem Ausmaß zu rechtfertigen; sei es, weil die als Geldgeber benötigten westlichen Partner der Konsortien solchen Überlegungen gegenüber verschlossen blieben, sei es, weil die Regierung glaubwürdiger als früher den Eindruck erweckte, sich auf derartige Praktiken nicht einzulassen.

---

[344] T. Lysova: Požadničali, in: Ėkspert, 1998, Nr. 20, S. 46-47.
[345] Voskobojnikov, in: Itogi, 26.5.1998, S. 55.

Auch der Vorschlag Potanins, die Regierung solle die Auktion selbst auf bessere Zeiten verschieben, könne aber in Erwartung der zukünftigen Einnahmen vorab Finanzmittel zur Verfügung gestellt bekommen, wurde nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Zu deutlich ähnelte die Idee dem Konzept der Pfandauktionen, an das sich niemand in der russischen Regierung gern erinnern ließ.[346]

Gleich Anfang Juni unternahm die Regierung statt dessen einen zweiten Anlauf, *Rosneft'* zu versteigern. Das angebotene Aktienpaket blieb das gleiche, doch der Mindestpreis wurde deutlich auf 1,6 Mrd. US$ gesenkt, ebenso die Investitionsverpflichtungen, die nunmehr 65 Mio. US$ betragen sollten. Die Frist lief zunächst bis zum 16. Juli, doch als angesichts der fortschreitenden Wirtschaftskrise erneut kein Käufer gefunden zu werden drohte, wurde der Termin auf den Herbst verschoben. Die Augustkrise machte dann allen Hoffnungen, einen adäquaten Kaufpreis für *Rosneft'* zu erzielen, vorerst ein Ende. Die inländischen Finanzgruppen waren schwer angeschlagen, und das Vertrauen ausländischer Investoren in den russischen Markt war zutiefst erschüttert. Ende August legte zudem der externe Manager, der nach der gescheiterten ersten Auktion bei *Rosneft'* eingesetzt worden war, um das Unternehmen professioneller als bisher auf die Privatisierung vorzubereiten, entnervt sein Mandat nieder, nachdem die Entlassung der Regierung Kirienko am 24. August und die sich hinziehende Ernennung eines neuen Ministerpräsidenten endgültig dafür gesorgt hatten, daß die föderale Exekutive entscheidungsunfähig war.[347] Statt dessen nutzten einige der größten Kreditgläubiger von *Rosneft'* die Gunst der Stunde und erwirkten einen Gerichtsbeschluß, mit dessen Hilfe sie die für Kreditschulden verpfändeten *Rosneft'*-Anteile an *Purneftegaz* zum abenteuerlich niedrigen Preis von 10 Mio. US$ an vier Briefkastenfirmen verkauften.[348] *Rosneft'* mußte mehrere Monate lang prozessieren, um die

---

346 Lysova, in: Ėkspert, 1998, Nr. 20, S. 47.

347 N. Poluėktov: Zabud'te slovo "*Rosneft'*", in: Kommersant daily, 28.8.1998, S. 7.

348 Russkij telegraf, 18.9.1998, S. 4; D. Orlov: Proščanie s "Purneftegazom", in: Novoe vremja, 1998, Nr. 41, S. 26-27.

Anteile rückübertragen zu bekommen. An einen Verkauf des Unternehmens unter diesen Umständen war nicht mehr zu denken. Im November 1998 sagte der neue Ministerpräsident Primakov die Versteigerung von *Rosneft'* endgültig ab. Statt dessen wurde in den folgenden Monaten die Idee forciert, *Rosneft'* mit den ebenfalls weitgehend in staatlichem Besitz befindlichen Ölkonzernen *Slavneft'* und *Onako* zu einer neuen nationalen Ölgesellschaft zu fusionieren. Doch auch hier erwies sich die Realisierung als schwieriger als erwartet, so daß das Projekt Mitte 1999 erst einmal wieder still begraben wurde.[349]

3.1.5 Schlußfolgerungen

Aus mehreren Gründen waren die Privatisierungsauktionen der zweiten Privatisierungsphase ganz besonders dazu angetan, die Bereicherung einiger weniger auf Kosten der Allgemeinheit zum öffentlichkeitswirksamen Skandalthema werden zu lassen. Zum einen war die Privatisierung an sich ein Vorgang, der weit weniger technisch und damit für weite Teile der Öffentlichkeit zugänglicher war als die komplizierten Transaktionen mit Devisen, Lizenzen, Staatspapieren und öffentlichen Finanzmitteln, die zunächst die Basis für den Reichtum der großen Finanzgruppen gebildet hatten. Ferner vollzog sich die Privatisierung in ihrer zweiten Phase ab 1994 überschaubarer und verständlicher als vorher, da nun große Aktienpakete einer kleineren Zahl relativ großer Unternehmen in ganz Rußland zum Verkauf anstanden. Gewinner und Verlierer im Wettbewerb waren dabei vergleichsweise leicht zu identifizieren – anders als in der Phase der Massenprivatisierung bis 1994, die allein aufgrund der schieren Anzahl an Privatisierungsvorgängen und der Vielzahl der Beteiligten kaum zu überschauen gewesen war. Schließlich waren unter den Unternehmen, über deren Schicksal entschieden wurde, einige, die als besonderer Stolz der russischen Wirtschaft galten, was oftmals dadurch untermauert war, daß sie als Unternehmen von strategischer Bedeutung nur aufgrund eines besonderen Beschlusses der föderalen Regierung privatisiert werden

[349] RFE/RL Newsline, Part I, 28.06.1999.

durften. Daher war ihnen die gesteigerte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit sicher, zumal ihre Privatisierung im national-patriotischen und kommunistischen Lager ohnehin mit viel Mißtrauen beäugt wurde.

Die Kritik an den Pfandauktionen des Herbstes 1995 konzentrierte sich vor allem auf den Vorwurf, die besten Karten im Poker um die Filetstücke der russischen Industrie hätten jene Finanzgruppen gehabt, deren Aktivitäten besonders eng mit dem Staat verwoben waren. Als "bevollmächtigte Banken" hätten sie kurzfristig über "geparkte" Staatsgelder der Zollbehörden und anderer staatlicher Stellen verfügen können, und über persönliche Kanäle hätten sie direkten Zugang zu den entscheidenden Akteuren in Regierung und Präsidialapparat gehabt.[350] Auf der anderen Seite der Bilanz standen 5,1 Bill. Rbl (ca. 1 Mrd. US$), die die Regierung mit der Verpfändung der Aktienpakete von zwölf Großunternehmen für den Haushalt 1995 mobilisiert hatte, also gut 2 Bill. Rbl mehr als ursprünglich – und mit Anteilen von 29 Unternehmen – erwartet. Allerdings reichten selbst diese Mehreinnahmen nicht aus, um die erheblichen Einnahmeausfälle bei der "normalen" Geldprivatisierung zu decken. Statt der erhofften 4 bis 5 Bill. Rbl hatte die Regierung 1995 nur 1,5 Bill. Rbl durch den regulären Verkauf von Staatsanteilen an 136 Unternehmen eingenommen[351], so daß sich das Gesamtprojekt Privatisierung nicht als jenes Heilmittel für die finanziellen Sorgen des Staates darstellte, als das es mitunter angepriesen worden war, um in der Öffentlichkeit Unterstützung zu finden.

---

350 So schrieb beispielsweise Dmitri Glinski im Mai 1996 in einem Beitrag für die Jamestown Foundation über die Moskauer Banken und Finanzgruppen: "It is widely known that the driving force of their prosperity were informal networks of personal ties with powerful courtiers in the Kremlin. In recent years, prominent government officials all but openly assumed the role of patrons for specific financial groups and companies, supplying to business transactions a warranty unavailable under the law." (Dmitri Glinski, Russian Bankers, Politics & Patronage, in: The Jamestown Foundation Prism, 3.5.1996.)

351 Angaben im Monatsbericht des IET "Perspektivy i tendencii", Januar 1996 <win.www.online.ru/sp/iet/trends/jan96/iet_jan_96r.4.xhtml, 21.7.1999>.

Ein Versuch, die strukturpolitischen Folgen der Pfandauktionen zu bewerten, führt zu einem ähnlich uneinheitlichen Bild wie die Einschätzung ihres finanziellen Ertrags. Die zur Verpfändung ausgeschriebenen Aktienpakete stellten eine ungewöhnliche Mischung dar. Neben Giganten wie *Lukojl* oder *Noril'skij Nikel'* standen vergleichsweise kleine Unternehmen wie die Murmansker Seeschiffahrtsgesellschaft. In einigen Fällen winkten den Siegern der Auktionen attraktive Kontrollpakete, in anderen ging es um Minderheitsbeteiligungen, deren strategische Bedeutung schwer einzuschätzen war und die im Einzelfall dem Gewinner lediglich einen "Fuß in die Tür" eines Unternehmens setzen halfen (Tabelle 21). Insgesamt jedenfalls ging es bei den Pfandauktionen Ende 1995 um nicht mehr als eine Handvoll großer Unternehmen, die (wenn man den Grenzfall *Novolipeckij metallurgičeskij kombinat* beiseite läßt) alle zum Rohstoffsektor gehörten, einem Schlüsselsektor der russischen Industrie. Es wurden aber nur die Öl- und die Buntmetallbranche einbezogen, Gas (monopolisiert im Staatskonzern *Gazprom*), Edelmetall und Eisenerz waren dagegen nicht betroffen.

Im Ölsektor änderten sich durch die Pfandauktionen die tatsächlichen Machtverhältnisse nur bei *JuKOS*, *Sidanko* und *Sibneft'*. Hier hatten mit Chodorkovskij (*JuKOS*), Potanin (*Sidanko*) sowie Beresowskij und Smolenskij (*Sibneft'*) tatsächlich vier der wichtigsten Finanzmagnaten ihre Filetstückchen abbekommen. Bei *Lukojl* und *Surgutneftegaz* dagegen hatte die erste Phase der Privatisierung bereits Eigentümerstrukturen geschaffen, die es den Insidern mit ihrer Verfügung über den *cash flow* ihres jeweiligen Unternehmens ermöglichten, Fremdübernahmen, ja selbst Minderheitsbeteiligungen von Outsidern, erfolgreich durch eigene Gebote abzuwehren. Die eigentlichen Verlierer dieser Auktionen waren ausländische Interessenten, namentlich ein knappes halbes Dutzend multinationaler Ölkonzerne, die auch in den Folgejahren Interesse am russischen Markt zeigten und verschiedene Kooperationen mit den russischen Ölkonzernen eingingen. Demgegenüber stellte *Noril'skij Nikel'* einen Sonderfall dar. Zum einen hatte der Buntmetallkonzern tatsächlich eine Monopolstellung in Rußland, und in manchen Bereichen

eine beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt inne, zum anderen war der Hauptkonkurrent von *Onėksim* mit *Rossijskij kredit* ein inländischer Bieter gewesen. Vor diesem Hintergrund konnte die Regierung auf wenig Verständnis für ihr intransparentes Vorgehen hoffen und mußte sich den Vorwurf gefallen lassen, ein faires Verfahren zumindest nicht befördert zu haben.

Betrachtet man die zweite Phase der Privatisierung im ganzen, so sah sich die Regierung bei der Realisierung der jeweiligen Privatisierungsvorhaben mit der Aufgabe konfrontiert, mehrere Zielkonflikte gleichzeitig zu bewältigen. Zugespitzt lassen sich mindestens drei eng miteinander verflochtene Problemkreise der Privatisierungspolitik identifizieren:

- fiskalische vs. strukturpolitische Zielsetzung
- Geschwindigkeit vs. Gerechtigkeit des Prozesses
- Interessenkonflikte konkurrierender Akteure

(1) Aus fiskalischer Sicht hatte der russische Staat ein Interesse an möglichst hohen Einnahmen aus der Privatisierung. Angesichts massiver Probleme bei der Steuereintreibung stellten Privatisierungserlöse kurzfristig die einzige Möglichkeit dar, die weitere Verschuldung der öffentlichen Haushalte, insbesondere bei ausländischen Gläubigern, zumindest in Grenzen zu halten. Aus strukturpolitischer Sicht war dagegen die Erzielung maximaler Einnahmen zur Lösung fiskalischer Probleme nicht die optimale Strategie, da die so in den allgemeinen Haushalt eingespeisten Mittel nicht mehr den privatisierten Unternehmen für dringend erforderliche Modernisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen zur Verfügung standen. Eine Kompromißstrategie zwischen diesen beiden Positionen bestand darin, Privatisierungsauktionen mit Investitionsauflagen für die Bieter zu verbinden, was folglich auch bei vielen Auktionen praktiziert wurde. Um ein in diesem Sinne optimales Ergebnis zu erzielen und tatsächlich den bestmöglichen Investor zu finden, wäre es jedoch darauf angekommen, jeden einzelnen Privatisierungsvorgang sorgfältig vorzubereiten, das

Verfahren möglichst transparent zu gestalten, und den geeigneten Zeitpunkt für den Verkauf der staatlichen Aktienpakete abzuwarten. Gerade die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte sorgte jedoch für erheblichen Zeitdruck und minderte damit die Aussichten auf ein fiskalisch wie strukturpolitisch optimales Resultat.[352]

Über die verschiedenen Regierungsmannschaften hinweg, die von 1994 bis 1998 amtierten – mehrere von ihnen unter Tschernomyrdin –, ist eine konstante Präferenz fiskalischer gegenüber strukturpolitischen Erwägungen zu erkennen, die zweifellos in erster Linie der permanent katastrophalen Haushaltslage des russischen Staates geschuldet war. Umstrukturierungsprozesse kamen in den meisten Unternehmen, die in der zweiten Phase der Privatisierung verkauft wurden, nur sehr langsam und zögerlich in Gang. Viele der privatisierten Unternehmen erlebten nicht den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung, sondern mitunter sogar einen beschleunigten Niedergang, was dem Ruf der Privatisierung in der Bevölkerung schadete und neue Abwehr mobilisierte. Die Lenker der neuen russischen Finanzgruppen waren nicht darin geschult, große Industrieunternehmen zu steuern oder die Produktion zu organisieren.

---

[352] Einen ähnlichen Zielkonflikt zwischen volkswirtschaftlicher Effizienz und staatlicher Einnahmenmaximierung beschreiben David Stark und László Bruszt für die Entscheidungssituation in der Frühphase der ungarischen Privatisierung im Jahr 1990, für die sie idealtypisch den Disput zwischen Anhängern und Gegnern einer staatlich umfassend organisierten Privatisierung im Gegensatz zu einer Spontanprivatisierung nachzeichnen: "*Radical pragmatists* within the camp of spontaneity [in the privatization debate] assert: What if there is some squandering? It is a small price to pay for the transition to a more efficient system. Put it on the bill as one more, but the final, cost of 40 years of Communist misrule. […] Any real, profit-maximizing owner is better than no owner at all. And the sooner the economy's resources are managed according to such criteria, the sooner tax revenues, wages, and national wealth will increase. Those favoring controlled privatization counter that squandering does matter. The revenues from privatization are a one-time event. This opportunity for reducing deficits and repaying debt will not be repeated, and so these revenues must be maximized." Vgl. D. Stark/L. Bruszt: Postsocialist Pathways, Cambridge 1998, S. 61f.

Asset stripping[353], wie es beispielsweise im Ölsektor zu beobachten war, stellte demgegenüber zuweilen die "natürlichere", weil profitablere Strategie für manche der neuen Eigentümer dar. Erst nach und nach setzte sich bei einigen die Überzeugung durch, daß es sich auch lohnen könne, langfristig in die Produktion zu investieren. Es bleibt spekulativ, ob eine stärkere Öffnung zu ausländischen Investoren hier früher Abhilfe geschaffen hätte. Zweifellos aber macht die Fähigkeit, im staatsnahen Finanzsektor erfolgreich mit Geld operieren zu können, noch keinen guten Industriemanager aus. So bliebe schon zu fragen, ob nicht andere Formen der Eigentumsübertragung volkswirtschaftlich bessere Resultate hervorgebracht hätten.

Die fiskalischen Probleme des russischen Staates konnten mit der Privatisierung nie *in toto* gelöst werden. Sie leistete aber tatsächlich einen ganz wesentlichen Beitrag zur Deckung der größten Haushaltslöcher. Dennoch hat der russische Staat mit seiner allzu großen Nähe zu etablierten einheimischen Finanzgruppen sein Einnahmepotential aus der Privatisierung nur unzureichend realisiert.

(2) Das Tempo der Privatisierung war nicht nur eine Folge der fiskalischen Notwendigkeiten. Die gewünschte Geschwindigkeit hing auch (und keineswegs unwesentlich) mit der grundsätzlichen Überzeugung der Wirtschaftsreformer um Anatolij Tschubajs zusammen, daß nur eine rasche Privatisierung möglichst großer Teile der russischen Wirtschaft die Unternehmen und damit die Volkswirtschaft als ganzes von der Knute der staatlichen Bürokratie befreien und dringend benötigte unternehmerische Energie freisetzen würde. Außerdem sollte mit der Schaffung einer neuen Klasse von Eigentümern die Irreversibilität der Transformation sichergestellt werden.[354] Die Regierungsumbildung vom März 1997 hatte dazu in den Augen der Reformer ein neues *window of*

---

[353] *Asset stripping* meint den Abzug von Vermögen aus einer Firma durch einen der Anteilseigner.

[354] Eine der explizitesten Ausformulierungen dieses Gedankens durch Akteure aus dem unmittelbaren Umfeld der Reformmannschaft findet sich in der Darstellung von Boycko/Shleifer/Vishny, passim.

opportunity aufgestoßen, das es zu nutzen galt. Dem stand jedoch das Problem gegenüber, daß ein möglichst schnelles und entsprechend weniger sorgfältiges und transparentes Verfahren eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Insidern strukturell privilegierte. Nur diese verfügten frühzeitig über die notwendigen Informationen, um entsprechend ihren Interessen disponieren zu können. Außenseiter dagegen, zu denen in diesem Zusammenhang sowohl ausländische als auch andere inländische Interessenten zählten, konnten unter solchen Umständen kaum hoffen, sich in der Kürze der Zeit ein ausreichendes Bild zu machen, um ihr mögliches Investitionsrisiko sachgerecht abschätzen zu können. Eine Privatisierung nach dem Prinzip der möglichst großen Geschwindigkeit war daher potentiell ungerechter als zeitaufwendigere Verfahren. In politisch-sozialer Hinsicht war der Mangel an distributiver Gerechtigkeit und Fairneß des Verfahrens vielleicht das größte Defizit der russischen Privatisierung. Der vorherrschende, von der Regierung oft beförderte und selten überzeugend widerlegte Eindruck, nur eine kleine Gruppe von neuen Eliten erhalte überhaupt Zugang zur Erlangung von Eigentum, untergrub das Systemvertrauen in weiten Teilen der Bevölkerung. Damit öffnete sich eine Legitimitätslücke, die angesichts der angespannten wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land von unterschiedlichsten politischen Interessen genutzt werden konnte, um die Legitimität staatlichen Handelns insgesamt in Frage zu stellen.[355]

---

[355] Neben dieser politischen Dimension stellt die Verteilungsfrage auch ökonomisch betrachtet ein ernstzunehmendes Problem dar, das jedoch von vielen Ökonomen erst sehr spät als solches wahrgenommen worden ist. Die russischen Privatisierer argumentierten mit einem bedeutenden Teil der von der neoklassischen Schule beeinflußten Privatisierungsliteratur, daß die Frage der "ursprünglichen Verteilung" von untergeordneter, weil nur vorübergehender Bedeutung sei. Der Markt, so die Theorie, werde im Laufe der Zeit die anfangs unvermeidlichen Verzerrungen und Ineffizienzen in der Eigentümerstruktur zugunsten einer ökonomisch effizienteren und damit allgemein wohlfahrtsfördernden Verteilung beseitigen. Eine solche Perspektive nimmt jedoch das erst zu erreichende Ziel einer funktionierenden Marktwirtschaft – noch dazu in einer stark idealisierten Form – als bereits gegeben vorweg und blendet die Bemühungen der "Transformationsgewinnler", ihre nicht nach Marktregeln erzielten Anfangserfolge durch politische Interventionen statt durch marktkonformes Wirtschaften auf Dauer zu stellen, systematisch aus.

(3) Verschärft wurde die Situation schließlich dadurch, daß sich die Regierung unter dem massiven Druck einer relativ kleinen Anzahl von Interessenvertretern befand, die in der Lage waren, ihre Konflikte untereinander direkt in das Tagesgeschäft der Regierung hineinzutragen und auf Privatisierungsentscheidungen Einfluß zu nehmen. Neben der jungen Finanzelite, die 1996 den erfolgreichen Wahlkampf Boris Jelzins finanzierte, zählte zu diesen Akteursgruppen auch die Garde der alten Industriedirektoren. Konflikte entzündeten sich jedoch nicht nur zwischen den beiden Großgruppen der "alten" und der "neuen" Wirtschaftsbosse. Auch unter den neuen Finanzgruppen verschlechterte sich nach dem vorübergehenden "Waffenstillstand" während des Präsidentschaftswahlkampfes schnell wieder das Klima. Das Zweckbündnis zerbrach, und aus ehemaligen Verbündeten wurden erbitterte Konkurrenten, die die Transaktionen der anderen wachsam und eifersüchtig beobachteten. Um so problematischer war es, daß einige der konkurrierenden Akteursgruppen es schafften, unmittelbar personell in der Exekutive vertreten zu sein. Bis 1996 schien vor allem die alte Industrielobby ihre unmittelbaren Interessenvertreter in der Regierung zu haben. Als Repräsentant der Schwerindustrie und Rüstungswirtschaft galt beispielsweise von 1993 bis 1996 der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Oleg Soskovec. Und trat auch Ministerpräsident Tschernomyrdin im Laufe seiner Amtszeit immer weniger als eindeutiger Interessenvertreter der alten Industriedirektoren in Erscheinung, so blieb er doch in besonderer Weise seinem "Heimatkonzern" *Gazprom* verbunden. Mit Vladimir Potanin (als Erstem Stellvertretenden Ministerpräsidenten) und Boris Beresowskij (als Stellvertretendem Sekretär des Sicherheitsrats) nahmen dann ab dem Sommer 1996 zwei prominente Interessenvertreter in eigener Sache staatliche Ämter ein. Dies kam einer Institutionalisierung der Austragung partikularer Interessenkonflikte über die staatliche Exekutive gleich. In einer

Auseinandersetzungen wie die um den russischen "Oligarchiekapitalismus" waren in diesem einflußreichen Strang der Literatur nicht vorgesehen. Die empirisch wie theoretisch überzeugendste Diskussion dieses Themas bietet Hellman, in: World Politics, 50. Jg., 1998, S. 203-234.

Situation, in der es angesichts der strukturell angelegten Zielkonflikte in der Privatisierungspolitik ganz besonders auf einen autonom agierenden Staat angekommen wäre, stellte sich die Exekutive als in hohem Maße uneinheitlicher und dadurch nur sehr bedingt handlungsfähiger Akteur dar, der Partikularinteressen unterworfen zu sein schien, und dem es kaum möglich war, eine kohärente, primär gemeinwohlorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben. Eine so geschwächte Exekutive trug selbst dazu bei, die Legitimität der staatlichen Institutionen zu untergraben, statt sie zu fördern.

Für die russischen Privatisierer um Tschubajs, Koch und Bojko hatte ein Ziel ihrer Arbeit immer darin bestanden, eine "neue Klasse" von Eigentümern in Rußland zu etablieren, die zum Kern und Ausgangspunkt einer neuen Gesellschaft und einer funktionierenden Marktwirtschaft werden sollte. In dieser Perspektive mochte es ihnen als durchaus akzeptabel erscheinen, dem Entstehen neuer russischer Finanz- und Industrieimperien um junge, aufstrebende Geschäftsleute vom Schlage eines Vladimir Potanin, Michail Chodorkovskij oder Michail Fridman von staatlicher Seite nachzuhelfen. Wenn ohnehin staatliches Eigentum in großem Maße zu verteilen war, warum nicht diesen "Hoffnungsträgern" einer besseren Zukunft einen Startvorteil gegenüber den Netzwerken der alten Industrienomenklatur und den ausländischen Großkonzernen verschaffen, die sich mit ihren Mitteln ohnedies ihren Anteil sichern würden? Doch der Preis für solche Formen staatlicher Einflußnahme war hoch – zu hoch, wie den "Reformpolitikern" spätestens ab 1997 klar zu werden schien. Sie hatten sich auf ein gewagtes Spiel eingelassen, für das es in der Öffentlichkeit wenig Verständnis gab, und dessen wahrer Preis erst in der politischen Krise des Sommers und Herbstes 1997 gänzlich zum Vorschein kam, als die verschiedenen Beteiligten einander die Rechnung präsentierten. Der eigentliche Schaden, den sich die Regierung insbesondere mit den Pfandauktionen zufügte, war dabei eher moralischer als ökonomischer Art. Der Eindruck, eine kleine Gruppe Superreicher könne sich nach Belieben die besten Teile der russischen Volkswirtschaft zusammenraffen, während die Masse der Bevölkerung in einem Zustand

der fortschreitenden Verarmung lebte, und die entsprechende, selbst wiederum interessengeleitete mediale Begleitmusik beschädigten das Ansehen der postsowjetischen Reformbemühungen in Staat und Wirtschaft nachhaltig. Die Glaubwürdigkeit staatlicher Institutionen, die sich ohnehin in einer fortlaufenden Transformation ihre Legitimität erst noch zu erarbeiten hatten, mußte unter diesen Umständen zusätzlich leiden.

Allerdings läßt sich am Beispiel der Privatisierungsvorgänge auch erkennen, daß Entscheidungsautonomie und Handlungsfähigkeit des russischen Staates gegenüber wirtschaftlichen Partikularinteressen zwischen 1995 und 1998 keine konstanten Größen waren. Wurde Ende 1995, angesichts bevorstehender Präsidentschaftswahlen und einer desaströsen finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte, die Agenda des Handelns in der Privatisierungspolitik wesentlich von Sachzwängen (Einnahmengenerierung) und externen Akteuren (Potanins Verpfändungsidee) bestimmt, so stellte sich die Situation 1997 doch erheblich anders dar. Das Tschubajs-Nemzow-Team entwickelte eine eigene Agenda, auf der Fragen der Legitimation politischen Handelns und der distributiven Gerechtigkeit vor der Negativfolie des "Oligarchiekapitalismus" erstmals einen prominenten Stellenwert erlangten. Zwar stieß die Implementation dieser Agenda auf den massiven Widerstand nicht-staatlicher Akteure, die erbittert um ihre nicht-institutionalisierte Macht zu kämpfen bereit waren. Dennoch begannen stärker legitimierte Verfahren in der Privatisierung an Bedeutung zu gewinnen, und der Handlungsspielraum der Finanzgruppen erwies sich letztlich als nicht weniger eingeschränkt als der der Regierung.

Tabelle 20: Pfandauktionen und Verkäufe verpfändeter Aktien

Angebotenes Unternehmen	*Aktien-anteil (%)*	*Datum der Pfand-auktion*	*Budget-kredit (Mio. US$)*	*Investitions-zusage (Mio. US$)*	*Sieger der Pfandauktion*	*Datum des Verkaufs*	*Verkaufs-preis (Mio. US$)*	*Käufer*
JuKOS	45	7. Dez. 95	159	200	Menatep	23. Dez. 96	160,1	Menatep
Sidanko	51		130	161	Onėksim	Jan. 97	129,8	Onėksim
Surgutneftegaz	40,12	8. Nov. 95	88,3	193	Surgut	25. Feb. 97	78,8	Surgut
Sibneft'	51	28. Dez. 95	100,3		NFK/SBS	12. Mai 97	110	SBS-Agro
Lukojl	5		35,01	70	Lukojl	20. Juni 97	43,6	Lukojl
Noril'skij Nikel'	38	17. Nov. 95	170,1		Onėksim	5. Aug. 97	250	Onėksim
Nafta-Moskva	15	28. Dez. 95	20,01		Nafta Moskva/ Unibest	15. Sept. 97		(annulliert)
Murmanskoe paro-chodstvo	49		4,13		Menatep			?
Severo-zapadnoe parochodstvo	25,5		6,05		Onėksim	20. Nov. 98		(keine Gebote)
Čeljabinskij metallurgičeskij kombinat	15		13,3		Imperial	27. Nov. 98		?
Novolipeckij metallurgičeskij kombinat	14,84		31		Onėksim	14. Dez. 98	23,8	Onėksim
Novorossijskoe morskoe parochodstvo	45		22,65		Novorossijskoe morskoe parochodstvo			

Quelle: Russian Economic Trends, Nr. 4, 1998, S. 44; OMRI Daily Digest, Part 1, 29.12.1995; div. Quellen.

Tabelle 21: In die Pfandauktionen einbezogene Unternehmen (nach Größe des Unternehmens und des Aktienpakets)

Bedeutung der Beteiligung / Bedeutung des Unternehmens	*Mehrheitsbeteiligung, strategische Investition*	*Minderheitsbeteiligung, Portfolioinvestition*
Bedeutendes Unternehmen	JuKOS Surgutneftegaz Noril'skij Nikel' Sibneft' Sidanko	Lukojl Novolipeckij metall. kombinat
Weniger bedeutendes Unternehmen		Nafta-Moskva Novoross. morskoe paroch. Čeljabinskij metall. kombinat Severo-zapadnoe paroch. Murmansk. morskoe paroch.

Erläuterung der Kriterien: Die als "bedeutend" bezeichneten Unternehmen zählten 1996 und 1997 zu den zwanzig umsatzstärksten Unternehmen Rußlands. Bis auf Novolipeckij metallurgičeskij kombinat belegten sie außerdem auch nach Gewinn (v. St.) und nach Marktkapitalisierung in beiden Jahren einen Platz unter den Top-20 (Ėkspert-200, in: Ėkspert, 6.10.1997, S. 35-79; Ėkspert-200, in: Ėkspert, 12.10.1998, S. 10-51). Als Untergrenze für eine strategische Investition wurden 40% der stimmberechtigten Aktien angenommen.

3.2. Gazprom: Die hohe Schule des Lobbyismus

Russische Politik in den Jelzin-Jahren läßt sich kaum verstehen, wenn man nicht einen Blick auf den großen Akteur wirft, dessen Rolle in den vorigen Kapiteln schon mehrfach gestreift wurde: den Energieriesen *Gazprom*. Dieses Monopolunternehmen ist noch in der Sowjetunion aus Wirtschaftsverwaltungsstrukturen heraus geschaffen worden. Bereits im Jahre 1989 wurden im Zuge der Wirtschaftsreformen unter Gorbatschow Pläne entworfen, einen Staatskonzern für die Gasindustrie zu gründen. Viktor Tschernomyrdin, damals Erster Stellvertretender Minister im neuen Öl- und Gasministerium, griff diese Idee auf und setzte alles daran, sie zu realisieren. In nur wenigen Wochen schuf er den Staatskonzern *Gazprom*, an den die gesamte russische Gasindustrie übergeben wurde. Im Erdgasministerium verblieb nur eine kleine Abteilung zur Oberaufsicht über die Branche. Da es für die Angestellten des Ministeriums lukrativer war, für den Konzern zu arbeiten – die Löhne waren hier nicht länger staatlichen Regulierungen unterworfen – wechselte auch der Ministerialstab rasch zum neu geschaffenen Gasmonopolisten über.

Der neue Konzern erhielt nicht nur die Verfügung über alle Strukturen, die direkt mit der Gasproduktion und -versorgung in Verbindung standen, sondern übernahm auch zahlreiche weitere Betriebe, etwa Bauunternehmen und Maschinenhersteller, aber auch landwirtschaftliche Betriebe und Produzenten von Konsumgütern, die für die Versorgung der Konzernmitarbeiter und ihrer Familien arbeiteten. Außerdem wurden der sowjetische Gasexporteur, *SojusGazėksport*, und der sowjetische Importeur von Material und technischer Ausrüstung für die Gasindustrie, *Zarubežgaz*, in den Konzern eingegliedert.[356] Gleichzeitig wurden die strategische Finanzplanung, die Finanzierung der operativen Geschäfte und die Entscheidungsgewalt über die Verteilung der Profite bei der

---

[356] *Gazprom* übernahm damit auch alle sowjetischen Lieferverträge mit ausländischen Partnern.

Konzernführung zentralisiert.[357] Im Ergebnis verfügte *Gazprom* damit in Rußland über ein Monopol bei der Produktion, dem Transport und dem Export von Erdgas.[358]

Indem die russische Gasindustrie in einem Unternehmen zusammengefaßt und nicht – wie z.B. die Ölindustrie des Landes – in mehrere Unternehmen aufgeteilt wurde, schuf man mit *Gazprom* den weltweit größten Gasproduzenten und Gasversorger, der in den 1990er Jahren für etwa ein Viertel der weltweiten Gasproduktion verantwortlich war. *Gazprom*s Tochterunternehmen *Gazėksport* ist der weltweit größte Gasexporteur und der wichtigste Gaslieferant Europas mit einem Markanteil von über 20% in Westeuropa und über 50% in Osteuropa (außerhalb der GUS). Die Einnahmen aus Gasexporten sind nicht nur für *Gazprom* von entscheidender Bedeutung, sondern auch für den russischen Staat, denn sie machen etwa ein Viertel der gesamten russischen Deviseneinnahmen aus. Auch als Steuerzahler ist *Gazprom* von zentraler Bedeutung. Das Unternehmen hat in den letzten Jahren mit einem Anteil von bis zu 25% zum Gesamtsteueraufkommen des russischen Staates beigetragen.[359]

Nach wie vor befinden sich große Teile dieses Unternehmensriesen in staatlicher Hand. Zum Ende der Jelzin-Ära stellte sich die formale Eigentümerstruktur *Gazprom*s folgendermaßen dar:[360] Etwa 49% der Unternehmensanteile wurden von russischen natürlichen und juristischen

---

357 Zur Schaffung *Gazprom*s vgl. V.A. Krjukov: Institucional'naja struktura neftegazovogo sektora. Novosibirsk 1998, S. 217-227; K. C.Preuss Neudorf,: Die Erdgaswirtschaft in Russland, Köln 1996, S.69-77.

358 Explorationen hingegen werden nicht nur von *Gazprom*, sondern auch vom Geologieministerium durchgeführt.

359 Ein ausführlicheres Unternehmensportrait bieten: H. Pleines/K. Westphal: Rußlands *Gazprom*. Teil I. *Gazprom*s Rolle in der russischen Politik und Wirtschaft, Berichte des BIOst 33-1999, Köln 1999; A. Heinrich: Rußlands *Gazprom*. Teil II. *Gazprom* als Akteur auf internationaler Ebene, Berichte des BIOst 34-1999, Köln 1999.

360 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.12.1998, S. 21. Alle Angaben wurden auf eine Stelle nach dem Komma gerundet und aktualisiert.

Personen im Streubesitz gehalten.[361] Der russische Staat verfügte über einen Anteil von 38,4% an *Gazprom*. 8% gehören *Gazprom* selbst, und 4,5% befinden sich in der Hand von ausländischen Eignern.[362] Im Mai 1999 akzeptierte die Regierung einen Vorschlag *Gazprom*s, bis zum Jahr 2003 fast den gesamten vom Konzern selber gehaltenen Anteil an Ausländer zu verkaufen.[363] Einen Monat vorher war ein staatlicher Mindestanteil von 35% an *Gazprom* gesetzlich vorgeschrieben worden.[364]

3.2.1 Gazprom und der Staat

Gazprom gehörte gemeinsam mit einigen anderen Rohstoffproduzenten zu der Handvoll russischer Unternehmen, die profitabel arbeiten könnten. Dabei stellt der Export die attraktivste Absatzmöglichkeit dar. Zum einen ist die zahlungskräftige heimische Nachfrage begrenzt, und die Preise auf dem Binnenmarkt sind oft extrem niedrig. Zum anderen ist *Gazprom*, im Gegensatz zu den anderen großen russischen Rohstoffproduzenten, nicht einmal auf die staatliche Exportinfrastruktur[365] angewiesen, da das Tochterunternehmen *Gazėksport* das gesamte russische Gaspipelinenetz selbst besitzt. Da staatliche Auflagen und Steuerforderungen die Rentabilität verringern, ist der Wunsch, unabhängig vom Staat zu operieren, stark ausgeprägt. Der russische Staat hingegen benötigte

---

361 Davon stammen 15% aus der Ausgabe von Belegschaftsaktien und 35% aus der Voucherprivatisierung. Privataktionäre hielten Ende 1998 noch 21% an *Gazprom*. Größere Aktienpakete sollen Tochterunternehmen von *Gazprom* (7%) und der Onėksimbank (4%) gehören (Kommersant', 29.10.1998, S. 7). Zum Zeitpunkt der ersten Aktionärsversammlung im Mai 1995 besaß *Gazprom* etwa 1.030.000 Aktionäre. Bis zum Juni 1998 sank die Zahl der Anteilseigner auf 672.000 (Rem Vjachirev: *Gazprom*. Pervoe sobranie akcionerov, in: Prirodnyj gaz v byvšem Sovetskom Sojuze, London/Moskau 1995, S. II; Interfax Petroleum Report, 19.–25.6.1998, S. 16).

362 Davon gehören 3,5% Ruhrgas. Die verbleibenden 1% befinden sich im Streubesitz.

363 Russia Morning Comment (United Financial Group), 19.5.1999.

364 Gesetz vom 30.3.1999 "O gazosnab enii v Rossijskoj Federacii", Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii 14/1999, St. 1667.

365 Entweder die staatliche Eisenbahngesellschaft oder das staatliche Ölpipelinenetz.

Gazprom als Steuerzahler und Devisenquelle sowie als Garanten der Energieversorgung. Aufgrund der Ressourcenausstattung und der starken Lobby, die *Gazprom* vor allem bei der Regierung, aber auch im Parlament besitzt, ist die Durchsetzung staatlicher Interessen gegenüber dem Gasgiganten jedoch schwierig. Trotzdem haben Regierungsbehörden unterschiedliche Methoden entwickelt, um Druck auszuüben. Drei Ansätze sind von besonderer Bedeutung:

- Im Rahmen der Wettbewerbspolitik kann der Staat versuchen, die Monopolstellung des Konzerns zu beenden, indem einzelne Unternehmensteile aus dem Konzern herausgelöst werden. Die Monopolstellung *Gazprom*s ist in der russischen Diskussion als "natürlich" charakterisiert worden. Der Begriff "natürliches Monopol" beschreibt in der Wirtschaftswissenschaft einen Fall, in dem Wettbewerb als unmöglich oder aus Effizienzgründen als nicht wünschenswert gilt.[366] Angewandt auf *Gazprom* impliziert der Begriff, daß ein Gigant von den Ausmaßen *Gazprom*s am besten in der Lage ist, die in der russischen Gasindustrie erforderlichen Investitionen zu finanzieren und durchzuführen. Durch diese Begriffsprägung wurde die Reform der Monopolstellung *Gazprom*s als wettbewerbspolitisch nicht wünschenswert dargestellt, wodurch die Reformpolitiker und nicht etwa *Gazprom* unter Rechtfertigungsdruck gestellt wurden. Das Konzept des "natürlichen Monopols" ist jedoch fragwürdig. Im russischen Fall zeigt bereits die Ölindustrie, daß auch mehrere Firmen nebeneinander operieren können und die Vereinigung von Produktion und Transport in einem Unternehmen keinesfalls zwingend ist. Vor allem 1992/93 und dann

[366] Dies ist vor allem dann der Fall, wenn die durchschnittlichen Produktionskosten mit steigender Produktion permanent sinken, so daß der Anbieter mit der größten Produktion die niedrigsten durchschnittlichen Produktionskosten hat und konkurrierende Anbieter vom Markt verdrängen kann.

wieder 1997 versuchten russische Reformpolitiker diese Sichtweise in Politik umzusetzen.[367]

- Als mit Abstand größter Aktionär kann der Staat Einfluß auf die Unternehmensführung nehmen. Dem Management von *Gazprom* ist es aber gelungen, die Verfügungs- und Kontrollrechte in den eigenen Händen zu halten. Dies war möglich, weil die Regierung 1992 einen Unternehmensanteil von 35% zur treuhänderischen Verwaltung an den Vorsitzenden der Konzernsleitung, Rem Vjachirev, übergeben hatte. Das Management war damit stärkste Kraft im Direktorenrat, dem höchsten Entscheidungsgremium von *Gazprom*. 1993 wurde der Treuhandvertrag von Regierungsangehörigen "verlegt". Dies ist weniger ein Beispiel für die Unfähigkeit, als vielmehr für das geringe Interesse der Regierung, Kontrolle über den Konzern auszuüben.[368] Diese passive Rolle des Staates als Anteilseigner ist im russischen Fall durchaus keine Seltenheit. Die Philosophie der Privatisierung, die den Staat als Unternehmer prononciert ablehnt, hat staatliche Stellen nicht ermutigt, als Anteilseigner aktiv an der Gestaltung der Unternehmenspolitik teilzunehmen. Die Abwehrhaltung der Unternehmensleitungen hat ein übriges getan.[369] Im Falle *Gazprom*s wurde die führende Rolle des Managements zusätzlich durch umfassende Handelsbeschränkungen für signifikante Aktienkäufe

---

367 Dazu ausführlich: K. Westphal: Russische Energiepolitik. Ent- oder Neuverflechtung von Staat und Wirtschaft?, Baden-Baden 2000, S. 72-78; A. Genkel': Restrukturizacija estestvennych monopolij, in: Neft' i biznes 1997, Nr. 3, S. 11-21; V.A. Krjukov: "Estestvennoj" monopolii - estestvennye peremeny, in: Ėko 1997, Nr. 6, S. 89-106; V. Kravec: Regulirovanie monopolij prochodit pod žestkim kontrolem samich monopolij, in: Neft' i kapital 1997, Nr. 4, S. 20-23; B. Slay/V. Capelik: The Struggle for Natural Monopoly Reform in Russia, in: Post-Soviet Geography and Economics, 38. Jg., 1997, Nr. 7, S. 396-429, hier S. 412-414.

368 H. Pleines/K. Westphal, Berichte des BIOst 33-1999, S. 12-13.

369 Dazu: O. Kuznetsova/A. Kuznetsov: The State As Shareholder. Responsibilities and Objectives, in: Europe-Asia Studies, 51. Jg., 1999, Nr. 3, S. 433-445.

zementiert, da so der Einstieg neuer Großaktionäre, die einen Sitz im Direktorenrat beanspruchen könnten, verhindert wurde.[370]

- Der Staat kann schließlich seine Steuerpolitik gegenüber *Gazprom* verschärfen und versuchen, mit Zwangsmaßnahmen die Begleichung der Steuerschuld zu erzwingen. Zwar wurde die 1992/93 eingeführte Steuerlast 1995/96 für *Gazprom* deutlich erhöht, doch entlastete die Abschaffung des Exportzolls 1996 gleichzeitig die Unternehmensbilanz. Nach einer Studie des IWF hat aber sowohl die absolute als auch die relative Belastung *Gazprom*s von 1993 bis 1996 stetig zugenommen. Umgerechnet stiegen die Zahlungen *Gazprom*s in den Staatshaushalt von 1,6 Mrd. US$ auf 11,2 Mrd. US$. Der Anteil der Zahlungen an den Einnahmen des Gaskonzerns stieg damit von 3% auf 9%. Nichtsdestotrotz wird die Belastung *Gazprom*s vom IWF als vergleichsweise gering eingestuft. Die relative Steuerlast[371] stieg zwar von 0,46 auf 1,33, aber im internationalen Vergleich ist für die Öl- und Gasindustrie eine relative Steuerlast von 2 bis 4 üblich. Die relative Steuerlast für die russische Ölindustrie lag 1995 und 1996 ebenfalls über 2.[372]

Viermal wurde die Position *Gazprom*s durch Reformpolitiker in der russischen Regierung attackiert. 1991/92 und noch einmal im Herbst 1993 versuchte Gajdar, die Monopolstellung des Gaskonzerns

---

370 1997 scheiterte der Versuch der Onėksimbank, einen Posten im Direktorenrat zu erhalten. Der einzige neue Großaktionär ist bisher die deutsche Ruhrgas AG, die seit 1999 einen Anteil von 3,5% hält und mit Hilfe eines joint ventures mit einer *Gazprom*-Tochter weitere 0,5% erwarb. (Pleines/Westphal, Rußlands *Gazprom*, S. 10)

371 Diese Kennziffer setzt den Anteil am Steueraufkommen (einschließl. Abgaben und Zöllen) in Beziehung zum Anteil am BIP. Ein Wert von 1 bedeutet, daß der Anteil am Steueraufkommen genauso hoch ist wie der Anteil am BIP. Ein Wert größer als 1 bedeutet, daß der Anteil am Steueraufkommen größer ist als der Anteil am BIP.

372 D. Gray: Evaluation of taxes and revenues from the energy sector in the Baltics, Russia, and other former Soviet Union countries, Washington: IMF 1998 (= IMF Working Paper WP98/34), S. 55, 67. Eine ausführliche Diskussion findet sich bei: H. Pleines: Die Besteuerung der russischen Erdgasindustrie, in: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 28, 2001, S. 36-48.

aufzubrechen. Sein vorrangiges Ziel war die Schaffung von Wettbewerb zumindest in Teilbereichen der russischen Gasindustrie. Bei diesen Versuchen griff er vor allem auf das GKI mit seinen weitreichenden Kompetenzen zurück. Nemzow knüpfte im Frühjahr 1997 an diese Bemühungen an. Er versuchte jedoch nicht nur von außen, durch Verordnungen und administrative Regeln, Druck auf *Gazprom* auszuüben, sondern bemühte sich gleichzeitig, Einfluß auf die Entscheidungsprozesse innerhalb des Unternehmens zu gewinnen, indem er den alten Treuhandvertrag in Frage stellte. Gleichzeitig wurde unter Nemzow die Steuerpolitik zu einem wichtigen Konfliktfeld in der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Gaskonzern. Aufgrund dieser breit angelegten Strategie waren etliche Regierungsbehörden in die Auseinandersetzung involviert. Kirienko hingegen konzentrierte sich im Frühsommer 1998 auf die Frage der Steuerzahlungen. Verhandlungen um den Treuhandvertrag dienten lediglich als Druckmittel. Die Frage der Monopolstellung, die unter Gajdar noch im Zentrum stand, wurde jetzt überhaupt nicht mehr thematisiert. Federführende Regierungsbehörde beim Angriff auf *Gazprom* war dementsprechend die Steuerbehörde. Da die drei Reformpolitiker gegenüber *Gazprom* jeweils unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte setzten, läßt sich ihr Erfolg nicht einfach miteinander vergleichen. Es entsteht jedoch der Eindruck, daß die Monopolstellung *Gazprom*s unter Jelzin nicht reformierbar war. Die Rolle des Staates in der Unternehmensführung und vor allem die Höhe der Zahlungen *Gazprom*s in den Staatshaushalt waren jedoch verhandelbar. Um die Kontrolle über das Unternehmen zu behalten, sah sich das Management unter Vjachirev sowohl 1997 als auch 1998 gezwungen, die Zahlungen in den Staatshaushalt zu vergrößern. Die Reformpolitiker wiederum verzichteten unter dem Druck der angespannten Haushaltslage darauf, in die Unternehmensführung einzugreifen. *Gazprom* hat in den neunziger Jahren alle Angriffe von Reformpolitikern im Grundsatz unbeschadet überstanden.

Um dieses Ziel zu erreichen, benutzte die Konzernleitung vor allem persönliche Kontakte mit Mitgliedern der föderalen Exekutive. Die daraus resultierende enge Verflechtung zeigt sich deutlich daran, daß eine

ganze Reihe führender Politiker vor oder nach der politischen Laufbahn eine Position in der Konzernleitung von *Gazprom* übernahmen. Die wichtigsten sind: Viktor Tschernomyrdin (Ministerpräsident 1992-1998), Sergej Dubinin (Leiter der Zentralbank 1995-1998), Viktor Iljušin (Leiter des Beraterdienstes in der Präsidialverwaltung 1992-1996, stellvertretender Ministerpräsident 1996-1997), Al'fred Koch (Leiter des Komitees für Staatsbesitz 1996-1997), Petr Rodionov (Energieminister 1996-1997).

Zusätzlich erhielten *Gazprom* nahestehende Politiker finanzielle Unterstützung für ihre Wahlkämpfe. Bei den Dumawahlen 1995 half *Gazprom* vor allem Tschernomyrdin mit seiner Partei NDR. Die Dumafraktion der NDR unterstützte dementsprechend ebenfalls die Position des *Gazprom*-Managements. Das heißt, bezüglich der Gasindustrie schlossen sich die regierungsnahen Parteien der konservativen Opposition an.[373] Versuche, die Gasindustrie grundlegend zu reformieren, hatten dadurch im föderalen Gesetzgebungsprozeß keine Chance auf Realisierung.

Ergänzend hat sich *Gazprom* 1997/98 um den Aufbau einer Medienholding bemüht, um Einfluß auf die öffentliche Meinung nehmen zu können. Im Herbst 1998 besaß *Gazprom* bereits über 100 regionale Publikationen, hatte – zumindest indirekt – Einfluß auf zwei große überregionale Tageszeitungen, hielt einen Anteil von 30% am überregionalen Fernsehsender NTV und entwickelte ein eigenes Fernsehprogramm für die Konzernmitarbeiter.[374]

Während *Gazprom* im Präsidentschaftswahlkampf 1996 Jelzin offen und umfangreich unterstützt hatte,[375] setzte die Konzernleitung 1999 auf das

---

[373] Ebd., S. 253-254.

[374] Zum Umfang der Medienholding siehe: F. Fossato/A. Kachkaeva: Russian media empires IV, RFE/RL Report, Prag 1998 (auf der Website von RFE/RL <www.rferl.org>).

[375] Die Wahlkampfhilfe wurde von der Jahreshauptversammlung Gazproms ohne Gegenstimmen gebilligt. Konzernchef Vjachirev begab sich für Jelzin auf Wahlkampfreise und verbürgte sich öffentlich dafür, daß alle Konzernmitarbeiter

Bündnis des Moskauer Bürgermeisters Jurij Luschkow mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Evgenij Primakow als Nachfolger Jelzins. Nach ersten aktiven Unterstützungsmaßnahmen, insbesondere der Finanzierung von Luschkow nahestehenden Massenmedien[376], wurde im Sommer 1999 Tschernomyrdin mit den Stimmen der Regierungsvertreter zum Leiter des Direktorenrates von *Gazprom* gewählt, um den Konzern politisch zu neutralisieren. *Gazprom* hielt sich dementsprechend im Dumawahlkampf 1999 zurück.[377]

3.2.2 Die inhaltliche Argumentation der Gazprom-Lobby – Der Gaskonzern als Sponsor der russischen Volkswirtschaft

Die inhaltliche Argumentation der *Gazprom*-Führung gegenüber den diversen Angriffen durch Teile der Politik bestand vor allem darin, daß sie die Bedeutung des Gaskonzerns für die russische Volkswirtschaft herausstrich. Seine Schwächung – so die Verteidigungslinie – schwäche die russische Wirtschaft insgesamt. Die Diskussion über die Steuerbelastung *Gazprom*s, ein zentrales Konfliktfeld zwischen Gaskonzern und Regierung, illustriert diesen Zusammenhang recht deutlich. Der IWF setzte in seiner oben angeführten Argumentation die zu leistenden Steuerzahlungen des Unternehmens in Beziehung zu seinem Anteil am BIP und damit zum Produktionsvolumen. Das Ergebnis zeigte nach Ansicht des IWF, daß *Gazprom* zu wenig Steuern zahlt. Die

---

für den amtierenden Präsidenten stimmen würden. (Eine Zusammenfassung bietet: M. Troschke: Die Energiewirtschaft Rußlands im Transformationsprozeß, München 1998, S. 269).

376 Gazprom gewährte so dem Fernsehsender NTV einen Kredit, der wohl eigentlich nicht zurückgezahlt werden sollte, im Frühjahr 2000 dann aber instrumentalisiert wurde, um Druck auf NTV auszuüben und ein Jahr später die Mehrheit an NTV zu übernehmen, um damit das Wohlwollen des neuen Präsidenten Vladimir Putin zu erlangen.

377 F. Fossato/A. Kachkaeva: Russian media empires V, RFE/RL Report, Prag 1999 (auf der Website von RFE/RL <www.rferl.org>); P. Hübner: Der Medienkampf Jelzin-Putin-Beresowskij gegen Lushkow-Primakow-Gussinskij (2 Teile), Aktuelle Analysen des BIOst Nr. 5/2000 und Nr. 6/2000, Köln 2000; Kommersant' 4.8.1999, S. 1.

Gazprom-Lobby wehrte sich dagegen mit dem Verweis auf *Gazprom*s Sonderleistungen für die russische Volkswirtschaft. Durch billige Gaslieferungen an Industrie, Haushalte und soziale Einrichtungen subventioniere der Konzern die russische Wirtschaft und erfülle gleichzeitig soziale Verpflichtungen, die eigentlich vom Staat finanziert werden müßten. Auf dem russischen Binnenmarkt mit niedrigen Gaspreisen und schlechter Zahlungsmoral, so die zugespitzte Form des Argumentes, erwirtschafte *Gazprom* keinen Gewinn, sondern sei aus Verantwortungsbewußtsein aktiv. Konzernchef Vjachirev erklärte:

> "Wir produzieren und verkaufen nicht einfach nur Gas. Wir verfolgen eine volksnahe, sozial-orientierte Politik, deren Bedeutung über engstirnige ökonomische Berechnungen hinausgeht."[378]

Der Politologe Clifford Gaddy und der Ökonom Barry Ickes interpretieren die Rolle des Konzerns ganz ähnlich und suchen nach Gründen, warum *Gazprom* die russische Volkswirtschaft subventioniert. Zwei Erklärungsansätze erscheinen ihnen plausibel: Erstens gestatte es der Staat dem Konzern, einen Teil seiner Exporteinnahmen zu behalten und im eigenen Interesse zu verwenden. Dieses Zugeständnis diene als Ausgleich für die Verluste auf dem russischen Binnenmarkt. Zweitens versuche der Staat, die Verschiebung in der Rentabilität einzelner Wirtschaftsbranchen auszugleichen, die durch den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft verursacht werde. Während der Rohstoffsektor durch die Wirtschaftsreformen Einkommen gewonnen habe, habe die verarbeitende Industrie ihre bevorzugte Position verloren. Die Subventionierung der russischen Wirtschaft durch den Rohstoffsektor stelle damit eine Art staatlich gewollter Kompensationszahlung zum Ausgleich der Folgen der Wirtschaftsreformen dar.[379]

Die Gegenthese zu Gaddy und Ickes, die davon ausgeht, daß der russische Gaskonzern auch auf dem Binnenmarkt unter dem Ziel der

---

[378] Interview, Nezavisimaja Gazeta, 25.3.1997.

[379] Gaddy/Ickes, in: Post-Soviet Geography and Economics, 39. Jg., 1999, Nr. 2, S. 89-91.

betriebswirtschaftlichen Gewinnmaximierung handelt, hat David M. Woodruff formuliert.[380] Er weist darauf hin, daß *Gazprom* aufgrund begrenzter Exportkapazitäten kurzfristig gar nicht die Möglichkeit hat, seine Lieferungen ins Ausland zu steigern. Auch langfristig kann der größte Teil von *Gazprom*s Produktion nur auf dem Binnenmarkt abgesetzt werden, da die Auslandsnachfrage auf den für *Gazprom* erreichbaren Märkten ebenfalls begrenzt ist. Damit stellt sich für *Gazprom* nicht die Alternative zwischen Verkauf zu Weltmarktpreisen auf dem Exportmarkt und Verkauf zu niedrigen Preise auf dem Binnenmarkt. Vielmehr hat *Gazprom* nur die Wahl, entweder auf dem russischen Binnenmarkt zu verkaufen, oder aber die Gasproduktion drastisch zu reduzieren. Nach einer rein betriebswirtschaftlichen Kalkulation ist es für *Gazprom* sinnvoll, Gas auf dem Binnenmarkt zu verkaufen, solange der hier erzielte Preis über den aktuellen Produktionskosten[381] liegt. Woodruff unterstellt nun pauschal, daß diese Bedingung für *Gazprom* erfüllt ist. Das heißt, *Gazprom* beteiligt sich nach Woodruff an der virtuellen Wirtschaft nicht aufgrund staatlicher Vorgaben, sondern ausschließlich aufgrund betriebswirtschaftlicher Erwägungen. Woodruffs These, die das betriebswirtschaftliche Gewinnmotiv im Sinne der Maximierung von Erlösen auf dem Binnenmarkt absolut setzt, greift aber zu kurz, da sie nicht erklärt, warum *Gazprom* auch langfristig zahlungsunfähige Kunden beliefert. Ende 1998 entsprachen die akkumulierten Schulden von *Gazprom*s russischen Kunden bereits dem Wert der gesamten Lieferungen der vorhergehenden anderthalb Jahre.[382] Weniger als 8% der Gaslieferungen an russische Kunden wurden 1998 mit Bargeld bezahlt.[383] Nach Woodruffs

---

380 D. M. Woodruff: It's Value that's Virtual. Bartles, Rubles and the Place of *Gazprom* in the Russian Economy, in: Post-Soviet Affairs, 39. Jg., 1999, Nr. 2, S. 130-148.

381 Gemeint sind die variablen Produktionskosten, die im Falle einer Produktionssenkung eingespart würden. Investitionen in die Erschließung von Gasfeldern und den Aufbau eines Pipelinenetzes hingegen sind nicht mehr rückgängig zu machen und müßten als *sunk costs* verbucht werden.

382 I. Mazalov: *Gazprom*, in: Russia Market Weekly (Troika Dialog), 5.7.1999.

383 Reuters, 12.2.1999.

Argumentation müßte die große Zahl der insolventen Kunden systematisch von Lieferungen ausgeschlossen werden, da sich so der Gewinn steigern ließe, nicht nur weil die entsprechenden variablen Produktionskosten entfallen würden, sondern auch, da sich die Zahlungsmoral der verbleibenden Gasabnehmer verbessern dürfte.

Daß *Gazprom* auch zahlungsunfähige Kunden, trotz lautstarker Drohungen und vorübergehender Lieferungskürzungen, weiter mit Gas versorgt, ist wohl auf die von Gaddy und Ickes angedeutete Rolle des Staates zurückzuführen. Die Regierung hat mehrfach durch Verordnung die Belieferung zahlungsunfähiger Kunden in "strategisch wichtigen Bereichen" erzwungen. Im Altaj wurde so z.B. im Januar 1999 ein Strafverfahren gegen den regionalen *Gazprom*-Repräsentanten eingeleitet, nachdem Lieferungen an den Stromproduzenten der Region gekürzt worden waren.[384]

Der Staat kann also erheblichen Druck auf *Gazprom* ausüben. Dementsprechend muß *Gazprom* mit der Regierungsseite in einen Verhandlungsprozeß eintreten und Kompromisse schließen. Valerij Krjukov unterstellt in diesem Zusammenhang ein 1992/93 getroffenes "*gentlemen's agreement*" zwischen Gaskonzern und Staat. Gegen das Versprechen *Gazprom*s, die Versorgung aller russischen Gaskonsumenten zu sichern und damit zahlungsunfähige Industriebetriebe und sozialpolitisch relevante Gruppen zu subventionieren, habe der Staat dem Konzern eine Bestandsgarantie gegeben und ihm weitgehende Autonomie in der Unternehmensleitung und der Verfolgung von Exportplänen eingeräumt.[385] Darüber hinaus gibt es noch eine weitere Erwägung, die *Gazprom* zur Rücksichtnahme auf staatliche Interessen veranlaßt. *Gazprom* kooperiert nämlich mit dem

---

384 FSU Oil & Gas Monitor (NewsBase) 19.1.1999.

385 V.A. Krjukov: Napravlenie prisposoblenija k izmenenijam sredam. Slučaj neftegazovogo sektora, Paper prepared for the workshop "Shaping the economic space in Russia", BIOst, Köln, 26.-28.5.1999, S. 24; vgl. V. Kryukov: Adjustement to Change: the Case of the Oil and Gas Industry, in: S. Harter/J. Easter (Hrsg.): Shaping Economic Space in Russia, Aldershot 2000, S. 102-126, hier S. 115.

russischen Staat bei der Interessendurchsetzung in der GUS. Die Kontrolle über Transitpipelines in der Ukraine und Belarus', die Beteiligung an Gasprojekten in Zentralasien und die Blockade des Zugangs von Konkurrenten zu *Gazprom*s Exportmärkten sind Unternehmensinteressen, die durch die russische Außenpolitik gefördert werden können.[386] Selbst wenn *Gazprom* auf dem Binnenmarkt erfolgreich arbeitet, so hat der Konzern doch offensichtlich Teile der russischen Politik davon überzeugen können, daß dies nicht der Fall sei und die Gasversorgung der russischen Volkswirtschaft durch politische Konzessionen erkauft werden muß. Das heißt, solange *Gazprom* die Versorgung des Binnenmarktes aufrecht erhält, solange kann es die Rechtfertigungsstrategie "Was gut für *Gazprom* ist, ist gut für Rußland" auch in *rent-seeking*- und *bargaining*-Strategien verfolgen. Diese können in Rußland entschieden gewinnversprechender sein, als die von Woodruff unterstellte marktorientierte Gewinnmaximierung.[387]

3.2.3 Resümee

Die Existenz völlig unterschiedlicher, ja sogar diametral entgegengesetzter Einschätzungen der Rolle *Gazprom*s in der russischen Wirtschaft, hat ihre Ursache in der mangelnden Eindeutigkeit fast aller relevanten Daten. Ob *Gazprom* die russische Wirtschaft subventioniert oder vielmehr auch auf dem Binnenmarkt mit Gewinn arbeitet, hängt vom Wert der Bartergeschäfte ab, den außerhalb des Gaskonzerns niemand benennen kann. Die Höhe der Steuerbelastung wird beeinflußt von Unternehmensergebnissen, die je nach Berechnungsmethode

---

[386] Eine differenziertere Diskussion dieses Punktes gibt: A. Heinrich: Rußlands *Gazprom*. Teil II. *Gazprom* als Akteur auf internationaler Ebene, Berichte des BIOst 34-1999, S. 22-31; vgl. im Anschluß daran auch: H.H. Schröder: Unternehmer und Finanzgruppen als Akteure in der russischen Außenpolitik, in: Osteuropa, 51. Jg., 2001, Nr. 4-5, S. 393-407.

[387] Eine ausführliche Diskussion der Rentabilität des Gasgeschäfts auf dem russischen Binnenmarkt in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre bietet: H. Pleines: Gazprom als Sponsor der virtuellen Wirtschaft? Zur Rationalität eines russischen Wirtschaftsakteurs, in: Osteuropa-Wirtschaft 3/2000, S. 308-315.

(russischer oder internationaler Standard) um bis zu 250% differieren. Wie viele Steuern *Gazprom* bezahlt, hängt nicht nur von den gesetzlichen Regelungen, sondern auch von informellen Verhandlungen ab. Letztendlich dürfte dadurch auch für die Beteiligten selbst – sowohl auf Seiten *Gazprom*s als auch auf Seiten des Staates – nicht mehr nachvollziehbar sein, wie stark ihre Verhandlungsposition wirklich ist. Vor allem den staatlichen Akteuren erschwert eine widersprüchliche Interessenlage zudem die Entwicklung einer einheitlichen, konsistenten Verhandlungsposition. Für *Gazprom* lassen sich demnach in der Jelzin-Ära in der Beziehung zum Staat vier prioritäre Interessen unterscheiden:

- Bewahrung der Integrität des Konzerns als einheitlichem Akteur, d.h. *Gazprom* behält seine Monopolstellung und verbleibt unter der Kontrolle des gegenwärtigen Managements.
- Durchführung von Exportgeschäften ohne Einmischung des Staates.
- Erwerb von ausreichenden liquiden Mitteln zur Realisierung der Expansionspläne auf den Exportmärkten, d.h. geringe Steuerlast und überschaubare Ergebnisse auf dem Binnenmarkt.
- Staatliche Unterstützung bei Unternehmensaktivitäten in der GUS.

Mit der nicht unwichtigen Ausnahme des letzten Punktes besteht also das Ziel *Gazprom*s darin, den Staat aus seinen Geschäftsaktivitäten soweit wie möglich herauszuhalten und die Unternehmenseinnahmen im eigenen Interesse zu verwenden. Im Gegensatz dazu werden von Akteuren auf staatlicher Seite drei grundlegende Forderungen gestellt, die alle Zahlungen *Gazprom*s beinhalten:

- Subventionierung nicht zahlungsfähiger Gasverbraucher
- Finanzierung des Staatshaushaltes
- Finanzierung der persönlichen Interessen einzelner Politiker (vor allem Wahlkampfhilfe)

Auf Seiten der staatlichen Akteure ergibt sich damit die Frage, welches Ziel Vorrang erhalten soll und welche Mittel am ehesten eine

Realisierung der Zahlungsforderung an *Gazprom* bewirken. Konservative Politiker räumen der Subventionierung nicht zahlungsfähiger Gasverbraucher, vor allem in der Schwerindustrie, die größte Priorität ein, da sie Schlüsselbranchen der Volkswirtschaft im Interesse der "nationalen Sicherheit" bewahren wollen. Für die Reformkräfte hingegen ist dieses Ziel kontraproduktiv, da es Restrukturierungsprozesse verhindert. Sie wollen deshalb die Zahlungen *Gazprom*s von einer Subventionierung der wettbewerbsunfähigen Wirtschaft umlenken zu einer vergrößerten Finanzierung des Staatshaushaltes. Auch bei der Einforderung der Zahlungen von *Gazprom* unterscheiden sich konservative und reform-orientierte Kräfte. Die Konservativen setzen auf einen Konsens mit dem Gaskonzern, wie er am deutlichsten durch Tschernomyrdin symbolisiert wird. *Gazprom* scheint seine Rolle auf dem Binnenmarkt grundsätzlich akzeptiert zu haben. Zum einen ist ihre Bedeutung für die Stabilität des Landes einsichtig, zum anderen halten sich die tatsächlichen Kosten dieser Rolle offensichtlich in Grenzen. Die Anhäufung astronomischer Schulden durch die Gasverbraucher, darunter in großem Ausmaß auch staatliche Abnehmer, erlaubt es dem Gaskonzern im Rahmen des Konsenses, vom Staat umfassende Zugeständnisse im Sinne seiner Unternehmensinteressen zu erhalten. Auch die Unterstützung wohlgesonnener Politiker durch die Unternehmensführung ist Teil des Konsenses. Mit ihrer Forderung nach einer verstärkten Finanzierung des Staatshaushaltes durch *Gazprom* sprengen die Reformkräfte den konservativen Konsens. Denn selbst wenn der Konzern wollte, könnte er sich nicht sofort aus der Subventionierung der russischen Wirtschaft zurückziehen. Zahlungen in den Staatshaushalt stellen deshalb, selbst wenn dies von den Reformkräften nicht unbedingt intendiert ist, eine Zusatzbelastung dar, die *Gazprom* nicht übernehmen will. Die Reformkräfte müssen deshalb Mittel finden, um Druck auf *Gazprom* auszuüben. Am erfolgversprechendsten ist dabei natürlich ein Angriff auf die zentralen Unternehmensinteressen des Konzerns, wie ihn Nemzow und Kirienko auch vorgenommen haben. Solange Vertreter des konservativen Konsenses aber in der Exekutive ebenfalls vertreten sind und in der Legislative die Mehrheit besitzen, kann dieser Angriff nur

teilweise und zeitlich begrenzt von Erfolg sein. Für *Gazprom* steht die Präsidentschaft Jelzins somit eindeutig im Zeichen des konservativen Konsenses, der trotz einiger Belastungen 1992/93 und 1997/98 insgesamt für russische Verhältnisse sehr stabil war.

3.3 Luftfahrtindustrie und Politik: zwischen Konflikt und Kooperation?

Der Übergang zum Markt, der sich in den neunziger Jahren vollzog, wirkte sich auf die einzelnen Industriezweige ganz unterschiedlich aus. Während es dem Management der Erdgasindustrie erfolgreich gelang, seine wirtschaftliche Sonderstellung zu wahren und sich auf dieser Basis auch politischen Einfluß zu verschaffen, taten sich die Verantwortlichen der verarbeitenden Industrie in der Regel erheblich schwerer. Vergleichsweise gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Anpassung an den Markt brachte die russische zivile und militärische Luftfahrtindustrie mit. In den Sowjetjahren hatte sie mit ihrem hohen technologischen Leistungsstand einen Mustersektor der sozialistischen Planwirtschaft dargestellt. Die staatliche Inlandsnachfrage nach Rüstungsgütern rechtfertigte die im internationalen Vergleich hohe Zahl von Betriebsstätten und Konstruktionsbüros, zugleich war der Exportanteil der Branche bedeutend. Entsprechend ausgeprägt waren die Erwartungen, die die föderalen und regionalen Regierungen, die Beamten in staatlichen Organisationen, die Direktoren, Ingenieure und Beschäftigten mit der Einführung der Wirtschaftsreformen im Jahre 1992 verbanden. Die Vorstellung, an vergangene Erfolge anknüpfen zu können und dabei im Inland wie auf ausländischen Märkten Gewinne samt der damit verbundenen Deviseneinnahmen selbst zu realisieren, veranlaßte die Verwalter des russischen Luftfahrt-Erbes, sich frühzeitig den Zugang zu den finanziellen und materiellen Ressourcen des Industriezweiges zu sichern.

Doch die großen Erwartungen erfüllten sich nicht. Die Ausdehnung des Sektors und seine regionale Streuung sowie die Unklarheiten der administrativen Zuständigkeit stellten für eine Neuordnung schwierige Rahmenbedingung. Die divergierenden Interessen der unterschiedlichen Akteure führten bald zu einer Situation, in der eine auf den Markt ausgerichtete, effiziente Reorganisation der Branche gänzlich unmöglich wurde. Innerhalb der Branche vereitelten Machtstreitigkeiten zwischen Rüstungsmanagern lange Zeit die Zusammenlegung von

Produktionsstätten und Konstruktionsbüros. Regionalpolitiker mischten sich ein, da die Betriebe oft wichtigster Wirtschaftsakteur in einer Provinz waren. Auch die Führung der Streitkräfte versuchte, wenn auch mit nur eingeschränktem Erfolg, Produktionskapazitäten aufrechtzuerhalten – für den Fall eines zukünftigen erhöhten Bedarfs. Zudem zeigte sich die Regierung außerstande, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Es gab weder ein Leasinggesetz, noch staatliche Garantien, Versicherungen und funktionierende Zahlungssysteme. Auch bestand keine Klarheit über die künftige Rüstungs- und Verteidigungspolitik der Rußländischen Föderation. All das trug dazu bei, daß es nicht zu einer wirtschaftlichen Erholung des Industriezweiges kam. Infolgedessen verlor die Luftfahrtindustrie wertvolle Jahre. Weder sind maßgebliche technologische Neuentwicklungen auf den Markt gekommen, noch ist die Organisation effizienter gestaltet worden. Man verschloß die Augen vor der Tatsache, daß die Nachfrage im besten Fall nicht mehr als 20 bis 30% der Kapazitäten auslasten würde.[388] Ein Problem, das für weitere Verzögerungen bei der Umstrukturierung sorgte, war auch die Tatsache, daß sich ein Teil der Produktionsstätten und Konstruktionsbüros nach dem Zerfall der UdSSR in anderen GUS-Staaten befand, vor allem in der Ukraine.[389]

Regionale Kompetenzstreitigkeiten, Ansprüche des Militärs, Privatisierung, die Kürzung staatlicher Aufträge, Zahlungsunfähigkeit der heimischen Luftlinien, Export- und Produktionsrückgang und der Versuch, den staatlichen Einflußbereich zu wahren, waren die Faktoren, die für die Konflikte innerhalb dieses Sektors verantwortlich waren. Die Vielschichtigkeit der Interessen und die relative Transparenz, mit der diese Interessen und Konflikte dokumentiert werden, lassen die Luftfahrtindustrie als Fallstudie für die Schwierigkeiten von

[388] Nezavisimaja gazeta, 4.3.2000, elektronische Version.
[389] Kommersant, 21.8.1999, elektronische Version.

Entscheidungsfindung und Institutionenbildung besonders geeignet erscheinen.

3.3.1 Sowjetisches Erbe unter russischem Management

Das sowjetische Ministerium für Luftfahrtindustrie kontrollierte etwa 400 Organisationen, die rund zwei Millionen Menschen beschäftigten.[390] Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion befanden sich noch immer mindestens 311 branchenspezifische Betriebe, Konstruktionsbüros und Forschungsbetriebe in russischem Besitz. Davon waren 100 in Konstruktions- und technologische Vorbereitungsarbeiten involviert, weitere 100 waren mit Serienfertigung beschäftigt. Bordausrüstungen wurden von 47 Unternehmen hergestellt, und 39 waren mit der Konstruktion und der Herstellung von Avionik und weiteren Komponenten befaßt.[391] Insgesamt waren damit im Jahre 1992 etwa noch immer 700 000 Menschen direkt in der Branche beschäftigt.[392] Im zivilen Bereich waren die wichtigsten Unternehmen *Iljušin*, *Tupolev*, der Luftfahrtkomplex *Jakovlev* und das Test- und Designbüro *Beriev*. Allerdings wurden dort militärische Aufträge ausgeführt. Ebenfalls sowohl militärische als auch zivile Kunden wurden von den Hubschrauberherstellern *Milja* und *Kamov* beliefert. Im rein militärischen Bereich waren die wesentlichen Anbieter der *AVPK Suchoj* und der *VPK Mapo*. Die Hauptproduktionsstandorte waren über verschiedene Regionen verteilt. U.a. befanden sie sich in Moskau, Arsen'ev, Voronež, Irkutsk, Kazan', Komsomol'sk-na-Amure, Kumertau, Luchovicij, Novosibirsk, Nižnij Novgorod, Samara, Saratov, Smolensk, Taganrog,

---

390 D. Grišankov: Starik Žukogovo nas zametit, Ėkspert, 11.8.1997, S. 28; zur sowjetischen Rüstungsindustrie am Vorabend der Auflösung der UdSSR vgl. u.a. H.H. Schröder: Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik zwischen "Stagnation" und "Perestrojka", Baden-Baden 1995 (= Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. Band 25); vgl. auch C.G. Gaddy: The Price of the Past. Russia's Struggle with the Legacy of a Militarized Economy, Washington D.C. 1996.

391 Rossijskie vesti, 16.9.97, S. 3.

392 server.vpk.ru/www.vpk, 11.10.97.

Ulan-Ude und Ul'janovsk. Die größten Triebwerkhersteller befanden sich in Moskau, Rybinsk und Perm.[393] Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf ausgewählte Betriebe, deren Reorganisation und die damit verbundenen Schwierigkeiten besonders ausführlich dokumentiert wurden.

Staatliche Organisation

Nach der Auflösung des Ministeriums für Luftfahrtindustrie im Jahre 1992 wurde der Sektor zunächst dem damals neu gegründeten Industrieministerium unterstellt. Im Jahre 1993 war dann das Staatliche Komittee für Rüstungsindustrie Goskomoboronprom (*Gosudarstevnnyj komitet po oboronnoj promyšlennosti*) für die Branche verantwortlich. Nachdem das vorübergehend zum Ministerium für Rüstungsindustrie aufgewertete Komitee im März 1997 ebenfalls aufgelöst wurde, fiel der Sektor unter die Ägide der Abteilung für Raumfahrt, Luftfahrt und Schiffbau im Wirtschaftsministerium. Zu Beginn des Jahres 1998 schließlich war eine eigenständige Abteilung innerhalb des Wirtschaftsministeriums für die Luftfahrtindustrie verantwortlich. Im Frühjahr 1999 wurden die Luftfahrt-Organisationen formal der russischen Raumfahrtagentur RKA (*Rossijskoe kosmičeskoe agenstvo*) untergeordnet, wodurch diese in die Russische Luft- und Raumfahrtagentur RAKA (*Rossijskoe aviacionnoe i kosmičeskoe agenstvo*) umgewandelt wurde.[394] Grundsätzlich war diese letzte Zusammenlegung, zumindest aus wirtschaftlicher Perspektive, sinnvoll, da durch einen administrativen Zusammenschluß durchaus Synergie-Effekte möglich waren. Einzelne Betriebe, wie z.B. die in Samara ansässige *Aviakor*, stellten nicht nur zivile und militärische Flugzeuge her, wie die An-140 oder das Transportflugzeug An-70, sondern sie waren auch an der Fertigung von Trägerraketen wie der *Sojuz* beteiligt. Gleiches gilt für die Triebwerkshersteller, wie die AO *Motorostroitel'*, die

[393] Kommersant, 2.9.99 <news.eastview.com/99/NPO/08/data/028s05.htm, 2.9.99>.
[394] Ebd.

Triebwerke sowohl für die Luft- als auch für die Raumfahrt herstellt.[395] Lizensierungs- und Genehmigungsverfahren und andere bürokratische Prozeduren, die bislang die Restrukturierung einzelner Betriebe zusätzlich behinderten, wurden somit von einer einzigen Behörde vorgenommen. Staatliche Subventionen, die die notwendige Schrumpfung der Branche begleiten mußten, konnten besser kanalisiert werden. Die Durchsetzung konsolidierender Maßnahmen wurde aber u.a. durch die Tatsache erschwert, daß der RAKA zwar die Gesamtaufsicht über die Branche übertragen wurde, sie aber nicht über die finanziellen Hebel verfügt, um Entscheidungen durchzusetzen.[396] Parallel bestand die Abteilung für Luftfahrtindustrie im Wirtschaftsministerium weiter. Zudem wurde der Großteil der inländischen militärischen Aufträge ebenfalls vom Wirtschaftsministerium vergeben, nachdem das Verteidigungsministerium sie definiert hatte und ihre Finanzierung geprüft war.[397] Kompetenzstreitigkeiten behinderten also auch weiterhin eine industrielle Neuordnung des Industriezweiges.

Der wiederholte Wechsel der Obrigkeiten seit 1992 machte es schwierig, effiziente Managementmechanismen einzuführen, die eine Konsolidierung der Branche erlaubt hätten. Ein Indiz für eher erfolglose staatliche Anstrengungen war die Vielzahl von Entwicklungsprogrammen, die von staatlicher Seite aufgelegt wurden, um die Branche strukturell und wirtschaftlich wiederzubeleben. In diesen Programmen wurden zumeist wirtschaftliche Fragen wie staatliche Unterstützungsmaßnahmen, Schaffung von Arbeitsplätzen in der Branche und internationale Zusammenarbeit angesprochen, aber auch rechtliche Probleme, wie der Schutz geistigen Eigentums und Leasingabkommen,

---

395 St. Peterburgskie Vedomosti, 7.8.99, <news.eastview.com/99/NPO/08/data/028s05.ht, 26.8.99>.

396 Kommersant, 2.9.1999, S. 9.

397 Vedomosti, 4.2.2000, S. A3.

geregelt.[398] Ohne finanzielle Mittel, mit denen Forschung und Entwicklung (F&E) verstärkt gefördert, eine komplementäre zivile und militärische Infrastruktur auf- und ausgebaut und staatliche Garantien gegeben werden können, um die Nachfrage der Luftlinien nach neuen Flugzeugen zu unterstützen, war jedoch jedes Entwicklungsprogramm zum Scheitern verurteilt. Und jeder staatlichen Supraorganisation mußte es schwerfallen, sich wirksam gegen die vielschichtigen Interessen und persönlichen Ambitionen durchzusetzen. Infolgedessen wurde die Schrumpfung einem ungeordneten Prozeß, vorwiegend geleitet von einem ausgeprägten Nachfragerückgang, überlassen. So trat eine Situation ein, in der die Konstruktionsbüros analoge Modelle entwickelten und verschiedene Produktionsstätten ein und dasselbe Flugzeug produzierten und damit in einen Wettbewerb um die ohnehin wenigen Aufträge traten.[399] Die Situation wurde noch weiter durch das Verhalten staatlicher Stellen erschwert, die ihren Zahlungsverpflichtungen weder im Rahmen von Schuldentilgungsprogrammen noch als Endabnehmer nachkamen.[400] Daher konnten die Betriebe ihrerseits weder Löhne noch die Rechnungen der Zulieferer regelmäßig bezahlen. Nachfolgeaufträge konnten daher nur unter erschwerten Bedingungen eingeholt werden.[401] Da sowohl im zivilen als auch im militärischen Luftfahrtsektor eine Vorfinanzierung von Seiten der Produzenten üblich und die Finanzierungsmodi für einen Zuschlag in einer Ausschreibung entscheidend waren, wurde die Wettbewerbsposition der russischen Anbieter durch derartige staatliche

---

398 So z.B. Finansovye izvestija, 16.12.1997, S. ii; Das Gesetz (Federal'nyj zakon o gosudarstvennom regulirovanii razvitija aviacija, N 10-F3, 3.1.1998) wurde am 24.12.1997 vom Föderationsrat angenommen.

399 Kommersant, 24.11.1999, S. 6.

400 So hat beispielsweise die *Komsomol'sk-na-Amure aviacionno-proizvodstvennoe ob"edinenie* (KNAAPO) im Rahmen eines Schuldentilgungsprogrammes 16 Kampfflugzeuge des Typs Su-27SK nach China geliefert, gleichzeitig aber die vertraglich festgesetzte Bezahlung von 27% des Exportwertes nicht vom Finanzministerium erhalten.

401 Nezavisimaja gazeta. Voennoe obozrenie, 25.4.1996, S. 6.

Praktiken stark geschwächt.[402] Daß die Regierung sich dazu noch in Personaldebatten einmischte, tat ein übriges. Auf diese Weise wurden die Marktteilnehmer weiter verunsichert, und die Entstehung eines Management, das strategisch dachte und sich an langfristigen Zielen orientierte, wurde verhindert.

Privatisierung und Umstrukturierung

Auch der Privatisierungsprozeß ging im Luftfahrtsektor nicht ohne Probleme vor sich. Zwar setzte er bereits recht früh ein, doch hatten Parlament und Regierungsstellen aus sicherheitspolitischen Gründen eine Reihe von Vorbehalten. So waren im Jahr 1996 noch immer 45 militärisch orientierte Unternehmen vollständig von der Privatisierung ausgeschlossen. Bei weiteren 32 Betrieben und Konstruktionsbüros war der Staat entweder im Besitz einer "goldenen Aktie" oder besaß einen Staatsanteil von mindestens 20 Prozent. Damit konnte er ein Mitspracherecht in der Unternehmenspolitik geltend machen.[403] Dabei stießen die Regierungsstellen jedoch vielfach auf Widerstand bei den Unternehmensleitungen. Demgegenüber suchten staatliche Institutionen vor allem auf die Personalpolitik einzuwirken, da dies zu Beginn der Wirtschaftsreformen letztendlich der einzige schnell wirksame Hebel war, der ihnen zur Verfügung stand, um den Zugriff auf Finanzflüsse zu

---

402 Sollte die Einschätzung zutreffen, daß der Staat nicht in der Lage ist, seine Vorstellungen gegenüber Einzelinteressen durchzusetzen, so ist die Forderung des Beraters in Luftfahrtfragen, Evgenij Šapošnikov, nach einer verstärkten Rolle des Staates oder gar einer Nationalisierung einzelner Betriebe wie der *ANTK im. Tupoleva*, der *Milja*, oder *Permskie motory* geradezu fatal. Šapošnikov forderte, daß der Anteil an Aktien in staatlicher Hand nicht unter 51% liegen sollten und verwies gleichzeitig auf einen Gesetzentwurf vom 8.1.1998, der dem Staat die Renationalisierung von Vermögen dann erlaubt, wenn seine Interessen berührt sind. Kommersant, 2.9.99 <news.eastview.com/99/NPO/08/data/028s05.htm, 2.9.99>. Denn es handelt sich bei diesen Unternehmen um Firmen mit starkem Auslandsengagement und relativem Erfolg. Es wäre eine Bedrohung für den Geschäftserfolg, wenn der Staat in die Unternehmensführung eingreifen würde.

403 Rossijskaja gazeta, 30.7.1996, S. 5; Sobranie zakonodatel'stva RF, Nr.4, 22.1.1996, st. 288.

sichern und eventuell eine Industriepolitik durchzusetzen.[404] Während sich aber die Betriebe und F&E-Einrichtungen durch Privatisierung von staatlicher Einflußnahme zu befreien versuchten, bemühte sich die staatliche Exekutive darum, die Konzentration von Betriebsstätten voranzutreiben und staatliche Holdings und Konzerne zu gründen, durch die eine bessere Kontrolle der Unternehmen gewährleistet werden sollte.

Erste organisatorische Veränderungen wurden bereits 1992 durch die Unterzeichnung des Abkommens über die Gründung der Korporation *Pavel Suchoj* in die Wege geleitet.[405] Das Konstruktionsbüro *OKB Suchoj*[406]und die Serienproduktionsstätte *IAPO* (*Irkutskoe aviacionnoe promyšlennoe ob''edinenie*) in Irkutsk sollten dabei mit anderen Betrieben vereinigt werden. Die staatliche Abteilung des Wirtschaftsministeriums, die für die Luftfahrtindustrie verantwortlich war – die erste einer Reihe von Nachfolgeorganisationen des sowjetischen Ministeriums für Luftfahrtindustrie – sprach sich jedoch gegen eine Privatisierung des Konstruktionsbüros aus. Ohne ein solches wäre eine privat organisierte Korporation jedoch wirtschaftlich nicht überlebensfähig gewesen, da die Betriebe vom Konstruktionsbüro abhängig waren. Ausländische Abnehmer wollten in der Regel keine Serienprodukte, sondern modifizierte Flugzeuge, die nur vom Konstruktionsbüro ausgearbeitet und freigegeben werden konnten. Befand sich das Konstruktionsbüro in staatlicher Hand, so war automatisch auch der Spielraum der Betriebsstätten eingeschränkt. Erst nach wiederholten Interventionen des Generalkonstrukteurs von *Suchoj*, Michail Simonov, der als Lobbyist der Neugründung agierte, genehmigte Anatolij Tschubajs im Dezember die Privatisierung unter dem Vorbehalt, daß die staatliche Kontrolle zumindest formal fortbestand. Der Kaufpreis für das Aktienpaket, das 24,5% der Anteile umfaßte, betrug zwölf

---

404 Siehe weiter unten, zu den Ausführungen zu *Suchoj*.

405 Die folgenden Ausführungen stützen sich weitgehend auf S. Harter: Die russische Luftfahrtindustrie. Endgültige Bruchlandung? Berichte des BIOst 43-1998, Köln 1998.

406 OKB – Opytno-konstruktorskij bjuro (Versuchs- und Konstruktionsbüro).

Millionen Dollar und lag damit deutlich unterhalb des Kaufpreises einer einzigen Suchoj![407]

Im gleichen Jahr bekam die *Moskovskoe aviacionnoe proizvodstvennoe ob''edinenie im. Dement'eva* (*MAPO*), wichtigster Konkurrent von *Suchoj*, das Recht zugesprochen, unabhängig von staatlichen Strukturen das Kampfflugzeug MiG-29 zu exportieren. Die Möglichkeit zum Export und die Antizipation zukünftiger Gewinne boten einen wesentlichen Anreiz sowohl zur Privatisierung als auch zur Industriekonzentration. Bereits zu diesem Zeitpunkt setzte sich die Erkenntnis durch, daß der Aufbau strategischer Allianzen eine wesentliche Voraussetzung für ein Bestehen in neuen marktwirtschaftlichen Verhältnissen war. Folgerichtig rückte noch im gleichen Jahr auch das Konstruktionsbüro *KB im. A.I. Mikojana* enger mit dem zugehörigen Serienproduzenten zusammen.[408] Die Konzentrations- und Privatisierungsbewegungen nahmen im darauffolgenden Jahr konkretere Konturen an. Gleich zu Anfang des Jahres 1993 wurden drei der wichtigsten Konstruktionsbüros zur Auktionierung freigegeben: die AO *Aviacionnyj naučno-techničeskij kompleks im. A.N. Tupoleva*, das *OKB im. A.S. Jakovleva*, und eben das *OKB Suchoj*.

Eine Holding *Tupolev* wurde gegründet, die 44% der Aktien des gleichnamigen Konstruktionsbüros, 25,5% des in Samara ansässigen Flugzeugproduzenten *Aviakor*, 44% des *Taganrogskij aviazavod* und 44% des *Ul'janovskij agregatnyj zavod* erwarb. Damit war die Vereinigung allerdings nur scheinbar gelungen. Im Februar 1994 wurde *Aviakor* vollständig privatisiert, nur um kurz darauf unter neuem Namen den Bankrott zu erklären. Gemäß der gesetzlichen Regelungen bestimmte der Arbitragegerichtshof daraufhin einen externen Manager für den Betrieb. Umstrukturierungsmaßnahmen wurden nicht vorgenommen, da

---

407 Finansovye izvestija, 15.1.1998, S. i.

408 Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die folgenden faktischen Ausführungen auf A. Onufriev: Iz novejšej istorii aviaproma, in: Ėkspert, Nr.30, 11.8.1997, S. 28-32.

die finanziellen Mittel dafür nicht vorhanden waren. Die halbfertigen Flugzeugteile, die noch im Hangar herumstanden, gehörten den Gläubigerbanken und konnten weder veräußert noch weiterverarbeitet werden, da auch hierfür die Mittel fehlten. Im Jahr 1996, nachdem die Frist des externen Managements abgelaufen war, hatte das Unternehmen Schulden in Höhe von 50 Mio. US$.[409] Dies dürfte kein Einzelfall in der Branche gewesen sein. Dennoch wurden in der Folgezeit die Schulden weitgehend getilgt, was zu einer Aufhebung des Konkursverfahrens führte.

Im Mai des Jahres 1995 begann der Staat sich stärker für eine Integration der Designbüros, der Endproduzenten, der Zulieferfirmen und sogar der Abnehmer einzusetzen. Eine Regierungsentscheidung faßte das Konstruktionsbüro *ANPK MiG* und die Moskauer Produktionsstätte *MAPO im. Dement'eva* zu der neuen Organisation *MAPO MiG* zusammen. Im gleichen Monat wurde das zivil ausgerichtete *Rosaviakonsorcium* gegründet, das zwar das *Tupolev*-Büro einbezog, allerdings andere Unternehmen der *Tupolev*-Holding, wie zum Beispiel *Aviakor*, ausklammerte. Die Reorganisation wurde noch unübersichtlicher, als der Generaldirektor von *Aviastar*, ebenfalls ein Produzent von Flugzeugen des Typs *Tupolev*, eine eigene Finanz-Industrie-Gruppe gründete, die eine ganz andere Struktur aufwies, als im Staatskonzept vorgesehen. Dieses organisatorische Durcheinander illustriert, daß der Konzentrations- und Reorganisationsprozeß nicht geordnet vonstatten ging, sondern daß in dieser Zeit vielmehr fluide Organisationsformen und Koalitionen ohne tatsächliche Integration bestimmend waren. Die Interessen der einzelnen Akteure waren noch nicht endgültig geformt, da sie von externen und sich verändernden Rahmenbedingungen abhingen, und konnten daher weder artikuliert noch umgesetzt werden. Oftmals hing die staatliche Genehmigung zur Reorganisation von den Lobby-Anstrengungen einer einzelnen Person ab. In diesem Prozeß hatten die Generalkonstrukteure aufgrund ihrer über

[409] Nezavisimaja gazeta, 4.3.2000, elektr. Version.

lange Jahre aufgebauten persönlichen Beziehungen zum staatlichen Verwaltungsapparat gute Ausgangsvoraussetzungen. Ihre Informationskanäle erleichterten es ihnen, auf Entscheidungen einzuwirken. In der sowjetischen Vergangenheit hatten die Generalkonstrukteure im Rüstungssektor eine zentrale Rolle gespielt. Im Zuge der Reformen verloren sie jedoch zunehmend an Bedeutung. Denn während Finanzmanagement, Betriebsorganisation und Marketing immer wichtiger wurden, verlor der technische Leiter an Einfluß und damit auch an Ansehen. Dies war insbesondere im Falle der militärischen Konstruktionsbüros *Suchoj* und *MiG* zu beobachten.

Um die Entwicklung der Branche voranzutreiben und die Luftfahrtindustrie homogener zu gestalten, wurde im Januar 1996 durch ein Präsidentendekret auf der Basis von *MAPO MiG* das Staatsunternehmen *VPK MAPO*[410] gegründet. Doch die neue Assoziation wies eine Reihe struktureller Mängel auf, die den wirtschaftlichen Erfolg in Frage stellten. So blieb z.B. ein traditioneller Produzent von MiG-Kampfflugzeugen, *Nižegorodskij aviacionnyj zavod Sokol'*, ausgeschlossen, während mit den Herstellern von Helikoptern ein ganz andersartiges Element in den Verbund einbezogen wurde. Nach ähnlichem Muster wurde im August 1996 der *AVPK Suchoj*[411] auf Erlaß des Präsidenten gegründet. Er umfaßte neben dem *ANTK im. Berieva* in Taganrog die zwei Herstellerfirmen in Novosibirsk (*Novosibirskoe aviacionnoe proizvodstvennoe ob''edinenie – NAPO*) und Komsomol'sk-na-Amure (*Komsomol'sk-na-Amure aviacionnoe proizvodstvennoe ob''edinenie –KNAAPO*) sowie das *OKB Suchoj* (51%) als abhängige Gesellschaft. Der dritte in Irkutsk angesiedelte Produktionsbetrieb *IAPO* trat mit einem minimalen Aktienpaket (13,8%), das ins Grundkapital des AVPK einging, aber weiterhin in Staatsbesitz blieb, in den neuen Konzern ein. Außerdem wurde er mit dem Status des

---

410 Voenno-promyšlennyj kompleks Moskovskoe aviacionnoe proizvostvennoe ob"edinenie (Rüstungskomplex Moskauer Luftfahrt-Produktionsvereinigung).

411 Aviacionnyj voenno-promyšlennyj kompleks Suchoj (Luftfahrt-Rüstungskomplex Suchoj).

Hauptauftragnehmers für Staatsaufträge und mit Exportrechten ausgestattet.[412] Die Tatsache, daß die Konzernführung nicht, wie traditionell in der russischen Flugzeugindustrie üblich, dem Konstruktionsbüro, sondern dem produzierenden Betrieb übertragen wurde, führte zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Generalkonstrukteur des *OKB Suchoj*, Michail Simonov, und dem Leiter der *IAPO*, Aleksej Federov, der zum Generaldirektor des AVPK ernannt wurde, die schließlich gerichtlich ausgetragen wurden.[413]

Die Organisation von Großunternehmen wie *VPK MAPO* und *AVPK Suchoj*, die Konstruktionsbüros und Herstellungswerke zusammenfaßten, war Teil eines industriepolitischen Programms. Produktionsstätten, F&E-Institutionen und Konstruktionsbüros der gesamten Rüstungsindustrie – insgesamt etwa 330 – sollten in 30 großen Korporationen zusammengefaßt werden. Das Konzept sah vor, das Produktionspotential in einigen wenigen Organisationen zu konzentrieren. Dabei sollte lediglich die Hälfte der Betriebe, Forschungsinstitute und Konstruktionsbüros überleben. Im Bereich der Rüstungsproduktion sollten zwei Hauptproduzenten übrigbleiben – und zwar *VPK MAPO* und *VPK Suchoj* –, während die Zulieferindustrie in weiteren zehn bis fünfzehn Korporationen zusammengefaßt werden sollte. Diese sollten Avionik, Triebwerke und andere Komponenten entwickeln und produzieren.[414] Die zivile Luftfahrt sollte nach diesem Plan von einer Gruppe, die aus dem Konstruktionsbüro *Iljušin* und zwei Serienproduzenten in Voronež und Taškent bestand, und dem *Rossijskij aviacionnyj konsorcium* beliefert werden. Letzeres bestand anfangs aus dem *ANTK (Aviacionnyj naučno-techničeskij kompleks) im. Tupoleva*, dem in Ul'janovsk ansässigen Produzenten *Aviastar*, der Aktiengesellschaft *Permskie motory*, den Konstruktionsbüros *AO Aviadvigatel'* und *KAPO im. Gorbunova*, dem Technologie- und Produktionszentrum *Universal* und der Aktiengesellschaft *Aeroflot* –

412 Rossijskaja gazeta, 27.12.1997, S.2.
413 Vek, Nr.12, 20.3.-26.3.1998, S. 1.
414 Finansovye izvestija, 16.9.1997, S. iv.

Rossijskie meždunarodnye avialinii. Das Konsortium wurde auf der Basis eines Präsidentenerlasses im Mai 1995 gegründet und finanziell von der Promstrojbank unterstützt.[415] Überlebt hat das Konsortium in dieser Form jedoch nicht.

Am 27. Dezember 1997 ging die Regierung weiter und legte per Verordnung fest, die in Komsomol'sk-na-Amure und Novosibirsk ansässigen Su-Hersteller zur Privatisierung freizugeben. Die staatseigenen 50% plus eine Aktie sollten in das Grundkapital der offenen Aktiengesellschaft *OAO AVPK Suchoj* eingehen, die zunächst noch zu 100% in staatlicher Hand bleiben sollte. Es war geplant, die Aktien dann im Jahre 1998 zu veräußern. Die Staatsduma sprach sich jedoch dagegen aus,[416] und die Veräußerung der Anteile unterblieb. Im zivilen Sektor der Luftfahrtindustrie bahnten sich währenddessen ebenfalls Veränderungen an. *AO Aviakor* trat aus dem *Rosaviakonsorcium* aus. Außerdem wurde die Übertragung eines Aktienanteils von 44% der *ANTK im. Tupoleva* an *Rosaviakonsorcium* als illegal deklariert und die Aktien an die *Tupolev*-Holding zurücktransferiert. Der Status des *Tupolev*-Konstruktionsbüros wurde im Juli 1997 damit scheinbar geklärt.[417] Bei diesen Vorgängen spielten gerichtliche Entscheidungen eine wesentliche Rolle. Das läßt darauf schließen, daß Entscheidungen, ganz im Gegensatz zu sowjetischen Zeiten, nicht allein den Vorstellungen von Regierungsstellen folgten, sondern daß Rechtsnormen eine gewisse Rolle spielen, die interessierte Parteien nutzen konnten. Dadurch wurde der Handlungsspielraum staatlicher Industriepolitik maßgeblich eingeschränkt, und Personalentscheidungen gewannen an Gewicht. Denn da sich die Aktienanteile noch immer überwiegend in staatlichem Besitz befanden, konnten die jeweiligen interessierten staatlichen Institutionen ihre

---

415 Krasnaja zvezda, 27.5.1995, S. 3; 1.7.1995, S. 4; 26.2.1996, S. 4.
416 Finansovye izvestija, 15.1.1998, S. i.
417 Segodnja, 11.11.19997, S. 7.

Wunschkandidaten durchsetzen und damit zumindest indirekt in die Unternehmenspolitik eingreifen.

Mit der Finanzkrise im August 1998 veränderte sich die Lage innerhalb der Branche abermals. Einerseits wurden zwar die einheimischen Modelle für die russischen Luftlinien wieder attraktiver, und das Exportgeschäft belebte sich etwas. Andererseits wurden jedoch notwendige Investitionen aufgeschoben, weil sowohl in- als auch ausländische Banken eine Verbesserung des politischen und wirtschaftlichen Klimas im Lande abwarteten.[418] Gleichzeitig wurden branchenfremde Investoren, wie z.B. der Aluminiumkonzern *Sibirskij aljuminij*, aktiv, die neue Finanz-Industriegruppen aufbauten. *Aviakor* in Samara z.B. ging im April 1999 zu 46% in die Hände von *Sibirskij aljuminij* über, das mit Erhalt des Aktienpaketes auch den Generaldirektor austauschte – sehr zum Nachteil des Unternehmens. Das Aluminiumholding zielte darauf ab, mit Kauf eines Endabnehmers von Aluminium auch gleich den Absatz für die eigene Firma zu sichern. Im Gegenzug zu der treuhänderischen Übernahme der Aktien verpflichtete sich *Sibirskij aljuminij*, Investitionen in Höhe von 40 Mio. US$ zu tätigen, die Produktpalette zu erweitern und die Kooperation mit ausländischen Partnern zu festigen. Allerdings zeigte sich der neue Direktor außerstande, das Investitionsprogramm durchzuführen.[419] In diesem Falle hatte sich also ein neuer Akteur eingeschaltet, dessen Eigentumsansprüche die Neuordnung, die von staatlicher Seite weiter vorangetrieben wurde, zusätzlich komplizierte. Private Besitzansprüche, die sich in den vergangenen Jahren herausgebildet haben, erschwerten die Konsolidierung des Industriezweiges, da dem Staat rechtlich die Hände gebunden waren. An eine vollständige Re-Nationalisierung war nicht mehr zu denken.[420]

---

418 Nezavisimaja gazeta, 4.3.2000, elektr. Version.
419 Kommersant, 1.2.2000, S. 5.
420 Vedomosti, 5.10.1999, S. A5.

Dennoch unternahm die Regierung im Juni 1999 als Eigner des staatlichen Aktienpaketes einen weiteren Vorstoß, um den zivilen Teil der russischen Luftfahrtindustrie neu zu ordnen. Per Erlaß wurde eine offene Aktiengesellschaft *Tupolev* gegründet, an der der Staat mit 50% und einer Aktie beteiligt war, wobei das Konstruktionsbüro *ANTK Tupolev* und der Flugzeughersteller *Aviastar* in Ul'janovsk die hauptsächlichen Mitgliedsunternehmen der Holding sein sollten.[421] Die Auseinandersetzungen um die Eigentumsrechte bei *Tupolev* waren aber nicht beigelegt: Das *ANTK Tupolev* gehörte zu 15% der Belegschaft, und zu 85% in- und ausländischen Aktieneignern. 44% der Aktien waren noch immer im Besitz der Holding *Tupolev*. Der ANTK selbst sollten aber lediglich 5,4% der neugegründeten Firma gehören, was natürlich die Mitspracherechte der Aktionäre auf ein Mindestmaß reduzierte. Die verbleibenden Aktien wurden *Aviastar* zugesprochen. Der Generaldirektor des ANTK unterstützte diese Umorganisation, woraufhin er vom Direktorenrat entlassen wurde. Nun aber zeigte sich, wie stark die Einflußmöglichkeiten des Staates doch noch waren, denn der Vizepremier-Minister Ilja Klebanov, der für den VPK zuständig war, wies die Entscheidung des Direktorenrates mit der Begründung zurück, man dürfe den offiziellen Repräsentanten des Staates in der Unternehmung nicht ohne Absprache mit dem Vize-Premier entlassen. Daraufhin wurde die Personalentscheidung wieder aufgehoben. Der Konflikt zwischen den Eigentümern wurde damit jedoch nicht gelöst. Dennoch kam es im Dezember 1999 zur Gründung des Konzerns, den die Regierung als ersten russischen integrierten Konzern nach westlichem Vorbild begrüßte.[422]

Allerdings konnte die Gründung einer Holding nur der erste Schritt zur Konsolidierung der Luftfahrtindustrie sein. Durch Klärung der Eigentumsverhältnisse muß sichergestellt werden, daß die in der Holding zusammengefaßten Unternehmen auch geführt werden können. Einmal

---

[421] Rossijskaja gazeta. 17.8.1999, S.5.
[422] Kommersant, 5.10.1999, S. 5; Ėkspert, 20.12.1999, S. 5.

mehr sollte hier der Staat helfen, wie das Beispiel *Iljušin* zeigt. Schon zum vierten Mal wurde der Versuch unternommen – der erste fand im Jahr 1994, der zweite im Jahr 1997 und der dritte zu Beginn des Jahres 1999 statt –, ein zwischenstaatliches Luftfahrtunternehmen aufzubauen, das neben dem Konstruktionsbüro auch zwei Hersteller einschließt, nämlich *VASO* (*Voronežskoe akcionernoe samoletostroitel'noe obščestvo*) und die usbekische *TAPOiČ* (*Taškentskoe aviacionnoe proizvodstvennoe ob''edinenie imeni Čkalova*). Doch auch hier besteht das Problem darin, daß diese Betriebe in den vergangenen Jahren bereits privatisiert wurden, und damit verschiedene Eigentümerinteressen aufeinandertreffen, deren Einfluß innerhalb einer Holdingstruktur unweigerlich eingeschränkt würden. Um wenigstens die russischen Konzernteile zusammenzufassen, wurden die Aktienpakete des Konstruktionsbüros und der *VASO* dem Russischen Vermögensfonds zurückübertragen. Das Konzept sah allerdings vor, in Zukunft auch den usbekischen Teil der Holding mit einzubeziehen. Dabei mußte der Wert der Betriebe geschätzt und das Eigenkapital festgesetzt werden. Die russische Seite strebte an, auf jeden Fall mindestens 51% an der Holding zu halten. Das Schätzverfahren der verschiedenen Holdingteile ging dementsprechend langsam voran.[423]

Wirtschaftliche Leistungsmerkmale

Als Folge unterlassener Umstrukturierungsmaßnahmen liegen viele der Herstellerwerke brach, und die Forschungsinstitute leiden an Mitarbeiterschwund. Dies hat sich maßgeblich auf die Produktionszahlen und die Forschungsergebnisse des Industriezweiges ausgewirkt. Nach Schätzungen lag zu Zeiten der Sowjetunion die Produktionskapazität der Branche jährlich bei etwa 1.000 zivilen und militärischen Luftfahrzeugen (Flugzeuge und Hubschrauber).[424] In den Jahren 1994 bis 1999 sind in der Rußländischen Föderation jedoch nur 50 zivile Maschinen produziert

[423] Kommersant, 24.11.1999, S. 6.
[424] Diese Zahl schließt sehr wahrscheinlich auch die Mobilisierungskapazitäten mit ein.

worden.[425] Im militärischen Bereich sind die Zahlen bis 1998 verfügbar (siehe Tabelle 22): gerade einmal 40 Jagdflugzeuge und 40 Hubschrauber verließen in diesem Jahr die Fabrikhallen.

Tabelle 22: Geschätzte Produktion von militärischen Luftfahrzeugen, 1990-1998

	1990	*1991*	*1992*	*1993*	*1994*	*1995*	*1996*	*1997*	*1998*
Bomber (Stück)	40	30	20	10	2	2	1	0	0
Jagdflugzeuge (Stück)	430	250	150	100	50	20	25	35	40
Transportflugzeuge (Stück)	120	60	5	5	5	4	3	0	0
Hubschrauber (Stück)	450	350	175	150	100	95	75	70	40

Quelle: The International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 1998/1999, Oxford 1998, S.106 und 1999/2000, Oxford 1999, S.111; 1990 und 1991: ganze UdSSR; Hubschrauber: Militär- und Zivilproduktion.

Der Produktionsrückgang im zivilen Bereich ist vor allem auf die niedrige Nachfrage und die geringe Zahlungsfähigkeit der heimischen Luftlinien zurückzuführen. In diesem Geschäftsfeld hat der internationale Markt bislang nur eine geringe Rolle gespielt. Während zu Zeiten der Sowjetunion die planwirtschaftliche, soziale und politische Zielrichtung des Flugtransports betont wurde, konnte seit der Einführung von marktwirtschaftlichen Reformen die frühere hohe Subventionierung von Flugtarifen, die kaum die relativen Kosten widerspiegelten, nicht beibehalten werden. An die Stelle von Erfolgsindikatoren wie Umfang der transportierten Güter und Anzahl der Fluggäste pro Jahr, die früher Fluglinien und Frachtbetriebe veranlaßten, ungeachtet ihrer Wirtschaftlichkeit immer mehr Transportgut anzuziehen, traten Rentabilitäts- und Kostengesichtspunkte.[426] Die Auslastung der

[425] Kommersant, 2.9.1999, elektronische Version.

[426] R. North: Russian Transport. Problems and Prospects. Post-Soviet Business Forum. RIIA, London 1996, S.1.

Kapazitäten war damit nicht mehr gewährleistet.[427] Teilweise konnte der Rückgang des russischen Binnenluftverkehrs durch neue internationale Flugverbindungen wettgemacht werden. Doch die 513 – oft sehr kleinen – Lufttransportunternehmen, die Mitte 1995 alleine in der Rußländischen Föderation existierten, verfügten meist nicht über die Mittel, ihre Luftflotten zu modernisieren. Denn je höher die Anzahl der bestehenden Lufttransportgesellschaften war, desto geringer war die Möglichkeit der einzelnen Unternehmen, ausreichendes finanzielles und technologisches Kapital zu akkumulieren, um sichere und moderne Flugzeuge anzuschaffen und sachgerecht zu warten.[428] Insbesondere regionale Gesellschaften, die sich auf den Transport von Flugfracht spezialisiert haben, litten unter diesen Problemen. Daher entwickelte sich zunächst keine Nachfrage, die den Abwärtstrend in der Flugzeugindustrie hätte aufhalten können.

Erst seit dem Jahre 1996 begann der Markt sich langsam zu konsolidieren, und die Zahl der Fluglinien sank. Im Jahr 1997 betrug sie nur noch 315.[429] Prognosen gingen davon aus, daß etwa 50 Fluglinien Überlebenschancen hatten, von denen maximal zehn sowohl auf das gesamte russische Territorium als auch international ausgerichtet sein würden. Die übrigen Unternehmen werden vorwiegend auf regionale Märkte beschränkt bleiben.[430] Dieser Konzentrationsprozeß wird von staatlicher Seite unterstützt. So ergriff die Regierung Primakow im Oktober 1998 Maßnahmen, um die Anzahl der kleinen regionalen Fluglinien, von denen viele durch die Finanzkrise in zusätzliche Schwierigkeiten geraten waren, zu reduzieren.[431] Trotzdem existierten im

---

427 Für eine detailliertere Ausführung siehe Harter, Berichte des BIOst 43- 1998, S. 9ff.

428 Izvestija, 20.3.1998, S. 2.

429 Neue Zürcher Zeitung, 3.2.1998, S. 15.

430 Segodnja, 21.1.1998, S. 5.

431 Die einzelnen Unternehmen wurden unterschiedlich behandelt. Während etwa die *Barnaul Airlines* und die *Bajkal' Airlines* mit Sitz in Irkutsk zwischenzeitlich unter externes Management gestellt werden sollen, hat die *Vladivostok-Avia* Aussicht auf finanzielle Unterstützung. Dies läßt sich durch die enge Verbindung der Fluglinie mit der lokalen Administration in Vladivostok erklären. Diese Politik der

Jahre 1999 noch immer 307 lizenzierte Luftfahrtunternehmen, von denen aber etwa 20 Luftfahrtunternehmen 90% des Passagier- und Frachtverkehrs in und mit Rußland bestritten.[432] Nach inoffiziellen Schätzungen besitzen etwa 70 der Fluglinien jeweils nur ein Flugzeug und bieten vor allem Charterflüge an. Zwar wollte die staatliche Seite dem ein Ende bereiten, indem solche Luftfahrtunternehmen die Geschäftslizenz verlieren sollten, wenn sie nicht über ein Ersatzflugzeug und Ersatztriebwerke verfügten. Doch in der Praxis wurde diese Vorschrift vielfach unterlaufen.[433] Es erwies sich also auch in der Zivilluftfahrt für die Regierungsstellen als schwierig, eine Umstrukturierung gegen die Interessen einzelner Akteure durchzusetzen.

Ähnlich wie im zivilen hat sich auch im militärischen Bereich die verminderte Nachfrage nach Flugzeugen negativ auf die Luftfahrtindustrie ausgewirkt. Die Verringerung der Verteidigungsausgaben führten zu einer starken Reduzierung der Produktionszahlen und zwangen die russischen Luftstreitkräfte zum Umdenken. In Reaktion auf verminderte Mittelzuweisungen setzte die russische Luftwaffenführung nicht so sehr auf Neuerwerbungen, als vielmehr auf Verbesserung der Ausstattung mit Ersatzteilen, sowie auf Modernisierung und besseren Service. Immerhin konnte die Industrie die fehlende Inlandsnachfrage bis zu einem gewissen Grad durch Exporte

---

unterschiedlichen Behandlung der Fluglinien scheint die Regel gewesen zu sein; vgl. www.ufg.research/equities, 2.10.1998.

432 Die größte Firma *Aeroflot - Meždunarodnye avialinii* besitzt 123 Flugzeuge, von denen 26 ausländischer Herkunft sind, mit denen sie im Jahr 1998 4,5 Mio. Passagiere befördert hat. Es folgen *Transaero* und *Vnukovskie avialinii* (52 Maschinen, von denen aber nur ein Viertel wirklich einsatzbereit ist), doch ist diese Firma in Schwierigkeiten geraten. Die nächstgrößeren Firmen sind *Pulkovo* und *Krasair*. *Krasair* hat in den ersten acht Monaten 1999 immerhin schon 538,000 Passagiere befördert und erwartet für das gesamte Jahr eine Beförderungssteigerung von 30% im Vergleich zum Vorjahr (Umsatz: 1,5 Mrd. Rbl). In diese Klasse gehört auch *Sibir*, die in den ersten acht Monaten 1999 fast 510.000 Passagiere befördert hat (20% mehr als im letzten Jahr, Umsatz: 1.13 Mrd. Rbl). Kommersant, 30.9.99, S. 7; Izvestija, 24.9.1999, S. 3; Vedomosti, 7.10.1999, S. B4.

433 Kommersant, 16.10.1999, S. 4.

ausgleichen. Ihr Anteil an den Rüstungsexporten insgesamt betrug zwischen 50% und 60%. Allerdings ist festzuhalten, daß die Erzeugnisse nahezu zu 100% noch in der Sowjetunion entwickelt wurden. Exportiert werden lediglich modernisierte Versionen sowjetischer Modelle.

Das Volumen des russischen Waffenexportgeschäftes wurde für das Jahr 2000 auf etwa 4,0 bis 4,3 Mio. US$ geschätzt.[434] China und Indien waren zu diesem Zeitpunkt die wichtigsten Handelspartner auf internationaler Ebene. Weitere Abnehmer – allerdings auf einer weniger regulären Basis – wurden in Südamerika, Südost-Asien und Afrika eingeworben.[435] Etwa 80% aller Waffenexporte wurden von der staatlichen Firma *Rosvooruženie* abgewickelt.[436] Dieses Unternehmen zeichnete sich durch seine extreme Politiknähe aus. Bei jedem Regierungswechsel wurde auch der Generaldirektor ausgewechselt. In der Tat bemühte sich sowohl die Regierung als auch der Präsidialapparat, die Vergabe von Exportlizenzen und das Exportgeschäft selbst zu kontrollieren. Die Einnahmen aus dem Exportgeschäft führte *Rosvooruženie* nicht an den Staatshaushalt ab, sondern leitete sie nach Abzug einer Kommission von 3% bis 10% der Vertragssumme an den Hersteller weiter. Das Finanzgebaren von *Rosvooruženie* wurden von keiner vorgesetzten Instanz kontrolliert.[437] Vermutlich war es aber weniger die Höhe der Deviseneinnahmen, die *Rosvooruženie* attraktiv machten, als vielmehr die Möglichkeit, ausgewählte Rüstungsbetriebe beim Verkauf ihrer Waren und beim Erhalt eines günstigen Kredits zu unterstützen. Angesichts der Tatsache, daß der Export die einzige Möglichkeit für die Produzenten war, Geld zu

---

434 Nezavisimaja gazeta, 1.2.2000, elektronische Version. In den Jahren 1998 haben die Einnnahmen aus Waffenexporten 2,6 Mrd. US$ betragen, im Jahre 1999 beliefen sie sich auf 3,5 bis 3,6 Mrd US$ (Vedomosti, 1.2.2000, S. A3).

435 Für einen ausführlichen Überblick siehe z.B. Ėkspert, 1.11.1999, S. 40-44.

436 Die verbleibenden 20% wurden von zwei weiteren staatlichen Organisationen, *Promėksport* und *Rossijskie technologii*, und zwölf Waffenproduzenten, die eigenständig am Weltmarkt operieren durften, bestritten. Im Mai 2000 wurden *Promėksport* und *Rossijskie technologii* wieder mit *Rosvooruženie* zusammengefaßt. Die Dreiteilung hat damit lediglich drei Jahre bestanden.

437 Kommersant, 27.5.1999, S. 1.

verdienen, hatte *Rosvooruženie* eine Schlüsselposition im Rüstungssektor inne, und war damit auch für die militärisch ausgerichtete Luftfahrtindustrie ein wichtiger Partner. Exportentscheidungen, die hier gefällt wurden, betrafen nicht nur die Branche selbst, sondern auch die Gouverneure der Provinzen, in denen die Produktions- und Forschungsstätten angesiedelt sind. Regionale Politiker und Rüstungsmanager waren daher auf eine gute Zusammenarbeit mit *Rosvooruženie* angewiesen. Diese Abhängigkeiten – und die Informationen, die dem Konzern zugänglich waren – ließen sich auch in politisches Kapital ummünzen. Allerdings wurden dadurch auch Konflikte in die Branche hineingetragen, die eine effiziente Neuordnung verhindern.

3.3.2 Die Konfliktebenen

Regionale Konflikte

Konflikte zwischen Zentrum und Peripherie – zwischen Föderationsregierung und regionalen Führern – waren ein charakteristisches Element russischer Politik in der Ära Jelzin. Auch der Luftfahrtbereich machte da keine Ausnahme. Die Tatsache, daß die Herstellungsbetriebe und Konstruktionsbüros über den gesamten russischen Raum verstreut waren, wirkte sich negativ auf die Umstrukturierungsbemühungen der Branche aus. Die Gouverneure und Präsidenten der Gebietskörperschaften der Rußländischen Föderation hatten durchaus eigene Vorstellungen von der Zukunft jener Betriebe, die in ihrem Gebiet ansässig waren.[438] Wie sich regionalpolitische Einflußnahme auswirkte, läßt sich gut am Beispiel des *AVPK Suchoj* zeigen, der wegen der regionalen Streuung seiner Produktions- und Forschungsstandorte in die Jurisdiktion mehrerer lokaler Regierungsorgane fiel, die ihrerseits nicht aufhörten, sich in die

[438] Vgl. dazu auch: S. Schwanitz: Rußlands Regionen als neue Machtzentren. Föderale und regionale Entscheidungsstrukturen am Beispiel der Privatisierung des Rüstungssektors, Baden-Baden 1998 (= Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. Band 36).

Formulierung der Unternehmensstrategie, in Personalfragen und in Ressourcenverteilung einzuschalten. Dabei beschränkten sie sich keineswegs auf die auf dem Territorium ansässige Wirtschaftseinheit, sondern beanspruchten auch im Gesamtkomplex Mitspracherechte. Damit lösten sie einen Konflikt aus, der den Luftfahrtsektor über zwei Jahre lang hinderte, seine technologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Strukturen neu zu ordnen und an die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen.

Der *AVPK Suchoj* war durch ein Dekret des Präsidenten gegründet worden. 1999 gehörten ihm formal das *OKB Suchoj* (51%), das *ANTK Beriev* in Taganrog (38%), und drei Flugzeughersteller an, die in Irkutsk, Novosibirsk und Komsomol'sk-na-Amure ansässig waren und Kampfflugzeuge des Typs Suchoj produzierten. Die Eigentumsverhältnisse waren so strukturiert, daß die Dachorganisation – der AVPK – weder auf das Konstruktionsbüro noch auf die Produzenten tatsächlichen Einfluß nehmen konnte.[439] Er verfügte über keine Hebel, um das Konglomerat zu konsolidieren. Die Einzelunternehmen wiederum waren zu sehr miteinander verknüpft und voneinander abhängig, als daß sie eine Lösung hätten herbeiführen können. Ohne das Konstruktionsbüro war es den Serienproduzenten nicht möglich, ihre Exportverträge zu erfüllen, denn die Abnehmer verlangten durchweg modifizierte Varianten der Flugzeuge, die im Konstruktionsbüro ausgearbeitet und freigegeben wurden. Angesichts dieser Pattsituation war allein der Vertreter der föderalen Exekutive im Vorstand oder Direktoriumsrat handlungsfähig und konnte qua Staatsbesitz Personalentscheidungen treffen. Doch dies schuf keine stabilen Strukturen, innerhalb derer man Entscheidungen auf transparenter Basis durchsetzen konnte. Erschwerend wirkten sich persönliche Auseinandersetzungen zwischen dem Generalkonstrukteur Simonov und der Konzernleitung aus, die erst im Mai 1999 von der

[439] Kommersant, 1.6.1999, S. 1, 3.

Auktionärsversammlung durch die Entlassung Simonovs entschieden wurde.[440]

Eine vollständige Privatisierung der Produktionsbetriebe und des Konstruktionsbüros, die klare Eigentumsverhältnisse und ein starkes Management geschaffen hätte, war aber aus Sicht der betroffenen Gouverneure und Regionalpräsidenten nicht wünschenswert. Denn im Falle einer Zusammenfassung der Betriebe und des Konstruktionsbüros in einer Holding drohte eine Verringerung der lokalen Steuereinnahmen. Bis zum Dezember 1997 waren Betriebe, die einer Finanz-Industrie-Gruppe bzw. Holding-Gesellschaft angehörten, verpflichtet, ihre Steuern in der Region abzuführen, wo sich der Hauptsitz der Organisation befand. Daher wehrte sich die regionale Politik gegen jede Lösung, bei der das Hauptunternehmen nicht in ihrem Hoheitsgebiet registriert wurde. Erst am 18. Dezember 1997 wurde in der russischen Staatsduma ein Gesetz verabschiedet, das die regionalen Filialen der Korporationen verpflichtete, ihre Vermögenssteuern dort zu bezahlen, wo sie auch ansässig und tätig waren.[441] Daneben befürchteten die regionalen Verwaltungen, daß soziale Einrichtungen – wie Krankenhäuser, Kulturstätten und Kindergärten –, die von den großen Betrieben in ihren Regionen unterhalten wurden, nicht mehr finanziert werden würden, sobald das Unternehmen Teil einer außerregionalen Organisation war. Wenn eine Muttergesellschaft, die sich weder der örtlichen Belegschaft verpflichtet fühlte, noch willens war, weiter ein patriarchalisches Managementmodell zu praktizieren, war der Weiterbestand der sozialen Infrastruktur nicht mehr gewährleistet. Die Einrichtungen wurden dann zumeist an die *oblast'* übergeben, die aber aus Mangel an Ressourcen den Verpflichtungen nicht gerecht werden konnte.[442] Schließlich sahen die

---

440 Kommersant, 27.5.1999, S. 3.

441 RFE/RL, Report, 22.12.1997.

442 Vgl. S. Harter: Kann der Staat überhaupt ausgeschaltet werden? Zu den regionalen Dimensionen finanz-industrieller Gruppen in Rußland, in: Höhmann, H.-H. (Hrsg.): Spontaner oder gestalteter Prozeß? Zur Rolle des Staates in der

Gouverneure auch die Gefahr, daß eine gestraffte und regionenübergreifende Organisationsform regionale Wirtschaftsinteressen vernachlässigen und für ihre kurzfristigen lokalpolitischen Interessen nicht mehr instrumentalisierbar sein würde. Solche Vorbehalte wurden im Fall der Restrukturierung des *AVPK Suchoj* u.a. von den politischen Führern in Chabarovsk und Novosibirsk geäußert. Obendrein betrachteten sich die örtlichen Politiker auch einfach als die besseren Manager, indem sie auf ihre langjährigen Erfahrungen verwiesen, die allerdings noch aus planwirtschaftlichen Zeiten stammten. In der Auseinandersetzung um Einfluß und eine Führungsrolle im *AVPK Suchoj* spielten zudem Besitzansprüche der *oblast'*- und *kraj*-Regierungen eine Rolle. Die Aktien der sich auf ihrem Gebiet befindlichen Betriebe sollten in das Eigentum der Regionalverwaltung übergehen, anstatt fremdveräußert zu werden. Regionale Interessen sollten sektoralen Beweggründen eindeutig übergeordnet werden.

Die Gouverneure befürchteten auch, daß die einzelnen Produktionsbetriebe, die zu einer Holding gehören, untereinander in Konkurrenz treten könnten. Sie hatten also Interesse daran, selbst die Reorganisation des gesamten Konzerns zu Gunsten des in ihrem Gebiet ansässigen Betriebes zu kontrollieren. Dabei ging es vor allem um die Exporteinnahmen, die durch die Lieferung von Suchoj-Kampfflugzeugen nach China und Indien erwirtschaftet wurden.[443] *Suchoj* bestreitet mit seinen Lieferungen von Su-27 und Su-30 fast die Hälfte der entsprechenden Exporte und führt jährlich Gerät und Lizenzen im Wert von etwa einer Milliarde US$ aus. Im Jahre 1992 verkaufte das in Komsomol'sk-na-Amure ansässige Werk 26 Kampfflugzeuge des Typs Su-27 und sechs Trainingsflieger des Typs Su-27UBK nach China. 22 weitere Flugzeuge wurden im Jahre 1996 von China erworben. Der Gesamtwert der beiden Aufträge betrug 3 Mrd. US$. Dazu erhielt China die Lizenz zur Fertigung von 200 Fliegern. Von der Lieferung der

Wirtschaftstransformation mittel- und osteuropäischer Länder, Baden-Baden 1998, S. 116-132.

443 Rossijskaja gazeta, 27.12.1997, S. 2.

moderneren Version der Kampfflugzeuge, nämlich der Su-30 und der Su-27SK, hatte Rußland dann zunächst aufgrund wirtschaftlicher und politischer Vorbehalte Abstand genommen. Von dieser vorsichtigen Einstellung ging man im Jahre 1999 auf Druck der chinesischen Regierung ab. Eine Vereinbarung zum Verkauf von 60 Su-30MKK im Wert von ungefähr 2 Mrd. US$ wurde im August 1999 unterzeichnet.[444] Indien schloß 1996 einen Vertrag zur Lieferung von 40 Su-MK ab.[445] Da die verschiedenen Flugzeugtypen in verschiedenen Provinzen produziert wurden, besaß die Frage, welche der Flugzeugmodelle nun außenpolitisch und außenwirtschaftlich besonders gefördert werden sollten, einen regionalen Aspekt, den die örtlichen Regierungsorgane nur beeinflussen konnten, solange das Unternehmen nicht privatisiert war. Eine regional übergeordnete Holding, die außerhalb der Provinz selbst ansässig war, würde topokratische Gesichtspunkte dieser Art naturgemäß in geringerem Maße berücksichtigen.

Aus diesem Blickwinkel wird verständlich, warum der Gouverneur der Region Chabarovsk, Standort der *KNAAPO*, sich gegen eine Auktionierung des Unternehmens aussprach und vorschlug, das Aktienpaket, das die Kontrolle sicherte, doch besser in der Region zu belassen.[446] Die Gouverneure der Subjekte der Rußländischen Föderation, in welchen die Produktions- und Forschungsstätten des *AVPK Suchoj* angesiedelt waren, griffen auch direkt in Personalentscheidungen ein und votierten geschlossen gegen die Ernennung des Direktors des Irkutsker Produktionsbetriebes zum Leiter des gesamten AVPK.[447] Die Umstrukturierung der Luftfahrtindustrie wurde dadurch natürlich nicht einfacher.[448] Obgleich von Regierungsseite versichert wurde, daß die Verteilung der Exporteinnahmen nach einem vorab festgelegten Schlüssel erfolgen werde, der den jeweils am Geschäft

---

444 Kommersant, 6.8.1999, S. 3.
445 Kommersant, 6.8.1999, S. 3.
446 Finansovye izvestija, 18.12.1997, S. ii.
447 Izvestija, 20.3.1998, S. 1.
448 Finansovye izvestija, 6.11.1997, S. ii; 18.12.1998, S. ii.

beteiligten Einheiten einen Prozentsatz der Einnahmen zukommen lassen würde, gingen die Gouverneure davon aus, daß die Finanzmittel nach Moskau abfließen würden.[449] Diese Einstellung war durchaus nachvollziehbar, da die Zahlungsmodalitäten der Export-Vertragsabschlüsse nicht immer transparent waren. Finanzströme wurden oftmals nicht den Betrieben selbst zugeführt, sondern zu privaten Tochter- oder *off-shore*-Gesellschaften, oder gar zu der staatlichen Waffenexportfirma *Rosvooruženie* gelenkt.[450] In der Zeit zwischen 1994 und 1998 waren es vor allem die *Inkombank* und die *Onėksim-Bank*, die die Finanzierung des Chinageschäfts betreuten.[451] Die Kontrolle über die Finanzmittel machte Personalentscheidungen bei den Firmen selbst, aber auch bei *Rosvooruženie* zu einem besonderen Politikum. Gegen eine Konsolidierung der Holding gab es daher erhebliche Widerstände.

Der hier geschilderte Vorgang war aber keineswegs ein Einzelfall. Je nach dem Grad der "Reformgesinnung" der lokalen Machthaber stießen zivile und militärische Luftfahrtunternehmen in den Regionen immer wieder auf große Schwierigkeiten.

Industrie-interne Konflikte

Innerhalb der Luftfahrtindustrie verfolgte man sowohl die staatlichen Reorganisationsvorhaben und Konzentrationsabsichten als auch die internationale Entwicklung, die zunehmend eine Vernetzung und Zusammenführung der Produktionskapazitäten erforderte, aufmerksam. Experten in der Branche selbst hielten die staatlichen Vorstellungen, die russische Luftfahrt auf fünf oder sechs Kernorganisationen zu konzentrieren, für zu optimistisch. Die Fachleute gingen davon aus, daß lediglich zwei Organisationen vertret- und bezahlbar waren. Eine Vereinigung von *Iljušin* und *Tupolev* zum Beispiel sei, so hieß es, nur

---

449 Vedomosti, 5.10.1999, S. A5.

450 Von solchen Machinationen berichtet z.B. Novaja gazeta-ponedel'nik, 2.8.1999 <news.eastview.com/99/NPO/08/data/028s05.htm, 26.8.1999>.

451 Nezavisimaja gazeta, 18.12.1999, elektronische Version.

eine Frage der Zeit.[452] Die Einsicht, daß ein wesentlicher Teil der Industrie nach dem Umstrukturierungsprozeß verschwinden würde, führte dazu, daß frühzeitig nach strategischen Partnern Ausschau gehalten wurde, um Handlungsspielräume zu erweitern und das eigene Überleben zu sichern. Darüber brachen Konflikte über Eigentums- und Kontrollrechte sowie Einflußmöglichkeiten aus und trugen wesentlich zur Unübersichtlichkeit der Entwicklung bei.

Dies zeigte sich etwa bei der Suche nach einer geeigneten Organisationsstruktur für den Kampfflugzeughersteller *VPK MAPO*.[453] Am 6. Mai 1995 wurde per Präsidentenerlaß der Zusammenschluß von *MAPO*[454] und *ANPK MiG*[455] zu dem Unternehmen *MAPO MiG* verkündet. Wirtschaftsdirektor wurde Aleksandr Bezrukov, der sich vom Schlosser zu diesem Posten hochgearbeitet hatte. Vladimir Kuz'min, der Generalkonstrukteur von *MiG*, wurde Generaldirektor. Innerhalb dieser Konfiguration blieb der *ANPK* weiterhin für Forschung und Entwicklung (F&E) zuständig, *MAPO* war für die Serienfertigung verantwortlich. Der gesamte Managementzyklus, angefangen von der Planung, über Design, Testverfahren, Produktion, Marketing und Verkauf war nun unter einem Dach vereint. Dies bedeutete eine Abkehr vom sowjetischen Prinzip, in dem F&E und Produktion zumeist getrennt waren. Mit dem Zusammenschluß erhielt *MAPO MiG* die Exportlizenz für das Kampfflugzeug MiG-29. Schon zu diesem Zeitpunkt waren sowohl eine Bank (*Aviabank*) als auch ein Versicherungsunternehmen (*Ingostrach*) im

---

452 Segodnja, 11.11.1997, S. 7.

453 Krasnaja zvezda, 1.7.1996, S. 4; 17.8.1996; S. 3; 11.11.1996; S. 3; 15.3.1997, S. 4; Kommersant daily, 25.6.1997, S. 10; 26.11.1997, S. 9; Finansovye izvestija, 13.2.1997, S. ii; Izvestija, 4.7.1997, S. 2; Nezavisimaja gazeta, 31.7.1997; 27.11.1997, S. 2; 6.12.1998, S. 2; Segodnja, 27.1.1997, S. 2; 27.2.1997, S. 2. Lediglich die Holding *Iljušin* konnte sich anscheinend von Konflikten innerhalb der Organisation befreien. Sie hat daher im zivilen Bereich die vielversprechendsten Erfolgschancen.

454 Moskovskoe aviacionnoe naučno-promyšlennoe ob"edinenie im. Dement'eva (Moskauer Wissenschaftliche Luftfahrt-Produktionsvereinigung Dement'ev).

455 Aviacionnyj naučno-promyšlennyj kompleks MiG (Wissenschaftlich-Industrieller Luftfahrtkomplex MiG).

Portfolio des Konzerns vertreten. Im Januar 1996 wurde, wieder auf Erlaß des Präsidenten, der *VPK MAPO* gegründet. Neben einem veränderten Rechtsstatus sah die Verfügung einen Personalwechsel vor. Vorsitzender des VPK wurde Aleksandr Bezrukov, während Vladimir Kuz'min weiterhin Generaldirektor von *MAPO MiG* blieb, das nun aber untergeordneter Teil des *VPK* wurde. Des weiteren wurde die Exportlizenz nun auf den *VPK* übertragen und fiel damit aus dem Kompetenzbereich von *MAPO MiG* heraus. Da zumindest bis zum Jahr 1996 der Export die einzige Einnahmequelle des Konzerns war, stellten die Lizenzen eine wichtige Ressource dar, die auch über den Einfluß innerhalb der neuen Struktur bestimmte. In der ersten Hälfte des Jahres 1996 hatte der *VPK MAPO* zur Flugzeugproduktion das Hubschrauberkonstruktionsbüro *OKB im. Kamova* sowie eine Reihe von Zulieferern und Reparaturbetrieben hinzugefügt. Bis zum Ende des Jahres 1996 hatte der *VPK MAPO* zwölf Unternehmen in seine Struktur integriert.

Persönliche Auseinandersetzungen, vor allem zwischen dem Chef von *MAPO MiG*, Kuz'min, und dem Vorsitzenden des *VPK MAPO*, Bezrukov, spitzten sich zu.[456] Kuz'min monierte unter anderem die Übertragung der Exportrechte auf den VPK.[457] Um die Querelen zu beenden, wurden beide von staatlicher Seite bis zum Juni 1997 ihrer Ämter enthoben. Nach einem kurzen Intermezzo von zwei weiteren Generaldirektoren des *MAPO MiG* und zwei neuen Vorsitzenden des

---

456 Es war vermutet worden, daß der *VPK MAPO* auf Wunsch von Oleg Soskovec, damals Vize-Premierminister, entstanden ist und diesem ein schwacher, junger Manager in der Person Aleksandr Bezrukovs gelegen kam. Mit Soskovec' Ausschluß aus der Regierung traten die personellen Konflikte offen zutage. Vgl. V. Artjuchov/V. Muzalev/V. Nezamov/M. Pavlov: Finansovo-promyšlennye gruppy repetirujut očerednuju političeskuju osen', in: Vlast', Nr.8, 1997, S. 72-80, hier S. 73.

457 Diese Beschwerden waren berechtigt; Aleksandr Bezrukov wurde wegen Veruntreuung von staatlichen Geldern in Höhe von 230 Millionen US$, die für den Export von Mig-29 Flugzeugen nach Indien vorgesehen waren, angeklagt; vgl. Kommersant daily, 18.9.1998, S. 1-2; Rossijskaja gazeta, 19.9.1998, S. 2.

VPK kam das Personalkarussell im Dezember 1997 zum Stillstand: Vladimir Kuz'min wurde vom Wirtschaftsministerium zum neuen Leiter des *VPK MAPO* ernannt.[458] Doch auch diese Lösung war nicht von langem Bestand. Am Ende beinhaltete die Russische Flugzeugbaukorporation MiG (*Rossijskaja aviastroitel'naja korporacija MiG*) weder Hubschrauberproduzenten noch andere Unternehmen.

Über all diesen personellen Streitereien trat die eigentliche Arbeit weitgehend in den Hintergrund. Noch immer stammte die grundlegende Technologie des Kampfflugzeuges MiG aus den siebziger Jahren. Neben den dringend notwendigen Produktinnovationen wurden auch die noch unausweichlicheren Prozeßinnovationen nicht vorgenommen. Parallele Produktionsstätten und unrentable Betriebe hätten eigentlich geschlossen, und die Finanzressourcen auf die vielversprechendsten Projekte konzentriert werden müssen. So nimmt es nicht wunder, daß die Exporte des Konzerns beständig zurückgegangen sind. Im Jahre 1996 unterzeichnete *MAPO MiG* keinen einzigen Vertrag. Im Januar 1997 betrug das Auftragsvolumen lediglich 17% des Vorjahresniveaus. Der *VPK* erhielt im Jahre 1997 auch keine weiteren Aufträge für die nächsten Jahre.[459] Ergebnis fehlender Umstrukturierungsmaßnahmen, der schlechten Auftragslage und der Skandale, die den jeweiligen Personalwechseln vorausgingen, war, daß ab dem 1. April 1998 die Produktionsstätte *MAPO MiG* für fünf Monate stillstand. Das Unternehmen stand damit vor dem Konkurs. Eine Reihe von Skandalen – u.a. liefen im Februar 2000 eine Reihe leitender Konstrukteure zu einem privaten Unternehmen über, das die Modernisierung der Kampfflugzeuge an sich ziehen wollte – trugen nicht unbedingt zur Gesundung der Firma bei.[460]

---

[458] Nezavisimaja gazeta, 31.12.1997, S. 2.
[459] Kommersant daily, 26.3.1998, S. 1.
[460] Kommersant, 51.2.2000, elektr. Version.

3.3.3 Fazit

Die Erkenntnis, daß eine effiziente Zusammenfassung von Forschung, Entwicklung und Produktion in der Luftfahrtindustrie notwendig ist, wenn man sich am Weltmarkt behaupten will, hat sich nicht nur in den Unternehmensverwaltungen, sondern auch in den politischen Gremien und bei den Entscheidungsträgern durchgesetzt. Natürlich hätte Rußland gerne ein Äquivalent zum Airbus-Konsortium oder zu Boeing.[461] Denn es ist offensichtlich, daß das Produktionspotential den neuen Marktverhältnissen angepaßt werden muß. Doch dies ist eben nicht gelungen. Die Fallbeispiele zeigen, daß eine Kombination verschiedenster Faktoren für dieses Scheitern verantwortlich ist. Einerseits verhinderte die sehr früh einsetzende Auseinandersetzung um Einfluß und Zugang zu Ressourcen eine geordnete Konsolidierung. Regionale Einflußnahme und Ansprüche auf Produktionsstätten komplizierten die Interessenlage. Die häufige Wahl des Rechtsweg zur Durchsetzung von Eigentumsansprüchen – grundsätzlich eine wünschenswerte Entwicklung – entzog staatlichen Organen die Möglichkeit, selbst Industriepolitik zu betreiben. Die Einflußnahme auf Personalentscheidungen war oft der einzige Weg, der staatlichen Entscheidungsträgern zur Verfügung stand, um ihre Vorstellungen durchzusetzen. Konsequenz war nicht nur eine andauernde Auseinandersetzung um Chefposten, sondern auch eine Personalisierung der Industriepolitik, bei der je nach Lobbyerfolg das Management einzelner Unternehmen ausgetauscht und so eine Kontinuität bei der Entscheidungsfindung verhindert wurde. Solche Entwicklungen waren angesichts des starken Nachfragerückgangs und des Fehlens von Finanzmitteln verhängnisvoll. Der notwendige Konzentrationsprozeß wurde dadurch ebenso aufgehalten wie die dringend erforderlichen Produkt- und Prozeßinnovationen. Eine Technologische Weiterentwicklung, die Neuordnung der Finanzen, die Reorganisation der Zuliefer- und Kundenbeziehungen, eine Synchronisierung der

[461] Kommersant, 2.9.1999, S. 9.

verschiedenen zeitabhängigen Unternehmensstrategieschritte und eine Neuentwicklung des Marktes sind nicht erfolgt. Damit ist das weitverbreitete Argument, daß alleine nachfragebedingte Zahlungsschwächen für den Zustand der Luftfahrtindustrie verantwortlich seien, zumindest im zivilen Marktsegment teilweise entkräftet. Mittlerweile geht in der russischen Luftfahrtindustrie ein Differenzierungsprozeß vor sich. Die Betriebe mit hohem Exportpotential behaupten sich, wohingegen Unternehmen, die ausschließlich für den innerrussischen Markt produzieren, zunehmend in Schwierigkeiten geraten. Dabei ist nicht ausschlaggebend, ob sie vorwiegend zivile oder militärische Produkte anbieten. Die Exporteure versuchen, sämtliche Marktnischen maximal auszufüllen, alle Kundenwünsche zu befriedigen und in F&E zu investieren. Einzelne unrentable Unternehmen oder Holdings werden ausgesondert.[462] Damit haben sich nach nahezu einem Jahrzehnt Marktmechanismen durchgesetzt. Die Kosten dieses Vorgangs werden sich jedoch erst in der Zukunft vollständig zeigen. Vergleicht man diese Entwicklung mit der Erfolgsgeschichte des Gasmonopolisten *Gazprom*, der in der Jelzin-Ära auch ein wichtiger politischer Akteur war, so fällt besonders die Marginalisierung eines Sektors ins Auge, der in der Sowjetunion eine herausragende Stellung genoss. Im Gegensatz zum *Gazprom*-Management ist es den Rüstungsmanagern nicht gelungen, ihre "alten" Privilegien und die Verfügung über Exportressourcen in politischen und wirtschaftlichen Einfluß umzusetzen.

[462] Nezavisimaja gazeta, 24.8.1999, elektronische Version.

3.4 Die Kohleindustrie: Bergarbeiterproteste als Druckmittel?

Im Kontext einer Analyse der Rolle der Wirtschaftseliten in der Transformationsperiode stellt sich auch die Frage, ob es keine rivalisierenden oder alternativen Eliten gegeben hat, ob nicht auch andere soziale Gruppen Einfluß auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse im System Jelzin nehmen konnten. Eine solche Gruppe waren die Arbeiter, die in industrialisierten Staaten mit gewissen politischen Freiräumen in der Regel durch ihre Gewerkschaftsverbände Einfluß auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu nehmen versuchen. Im post-sowjetischen Rußland haben vor allem die Bergleute mit häufigen, teilnehmerstarken und zunehmend radikalen Aktionen gegen die Wirtschaftspolitik der zentralen Regierung protestiert. Da die Kohleindustrie eine der wichtigen Branchen der russischen Volkswirtschaft darstellt, konnten ihre Proteste auch nicht einfach ignoriert werden. Sowohl das hohe Protestniveau als auch die Bedeutung der Branche erlauben also die Hypothese, daß die Bergleute eher als Arbeiter anderer Branchen in der Lage waren, Einfluß auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse zu nehmen. Im folgenden soll deshalb untersucht werden, wieweit die Bergleute tatsächlich Einfluß ausübten, und welche Faktoren den Ausgang bestimmten.

3.4.1 Die Kohlekrise

Die Kohleindustrie hatte in der forcierten Industrialisierung der Sowjetunion in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts eine Schlüsselrolle gespielt. In den fünfziger Jahren war Kohle mit einem Anteil von über 50% bei weitem der wichtigste Primärenergieträger des Landes. Doch mit der zunehmenden Substituierung durch Erdöl und -gas, in der Sowjetunion ermöglicht durch die Erschließung der sibirischen Vorkommen, sank ihre Bedeutung seit den sechziger Jahren kontinuierlich. Als die Sowjetunion 1991 auseinanderbrach, hatte Kohle nur noch einen Anteil von 15% bei den Primärenergieträgern. Dieser dramatische Bedeutungsrückgang der Kohle wurde jedoch innerhalb der sowjetischen Planwirtschaft weitgehend ignoriert. Die Kohleindustrie wurde subventioniert, und Bergarbeiter galten weiterhin als

"Arbeiterelite". Restrukturierungs- und Modernisierungsmaßnahmen hingegen wurden vernachlässigt.

Mit dem Wegfall des staatlichen Schutzes Anfang der neunziger Jahre stürzte die Kohleindustrie in Rußland in eine schwere Strukturkrise, wie sie in vielen westlichen Industriestaaten – u.a. auch Deutschland – bereits in den sechziger Jahren eingesetzt hatte. Die staatlichen Subventionen für die Kohleindustrie sanken von umgerechnet etwa 6 Mrd. US$ 1994 auf nur noch 0,6 Mrd. US$ 1998.[463] Die Kohleproduktion ging von 1992 bis 1998 um ein Drittel zurück.[464] 1998 belief sich der Gesamtverlust der Kohleindustrie auf 6,4 Bill. Rbl, was etwa 20% der Produktionskosten der Branche entsprach.[465] Trotz der finanziellen Probleme kam es jedoch auch unter Präsident Jelzin zu keiner grundlegenden Restrukturierung der Branche. Zwar wurden bis Mitte 1995 fast alle Organisationseinheiten der Kohleindustrie in Aktiengesellschaften umgewandelt, aber weniger als ein Drittel wurde in Privatbesitz überführt. 1999 produzierten staatliche Betriebe immer noch etwa 90% der russischen Kohle.

In Folge der Kohlekrise ist der Lebensstandard der Bergleute seit dem Ende der Sowjetunion kontinuierlich gesunken. Aufgrund der in der Kohleindustrie besonders hohen Zahlungsrückstände bei Lohnzahlungen sank der tatsächlich ausgezahlte Monatslohn der Bergleute bis 1998 auf den industrieweiten Durchschnitt von etwas mehr als 1.000 Rbl, was Ende des Jahres nur noch 50 US$ entsprach.[466] Da es in den Kohlerevieren relativ wenige zusätzliche Verdienstmöglichkeiten gab, lag das Einkommen von Haushalten hier sogar unter dem Landesdurchschnitt.[467] Stärker noch getroffen von der Kohlekrise wurden

---

463 J. Pereira: Hard times in the Donbass, in: FT Energy Economist, 1998, Nr. 12, S. 16–20, hier S. 17f.

464 Goskomstat Rossii: Rossijskij statističeskij ežegodnik, Moskva 1998, S. 402f.

465 T. Lysova: Ot oborony, in: Ėkspert 15.2.1999, S. 10–11.

466 O. Golodec: Social'nye paradoksi restrukturacii, in: Čelovek i trud 1998, Nr. 8, S. 17–21; Interfax: Interfax Statistical Report, 26.2.1999.

467 M. Krasil'nikova: Uroven' žizni naselenija šachterskich gorodov i poselkov ugol'nych regionov Rossii, in: Monitoring obščestvennogo mnenija 1999, Nr. 5,

aber die 150.000 der insgesamt etwa einer halben Million Bergleute, die zwischen 1993 und 1997 vor allem in Folge von Zechenschließungen ihre Arbeit verloren. Aufgrund der allgemeinen Wirtschaftskrise hatten sie kaum eine Chance, eine andere Arbeit zu finden. Die vorgesehenen staatlichen Unterstützungsgelder wurden in der Regel nicht voll ausgezahlt. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulungsangebote wurden nur in Form von Pilotprojekten realisiert.[468] Auch die Qualität und Quantität der sozialen Dienstleistungen für Bergleute, für die in der Sowjetunion die Betriebe selber verantwortlich waren, ist im Verlauf der Kohlekrise deutlich gesunken. Nach dem Ende der Sowjetunion sind etwa 70% der sozialen Infrastruktur der Kohleindustrie, darunter 25 Mio. m^2 Wohnraum, über 500 Kindergärten sowie mehr als 300 Freizeiteinrichtungen, an die lokalen Gemeindeverwaltungen übergeben worden, die in der Regel nicht die finanziellen Mittel für Betrieb und Instandhaltung besaßen.[469]

3.4.2 Die Kohleindustrie im politischen Interessengeflecht

Insgesamt gab es vier Akteursgruppen, die für wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse bezüglich der Kohleindustrie von grundsätzlicher Bedeutung waren:

- die zentrale Regierung in Moskau, die während der gesamten Amtszeit Jelzins eine Mehrheitsbeteiligung an den meisten Kohlebetrieben hielt;

S.31–39 (hier: Tab. 2). Eine Ausnahme stellt Vorkuta dar, wo aufgrund der extremen Arbeitsbedingungen in der Nähe des Polarkreises deutlich überdurchschnittliche Löhne gezahlt werden. Die Lebenshaltungskosten sind in dieser Region aber ebenfalls höher.

468 O. Golodec: Social'nye paradoksi restructuracii, in: Čelovek i trud 1998, Nr. 8, S. 17–21; A. Kudat/V. Borisov/B. Ozbilgin: Restructuring Russia's coal sector, in: M. Cernea/A. Kudat (Hrsg.): Social assessments for better development, Washington 1997, S. 63–108. M. Krasil'nikova: Uroven' žisni naselenija šachterskich gorodov i poselkov ugol'nych regionov Rossii, in: Monitoring obščestvennogo mnenija 1999, Nr. 5, S.31–39.

469 V. Leksin/L. Plakitkina/A. Švecov: Finansirovanie social'noj infrastruktury šachterskich gorodov, in: Čelovek i trud 1998, Nr. 8, S. 31–36.

- die politische Führung der Regionen, in denen die drei großen russischen Kohlereviere liegen – Kuzbass (Oblast' Kemerovo), Kohlerevier bei Vorkuta (Republik Komi) und russischer Donbass (Oblast' Rostov);
- die Bergleute und ihre zwei Gewerkschaften;
- die Betriebsleitungen der Kohlebetriebe.

Zur Lösung einer Kohlekrise bieten sich der zuständigen Regierung zwei grundsätzliche Ansätze. Zum einen kann sie eine marktorientierte Restrukturierung der Kohleindustrie einleiten, indem sie die Mehrheit der Schächte schließt und durch Modernisierung eine effiziente Produktion in den verbliebenen Produktionseinheiten ermöglicht. Dieses "Gesundschrumpfen" der Kohleindustrie ist mit erheblichen sozialen Problemen verbunden, die häufig zu Massenprotesten führen. Es bedarf außerdem kompetenter Politiker und Betriebsleiter, die in der Lage sind, die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Zum anderen kann die Regierung versuchen, solche Probleme zu vermeiden oder zumindest in die Zukunft zu verschieben, indem sie die Kohleindustrie umfassend subventioniert. Diese Variante stellt jedoch eine starke Belastung des Staatshaushalts dar und ist nur schwer zu finanzieren.

Da beide Optionen mit erheblichen Nachteilen verbunden waren, vermied die russische Zentralregierung unter Jelzin eine eindeutige Festlegung. Sie versuchte statt dessen, die Subventionierung der Kohleindustrie fortzusetzen, um Massenproteste zu vermeiden und gleichzeitig die finanzielle Belastung so weit wie möglich zu reduzieren, indem sie einige Kohlebetriebe stillegte. Bezeichnenderweise fiel die Wahl dabei nicht auf die ineffizientesten Betriebe, sondern auf die, die am wenigsten Protestbereitschaft zeigten. Trotzdem reichten jedoch schon bald die vorhandenen Subventionen nicht mehr, um diesen Mittelweg zu finanzieren.

In dieser Situation bot die Weltbank 1994 einen Kredit für die marktorientierte Restrukturierung der russischen Kohleindustrie an. Das Programm der Weltbank sah die Schließung verlustbringender Schächte,

Privatisierung der verbliebenen Kohlebetriebe und Liberalisierung des Kohlemarktes vor. Die Weltbank schätzte, daß etwa die Hälfte der Beschäftigten der Kohleindustrie (darunter 250.000 Bergleute) ihren Arbeitsplatz verlieren würden. Um die sozialen Folgen des Restrukturierungsprozesses abzufedern, bot die Weltbank einen Kredit über 500 Mio. US$ an, mit dem vor allem Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziert werden sollten.[470] Angesichts der prekären Finanzlage akzeptierte Rußland 1995 das Angebot der Weltbank und erhielt im folgenden Jahr den versprochenen Kredit. Die russische Regierung setzte jedoch ihre alte halbherzige Subventionspolitik fort. Die Mehrheit der Weltbankmittel wurde zweckentfremdet. Etwa die Hälfte des Geldes verschwand spurlos, der Rest wurde vorrangig zur Begleichung ausstehender Lohnschulden verwendet. Die Weltbank stellte daraufhin die Verhandlungen über die Restrukturierung der russischen Kohleindustrie ein. Nach Reformmaßnahmen von russischer Seite, insbesondere der Auflösung der Staatsholding *Rosugol'*[471], die für die Zweckentfremdung der Weltbankgelder verantwortlich gemacht wurde, kam es erneut zu einer Einigung. Die erste Hälfte eines neuen Kredites im Gesamtumfang von 800 Mio. US$ erhielt Rußland bereits im Dezember 1997. Da die Regierung aber weiterhin keine ernsthafte Restrukturierung der Kohleindustrie einleitete, wurde die Auszahlung der zweiten Hälfte verzögert. Erst im August 1999 wurden weitere 50 Mio. US$ bezahlt, im Dezember folgten noch einmal 100 Mio. US$. Aufgrund dieser geringen Summen und strengerer Auflagen von Seiten der Weltbank war die Absicht der russischen Regierung, die Subventionierung der Kohleindustrie mit Weltbankgeldern zu bestreiten, gescheitert. Eine alternative Strategie wurde jedoch von ihr nicht entwickelt.[472]

---

470 World Bank: Russian Federation. Restructuring the coal industry, Washington 1994.

471 Die Holding war bis zu ihrer Auflösung im Dezember 1997 für die Verwaltung der Staatsanteile an allen Kohlebetrieben verantwortlich und organisierte gleichzeitig die Verteilung der Subventionszahlungen für die Kohleindustrie.

472 Zum Restrukturierungsprozeß im allgemeinen: Reformugol': Krutoj plast. Šhachterskaja žisn' na fone restrukturizacii otrasli i obščerossijskich peremen,

Obwohl die Kohleindustrie in wenigen russischen Regionen konzentriert und für die Wirtschaft dieser Regionen von erheblicher Bedeutung ist, haben sich regionale Politiker in der Regel nicht ernsthaft bemüht, Einfluß auf die Entwicklung der Kohleindustrie zu nehmen. Einerseits konnten es sich regionale Politiker nicht leisten, eindeutig gegen die Interessen der Bergleute Stellung zu beziehen, da dies erhebliche Popularitätseinbußen zur Folge gehabt hätte. Andererseits hatten die meisten regionalen Politiker auch kein Interesse, die Proteste der Bergarbeiter zu unterstützen und zu ihrem eigenen Vorteil zu instrumentalisieren. Die zwei wesentlichen Ursachen für die mangelnde Unterstützung der Bergarbeiterproteste durch regionale Politiker waren zum einen die Loyalität gegenüber der zentralen Führung und zum anderen ein geringes Interesse am Schicksal der Kohleindustrie.

Letzteres zeigt sich am deutlichsten im Falle der Republik Komi, wo die regionale politische Führung anscheinend ein enges Korruptionsnetzwerk mit der attraktiveren Ölindustrie eingegangen war.[473] Die Kohleindustrie hingegen arbeitete mit Verlust und lag außerdem bei Vorkuta im Norden der Republik, in der Nähe des Polarkreises. Dies bedeutete, daß Proteste der Bergarbeiter ignoriert werden konnten. Selbst mit einer Blockade von Schienenstrecken isolierten die Bergleute nur sich selbst. Die Verantwortung für die Kohleindustrie der Region wurde deshalb der föderalen Regierung überlassen, die ein Programm für Betriebsschliessungen und die Umsiedlung der Bergleute aus dem hohen Norden in zentrale Regionen ausarbeiten mußte.[474]

Das beste Beispiel für Loyalität gegenüber der zentralen Führung war der erste Gouverneur des Gebiets Kemerovo, Michail Kisljuk, der 1991 von

---

Moskva 1999, S. 48–104; J. Pereira: Hard times in the Donbass, in: FT Energy Economist, 1998, Nr. 12, S. 16–20; zu Privatisierungsplänen: J. Gorlin/A. Dmitriev/S. Klimov: Ugol'nye kompanii Rossii, in: Čelovek i trud 1998, Nr. 8, S. 26–30.

473 EWI Russian Regional Report, 25.3.1999

474 V. Il'in: Vlast i ugol'. Šachterskoe dviženie Vorkuty (1989–1998 gody), Syktyvkar 1998.

Jelzin ernannt wurde und bis 1997 im Amt blieb. Da Kisljuk nie in freien Wahlen bestätigt wurde, war er vollständig von der Unterstützung Jelzins abhängig. Diese Tatsache erlaubte es ihm nicht, die Proteste der Bergarbeiter gegen die föderale Regierung zu unterstützen. Als er im Sommer 1997 endlich entlassen wurde und Aman Tuleev die folgenden Wahlen mit einer überwältigenden Mehrheit gewann, änderte sich die Situation völlig. Tuleev wurde der erste russische Gouverneur, der eine umfassende Strategie für die Kohleindustrie seiner Region entwickelte und auch umsetzte. Tuleev versuchte, die Kohleindustrie durch strenge, planwirtschaftlich anmutende Kontrollen zu stabilisieren. Im Sommer 1998 begann er Druck auf die Betriebsdirektoren auszuüben, um Unterschlagungen und Korruption zu bekämpfen. Die resultierende stärkere Kontrolle der Betriebsfinanzen in Kombination mit der drastischen Rubelabwertung nach der Augustkrise erlaubten es, die ausstehenden Lohnschulden gegenüber den Bergleuten deutlich zu reduzieren. Tuleevs Einflußmöglichkeiten wuchsen weiter, als die zentrale Regierung im Januar 1999 ihre Sitze in den Direktorenräten der örtlichen Kohlebetriebe Vertretern der Regionalverwaltung überließ.[475] Obwohl der langfristige Erfolg von Tuleevs Zentralisierungsbemühungen in der regionalen Kohleindustrie zweifelhaft ist, zeigt sein Fall doch eindeutig, daß regionale Politiker durch entschlossenes Handeln Einfluß auf die Entwicklung der Kohleindustrie nehmen konnten.

3.4.3 Das Protestpotential der Bergleute

Die Bergleute haben ihre Frustration über die katastrophale Wirtschaftsentwicklung und die Passivität der verantwortlichen Politiker früher, stärker und radikaler als alle anderen Berufsgruppen zum Ausdruck gebracht. Dabei lassen sich fünf Phasen unterscheiden[476]:

---

[475] P. Bizyukov/I. Donova/K. Burnyshev/O. Vinokurova: Bergarbeiterproteste im Kuzbass. Das Jahr des "Schienenkrieges" in Fallstudien, Berichte des BIOst 36-1999, Köln 1999.

[476] Dazu ausführlich: H. Pleines: Die postsowjetische Strukturkrise der russischen Kohleindustrie, Berichte des BIOst 19-1999, Köln 1999, S. 22–28.

- (Vergleichsweise) erwartungsvolle Massenproteste der Gorbatschow-Periode (1989-1991);
- Abwartende Haltung gegenüber den Ergebnissen der Wirtschaftsreformen unter Jelzin mit Streikaktivität nur auf lokaler Ebene (1991-1994);
- Organisierte Massenstreiks zur Einforderung der staatlichen Zahlungsverpflichtungen mit vereinzelten radikalen Protestmaßnahmen auf lokaler Ebene (1995-1997);
- Massenhafte radikale Protestmaßnahmen – "Schienenkrieg" (1998);
- Proteste in einigen Regionen in Reaktion auf spezifisch regionale Entwicklungen (seit 1999).

Das für russische Verhältnisse besonders hohe Protestpotential der Bergleute läßt sich auf zwei wesentliche Faktoren zurückführen. Erstens scheinen die Bergleute aufgrund ihrer früheren Glorifizierung als "Arbeiterelite" besonders stark unter sozialem Statusverlust zu leiden. Die extrem hohen Lohnrückstände in der Kohleindustrie führen zusätzlich zu einer überdurchschnittlichen Unsicherheit bezüglich des zu erwartenden Einkommens. Im Ergebnis sind die Bergleute noch unzufriedener mit ihrer wirtschaftlichen Situation als andere soziale Gruppen, obwohl ihr materieller Lebensstandard nicht unterdurchschnittlich ist.[477] Zweitens fällt es den Bergleuten relativ leicht, sich zu organisieren, da sie im wesentlichen in drei großen Kohlerevieren konzentriert sind. Weil die große Mehrheit der Kohlebetriebe weiterhin dem Staat gehört, haben die Bergleute mit der

[477] In einer Umfrage im Jahre 1996 erklärte nur 1% der Bergleute, ihm ginge es gut, während im landesweiten Durchschnitt immerhin etwa 10% der Bevölkerung ihren Lebensstandard so beschrieben. (V.A. Borisov/I.M. Kozina/M.D. Krasil'nikova: Social'nye aspekty restrukturizacii ugol'noj promyšlennosti, in: Monitoring obščestvennogo mnenija (VICIOM) 1997, Nr. 2, S.33–35.

Zentralregierung auch einen gemeinsamen Ansprechpartner.[478] Andere Berufsgruppen im staatlichen Sektor, wie z.B. Lehrer, haben es aufgrund ihrer weiten geographischen Verstreuung schwerer, eine einheitliche Organisationsstruktur zu entwickeln, während die meisten Arbeiter in der Industrie nur ein begrenztes Interesse an einer überregionalen Vertretungsstruktur besitzen, da ihr vorrangiger Verhandlungspartner die eigene Betriebsleitung oder allenfalls noch die regionale politische Führung ist.[479]

Die entscheidende Schwäche der russischen Bergarbeiter lag in ihrer politischen Uneinigkeit. Bereits seit Ende der achtziger Jahre waren die Bergarbeiter in einen reformorientierten und einen konservativen Flügel gespalten. Der konservative Flügel wurde im post-sowjetischen Rußland von der Nachfolgeorganisation der alten Gewerkschaft repräsentiert, die sich jetzt Unabhängige Gewerkschaft der Arbeiter der Kohleindustrie (*NPRUP – Rosugleprof*) nannte. Sie wurde vor allem von denjenigen Bergleuten unterstützt, deren Betriebe von Schließung bedroht waren. Diese Bergleute standen politisch mehrheitlich der Kommunistischen Partei nahe. Da die Gewerkschaft weiterhin für die Verteilung vieler Sozialleistungen verantwortlich war, gehörte aber auch ein großer Teil der apolitischen Bergleute zur *NPRUP*.

Die reformorientierten Bergarbeiter hingegen organisierten sich bereits vor dem Massenstreik 1991 in der Unabhängigen Gewerkschaft der Bergleute (*NPG – Nezavisimyj profsojuz gornjakov*) und gingen, enttäuscht von den Reformen Gorbatschows, ein Bündnis mit den Radikaldemokraten um Boris Jelzin ein. Sie hofften, durch demokratische Reformen Einfluß auf politische Entscheidungsprozesse zu gewinnen und hegten gleichzeitig die Erwartung, daß marktwirtschaftliche Reformen die Lage der Kohleindustrie verbessern

---

478 Dies gilt zumindest bis Ende 1998 für alle Kohlereviere. Seit Anfang 1999 jedoch hat die regionale Verwaltung der Oblast' Kemerovo Anspruch auf die Leitung der staatlichen Kohlebetriebe des Kuzbass.

479 Einen Überblick hierzu gibt: L. Cook: Trade unions in the new Russia, New York 1997.

würden, da der Marktpreis für Kohle steigen und die Exporteinnahmen nicht mehr im Staatshaushalt verschwinden würden. Obwohl diese Hoffnungen sich nicht erfüllten, sah der reformorientierte Flügel Jelzin immer noch als das kleinere Übel an. Die anfängliche Begeisterung schwand jedoch, und seit 1995 war auch der reformorientierte Flügel zu Protestmaßnahmen gegen die Regierung bereit.

Aufgrund der ideologischen Differenzen war der einzige gemeinsame Nenner für die beiden Gewerkschaften und die Flügel, die sie vertraten, die Forderung nach Begleichung der Lohnrückstände. Diese Forderung stand deshalb auch im Zentrum aller Bergarbeiterproteste seit 1995. Die Bergarbeiter haben dementsprechend nie ein gemeinsames Reformprogramm entwickelt, das Lösungsansätze für die Kohlekrise aufgezeigt hätte. Ihre Forderungen liefen auf eine möglichst umfassende Fortsetzung der staatlichen Subventionierung hinaus. Gleichzeitig besaßen sie zu vielen Fragen, wie etwa der Organisationsstruktur der Kohleindustrie, überhaupt keinen Standpunkt. Diese inhaltliche Schwäche ließ den Führern der Bergarbeiter sehr wenig Möglichkeiten, konstruktiven Einfluß auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen.

Neben der inhaltlichen Uneinigkeit hinderte die Gewerkschaften auch ihre Kooperation mit den jeweiligen Betriebsleitungen an einer Konzentration auf die Interessen der Bergarbeiter.

> "Beide Gewerkschaften waren für Anerkennung, Ressourcen und Unterbringung auf die Betriebsleitung angewiesen, beide tätigten Kredit- und Wirtschaftsgeschäfte, und beide verteilten Güter und Dienstleistungen, die vom jeweiligen Betrieb zur Verfügung gestellt wurden."[480]

---

[480] L. Siegelbaum: Freedom of prices and the price of freedom. The miners' dilemmas in the Soviet Union and its successor states, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 1997, Nr. 4, S. 1–27, hier S. 20. Zur Rolle der beiden Gewerkschaften siehe auch: Institut sravnitel'nych issledovanij trudovych otnošenij: Social'nye problemy ugol'noj promyšlennosti Kuzbassa v 1995 g., Kemerovo 1996, S. 88–101. Zur politischen Orientierung der Bergleute siehe: R. Ferguson: Will

Diese Tatsache ist von den Betriebsleitungen immer wieder ausgenutzt worden, deren vorrangiges Interesse es war, die Subventionszahlungen des Staates zu erhöhen. Dazu konnten die Proteste der Arbeiter instrumentalisiert werden. Der Betriebsleitung ging es dabei in der Regel nicht um die Situation des Betriebes, sondern vielmehr um persönliche Bereicherung. Subventionsbetrug und Finanzmanipulationen waren in der russischen Kohleindustrie weit verbreitet. Außerdem waren die Vergabekriterien für die finanzielle Unterstützung der Kohleindustrie manipulierbar, so daß Gelder oft ineffizient eingesetzt wurden.[481] Eine föderale Sonderkommission zur Untersuchung der Kohleindustrie im Kuzbass bestätigte im Herbst 1998 diese Einschätzung. Grundlage der meisten Delikte war die Abgabe von Kohle an Zwischenhändler zu extrem niedrigen Preisen. Die Zwischenhändler, die in der Regel gute Kontakte zum Management des Kohlebetriebes hatten, verkauften die Kohle dann mit großen Gewinnen, an denen die Betriebsleitung beteiligt wurde. Als Folge dieser Preismanipulation wies der Betrieb in seiner Bilanz große Verluste aus, deren Begleichung wiederum aus dem Staatshaushalt eingefordert wurde.[482]

3.4.4 Die begrenzte Wirksamkeit der Bergarbeiterproteste

Die Ziele der Bergarbeiter lassen sich in (wirtschafts)politische und rein wirtschaftliche trennen. Die Ausgangsforderungen aller Streiks waren wirtschaftlicher Natur. Sobald sich die Streiks jedoch ausweiteten, gewannen sie automatisch politischen Charakter, da der Ansprechpartner für die Vertreter der Streikenden nun die zentrale politische Führung wurde, die letztendlich die Entscheidungskompetenz für die wirtschaftlichen Fragen der Kohleindustrie besaß. Dementsprechend wurde bei den meisten großen Bergarbeiterstreiks schnell die Forderung

---

Democracy Strike Back? Workers and Politics in the Kuzbass, in: Europe–Asia Studies, 50. Jg., 1998, Nr. 3, S. 445–468.

481 Einen Überblick bietet H. Pleines: Korruptionsnetzwerke in der russischen Wirtschaft, in: H.H. Höhmann (Hrsg.): Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation im Osten Europas, Bremen 2001, S. 141-156, hier S. 147ff.

482 S. Petuchov: Černyj ajsberg, in: Ėkspert, 16.11.1998, S. 52–53.

nach dem Rücktritt von Regierung bzw. Präsident laut. Doch nur in der Spätphase der Sowjetunion wurden explizit in größerem Umfang politische Ziele artikuliert. In der Jelzin-Periode hingegen blieben politische und auch wirtschaftspolitische Forderungen unscharf und fanden kaum Beachtung.

Auf den ersten Blick waren die Bergarbeiter mit ihren rein wirtschaftlichen Anliegen erfolgreicher. Da sie nie ein umfassendes Reformprogramm für die Kohleindustrie entwickelt hatten, beschränkten sich ihre Forderungen im wesentlichen auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Konkret lief dies letztendlich auf das Verlangen nach einer stärkeren Subventionierung der Kohleindustrie hinaus. Die Regierung machte bei jedem der großen Bergarbeiterstreiks – und manchmal auch schon als Reaktion auf entsprechende Androhungen – umfangreiche Zahlungsversprechungen. Ein großer Teil der "Erfolge" der Bergarbeiterstreiks beruhte allerdings darauf, daß der Staat Subventionen von ruhigen Betrieben zu protestierenden umverteilte. Dies vermittelte den Eindruck, daß Streiks sich lohnen.[483] Wenn die Zahl der protestierenden Bergarbeiter aber zunahm, dann mußte die staatliche Umverteilungsstrategie scheitern. Einem Massenprotest, den sie durch den Eindruck der Wirksamkeit von Protesten noch ermutigt hatte, stand die Regierung finanziell hilflos gegenüber. Bereits seit 1989 war es daher die Strategie der zentralen politischen Führung, umfassende Zugeständnisse zu machen, die dann anschließend nicht eingehalten wurden. Kurzfristig konnte die Regierung zwar so die Situation entschärfen, langfristig opferte sie auf diese Weise aber ihre Glaubwürdigkeit. Damit verlor sie – und mit ihr bis zu einem gewissen Grad auch der demokratische Prozeß insgesamt – in den Augen der Bergarbeiter an Legitimation. Dies wiederum führte zu einer Radikalisierung der Proteste. Die Bergarbeiter wollten ab 1996 erst Ergebnisse sehen, bevor sie wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehrten.

---

[483] Und für die Streikenden lohnen sich die Proteste in einem derartigen Fall ja auch wirklich.

Und um der Regierung den Ernst der Lage zu verdeutlichen, griffen sie auch zu immer radikaleren Protestformen.

Die Tatsache, daß sich die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter insgesamt durch die Proteste nicht verbessert hat, ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen. Dabei lassen sich drei Ursachenbündel unterscheiden: Erstens die volkswirtschaftliche Entwicklung in Kombination mit dem grundlegenden wirtschaftspolitischen Kurs der russischen Zentralregierung, zweitens die Probleme bei der Interessenformierung und -durchsetzung auf Seiten der Bergleute, und drittens der geringe Grad institutioneller Einbindung von Interessengruppen (im Gegensatz zu Einzelpersonen) in politische Entscheidungsprozesse.

Die Gesamtentwicklung der russischen Volkswirtschaft, die u.a. dazu führte, daß die Mittel zur Subventionierung der Kohleindustrie im staatlichen Haushalt nicht vorhanden waren, beschränkte von Anfang an die Erfolgsmöglichkeiten der Bergarbeiter. Darüber hinaus stand der Erfüllung ihrer Forderungen auch die grundsätzliche wirtschaftspolitische Zielsetzung entgegen, die eher profitablen, exportorientierten, und weniger die altindustriellen Wirtschaftssektoren fördern wollte, um eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu erreichen. Durch diese Kombination von fehlenden Möglichkeiten und fehlendem Willen, die Forderungen der Bergarbeiter aus dem Staatshaushalt zu erfüllen, gewann die Rolle der Weltbank eine besondere Bedeutung. Einerseits versprach sie umfassende Kredite, die z.B. im Jahre 1999 zu einer Verdoppelung der staatlichen Subventionen für die Kohleindustrie hätten führen können. Die Forderung der Bergarbeiter nach höheren Subventionen bewirkte also, daß die Regierung auf den Weltbankkredit angewiesen war. Andererseits waren die Weltbankkredite jedoch an Bedingungen geknüpft, die den Interessen der Bergarbeiter widersprachen. Die Regierung löste dieses Dilemma nach der Auszahlung des ersten Weltbankkredites 1996, indem sie Gelder zweckfremd zur Begleichung der Lohnschulden verwendete. Die weiteren Verhandlungen mit der Weltbank über einen neuen Kredit für

die Kohleindustrie zeigten jedoch, daß sich dieses Verfahren nicht so einfach wiederholen ließ.

Über die von außen vorgegebenen Rahmenbedingungen hinaus waren aber auch innere Faktoren für die Schwäche der Bergarbeiter verantwortlich. Insbesondere das niedrige Organisationsniveau der Bergarbeiter trug zu ihrem politischen Mißerfolg bei. Entscheidend war dabei sicher das Problem der großen Zahl. Die Organisierung der Masse der Bergarbeiter und die Vertretung ihrer Interessen durch wenige Repräsentanten ist nicht ohne weiteres zu bewerkstelligen, zumal die Bergarbeiter in den Gorbatschow-Jahren erst eine völlige neue Organisationsstruktur schaffen mußten, die nicht auf Vorläufer zurückgreifen konnte, und in der es keine erfahrenen Führungspersönlichkeiten gab. Die neugeschaffene Gewerkschaft stand dann vor der Aufgabe, sich auch gegen die alte sowjetische Gewerkschaft durchzusetzen. Die Konflikte zwischen den beiden Gewerkschaften, aber mehr noch die geringe Autorität beider Gewerkschaften bei der Mehrheit der Beschäftigten, hatten zur Folge, daß die Bergarbeiter keine dauerhafte, kompetente Interessenvertretung bei den zuständigen politischen Entscheidungsgremien etablieren konnten. Verhandlungen zwischen Arbeitern und verantwortlichen Politikern fanden deshalb in der Regel erst nach Protestaktionen statt. Sie nahmen grundsätzlich den Charakter von Krisensitzungen an, die schnell Ergebnisse bringen mußten und vor allem die Vertreter der Bergarbeiter unter erheblichen Erfolgsdruck setzen. Eine kontinuierliche Beratungs- und Lobbyarbeit, die mögliche Konflikte schon im Vorfeld entschärft und auf langfristige Verbesserungen für die Bergarbeiter hingewirkt hätte, war von den Gewerkschaften nicht zu realisieren.[484]

Die gleichen Probleme – Defizite bei der inhaltlichen Arbeit und der dauerhaften Wahrnehmung einer Kontrollfunktion – führten dazu, daß die Bergleute in vielen Fällen ein Bündnis mit ihren Betriebsleitungen

[484] Eine ausführlichere Erörterung dieses Punktes auf der Grundlage von Fallstudien bietet: Bizyukov u.a., Berichte des BIOst 36-1999.

eingingen, das im Widerspruch zu ihren Interessen stand. Denn nicht nur Subventionen aus dem Staatshaushalt, sondern auch ein erfolgreiches Wirtschaften der Betriebsleitung konnte mitunter die wirtschaftliche Situation der Bergarbeiter positiv beeinflussen. Wenn die Betriebsführung aber inkompetent war oder gar Gelder unterschlug, waren es vorrangig die Belegschaften, die die Folgen trugen. Auch hier zeigte es sich, daß den Bergarbeitern eine kompetente Interessenvertretung fehlte, die in der Lage gewesen wäre, die Qualität der Unternehmensführung und die Korrektheit ihrer Geschäftsoperationen wirksam zu kontrollieren. So waren die Betriebsführungen immer wieder in der Lage, die Regierung als alleinigen Sündenbock darzustellen.

Die Tatsache, daß die Kohleindustrie beim Zugriff auf Staatsressourcen deutlich weniger erfolgreich war als etwa der Bankensektor bis zur Augustkrise 1998, ist aber zugleich Hinweis auf das entscheidende Merkmal des Systems Jelzin – die starke Personalisierung politischer und vor allem auch wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozesse. Die Versuche, gesellschaftliche Interessen zu organisieren und nach außen zu vertreten, scheiterten nicht nur an der inneren Schwäche der Bergarbeiterbewegung, sondern es fehlte von staatlicher Seite schlicht an Akzeptanz. Die Jelzin-Administration war praktisch nicht darauf eingestellt, durch langfristige Kooperation grundsätzliche Konfliktlösungsmechanismen zu entwickeln. Sie bemühte sich vielmehr, akute Ausbrüche von Konflikten durch spontane Maßnahmen – oder auch nur durch Versprechungen – zu entschärfen. Anstatt eine kontinuierliche Kooperation mit Vertretern institutionalisierter gesellschaftlicher Interessen zu organisieren, setzte die politische Führung im System Jelzin in der Regel lieber auf Kontakte mit einzelnen Unternehmerpersönlichkeiten. Dementsprechend hat zum Beispiel auch nicht der Bankensektor als Ganzes vom Zugriff auf staatliche Ressourcen profitiert, sondern gewonnen haben immer nur einzelne Banken, repräsentiert durch einflußreiche Unternehmerpersönlichkeiten. In deutlich geringerem Umfang war dies im übrigen mitunter auch in der Kohleindustrie zu beobachten, wenn einzelne Kohlebetriebe bzw. ihre

Direktoren von guten Kontakten zu den verantwortlichen staatlichen Stellen profitierten.

3.5 Eliten, Netzwerke und Entscheidungsprozesse in der regionalen Politik

3.5.1 Einleitung

In der Mehrzahl der Fragen, die bisher erörtert wurden – bei der Formulierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, bei der Neuformierung von Eliten, aber auch bei den Auseinandersetzungen über die Neuordnung der Rüstungsindustrie und die Krisenbewältigung im Bergbau –, sind immer wieder Akteure hervorgetreten, die offensiv und durchaus mit Erfolg eigene Interessen ins Spiel brachten: die politischen Kräfte der Regionen.[485] Sucht man also nach Formen der Interaktion von Politik und Wirtschaft in Rußland, darf man diese Dimension der Systemtransformation nicht außer acht lassen. Neben den zentralstaatlichen – und das heißt: den föderalen – Entscheidungssystemen muß man auch die Rolle der Akteure auf der Ebene darunter, in den Regionen, analysieren. Auf dieser Ebene, die im Verlauf der Transformation Rußlands zu erheblicher Bedeutung gelangt ist, läßt sich das Spektrum des "Möglichen" in einiger Bandbreite beobachten.[486] Zwei Fallbeispiele, die Entwicklungen in den Gebieten

---

[485] Der Begriff "Region" oder "Provinz" bezeichnet hier und im folgenden die 89 in der russischen Verfassung genannten "Föderationssubjekte", zu denen unter anderem 21 "Republiken" (wie Tschetschenien oder Tatarstan), 49 "Gebiete" (*oblasti*) und die Städte Moskau und St. Petersburg zählen.

[486] Zur Bedeutung der russischen Regionen in der Transformation sind in den letzten Jahren mehrere grundlegende Studien entstanden; vgl. u.a. A. Heinemann-Grüder: Der heterogene Staat. Föderalismus und regionale Vielfalt in Rußland, Berlin 2000; M. McAuley: Russia's Politics of Uncertainty, Cambridge 1997; K. Stoner-Weiss: Local Heroes, Princeton, N.J. 1997; J. Gibson/P. Hanson (Hrsg.): Transformation from Below. Local Power and the Political Economy of Post-Communist Transitions, Cheltenham/Brookfield 1996; T.H. Friedgut/J.W. Hahn (Hrsg.): Local Power and Post-Soviet Politics, Armonk 1995; Informationen finden sich auch in: K. Segbers/S. De Spiegeleire (Hrsg.): Post-Soviet Puzzles, Baden-Baden 1995 (= Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, Stiftung Wissenschaft und Politik; Bd. 40/1-4); K. Segbers (Hrsg.): Rußlands Zukunft: Räume und Regionen, Baden-Baden 1994 (= Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik; Stiftung Wissenschaft und Politik; Bd. 33).

Novgorod und Volgograd, sollen in diesem Kapitel vor Augen führen, wie unterschiedlich die Voraussetzungen und Ergebnisse regionaler Politik in Rußland aussehen können. Dabei wird der Versuch unternommen, die regionalen Elitennetzwerke in ihrer jeweiligen Eigenart zu charakterisieren und – in aller Vorsicht, die bei der Verallgemeinerung von nur zwei Fällen angebracht ist – jene Bedingungen herauszuarbeiten, die einen überdurchschnittlichen Erfolg der regionalen Entwicklung begünstigen, oder aber zu ihrem Scheitern beitragen.

Die Verlagerung politischer Entscheidungskompetenzen von der föderalen Ebene auf regionale und lokale Akteure war ein wesentliches Merkmal der Jelzin-Ära. Die divergierenden Interessen dieser Akteure sowie die von Region zu Region unterschiedlichen Traditionen, Kräftekonstellationen und wirtschaftlichen Voraussetzungen führten zwangsläufig auch zu maßgeblichen Unterschieden im jeweiligen regionalen Politikdesign. Entscheidungen und Entscheidungsprozesse zur gleichen Frage konnten selbst in benachbarten Regionen vollkommen unterschiedlich ausfallen. Die regionale Politik in Rußland deckte ein Spektrum ab, das von liberalen Reformbemühungen bis zur Konservierung sozialistischer Wirtschaftsstrukturen, vom Anspruch auf größtmögliche Eigenständigkeit bis zur Zementierung zentralstaatlicher Alimentierung, von der Förderung demokratischer, pluralistischer Beteiligungsformen bis zur autoritären Unterdrückung von Meinungsfreiheit reichte. In Rußland konnten sich damit in den neunziger Jahre lange Zeit weder ein einheitlicher Markt noch eine einheitliche Währung noch ein allgemein gültiges Budget durchsetzen. Die einzelnen Gebietskörperschaften hatten eine weit größere Machtbefugnis, das Ausmaß der Reformprozesse in ihrer Region zu bestimmen, als dies zum Beispiel in den etablierten Marktwirtschaften des Westens der Fall ist.[487] So war schon die Preisliberalisierung Anfang

[487] B. Van Selm: Economic Performance in Russia's Regions, in: Europe-Asia Studies, 50. Jg., 1998, Nr. 4, S. 603-618, hier S.605; V. Mau/V. Stupin: The Political Econ-

1992 in den verschiedenen Regionen von sehr unterschiedlichen, zum Teil marktwidrigen und illegalen Maßnahmen zur Dämpfung des "Schocks" begleitet. Und obwohl individuelle Preisregulierung auf regionaler Ebene seit 1995 verboten war, haben Gebietsverwaltungen auch danach mit mehr oder minder ausdrücklicher Vehemenz in den Markt eingegriffen.[488] Handelsbarrieren, vor allem im Nahrungsmittelsektor und im Bereich öffentlicher Dienstleistungen, sowie die Festsetzung von Energiepreisen waren weitere Beispiele dafür, wie auf regionaler Ebene in sehr unterschiedlicher Weise versucht wurde, den lokalen Markt zu regulieren. Schließlich galten auch für die Bodenprivatisierung in den Regionen unterschiedliche Richtlinien, ebenso wie sich die Formen der Steuereintreibung von Region zu Region unterschieden.

Es wäre dennoch verfehlt, aus diesen Beispielen den Schluß zu ziehen, daß zentralstaatliche Normensetzung in den Regionen grundsätzlich einfach ins Leere lief. Die im Rahmen föderaler Kompetenzen von Moskau verfolgte Politik machte in jedem Fall eine Reaktion in den einzelnen Provinzen erforderlich und zwang somit die regionalen Entscheidungsträger, politische Strategien zu entwerfen, die ohne Moskaus Vorgaben möglicherweise anders ausgefallen wären.[489] Insbesondere aber der für die neunziger Jahre typische Fall, daß sich das Zentrum – teils aufgrund politisch-ideologischer Erwägungen, teils aufgrund mangelnder Steuerungsfähigkeit und fehlender finanzieller Ressourcen – aus der Verantwortung für wichtige gesellschaftliche

omy of Russian Regionalism, in: Communist Economies and Economic Transformation, 9. Jg., 1997, Nr.1, S. 5-26.

488 D. Berkowitz/D. DeJong: Observations on the Speed of Transition in Russia: Prices and Entry, in: J. Nelson/C. Tilly/L. Walker (Hrsg.): Transforming Post-Communist Political Economies, Washington (D.C.) 1998, S. 203-222, hier: 206f.

489 Gleiches gilt auch für die regional unterschiedliche Verwendung von Transferzahlungen und die entsprechende Verteilung von Subventionen. Hierzu siehe z.B. L. Freinkman/M. Haney: What Affects the Russian Regional Governments' Propensity to Subsidize? The World Bank, Policy Resarch Working Paper 1818, August 1997.

Aufgaben, wie beispielsweise die Aufrechterhaltung des Sozialsystems, verabschiedete, stellte die Regionen oftmals vor Probleme, denen sie sich ihrerseits nicht entziehen konnten. Die Reaktionen sahen jedoch unterschiedlich aus. Eine raum- und kontextübergreifende Regularität und Vorhersehbarkeit, wie und wodurch Politikmaßnahmen beeinflußt werden, war bislang nur bedingt herauszufiltern. Neben wirtschaftsstrukturellen Voraussetzungen spielten soziale Beziehungen und politische Abhängigkeiten als die Quellen, aus denen sich Entscheidungsmacht speist, eine Rolle. Inwieweit Politikentwürfe in den einzelnen Föderationssubjekten insgesamt rational sind oder aber lediglich das Ergebnis kombinierten rationalen Verhaltens einzelner Akteure, wird im folgenden untersucht. Die Frage, inwieweit die regionalen Entscheidungsträger in ihrem Handeln autonom waren, ist ebenso zu beleuchten wie die Kohärenz der Eliten.

Besonderes Augenmerk liegt in den Fallstudien auf der Formulierung der Investitionspolitik und der Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmungen in den Regionen Volgograd und Novgorod. Regionale Wirtschaftspolitik eignet sich für die Analyse von Entscheidungsprozessen und der in ihnen zum Tragen kommenden Autonomie der Akteure aus mehreren Gründen. Erstens ist in diesem Bereich der direkte Einfluß föderaler Politik durch fiskalpolitische Maßnahmen am klarsten abzugrenzen. Zweitens spiegelt das Design regionaler Wirtschaftspolitik die materiellen Interessen einzelner Akteure wider. Drittens wirkt sich Wirtschaftspolitik aufgrund fiskalischer Abhängigkeiten auf die Sozialpolitik einer Region und damit ziemlich direkt auf das Wahlverhalten der Bevölkerung aus. Die Auswahl der Gebiete Novgorod und Volgograd beruht auf ihrer ausgeprägt unterschiedlichen Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik. Während sich Novgorod medienwirksam ausländischen Direktinvestitionen öffnete, hielt sich der Ruf Volgograds als kommunistische Bastion hartnäckig, worunter die Attraktivität der Region für ausländisches Wirtschaftsengagement nachhaltig litt. Nicht ein einziges erfolgreiches

großes Investitionsprojekt ist in den neunziger Jahren in der Region realisiert worden.[490] Bevor wir uns den Fallstudien zuwenden, soll jedoch der Rahmen abgesteckt werden, innerhalb dessen regionale Eliten ihre wirtschaftspolitischen Grundentscheidungen zu treffen hatten und der sich auf die Struktur ihrer lokalen Netzwerke auswirkte.

3.5.2 Föderaler Handlungsrahmen, regionale Autonomie und regionale Eliten

Die Frage, inwieweit der Spielraum für Entscheidungen, die von regionalen Akteuren getroffen werden, durch Moskau beeinflußt wird, ist wiederholt aufgeworfen worden und hat zu unterschiedlichen Antworten geführt. Die Reaktionen der regionalen Entscheidungsträger auf die Finanzkrise im August 1998 und politische Instabilitäten in Moskau zeigen zwar, daß die Provinzverwaltungen durchaus autonom in ihren Politikentscheidungen sein können. Gleichzeitig jedoch zwingt sie die Politik, die in Moskau formuliert wird, zu reagieren. Geld-, Steuer- und Handelspolitik wird in Moskau gemacht, Investitionsgesetze mit rußlandweitem Einflußradius werden im Zentrum, und nicht in den Regionen verabschiedet. Allerdings hat sich der Handlungsspielraum regionaler Akteure infolge politischer Krisen und wirtschaftlicher Probleme auch immer wieder erweitert. Preiskontrollkommissionen in Perm, Novgorod and Smolensk, Ausfuhrverbote in Volgograd oder die Einführung von regionalen Handelszöllen in Tatarstan verletzten dann zwar die russische Verfassung, konnten aber von der Zentralregierung nur schwer effektiv sanktioniert werden.[491] Schon vor dem 17. August 1998 fehlte dem Zentrum das rechtliche Instrumentarium, um Regionen daran zu hindern, Gesetze zu verabschieden, die föderalen Gesetzen widersprachen. Weder die Präsidialverwaltung noch die Regierung noch

---

490 Ėkonomičeskoe položenie Volgogradskoj oblasti. Osnovnye čerty i tendencii razvitija. Unveröffentlichtes Material des IGPI, Dezember 1999, S.21.

491 Johnson's Russia list, 6.9.1998; P. Reeves: Russia's Regions Start to Rebel as Kremlin's Grip Weakens, The Independent, 7.9.1998, zitiert in: Johnson's Russia list, 7.9.1998.

der Verfassungsgerichtshof konnten die Einhaltung föderaler Gesetzgebung durchsetzen.[492] Hier ist eine der Ursachen dafür zu sehen, daß der neue russische Präsident Vladimir Putin die Neugestaltung der Zentrum-Regionen-Beziehungen und die Durchsetzung föderaler Normen in den Regionen als erstes Reformprojekt nach seiner offiziellen Amtseinführung im Mai 2000 in Angriff genommen hat.

Gleichzeitig hat Moskau seit 1993 selbst mit einer Politik der bilateralen Abkommen dazu beigetragen, daß die Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen weiterhin unreguliert blieben. Anstatt politische Strategien wie die "Grundlagen der Regionalpolitik in der Russischen Föderation" (Osnovnye položenija regional'noj politiki v Rossijskoj Federacii) und die "Konzeption der Nationalitätenpolitik in der Russischen Föderation" (Koncepcija nacional'noj politiki v Rossijskoj Federacii) zu implementieren, hat Moskau sich häufig selbst darauf konzentriert, unklar definierte Eigentumsverhältnisse von natürlichen Ressourcen und Unternehmungen oder unscharf voneinander getrennte Kompetenzen der administrativen Ebenen zu seinen Gunsten zu nutzen und Einzelabsprachen mit den betreffenden Akteuren zu treffen. Obgleich diese privaten Verabredungen kontinuierlich die vertikalen Überwachungs- und Sanktionsmechanismen aufweichten, lieferten sie doch eine Gelegenheit dafür, Unterstützung für föderale Politiken zu kaufen.[493] Die Folge davon war, daß informelle Verbindungen und außerrechtliche Verabredungen weiterhin ein wesentlicher Faktor für politischen Erfolg im post-sowjetischen Rußland blieben.[494] Obgleich seit 1997 zumindest im Bereich des föderalen Finanzausgleichs relativ stabile und einheitliche Regelungen für die Verteilung von Einkommen

---

492 L. Makarevič: Krizis daet regionam vozmožnost' ukrepit' nezavisimost, in: Finansovye Izvestija, 18.8.1998, S. II.

493 Ders. : Obostrenie finansovogo krizisa podorvalo pozicii federal'nych vlastej v regionach, in: Finansovye Izvestija, 20.8.1998, S. II.

494 Siehe auch J. P. Willerton: Post-Soviet Clientelist Norms at the Russian Federal Level, in: G. Gill (Hrsg.): Elites and Leadership in Russian Politics, Houndmills (Basingstoke) 1998, S. 52-80.

und fiskalischer Hoheit die bilateralen Verhandlungen zwischen Zentrum und Peripherie ersetzt haben und damit die Transferpolitik verbessert wurde, waren die Beziehungen auch am Ende des Jahrzehnts durch Asymmetrie und Intransparenz gekennzeichnet. Der Kontrast zwischen dem formalen Gesetzes- und Regelwerk, das Fiskalpolitik in hohem Maße zentralisiert, und der *de facto*-Autorität, die bei unteren Verwaltungsebenen liegt, bestand noch immer – trotz wiederholter Bemühungen, dies zu ändern.[495]

Intransparenz politischer Entscheidungen ist auch innerhalb der Regionen ein häufig anzutreffendes Problem. Sie bestimmt insbesondere das Verhältnis zwischen der Gebietsverwaltung und den örtlichen Wirtschaftsakteuren. Damit stellte sich früh die Frage, inwieweit der Staat, also die in der Provinzadministration konzentrierte Entscheidungsautorität, trotz vielfältiger formaler und informeller Abhängigkeiten als autonom betrachtet werden kann. Erste empirische Studien über Elitenkonfigurationen in Rußland führten Anfang der neunziger Jahre zu dem Schluß, daß lokale politische Entscheidungsträger aufgrund schwacher politischer Autorität nicht in der Lage waren, die wirtschaftlichen Ressourcen in ihrer Provinz zu kontrollieren.[496] Angesichts der sich verschlechternden Wirtschaftslage waren daher selbst reform-orientierte regionale Machthaber gezwungen, mit der alten lokalen Wirtschaftselite Koalitionen einzugehen, um die Kontrolle über das ihnen überantwortete Gebiet nicht zu verlieren. Auseinandersetzungen um Kontroll- und Eigentumsrechte über wirtschaftliche Ressourcen legten die Einschätzung nahe, den Autonomiegrad der regionalen Politiker als gering zu bezeichnen.[497]

---

495 OECD Economic Surveys 1999-2000, Russian Federation, Paris: OECD 2000, S.113.

496 M. McAuley: Politics, Economics, and Elite Realignment in Russia: A Regional Perspective, in: Soviet Economy, 8. Jg., Nr.1, 1992, S. 46-88, hier S. 47.

497 Ebd., S. 87.

Im Gegensatz dazu ließen sich in anderen Studien allerdings auch Beispiele für in ihrem Handeln autonome Gouverneure finden.[498] Trotz extrem unterschiedlicher Führungsstile und Ideologien gelang zum Beispiel Boris Nemzow in Nižnij Novgorod und Jurij Gorjačec in Ul'janovsk, genügend Autorität zu erlangen, um als dominante Akteure in ihren jeweiligen Regionen wahrgenommen zu werden. Zu einem vergleichbaren Ergebnis kamen Studien über Saratov. Ähnlich wie in Nižnij Novgorod und Ul'janovsk dominierte die Provinzverwaltung den Transitionsprozeß, da in einem engverstrickten Netz gegenseitiger Abhängigkeiten wirtschaftliche, nicht aber politische Interessen an Einfluß verlieren würden, sollte es zu einer Auseinandersetzung kommen.[499]

Untersuchungen aus der Mitte der neunziger Jahre stellten unter anderem die Erkenntnis in den Vordergrund, daß regionale Eliten sich in ihrem Verhalten offensichtlich von impliziten gemeinsamen Regeln leiten ließen. Ein Verhaltenskodex, der in den einzelnen Regionen unterschiedlich formuliert sein konnte, definierte danach die Rolle, die Rechte und die Pflichten der Mitglieder der Elite. Informelle Absprachen und Kompromisse sorgten dafür, daß Konflikte gelöst wurden.[500] Damit kamen zunehmend auch Institutionen als handlungsregulierende Muster für die Interaktion innerhalb der Elitennetzwerke ins Spiel. Der Vergleich zwischen Novgorod und Volgograd bestätigt diese Beobachtung.

Je weniger das Zentrum in der Lage war, die politischen und wirtschaftlichen Prozesse in den Regionen zu kontrollieren, desto stärker formierten sich in den Provinzen Koalitionen, die die Zusammenarbeit

---

498 A. K. Magomedov: Gubernatory Rossii. Političeskoe liderstvo v regionach, in: Rossija i sovremennyj mir, 1994, Nr. 3, S. 202-206.

499 M. Brie/P. Stykow: Regionale Akteurskoordinierung im russischen Transformationsprozess, in: H. Wollmann/H. Wiesenthal/F. Boenker (Hrsg.): Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995 (= Leviathan Sonderheft Nr. 15), S. 207-232.

500 I. Kukolev: Regional'nye ėlity: bor'ba za veduščie roli prodolžaetsja, in: Vlast', Nr.1, 1996, S. 46-52.

zwischen Wirtschaft und Politik bestimmten. Regionale politische Führer stellten sich ihre Führungsmannschaften zusammen, die jeweils durch engmaschige Patron-Klient Beziehungen intern verbunden waren. Dabei umfaßte die Gouverneursmannschaft typischerweise nicht nur altgediente Verwaltungsbeamte, sondern auch Industriedirektoren, Banker, Unternehmer und Chefredakteure der lokalen Massenmedien. Diese Teams waren der Kern weitergefaßter Strukturen, die die informelle Zusammenarbeit sicherstellten, um gemeinsame Interessen durchzusetzen.[501] Solcherart strukturierte Elitengruppen waren zudem in der Lage, die Divergenzen auf Föderationsebene zwischen Präsidenten, Regierung und Legislative zu ihren Gunsten auszunutzen.[502] Nach der Verfassungskrise im Jahre 1993 und den Regionalwahlen im Dezember 1993 nahm die regionale Unabhängigkeit von Moskau kontinuierlich zu. Die regionalen Zweigstellen föderaler Ämter, wie z.B. das Behörde für das Staatsvermögen, Goskomimušcestvo, oder die Antimonopolkommission waren in zunehmendem Maße mit der regionalen Elite vermengt und gingen nicht selten dazu über, eher regionale als föderale Interessen zu vertreten.[503]

Die schon erwähnte Asymmetrie im fiskalischen Raum zwischen formaler Zentralisierung einerseits und realer lokaler Unabhängigkeit andererseits hat ebenfalls dazu beigetragen, regionalen Einfluß auszubauen. So hat die explizite formale Einmischung Moskaus in die Regulierung regionaler und lokaler Budgets sowohl regionale als auch lokale Politiker mit einer Entschuldigung für schlechte Haushaltspolitik und mangelhaftes Schuldenmanagement ausgestattet. Die restriktive Natur des formalen Systems hat außerdem das informelle Umgehen von Gesetzen und Regelungen von Seiten der lokalen Amtsträger begünstigt.

---

501 Ebd., S. 47; Kukolev nennt diese Strukturen "Politik-Finanzgruppen"; siehe auch: P. Hanson: Economic Change and the Russian Provinces, in: Gibson/Hanson 1996, S. 179-216, hier S. 184ff.

502 Hanson, in: , in: Gibson/Hanson 1996, S. 182f.

503 V. Gelman/O. Senatova: Sub-National Politics in Russia in Post-Communist Transition Period: the View From Moscow, 1995 (Typoskript), S. 10f.

Hauptsächliche Politikinstrumente, um regionale und lokale Vorhaben zu realisieren, waren außerbudgetäre Fonds und Konten, Garantien für kommerzielle Kredite, direkte Teilhabe an wirtschaftlichen Organisationen und, bis Mitte 1998, ein starkes Anwachsen der Verschuldung der öffentlichen Haushalte unterhalb der föderalen Ebene.[504] Kurzum, das Bild der Regionaladministration als Ort gebündelter politischer und wirtschaftlicher Macht hat sich konstant seit dem Jahre 1993 verdichtet.[505]

Dennoch wäre die Annahme verfehlt, regionale Machthaber hätten folglich ihre Regionen ohne Rücksicht auf lokale Interessengruppen und nach bloßem Gutdünken regieren können. Die Realität regionaler Elitennetzwerke sah in der Regel weitaus komplizierter aus und verlangte einen differenzierenden Blick auf die jeweiligen Strukturvoraussetzungen einer Region. Eine vergleichende Untersuchung der Leistungsfähigkeit regionaler Verwaltungen in vier Gebieten Rußlands kam zu dem Schluß, bessere Politik sei vor allem die Folge eines breiten Elitekonsenses, der eine klare politische Linie ermögliche. Als einzige statistisch nachweisbare Strukturbedingung für ein solches Szenario ermittelte die Studie eine besonders hohe sektorale und geographische Konzentration der Wirtschaft und ihrer Eliten in jener Region, deren Verwaltung die höchste Leistungsfähigkeit attestiert wurde: Nižnij Novgorod.[506] Begründbar war dieser Zusammenhang mit der Überlegung, eine geringere Anzahl relevanter wirtschaftlicher Akteure auf kleinerem Raum sei von der Gebietsverwaltung leichter unter Kontrolle zu halten, das Elitenetzwerk also überschaubarer. Was Mitte der neunziger Jahre plausibel erschien, stellte sich jedoch schon einige Jahre später ganz

---

504 OECD Economic Surveys 1999-2000, Russian Federation, Paris: OECD 2000, S.114.

505 Siehe auch N. Melvin: The Consolidation of a New Regional Élite: The Case of Omsk 1987-1995, in: Europe-Asia Studies, 50. Jg., Nr. 4, 1998, S. 619-650; vgl.dazu auch oben das Kapitel "Rußlands Wirtschaft 1992-1999. Externe Einflußfaktoren und Binnenentwicklung".

506 Stoner-Weiss, Local Heroes. Die untersuchten Regionen sind neben Nižnij Novgorod Saratov, Tjumen' und Jaroslavl'.

anders dar. Mit dem Weggang von Gouverneur Nemzow 1997 von Nižnij Novgorod nach Moskau in die Zentralregierung verlor die Region an der Wolga ihr Aushängeschild und verschwand rasch aus der hervorgehobenen öffentlichen Aufmerksamkeit ins Mittelmaß des regionalen Durchschnitts, ohne daß sich die einstmaligen Strukturvoraussetzungen wesentlich geändert hätten. So blieb der hohe Konzentrationsgrad der Wirtschaft als eine mögliche, aber keineswegs als hinreichende, vielleicht nicht einmal als notwendige Bedingung für bessere Provinzpolitik. Dennoch bleibt die Frage virulent, inwieweit die Größe und Reichweite von Elitennetzwerken Einfluß auf die Autonomie der formalen Entscheidungsträger und auf die Leistungsfähigkeit des gesamten regionalen Entscheidungssystems haben. Die folgenden Fallstudien sollen helfen, diesen Zusammenhang auszuleuchten.

3.5.3 Elitenkonsens und dominante Verwaltung: Der wirtschaftliche Erfolg in Novgorod

Novgorod ist eine mittelgroße Provinzhauptstadt im Nordwesten Rußlands nahe der Hauptverbindungslinie zwischen den Metropolen Moskau und St. Petersburg. Die Stadt ist nicht zu verwechseln mit dem größeren und allgemein bekannteren Nižnij Novgorod am Mittellauf der Wolga, das als besonders reformfreudige Provinz unter dem jungen Gouverneur Boris Nemzow in der ersten Hälfte der neunziger Jahre auf sich aufmerksam machte. Das kleinere, aber ältere Novgorod, feierte 1998 den 1140. Jahrestag seiner Gründung und führt seitdem offiziell wieder den Namen "Groß-Novgorod" (Velikij Novgorod), den es im Mittelalter als freie Stadt und Handelsmetropole trug. Umgangssprachlich wird Novgorod dagegen in Rußland zur besseren Unterscheidung oft das "nördliche" (*severnyj*) genannt.

Im 9. Jahrhundert bildete die Stadt der Überlieferung zufolge als Fürstensitz und nördlicher Endpunkt einer Achse, die bis nach Kiew reichte, einen der beiden Ausgangspunkte des sich herausbildenden Kiewer Reiches. Seine Blütezeit erlebte Novgorod, das sich aufgrund seiner geographischen Lage als zentraler Umschlagplatz für den Handel

mit dem skandinavischen Norden und dem gesamten Ostseeraum anbot, vom 12. bis 15. Jahrhundert. Nach einem Aufstand gegen das regierende Fürstenhaus im Jahr 1136 hatte sich eine Art Republik des Adels, der Kaufleute und der Handwerker gebildet, die die Stadt durch einen Rat regierten, und in der die "veče" – eine Art Volksversammlung – politische Entscheidungen mitbeeinflußte. In dieser Zeit unterhielt die Hanse in "Groß-Novgorod" ein Kontor, das gewissermaßen den östlichen Vorposten ihres Ostseehandels markierte. Novgorods intensive Wirtschaftstätigkeit strahlte in die Territorien des nordöstlichen Rußland aus. Erst die Unterwerfung unter den Moskauer Großfürsten Ivan III. im Jahr 1471 setzte diesem bedeutenden und ungewöhnlichen Kapitel russischer Stadtgeschichte ein Ende. Fortan verlief die Geschichte Novgorods wie die vieler anderer Städte auf dem Gebiet des alten russischen Reiches.[507]

Im Zweiten Weltkrieg wurde Novgorod weitgehend zerstört. Nach ihrer Besetzung durch die deutsche Wehrmacht im Jahre 1941 war die Stadt bis zu ihrer Befreiung im Januar 1944 Frontstadt. Nach der Rückeroberung des Territoriums durch die sowjetische Armee wurden vorübergehend Pläne diskutiert, anstelle der weitgehend entvölkerten Stadt ein einziges historisches Freilichtmuseum zu errichten. Schließlich fiel jedoch die Entscheidung zugunsten des Wiederaufbaus. Noch im Sommer 1944 wurde Novgorod Hauptstadt eines neugegründeten gleichnamigen Verwaltungsgebietes (*oblast'*). Wichtige Baudenkmäler, vor allem die Kirchen des Novgoroder Kreml, wurden weitgehend rekonstruiert und sind heute von der UNESCO als Weltkulturerbe anerkannt. Die übrige Stadt erstand im typischen Stalinschen Baustil weitgehend neu. Heute zählt das Novgoroder Gebiet mit etwa 735.000

---

[507] Zur Einordnung Novgorods in die russische Geschichte vgl. Günther Stökl: Russische Geschichte, Stuttgart 1990, S. 42f., 196f.; vgl. ferner: P. Johansen: Novgorod und die Hanse, in: Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte, Lübeck 1953, S. 121-148; K. Onasch: Gross-Novgorod und das Reich der heiligen Sophia. Kirchen- und Kulturgeschichte einer alten russischen Stadt und ihres Hinterlandes, Leipzig 1969; R. O. Crummey: New Wine in Old Bottles? Ivan IV and Novgorod, in: Russian History, 14.1987, S. 61-76.

Einwohnern (oder einem Anteil von 0,5% an der Gesamtbevölkerung Rußlands) und einer Fläche, die mit 55.000 Quadratkilometern ungefähr 0,3% des Territoriums Rußlands ausmacht, zu den kleineren Regionen der Russischen Föderation. Knapp ein Drittel der Bevölkerung (240.000) wohnt in der Gebietshauptstadt. Insgesamt liegt der Urbanisierungsgrad in der Region mit 71% wenig unter dem russischen Durchschnitt. Das Gebiet ist arm an Bodenschätzen, lediglich die Waldbestände stellen eine industriell genutzte Naturressource dar.

Die Entwicklung Novgorods in den neunziger Jahren: eine erstaunliche Erfolgsgeschichte

Eine auf Kunstdünger spezialisierte Chemieindustrie und eine überwiegend auf Rüstungsgüter orientierte Radioelektronik waren in den Nachkriegsjahrzehnten neben der Landwirtschaft die wichtigsten Branchen der regionalen Wirtschaft. Mit dem Einbruch der staatlichen Rüstungsaufträge und der Krise der einheimischen Landwirtschaft Anfang der neunziger Jahre schien die Region einer dementsprechend düsteren Zukunft entgegenzusehen. Von 1991 bis 1996 ging die Industrieproduktion des Gebietes Jahr für Jahr durchschnittlich um rund 10% zurück, während die Zahl der Arbeitslosen bis 1995 beständig zunahm.[508] Dabei schien sich die Lage in den Jahren 1991 und 1992 noch relativ stabil zu entwickeln, ehe 1993 und 1994 für viele Novgoroder Unternehmen gleichzeitig die Nachfrage nach ihren Gütern zusammenbrach. 50.000 Arbeitsplätze gingen in kurzer Zeit verloren. In der Elektronikbranche, die besonders hart getroffen war, mußten drei Viertel aller Beschäftigten entlassen werden.[509] Der Gebietsverwaltung war bald klar, daß Novgorod auf den sozialen und finanziellen Zusammenbruch zusteuerte, wenn es nicht gelänge, der Wirtschaft der

---

508 Social'no-ėkonomičeskoe položenie Novgorodskoj oblasti, Velikij Novgorod 1999, S. 13 u. 29.

509 B.A. Ruble/N. Popson: The Westernization of a Russian Province: The Case of Novgorod, in: Post-Soviet Geography and Economics, 39. Jg., 1998, Nr. 8, S. 433-446, hier S. 435.

Region neue Impulse zu verleihen. Die sozialen Folgen der Transformation bürdeten den kommunalen und regionalen Behörden eine Last auf, die beständig wachsende Ausgaben mit sich brachte, während gleichzeitig die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte immer prekärer wurde. Allein das Eigeninteresse der Gebietsverwaltung, auch in den nächsten fünf bis zehn Jahren noch über eine nennenswerte Steuerbasis zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu verfügen, erforderte es, über neue Strategien nachzudenken. Die Novgoroder Gebietsführung beschloß, nicht in der Defensive zu verharren, sondern offensiv die Umstrukturierung der regionalen Wirtschaft anzugehen. Da jedoch auf absehbare Zeit sowohl in Moskau als auch vor Ort eher mit einer Verschlechterung als einer Verbesserung der Lage der öffentlichen Finanzen zu rechnen war, zog man in Novgorod die Schlußfolgerung, daß nur privates Kapital, und zwar in erster Linie ausländischer Herkunft, in der Lage sein würde, die erforderlichen Investitionen in neue Industriezweige zu tätigen. Entsprechend legte die Novgoroder Führung ihre Strategie aus: Investitionsförderung sollte an erster Stelle stehen.

Der erhoffte Erfolg stellte sich tatsächlich ein. Ab Mitte der neunziger Jahre erwarb sich das Novgoroder Gebiet zunehmend den Ruf einer für Investoren besonders attraktiven Region. Zwar tauchte das Gebiet bei verschiedenen Gesamtbewertungen des Investitionspotentials der russischen Regionen wegen seines Mangels an Naturressourcen selten unter den zwanzig führenden Regionen auf, zugleich erhielt Novgorod jedoch großes Lob für seine vorzügliche Gesetzgebung und war dadurch in der Lage, einige strukturelle Nachteile gegenüber anderen Regionen wettzumachen. In einer Studie der Weltbank und Einschätzungen internationaler Konzerne, die die Attraktivität der Region für ausländische Investoren unter den Gesichtspunkten der rechtlichen Rahmenbedingungen und des Investitionsrisikos für die Jahre 1994 bis 1996 bewerteten, erhielt Novgorod ausgesprochen gute Noten.[510] Auf dieser Grundlage gelang es den regionalen Behörden, ausländische

[510] Investment Climate of Novgorod Region, Novgorod 1997, S. 9.

Direktinvestitionen in einem Umfang einzuwerben, der ansonsten den Metropolen Moskau und St. Petersburg mit ihrem unmittelbaren Umland sowie den großen Erdöl- und Erdgasreservoiren des Landes vorbehalten war. Einer Studie der *Bank Austria* zufolge konnte das kleine Novgoroder Gebiet 1996 von allen 89 Regionen des Landes das viertgrößte Volumen an ausländischen Direktinvestitionen auf sich vereinigen, nur übertroffen von den Ballungszentren Stadt Moskau, Moskauer Gebiet und St. Petersburg[511], und ein Jahr später entfielen auf Novgorod von allen Regionen Rußlands die zweithöchsten ausländischen Pro-Kopf-Investitionen.[512] Auch das russische Wirtschaftsmagazin "Ėkspert", das alljährlich das Investitionsklima in den russischen Provinzen bewertet, trug der Entwicklung in Novgorod Rechnung und stufte das Investitions*risiko* in der Region in den Jahren 1998 und 1999 – bei unverändert niedrig eingeschätztem Investitions*potential* – mit einem fünften bzw. einem siebten Platz als äußerst gering ein.[513]

In das Blickfeld der öffentlichen Aufmerksamkeit gerieten die Erfolge der kleinen Region im Norden Zentralrußlands etwa ab 1996. Dafür erwies es sich vermutlich als günstig, daß zu diesem Zeitpunkt das "Reformmodell" der frühen neunziger Jahre – Nižnij Novgorod – immer mehr an Strahlkraft verlor – begünstigt durch den Wechsel des im In- und Ausland bekannten Gouverneurs Boris Nemzow in das Amt eines Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Moskauer Zentralregierung. Auf der Suche nach neuen Vorbildern wurde nun das ältere, das "nördliche" Novgorod zunächst noch als Geheimtip gehandelt und dann nach und nach zum erfolgreichen Flaggschiff liberaler Reformen in Rußland erklärt:

---

511 Russia: Regional Risk Rating, Wien 1998, S. 169.

512 So Gouverneur Prusak bei einem Vortrag in New York am 3.3.1998 (IEWS Russian Regional Report. Internet Edition, 5.3.1998); im gleichen Sinne auch Ruble/Popson, in: Post-Soviet Geography and Economics 1998, Nr. 8, S. 438; N. Petro: Creating Social Capital in Russia: the 'Novgorod Model', in: Harter/ Easter, S. 249-270, hier S. 253.

513 Investicionnyj rejting rossijskich regionov. 1998-1999 gody, in: Ėkspert, 1999, Nr. 39, S. 20-44.

> "Among all Russian regions, one – Novgorod Oblast in northwestern Russia – emerged as an outspoken champion of liberal, market-oriented economic reform."[514]

Der Versuch, die Ergebnisse der Novgoroder Strategie mit Hilfe amtlicher Statistiken herauszuarbeiten, führt allerdings zunächst in Widersprüche. Die Angaben des staatlichen Statistikamts (*Goskomstat*) über ausländische Investitionen in Novgorod, gleich ob Direkt-, Portfolio- oder sonstige Investitionen, spiegeln keinesfalls eindeutige und weit überdurchschnittliche wirtschaftspolitische Erfolge des Gebiets in diesem Bereich wider.

Tabelle 23: Novgorod als Magnet für ausländische Investoren? Die Goskomstat-Zahlen (Ausländische Investitionen im Gebiet Novgorod)

	1995	*1996*	*1997*	*1998*	*1999 Q1*
Ausl. Investitionen, in Mio. US$	10,333	5,624[c]	89,533	44,458	31,428
darunter:					
Direktinvestitionen	5,281		6,533	7,584	17,068
Portfolioinvestitionen	5,040		15,800	0,0	0,013
sonstige Investitionen	0,012		67,200	36,874	14,347
Anteil an allen ausl. Investitionen in RF, in %	0,4		0,9	0,4	2,0
Rang Novgorods im Regionen-Vergleich	32		11	29	14
Ausl. Investitionen pro Kopf, in US$[a]	13,91		120,50	59,84	42,30
Vergleichswert für RF, in US$[b]	18,90	43,97	70,94	79,56	10,52
Vergleichswert für RF ohne Stadt Moskau, in US$	10,65		24,56	42,44	7,64
Rang Novgorods im Regionen-Vergleich			6		

Quellen: Regiony Rossii. Informacionno-statističeskij sbornik. Tom 2, Moskau: Goskomstat Rossii 1997, S. 178-180; Interfax Statistical Report, 7. Jg., 1998,

514 Ruble/Popson, in: Post-Soviet Geography and Economics 1998, Nr. 8, S. 434. Vgl. auch Petro, in: Harter/ Easter, S. 249: "[…]one of Russia's most economically developed and politically stable regions.".

Nr. 11, S. 6-9; 8. Jg., 1999, Nr. 11, S. 6-15; 8. Jg., 1999, Nr. 24, S. 4-14; eigene Berechnungen.
a Berechnungsgrundlage ist die Bevölkerungszahl des Novgoroder Gebiets (nach Goskomstat) vom 1.1.1996: 743.000
b Berechnungsgrundlage ist die Bevölkerungszahl der RF (nach Goskomstat) vom 1.1.1996: 147.976.000
c Novgorodskaja oblast', in: Regiony Rossii, hrsg. von Ėkspert. Moskau: ZAO"Žurnal Ėkspert" 1997, S. 255-256; fragwürdiger Wert (1996 war das erste Jahr mit größeren Investitionen!).

Den *Goskomstat*-Zahlen zufolge vereinte Novgorod, dessen Bevölkerung 0,5 % der gesamten Bevölkerung Rußlands ausmacht, angesichts der äußerst niedrigen Vergleichswerte nur mäßig überdurchschnittliche ausländische Investitionen auf sich (vgl. Tabelle 23). Direktinvestitionen überstiegen danach sogar in keinem der Jahre von 1995 bis 1998 die Marke von 10 Mio. US$.

In der Novgoroder Gebietsverwaltung rechnet man jedoch mit ganz anderen Zahlen. Hier weist man darauf hin, daß die amtliche Statistik ihre Angaben vollkommen anders generiere, als es aus wirtschaftspolitischer Sicht sinnvoll erscheine, und sie daher kein realistisches Bild der Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmen zu liefern imstande sei. Für die wirtschaftspolitischen Effekte ausländischer Investitionen sei es beispielsweise letztlich unerheblich, auf welchem Wege Investoren ihre Finanzmittel aufbringen und ob sie ihren Kapitalbedarf gegebenenfalls über in- oder ausländische Kapitalmärkte finanzieren. Alle diese Unterschiede spielten für die amtliche Statistik hingegen eine Rolle.[515]

Die von der Gebietsverwaltung selbst erhobenen Daten weisen seit 1992 eine kontinuierliche Zunahme ausländischer Investitionen in der Region aus (Tabelle 24). Besonders erfolgreich waren danach die Jahre 1995 bis 1997, wobei die stärkste Zunahme ausländischer Aktivitäten im Jahr 1996 zu verzeichnen war. Einen großen Anteil daran hatte der britische Lebensmittelkonzern *Cadbury-Schweppes*, der sich 1995 entschied, mit

[515] Vasilij Ivanov, Leiter des Wirtschaftskomitees der Novgoroder Gebietsverwaltung, im Gespräch am 30.9.1999.

einer komplett neu zu errichtenden Schokoladenfabrik in der Stadt Čudovo sein weltweit größtes Werk im Novgoroder Gebiet zu bauen. Die Fabrik, die im November 1996 in die Produktion ging, schlug allein mit einem Investitionsvolumen von 153 Mio. US$ zu Buche.[516] Weitere 100 Mio. US$ investierte der dänische Kaugummihersteller *Dansk Tuggegummi Fabrik* (Markennamen *Dirol* und *Stimorol*) in den Bau zweier Verpackungslinien in Novgorod, denen 1999 eine Produktionslinie im Wert von weiteren 100 Mio. US$ folgte, die unter anderem mit Mitteln der *Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung* (EBRD) finanziert worden ist.[517] Bereits seit 1992 ist der deutsche Konzern *Pfleiderer* in der Region aktiv. Das Unternehmen, das auf Dämmstofftechnik spezialisiert ist, erwarb bei einem Investitionswettbewerb die Aktienmehrheit einer Glasfabrik in Čudovo. Nach Modernisierungsinvestitionen, die mit rund 15 Mio. US$ zwischen 1995 und 1998 deutlich über den vertraglich geforderten Rahmen hinausgingen, produziert *Pfleiderer-Chudovo* heute mehr als 1 Mio. Kubikmeter Glaswolle im Jahr, was 10 % des gesamten russischen Bedarfs entspricht. Eine weitere Aufstockung der Kapazitäten ist geplant.

Tabelle 24: Novgorod als Magnet für ausländische Investoren? Die Zahlen der Gebietsverwaltung (Mio. US$)

	1993	*1994*	*1995*	*1996*	*1997*	*1998*	*1999 1.Halbj.*
Ausländische Investitionen	0,3	3,5	69,1	168,0	95,7	62,6	60,2

Quellen: Investment Climate of Novgorod Region, Novgorod 1997, S. 14; Outcomes of the investment-promoting policy <niac.telecom.nov.ru, 17.11.1999>; EWI Russian Regional Investor, 23.11.1999.

516 OMRI Economic Digest, 21.11.1996.

517 A. Jakurin/O. Senatova: Ėkonomičeskoe i političeskoe razvitie Novgorodskoj oblasti, Moskau/Novgorod 1998 (Typoskript), S. 18.

Insgesamt waren Anfang 1999 fast 200 Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung im Novgoroder Gebiet registriert.[518] Viele von ihnen sind in der Assoziation der ausländischen Unternehmen im Novgoroder Gebiet organisiert, die von den regionalen Behörden in Fragen der Investitionspolitik konsultiert wird, und der das Recht zur Gesetzesinitiative in der Gebietsduma zusteht.

Der unmittelbare Arbeitsplatzeffekt der ausländischen Investitionen nimmt sich auf den ersten Blick noch bescheiden aus. 20.000 Beschäftigte entfielen 1999 auf Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung, das waren wenig mehr als 6% aller Berufstätigen. Bemerkenswert ist jedoch, daß sich trotz der Krise von 1998 die Zahl der Beschäftigten in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung im Novgoroder Gebiet zwischen 1997 und 1999 um mehr als 20% erhöht hat.[519] Zu berücksichtigen ist auch, daß die Produktivität dieser Arbeitsplätze oft Weltmarktstandards entspricht und damit weit über dem russischen Durchschnitt liegt. Der hohe Anteil, den Unternehmen mit ausländischer Beteiligung an der Wirtschaftskraft des Novgoroder Gebiets ausmachen, verdeutlicht diesen Zusammenhang anschaulich (Tabelle 25). Dies erlaubt es den ausländischen Unternehmen, höhere Löhne als benachbarte russische Betriebe zu zahlen. Bemerkbar machen sich für die Region auch die mittelbaren Effekte durch lokal vergebene Aufträge an Bauunternehmen, Reinigungsfirmen, Zulieferindustrien usw. Zudem sind ausländische Firmen in den seltensten Fällen an den ansonsten grassierenden Problemen monatelanger Lohnrückstände, aufgelaufener Steuerschulden und gegenseitiger Unternehmensverschuldung beteiligt. Damit leisten sie einen stabilen Beitrag zur Stärkung der lokalen Kaufkraft und zur Finanzierung der kommunalen Haushalte. So trug allein *Pfleiderer-Chudovo* schon vor dem Auslaufen der umfangreichen Steuervergünstigungen im Jahr 2000 mit 20% zum Haushalt der Stadt Čudovo bei.

---

518 Ėffektivnost' investicionnoj politiki <niac.telecom.nov.ru, 8.8.2000>.

519 Für 1997 wird die Zahl von 16.500 Beschäftigten angegeben (Ruble/Popson, in: Post-Soviet Geography and Economics 1998, Nr. 8, S. 439).

Tabelle 25: Anteil der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung an der gesamten Wirtschaftskraft des Novgoroder Gebiets nach verschiedenen Merkmalen (%)

	1996	*1997*	*1998*	*zum Vergleich: RF 1996*
Industrieproduktion	39,1	55,2	62,4	2,5
Export	83,4	88,5	83,0	4,5
Import	31,3	51,5	31,0	8,6

Quellen: Investment Climate of Novgorod Region, S. 14; Ruble/Popson, Post-Soviet Geography and Economics 1998, Nr. 8, S. 439; Ėffektivnost' investicionnoj politiki <niac.telecom.nov.ur, 8.8.2000>.

Tatsächlich läßt sich im Novgoroder Gebiet seit etwa 1996 eine Trendwende bei den wirtschaftlichen Indikatoren beobachten, die sich deutlich vom gesamtrussischen Durchschnitt abhebt. Seit 1997 hatte die Wirtschaft in Novgorod ein zunächst schwaches, in der ersten Jahreshälfte 1998 aber bereits deutlich spürbares Wachstum der Industrieproduktion verzeichnen können. In den ersten sieben Monaten 1998 betrug der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr 5,2%, während die Industrieproduktion in Rußland insgesamt in diesem Zeitraum gegenüber dem Vorjahr noch einmal zurückging. Selbst für das gesamte Jahr 1998 blieb es, trotz des Einbruchs durch die Finanzkrise, in der Region bei einem Plus von 4,7%, und die Zahl der Arbeitslosen ging weiter zurück. Im Jahr 1999 setzte sich das Wachstum der Industrieproduktion mit 13,8% gegenüber dem Vorjahr weiter fort und lag damit deutlich über der gesamtrussischen Zunahme von 8%.[520] Auch die Einkommen der Bevölkerung entwickelten sich schon vor der Augustkrise deutlich positiver als im russischen Durchschnitt: Während im Zeitraum Januar bis April 1998 im Vergleich zu 1997 für Rußland insgesamt ein Rückgang der Einkommen um 7,2% festgestellt wurde, nahmen die

[520] Petro, in: Harter/ Easter, S. 254; Social'no-ėkonomičeskoe položenie Novgorodskoj oblasti, Velikij Novgorod 1999, S. 13 u. 29; Ėffektivnost' investicionnoj politiki.

durchschnittlichen Einkommen im Novgoroder Gebiet in der gleichen Zeit um 6,6% zu.[521]

Sechs Säulen der Wirtschaftspolitik

Der relative wirtschaftliche Erfolg des Novgoroder Gebiets steht in engem Zusammenhang mit einer zielgerichteten und umfassenden wirtschaftspolitischen Strategie der zuständigen Gebietsverwaltung. 1991 war mit einem Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der Russischen Föderation eine Freie Wirtschaftszone im Novgoroder Gebiet eingerichtet worden, die unter anderem die zollfreie Einfuhr von Ausrüstungsgütern ermöglichen sollte. Dynamik erlangte die Novgoroder Wirtschaftsförderungspolitik jedoch erst, nachdem Ende 1994 vom Gebietsparlament ein Gesetz verabschiedet wurde, das investierende Unternehmen mit ausländischer Beteiligung, soweit sie im produzierenden Gewerbe tätig waren, von allen regionalen und lokalen Steuern befreite. Bald darauf wurde die Beschränkung auf nichtrussische Unternehmen aufgehoben, und in den folgenden Jahren wurde das Investitionsklima mit weiteren Gesetzgebungsakten kontinuierlich verbessert.

Die Wirtschaftspolitik der Gebietsverwaltung beschränkte sich allerdings nicht allein auf die Schaffung einer günstigen Investitionsgesetzgebung. Vielmehr bestand die Novgoroder Strategie zur Förderung der örtlichen Wirtschaft von Anfang an aus einem ganzen Bündel von Maßnahmen und Entscheidungen, die insgesamt zu sechs Säulen zusammengefaßt werden können. Neben der Investitionsförderung (1) waren wesentliche weitere Bausteine der Novgoroder Wirtschaftspolitik die gezielte Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen (2), eine umfassende Privatisierung (3) und eine ungewöhnlich weitgehende Verwaltungsdezentralisierung (4). Ergänzt wurde dieser Katalog durch ein aktives Marketing, das die regionalen Behörden zugunsten ihres

[521] O social'no-ėkonomičeskom položenii Novgorodskoj oblasti v janvare-ijune 1998 goda, Novgorod 1998, S. 106, zitiert nach Petro, in: Harter/ Easter, S. 254.

Gebietes initiierten, (5) sowie eine engagierte Umsetzung der Programme durch die Behörden, die von der Verwaltungsspitze mit Energie durchgesetzt wurde (6).

Investitionsförderung

Das besondere Aushängeschild Novgorods ist die Investitionsförderungspolitik. Entscheidend ist hier, daß die Verwaltung den Investoren ein klares und verständliches Paket an Steuervergünstigungen anbietet, das erhebliche materielle Vorteile bietet und in seiner Ausgestaltung internationalen Standards entspricht. Industrieunternehmen werden aufgrund ihrer Investitionen solange von lokalen und regionalen Steuern befreit, bis sich ihre Investition vollständig amortisiert hat. Dafür wird allerdings vorab eine Höchstdauer festgesetzt, die sich aus dem Geschäftsplan ergibt, welcher vom Investor vorgelegt und von der Verwaltung bestätigt werden muß. Neu gegründete Unternehmen kommen zudem in den Genuß einer weiteren Vergünstigung: Ihnen wird jener Anteil an der Mehrwertsteuer nachträglich rückerstattet, der im russischen Steuersystem der regionalen Ebene zusteht. Durch die Festlegung einer Höchstdauer soll Subventionsmißbrauch, wie ihn beispielsweise das dauerhafte Verschleiern von Gewinnen ermöglichen würde, ein Riegel vorgeschoben werden. Die maximale Dauer der Amortisationsperiode wird nach einer Methode berechnet, die die internationale Consulting-Agentur Arthur Andersen entwickelt hat. Damit wird wiederum der Administration die Möglichkeit zu willkürlichen Entscheidungen entzogen, und der Investor kann sein Engagement von Anfang an auf der Grundlage größerer Planungssicherheit kalkulieren. Die Summe der insgesamt in Aussicht gestellten Steuervergünstigungen ist nicht unerheblich. Lokale und regionale Steuern machen bis zu 60% der Unternehmensbesteuerung in Rußland aus.

Die grundsätzliche Entscheidung, das privilegierte Steuerregime für Investoren aufrechtzuerhalten, muß von der Novgoroder Gebietsduma alljährlich neu gefällt werden. Seit 1994 ist dies kontinuierlich

geschehen. Allen Unternehmen, die im Rahmen des Investitionsprogramms bereits vor Ort tätig sind, wird zudem garantiert, daß Veränderungen in der Gesetzeslage, die mit zusätzlichen Kosten verbunden wären, für sie bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Unternehmen beginnt, Nettogewinne zu realisieren, nicht in Anwendung gelangen. Diese "Nicht-Verschlechterungs-Klausel" soll potentiellen Investoren eine maximale Planungssicherheit geben, was in einem durch ein hohes Maß an Unsicherheit gekennzeichneten Wirtschaftssystem wie dem russischen einen wichtigen psychologischen Faktor darstellt. An die kommunalen Behörden erging seitens der Gebietsverwaltung die Aufforderung, im Rahmen ihrer eigenen Steuerhoheit ebenfalls Vergünstigungen zu gewähren. Die Kommunen sind diesem Appell von Anfang an gefolgt. Außerdem hat die Gebietsduma die vier ärmsten Kreise im Gebiet zu "besonders begünstigten Zonen" erklärt. Unternehmen, die dort investieren, erhalten zusätzlich zu den sonstigen Vergünstigungen jenen Teil der Unternehmenssteuer, der an den föderalen Haushalt abgeführt werden muß, aus dem Regionalhaushalt zurückerstattet.[522]

Anfangs konzentrierten sich die Bemühungen der Novgoroder Gebietsadministration vor allem auf ausländische Investitionen, da aus einer Reihe von Gründen mit besonderem Engagement inländischen Kapitals nicht zu rechnen war. Seit 1998 werden jedoch auch heimische Investoren aktiv gesucht.

Schließlich hat sich Novgorod auch der umstrittenen Frage des Privateigentums an Grund und Boden angenommen. Während es der in der Verfassung vorgesehenen Möglichkeit, Land privat zu besitzen, durch den Widerstand der Staatsduma in Moskau seit 1993 noch immer an einfachen gesetzlichen Regelungen mangelt, hat man sich in Novgorod eine Lücke im Gesetz zunutze gemacht und für Investoren gleich welcher Herkunft die Möglichkeit geschaffen, Grund und Boden auf dem Sekundärmarkt zu erwerben. Auch hier war der entscheidende

---

[522] Vgl. Investment Climate of Novgorod Region.

Hintergedanke, Investoren ein größeres Maß an Sicherheit zu bieten, als dies in Rußland üblicherweise der Fall ist.

KMU-Förderung/Branchenstrategie

Die Investitionsförderungspolitik wird ergänzt durch ein besonderes Programm zur Förderung von Klein- und Mittelbetriebsstrukturen im Novgoroder Gebiet. Mit einer Reihe von Initiativen und Instrumenten (Business-Inkubatoren, Existenzgründungszentren, Fortbildungseinrichtungen, Leasing-Gesellschaften usw.), die von den Behörden unterstützt werden, soll die Entwicklung einer neuen Struktur von Klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) beschleunigt werden. Novgorod orientiert sich dabei an der Erfahrung westlicher Volkswirtschaften, in denen KMUs einen erheblichen Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung erbringen. Dabei setzte sich die Gebietsverwaltung zum Ziel, den den Kleinbetrieben zuzuschreibenden Anteil am Gesamtsteueraufkommen der Region von einem Ausgangsniveau nahe Null bis zum Jahr 2000 auf die Marke von 20% zu bringen. Zu ihrer eigenen Überraschung konnten die regionalen Behörden schon im Frühjahr 1998 feststellen, daß dieses Ziel erreicht war.[523] Zu diesem Zeitpunkt waren in der Region rund 8.000 Kleinunternehmen registriert, was bedeutete, daß sich die Zahl der Kleinunternehmen seit Ende 1995 mehr als verdoppelt hatte. Mehr als zehn Prozent aller Beschäftigten waren in einem Kleinbetrieb tätig.[524] Zugleich belegen diese Zahlen, daß Kleinbetriebe weitaus produktiver arbeiteten als die übrige Wirtschaft und entsprechend überdurchschnittlich zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen beitrugen. Die Krise vom August 1998 hinterließ auch bei den Kleinunternehmen deutliche Spuren, doch im Sommer 1999 waren die alten Werte mit einem Steueranteil von

---

523 V. Ivanov im Gespräch am 30.9.1999.

524 Ruble/Popson, in: Post-Soviet Geography and Economics 1998, Nr. 8, S. 441; Social'no-ėkonomičeskoe položenie Novgorodskoj oblasti, Velikij Novgorod 1999, S. 22 u. 79; eigene Berechnungen.

19,1% fast schon wieder erreicht. Langfristig setzt die Gebietsverwaltung ihre Hoffnungen auf eine dynamische Entwicklung dieses Sektors.[525]

Umfassende Unternehmensprivatisierung

Ein weiteres Merkmal, mit dem sich Novgorod von vielen anderen Regionen in Rußland unterschied, war das Bekenntnis der Gebietsverwaltung zu einer konsequenten Privatisierung der Wirtschaft und einer klaren Aufgabentrennung zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Ende 1997 war die Industrie im Novgoroder Gebiet zu 94% in privater Hand.[526] In einer Reihe von bedeutenden Unternehmen erwarb das Novgoroder Gebiet nachträglich lediglich *eine* Aktie, um als Aktionär einen umfassenderen Anspruch auf Einblick in die Unternehmensdaten zu haben und sich so ein besseres Bild von der wirtschaftlichen Lage machen zu können. Die Gebietsverwaltung widerstand jedoch der Versuchung, entweder besonders profitable Unternehmen in eigener Regie zu führen, um auf diese Weise Zugriff auf deren Finanzströme zu haben (ein Modell, das besonders in ressourcenreichen Regionen Verbreitung gefunden hat), oder schwer angeschlagene Firmen zu übernehmen bzw. gar nicht erst zu privatisieren in der Hoffnung, sie auf diese Weise am Leben erhalten zu können (Beispiele hierfür lassen sich in den verschiedensten Regionen finden). Diese klare Haltung half frühzeitig, falsche Erwartungen auf seiten der Unternehmen und ihrer Belegschaften zu verhindern. Statt dessen verwandte die Administration alle ihre Kräfte darauf, die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns so vorteilhaft wie möglich zu gestalten. Dazu zählten unter anderem auch Investitionen in die materielle Infrastruktur der Region. Viel Energie wurde beispielsweise auf die Modernisierung des Telekommunikationsnetzes verwandt, das heute eines der modernsten Netze Rußlands ist.

---

525 V. Ivanov im Gespräch am 1.6.1998 sowie am 30.9.1999.

526 Petro, in: Harter/ Easter, S. 253.

Verwaltungsdezentralisierung

Ein wesentliches Element der Novgoroder Reformen war schon frühzeitig die Entwicklung einer lebensfähigen kommunalen Selbstverwaltung. Sehen die politischen Eliten in manchen Regionen Rußlands noch heute in der Entstehung selbständiger kommunaler Verwaltungseinheiten primär eine Bedrohung ihres eigenen Machtanspruchs (exemplarisch hierfür sind insbesondere Republiken wie Tatarstan oder Baškortostan), so setzte die Novgoroder Führung von Anfang an auf die Chancen, die sie in einer Dezentralisierung der Verwaltung und damit einer Entlastung der Gebietsadministration von einem Teil der öffentlichen Aufgaben erblickte. Novgorod zählte zu den ersten Regionen, die sich nach dem Inkrafttreten der russischen Verfassung von 1993 daran machten, eine umfassende regionale gesetzliche Grundlage für die kommunale Selbstverwaltung zu schaffen, und die im Frühjahr 1996 Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen abhielten, obwohl Präsident Jelzin mit einem Dekret versuchte, lokale Wahlen im Vorfeld der Präsidentenwahl vom Sommer 1996 zu verhindern.

Noch vor den Wahlen hatte die Gebietsverwaltung den Kommunen Eigentum und zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt, um ihnen selbständiges Handeln überhaupt erst zu ermöglichen.[527] Nach den Gründungswahlen zu den Selbstverwaltungsorganen wurde rasch der nächste Schritt in Angriff genommen. Ab 1997 fand eine Dezentralisierung des Budgetprozesses statt. Die Einnahmebasis der Kommunen wurde erheblich gestärkt, Zuweisungen von übergeordneten Ebenen gingen anteilsmäßig zurück. Während das Gebietsbudget sich im Haushaltsjahr 1997 zu 36,1% aus Eigeneinnahmen finanzierte (geplant waren 25,9%), waren dies bei den kommunalen Haushalten 61,4% (geplant 48,7%).[528] Die wachsende Unabhängigkeit der Kommunen

[527] Ljubov' Andreeva, Stellvertretende Vorsitzende der Gebietsduma von Novgorod, im Gespräch am 1.6.1998.

[528] Jakurin/Senatova, Ėkonomičeskoe i političeskoe razvitie, S. 26f.

äußert sich auch in wichtigen technischen Details. So bekommt die Stadt Velikij Novgorod den ihr zustehenden Anteil der auf ihrem Territorium von den Finanzämtern erhobenen Steuern nicht mehr wie früher auf dem Umweg über den Gebietshaushalt, sondern direkt von der Steuerbehörde in Moskau zugewiesen.[529]

Aktives Marketing

Die Novgoroder Politik beließ es nicht dabei, Strategien zu entwerfen und Gesetze zu verabschieden, um dann auf das Eintreffen der erhofften Investitionen zu warten. Vielmehr begleiteten die Novgoroder Gebietsadministratoren ihre Initiative mit einer aktiven Marketingstrategie für ihr Gebiet. Gouverneur Prusak und seine Stellvertreter verbrachten viel Zeit auf Reisen nach Skandinavien, Westeuropa und in die Vereinigten Staaten, um ihre Region anzupreisen und Investoren zu gewinnen. Mit Hilfe westlicher Berater entstanden ansprechende Informationsbroschüren in russischer und englischer Sprache sowie Datenbanken, durch die der direkte Zugriff auf wirtschaftsrelevante Informationen zu allen Städten und Kreisen des Gebiets ermöglicht wurde. Zusätzlich verstand es die Novgoroder Elite, die Geschichte der Stadt als "Wiege russischer Kultur und Staatlichkeit" und mittelalterliches Zentrum von Handel und Gewerbe zu nutzen, um für Novgorod eine Tradition von Verläßlichkeit und westlichem Geschäftsverständnis in Anspruch zu nehmen. Auf diese Weise erlangte Novgorod nach und nach eine Reputation, die auch internationale Hilfsprogramme wie USAID oder einen EBRD-Investitionsfonds für Klein- und Mittelbetriebe in die Region lockte, was das Image Novgorods als einem attraktiven Investitionsstandort und idealen Sprungbrett für den gesamten russischen Markt weiter beförderte. Besonders aktiv bemühte sich die Gebietsverwaltung in den vergangenen Jahren um Investoren aus der Lebensmittelindustrie, der

[529] Petro, in: Harter/ Easter, S. 256.

Holzverarbeitung sowie der Baustoffindustrie, um dadurch heimischen Zulieferindustrien neue Absatzchancen zu eröffnen.[530]

Engagierte Umsetzung

Die letzte und vielleicht wichtigste Säule der Novgoroder Strategie ist jedoch die konsequente und beherzte Umsetzung der beschlossenen Programme. Anders als in vielen anderen Regionen Rußlands betrieb die politische Führung in Novgorod mit großer Energie auch die tatsächliche Implementierung ihrer Strategien und Beschlüsse und verstand es, die Behörden auf allen Ebenen den einmal beschlossenen Zielen zu verpflichten. Hatte ein potentieller Investor erst einmal Interesse an Novgorod erlangt, so wurde große Mühe darauf verwandt, dafür zu sorgen, daß er sich in der Region willkommen fühlte und sein Weg durch die russische Bürokratie sich so unkompliziert wie möglich gestaltete. Investitionsförderung genoß höchste Priorität in der Novgoroder Gebietsführung, die daher sämtliche Verwaltungsbehörden permanent zur effizienten Zusammenarbeit anhielt und so dazu beitrug, die administrativen Transaktionskosten für einen Investor auf ein sehr viel niedrigeres als das in Rußland übliche Maß zu senken. Bis zum Frühjahr 1998 war der damalige Erste Stellvertretende Gouverneur Valerij Trofimov besonders mit der Aufgabe betraut, intensiven Kontakt mit den Investoren zu pflegen, ihnen bei der Erledigung aller Formalitäten zu helfen und, wo nötig, bürokratische Widerstände auf allen Ebenen der lokalen und regionalen Verwaltung zu beseitigen. Nicht weniger wichtig als der Hebel der administrativen Hierarchie waren zudem die Schulung und Fortbildung der Verwaltungsfachleute und das Konzept der "einen Mannschaft" (*odna komanda*). Administratoren aller Behörden und Ebenen im Novgoroder Gebiet waren in einen fortlaufenden Diskussionsprozeß über die Ziele und Mittel der Wirtschaftsförderungsstrategie einbezogen. Vielen wurde die Möglichkeit gegeben, unter anderem auch im Ausland an Lehrgängen teilzunehmen und neue Ideen oder Ansätze mitzubringen. War allerdings

[530] V. Ivanov im Gespräch am 30.9.1999.

eine Entscheidung für eine bestimmte Vorgehensweise gefallen, so verlangte der Gedanke der "einen Mannschaft" von jedem, sich im Sinne dieser Entscheidung zu verhalten und gegebenenfalls noch bestehende Vorbehalte zugunsten der Mehrheitsmeinung zurückzustellen.

Bedingungen des Erfolgs

Im Unterschied zu vielen anderen Regionen Rußlands ist es der politischen Führung im Novgoroder Gebiet gelungen, eine klare und langfristig angelegte wirtschaftspolitische Strategie zu entwickeln *und* in die Tat umzusetzen. Auch sie mußte sich dabei mitunter mit dem Widerstand etablierter Interessengruppen auseinandersetzen und deren Vorbehalte in irgendeiner Weise berücksichtigen. Jedoch läßt sich insgesamt beobachten, daß keine der alten Interessengruppen in der Lage war, in Novgorod so etwas wie eine faktische Vetoposition zu erlangen, die es ihr erlaubt hätte, die Strategie der Gebietsführung zu durchkreuzen. Dies wirft die Frage nach den Bedingungen auf, die eine solche Politik ermöglicht haben und deren Fehlen möglicherweise die weit weniger erfolgreichen Transformationsbemühungen anderer Regionen in Rußland erklären helfen könnte.

Eine zentrale Rolle für das "Novgoroder Modell" spielt zunächst die Person des Gouverneurs, Michail Prusak. 1991 als Mann Anfang Dreißig von Präsident Jelzin zum Verwaltungschef des Novgoroder Gebiets ernannt, verstand Prusak es, an der Verwaltungsspitze eine junge Mannschaft Gleichgesinnter zu versammeln, ohne zugleich die Brücken zu den alten Nomenklaturisten auf allen Ebenen der Verwaltung einzureißen. Obwohl der Personalaustausch an den Spitzen der regionalen Behörden und der Kreis- und Stadtverwaltung über die Jahre betrachtet erheblich war, wußte der neue Gouverneur den Eindruck zu vermeiden, er betreibe eine Politik der "Säuberung". Prusak selbst, 1960 in der Ukraine geboren, hatte im Komsomol bereits den Beginn einer typischen sowjetischen Funktionärskarriere durchlaufen und gehörte in diesem Sinne zur Personalreserve der Nomenklatura, als er 1989, nunmehr in der Position eines Kolchosdirektors im Novgoroder Gebiet,

in den Volksdeputiertenkongreß der UdSSR gewählt wurde. Als Mitglied im Ausschuß für lokale Selbstverwaltung fiel er dessen Vorsitzendem Gennadij Burbulis, dem späteren "Staatssekretär" Präsident Jelzins, positiv auf. Dieser empfahl Prusak im Herbst 1991 bei Jelzin als vielversprechenden Nachfolger für den abzulösenden Verwaltungschef des Novgoroder Gebietes.

Prusaks Verdienst war es, die politische Elite der Region nicht zu spalten, sondern weitgehend hinter gemeinsamen Zielen zu einen. Dazu dienten unter anderem immer neue formelle und informelle Foren, die im Laufe der Jahre geschaffen wurden und auf denen Betriebsdirektoren, Vertreter sozialer Verbände, lokale und regionale Administratoren und viele andere Akteure der regionalen Bühne ihre Ideen und Vorschläge, aber auch Probleme, Kritik und Unzufriedenheit äußern konnten. Zugleich arbeitete eine Kernmannschaft reformorientierter Politiker – vom Gouverneur über dessen Ersten Stellvertreter bis zu bestimmten Behördenleitern und kommunalen Verwaltungschefs – an der Ausarbeitung einer langfristigen Strategie, deren einzelne Bestandteile zunächst in den verschiedenen Foren zur Diskussion gestellt wurden, ehe die Administration sich endgültig für einen bestimmten Weg entschied. Obwohl die meisten Initiativen von der Verwaltung selbst ausgingen, konnten Prusak und seine Mannschaft mit Hilfe dieses Diskussionsprozesses den Eindruck vermitteln, die letztendlichen Entscheidungen seien im Konsens von Exekutive und Legislative und im Zusammenspiel mit verschiedenen Interessengruppen sowie den lokalen Behörden getroffen worden.[531] Dem Gouverneur selbst kam dabei nach Einschätzung mancher Beobachter eher die Rolle des Moderators als des Ideengebers zu.[532] War jedoch erst

---

[531] Die Bedeutung der "Konsensbildung im Vorfeld" als stilbildendes Element der regionalen Wirtschaftspolitik betonte insbesondere V. Ivanov im Gespräch am 1.6.1998. Im gleichen Sinne äußerte sich auch L. Andreeva, ebenfalls am 1.6.1998.

[532] Eine zentrale Figur im Hintergrund, die für die Ausarbeitung wesentlicher Elemente der Novgoroder Wirtschaftspolitik verantwortlich gezeichnet habe, soll beispielsweise der im Mai 1998 zurückgetretene Erste Stellvertretende Gouverneur Valerij Trofimov gewesen sein (Larisa Nikulina, Journalistin, im Gespräch am 31.5.1998). Trofimov gehört zur gleichen Altersgruppe wie Michail Prusak und war

einmal die Entscheidung zugunsten einer Position gefallen, so war Prusak bereit, sie gegen weitere Widerstände durchzusetzen und sich Kritikern offensiv entgegenzustellen. In einzelnen Fällen scheute die Verwaltungsspitze auch den offenen Konflikt nicht, so, wenn sie in der Auseinandersetzung mit einzelnen Betriebsdirektoren den Belegschaften gegenüber ihre Haltung verteidigte, maroden Unternehmen nicht mit massiven Subventionen unter die Arme zu greifen, sondern lediglich Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu gestalten.[533]

Grundsätzlich war Prusak jedoch überwiegend darauf aus, potentielle Konflikte frühzeitig auszumachen und zu entschärfen. So ist es seit 1994 zu keinem einzigen Fall gekommen, in dem der Gouverneur von seinem Vetorecht gegenüber Gesetzen der Gebietsduma Gebrauch gemacht hätte, wie auch umgekehrt die Duma keine Verordnung des Gouverneurs nachträglich kassierte.[534] Die für viele Regionen typische Konfliktlinie zwischen Gebietsverwaltung und Verwaltung der Gebietshauptstadt verläuft in Novgorod ebenfalls sehr viel schwächer. Der Bürgermeister von Novgorod, Aleksandr Korsunov, ein ehemaliger Vize-Gouverneur für Landwirtschaft, bemüht sich, jedes Anzeichen einer Konkurrenzsituation zu Prusak zu vermeiden, und wird zugleich als erster Anwärter auf die Nachfolge Prusaks angesehen, sollte dieser eine Berufung in die Moskauer Regierung annehmen oder auch im Jahr 2003 nach zwei Wahlperioden nicht wieder als Kandidat antreten können. Korsunov dürfte allerdings durch das Beispiel seines Amtsvorgängers Viktor Ivanov gewarnt sein, den Prusak im Frühjahr 1993 zum Stellvertretenden Gouverneur ernannte. Was damals formal wie eine

---

einer der frühen politischen Weggefährten des Gouverneurs. Seit seinem Rückzug aus der Politik betreibt Trofimov eine halbstaatliche Beratungsagentur, die rußlandweit Kommunen bei der Ansiedlung finanzkräftiger Investoren und letzteren umgekehrt beim Umgang mit den örtlichen Behörden hilft. Das explizite Ziel der Agentur ist der Export des "Novgoroder Modells".

533 V. Trofimov, ehemaliger Erster Stellvertretender Gouverneur von Novgorod, im Gespräch am 30.9.1999.

534 So Prusak in einem Vortrag vor Investoren in New York am 3. März 1998 (IEWS Russian Regional Report - Internet Edition, 5.3.1998).

Beförderung aussah, bewerten Kritiker Prusaks vor allem als geschickten Schachzug, mit dem der Gouverneur das populäre Stadtoberhaupt frühzeitig unter seine unmittelbare Kontrolle brachte, ihm die Basis für unabhängiges Handeln entzog, indem er ihn in die "Kabinettsdisziplin" der Gebietsverwaltung einband, und sich so eines potentiellen zukünftigen Konkurrenten um die Macht entledigte.[535]

Prusaks Politik der Einbindung und Kooptation hat dazu geführt, daß er nach acht Jahren Amtszeit keine ernsthafte Konkurrenz im Novgoroder Gebiet hat. Politische Parteien spielen für die Politik in der Region eine marginale Rolle. Unter den 25 Abgeordneten der 1997 gewählten Gebietsduma ist kein Repräsentant einer Partei vertreten. Die Abgeordneten sind fast ausnahmslos kommunale Verwaltungschefs oder Leiter von Unternehmen oder kommunalen Einrichtungen. Auch die Kommunistische Partei, die traditionell über die stabilsten lokalen Parteistrukturen in Rußland verfügt, stellt für Prusak keine Herausforderung dar. Gleichzeitig hat die Novgoroder Führung die in vielen Regionen Rußlands bestehende Institution einer "Gesellschaftlichen Kammer beim Gouverneur" früh gefördert und zu nutzen gewußt, um die politischen und sozialen Organisationen der Region trotz ihres Fehlens in der Gebietsduma in einen regelmäßigen Diskussionsprozeß einzubeziehen. Zwar sind viele der dort repräsentierten und Prusak kritisch gegenüberstehenden lokalen Gruppierungen und Parteiorganisationen nicht zufriedengestellt mit dieser eher paternalistisch als modern-demokratisch anmutenden Form der unverbindlichen "Gewährung" von Diskussion durch die Gebietsverwaltung.[536] Dennoch nutzen sie die mindestens alle zwei Monate stattfindenden Treffen als Forum, um ihre Anliegen zu äußern und Unmut in die lokalen Medien zu transportieren, die verpflichtet sind,

---

535 L. Nikulina im Gespräch am 31.5.1998.

536 Nika Davydovskaja, Regionales Menschenrechtszentrum Novgorod, im Gespräch am 29.9.1999.

Beschlüsse der Kammer sowie Minderheitenmeinungen von mindestens einem Fünftel ihrer Mitglieder zu veröffentlichen.[537]

Mochte die Konsenspolitik der Novgoroder Führung und die Schwäche oppositioneller Kräfte eine der Voraussetzungen für die Durchsetzung einer kohärenten Wirtschaftspolitik Mitte der neunziger Jahre gewesen sein, so trug deren relativer Erfolg umgekehrt erst recht dazu bei, der Opposition die politische Basis zu entziehen. Als Michail Prusak sich im Dezember 1995 erstmals dem Votum der Wähler stellte, erzielte er mit 56,2% zwar gleich im ersten Wahlgang einen unangefochtenen Sieg, doch immerhin fast jeder zweite hätte lieber einen anderen Kandidaten an der Spitze der Region gesehen. Vier Jahre später jedoch, im September 1999, stimmten 91,6% für den amtierenden Gouverneur![538] Zwar stand die Wahl unter dem Vorwurf, Prusak habe sich mit einer kurzfristigen Vorverlegung des Wahltermins um drei Monate einen unzulässigen Vorteil vor anderen Kandidaten verschafft.[539] Aber auch unter diesen Umständen spiegelte das Ergebnis bei einer Wahlbeteiligung von knapp über 50% die unbestreitbare Dominanz des Gouverneurs wider.

Es wäre allerdings verfehlt, den Erfolg der Novgoroder Wirtschaftspolitik allein dem lokalpolitischen Geschick des Gouverneurs und seiner Mannschaft zuzurechnen. Nicht minder entscheidend waren eine relativ günstige Kräfteverteilung der regionalen Wirtschaftslobbys, ein kluger Umgang mit der föderalen Exekutive in Moskau und nicht zuletzt eine

---

537 Petro, in: Harter/ Easter, S. S. 257f.

538 EWI Russian Regional Report, 16.9.1999.

539 Wie in vielen anderen Regionen Rußlands, in denen es zu ähnlichen "Manipulationen" am Wahltermin gekommen ist, blieb auch in diesem Fall der Weg der Opposition vor die Gerichte erfolglos. Eine Klage der Kommunistischen Partei wurde im Juli 1999 vom Novgoroder Gebietsgericht abgewiesen (EWI Russian Regional Report, 8.7.1999). Die nächsthöhere Instanz, der Oberste Gerichtshof Rußlands, gab daraufhin jedoch der Berufung der KP recht, ehe das Präsidium des Obersten Gerichtshofs als nächste Berufungsinstanz am 1. September 1999 das Urteil des Novgoroder Gebietsgerichts wieder in Kraft setzte und den Weg für die Abhaltung der Wahlen am 5. September freimachte (EWI Russian Regional Report, 16.9.1999).

vernünftige und tatsächlich realisierbare wirtschaftspolitische Strategie. Novgorods relative Ressourcenarmut und seine ererbte Industriestruktur, die in keiner ihrer tragenden Branchen ohne massive Modernisierungsinvestitionen auch nur auf wenige Jahre hinaus überlebensfähig war, hatten Anfang der neunziger Jahre überwiegend schwache und wenig organisationsfähige Interessengruppen hinterlassen. Der einzige echte Industriegigant der Region, das Chemiekombinat *Azot* (nach seiner Privatisierung in *Akron* umbenannt), bedurfte, um sein Hauptprodukt Kunstdünger auf dem Weltmarkt erfolgversprechend anbieten zu können, erheblicher Investitionen, die er aus eigenen Mitteln nicht aufzubringen imstande war. Damit fiel *Azot*/*Akron* als eigenständiger Widerpart zur Gebietsverwaltung aus. Vielmehr wurde das Unternehmen zum Objekt der Fürsorge der Administration, die auf vielen Wegen versuchte, in Kooperation mit den jeweiligen externen Investoren, die sich bei *Akron* engagierten, dem Betrieb eine Zukunft zu eröffnen. Eine der kuriosesten Maßnahmen in diesem Zusammenhang war der Beitritt des Novgoroder Gebiets in die interregionale Assoziation des geographisch weit entfernten Zentralen Schwarzerdegebiets in Südwestrußland. Die Zugehörigkeit Novgorods zu dieser Assoziation landwirtschaftlich bedeutender Regionen sollte *Akron* angesichts zunehmender innerrussischer Handelsbarrieren einen der wichtigsten inländischen Absatzmärkte dauerhaft sichern helfen. Die Art des Engagements der Gebietsadministration ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß die Administration in ihren Entscheidungen autonom blieb und nicht etwa lediglich ausführte, was von ihr verlangt wurde.

Zur Fürsorge für die alten regionalen Industrien zählte auch das Bemühen Prusaks, gute Beziehungen zur Moskauer Regierung zu pflegen, um die Rahmenbedingungen für die Novgoroder Wirtschaft auch auf föderaler Ebene möglichst günstig zu gestalten. Gute Kontakte nach Moskau haben es in der Vergangenheit auch ermöglicht, daß Novgorod bei Rentenzahlungen und anderen Transfers aus dem Zentrum weniger Verzug hinzunehmen hatte als die meisten anderen Regionen Rußlands – ein Moment, das zweifellos nicht unerheblich zum Wahlerfolg Prusaks im September 1999 beigetragen hat.

Ein besonders gutes Verhältnis pflegte der junge Gouverneur jahrelang zu Ministerpräsident Viktor Tschernomyrdin, in dessen Wahlblock "Unser Haus – Rußland" er auch nach der Entlassung Tschernomyrdins im März 1998 an führender Stelle tätig blieb. Im Herbst 1999 unterzeichnete Prusak dann allerdings den Aufruf der 39 Gouverneure, der im weiteren zur Gründung des Kreml-nahen Blocks "Einheit" unter der Führung von Katastrophenschutzminister Šojgu führte.[540] Obgleich der Novgoroder Gouverneur dem Block "Unser Haus – Rußland" (NDR) weiter treu blieb, sah er sich offensichtlich veranlaßt, dem neuen Premier und möglichen zukünftigen Präsidenten Putin frühzeitig seine Unterstützung zu signalisieren, um auch in Zukunft in Moskau auf offene Türen zu treffen.[541]

Die Bevölkerung im Novgoroder Gebiet scheint dem parteipolitischen Engagement des Gouverneurs indes eher gleichgültig als zustimmend gegenüberzustehen, wie sich bei den Wahlen zur russischen Staatsduma am 19. Dezember 1999 deutlich herausstellte. Während der Wahlblock "Einheit" im Novgoroder Gebiet überdurchschnittliche 32% der Stimmen erzielte, mußte sich NDR trotz der ausdrücklichen Unterstützung durch Prusak mit mageren 6% der Stimmen zufriedengeben. Und auch Prusaks Favorit für das Novgoroder Direktmandat, der ehemalige Jelzin-Staatssekretär Gennadij Burbulis[542], schaffte es nicht, sich gegen den

---

540 EWI Russian Regional Report, 23.9.1999

541 Solche Überlegungen dürften auch eine wesentliche Rolle gespielt haben, als Prusak im Februar 2000 zusammen mit zwei anderen Gouverneuren mit einem Aufruf an den damaligen Amtierenden Präsidenten Putin an die Öffentlichkeit trat, in dem gefordert wurde, die Wählbarkeit der Gouverneure abzuschaffen und die Amtszeit des Präsidenten auf sieben Jahre zu verlängern, um so dessen politische Handlungsfähigkeit zu stärken (M. Prusak/E. Savčenko/O. Bogomolov: I vlast', i ėkonomika, i prezident na 7 let, in: Nezavisimaja gazeta, 25.2.2000, S. 1, 4). Allerdings handelt es sich dabei um Ideen, die Prusak im wesentlichen schon früher an anderer Stelle, so in seinem Buch "Reformy v provincii" (Moskau: Veče 1999), verbreitet hat, so daß ihn der Vorwurf, sich aus reinem Opportunismus in diesem Sinne geäußert zu haben, zu Unrecht träfe.

542 Mit Gennadij Burbulis, der Anfang der 90er Jahre als vermeintliche "graue Eminenz" eine der umstrittensten Figuren im Beraterstab von Präsident El'cin war,

bisherigen Mandatsträger Evgenij Zelenov durchzusetzen.[543] Hätte Prusak nicht zwei Monate zuvor einen überragenden Wahlsieg bei den Gouverneurswahlen errungen, wären das schlechte Abschneiden von NDR und das Scheitern von Burbulis wohl als indirektes Mißtrauensvotum der Wählerinnen und Wähler in den amtierenden Gouverneur gedeutet worden. So aber veranschaulichte das Wahlergebnis in erster Linie den extrem hohen Grad der Personalisierung von Wahlentscheidungen in Rußland und die geringe Bedeutung, die politischen Überzeugungen als Orientierungsmaßstab und Parteien als deren Trägern zukommt.

Novgorod ist indes nicht die einzige Region, deren politische Spitze sich in den neunziger Jahren mit einigem Erfolg um ein gutes Verhältnis zu den föderalen Behörden in Moskau bemüht hat. Im übrigen ist die Vermutung, daß Moskau in der Jelzin-Ära besonders seinen politischen Favoriten unter den regionalen Machthabern finanzielle und andere materielle Vorteile zukommen ließ, empirisch keineswegs gesichert.[544] Auch ist das Phänomen, daß Alimentierung häufig eher zu weniger als zu mehr Eigeninitiative führt, weithin bekannt. Folglich wäre es irreführend, die Bedeutung Moskaus und seiner Transferleistungen für den Erfolg des "Novgoroder Models" überzubewerten.

---

verbindet Prusak eine langjährige politische Freundschaft, seit jener ihn 1991 für das Amt des Gouverneurs von Novgorod "entdeckte" und für seine Ernennung sorgte. Die politische Konzeption, die Prusaks 1999 veröffentlichtem Buch "Reformy v provincii" zugrunde liegt, entstand unter maßgeblicher Beteiligung von Burbulis.

543 EWI Russian Regional Report, 22.12.1999.

544 Daniel Treisman kommt in seinen statistischen Untersuchungen regionaler und föderaler Haushalte für die Jahre 1992 bis 1996 sogar zu dem zunächst kontraintuitiven Schluß, Moskau habe insbesondere seine potentiellen Gegner alimentiert. Treisman vermutet dahinter eine Taktik des "political appeasement": Die Zentralregierung sei vorwiegend bemüht gewesen, politische Gegner unter den Gouverneuren und Republikpräsidenten zu "kaufen", statt die Auseinandersetzung mit ihnen zu suchen (D. Treisman: Deciphering Russia's Federal Finance: Fiscal Appeasement in 1995 and 1996, in: Europe-Asia Studies, 50. Jg., 1998, Nr. 5, S. 893-906). An Treismans Berechnungen sind allerdings Zweifel geäußert worden.

Entscheidend für die positiven Ergebnisse der Novgoroder Wirtschaftsstrategie war letztlich vor allem die Tatsache, daß die Strategie selbst richtig gewählt war. Der entscheidende Faktor hierfür war die Bereitschaft der Novgoroder Führungselite, sich neuen Wegen gegenüber aufgeschlossen zu zeigen, sowie ihre Fähigkeit, politische Intentionen auch in praktisches Regierungshandeln umzusetzen und die Mehrheit der beteiligten Akteure dabei einzubinden. Politisches Talent, eine gewisse Portion Unbekümmertheit bei der jungen politischen Führung und eine relativ günstige Ausgangskonstellation unter den politischen und wirtschaftlichen Kräften der Region ergänzten sich hierbei vorteilhaft. Der kurze Draht des Gouverneurs in die Moskauer Regierungszentrale trug vor allem dazu bei, daß Novgorod seinen eigenen Weg ohne Obstruktion seitens einzelner unfreundlich gesinnter Bundesbehörden oder mißgünstiger Nachbarregionen fortsetzen konnte. Novgorods wachsende Popularität führte schließlich immer neue Spezialisten und Hilfsprojekte aus dem Westen in die Region. So konnte sich der Mythos vom traditionell in Novgorod vorhandenen westlichen Geschäftsverständnis nach und nach in eine *self-fulfilling prophecy* verwandeln und der Entwicklung in der Region eine positive Eigendynamik verleihen.

Blickt man in die Zukunft, so muß man die Erfolgsaussichten einer Politik, die das "Novgoroder Modell" einfach mechanisch fortsetzen will, allerdings mit einiger Skepsis betrachten. Selbst wenn man die kaum vorherzusagenden externen Einflüsse auf die Politik der kleinen Region außer acht läßt, muß bezweifelt werden, daß die gleiche Strategie, die Novgorod in der Vergangenheit zu ungewöhnlichem Erfolg verholfen hat, auch langfristig dieselben Resultate erbringen wird. Das Prinzip der "Konsensbildung", der Einbindung aller wichtigen Akteure in einen gemeinsamen Entscheidungsprozeß, hatte seinerzeit vorausgesetzt, daß einerseits die lokalen Akteure relativ schwach waren, und andererseits daß eine dominante Administration bereit und fähig war, in dieser Situation eine zukunftsweisende, den neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepaßte Politik zu betreiben. Das Dogma der "einen Mannschaft", gleichsam die Verlängerung des in Deutschland

bekannten Prinzips der "Kabinettsdisziplin" bis hinein in die Sphäre der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessengruppen, trug kurzfristig erheblich zur Handlungsfähigkeit der Novgoroder Gebietsverwaltung und zum Erfolg ihrer wirtschaftspolitischen Strategie bei. Untersuchungen kommunalpolitischer Entscheidungsstrukturen in westlichen Ländern haben jedoch ergeben, daß sogenannte "harmonisch-konsensuale kommunale Entscheidungssysteme", im Unterschied zu stärker pluralistisch strukturierten Entscheidungssystemen, "in der Regel hoch oligarchisiert" sind und einen entsprechend niedrigeren Partizipationsgrad erreichen.[545] Langfristig droht ihnen damit die Gefahr, an Entscheidungseffizienz einzubüßen, da sie nur mehr an den Interessen und Wahrnehmungen eines engen Insider-Kreises orientiert sind. Die bisher zu überblickenden knapp zehn Jahre wirtschaftlicher und politischer Transformation in Novgorod sind noch ein zu kurzer Zeitraum, um seriös einzuschätzen, ob der Region eine solche "Oligarchisierung" langfristig droht oder ob eine anhaltende Phase relativen wirtschaftlichen Erfolgs die Entstehung einer neuen Schicht gesellschaftlicher und politischer Akteure befördern könnte, die überhaupt erst in der Lage wären, zu Trägern eines effizienten pluralistischen Entscheidungssystems zu werden. Jenes Netzwerk von Entscheidungsträgern, daß heute die politische Bühne in Novgorod beherrscht und zweifelsohne erheblichen Anteil an der erfolgreichen Entwicklung der Region in den neunziger Jahren hatte, dürfte sich jedenfalls schwer tun mit der Einsicht, daß politischer Wettbewerb und der öffentliche Streit um politische Konzepte auf lange Sicht für die Effizienz gesellschaftlich relevanter Entscheidungen nicht weniger bedeutend sind als Fachkenntnis und administrative Handlungsfähigkeit.[546]

---

[545] J. Ueltzhöffer: Die kommunale Machtelite und der politische Willensbildungsprozeß in der Gemeinde, in: H.-G. Wehling (Hrsg.): Kommunalpolitik, Hamburg 1975, S. 95ff., hier S. 121.

[546] Die erwähnten Vorschläge Prusaks zur Reform des politischen Systems Rußlands (vgl. Fußnote 541) stellen in dieser Hinsicht ein eher beunruhigendes Signal dar und

3.5.4 Elitenkonflikte und schwache Verwaltung: Die Mühen der Transformation in Volgograd

Politischer Stillstand

Volgograd gehörte in den neunziger Jahren auf der politischen Landkarte zum 'roten Gürtel' – einer Zone überwiegend kommunistisch orientierter Regionen im südlichen Rußland. Im Unterschied zu Novgorod spielten, zumindest bis Ende 1999 und auf *oblast'*-Ebene, Ideologie und Partei die vorherrschende Rolle bei der Formulierung der Wirtschaftspolitik. Die Kommunistische Partei (KPRF) stellt seit 1996 den Gouverneur und dominiert die Gebietsduma. Bis zum 3. Oktober 1999 war sie auch stärkste Fraktion im Stadtrat. Da keiner der beiden Gouverneure, die seit 1991 an der Spitze der Region standen, Ivan Šabunin (1991-1996) und Nikolaj Maksjuta (seit 1996), die Verwaltungen auf Gebiets- und Kreisebene personell umbesetzt hatte, waren auch die bürokratischen Strukturen im Vergleich zu sowjetischer Zeit nahezu unverändert. Auch in ihnen erfreute sich die KPRF einer starken Unterstützung. Vier Gründe können für diese politische Stagnation angeführt werden: die Uneinigkeit der politischen Opposition (1), die Inhomogenität der wirtschaftlichen Interessenvertretung (2), personelle Stagnation in den Behörden (3) und die stark ausgeprägte Gegnerschaft zwischen Stadt und *oblast'* (4). Eine politische Kraft, die der konservativen Verwaltung mit Erfolg hätte gegenübertreten können, konnte sich unter diesen Begleitumständen nicht formieren.

(1) *Uneinigkeit der Opposition:* Die starke Stellung der KPRF war weniger der Beliebtheit der Partei zuzuschreiben als vielmehr der Tatsache, daß die alternativen politischen Kräfte nicht in der Lage waren, sich zu konsolidieren, zu organisieren und im Wahlkampf zu plazieren. So stimmten bei den regionalen Dumawahlen im Dezember 1998 gerade einmal 10% aller Wahlberechtigten für die Kandidaten der KPRF, da die

belegen, daß der Gouverneur aus seiner eigenen Erfahrung den Schluß gezogen hat, politische Partizipation sei für erfolgreiches Regieren eher abträglich als nützlich.

Wahlbeteiligung bei nur 35% lag.[547] Die regionalen Niederlassungen einzelner neuer Parteien und demokratischer Bewegungen sind schlecht strukturiert, haben geringe Mitgliederzahlen und agieren nicht geschlossen. Damit waren sie nicht in der Lage, die politische Entwicklung der Provinz maßgeblich zu beeinflussen.[548] Das Mehrheitswahlrecht, das lediglich einen Wahlgang vorsah, trug ebenfalls zu der Vormachtstellung der KPRF bei. Ein Vorstoß der Duma, das Wahlrecht zu ändern, wurde vom Gouverneur, Nikolaj Maksjuta, der selbst Mitglied der KPRF ist, blockiert.[549]

Das Volgograder Wahlrecht sah außerdem für die Duma ein Rotationsverfahren vor: Alle zwei Jahre wird die Hälfte der Abgeordneten, die für vier Jahre gewählt werden, ausgewechselt, um eine kontinuierliche Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. Im Dezember 1998, als zum zweiten Mal 16 der 32 Dumaabgeordneten gewählt wurden, konnte sich die KPRF ein weiteres Mal behaupten. In 11 Wahlkreisen wurde ein offizielles Mitglied der KPRF gewählt, in weiteren drei unterstützte der siegreiche Kandidat die Kommunisten. Zwei Sitze wurden von Direktoren besetzt, deren politische Zugehörigkeit unklar war.[550] Mit diesem Ergebnis hat die KPRF eine Mehrheit von insgesamt 23 von 32 Sitzen in der regionalen gesetzgebenden Versammlung erhalten.[551]

(2) *Inhomogenität der wirtschaftlichen Interessenvertretung:* Bei der Wahl im Dezember 1998 wurde auch deutlich, daß die regionale

---

547 S. Levinson: Die Provinz Volgograd in den neunziger Jahren, Berichte des BIOst, 14-1999, Köln 1999, S. 28.

548 Upravlenie obščestvennych i mežregional'nych svjazej, Volgogradskaja gorodskaja administracija: Analiz resultatov vtorych rotacionnych vyborov deputatov Volgogradskoj oblastnoj Dumy, provedennych 13.12.1998 g., Volgograd, 1998 (Typoskript), S.7.

549 I. Černov: Vybory 2000. Tendencii razvitija situacii v Volgogradskoj oblasti. Nojabr' 1998, Volgograd (Typoskript), S.7.

550 G. Čižov: Volgogradskaja *oblast'* v 1998g., in: Moskovskij Centr Karnegi: Regiony Rossii v 1998 g., Moskau 1999, S. 258-259, hier S. 258.

551 Segodnja, 15.12.1998, S. 2.

gesetzgebende Versammlung zum einen aus Mitgliedern der KPRF, zum anderen aus der Direktorenschaft zusammengesetzt ist. Mittlerweile sind fünf große Firmen der Region vertreten: *Kaustik* (Chemieindustrie), *Volgogradėnergo* (Energieversorgung), *Lukojl-Nižnevolžskneft'* (Öl), *Volžskij trubnyj zavod* (Metallverarbeitung) und *Povolž'e* (Brauerei).[552] Insgesamt waren von den 139 Kandidaten, die sich zur Wahl im Dezember registrieren ließen, 51 Vertreter der Wirtschaft.[553] Zum einen verdeutlicht dies ein ausgeprägtes Interesse der Betriebe und des Unternehmertums, auf die Gesetzgebung Einfluß zu nehmen. Damit folgt Volgograd einem Trend, der auch in anderen Provinzen, u.a. in Novgorod, zu beobachten ist, nämlich, für wirtschaftliche Probleme pragmatische Lösungen zu Lasten ideologischer Überzeugungen zu finden. Gleichzeitig jedoch weist die hohe Zahl der Kandidaten aus dem Wirtschaftsbereich auch darauf hin, daß sich die Wirtschaft nicht auf gemeinsame Kandidaten, eine Wahlplattform und damit auf eine geschlossene Interessenvertretung einigen konnte. So standen sich in einzelnen Wahlkreisen mehrere "unabhängige" Kandidaten der Wirtschaft gegenüber, die eigentlich im Grunde dieselbe Klientel vertraten.[554]

Ein Grund für diese Uneinigkeit lag in der intransparenten Verwaltungsstruktur und der willkürlichen Informationspolitik, die die Haltung sowohl der Region als auch der Stadt Volgograd kennzeichneten. Eine geschickte "Personalpolitik" der einzelnen Wirtschaftsakteure, die darauf ausgerichtet war, loyale Interessenvertreter in den Schlüsselpositionen der Exekutive und Legislative zu plazieren und somit

---

552 Upravlenie obščestvennych i mežregional'nych svjazej. Analiz resultatov, 1998, S.1f.

553 Izvestija, 5.12.1998, S. 2.

554 So scheint es auch, daß die von *Lukojl* geförderten Kandidaten grundsätzlich den unabhängigen Kandidaten und Vertretern von Vereinigungen (z.B. örtlicher Direktorenrat oder Unternehmervereinigung) gegenüberstehen, in der Erwartung, so ihre eigenen Interessen in der Gebietsduma durchsetzen zu können. Siehe I. Černov: Vybory 2000. Tendencii razvitija situacii v Volgogradskoj oblasti. Nojabr' 1998, Volgograd (Typoskript), S. 4.

den Zugang zu Informationen, Aufträgen oder Subventionen sicherzustellen, war oftmals die einzig erfolgversprechende Unternehmensstrategie. Informelle und persönliche Beziehungen garantierten eine vorteilhaftere Wettbewerbsstellung.[555] Solange persönliche Ergebenheit, Verwandtschaftsbeziehungen und Protektion die Auswahlkriterien bei Personalentscheidungen in der Verwaltung waren[556], konnten sich weder Führungsstil noch Management in Politik, Wirtschaft und Verwaltung verbessern. Folge war einerseits, daß die politischen Führungsstrukturen intransparent blieben, und andererseits, daß sich Gruppen, die an sich gemeinsame Interessen gehabt hätten, keine organisatorische Form zu finden suchten. Zu groß war die Sorge, durch gemeinsames Vorgehen den individuellen Wettbewerbsvorteil aufzugeben. Die Intransparenz der Strukturen veranlaßte die Wirtschaftsakteure also dazu, auf Personalentscheidungen Einfluß zu nehmen, um die eigene Interessenvertretung direkt innerhalb der Entscheidungsgremien zu sichern. Persönliche Loyalität gegenüber den verschiedenen "Schirmherren" verhinderte damit die Formulierung einer einheitlichen Entwicklungsstrategie.

(3) *Personelle Stagnation:* Das Wahlverfahren, die Schwäche der anderen Parteien und die informellen Praktiken der Personalpolitik führten dazu, daß bis zum 3. Oktober 1999 – der Wahl des Bürgermeisters und Stadtrates von Volgograd – die kommunistische Partei unter der Führung von Alevtina Aparina sowohl in der Gebietsduma als auch im Stadtrat eine Mehrheit hatte und zudem die Verwaltungsstrukturen dominierte. Sie war somit in der Lage, die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Provinz maßgeblich mitzubestimmen – und sei es auch nur dadurch, daß sie weder einen Personalwechsel vornahm noch eine Restrukturierung von Verwaltung

---

555 Siehe auch: T. Dolgopjatova/Ju. Simačev/V. Tambovcev/A. Jakovlev: Schattenwirtschaft in Rußland. Aktivitäten legaler russischer Unternehmen, Berichte des BIOst 37-1999, Köln 1999, S. 22f., 33.

556 I. Černov: Nekotorye voprosy kadrovoj politiki i perspektivy razvitija politiceskoj situacii v Volgogradskoj oblasti, 1998, Volgograd (Typoskript), S.1.

und Wirtschaft initiierte.[557] Trotz dieser politischen Dominanz in den Gremien war es, anders als in Novgorod, dem kommunistischen Gouverneur des Gebiets Volgograd jedoch nicht gelungen, ein eigenständiges Team zusammenzustellen, um Politikvorhaben in der Region zu formulieren und durchzusetzen. Vielmehr übernahm er zum größten Teil den Apparat seines Vorgängers Šabunin.[558] Die stellvertretenden Gouverneure Vasilij Galuškin als erster Stellvertreter, Kraščenko (für Industrie und Telekommunikation), Nikolaj Zacarinskij (Wirtschaft und Finanzen), Sazonov (regionales Finanzmanagement) und Potapova (*Oblkomimuščestvo*) blieben im Amt.[559] Erst im Januar 1999 wurde mit Vladimir Kabanov, dem früheren ersten stellvertretenden Direktors der Volgograder Traktorenfabrik, nun verantwortlich für Industrie und Wirtschaft, ein personeller Austausch vorgenommen. Allerdings war auch Kabanov früher Parteifunktionär in exponierter Stellung gewesen.[560] Neu hinzu kam auch Vladimir Lemjakin, der für die Landwirtschaft verantwortlich zeichnete.[561]

Diese Kontinuität ist insofern bemerkenswert, als bereits Ivan Šabunin kaum Personal ausgetauscht hatte: Šabunin selbst war im Jahr 1991 von Präsident Jelzin zum Gouverneur ernannt worden. Da er zuvor der Vorsitzende des Gebietsexekutivkomitees (*oblispolkom*) gewesen war und damit dem alten Netzwerk zwischen Regierung, Industrie und Landwirtschaft angehört hatte, übernahm er, obwohl offiziell nicht mehr Mitglied der Kommunistischen Partei, das alte *ispolkom* beinahe vollständig als neue Administration. Da ihm der personelle Unterbau fehlte, der neue Entwicklungsstrategien hätte entwerfen können, beschränkten sich Šabunins Aktivitäten vor allem darauf, beim Zentrum

---

557 Upravlenie obščestvennych i mežregional'nych svjazej, Analiz resultatov, 1998, S. 8.

558 G. Čižov, Volgogradskaja *oblast'*, 1998, S. 258.

559 I. Černov: Prezidenstkie vybory - 2000. Tendencii i perspektivy v Volgogradskoj oblasti, Volgograd, August 1998 (Typoskript), S. 2.

560 I. Černov: Predvybornaja situacija nakanune vyborov v gosudarstvennuju dumu FS Rossijskoj Federacii. Volgogradskaja *oblast'*, Volgograd, Juli/August 1999, S. 20.

561 Delovoe Povolž'e, 1999, Nr. 1, S. 1.

um Subventionen nachzusuchen und Aufträge für die Rüstungsindustrie in der Region zu sichern. Vorbereitungen für den Übergang zur Marktwirtschaft stellte er demgegenüber hintan.

Trotz seines Festhaltens am alten Personal sah sich aber auch der erste Gouverneur von Volgograd einer erstarkenden Opposition von seiten der kommunistischen Partei ausgesetzt. Zunehmende Differenzen zwischen *oblast'* und Stadtverwaltung und der Machtkampf zwischen Šabunin und Jurij Čechov, seit 1995 Bürgermeister der Stadt Volgograd, um den Gouverneurssessel haben letztendlich den Weg dafür bereitet, daß sich bei den Gouverneurswahlen im Dezember 1996 der kommunistische Kandidat, Maksjuta, als lachender Dritter durchsetzen konnte. Maksjuta war jedoch noch weniger in der Lage als sein Vorgänger, eine erfolgversprechende regionale Wirtschaftspolitik zu formulieren. Vielmehr wurde der Managementstil des *muddling through*, der bereits unter Šabunin praktiziert worden war, fortgesetzt. Auch Maksjuta bediente weiter die verschiedenen Sonderinteressen. Hier wurden – wie schon bei Šabunin – Verhaltensmuster sichtbar, die Maksjuta ebenso wie sein Vorgänger als Direktor eines sowjetischen Großbetriebes eingeübt hatte. So waren es letztlich sowjetische Industrieerfahrungen, die die Volgograder Wirtschaftspolitik in den neunziger Jahren prägten.

(4) *Konkurrenz zwischen Stadt und oblast':* Mit über einer Million Einwohner ist Volgograd das industrielle Zentrum der Region. Die wesentlichen Industrien – Energieproduktion, Chemie- und Petrochemie und Maschinenbau (Rüstungsindustrie, Traktoren und Metallurgie) – sind hier konzentriert. Noch vor Einführung der Reformen im Jahr 1989 machten diese drei Sektoren zusammen 78,4% der städtischen Industrieproduktion aus. Mit weiteren 10% trug die Nahrungsmittelindustrie zur städtischen Produktion bei, während die Leicht-, Wald- und Bauindustrie nur wenig vertreten waren. Die wirtschaftlichen Ausgangsvoraussetzungen der Stadt waren trotz des signifikanten Anteils der Rüstungsindustrie recht gut. Die eigene Energieproduktion, mineralölverarbeitendes Gewerbe und der niedrige Anteil an Leichtindustrie und Landwirtschaft erleichterten den

Übergang.[562] Der Handlungsdruck war daher nicht so ausgeprägt, die Stadt verfügte über genügend Verhandlungsmasse, um sich gegen den Einfluß der Provinzverwaltung zu wehren. Dies war eine durchaus typische Entwicklung. Denn in den ersten Reformjahren haben sich viele der russischen Provinzhauptstädte von Verwaltungszentren zu städtischen Zentren entwickelt, in denen nicht nur politische Vorgaben ausgeführt wurden, sondern in denen man eigenständig Politik formulierte. Auch wenn der Einfluß der Administration der übergeordneten Ebene nach wie vor stark spürbar war, so wurde doch eine ganze Reihe von Politikfeldern, wie Fiskalpolitik, Preispolitik, Privatisierung und Unterstützung des klein- und mittelständischen Unternehmertums, von der Stadtverwaltung selbst besetzt.[563] Dies galt auch für Volgograd. Während sich die politische Lage im *oblast'* durch Stillstand und Reformträgheit typisieren ließ, waren in der Stadt Volgograd durchaus Elemente einer reformorientierten Politik zu erkennen. In einer komparativen Studie von 10 Wolgastädten wurde Volgograd sogar als verhältnismäßig reformfreudig beurteilt.[564] Die Reformbereitschaft ging allerdings nicht soweit, die Preiskontrollen für alle Güter und Dienstleistungen abzuschaffen. So waren in Volgograd nicht nur die Preise für den öffentlichen Transport und für kommunale Dienstleistungen reguliert, auch im Nahrungsmittelbereich galten strenge Auflagen.[565] Dagegen zeigte sich die Stadt Volgograd bei der Privatisierung von Wohnungen recht reformfreudig: dieser Indikator lag in Volgograd sogar über dem russischen Durchschnitt: 39% des

---

562 Siehe auch M. de Melo /G. Ofer: The Russian City in Transition: The First Six Years in Ten Volga Capitals, Development Research Group, The World Bank, Washington (D.C.), Working Paper Nr. 2165, August 1999, S. 3f. und Tab. 2 und 3.

563 Melo/Ofer: The Russian City, 1999, S. 4.

564 Indikatoren, die in diese Beurteilung eingingen, sind: Preisliberalisierung, Steuerpolitik, Wohnungssubventionierung, Wohnungsprivatisierung, Kleinbetriebentwicklung, Auslandsinvestitionen. Melo/Ofer: The Russian City, 1999, S. 12 und Tabelle 7.

565 Ebd., S. 6.

insgesamt zu privatisierenden Immobilienvermögens wurden privatisiert, der russische Durchschnitt betrug 36%.[566]

Die Entwicklung in der Stadt führte dazu, daß neben den Interessen der "alten Industrie", also des Maschinenbaus und der Rüstungsindustrie, die auch von der Region vertreten werden, auch "neue" Interessen, wie z.B. die privater Unternehmer oder der großen Mineralölfirmen hervortraten. Jurij Čechov verwendete viel Mühe darauf, allen Tendenzen gerecht zu werden. Zwar war er bestrebt, sich den Rückhalt der Präsidialadministration und anderer Regierungsstrukturen zu sichern,[567] doch im November 1996 verklagte er die Föderalregierung auf 200 Mrd. Rbl (37 Mio. US$), die diese der Stadt für Lohnzahlungen, Renten und Sozialprogramme schuldete.[568] Gleichzeitig bemühte er sich, in Moskau Verbindungen zu den unterschiedlichen finanz-industriellen Gruppen und Ölfirmen herzustellen, um gegebenenfalls ein Gegengewicht gegen die Gebietsadministration bereitzuhalten. Trotz gewisser Erfolge hat Čechov, der sich als politische Alternative zu den Kommunisten in der Provinz versteht, seit seiner Wahlniederlage bei den Gouverneurswahlen im Dezember 1996 nicht weiter versucht, seine Politik auf die *oblast'*-Ebene zu übertragen. Bei den letzten Dumawahlen hielt er sich zurück, sei es, weil es im Dezember 1998 noch ausweglos schien, den Kommunisten Paroli zu bieten, sei es, weil ihm die Autorität, die Ressourcen und damit auch die Kraft fehlten, sich den regionalen Eliten wirksam entgegenzustellen. Möglicherweise wollte er aber auch angesichts bevorstehender Bürgermeisterwahlen, deren Ausgang zu diesem Zeitpunkt noch ungewiß war, sein Image als guter Bürgermeister nicht verlieren und es sich mit anderen Interessengruppen nicht verderben.[569]

---

566 Ebd., S. 9.
567 I. Černov, Prezidenstkie vybory, 1998, S. 3.
568 Melo/Ofer: The Russian City, 1999, S. 21.
569 I. Černov, Vybory 2000, S. 4.

Gleichzeitig hat sich auch die Direktorenschaft lange im Hintergrund gehalten und keinerlei politische Ambitionen gezeigt.[570] Nur langsam hat sich eine politisch-finanziell-industrielle Elite herauskristallisiert, die ein Gegengewicht zu der kommunistischen Gebietsführung darstellte. Diese Gegenelite war trotz ihrer starken Position politisch entscheidungsunfähig. Die Rahmenbedingungen änderten sich allmählich. Die personelle und politische Orientierungslosigkeit ist in den letzten Jahren einer aktiveren, stärker reformorientierten Politik gewichen. Unter Jurij Čechov sind Maßnahmen eingeleitet worden, die einer Anpassung an marktwirtschaftliche Bedingungen zugute kamen. Mit einer zeitlichen Verzögerung machte sich damit der Trend zum Pragmatismus auch in den Wahlen zum Stadtrat im Oktober 1999 bemerkbar, bei denen die KPRF ihre Mehrheit von 17 Sitzen (von 24) zugunsten von unabhängigen, "professionellen" Kandidaten verlor. Gleichzeitig wurde Jurij Čechov mit 38% in seinem Amt als Bürgermeister bestätigt.[571]

Wirtschaftliche Entwicklungen

Wie in anderen Provinzen auch, dominierte die sozioökonomische Lage die politische Aufgabenstellung der Provinzverwaltung in Volgograd (siehe Tabelle 26, Tabelle 27). Teilweise bedingt durch die Wirtschaftsstruktur – Rüstungs- und Schwerindustrie auf der einen Seite, Landwirtschaft auf der anderen – war der politische Handlungsspielraum der Administration bei der Lösung wirtschafts- und sozialpolitischer Aufgaben zunächst sehr beschränkt.

570 I. Černov, Prezidenstkie vybory, 1998, S. 2.
571 RFE/RL Russian Federation Report, 1. Jg., Nr. 32, 6.10.1999.

Tabelle 26: Branchenstruktur Volgograd (in %, in Preisen von 1995)

Sektor	*1995*	*1996*	*1997*	*1998*	*1 Hbj. 1999*
Elektroenergie	8,9	17	16,2	15,2	13,4
Brennstoffindustrie	4,5	14,1	15,9	15,8	13,9
Eisenerzverhüttung	14	7,7	7,4	7,5	9,9
Buntmetallverhüttung	2,0	5,1	5,2	5,7	6,6
Chemie- und Petrochemie	14,7	20,6	23,2	23,4	18,9
Maschinenbau und Metallverarbeitung	29,8	13,0	11,2	11,0	13,2
Holz- und Holzverarbeitung	1,3	1,1	1,0	0,8	1,1
Baumaterialien	5,5	4,8	4,1	3,9	5,3
Leichtindustrie	3,7	1,1	1,0	1,6	0,4
Nahrungsmittelindustrie	11,1	12,8	12,2	12,5	12,9
Andere Industrieproduktion	0,5	2,7	2,6	2,6	4,4
Residuum	4	0	0	0	0

Quelle: 1995-1998: Volgogradskij oblastnoj komitet gosudarstvennoj statistiki: Ėkonomika Volgogradskoj oblasti 1995-1998 gg., 1999, S. 84; 1999: Delovoe Povolž'e, Nr.37/1999, S. 5.

Die Lage der 'klassischen' Volgograder Betriebe, vor allem im Bereich der Eisenerzverhüttung, verschlechterte sich wesentlich. Dies war nicht allein auf den Rückgang der Rüstungsaufträge zurückzuführen, denn der Anteil an spezialisierter Rüstungstechnik, der oftmals als Ursache für den wirtschaftlichen Niedergang der Region angeführt wird, machte in der Vergangenheit vermutlich nie mehr als 25% der gesamten Industrieproduktion aus.[572] Außerdem konnten die Sektoren Petrochemie und Energiewirtschaft ihren Anteil an der Volgograder Branchenstruktur ausbauen und damit einen Teil der wirtschaftlichen Einbrüche der anderen Industriezweige kompensieren.

[572] Levinson, Berichte des BIOst 14-1999, S. 8.

Tabelle 27: Wirtschaftsindikatoren Volgograd

	1992	*1993*	*1994*	*1995*	*1996*	*1997*	*1998*
Industrieproduktion, physisch (1990=100)	77	65	45	41	36	34	
Arbeitslosigkeit (in % der wirtschaftl. aktiven Bevölkerung)	5,5	5,6	7,6	11,5	11,2	50,0	14,7
Realeinkommen (% des Vorjahres)	-	-	103,5	87,0	104,7	115,5	84,7
% der Bevölkerung mit Geldeinkommen unterhalb des Substistenzminimums			26,6	33,2	27,9	24,1	31,5
Ausländische Investitionen (Mio. US$)				18	37	39	83
Joint Ventures/Export (in Mio. US$)		29	17	9	34	46	
Joint Ventures /Import (in Mio. US$)		18	17	18	56	36	

Quelle: Goskomstat Volgograd: Volgogradskaja oblast' v cifrach, Volgograd 1998, S.137; Goskomstat Rossii: Rossijskij statističeskij ežegodnik, Moskau 1999, S.110, 134, 163, 540.

Zweifellos wäre in Volgograd durchaus das Potential zu mehr Prosperität vorhanden: Ressourcenausstattung, Transportverbindungen, geographische Lage und interner Markt hätten jedoch effizient ausgenutzt werden müssen.[573] Zudem ist die Finanzlage des Gebiets an sich nicht so schlecht, denn Volgograd gehörte bis zum Jahre 1998 zu den sogenannten Geberregionen und zählte ganz gewiß nicht zu dem Drittel russischer Provinzen, deren Haushalt zu 30% aus föderalen Mitteln bestritten werden muß.[574] Nach 1998 hat sich die Finanzlage der Region allerdings zugespitzt. Im ersten Drittel des Jahres 1999 nahm Volgograd durchschnittlich 0,7% der föderalen Steuern ein und lag damit völlig im

[573] Ebd., S. 5.
[574] Ėkonomika i žizn', 1999, Nr. 27, S. 1.

russischen Trend.[575] Zu Beginn des Jahres 1999 verblieben 70% der Einnahmen in der Region, wobei die Ausgaben, die nun auf regionaler Ebene geleistet werden mußten, wie z.B. die Unterstützungszahlungen an die Landwirtschaft oder die Lohnzahlungen für Miliz und Armee, angestiegen sind.[576] Tatsächlich machen Finanzleistungen Moskaus an Volgograd nur noch einen geringen Prozentsatz aus. Allerdings zeichnete sich auch recht schnell ab, daß vor allem die Darlehen, zumeist Agrobonds, die zur Unterstützung der Landwirtschaft ausgegeben wurden, nicht zurückgezahlt werden können.[577]

Das Gebiet hatte im Jahre 1998 Schulden in Höhe von etwa 600 Mio. Rbl. Im September 1999 war diese Zahl auf 800 Mio. Rbl gestiegen. Beglichen wurden diese Schulden einmal mit Wechseln, die z.B. im Falle von rückständigen Gaszahlungen über die *Gazprombank* oder die *Menatep-St. Petersburg* abgewickelt wurden.[578] Die Stadt Volgograd hatte zudem seit November 1997 städtische Anleihen ausgegeben, um ihren Haushalt zu finanzieren. Da es in der Stadt keine Wertpapierbörse gab, war bis zum August 1998 die *Inkombank* damit beauftragt, die Anleihen zu plazieren.[579] Auch im Jahre 1999 war die Emittierung weiterer städtischer Anleihen in Höhe von 300 Mio. Rbl geplant. Da lokale Investoren angeblich keine alternativen Anlagemöglichkeiten hatten, und außerdem vorgesehen war, die Obligationen als Steuerzahlung zu akzeptieren, was das Anlagerisiko deutlich verringerte, war die Nachfrage nach diesen Obligationen hoch.[580] Damit wird offensichtlich, daß der Haushalt zum einen mit Hilfe von Anleihen, die auf dem offenen Markt gehandelt werden, zum anderen durch Verschuldung bei örtlichen Firmen gedeckt wird.

---

575 Ebd.
576 Delovoe Povolž'e, 1999, Nr. 1, S. 1, 4.
577 Ebd., 1998, Nr. 2, S. 2.
578 Kur'er, 27.9.1999, S.1.
579 Delovoe Povolž'e, 1998, Nr. 4, S. 7.
580 Vremja MN, 22.7.1999, elektronische Version.

Die Erhöhung der Realeinkommen, die Verbesserung der Gesundheitsversorgung und der Ausbildungsmöglichkeiten sind die wichtigsten Probleme, mit denen sich alle Regionalverwaltungen Rußlands auseinanderzusetzen haben.[581] Diese Aufgabenstellung ist zumindest teilweise in den Ausgaben des Budgets wiedererkennbar (siehe Tabelle 28): Für Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Ausbildung, Gesundheit und Soziales wurden in den Jahren 1997 bis erste Hälfte 1999 etwa 54% der gesamten Ausgaben eingestellt. Ob diese Mittel tatsächlich bereitgestellt werden konnten, war immer wieder eine offene Frage, zumal die Region es lange Zeit versäumt hatte, die lokale Steuerbasis auszuweiten, um langfristig ihre Haushaltseinnahmen zu sichern. In der Tat wurden die im Haushalt für 1998 geplanten Ausgaben nur zu 73,5% realisiert. Bemerkenswert war dabei, daß der für die Landwirtschaft eingestellte Posten lediglich zu 52,1% erfüllt wurde, wohingegen Ausgaben, die eher den Städten zugute kamen, wie Wohnungs- und Kommunalwirtschaft oder Transport und Ausbildung, zu über 80% ausbezahlt wurden.[582] Eine solche Aufteilung der Ressourcen spricht zumindest vordergründig für die Dominanz der Stadt im fiskalpolitischen Raum. Andererseits hat das Arbeitsamt in der Provinz ein Programm aufgelegt, das Arbeitslosen ermöglicht, ihr eigenes Geschäft aufzumachen. Vorwiegend Bewohner ländlicher Gebiete haben das Angebot, als Startkapital den jährlichen Betrag der Arbeitslosenunterstützung als Gesamtsumme zu erhalten, angenommen und sind nun mit kleinen landwirtschaftlichen Betrieben oder in der landwirtschaftlichen Weiterverarbeitung am Markt vertreten.[583] Als weitere "reformorientierte" Maßnahme haben ab Februar 2000 Region und Stadt Volgograd sowohl die Energietarife als auch die

---

581 Siehe auch: A. Gaponenko: Upravlenie social'no-ėkonomičeskim razvitiem regionov Rossii: novye uslovija i novye vozmožnosti, in: Vlast, 1999, Nr. 7, S. 45-51, hier S. 45.

582 Volgogradskoj oblastnoj komitet gosudarstvennoj statistiki: Volgogradskaja oblast' v cifrach, Volgograd 1999, S. 92.

583 RFE/RL Russian Federation Report, Vol. 1, No. 42, 15.12.1999, S. 5.

Heizungsgebühren um 10 bzw. 30% erhöht. Außerdem wurde die 20%ige Ermäßigung auf städtischen Transport gestrichen.

Tabelle 28: Konsolidiertes Budget der Region Volgograd (in Mrd. Rbl)

	1997(a)		*1998*		*1. Hbj. 1999*	
	in Mrd.	*in %*	*in Mrd.*	*in %*	*in Mrd.*	*in %*
Einnahmen	5.733		4.903		2.381	
Ausgaben	6.030	100%	5.050	100%	2.489	100%
davon:						
Verwaltung, Rechtssystem, Sicherheit	452	7%	438	9%	298	12%
Industrie, Energieversorgung, Bau	51	1%	75	1%	64	0,3%
Land- und Fischwirtschaft	340	6%	180	4%	100	0,4%
Wohnungs- und Kommunalwirtschaft	806	13%	780	15%	319	13%
Transport	208	3%	183	4%	98	4%
Ausbildungssystem	1.206	20	1.014	20%	742	30%
Kunst und Kultur	112	2%	78	2%	59	2%
Gesundheitswesen	727	13%	591	12%	419	17%
Sozialpolitik	459	8%	330	7%	120	5%
Fehlbetrag	1.669	27%		34%	270	11%

Quelle: Goskomstat Rossii: Indikatory, charakterizujuščie ėkonomičeskie i social'nye processy v Volgogradskoj oblasti, Volgograd 1999, S.3-6, (a) ab Beginn des Jahres.

Da bereits im Jahr 1999 der Reallohn der Bevölkerung um 12% gesunken war, machten sich diese Maßnahmen im den Taschen der Einwohner negativ bemerkbar.[584] Das Vorgehen der Verwaltung zeigt einerseits, daß

[584] Serenk, Andrej: "Ėlektrošokom" po potrebiteljam, in: Nezavisimaja gazeta, 2.3.2000.

der finanzielle Spielraum für populäre Maßnahmen gesunken ist, andererseits wird offensichtlich, daß notwendige Ausgabenkorrekturen des Haushalts auch tatsächlich durchgeführt werden. Das Vorgehen der Verwaltung, gerade Dienstleistungen zu verteuern, die traditionell eine erhebliche politische Bedeutung hatten, ist um so bemerkenswerter, als in der Provinz im Jahre 2000 Gouverneurswahlen anstanden, bei denen unter anderen Volgograds Bürgermeister Jurij Čechov kandidierte.

Wirtschaftspolitik

Anders als in Novgorod haben führende Politiker in Volgograd immer wieder explizit darauf hingewiesen, daß die Zentrale in Moskau ihren Handlungsbereich außerordentlich einschränke. Vor allem im Bereich der Fiskalpolitik würde Volgograd, so wurde argumentiert, aufgrund seiner Reputation als kommunistische Bastion nicht einmal die ihm rechtlich zustehenden Finanzmittel aus Moskau erhalten.[585] Vielmehr würde die Zentralregierung Transferleistungen und Subventionen dafür verwenden, eigene politische Ziele in der Provinz durchzusetzen.[586] Die Überzeugung, bei der zentralen Geldvergabe zu kurz zu kommen, hat sich auch im Jahre 1999 nicht verflüchtigt. Noch immer wurde das Argument, Saratov erhalte viermal mehr Subventionen als Volgograd,

585 Die Rücküberweisungen Moskaus aus dem Mehrwertsteueraufkommen in Volgograd machten im Jahr 1997 tatsächlich 73% der gesamten Transferleistungen Moskaus an Volgograd aus: Dieser Prozentsatz war in der Tat der höchste in der gesamten Föderation, was der Beschwerde über fiskalische Benachteiligung durchaus Nachdruck verleiht. L. Smirnjagin: Rossijskij regional'nyj bjulleten' Instituta Vostok-Zapad, 1. Jg., 1999, Nr. 1, 25.1.1999. Zu den Schwierigkeiten, die Transferleistungen klar zu ermitteln siehe z.B.: S. Tabata: Transfers from Federal to Regional Budgets in Russia: a Statistical Analysis, in: Post-Soviet Geography and Economics, 39. Jg., 1998, Nr. 8, S. 447-460.

586 Diese Behauptung stimmt auch – allerdings mit umgekehrten Vorzeichen – mit der von Treisman überein, der zu dem Schluß kam, daß vor allem konservative Regionen, die in Opposition zum Zentrum stehen, die hauptsächlichen Nutznießer föderaler Transfers sind; vgl. D. Treisman: The Politics of Intergovernmental Transfers in Post-Soviet Russia, in: British Journal of Political Science, 26. Jg., 1996, Nr. 3, S. 299-335; vgl. auch: Delovoe Povolž'e, 1998, Nr. 23, zitiert in IEWS Russian Regional Report. Internet Edition, 3. Jg., Nr. 26, 1998.

bemüht, wenn es darum ging, Moskau zu verstärkten Zahlungen zu bewegen.[587] Diese starke Orientierung auf Unterstützung aus Moskau illustriert, daß die Verwaltung des Gebiets offensichtlich nicht wirklich danach strebte, eine eigenständige Wirtschaftspolitik zu entwerfen, die die angebliche finanzielle Abhängigkeit von der Hauptstadt hätte auffangen können.

Auch wenn der Vorwurf berechtigt sein mag, die Höhe der Transferleistungen aus Moskau hänge vor allem von persönlichen Beziehungen ab[588], so rechtfertigte er doch nicht die unökonomische Verwendung der verfügbaren Mittel. Denn die finanzielle Situation der Provinz war auch der unprofessionellen Formulierung und Implementierung der Wirtschaftspolitik zuzuschreiben.[589] Operative Fragen standen im Vordergrund, während ein einheitliches, komplexes Entwicklungsprogramm, und sei es auch nur für den Zeitraum von zwei Jahren, nicht existierte.[590] Während die Ausgaben für Soziales, die u.a. auch Lohnzahlungen für die großen Rüstungsbetriebe umfaßten, großgeschrieben wurden, hatte es die Region nicht verstanden, die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern und Auslandsinvestitionen einzuwerben.

Förderprogramme für kleine und mittelständische Betriebe werden einerseits durch landesübliche Probleme wie z.B. wirtschaftliche und politische Instabilität, andererseits durch inkompetente Vorbereitung und fehlende Komplementärdienstleistungen (kein vollständiges Kataster, unklare Pachtregulierungen usw.) konterkariert. In der Provinz existierten im Jahr 1998 etwa 13.000 private klein- und mittelständische Unternehmen mit einer Gesamtzahl von 130.000 Beschäftigten. Zählt man die 85.000 Personen hinzu, die zwar unternehmerisch tätig, aber

---

587 Delovoe Povolž'e, 1999, Nr. 1, S. 1, 4.

588 Ėkonomika i žizn', 1999, Nr.27, S. 1; V. Komarovskij/L. Timofeeva: Torg meždu centrom i regionami idet. No umesten li on?, in: Vlast', 1998, Nr. 8-9, S. 69-73.

589 Das niedrige Niveau an Professionalität ist auch von dem stellvertretenden Gouverneur moniert worden. Siehe: Gorodskie vesti, 19.5.1998.

590 Levinson, Berichte des BIOst 14-1999, S. 20.

nicht rechtskräftig registriert sind, so machen klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) ungefähr 20% der Beschäftigten in der *oblast'* aus.[591] Angesichts der Aussage, daß langfristige Investitionen in Kapitalgüter bei lediglich 28% der KMU-Aktivitäten als notwendig angesehen wurden,[592] war es nicht weiter verwunderlich, daß KMUs lediglich 5% der Produktion in der Region bestritten. Förderprogramme für Industrie und Landwirtschaft wiesen ebenfalls eindeutig fachliche Schwachstellen auf, was zum einen auf die geringe Kompetenz der Verantwortlichen, zum anderen auf finanzielle Sachzwänge zurückzuführen war.

Die zwei folgenden Beispiele, nämlich die Organisation der Warenkredite der Firma *Lukojl-market* und die Einführung freier Wirtschaftszonen (FWZ) sollen exemplarisch aufzeigen, welche Auswirkungen die Entscheidungsprozesse in der Provinz Volgograd auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region haben. Sie demonstrieren, wie eine fehlerhafte und nicht durchdachte Politik die Weichen stellt und den zukünftigen Entscheidungsspielraum der Politiker unnötig einschränkt.

Die Warenkredite der Firma Lukojl-market: Zusammen mit der Nahrungsmittelindustrie sind *Lukojl* und der *Volžskij Trubnyj Zavod* (VTZ) die hauptsächlichen Steuerzahler und, wie im Falle *Lukojl*s, auch Gläubiger der Region.[593] Von den insgesamt etwa 600 Mio. Rbl Schulden des Gebietes im Jahre 1998 waren alleine 260 Mio. Rbl bei *Lukojl* angefallen. Dies lieferte der Ölfirma, die den gesamten ölverarbeitenden

---

591 Ebd., S. 8.

592 G. Polonsky: Small Business in the Russian Provinces: Case Study Evidence from Volgograd, in: Communist Economies & Economic Transformation, 10. Jg., 1998, Nr. 4, , S. 519-539, hier S. 527.

593 Insgesamt hat das Gebietsbudget im Jahre 1997 Einnahmen von 2.550 Mrd. Rbl vorgesehen. Etwa die Hälfte, 1.200 Mrd. Rbl waren Steuereinnahmen, die zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich von der NK *Lukojl* und der AOA Chimprom stammten. Der zweitgrößte Posten wurde für Einnahmen aus Transferzahlungen und zurückgezahlten Darlehen vorgesehen (682 Mrd. Rbl), während der dritte Posten zielgerichtete Budgetfonds in Höhe von 667 Mrd. ausmachten.

Sektor der Provinz mit Hilfe eines weitverzweigten Firmennetzes kontrollierte, und auf welche die Regionalverwaltung auch zukünftig angewiesen war, erheblichen Einfluß. Denn *Lukojl* war nicht nur wesentlichster Exporteur und Arbeitgeber der Region, sondern hatte der *oblast'*-Regierung in den vergangenen Jahren auch regelmäßig Warenkredite zu vergünstigten Konditionen angeboten.[594] Dieses Engagement schlug sich unter anderem positiv nieder, wenn es um den Erwerb von Aktien ging. So erwarb *Lukojl* eine Beteiligung an der regionalen Holding *Sfera*. Um seine Position im petrochemischen Sektor der Region auszubauen, nahm *Lukojl* auch an regionalen *loans-for-shares* Programmen teil.[595]

Lukojl hat seinen Einfluß auch auf die Landwirtschaft der Region ausdehnen können. Ungefähr 76% des Territoriums von Volgograd werden trotz schwieriger Naturverhältnisse – jede dritte Ernte wird durch Dürre bedroht – landwirtschaftlich genutzt. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft sind jedoch viele der Kolchosen und Sowchosen, aber auch neu gegründete private Farmbetriebe in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Ende 1998 waren gegenüber 1990 etwa 60% der technischen Ausstattungsgüter, 40% der landwirtschaftlich genutzten Gebäude und 50% des Nutzviehs verloren gegangen. Ein Drittel der Ackerflächen blieb ungenutzt.[596] Zum einen, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, zum anderen um die Agrarlobby in der Region zu befriedigen, wurde im Jahre 1998 über mögliche Hilfestellungen für den Sektor nachgedacht. Die Gewährung eines Warenkredits schien der *oblast'*-Administration eine sinnvolle Entwicklungsstrategie zu sein. Daher hat *Lukojl* im Jahre 1998 mit einer Garantie der Gebietsverwaltung landwirtschaftlichen Betrieben einen Warenkredit in Form von Brennstoffen[597] gewährt,

---

594 Ėkonomičeskoe položenie Volgogradskoj oblasti, S.18.

595 A. Barnes: Blurry Boundaries: Property, State, and Market in Post-Soviet Russia. Vortrag auf der Jahreskonferenz der AAASS, St. Louis, 18.-21. November 1999, S. 25.

596 Levinson, Berichte des BIOst 14-1999, S. 18.

597 GSM, gorjučee i smazočnye materialy = Heiz- und Schmiermittel.

wobei der Gouverneur erhebliche Anstrengungen unternommen hat, in Moskau die Genehmigung für diese Kreditierung zu erhalten.[598] Der Preis, der bei der Kreditvergabe veranschlagt wurde, betrug 2 Rbl pro Liter, obschon im September 1998, selbst nach der krisenbedingten Preiserhöhung, lediglich 1,7 Rbl pro Liter offiziell zu zahlen waren.[599] Bei diesem Kredit spielte noch ein anderer Faktor eine wesentliche Rolle: Der Kredit wurde durch die *Volgograder Agro-industrielle Korporation* kanalisiert (AIK), und zwar im Tausch gegen Sonnenblumenöl zu einem im voraus fixierten Preis. Zum damaligen Zeitpunkt betrug der Preis für eine Tonne Sonnenblumenöl 900 Rbl (entsprach 150 US$). Ausgehend von einer Ernte von 260.000 Tonnen, sollten 130.000 Tonnen zu diesem Preis abgegeben werden. Der Handelskredit wurde von der Gebietsadministration garantiert. Die lange Dürreperiode im Jahr 1998 hat jedoch zu einer außerordentlich schlechten Ernte in der Landwirtschaft geführt; lediglich 200.000 Tonnen Sonnenblumenöl wurden produziert. Als im Herbst abgerechnet werden sollte, bestand die AIK zusammen mit *Lukojl-market*, der Tochterfirma von *Lukojl*, die für diese Transaktion verantwortlich zeichnete, auf dem fixierten Preis, der jedoch nach der Rubelabwertung und aufgrund des geringeren Angebots nur noch 56 US$ pro Tonne ausmachte. Natürlich weigerten sich die Produzenten, ihre Ware zu diesem Preis abzugeben, und nach Verhandlungen einigte man sich auf den Preis von 117 US$. Der Weltmarktpreis lag jedoch bei 342 US$. Somit läßt sich leicht errechnen, daß *Lukojl* einen Gewinn von 2,9 Mio. US$ erzielen konnte. Da es gleichzeitig in der Region unmöglich war, einen alternativen Kredit für die Entwicklung der Produktion und Weiterverarbeitung von Sonnenblumenöl zu erhalten, waren die Produzenten auf *Lukojl* und die AIK, den Monopolisten in diesem Bereich, angewiesen. Die korporativen Interessen der Erdölfirma, der Region und der örtlichen Produzenten sind leicht nachzuvollziehen.[600] Sie werden den tatsächlichen

---

598 G. Čižov, Volgogradskaja *oblast'*, S. 258.
599 E. Serenko: "*Lukojl*" - slovo chlebnoe, in: Novye izvestija, 26.9.1998, S. 4.
600 I. Černov, Vybory 2000, S.2.

Entwicklungsbedürfnissen der Region jedoch nicht gerecht. Heute sind einige der Kreditnehmer so hoch verschuldet, daß sie letztendlich kein Anrecht auf ihre Ernte mehr haben.

Freie Wirtschaftszonen (FWZ): Ein Kennzeichen, das die Industrie in Volgograd mit der anderer Provinzen teilt, ist der hohe Aufzehrungsgrad des Grundkapitals, der in vielen Unternehmen mittlerweile bei über 70% liegt.[601] Fehlende Investitionstätigkeit – im Jahr 1998 sind mit 4.308 Mio. Rbl lediglich noch 28% des Investitionsvolumens von 1991 in Grundkapital getätigt worden – und kaum veränderte Industriestrukturen haben den physischen Produktionsrückgang von 65% seit 1990 mit herbeigeführt (siehe Tabelle 26).[602] Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, wurde in der Gebietsduma im Juni 1997 das "Gesetz über die Schaffung freier Wirtschaftszonen auf dem Territorium des Volgograder Gebietes" verabschiedet. Ziel des Programms, das auch von der Gebietsverwaltung unterstützt wurde, war es, durch Steuervorteile und Vorzugsbehandlung Investitionen anzuziehen, subventionsabhängige Teile des Volgograder Gebiets schrittweise zur Selbstversorgung zu führen und langfristig die Budgeteinnahmen zu erhöhen (Artikel 1). Gewährt wurden Steuervorteile für die der Region zustehenden Anteile an Gewinn-, Vermögens- und Grundsteuer (Artikel 5). Der Zeithorizont für Steuervorteile lag bei mindestens zehn Jahren, innerhalb welcher die Vereinbarungen nicht verändert werden durften (Artikel 6). Allerdings konnte diese Periode verlängert werden. Das Gesetz sah weiterhin vor, daß diese FWZ in ländlichen Gebieten nicht größer als 4 km² sein durften. In der Stadt durfte die Grenze von 1 km² nicht überschritten werden (Artikel 2). Die genannten Vergünstigungen galten allerdings nur für jene juristischen Personen, deren gesamte Produktionsbasis innerhalb der FWZ lag und die mindestens 50% des Reingewinns auf dem Territorium der FWZ reinvestierten.[603] Die Konstruktion dieses Gesetzes

---

601 Levinson, Berichte des BIOst 14-1999, S. 6.

602 Volgogradskoj Goskomstat, Volgogradskaja *oblast'* v cifrach, S. 127.

603 Gesetz "O porjadke sozdanija zon ėkonomičeskogo razvitija na territorii Volgogradskoj oblasti" vom 3.6.1997, Nr. 121-OD.

ließ eine ganze Reihe von Fragen offen. So war z.B. unklar, warum die Größe der FWZ ein bestimmtes Maß nicht überschreiten durfte, oder welche Erfolgsindikatoren eine FWZ über den genannten Zeitraum von 10 Jahren aufweisen mußte, um die ihr gewährten Steuervorteile zu rechtfertigen. Was geschehen sollte, wenn die juristischen Personen keinen Reingewinn erwirtschafteten, wurde in dem Gesetz ebensowenig geregelt, wie die Sanktionsmöglichkeiten im Falle von Mißbrauch. Ein weiterer Ansatzpunkt der Kritik war, daß die Gründung einer FWZ sowohl von der Duma als auch von der Verwaltung in jedem Einzelfall genehmigt werden mußte. Die Kriterien für die Zulassung einer FWZ waren aber ebenfalls nicht fixiert, sondern hingen von der Urteilskraft der damit beauftragten Entscheidungsträger ab, was wiederum Intransparenz und Willkür bedeuten konnte. Grundsätzlich entstand der Eindruck, daß die Konzeption der Volgograder FWZ vor allem auf die Erhaltung großer Betriebe abgestellt war, denen eine Vielzahl von kleineren Handels- und Produktionsfirmen angeschlossen war, die meist von den Direktoren der Großbetriebe kontrolliert wurden. Das Ziel, neue Investitionen anzuziehen, war nicht so deutlich.[604]

Da offenbar einige Widersprüche innerhalb des Rechts- und vor allem des Pachtsystems auftraten, wurde im September 1998 ein Dekret der Duma veröffentlicht, das die Registrierung von FWZs regulierte. Als Antwort auf dieses Dekret hat der stellvertretende Bürgermeister der Stadt Volgograd, Vladimir Popov, am 31. Dezember 1998 eine Verordnung erlassen, die verhinderte, daß das Dekret implementiert werden konnte. Offenbar hatte Popov einige weitere Schwachstellen der FWZs erkannt und nach einjähriger Erfahrung beschlossen, diesen einen Riegel vorzuschieben. So wurde z.B. moniert, daß die wahren Besitzer der Firmen, die die Steuervorteile beanspruchten, nicht bekannt waren. Weiterhin hatten die Behörden keinerlei Kontrollmechanismen, um zu überprüfen, ob die Steuerbefreiungen gerechtfertigt waren. Die Betriebe lieferten keine vollständigen – und bisweilen auch schlicht falsche –

[604] Levinson, Berichte des BIOst 14-1999, S. 22.

Daten und waren, selbst bei guter Absicht, unter den gegenwärtig instabilen Umständen nicht immer in der Lage, einen Geschäftsplan vorzulegen, der für die nächsten zehn Jahre Bestand hatte.[605] Angesichts der Tatsache, daß jedoch vier der prominentesten und notleidensten Betriebe der Stadt, nämlich die Rüstungsbetriebe *Barrikady* und *Krasnyj Oktjabr'*, das Volgograder Traktorenwerk und das (erfolgreiche) Chemiewerk *Chimprom* die Gründung einer FWZ ankündigten, mußte Popov sein Dekret wieder ändern und einer Fortsetzung des Programms zustimmen.[606]

Sowohl das Konzept der FWZ in Volgograd, als auch die Episode mit den Warenkrediten illustrieren, wie sehr die Volgograder Wirtschaftspolitik auf die Lösung operativer Fragen ausgerichtet war, anstatt langfristig eine Entwicklungsstrategie zu entwerfen. *Moral hazard* Probleme wurden ebensowenig berücksichtigt wie – so scheint es zumindest – die finanziellen Folgen einer solchen Politik. Die Inkonsistenz der Maßnahmen, teilweise bedingt durch temporären Druck großer Betriebe, verstärkte die Verunsicherung der Wirtschaftsakteure. Die Unentschlossenheit der regionalen politischen Entscheidungsträger eröffnete allerdings auch Entwicklungschancen für private Wirtschaftsinteressen, die an der Verwaltung vorbei versuchten, sich ihre Einflußsphäre zu sichern. Dies zeigte sich etwa am Beispiel der Investitionsausschreibung des *Metallurgičeskij zavod Krasnyj Oktjabr'* (*MZKO*).

Wo sind die Volgograder Oligarchen?

Im Kielwasser der Rubelabwertung im August 1998 konnten sich einige der großen regionalen Betriebe, u.a. die *MZKO*, wieder im innerrussischen Markt plazieren.[607] Überregionale Strukturen und finanz-

605 Delovoe Povolž'e, 1999, Nr.4, S. 2; 1999, Nr. 5, S. 1.

606 Ebd., 1999, Nr. 5, S. 1.

607 So sind im 1. Halbjahr 1999 die Produktionszahlen im Bereich Maschinenbau und Schwarzmetallurgie im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 27,4% gestiegen. Siehe: Delovoe Povolž'e, 1999, Nr. 37, S. 5.

industrielle Gruppen im Metallurgie- und Aluminiumsektor sind zunehmend an russischen Betrieben interessiert, die in ihre Wertschöpfungskette passen, und bemühen sich, diese unter ihre Kontrolle zu bringen. So bewarben sich denn auch gleich drei Interessenten, als die *MZKO* in Konkurs gegangen war und vom externen Management zum Verkauf ausgeschrieben wurde: *MAIR*, hinter welcher die *Alfa-Bank* stand, *Flora*, eine in Moskau ansässige Bank, und *Asmet*. Ein Expertenrat, der vom Kreditorenrat aus unabhängigen Experten, Vertretern der Kreditoren und der Gebiets- und Stadtverwaltung zusammengestellt wurde, sollte sich für einen der drei Vorschläge entscheiden, wie *MZKO* wieder zum Leben erweckt werden könne. Favorit war zunächst *MAIR*, die ein Investitionsvolumen von 5 Mio. Rbl versprachen, ein komplexes Investitionsprogramm vorgelegt hatten und bereits damit begannen, dieses auch umzusetzen. *Flora* hingegen hatte lediglich versprochen, grundsätzlich 500.000 US$ mehr als die Konkurrenz zu investieren und diese sofort auf ein Konto bei der Bank *Flora-Moskau* zu überweisen, aber keinen Geschäftsplan vorgelegt. Letzterer Vorschlag entsprach vor allem den Vorstellungen der Hauptgläubiger des Betriebes wie z.B. *Volgogradtransenergo*, der 25,8% der Konkursmasse zustand, und die auf eine rasche Rückzahlung ihrer Schulden hofften. Nach undurchsichtigen Entscheidungsprozessen erhielt letztendlich *Flora* den Zuschlag.[608] Die Gläubiger der in Konkurs gegangenen Firma haben sich zu 92% für diese Variante entschieden.[609] Die Gebietsverwaltung hingegen favorisierte das Angebot der *MAIR*.

Dieses Beispiel belegt, daß die Präferenzen der Gebietsverwaltung nicht unbedingt durchgesetzt werden können. Vor allem überregionale Strukturen sind wesentlich besser ausgestattet, sei es finanziell oder aber mit Beziehungen, um ihre Interessen durchzusetzen. Diese können dann, wie der Fall *MZKO* zeigt, auch den Interessen der regionalen Elite widersprechen. Andererseits scheint die Gebietsverwaltung auch erkannt

---

608 Delovoe Povolž'e, 1999, Nr. 37, S. 3, 6.
609 Novye delovye vesti, 1999, Nr. 23 (4.10.1999), S. 4.

zu haben, daß es vorteilhaft sein kann, wenn man die Verantwortung für ein so großes Unternehmen, wie die *MZKO* es war, abtreten kann. Denn die Wahl der Gläubiger gegen den Willen der Verwaltung ermöglichte nun auch, eventuelle soziale Folgen auf die privaten Akteure abzuwälzen.[610] Der Lerneffekt einer solchen Angelegenheit ist nicht zu unterschätzen, ebensowenig die Möglichkeit, sich ohne politischen Schaden eines industriellen Problemfalls zu entledigen. Auch wenn der für Wirtschaftsfragen verantwortliche stellvertretende Gouverneur, Vladimir Kabanov, nachträglich öffentlich bekräftigte, daß sich zukünftig die Verwaltungsstrukturen mehr um das Schicksal solcher Betriebe kümmern müßten, auch wenn dafür das regionale Gesetz, das die Industriepolitik in dem Gebiet regelt, geändert werden müsse.[611] In dieser Aussage liegt u.a. die Sorge verborgen, daß Moskauer Interessengruppen ihren Einfluß auf die Region verstärken[612] und damit die Regulierungsmechanismen der Gebietsverwaltung aushebeln könnten.

Diese Sorge ist nicht unberechtigt und läßt sich neben dem Metallurgiesektor (*MZKO*) auch im Chemie- und Petrochemiebereich beobachten. *Lukojl*, und seit einiger Zeit auch *Jukos*, bemühen sich verstärkt, ihr regionales Ölgeschäft auszubauen.[613] *Lukojl* ist einerseits kraft seiner Steuerzahlungen wesentlicher Wirtschaftsakteur in der Region und Geschäftspartner von Gouverneur Maksjuta. Gleichzeitig hält *Lukojl* das Kontrollaktienpaket an der regionalen Holding *Sfera*, welche die von der Gebietsadministration bevollmächtigte Firma ist, die Pfandanleihen versichert und garantiert, daß Investoren ihre Kredite zurückerhalten.[614] Andererseits steht auch hinter *Lukojl* keine homogene Interessengemeinschaft, die mit ihrem Einfluß auf die regionale Verwaltung eine konsequente Wirtschaftspolitik vorantreiben könnte.

---

610 Ebd.
611 Ebd.
612 Delovoe Povolž'e, 1999, Nr. 38, S. 6.
613 Černov, Predvybornaja situacija, S. 21.
614 Černov, Nekotorye voprosy, S. 3.

Die Tatsache, daß die eigentliche Regionalelite Volgograds, wie z.B. Ivan Rybkin, Lev Kiričenko, (ehemals erster stellvertretender Gouverneur und heute wie seinerzeit Rybkin einflußreich im nationalen Sicherheitsrat), oder Valerij Macharadze (der unter Egor Gajdar stellvertretender Ministerpräsident, zuständig für Regionalpolitik, war), in die föderale Politik abwanderte, hatte zur Folge, daß lediglich die zweite Reihe der Elite in Volgograd verfügbar war. Ohne eigene starke Galionsfigur fungierte sie oftmals lediglich als Sprachrohr der Interessen der in Moskau präsenten Volgograder. Unter der Federführung dieser Volgograder Elite in Moskau wurden Umstrukturierungen vorgenommen, die an den regionalen Entscheidungsträgern vorbeigingen. Da, wie oben beschrieben, weder die Duma noch die Administration tatsächliche und konsistente Entscheidungen traf und zudem noch in argen Finanznöten war, war ihr Spielraum, auf die weitere Wirtschaftsentwicklung Einfluß zu nehmen, beschränkt. Dies hatte zur Folge, daß Reformen auf Umwegen in die Region eingeführt wurden. Eigentum wurde langsam und oftmals auch inoffiziell erworben und umverteilt. Das führte zu einer wirtschaftlichen Entwicklung, bei der der staatliche Einfluß relativ gering war. Verspätet, langsam, und sicherlich nicht von den regionalen Entscheidungsträgern intendiert, paßte sich somit auch die Region des "roten Gürtels" den marktwirtschaftlichen Umfeldbedingungen an. Einige große Betriebe konnten sich Aufträge sowohl von in- als auch von ausländischen Auftraggebern sichern. Der *Volžskij Trubnyj Zavod* gewann im Januar 1999 eine Ausschreibung um die Produktion von Pipelines für das Kaspische Ölkonsortium in Höhe von 86,6 Mio. US$. Die lokale Schiffswerft konnte einen Auftrag von *Lukojl* in Höhe von 100 Mio. US$ für die Produktion von Öltankern erhalten.[615] Der Bau einer Brücke über die Wolga, ein Projekt, das bereits unter Šabunin initiiert, aber nicht vollendet wurde, wird immer noch betrieben, um die Attraktivität des Standorts Volgograd zu erhöhen.[616]

---

615 IEWS: Nikolai Kirillovich Maksyuta, S. 3.

616 Ebd., S. 4. Inwiefern die Gerüchte, die Volgo-Donskoj Bank sei eigens dafür gegründet worden, um die föderalen Hilfsgelder, die für den Bau der Brücke

Zusammenfassend läßt sich also sagen: Grundsätzlich kann in Volgograd nicht von einer homogenen Gruppe von Entscheidungsträgern gesprochen werden. Die verschiedenen Gruppierungen, die es natürlich auch hier gab, agierten nicht offen, und keine dieser Gruppierungen war stark genug, die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen zu ihren Gunsten zu bestimmen. Die offene Auseinandersetzung zwischen Stadt und Gebiet trug ebenfalls hierzu bei. Ein weiteres Indiz war, daß es nur punktuell zur Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik kam. Je nach Themen- und Interessenlage konnten gemeinsame Strategien entwickelt werden, ein übergeordnetes Schema war jedoch nicht zu beobachten. Die Präsenz von Direktoren in der Duma erleichterte zwar den Zugang zu den administrativen Machthabern, trug aber nicht zu einer direkten Einflußnahme auf politische Entscheidungen bei. Die Moskauer Exilvolgograder hielten ihre Beziehungen zu Volgograd weiterhin aufrecht und waren in der Lage, über Finanz- und Aktienflüsse den Handlungsspielraum der zweiten Garde wesentlich einzuschränken.

3.5.5 Ausblick

Anders als auf föderaler Ebene werden die Elitennetzwerke in den russischen Regionen selten von ausgesprochenen "Oligarchen" – von Finanzmagnaten und Wirtschaftsführern – dominiert. Es sind vielmehr solche Provinzgewaltigen, wie die Gouverneure von Regionen wie Ekaterinburg und Saratov, Rossel und Ajackov, und insbesondere der Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow, die das Spiel und seine Regeln bestimmen. In der Presse werden sie mitunter selbst als "Oligarchen" bezeichnet, da in ihrem Einflußbereich wirtschaftliche und politische Interessen tatsächlich in einem Maße verflochten sind, das über die übliche Einflußnahme von Wirtschaft auf Politik und umgekehrt hinausgeht.[617] In anderen Provinzen hat sich zwischen den großen

bereitgestellt wurden, aufzusaugen, gerechtfertigt sind, kann nicht belegt werden. Fest steht, daß das Investitionsprojekt im Jahre 1993 begonnen wurde, und daß es keinerlei Anzeichen dafür gibt, daß der Bau bald zu Ende geführt wird. Ohne weitere föderale Mittel kann der Bau nicht weitergehen.

617 Aleksej Ju. Zudin, Gespräch am 20.9.1999.

Betriebe und Unternehmen einerseits und der Verwaltung andererseits ein Machtgleichgewicht eingestellt, das sich wiederum auf die Dynamik der regionalen Wirtschaftsentwicklung auswirkt. Wirtschaftspolitische Entscheidungen basieren dort – wie zum Beispiel im Gebiet Perm – grundsätzlich auf einem Kompromiß der Akteure.[618]

Die Ergebnisse solcher Kompromisse, das haben die Fallbeispiele Novgorod und Volgograd gezeigt, hängen davon ab, inwieweit die jeweiligen Verwaltungen über ausreichende Entscheidungsautonomie und den Willen zum gemeinsamen Handeln verfügen und dabei zugleich über die Interessenlage der relevanten nicht-staatlichen Akteure informiert sind. Peter Evans hat diese Kombination von interner Kohäsion, organisatorischer Kohärenz und externer Verbundenheit in dem Begriff der "eingebetteten Autonomie" zusammengefaßt, die ihrerseits die Fähigkeit staatlicher Institutionen, Politikentscheidungen zu implementieren, beeinflußt.[619] Regionale Elitennetzwerke können den Grad der externen Verbundenheit staatlicher Institutionen erhöhen. Sie können aber auch deren interne Kohäsion untergraben, indem sie staatlichen Akteuren die Handlungslogik privater Interessengruppen aufzwingen. Tatsächlich kommt es auf die konkrete Natur eines Netzwerkes an, ob die Folgen für das staatliche Handeln, die aus ihm erwachsen, eher der Allgemeinheit oder individuellen Akteuren dienlich sind.

Ein günstiges wirtschaftliches Umfeld, also eine Wirtschaftspolitik, die stabile Institutionen schafft, eine transparente Rechtsgrundlage garantiert und Willkür in der Behandlung der Wirtschaftsakteure vermeidet und dadurch langfristig zur politischen und wirtschaftlichen Stabilität beiträgt, kann als ein "öffentliches Gut" betrachtet werden. Öffentlichen Gütern ist eigen, daß sie zwar allen zugute kommen, die Kosten für ihre Einführung jedoch gerade deshalb niemand persönlich auf sich nehmen

618 Natal'ja Ju. Lapina, Gespräch am 22.9.1999.

619 Vgl. P. Evans: Embedded Autonomy. States and Industrial Transformation, Princeton (N.J.) 1995.

will. Ist die Gruppe der beteiligten Akteure relativ geschlossen und überschaubar, so sind Sanktionsmechanismen, die abweichendes Verhalten eines "Mitspielers" bestrafen, leichter durchzusetzen. Das Beispiel Novgorod zeigt dies. In Volgograd hingegen, wo sich Stadt und *oblast'* gegenüberstehen, die politische Klasse heterogen ist und Interessengruppen wirtschaftspolitische Initiativen, die sie subjektiv als schädlich empfinden, faktisch mit einem Veto belegen können, waren die Voraussetzungen für die Formulierung und Durchsetzung einer kohärenten wirtschaftspolitischen Strategie erheblich schlechter.

Novgorod, so scheint es, hatte in mancher Hinsicht einfach mehr Glück: die Ernennung eines dynamischen Gouverneurs und die Auswahl guter und fähiger Mitarbeiter in einer frühen Phase der Reformen waren offenbar wichtige Faktoren, die Novgorod frühzeitig in eine günstige Entwicklungsrichtung lenkten. Daß dies keinesfalls einer Zwangsläufigkeit folgte, hat in jüngster Zeit insbesondere der Vergleich Novgorods mit dem unmittelbar benachbarten Pskov deutlich gezeigt. Die Region, die nach einer Vielzahl von Merkmalen mit Novgorod vergleichbar ist und sogar eine ähnliche mittelalterliche Kaufmannstradition vorzuweisen hat, war unter wechselnden politischen Führungen in den vergangenen Jahren nicht in der Lage, eine annähernd ähnlich erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu betreiben, sondern versank immer tiefer in der wirtschaftlichen Depression.[620]

In Volgograd verlief die Entwicklung nicht unähnlich: Zwei Gouverneure, die in relativ kurzer Abfolge jeweils ihrer eigenen Agenda folgten und Wert auf personelle Kontinuität legten, und eine Verwaltung, die überfordert war mit der Aufgabe, das durchaus vorhandene wirtschaftliche Potential der Region im Rahmen einer angemessenen und nutzbringenden wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie zu entwickeln. So bleibt die Erkenntnis, daß strukturelle Faktoren wohl eine günstige Entwicklung befördern können, daß es aber vor allem bewußte

---

620 O. Kuznecov: Novgorodskaja i Pskovskaja oblasti: ėkonomičeskoe položenie i faktory razvitija, in: Voprosy ėkonomiki, 1998, Nr. 10, S. 143-154.

Entscheidungen einer politischen Führung sind, die einen erheblichen Einfluß auf die wirtschaftspolitische Entwicklung einer Region nehmen können.

3.6 Wirtschaftsakteure im Übergang

In der Phase des Übergangs, in der bisher geltende Regeln außer Kraft waren, und in der sich die künftige Wirtschaftsordnung erst schemenhaft abzeichnete, waren die Wirtschaftsakteure mit einer schwierigen Aufgabe konfrontiert. Das Nebeneinander von Marktelementen und Resten der Planwirtschaft, die politischen Machtkämpfe im Zentrum, die Reibungen zwischen Zentrum und Regionen schufen eine komplexe Situation, in der eine langfristige Orientierung kaum möglich war. Die alten sowjetischen Apparate waren in Auflösung begriffen, doch alte Netzwerke bestanden noch fort, andererseits boten Privatisierung, Liberalisierung des Kapitalverkehrs und Aufhebung des staatlichen Außenhandelsmonopols neue Handlungsoptionen. Das Regelwerk, das die marktwirtschaftliche Ordnung steuern sollte, war lückenhaft und unvollkommen, Institutionen wie Zentralbank, Finanzministerium oder Privatisierungsbehörden befanden sich im Aufbau oder in der Umstellung und hatten sich in ihren neuen Aufgabenfeldern noch nicht orientiert. Diese Situation schuf einerseits große Unsicherheiten – kaum einer wußte, was die nächsten Monate bringen würden –, andererseits bot sie aber auch große Spielräume für Akteure, die das Risiko nicht scheuten. Die Rahmenbedingungen wurden dabei von zwei Gruppen wesentlich mitbestimmt – von den politischen Führungsschichten in Moskau und den jeweiligen regionalen Eliten in den 89 Föderationssubjekten. Von der Art der Interaktion mit diesen Teileliten hingen Erfolg und Mißerfolg der Wirtschaftsakteure maßgeblich ab. In dieser Lage verhielten sich die Angehörigen der wirtschaftlichen Führungsschichten – abhängig von Temperament, Interessenlage und verfügbaren Ressourcen – ganz unterschiedlich und entwickelten individuelle Strategien, um sich in der neuen Umwelt zu behaupten.

Im Bewußtsein der russischen Öffentlichkeit stellten die "Oligarchen" den Prototyp des Wirtschaftsakteurs der Transformationszeit dar – gewissermaßen eine Verkörperung der Verkommenheit und der sozialen Ungerechtigkeit der Jelzin-Ära. In der Tat gestalteten die "politischen Unternehmer", die sich in den neunziger Jahren um neugegründete

Geschäftsbanken herum regelrechte Finanzimperien schufen, die Wirklichkeit der Jelzin-Ära maßgeblich mit. In der Mehrzahl waren diese Magnaten Aufsteiger, die mit dem klassischen Bankgeschäft wenig im Sinne hatten, die Banken aber als Instrument nutzten, sich Kapital zu verschaffen. Währungsspekulation während der Hochinflation, Geschäfte mit kurzfristigen Staatsanleihen und die Funktion als "bevollmächtigte Bank" für die föderale oder eine regionale Exekutive verschafften ihnen die nötigen Mittel, um kommerziell interessante Unternehmen aus der sowjetischen Hinterlassenschaft zusammenzukaufen. Entscheidend für ihren Erfolg war die große Nähe zu politischen Führungskreisen, die ihnen Schutz gewährten, und die sie beim Zugriff auf staatliche Ressourcen – etwa in Form von Krediten, Bevorteilung bei Privatisierungsauktionen u.a.m. – unterstützten. Im Gegenzug investierten die "politischen Unternehmer" Mittel in Politiker, indem sie Wahlkampagnen finanzierten und ihren Verbleib im Amt sicherten. Die Symbiose zwischen Politik und Kapital erreichte einen Höhepunkt in den Pfandauktionen der Jahre 1995-1997, in deren Verlauf Aktienanteile der einträglichsten russischen Großunternehmen in private Hand übergingen. Kennzeichnend für den Typus des "politischen Unternehmers" dieser Phase war es, daß er nicht Produkte entwickelte, Märkte erschloß und Konsumbedürfnisse befriedigte, sondern, daß er sich aktiv Zuwendungen aus staatlichem und gesellschaftlichem Vermögen verschaffte. In der Übergangsphase war dies gewiß eine rationale Strategie: die großen Vermögen der russischen Magnaten entstanden eben auf diesem Wege, durch *rent seeking*. Die Zusammenfassung von Betrieben in den Finanz- und Industriegruppen bedeutete jedoch noch nicht deren produktive Nutzung. Eine Reihe von Magnaten scheiterte in der Finanzkrise 1998. Vom "politischen Unternehmer" zum erfolgreichen Führer eines Industrieimperiums war der Weg nicht einfach. Wie oben schon angemerkt, reichte das Talent, unter dem Schutz der politischen Führung erfolgreich mit Geld zu operieren, nicht aus, um ein Industrieunternehmen oder eine Holding effizient zu leiten. Dennoch wuchs mit den "politischen Unternehmern" eine Klasse von Eigentümern heran, die entschieden dafür eintrat, die Macht- und

Vermögensverhältnisse, die durch die Reformen der Jahre 1992 bis 1994 geschaffen worden waren, zu bewahren.

Eine ähnliche Rolle spielte die Führungselite der Gasindustrie, die es verstanden hatte, sich auch unter gewandelten Verhältnissen die Verfügung über die einträgliche Ressource Erdgas zu erhalten und das Marktmonopol in politischen Einfluß umzumünzen. Allerdings stammte sie aus einem ganz anderen Milieu als die *homines novi* der Bankengruppen, die in der Mehrzahl Aufsteiger und *self-made men* waren. Die Gasmanager stammten in der Mehrzahl aus dem sowjetischen Erdgasministerium, das sie erfolgreich in eine Konzernstruktur überführt hatten. Auf diese Weise war es ihnen gelungen, die sowjetische Leitungsstruktur den neuen Rahmenbedingungen anzupassen und das Erdgasmonopol – nicht dem Namen nach, aber *de facto* – zu privatisieren. Eine wichtige Voraussetzung dafür war die Unterstützung durch die politische Führung, mit der die Gaselite enge Beziehungen pflegte. So konnte sie während der Jelzin-Ära ihre Interessen – Erhaltung des Konzerns als einheitlichem Akteur unter der Kontrolle des gegenwärtigen Managements, Exportgeschäfte ohne Einmischung des Staates und geringe Steuerbelastung – im wesentlichen wahren. Dies erfolgte in einem fortgesetzten Verhandlungsprozeß mit der politischen Führung, die ihrerseits von der Gaselite die großzügige Bereitstellung von Mitteln verlangte – zur Stabilisierung der Staatsfinanzen, zur Subventionierung des Binnenenergiemarktes, und nicht zuletzt bei der Finanzierung politischer Kampagnen. Aus der Verschränkung der Interessen von politischer Führung und Gaselite erwuchs eine stabile Allianz, die der Jelzin-Administration einen festen Rückhalt verschaffte. Dieser "konservative Konsens" war das Gegenstück zu dem Bündnis mit den großen Finanzgruppen, in dem es – wie der "Bankenkrieg" gezeigt hatte – nicht ohne Konflikte abging.

Der erfolgreiche Übergang der Gaselite in die Welt des Marktes war aber keineswegs zwangsläufige Folge ihrer privilegierten Stellung in der Sowjetzeit. Das zeigt das Schicksal einer anderen Gruppe, die in der Sowjetzeit erhebliches politisches Gewicht besessen und großen Einfluß

auf die Ressourcenverteilung ausgeübt hatte, der Rüstungselite. Im Gegensatz zur Führungsschicht des Erdgassektors agierten die Manager des Rüstungssektors politisch und kommerziell ausgesprochen unglücklich. Selbst in der Luftfahrtindustrie, die über ein beachtliches Entwicklungspotential und Exportmöglichkeiten verfügte, gelang es nicht, leistungsfähige Unternehmensstrukturen zu schaffen. Zwar war die Rüstungselite – ebenso wie die Gaselite – vergleichsweise homogen mit ähnlicher Ausbildung und ähnlichen Karriereverläufen, doch statt geschlossen zu agieren, arbeiteten die Unternehmen und Konstruktionsbüros schon sehr früh gegeneinander. Fortgesetzte Auseinandersetzungen um Chefposten führten im Rüstungssektor zu einer weitgehenden Personalisierung der Industriepolitik und verhinderten – ganz anders als in der Gasindustrie – den notwendigen Konzentrationsprozeß. Im Gefolge der Konkurrenzkämpfe verlor die Mehrheit der Unternehmen den Anschluß an die technologische Entwicklung, und die notwendigen Produkt- und Prozeßinnovationen wurden nicht eingeleitet. Ebensowenig unternahm man ernsthafte Anstrengungen, die Finanzierung neu zu ordnen und Märkte zu entwickeln. Der vormals so starke Rüstungssektor geriet mehr und mehr ins Abseits. Seiner Führungsschicht war es zwar in vielen Fällen gelungen, ihre Posten zu behalten, doch versagten sie dabei, die "alte" Sonderstellung zu bewahren und die Verfügung über Exportressourcen in politischen Einfluß umzumünzen.

Das Management der Kohleindustrie war von Anfang an in einer sehr viel schwächeren Position als Banken, Gas- oder Rüstungsindustrie. Die Kohleförderung hatte bei weitem nicht deren wirtschaftliche Bedeutung, und mit ihr ließen sich auch keine lukrativen Exportgeschäfte machen. Insofern waren der Führung des Kohlesektors die Wege der Lobbyarbeit verschlossen, die die großen Finanzgruppen in der Jelzin-Ära mit solchem Erfolg beschritten. Allerdings konnte sie versuchen, durch Hinweis auf die drohende soziale Krise in den Kohleregionen die Regierung zur Fortsetzung von Subventionen zu bewegen. Dies galt zwar auch für einen Teil der Rüstungsindustrie, im Kohlesektor trat jedoch neben dem Management ein weiterer Akteur auf – nämlich die

Belegschaften der Gruben. Die Streikbewegung verlieh den Argumenten des Management ein besonderes politisches Gewicht. Tatsächlich wurde die Jelzin-Administration kurzfristig immer wieder zu Zugeständnissen gezwungen, langfristig konnten sich Management und Belegschaften nicht durchsetzen. Dies hatte einerseits mit dem geringen wirtschaftlichen Gewicht des Industriezweigs zu tun, doch es spielte auch ein strukturelles Element eine Rolle: in einem politischen System wie dem der Jelzin-Jahre, in dem politische Interessen nicht institutionalisiert waren, sondern personale Beziehungen die entscheidende Rolle spielten, mußte der Versuch einer großen Gruppe, mit der Regierung in einen institutionalisierten Dialog einzutreten, scheitern. Die Jelzin-Administration war einfach nicht imstande, in langfristiger Kooperation grundsätzliche Konfliktlösungsmechanismen zu entwickeln. Symptomatisch für das ökonomische und politische "System Jelzin" war aber, daß für die Kohleindustrie – wie die Bankengruppen, Gazprom und die Rüstungskonzerne – unternehmerischer Erfolg sich nur durch Vermittlung des Staates einstellte. Die Reorganisation der Betriebe, die Straffung der Produktion und die Entwicklung von Absatzstrategien, die die internationalen Förderinstitutionen forderten, stand nicht im Mittelpunkt des Denkens der Kohleeliten. Für sie entschied die Unterstützung durch die Jelzin-Regierung letztlich über Wohl und Wehe der Betriebe.

Die staatliche Exekutive war daher in den neunziger Jahren ein wichtiger Wirtschaftsakteur. Ihre Rolle ging weit über die Formulierung von Regeln und Definition von Rahmenbedingungen hinaus. In vielen Bereichen griff sie direkt in Wirtschaftsentscheidungen ein. Tat die Zentrale das meist vermittelt, etwa durch Förderungen bestimmter Finanzgruppen, war die regionale Exekutive in der Regel eng in die örtlichen Elitennetzwerke eingebunden und gestaltete maßgeblich das regionale Wirtschaftsklima. Die Fallbeispiele Volgograd und Novgorod zeigen, daß sich regionale Eliten ganz unterschiedlich verhielten: in Novgorod konnte eine geschlossene Gruppe, die gemeinsam agierte, ein günstiges wirtschaftliches Umfeld schaffen und so eine stabile Entwicklung in Gang bringen, während in der Region Volgograd Stadt-

und *oblast'*-Verwaltung gegeneinander arbeiteten und nicht zu einem gemeinsamen Handeln kamen. Von der Formulierung und Durchsetzung einer kohärenten wirtschaftspolitischen Strategie konnte keine Rede sein.

Die Beispiele zeigen, daß Elitengruppen in der Phase des wirtschaftlichen Übergangs eine große Breite von Handlungsoptionen hatten. Dabei war die Herkunft aus der *Nomenklatura* und die Sozialisation in sowjetischen Kontexten nicht automatisch ein Kriterium für Mißerfolg. Das Gazprom-Management etwa hat sich unter den neuen Bedingungen erfolgreich durchsetzen können, weil es geschlossen agierte und sich rasch an die neuen Bedingungen adaptierte. Die Rüstungselite dagegen blieb viel zu lange in traditionellen Vorstellungen befangen und versuchte, alte Netzwerke zu nutzen und zu erhalten, die in der Jelzin-Ära keine Bedeutung mehr hatten. Entscheidend war aber stets das Verhältnis zur politischen Macht. Insofern stellen die wirtschaftlichen Führungsschichten in den neunziger Jahren noch keine eigenständige gesellschaftliche Kraft dar. Die Akteure waren weitgehend von der politischen Führungsschicht abhängig und auf diese orientiert. Allein die großen Finanzgruppen – die "Oligarchen" – gewannen Mitte der neunziger Jahre eine gewisse Unabhängigkeit, die sie durch die Finanzkrise des Jahres 1998 teilweise wieder einbüßten. Gesellschaft war auch in der Jelzin-Ära zunächst eine staatliche Veranstaltung – oder genauer: die Veranstaltung einer politischen Kaste.

4. Die Präsidentschaft Putin – neue Spielregeln für Wirtschaftsakteure?

4.1 Der Übergang von Jelzin zu Putin

In den letzten Amtsjahren Jelzins war seine Administration vor allem mit der Suche nach einem passenden Nachfolger beschäftigt. Ein personeller Wechsel war unumgänglich, denn der erste Präsident der Rußländischen Föderation war politisch wie physisch verbraucht. Der Clan, der sich um den Präsidenten geschart hatte – in der Öffentlichkeit wurde er allgemein als "die Familie" bezeichnete –, bemühte sich daher, einen Politiker zu finden, der die entstandenen Strukturen nicht grundsätzlich in Frage stellte, und den er als Amtsnachfolger aufbauen konnte. In dem weithin unbekannten Vladimir Putin, Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB seit Juli 1998 und Sekretär des nationalen Sicherheitsrates seit März 1999, glaubte man die geeignete Person gefunden zu haben. Im August 1999 wurde er zunächst zum Ministerpräsidenten ernannt und gewann rasch an Popularität. Ende des Jahres trat Jelzin als Präsident der Rußländischen Föderation zurück und übergab Putin die Amtsgeschäfte. Bei den vorgezogenen Präsidentenwahlen am 26. März 2001 setzte sich der amtierende Präsident mit 52,9% aller abgegebenen Stimmen bereits im ersten Wahlgang sicher durch.

Der Wechsel im Präsidentenamt vollzog sich vor dem Hintergrund eines anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs. Ohne Zutun der Regierungen Primakow[621], Stepašin und Putin begannen Bruttoinlandsprodukt, Industrieproduktion und Investitionen 1999 rasch zu steigen:

---

[621] In seiner Präsentation auf der *BASEES annual conference* im März 1999 kennzeichnete Phil Hanson das Verhalten des russischen Ministerpräsidenten Primakow ironisch als eine Strategie, die in der "großen Tradition Marschall Kutuzovs" stehe, der Napoleon geschlagen habe, ohne gegen ihn zu kämpfen.

Tabelle 29: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren in den Jahren 1990 bis 2001

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %	*1996*	*1997*	*1998*	*1999*	*2000*	*2001*
Bruttoinlandsprodukt[1]	-3,4	0,9	-4,9	3,2	8,3	5,0
Industrieproduktion[1]	-4,0	2,0	-5,2	8,1	11,9	4,9
Bauwirtschaft	-16,0	-6,0	-5,0	6,0	11,5	9,9
Agrarproduktion[1]	-5,1	1,5	-13,2	4,1	5,0	6,8
Bruttoanlageinvestitionen[1]	-18,1	-5,0	-12,0	5,3	17,7	8,7
Gütertransportvolumen[2]	-17,7	-9,8	-5,3	5,3	6,3	
Gütertransportvolumen[3]	-4,6	-3,4	-3,4	5,2	4,8	3,1
Einzelhandelsumsatz[1]	-4,1	4,7	-3,3	-7,7	8,7	10,8
Entgeltliche Dienstleistungen für Endverbraucher[1]	-5,8	3,3	-0,5	2,4	5,7	
Nominale Geldeinkommen pro Kopf der Bevölkerung	46,1	22,7	5,8	58,3	32,4	31,2
Reale Geldeinkommen der privaten Haushalte	-0,8	6,3	-16,9	-15,8	9,3	5,9
Renten, real	8,7	-5,4	-4,8	-39,4	28,0	22,6
Verbraucherpreise[5]	21,8	11,0	84,4	36,5	20,2	18,6
Industrielle Erzeugerpreise[5]	25,6	7,5	23,2	67,3	31,6	10,7
Warenexport (in US$)	9,3	-0,3	-15,9	1,3	39,5	-2,6
Warenimport (in US$)	12,9	7,0	-19,8	-31,7	13,5	17,8
Arbeitslosenquote[6]	9,9	11,2	11,9	11,7	10,2	9,0

Quellen: DIW Wochenbericht Nr. 6/2002, S. 90, Tabelle 1, basierend auf: Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g., M. 1991, S. 129, 177, 352; Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii, M. 1992, S. 14 f.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., M. 1996, S. 254; dass. 1996 g., M. 1997, S. 7, 8, 179, 182; dass. 1997 g., M. 1998, S. 7-8, 103 ff., 284; dass., 1998 g., Moskva 1999,S. 7-8, 105, 260, 279; Rossijskij statističeski ežegodnik 2000, Moskva 2000, S. 406, 564 und 578; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 2000 g., M. 2000, S. 7-8, 199; <www.gks.ru vom 23.01.2002>. Anmerkungen: [1] Real. [2] Auf Tonnenbasis. [3] Auf Basis Tonnen-Kilometer. [4] 1991 bis 1993: Dezember zu Dezember des Vorjahres; von 1994 an Jahresdurchschnitt. [5] 1990: Jahresdurchschnitt, von 1991 an: Dezember zu Dezember des Vorjahres. Am Periodenende; ILO-Methodik. Vorläufige Angabe des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, zitiert nach Interfax vom 28. Januar 2002; vgl dazu oben Tabelle 2, mit Angaben von A. Frenkel' für die Jahre 1991-1998.

Für diese Entwicklung waren hauptsächlich drei Faktoren verantwortlich: die Importsubstitution und die Senkung der Reallöhne nach der Finanzkrise 1998 sowie das Ansteigen der Weltmarktpreise für Öl und Gas. Der Einbruch des Rubelkurses im August 1998 führte zu einer Verteuerung westlicher Importwaren, die folgerichtig eine Reduzierung der Einfuhr nach sich zog. Dies schuf Raum für russische Produzenten, die mit Erfolg in jene Marktnischen vordrangen, die sich im Konsumgüterbereich auftaten. Eine zweite Folge der Augustkrise war eine deutliche Senkung der Reallöhne. Für die russischen Unternehmer war dies eine fühlbare Entlastung, die sich positiv auf die Produktionskosten auswirkte. Der dritte Faktor war schließlich das Ansteigen der Preise für Öl, Gas und Metalle auf dem Weltmarkt. Da Rußland in großem Ausmaße Rohstoffe und Energieträger exportiert, profitierten Staat und Unternehmen von dieser Entwicklung. Die gestiegenen Staatseinnahmen versetzten den Finanzminister in die Lage, den Staatshaushalt ohne erneute Schuldenaufnahme auszugleichen.[622] Importsubstitution, Reallohnsenkung und hohe Energiepreise schufen Anfang 1999 die Rahmenbedingungen für eine allmähliche wirtschaftliche Erholung.

Der neuen Administration, die mit Präsident Putin ihre Arbeit aufnahm, verschaffte der Aufschwung eine politische Atempause. Die Wähler, die 1999 und 2000 vor allem durch eine massive Imagekampagne für den Jelzin-Nachfolger mobilisiert worden waren, schrieben die Besserung der Wirtschaftslage dem neuen Präsidenten und seiner Regierung zu und belohnten diese durch hohe Zustimmungsraten.[623] Putin nutzte diese Situation, um seine politische Position zu festigen und die Machtstellung potentieller Konkurrenten zu schwächen, insbesondere die der regionalen

---

[622] Vgl. Russlands Aufschwung in Gefahr, Berlin 2000 (= DIW Berlin. Wochenbericht 50/2000).

[623] Vgl. z.B. die Angaben des Meinungsforschungsinstituts VCIOM: Press-vypusk Nr. 22, 27.6.2001 <www.polit.Ru/437282html, 27.6.2001>; sowie Press-vypusk Nr. 30. 01 nojabrja 2001 goda <www.wciom.ru/vciom/new/press/press121101_30.htm, 1.11.2001>; ferner M.K. Gorškov: Obščestvennoe mnenie osen'ju 2000-go, in: Nezavisimaja gazeta, 17.10.2000, S. 8.

Machthaber und der großen Industrie- und Finanzgruppen. Durch präsidiale Kontrollorgane für die Regionen und eine Reform des Föderationsrates wurde das politische Gewicht der Regionen beschnitten.[624] Gleichzeitig ging die Putinsche Führung offensiv gegen einige der sogenannten "Oligarchen"[625] vor. Bereits in den neunziger Jahren war klar geworden, daß die Dominanz einiger weniger Industrie- und Finanzgruppen, die den Staat gewissermaßen als Selbstbedienungsladen begriffen, ein Hindernis für die Entwicklung einer normal funktionierenden Markt- und Sozialordnung war. Auch der politische Spielraum des Staatsoberhauptes wurde durch die Medienmacht und die Kapitalkraft der Finanzmagnaten eingeengt. Jede politische Gruppierung, die eine Fortentwicklung des politischen und ökonomischen Systems anstrebte und damit eine Änderung des innergesellschaftlichen *status quo*, mußte mit ihnen in Konflikt geraten. Nachdem Putin als Nachfolger Jelzins etabliert war, stellte sich daher von selbst die Frage nach seinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Einflußgruppen. Das war deshalb ein delikates Thema, weil das neue Staatsoberhaupt ein Geschöpf der "Familie" und bestimmter "Oligarchen" war, die ihn "gemacht" hatten. Allerdings hatten sie ihn mit dem Image eines volksnahen, dynamischen, starken Mannes versehen, der mit den

---

624 Vgl. dazu u.a. Položenie o polnomočenom predstavitele Prezidenta Rossijskoj Federacii v federal'nom okruge, in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 2000, Nr.20 st. 2112, S. 4319-4322; Perečen' federal'nych okrugov, in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 2000, Nr.20 st. 2112, S. 4323; Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii: O polnomočenom predstavitele Prezidenta Rossijskoj Federacii v federal'nom okruge, in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 2000, Nr.20 st. 2112, S. 4318; vgl. E. Schneider: Putins Rezentralisierungsinitiativen, Aktuelle Analysen des BIOst Nr. 29/2000, Köln 2000; "Ja ne vižu ser'eznych osnovanij bojat'sja perevorota", in: Nezavisimaja gazeta, 15.7.2000, S. 1, 3; A. Heinemann-Grüder: Putins Reform der föderalen Strukturen, in: Osteuropa, 50. Jg., 2000, Nr. 9, S. 979-990; J. Perovic: Chancen und Gefahren des Regionalismus für Russland, Bern/Berlin u.a.O.2001; I.M. Busygina: Neue Strukturen des Föderalismus in Rußland, in: Osteuropa, 51. Jg., 2001, Nr. 10, S. 1131-1145.

625 Zum Begriff und seiner Bedeutung vgl. oben Kapitel 2.4 Die Wirtschaftselite in der Ära Jelzin – der Aufstieg der "politischen Unternehmer".

Mißständen der Jelzin-Ära aufräumen werde. So bestand zwischen den Erwartungen der Wähler und denen der Koalition, die ihm zum Wahlsieg verholfen hatte, ein offenbarer Gegensatz.

4.2 Die Wendung gegen die "Finanzoligarchie" – Putins "Staat und Kapital"

Die Putin-Administration beeilte sich, ihre politischen Zielvorstellungen öffentlich vorzustellen. In drei Dokumenten, die im Kontext der Amtsübernahme Putins am 31. Dezember 1999 und seiner Wahl am 26. März 2000 publiziert wurden, umriß sie ihre Vorstellungen: in dem programmatischen Essay "Rußland an der Jahrtausendwende" (31.12.1999), dem Konzept für nationale Sicherheit (14.1.2000) und in Putins Brief an die russischen Wähler (25.2.2000).[626] German Gref, in der Folge Wirtschaftsminister in der Regierung Kas'janov, legte seinerseits ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm vor, und Putin selber formulierte seine Vorstellungen im Sommer 2000 und im April 2001 noch einmal konkreter in seinem alljährlichen Bericht an die Föderalversammlung, die beiden Häuser des Parlaments.[627]

---

626 V.V. Putin: Rossija na rubeže tysjačeletij, 31.12 1999 <www.pravitelstvo.gov.ru/government/minister/article-vvp1.html, 4.1.2000>; Koncepcija nacional'noj bezopasnosti Rossijskoj Federacii, in: Nezavisimaja gazeta. Nezavisimoe voennoe obozrenie, 14.1.2000; V.V. Putin: Otkrytoe pis'mo Vladimira Putina k rossijskim izbirateljam, in: Kommersant, 25.2.2000, S. 3; die Militärdoktrin (21.4.2000) und die außenpolitische Konzeption gehen nicht auf die Rolle der großen Finanzgruppen im politischen System ein; vgl. Voennaja doktrina Rossijskoj Federacii. Utverždena Ukazom prezidenta Rossijskoj Federacii ot 21 aprelja 2000 g., in: Nezavisimaja gazeta, 22.4.2000, S. 5-6; Koncepcija vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, in: Rossijskaja gazeta, 11.7.2000.

627 Prioritetnye zadači Pravitel'stva Rossijskoj Federacii na 2000-2002 gody po realizacii "Osnovnych napravlenij social'noėkonomičeskoj politiki pravitel'stva Rossijskoj Federacii na dolgosročnuju perspektivu" <www.kommersant.ru/Docs/high-priority-task.htm>; Vystuplenie pri predstavlenii ežegodnogo Poslanija Prezidenta Rossijskoj Federacii Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federacii, 8 ijulja 2000 goda, <president.kremlin.ru/events/42.html>; Ežegodnoe Poslanie Prezidenta Rossijskoj Federacii Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federacii, 3 aprelja 2001 goda, Moskva, Kreml' <president.kremlin.ru/events/191.html>.

Den konzeptionellen Rahmen formulierte die Millenniums-Botschaft "Rußland an der Jahrtausendwende", die Rußlands Lage in der postindustriellen Welt diskutierte und die großen gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme, die gelöst werden mußten, benannte. Die Grundbedingung einer erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik sahen die Verfasser in der Überwindung des innergesellschaftlichen Zwistes und der Stärkung der Staatlichkeit. Der Ruf nach einer starken Staatsmacht und einem scharfen Vorgehen gegen Korruption richtete sich gegen die großen Finanzgruppen – die "politischen Unternehmer" und ihre Politik der "Privatisierung des Staates". Im Abschnitt über Strukturpolitik ging die Millenniums-Botschaft direkt auf ihre Rolle ein. Dort hieß es:

> "Die Regierung vertritt die Ansicht, daß in der Wirtschaft Rußlands wie der anderer industriell entwickelter Länder sowohl für Finanz-Industrielle Gruppen und Korporationen Platz ist, wie auch für kleine und mittlere Unternehmen. Jeder Versuch, die Entwicklung der einen Wirtschaftsform zu bremsen und die der anderen künstlich zu forcieren, hemmt den Aufschwung der russischen Wirtschaft. Die Politik der Regierung wird auf den Ausbau der Strukturen gerichtet sein, die das optimale Verhältnis der Wirtschaftsformen garantiert."[628]

Diese Passage signalisierte einerseits, daß die neue Administration die Existenz großer Finanzgruppen nicht in Frage stellte, sondern sie als notwendigen Bestandteil einer leistungsfähigen Wirtschaft sah. Andererseits warnte sie diese davor, ihren Einfluß auf Kosten des Rests der Wirtschaft zu sehr auszudehnen, eine Warnung, die auch im Kontext der Abschnitte über Bekämpfung von Korruption und Schattenwirtschaft gelesen werden mußte. Ähnliche Motive klingen auch in der nationalen Sicherheitskonzeption an, wenn dort von einer Bedrohung durch die Kriminalisierung der gesellschaftlichen Beziehungen und vom Vordringen der organisierten Kriminalität in Banken und

[628] Putin: Rossija na rubeže tysjačeletij, Abschnitt 3.3.

Großunternehmen gesprochen wird.[629] Sie ging aber weiter, indem sie auf die tiefe soziale Kluft verwies, die die russische Gesellschaft zerriß:

> "Eine Bedrohung der nationalen Sicherheit Rußlands in der sozialen Sphäre schafft die tiefgehende Spaltung der Gesellschaft in einen kleinen Kreis von reichen Leuten und eine überwiegende Masse von Bürgern mit geringem Einkommen, die relative Zunahme des Bevölkerungsanteils, der am Rande der Armut lebt, und das Wachstum der Arbeitslosigkeit."[630]

Die schroffen sozialen Gegensätze, die im Gefolge der auf den Markt orientierten Reformen entstanden waren, bildeten nicht nur einen Nährboden für Korruption und Kriminalität, sie gefährdeten auch die Stabilität des politischen Systems. Die Regierung mußte ihr Verhältnis zu den Finanzgruppen daher so einrichten, daß die Konfrontation zwischen den gesellschaftlichen Gruppen sich nicht weiter verschärfte. Diese Einsicht bestimmte Putins Verhalten gegenüber den "Oligarchen".

Im Februar thematisierte der Präsident die Frage der großen Finanzgruppen in seinem offenen Brief an die russischen Wähler. Dort plädierte er für eine "Diktatur des Gesetzes" und forderte, daß alle Gruppen – Machthaber, Unternehmer und die Schwachen und Bedürftigen – die gesetzten Regeln einhalten sollten. Auch für große Finanzgruppen wollte er keine Ausnahme gelten lassen:

> "Wie soll man dann, wird gefragt, das Verhältnis zu den sogenannten Oligarchen gestalten? Na, auf Grundlage der geltenden Regeln! Genauso wie für den Inhaber einer kleinen Bäckerei oder einen Schuhmachermeister."[631]

Dies war eine deutliche Absage an die "politischen Unternehmer" der Jelzin-Zeit, die aufgrund ihrer Nähe zur politischen Führung eine Vielzahl von Privilegien genossen hatten. Putin kam wenige Abschnitte

---

629 Koncepcija nacional'noj bezopasnosti, 2000, Abschnitt III. Ugrozy nacional'noj bezopasnosti Rossijskoj Federacii.

630 Ebd.

631 Putin, in: Kommersant, 25.2.2000, S. 3.

später noch einmal auf diesen Punkt zurück und wurde dabei ganz deutlich:

> "…das Wesen dieser Regulierung [*der Wirtschaft*] besteht nicht darin, den Markt zu erdrücken und die bürokratische Expansion in neue Branchen voranzutreiben, sondern umgekehrt darin, dem Markt auf die Beine zu helfen. Die Leute fordern zu Recht Schutz vor der Übernahme ihres Geschäfts durch Banditengruppen. Zu Recht fordern sie die Einhaltung der Regeln einer ehrlichen Unternehmerkonkurrenz. Alle Wirtschaftssubjekte sollen auf die gleichen Bedingungen treffen. Und es ist unzulässig, staatliche Institutionen für einen Clan- oder Gruppenkrieg zu benutzen."[632]

Die programmatischen Texte, die die Putin-Administration in den ersten Monaten des Jahres 2000 – also noch vor den vorgezogenen Präsidentenwahlen im März – verbreitete, skizzierten eine aktive Wirtschaftspolitik, nicht im Sinne eines Staatsinterventionismus, sondern mit dem Staat als Schiedsrichter, der auf die Einhaltung der Regeln der Marktordnung sah. Korruption, Eingriffe organisierter Kriminalität und die Bevorzugung bestimmter Gruppen der Großindustrie und Hochfinanz durch politische Clans – in den neunziger Jahren endemisch – wollte die neuen Führung entschieden unterbinden. Dies war natürlich zunächst ein Wahlversprechen, das sich an die Öffentlichkeit richtete, doch es war zugleich eine Botschaft an die großen Finanzgruppen, sich auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen, die durch die Augustkrise 1998 und den personellen Wechsel im Präsidentenamt geschaffen wurden.

Der vorgegebenen Linie folgte auch das Wirtschaftsprogramm, das eine Autorengruppe unter Leitung von German Gref ausarbeitete. Das Konzept ging nicht explizit auf die fatale Verflechtung von politischen Clans und Finanzgruppen ein, doch es betonte die Notwendigkeit, für alle Marktteilnehmer die gleichen Konkurrenzbedingungen zu schaffen. Durch Einführung internationaler Buchführungsstandards und Durchsetzung der gesetzlichen Vorschriften zur Offenlegung der

---

632 Ebd.

Geschäftsfinanzen sollten die Unternehmensaktivitäten transparent gemacht werden.[633]

In allen diesen Texten verbindet sich die Absage an die Machtverhältnisse in der Jelzin-Ära mit der Vorstellung von der Rolle eines starken Staates als Wegbereiter einer funktionierenden Marktwirtschaft. Der Praxis der Jelzin-Jahre, als politische Führungsgruppen im Zentrum und in den Regionen ihnen nahestehenden Geschäftsleuten die Möglichkeit eröffneten, sich durch Übernahme staatlicher Ressourcen zu bereichern, wollte man ein Ende setzen. "Der Staat", d.h. die Exekutive als Anwalt eines vorgestellten gesellschaftlichen Gesamtinteresses, sollte aus der Umarmung der Finanzgruppen befreit werden und so den Spielraum erhalten, eine Wirtschaftsordnung zu implementieren, die keinen Marktteilnehmer bevorzugte. War in den neunziger Jahren *rent seeking* weit lukrativer gewesen als normale unternehmerische Tätigkeit, die sich mit Entwicklung neuer Produkte und Erschließung von Märkten befaßte, sollte "der Staat" nun Bedingungen schaffen, die gerade letzteres belohnte. Kurz, in ihren programmatischen Texten erklärte die Putin-Administration ihre Absicht, die Regeln, die bisher das Zusammenwirken der großen Finanzgruppen und der Exekutive bestimmt und ersteren erhebliche Wettbewerbsvorteile verschafft hatten, grundlegend zu verändern.

4.3 "Der Staat hat einen Knüppel" – Offensive gegen die "Oligarchen"

Allerdings waren programmatische Äußerungen dieser Art wohlfeil, wenn den Worten nicht Taten folgten. Und die Tatsache, daß Putin der Umgebung Jelzins seine Wahl zum Präsidenten verdankte, legte die Vermutung nahe, daß er nach seinem Amtsantritt *in praxi* eher dem Kurs seines Vorgängers folgen würde. Die Verhältnisse entwickelten sich

---

633 Prioritetnye zadači <www.kommersant.ru/Docs/high-priority-task.htm>; im Abschnitt über die Verbesserung des Investitions- und Unternehmensklimas.

jedoch anders. Mit der Ablösung Jelzins und dem partiellen Machtverlust seines Clans – sichtbar gemacht durch die Ablösung der Jelzin-Tochter Tatjana Djatschenko, die lange Zeit eine politische Schlüsselposition innegehabt hatte – büßten die Magnaten, die der "Familie" nahegestanden hatten, ihr politisches "Dach" ein, und jene Gruppen in der Justiz, im Innenministerium, in den Sicherheitsdiensten und der Steuerpolizei, die Material über die großen Gewinner der Transformationszeit gehortet hatten, erhielten Spielraum, gegen die "Raubritter" der Übergangszeit vorzugehen.

Im Frühjahr und im Sommer des Jahres 2000 begannen Justizorgane und Steuerpolizei, die ihre Nachforschungen bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 intensiviert hatten, die finanziellen Mißbräuche der großen Industrie- und Finanzgruppen schärfer zu verfolgen.[634] Nach dem Sieg Putins bei den vorgezogenen Präsidentenwahlen im März 2000 wurden eine ganze Reihe von Untersuchungsverfahren eingeleitet:[635]

- Im Mai 2000 wurden 26 Büros des Automobilherstellers *AvtoVAZ* durchsucht. Dies war Teil einer Untersuchung wegen Steuerhinterziehung bzw. wegen Manipulationen bei den Deviseneinnahmen. Bei den Durchsuchungen wurden u.a. illegale Abhörvorrichtungen entdeckt.
- Der Medienkonzern *Media-Most*, an dessen Spitze Vladimir Gusinskij stand, wurde Gegenstand mehrerer Verfahren. Gusinskij selber wurde am 13. Juni 2000 festgenommen, später aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

---

634 Vgl. dazu u.a. die Bewertungen russischer Beobachter: United Financial Group: What to Make of Oligarch-whacking?, Russia Weekly Comment 2000; United Financial Group: Oligarch-Whacking: A Closer View. Russia: Politics, 18.7.2000 (= www.ufg.com); V.A. Nikonov: Prezident v nastuplenii. Političeskie bitvy leta 2000 goda: logika i vozmožnye posledstvija, in: Nezavisimaja gazeta, 5.7.2000, S. 8.

635 Zusammengestellt nach der täglichen Berichterstattung in RFE/RL NEWSLINE, Johnson's Russia List und Deutsche Welle. Monitor Ost-/Südosteuropa; nur die prominentesten Fälle sind hier aufgeführt.

- Im Juni 2000 versuchte der Generalstaatsanwalt ein Strafverfahren gegen Oleg Potanin, den Vorsitzenden der Holding *Interros*, einzuleiten. Ihm wurde vorgeworfen, 1997 im Rahmen der Pfandauktionen ein Aktienpaket der Firma *Noril'skij Nikel'* zu billig übernommen zu haben. Das Gericht wies den entsprechenden Antrag jedoch ab.
- Im Juli 2000 leitete die Steuerpolizei ein Untersuchungsverfahren gegen Vagit Alekperov, den Chef von *LUKojl*, ein und durchsuchte die Büros des Konzerns.
- Im August 2000 durchsuchte die Steuerpolizei die Büros des Mineralölunternehmens *Sibneft'*.
- Im selben Monat legte eine Kommission des Innenministeriums einen Bericht über Korruption im Amtsbereich des Moskauer Bürgermeisters Luschkow vor. Dieser wurde aufgefordert, die entdeckten Mißstände umgehend abzustellen.

Die Häufung der Untersuchungsverfahren erregte Aufmerksamkeit und rief insbesondere in Führungskreisen der Wirtschaft erhebliche Unruhe hervor. Besonders die Verhaftung Gusinskijs wirkte alarmierend. Bereits am folgenden Tag wandten sich 17 hochrangige Manager mit einem Brief an den Präsidenten, in dem sie gegen diesen Schritt Protest einlegten.[636] Und im Juli 2000 legte der Finanzmagnat Boris Beresowskij sein Abgeordnetenmandat in der Staatsduma nieder, um seiner Kritik an der Politik der Putin-Administration Ausdruck zu geben.[637]

---

[636] Zu den Unterzeichnern gehörten: Vjachirev (Gazprom), Tschubajs (EĖS Rossii), Alekperov (*LUKojl*), Potanin (Interrros), Chodorkovskij (JuKOS) und Evtušenkov (Sistema). Nicht unterzeichnet hatten Berezovskij, Abramovič (Sibneft') und Deripaska (Russkij Aljuminij); vgl. RFE/RL Newsline Vol. 4, No. 116, Part I, 15 June 2000.

[637] Vgl. RFE/RL Newsline Vol. 4, No. 136, Part I, 18 July 2000 (nach: Izvestija, 18.7.2000; Berezovskij kritisierte Putins Vorgehen gegen die Regionen, seine Anstrengungen, die elektronischen Medien unter seine Kontrolle zu bringen, und sein Vorgehen gegen die großen Finanzgruppen.

In der Tat stellt sich dem Beobachter die Frage, wieweit die Maßnahmen der Justizorgane im Frühjahr und im Sommer 2000 von der politischen Führung inspiriert waren. Viele Kommentatoren in Rußland unterstellten diesen Zusammenhang, auch wenn ein direktes Eingreifen nicht nachweisbar war. Allerdings zeigten die Äußerungen des Präsidenten deutlich, daß er das Vorgehen von Steuerbehörden und Staatsanwaltschaft billigte und unterstützte. Indem er an die Ideen von der Stärkung des Staates und die Garantie gleicher Bedingungen und gleichen Marktzugangs für alle Wirtschaftsakteure anknüpfte, die er in den programmatischen Texten entwickelt hatte, wandte sich Putin prononciert gegen bestimmte Finanzgruppen, allerdings ohne Namen zu nennen. In seinem Bericht an die Föderalversammlung[638], den er am 8. Juli 2000 vorlegte, kritisierte er diese Kräfte ganz offen und lieferte damit die politische Begründung für das Vorgehen der Justizorgane:

> "Das Machtvakuum hat zu einer Übernahme staatlicher Funktionen durch private Clans und Korporationen geführt. Sie schufen eigene Schattengruppen, Einflußgruppen, zweifelhafte Sicherheitsdienste, die sich auf illegale Weise Informationen verschafften.
>
> Indes unterscheiden sich staatliche Funktionen und staatliche Institutionen dadurch von unternehmerischen, daß sie nicht käuflich oder verkäuflich sein sollen, nicht privatisiert, zur Nutzung freigegeben oder verleast werden sollen. Im Staatsdienst braucht man kompetente Personen [professionaly], für die bei der Arbeit das Gesetz das einzige Kriterium ist."[639]

Putin wandte sich nicht gegen Unternehmer und Finanzgruppen an sich – diesen sicherte er im Gegenteil die Unterstützung des Staates zu –, sondern allein gegen jene Gruppen, die in der Jelzin-Ära mit Unterstützung politischer Clans mit staatlichen Ressourcen eigene Imperien aufgebaut hatten und den Staat als ihr Eigentum betrachteten. Ihre Machtposition in Gesellschaft und Politik wollte er brechen. Dabei

---

638 Vystuplenie 2000 <president.kremlin.ru/events/42.html>.
639 Ebd.

zielte er insbesondere auf jene Finanzmagnaten, die versuchten, über elektronische Medien auf die Politik Einfluß zu nehmen::

> "Die journalistische Freiheit wurde zum leckeren Brocken für Politiker und große Finanzgruppen, ein bequemes Instrument für den Kampf zwischen den Clans. […]
>
> Denn die wirtschaftliche Ineffizienz eines bedeutenden Teils der Massenmedien macht sie von den kommerziellen und politischen Interessen ihrer Herren und Sponsoren abhängig. Man benützt die Massenmedien, um Rechnungen mit seinen Konkurrenten zu begleichen, und manchmal sogar, um sie in Mittel der Massendesinformation zu verwandeln, in Instrumente zur Bekämpfung des Staates."[640]

Diese Passage richtete sich offensichtlich gegen Gusinskij und Beresowskij, die in der Hochphase der Ära Jelzin die großen Fernsehsender NTV und ORT kontrollierten, nun – im Frühjahr und Sommer 2000 – aber heftigem Druck von seiten der Staatsanwaltschaft und der Steuerbehörden ausgesetzt waren. Die Verfahren gegen diese beiden "Oligarchen" hatten offensichtlich nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine politische Dimension. Allerdings ging es nicht darum, politische Gegner aus der Wahlkampfzeit zu beseitigen. Gewiß hatte Gusinskij mit NTV seinerzeit gegen Putin Partei genommen, doch Beresowskij war mit ORT das Rückgrat der Medienkampagne gewesen, die Putin durchgesetzt hatte. Viel eher war dem Präsidenten und seiner Umgebung um zwei Dinge zu tun: einerseits um die direkte Kontrolle über die elektronischen Medien, und andererseits um die Einschüchterung jener gesellschaftlichen Kräfte, die bisher an der Macht partizipiert hatten. Das Vorgehen gegen die großen Finanzgruppen wäre, so interpretiert, vor allem eine Maßnahme zur Konsolidierung der Position des neuen Präsidenten. Die gesellschaftspolitische Linie – Stärkung der Staatlichkeit – wäre dann eng mit der Machtfrage verbunden.

---

[640] Ebd.

In den Äußerungen des Präsidenten im Spätsommer und Herbst des Jahres 2000 sind beide Aspekte erkennbar – der rechtliche wie der der Machtdurchsetzung. Gewiß beharrte Putin selbst stets darauf, daß das Vorgehen der Justizorgane gegen die großen Industrie- und Finanzgruppen rein rechtlich motiviert sei. Er betonte die Gleichheit aller vor dem Gesetz – dabei benutzte er gern die Formel von der "Diktatur des Gesetzes"[641] – und interpretierte die Spannungen zwischen Politik und einigen Unternehmern in diesem Kontext. Allerdings scheinen immer wieder die politischen Ziele durch, wie z.B. in einem CNN-Interview, das Larry King mit dem Präsidenten führte. Auf die Frage des Interviewers, ob er mit den Maßnahmen gegen Gusinskij und Beresowskij versuche, eine Opposition zu stoppen, antwortete der russische Präsident:

> "PUTIN (through translator): Opposition? On who's side? On the side of those who are interested in retaining the situation, which is, I believe very dangerous and detrimental to Russia today. This is about legalism (ph) towards the fulfillment of the existing legislation."[642]

Die politischen Implikationen sind augenfällig. Denn die Durchsetzung rechtlicher Gleichheit und die Abkehr von den bisherigen Verhältnissen, die Putin als gefährlich und zerstörerisch für den Staat bezeichnete, zielte darauf, den politischen Einfluß jener Finanzmagnaten zu beschränken, die unter Jelzin eine Sonderstellung genossen hatten. Im Oktober des Jahres 2000 sprach Putin dies in einem Interview mit der französischen Zeitung "Le Figaro" dann auch ganz deutlich aus:

> "Après la révolution des années 90, un certain nombre de gens ont tiré profit de la désorganisation de l'Etat. Ayant accumulé des capitaux grâce à leur manipulation des institutions publiques, ils veulent maintenir le statu quo. Leur intérêt est de geler la situation en utilisant l'outil des mé-

---

641 Diese Formel wurde von Putin wiederholt benutzt, u.a. in seiner Präsentation der Botschaft an die Föderalversammlung, ebd.

642 CNN Larry King Live: Russian President Vladimir PUTIN Discusses Domestic and Foreign Affairs, nach: Johnson's Russia List #4501, 9 September 2000. #5; russische Version: Interv'ju Prezidenta Rossijskoj Federacii V.V.Putina telekanalu Si-Ėn-Ėn, 10 sentjabrja 2000 goda, N'ju-Jork <president.kremlin.ru/events/68.html>

> dias. Ils entendent préserver leur monopole sur les médias pour mieux intimider le pouvoir politique. Je ne dirais donc pas qu'il y a deux ennemis à couteaux tirés: d'un côté l'Etat, de l'autre les oligarques. Je pense plutôt que l'Etat tient entre ses mains un gourdin avec lequel on ne frappe qu'une seule fois. Mais sur la tête. Pour l'instant, nous n'avons pas encore utilisé ce gourdin. Nous l'avons tout juste empoigné, et cela a suffi pour retenir l'attention. Le jour où nous serons vraiment fâchés, nous n'hésiterons pas à en faire usage: il est inadmissible de faire chanter l'Etat. Si nécessaire, nous détruirons les instruments qui permettent ce chantage."[643]

Die Formulierungen, die Putin gebrauchte, ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der Wink mit dem "Knüppel", über den der Staat verfüge und den er gegebenenfalls auch zu nutzen gedenke, war eine unverhohlene Drohung an die Adresse der Hochfinanz. Der Präsident interpretierte die Auseinandersetzungen mit "gewissen Leuten" nicht mehr als Rechtsfrage, er beschrieb einen politischen Konflikt – einen Machtkonflikt. Folgt man dieser Logik, dann ging die Putin-Administration deshalb gegen Gusinskij und Beresowskij vor, weil diese politisch agierten – und nicht etwa, weil sie ihre Finanz- und Medienimperien mit unsauberen Mitteln aufgebaut hatten. Entscheidend war, daß die beiden Magnaten sich nicht von Gepflogenheiten der Jelzin-Ära trennen konnten und den Staat nach wie vor als privates Gut betrachteten.[644] Dies aber widersprach nicht nur diametral dem Staatsverständnis der Putin-Administration[645], es stellte vor allem eine Bedrohung ihrer Machtposition dar. Der Versuch, den Staat zu

---

643 Poutine et sa politique extérieure, in: Le Figaro, 25.10.2000; eine russische, gegenüber der französischen erweiterte, Version dieses Interviews findet sich auf der Homepage des Präsidenten <president.kremlin.ru/events/85.html>.

644 Zu der Vorstellung von der "Privatisierung des Staates" in der Jelzin-Ära vgl etwa die Ausführungen von M. McFaul: State Power, Institutional Change, and the Politics of Privatization in Russia, in: World Politics, 47.1995, Nr. 2, S. 210-243; ders.: Russia's 'Privatized' State as an Impediment to Democratic Consolidation. Part I, in: Security Dialogue, 29.1998, Nr. 2, S.191-199; Part II, ebd., Nr. 3, S. 315-332.

645 Vgl. etwa die programmatischen Äußerungen Putins bei Amtsantritt: Rossija na rubeže tysjačeletij <www.pravitelstvo.gov.ru/government/minister/article-vvp 1.html, 4. Januar 2000>.

"entprivatisieren", ihn den Händen der "Oligarchen" zu entreißen, war also eine wesentliche Komponente Putinschen Handelns. Möglich wurde diese Politik, weil sich der Charakter der Wirtschaftselite selbst geändert hatte. Die Augustkrise hatte jene Finanzgruppen, die in der Jelzin-Ära das Geschehen dominiert hatten, deutlich geschwächt. Die meisten führenden Bankengruppen waren nun wieder auf das Wohlwollen der Politik und auf ihre Unterstützung angewiesen. Im Gefolge dieser Entwicklungen verschob sich im Verhältnis zwischen Politik und führenden Industrie- und Finanzgruppen das Gewicht zugunsten der Politik. Das war die Grundlage, auf der die neue Administration agierte.

4.4 Der neue Kurs – eine Allianz von Staat und "Kapital"?

Das Vorgehen der Justizorgane gegen eine Reihe von Magnaten, das von der politischen Führung ostentativ unterstützt wurde, alarmierte und verunsicherte die russischen Wirtschaftseliten. Das wurde besonders nach der Verhaftung Gusinskijs deutlich, die in Wirtschaftskreisen offen kritisiert wurde. Um diese Irritationen aufzufangen, nahm die Putin-Administration die Praxis früherer Regierungen wieder auf und arrangierte eine Zusammenkunft zwischen dem Präsidenten und führenden Wirtschaftsvertretern wie zuletzt unter Primakow im Oktober 1998.[646] Die Initiative zu dem Treffen ging von Boris Nemzow aus, einem der führenden Politiker der "Union der Rechten Kräfte", der die Hoffnung nährte, man werde eine Art Waffenstillstand zwischen Präsident und Wirtschaft schließen können.[647] Zwar kam es nicht zu der formalen Unterzeichnung einer Charta, doch das Verhältnis zwischen politischer Spitze und wirtschaftlichen Führungskräften verbesserte sich. In den Bemerkungen, mit denen Putin die Zusammenkunft eröffnete,

---

[646] Zu den Treffen zwischen politischer Spitze und führenden Wirtschaftsvertretern vgl. die Liste unten, Abschnitt 6.2, Tabelle 36: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 1) und Tabelle 37: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 2).

[647] Vgl. G. Feifer: President To Meet With 18 Oligarchs, in: Moscow Times, 26.7.2000;; L. Romanova/M. Volkova: Vlast' pogovorila s den'gami, in: Nezavisimaja gazeta, 29.7.2000, S. 1, 3, hier S. 3.

umriß er nicht nur die Themen, um die es gehen sollte – die Steuergesetzgebung, die Zollfrage und Rußlands WTO-Beitritt –, er ging auch auf das gespannte Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft ein:

> "Natürlich können und müssen wir die Situation erörtern, die mit gewissen, allzu politisierten Momenten verbunden sind. Das ist verbunden mit der Tätigkeit der Rechtspflegeorgane, mit den Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft … Ich will Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß Sie selbst in erheblichem Maße durch die von ihnen kontrollierten politischen und politiknahen Strukturen diesen Staat geformt haben. Deshalb brauchen Sie gar nicht auf den Spiegel zu zeigen. Lassen Sie uns in diesem Teil grundsätzlich, offen darüber reden, was man tun muß, um die Beziehungen in dieser Sphäre absolut zivilisiert und transparent zu machen."[648]

In der Tat gelang es dem Präsidenten offenbar, die Wirtschafts- und Finanzelite über die Absichten seiner Administration zu beruhigen, da er insbesondere eine Fortsetzung des Dialogs anbot. Aleksej Mordašev, der Generaldirektor von "*Severstal'*", einem der russischen Stahlgiganten, lobte Putins Bereitschaft zum Meinungsaustausch. "Das Treffen mit dem Präsidenten", urteilte er, "ist nicht das Finale der Ära der Oligarchen, es ist nur die Chance zur Veränderung der Situation".[649] Ähnliche Erwartungen hegte offenbar die Mehrheit der Teilnehmer.[650] Gewiß hatte das Treffen eher symbolischen Charakter – jedem Sprecher wurden nur sieben Minuten zugestanden, zu wenig für eine regelrechte Erörterung der aufgeworfenen Fragen –, aber es leitete eine neue Beziehung zwischen Putin-Administration und Wirtschaft ein.[651] Als im Januar 2001

---

648 Vgl. Vystuplenie na vstreče s rukovoditeljami krupnejšich rossijskich kompanij i bankov, 28 ijulja 2000 goda, Moskva <president.kremlin.ru/events/55.html>

649 Strane ne chvataet chorošich menedžerov, in: Nezavisimaja gazeta, 8.8.2000, S. 4; Interview mit Mordašev; zur Stimmung der Manager vgl. auch Romanova/Volkova, in: Nezavisimaja gazeta, 29.7.2000, S. 3.

650 Vgl.die Presseübersicht bei: S. Chackin: Oligarchov bol'še net. SMI.RU, 29.07.2000 <smi.ru/2000/07/29/964870875.html>.

651 Vgl. Vlast' i biznes: novye pravila igry. Centr Političeskich Technologij: Analitičeskaja serija «Gorjačaja linija», vypusk Nr. 16/2000.

das zweite Treffen mit Wirtschaftsvertretern stattfand, stellte der Präsident in seinen Einleitungsworten mit Befriedigung fest, daß die "Gerüchte über die voranschreitende Vernichtung der russischen Geschäftswelt und die Umverteilung des Eigentums" inzwischen verstummt seien und an die Stelle der Ängste ein "Gefühl der Verantwortung für Volk und Land" getreten sei.[652]

Das Treffen im Juli 2000 erwies sich tatsächlich als ein Wendepunkt im Verhältnis zwischen den großen Finanzgruppen und der Putin-Administration. Der Präsident signalisierte der Wirtschaft, daß sie ohne Sorge vor staatlicher Verfolgung agieren konnte, und daß er auf Kooperation mit der Wirtschaft setzte. Daß in der Folge der Druck auf Gusinskij und Beresowskij sogar noch erhöht wurde, betraf das Verhältnis von Politik und Wirtschaft nicht mehr grundsätzlich. Dem Treffen am 28. Juli 2000 folgten nun in etwa halbjährigem Abstand weitere – am 24. Januar 2001, am 31. Mai und am 23. November.[653] Im Januar stand abermals die Steuergesetzgebung auf der Tagesordnung, ebenso im Mai. Darüber hinaus ging es im Mai um die Liberalisierung der Währungsgesetzgebung und um die Frage des WTO-Beitritts. Die Frage der Integration Rußlands in die Weltwirtschaft beschäftigte auch das vierte Treffen im November 2001. Aus aktuellem Anlaß diskutierte man die Probleme, die sich aus dem Sinken des Ölpreises ergaben. Daneben nahm man die Frage der Liberalisierung des Devisenmarktes wieder auf und beschäftigte sich auf Anregung Putins mit der Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen und mit der Rechtsreform. All diese Themen – vielleicht mit Ausnahme der Mittelstandsfrage – betrafen die eingeladenen Wirtschaftsführer direkt. Der Präsident und seine Administration legten es offenbar darauf an, die

---

652 Vgl. Vystuplenie Prezidenta Rossijskoj Federacii V.V.Putina na vstreče s predstaviteljami rossijskich delovych krugov v Kremle 24 janvarja 2001 goda, Moskva <president.kremlin.ru/events/144.html>.

653 Zu den einzelnen Treffen vgl. unten, Abschnitt 6.2, Tabelle 36: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 1) und Tabelle 37: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 2).

Repräsentanten der großen Finanzgruppen in einen institutionalisierten Dialog einzubeziehen, der die relevanten wirtschaftspolitischen Fragen thematisierte, solche der allgemeinen Innen-, Sicherheits- oder Außenpolitik aber ausschloß. In der Dramaturgie dieser Treffen waren die Unternehmer wichtige Gesprächspartner der Politik, ihre Interessen wurden ernst genommen, doch ihnen wurde keine eigenständige politische Rolle zugewiesen.

Diese Akzentverschiebung im Dialog zwischen Wirtschaftsführern und politischer Spitze kam auch in der Zusammensetzung der Teilnehmer zum Ausdruck. Vergleicht man die Einladungsliste der Putinschen Treffen mit denen der Jelzin-Ära, so fallen eine Reihe von Unterschieden ins Auge. Zunächst war der Kreis der Eingeladenen bei den Zusammenkünften der Putin-Jahre sehr viel größer. Jelzin hatte lediglich die großen Finanzmagnaten – die "Oligarchen" – und die "Bosse" der Energiegiganten zugezogen. Die Putin-Administration erweiterte den Kreis erheblich und lud Repräsentanten weiterer Wirtschaftszweige ein.[654] Von den "sieben Bankbaronen" der Jahre 1996/1997 (Beresowskij, Gusinskij, Potanin, Chodorkovskij, Smolenskij, Vinogradov und Fridman) blieben unter Putin nur noch drei (Potanin, Chodorkovskij und Fridman). Beresowskij und Gusinskij hatten sich angesichts der Verfolgungen durch die Justizbehörden ins Ausland abgesetzt, die Finanzimperien von Smolenskij und Vinogradov waren in den Finanzkrisen der Jahre 1997 und 1998 untergegangen. Statt dessen zog die Putin-Administration den Vertreter der größten russischen Bank zu, der Sberbank, die in staatlicher Hand war und von der Regierung kontrolliert wurde. Seit Mai 2001 nahm auch ein Vertreter der sogenannten "Moskauer Gruppe" an den Treffen teil, die unter Jelzin bewußt aus dem engeren Kreis ausgeschlossen war, da sie dem Moskauer Bürgermeister Luschkow und seiner Stadtregierung eng verbunden war. Dazu traten mit Vladimir Kogan, Sergej Pugačev und Aleksandr Mamut die Chefs von Banken, die erst nach der Krise von 1998 in die

[654] Vgl. zum folgenden die Zusammenstellung ebd.

Spitzengruppe der Finanzinstitute vorgestoßen waren – gewissermaßen "Putins Oligarchen". Tschubajs, der 1996 als Bindeglied zwischen Jelzin und den Finanzmagnaten agiert hatte, gehörte der Runde nun in seiner Funktion als Chef des Strommonopolisten *EĖS Rossii* an. Eine Neuerung der Putin-Ära war die Einladung von den "Kapitänen" der russischen Metallindustrie. Die Chefs des Stahlgiganten *Severstal'*, des *Novolipecker Metallkombinats* und des größten Aluminiumholding waren regelmäßig Teilnehmer der Treffen, ebenso wie Kacha Bendukidze, der eine leistungsfähige Industrieholding im Bereich Maschinenbau, Rüstungstechnik und Biotechnologie aufgebaut hatte. Schließlich bezog Putin seit Januar 2001 mit Vol'skij auch den Vorsitzenden des russischen Unternehmerverbandes *RSPP* heran. Es fällt auch ins Auge, daß die Liste der Teilnehmer der Präsidententreffen sich weitgehend mit der der im Februar 2001 bestimmten Angehörigen des Büros des *RSPP* deckte. Ganz offensichtlich wollte die Putin-Administration deutlich machen, daß ein Dialog zwischen dem Staat und der Wirtschaft geführt wurde, zwischen Institutionen – und nicht zwischen einem politischen Clan und seinem Anhang in der Hochfinanz. Die Beziehung zwischen Wirtschaft und Politik erhielt damit eine neue Qualität.

Dieses Verhalten der politischen Führung fand ihr Gegenstück in der veränderten Haltung der Unternehmer. In der Jelzin-Ära agierten die großen Finanzmagnaten als Individuen, sie setzten ihre jeweiligen Spezialinteressen auf dem Wege des persönlichen Kontakts mit maßgeblichen Politikern durch. Allenfalls in kritischen Momenten – etwa im Vorfeld der Präsidentenwahlen 1996 –, schlossen sie sich für kurze Zeit zusammen, um ein konkretes politisches Ziel durchzusetzen. An eine Institutionalisierung ihres Verhältnisses zur Politik, die formale Organisation von Gruppeninteressen, wie es der Zusammenschluß in einem Unternehmerverband gewesen wäre, war in dieser Phase nicht zu denken. Doch unter Putin kam es anscheinend zu einem Umdenken. Im November 2000 trat eine große Zahl namhafter Wirtschaftsvertreter in die Führung des russischen Unternehmerverbandes ein, die bisher in der Hand der "roten Direktoren" gelegen hatte. Der Konflikt ließ nicht lange auf sich warten. Ende Februar 2001 brach im Verband zwischen den

Unternehmern "neuen" und "alten" Typs ein Konflikt über den künftigen Charakter des Verbandes auf.[655] Offenbar ging es ersteren darum, den Unternehmerverband zu einem effizienten Instrument ihrer eigenen Interessenpolitik zu machen. Auch ein solches Vorhaben weist auf den neuen Charakter der Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik in der Putin-Ära hin.

In einem Interview mit der *Nezavisimaja gazeta* beschrieb Oleg Kiselev, Mitglied des Büros des *RSPP* und Chef des Unternehmens *Metalloinvest*, dieses Verhältnis im Sommer 2001 folgendermaßen:[656]

> "[*Frage*] Bedeutet das, daß sich ihr Verband [*RSPP*] in eine zivilisierte Variante der 'sieben Bankbarone' verwandelt?
>
> [*Kiselev*] Wenn man die "sieben Bankbarone" als Gruppe sehr einflußreicher Geschäftsleute versteht, die der Macht Bedingungen diktieren, die nur für sie selbst von Vorteil sind, dann trifft das absolut nicht zu. Jetzt haben wir eine völlig andere Zeit, und der *RSPP* hat eine völlig andere Funktion. Die 'sieben Bankbarone' waren keine geschlossene Gruppe, die durch einheitliche Ziele und Aufgaben verbunden war. Das waren unterschiedliche Leute, die von ganz verschiedenen Vorstellungen geleitet wurden. Sie haben niemals einen Verhaltenskodex, irgendwelche Regeln fixiert. Wir dagegen arbeiten nicht allein im Interesse der *RSPP*-Mitglieder, sondern im Interesse der gesamten Geschäftswelt. Wir diktieren dem Staat und der Macht nicht die Bedingungen, sondern wir sprechen miteinander wie Partner, die

---

655 Vgl. z.B. M. Deljagin: "Novaja oligarchija" gotovit novyj defolt, in: Izvestija, 7.3.2001, S. 4; Predprinimateli povzdorili s chozjajstvennikami, in: SMI.RU, 26.02.2001 <smi.ru/2001/02/26/983210982.html>; Biznesmeny odoleli chozjajstvennikov, in: SMI.RU, 27.02.2001 <smi.ru/2001/02/27/983293867.html>; N. Il'ina: Profsojuz oligarchov i krasnych direktorov. Rossijskaja delovaja ėlita ob-edinilas' pod kryšej *RSPP*, in: Segodnja "Sem' Dnej", 11.11.2000; L. Romanova: Oligarchi pobedili direktorov. Raskola biznes-soobščestva poka ne proizošlo, in: Nezavisimaja Gazeta, 28.2.2001; vgl.auch www.nns.ru/chronicle, 28.2.2001.

656 L. Romanova: "Oligarchi – ljudi uprjamye". Člen bjuro *RSPP* Oleg Kiselev sčitaet, čto v predprinimatel'skom sojuze nikogda ne budet lidera-individuala, in: Nezavisimaja Gazeta, 18.07.2001 <www.ng.ru/politics/2001-07-18/3oligarh.html>.

jeweils die Probleme des anderen verstehen. Man braucht einen normalen Dialog mit Kompromissen in gegenseitiger Verantwortung."

In den Äußerungen des Industriellen, dem Ambitionen auf den *RSPP*-Vorsitz nachgesagt wurden,[657] wird deutlich, wie sehr sich unter Putin Selbstverständnis und Verhalten der großen Finanzgruppen geändert hatten. Die "Gründerzeit", in der eine Handvoll "Bankbarone" sich in großem Maßstab staatliche Ressourcen angeeignet hatten, war endgültig vorbei. Unter Putin setzten Politik und Kapital auf eine nüchterne, für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit. Dies entsprach weitgehend den Intentionen des Präsidenten und seiner Administration, die zwar einzelne, politisch ambitionierte Finanzmagnaten rigide verfolgte, gleichzeitig aber den Dialog mit den Spitzenvertretern der russischen Wirtschaft suchte. Die Unternehmer ihrerseits waren angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs nun auch stärker an der Entwicklung der Märkte interessiert und suchten dabei die Unterstützung des Staates.

4.5 Spielräume für neue Finanzgruppen

Nimmt man die programmatischen Äußerungen Putins und seiner Administration für bare Münze, so war die russische Regierung auf dem besten Wege, Rahmenbedingungen durchzusetzen, die allen Wirtschaftsakteuren den gleichen Marktzugang verschafften. Auch die Struktur des Dialogs zwischen Politik und Wirtschaft schien sich unter der neuen Führung zu verändern. Die Beziehungen zwischen Staat und Unternehmern gewannen zunehmend einen institutionellen Charakter. Die Jelzinsche Symbiose zwischen politischem Clan und einzelnen Finanzmagnaten verlor ihre Bedeutung. All dies deutete auf die Durchsetzung regulärer Marktbeziehungen hin. Doch auch unter Putin gab es Unternehmerkarrieren. Allein der Blick auf die Einladungslisten der Treffen zeigt, daß seit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten eine Reihe neuer Wirtschaftsführer hervortraten.[658] Von den "alten"

---

657 Vgl. RFE/RL Russian Political Weekly, Vol. 1, No. 7, 5.3.2001.

658 Im Bankenbereich waren das etwa O. V. Kiselev (*Impėksbank*), V. I. Kogan (*Promyšlenno-stroitel'nyj bank/Bankirskij dom Sankt Peterburg*), S. V. Pugačev

Finanzgruppen wurde insbesondere der *Al'fa*-Gruppe nachgesagt, daß sie eng mit der neuen Administration verbunden sei.[659] Es stellt sich also durchaus die Frage, ob Putin in der Tat neue Regeln für alle durchsetzte, oder ob er in Wahrheit lediglich die "Oligarchen" der Jelzin-Zeit durch eigene ersetzte. Um dies wenigstens ansatzweise zu beantworten, sollen drei Fälle genauer in den Blick genommen werden: die Entwicklung der *Al'fa*-Gruppe, der Aufstieg der *MDM-Bank* und die Entwicklung in der Aluminiumindustrie.

Die Al'fa-Gruppe[660]

Das Konsortium *Al'fa-grupp* war diejenige der großen Finanzgruppen, die die Finanzkrise von 1998 am besten überstanden hatte. Keimzelle der Finanzgruppe war die Handelskooperative *Kurier*, die 1987 von Absolventen des Moskauer Stahl- und Aluminiuminstituts gegründet wurde, und die sich – unterstützt vom Außenhandelsministerium – mit

(*Meždunarodnyj promyšlennyj bank*) und A. L. Mamut (*MDM-Bank*), in der Aluminiumindustrie V.F. Veksel'berg (*Sibirsko-Ural'skaja aljuminievaja kompanija*) und O. V. Deripaska (*Sibir'skij aljuminij/Russkij aljuminij*) und in der Stahlindustrie A. A. Mordašev (*Severstal'*) und V. S. Lisin (*Novolipeckij Metkombinat*); zu den Banken vgl. oben Anmerkung 288; zu den Unternehmen vgl. die Ratings in: Ėkspert-200. Ežegodnyj rejting krupnejšich kompanij Rossii, in: Ėkspert, 12.10. 1998, S. 10-51; Ėkspert-200 Rossii. Rejting krupnejšich kompanij Rossi po ob"emu realizacii produkcii, 1999, in: Ėkspert, 1999, Nr. 36, S. 64-71; Ėkspert, 2.10.2000 <www.expert.ru/expert/ratings/exp200/exp2000/spisok1.htm; …spisok12.htm; …spisok13.htm; …spisok14.htm, 12.12.2000>.

659 Vgl. etwa: Formirovanie komandy novogo prezidenta: Gruppy vlijanija. Analitičeskaja serija "Gorjačaja linija". Vypusk No. 4/2000, Moskva: CPT 2000; V.A. Nikonov: Prezident v nastuplenii, in: Nezavisimaja gazeta, 5.7.2000, S. 8; N. Petrov: The Alfa Banking Group Takes Over the Duma, in: Novaja gazeta, 21.-27.2.2000 (Übersetzung: Johnson's Russia List, 22 February 2000).

660 Die folgenden Ausführungen nach: Fond "Politika": Reestr Oligarchov 1998, S. 16f.; Fond "Centr Političeskich Technologij": Finansovo-promyšlennye gruppy 1998, Abschnitt "Konsorcium *Al'fa-grupp*"; Moskovskie novosti, 1995, Nr.19, S. 5; Aris, in: Russia Review, 3.11.1997, S. 15; Alfa Capital [*Al'fa* Kapital]: Alfa Capital Annual Report 1996, Moscow 1997; J.Ša. Pappė: "Oligarchi", Moskva 2000, S. 164ff.; G.P. Černikov/D.A. Černikova: Kto vladeet Rossiej?, Moskva 1998, S. 127ff.

Ex- und Importgeschäften befaßte.[661] 1988 entstand daraus die Handelsgesellschaft *Al'fa-Ėko*, die sich auf Tee, Zucker, Erdöl und Erdölprodukte spezialisierte und zum Kern des Konsortiums *Al'fa-grupp* wurde. Die *Al'fa-bank* wurde Anfang 1991 registriert und entwickelte sich rasch zu einer großen Geschäftsbank, die sich allerdings vor 1998, was den Umfang der Aktiva anging, mit Großbanken wie *ONĖKSIMbank* oder *SBS-Agro* nicht vergleichen konnte. Wenn die *Al'fa*-Gruppe dennoch großen Respekt genoß, so deshalb, weil sie als eines der am klügsten durchorganisierten und am professionellsten geführten Konsortien galt.[662] Im Zentrum der Gruppe standen mehrere Gesellschaften – u.a. die Geschäftsbank *Al'fa-bank*, die Finanzierungsgesellschaft *Al'fa-Kapital*, die zugleich als Leitungsstruktur fungierte, und die Handelsgesellschaft *Al'fa-Ėko*. Die einzelnen Gesellschaften waren als Holdings organisiert, zusammengehörige Betriebe waren in speziellen Strukturen zusammengefaßt.[663] Formal waren sie voneinander unabhängig und koordinierten ihre Tätigkeit auf informellen Wege durch persönliche Kontakte.[664] An der Spitze des Konsortiums stand M.M. Fridman.[665]

---

661 Vgl. www.rferl.org/nca/special/rufinance/alfa.html, 29. 1.1998.

662 Aris, in: Russia Review, 3.11.1997, S. 15

663 B. Aris: Demystifying the magnificent 7, in: Russia Review, 3.11.1997, S. 8-17, hier S. 15.

664 So beschrieben bei Fond "Centr Političeskich Technologij": Finansovo-promyšlennye gruppy i konglomeraty v ėkonomike i politike sovremennoj Rossii, Moskva 1998 <www.nns.ru/analytdoc/fgp.html-fpg36.html; 2.5.1998>, Abschnitt "Konsorcium *Al'fa-grupp*".

665 Michail Maratovič Fridman, geboren 1964, absolvierte das Moskauer Institut für Stahl und Aluminium; 1986-88 Ingenieur bei Elektrostal'; 1988 privater Unrtenehmer mit den von ihm gegründeten Firmen/Genossenschaften *Al'fa*-Foto, *Al'fa*-Ėko und dem Voucherfond *Al'fa*-kapital; 1991 Vorsitzender des Direktorenrats der *Al'fa*-bank, später Vorsitzender des Direktorenrates des *Al'fa*-Konsorcium; Mitglied des Direktorenrates der ORET seit 1995; Mitglied des Direktorenrates von Sidanko seit 1996; Mitglied des Direktorenrates der *Al'fa-grupp*; seit 1996 Vizepräsident des Russischen Jüdischen Kongresses; im Sommer 1996 erhielt er den Dank Jelzins für seine aktive Teilnahme an der Wahlkampagne des Präsidenten; seit Oktober 1996 ist er Mitglied des Konsultativrats für Bankentätigkeit bei der Regierung; nach: Amirov/ Pribylovskij 1997, S.156; Amirov/Pribylovskij 1998, S. 243f.; zur Person Fridman vgl. auch Michail Fridman:

Die Gruppe hatte eine feste Basis im Handel mit Tee, Zucker und Erdöl, beim Bau und Betrieb von Supermärkten – alles konsumentennahe Bereiche, in denen der Investitionsaufwand vergleichsweise gering war. Darüber hinaus bemühte sie sich, im industriellen Bereich Fuß zu fassen und erwarb Anteile an der Mineralölgesellschaft *TNK* und zeigte Interesse am Hüttenkombinat *Zapadno-Sibirskij metallurgičeskij kombinat*. Im Juli 1998 begann die *Al'fa*-Gruppe eine umfassende Reorganisation und vereinigte die *Al'fa-bank* und *Al'fa Kapital* zu einer Universalbank. Der Beobachter der *Financial Times* wertete dies im Sommer 1998 als Indiz für den Trend, "[that] some of Russia's bigger banks are evolving from speculative trading organizations into western-style universal banks, which offer a full range of services."[666] Die Finanzkrise im Herbst 1998 überstand die *Al'fa*-Gruppe erstaunlich gut, zumal sie schon im Frühjahr 1998 in kluger Voraussicht begonnen hatte, ihr Engagement auf dem Geldmarkt zu reduzieren.[667] Die *Al'fa*-Bank, das Finanzzentrum der Gruppe, rückte zwischen Oktober 1997 und Januar 1999 im Ranking der 200 größten russischen Banken vom siebenundfünfzigsten auf den fünften Platz vor.[668] Nach August 1998 expandierte sie – ganz im Gegensatz zu anderen Kreditinstituten – und dehnte ihr Filialnetz in die Regionen aus. Dazu erhielt sie umfangreiche Kredite der *ARKO*, der staatlichen Agentur zur Restrukturierung der Kreditinstitute.[669] Zwar mußte die *Al'fa*-Bank der *ARKO* im Gegenzug ein Aktienpaket verpfänden, mit dem die Staatsagentur ein Vetorecht erhielt (25%+1 Aktie), doch hatte die Leitung der Bank eine solche

---

Rossiej nikto ne upravljaet, in: Kommersant daily, 29.08.1998, S. 1, 2; Michail Fridman: Ein Teufel auf der einen Schulter, ein Engel auf der Anderen, in: OstinWest, 2000, Nr. 3, S. 34-37.

666 Vgl. J. Thornhill/A. Wendtland: Alpha Group to merge operations, in: The Financial Times, 16.7.1998, S. 14.

667 So Michail Fridman in einem Interview: Michail Fridman: Rossiej nikto ne upravljaet, in: Kommersant daily, 29.08.1998, S. 1, 2, hier S. 2.

668 Vgl. Fußnote 288.

669 Vgl. J. Thornhill: Business smacks strangely of morals, in: The Financial Times, 21.10.1999; Pappė: Oligarchi, S. 168, 170.

Verbindung mit den Behörden schon seit einiger Zeit angestrebt, da sie sich davon Vorteile versprach.[670] Die Staatsnähe bewährte sich bereits im Sommer 1999, als es den Vertretern der *Al'fa-bank* und der *Rosbank* gelang, die Ausschreibung für die Führung der staatlichen Zollkonten – ein lukratives Geschäft für die Bank, die dazu bevollmächtigt wurde – so zu beeinflussen, daß diese regelrecht auf die beiden Kreditinstitute zugeschnitten war.[671] Ein weiterer Erfolg war der Erwerb der staatlichen Anteile am Mineralölkonzern TNK (49%), die die Regierung Ende 1999 zum Verkauf freigab. *Al'fa* übernahm dieses Aktienpaket gemeinsam mit ihrem Partner *Renova* und brachte *TNK* damit völlig unter seine Kontrolle.[672]

Es kann nicht von der Hand gewiesen werden, daß der Erfolg der *Al'fa*-Gruppe in den Jahren 1999 und 2000 nicht nur mit der konsumentennahen Ausrichtung seiner Betriebe, der guten Organisation und der hohen Kompetenz des Managements zusammenhing, sondern auch mit der großen Nähe zur politischen Führung. Dies war nicht immer so gewesen. Michail Fridman, der Mann an der Spitze von *Al'fa*, hatte die Jelzinsche Führung im August 1998 heftig kritisiert – sie sei "eigenartig ineffektiv", und die Führungsmechanismen würden nicht funktionieren.[673] Doch im März 1999 wurde Aleksandr Vološin zum Leiter der Präsidialadministration ernannt, der mit Petr Aven, einem der Führer der *Al'fa*-Gruppe, verbunden war. Im Laufe des Jahres rückte mit Vladislav Surkov ein ehemaliger Vizepräsident der *Al'fa-bank* in die Position eines stellvertretenden Leiters der Präsidialadministration, der alsbald weitere *Al'fa*-Leute nachzog.[674] Russische Beobachter wie V. Nikonov, Präsident der Stiftung "Politika", gingen in dieser Phase davon

---

670 Ebd., S. 170.

671 Vgl. I. Koslov: Tamožnja na zamke, in: Kommersant Vlast', 1999, Nr. 34, S. 40-41.

672 Pappė: Oligarchi, S. 172.

673 Vgl. sein Interview in: Kommersant daily, 29.08.1998, S. 1

674 Einzelheiten dazu berichten u.a. Pappė: Oligarchi, S. 173ff.; N. Petrov: Gruppa «*Al'fa*» zachvatyvaet Dumu, in: Novaja gazeta, 21.-27.2.2000, Nr. 7 <2000.NovayaGazeta.Ru/nomer/2000/07n/n07n-s01.shtml>; A. Ostapčuk/E. Krasnikov: Sovetniki s temperamentom, in: Moskovskie novosti, 2000, Nr. 29, S. 6.

aus, daß die Präsidialadministration von zwei Gruppen kontrolliert wurde – vom Clan der *Al'fa*-Leute und von den Angehörigen des Jelzinschen "Familienclans".[675] Auch wenn dies wohl übertrieben war, so konnte man nicht übersehen, daß sich *Al'fa* im politischen Raum gut positioniert hatte. Die Aktivitäten der Holding richteten sich im übrigen nicht nur auf die Umgebung des Präsidenten, sie waren auch in der Duma aktiv. Bei den Parlamentswahlen im Dezember 1999 konnten sich die von ihnen unterstützten Kandidaten in der Mehrzahl zwar nicht durchsetzen, dennoch gelang es offenbar, unter den gewählten Abgeordneten Sympathisanten einzuwerben und sie in der Deputiertengruppe "Volksdeputierter" (Narodnyj deputat) zusammenzufassen. Auch unter den Mitgliedern anderer Fraktionen hatte die *Al'fa*-Gruppe Kontakte aufgebaut.[676] Die Verbindungen zu 60 bis 100 Abgeordnete waren nicht nur eine gute Basis für Lobbyarbeit und Vertretung der Unternehmensinteressen in der Legislative, sie konnten bei Abmachungen mit Regierung und Präsident als Tauschobjekt eingebracht werden. Fridman und Aven, die beiden wichtigsten Repräsentanten des Konsortiums *Al'fa-grupp* traten zwar keineswegs so offensiv auf wie Beresowskij und Gusinskij dies in den Jelzin-Jahren getan hatten, doch verschaffte ihnen ihre Nähe zum politischen Machtzentrum in den Jahren 1999 bis 2002 doch einen Wettbewerbsvorteil.

Die MDM-Gruppe

Große Nähe zur Präsidialadministration wurde auch der MDM-Gruppe[677] nachgesagt. Sie war Ende der neunziger Jahre rasch aufgestiegen. Ihr Finanzzentrum, die *MDM-Bank*, gehörte in den neunziger Jahren nicht zu

---

675 V.A. Nikonov: Prezident v nastuplenii, in: Nezavisimaja gazeta, 5.7.2000, S. 8; ähnlich auch A. Romanova: Administracija prezidenta opredelila prioritety, in: Nezavisimaja gazeta, 16.6.2000, S. 3, die die Stellung des *Al'fa*-Clans im Juli 2000 durch das Vorrücken der Mitarbeiter des "Fond ėffektivnoj politiki" gefährdet sieht.

676 So Petrov in: Novaja gazeta, 21.-27.2.2000, Nr. 7; vgl. dazu auch: Formirovanie komandy novogo prezidenta: Gruppy vlijanija. Analitičeskaja serija "Gorjačaja linija". Vypusk No. 4/2000, Moskva: CPT 2000.

677 MDM steht für 'Mežregional'nyj Delovoj Mir' – Interregionale Geschäftswelt.

den großen russischen Banken. Gegründet wurde sie im Jahre 1993 von Absolventen der Moskauer Staatsuniversität.[678] Im Ranking der 200 größten russischen Kreditinstitute, das die Zeitschrift "Ėkspert" in regelmäßigen Abständen aufstellte, tauchte sie bis Anfang 1999 gar nicht auf. Aus der relativen Obskurität trat sie erst nach der Bankenkrise hervor. Im Oktober 2000 rangierte sie auf Platz 8, im Jahr darauf auf Platz 12.[679] Die *MDM-Bank* hatte die Augustkrise gut überstanden und in der Phase der industriellen Erholung aggressiv expandiert. Seit Ende 1998 konnte sie ihre Klientenbasis erheblich erweitern, da viele Banken ins Trudeln geraten waren, während Teile der Industrie ihre Produktion ausbauten und eine funktionierende Bank als Partner benötigten.[680] Einer ihrer wichtigsten Kunden war das Unternehmen *Sibirskij aljuminij*, dessen Chef, Oleg Deripaska, ein Studienfreund des Vorstandsvorsitzenden Mel'ničenko war.[681] Im Herbst 1999 übernahm Aleksandr Mamut[682] den Vorsitz des Aufsichtsrats. In dieser Phase baute

---

678 Zum folgenden vgl. A.A. Muchin: Biznes-èlita i gosudarstvennaja vlast', Moskva 2001, S. 137ff.; die Angaben über die Registrierung finden sich auf der Website der Russischen Zentralbank, www.cbr.ru, 8.10.2001.

679 Vgl. dazu oben 288.

680 Vgl. dazu das Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden der *MDM-Bank*, Andrej Mel'ničenko: Gonka na vyživanie, in: Ėkspert, 1999, Nr. 34, S. 56-57, hier S. 56.

681 Ebd., S. 57.

682 Aleksandr Leonidovič Mamut (geb. 29.1.1960) stammt aus einer Juristenfamilie; sein Vater gehörte zu den Autoren der russischen Verfassung von 1993; der Sohn absolvierte die juristische Fakultät der Moskauer Staatsuniversität und war in erster Ehe mit einer Enkelin Breschnews verheiratet; Ende der achtziger Jahre begann Mamut eine 'Business-Karriere'; zunächst arbeitete er bei Mikrodin, dann organisierte er eine ganze Reihe von Firmen (*ALM-konsalting*, *ALM-Development*, *ALM-Optik* u.a.) und gehörte 1990 zu den Gründern der Bank *Imperial*; 1993 gründete er die Bank *KOPF* (*Kompanija po proektnomu finansirovanija*), der er bis 1998 vorstand; die Bank gehörte zu den Sponsoren des Jelzin-Wahlkampfs 1996; Mamut war zugleich Mitglied des Direktorenrates der *Sobinbank*, die zusammen mit *KOPF* Klienten wie *Almazy Rossii-Sacha* betreute, das wichtigste Großunternehmen zur Förderung und zum Export von Edelsteinen; seit 1994 gehörte Mamut zum Rat für Industriepolitik und Unternehmertum bei der Regierung; am 16.8.1999 wurde er mit einem Zwei-Jahresvertrag Vorsitzender des Aufsichtrats der *MDM-Bank* (bis zum 1. Oktober 2001); im Februar 2001 wurde er Mitglied des Büros des Unternehmerverbandes *RSPP* und übernahm den Vorsitz der Arbeitsgruppe für

die Bank die eigenen Industriebeteiligungen offensiv aus. Sie engagierte sich in der Stahl- und Aluminiumindustrie[683] und suchte in der – theoretisch noch in staatlicher Hand befindlichen – Atomindustrie Fuß zu fassen.[684] Auch in der chemischen Industrie, einem anderen Wachstumssektor, engagierte sich die *MDM-Bank*[685]. Dabei ging sie keineswegs zimperlich vor, wie das Beispiel des Kovdorsker

---

Bankenfragen; in dieser Funktion legte er im August 2001 einen Vorschlag zu einer radikalen Reform des Bankensektors vor; vgl. Muchin: Biznes-ėlita, S. 132ff.; Ja vysotka v dal'nem pochode", in: Kommersant, 8.10.1999, S. 1, 4, hier S. 4; RFE/RL Business Watch Vol. 1, No. 13, 9.10.2001; RFE/RL Russian Political Weekly, Vol. 1, No. 7, 5 March 2001; zu Mamuts Vorschlag vgl. u.a. A. Gontmacher/B. Grozovskij: Bankovskaja oligopolija na starte, ili uskorennaja kapitalizacija po Aleksandru Mamutu, in: Polit.Ru 08.08.2001 <www.polit.ru/documents/434473.html>; Aleksandr Mamut: "Proporcija meždu kapitalom i aktivami banka ne dolžna byt' proporciej Djujmovočki", in: Strana.Ru. 18 sentjabrja 2001; G. Luntovskij: "Krupnye banki predlagajut takuju reformu, kotoraja rasčistit dlja nich rynok", in: Strana.Ru. 18 sentjabrja 2001; D. Ponomarev/S. Egorov: "Ne nado stroit' socializm"; in:. Nezavisimaja Gazeta, 16.08.2001 <www.ng.ru/economics/2001-08-16/4_egorov.html>.

683 So erwarb sie 40% der Aktien der Aktiengesellschaft "Kuzneckie ferrosplavy"; vgl. Muchin: Biznes-ėlita, S. 140; über die enge Zusammenarbeit mit der Stahl- und der Aluminiumindustrie vgl. auch Johnson's Russia List #5018, 10 January 2001; zu Verflechtungen mit Unternehmen dieser Branche vgl. auch: Oligarchen kontrollieren die wichtigsten Wirtschaftsbranchen Russlands (Teil I), in: Deutsche Welle. Monitor-Dienst Nr.20, 29. Januar 2001 (nach: Segodnja, 8.12.2000, Nr. 275, russ., Aleksej Makarkin); in Verbindung damit erwarb die Bank auch Unternehmen des Kohlebergbaus, die für die Energieproduktion wichtig waren; im Sommer 2001 kontrollierte sie angeblich *Vostsibugol'*, *Čitaugol'* und *Tulunskij* (Kohle für den Energiesektor); vgl. D. Prokopenko: Čubajsa podžimajut syr'eviki, in: Nezavisimaja Gazeta. Politėkonomija, 26.6.2001

684 Ebd.; vgl. dazu das Dementi des kurz danach abgesetzten Ministers für Atomenergie: Evgenij Adamov: "Jadernyj kompleks skoree živ, chotja i perenes neskol'ko amputacij", in: Nezavisimaja Gazeta, 20.3.2001, der erklärte, man mache Geschäfte nur mit der Konversbank; diese allerdings war zu 60% in Händen der *MDM-Bank*, vgl. Lenta novostej, 11.10.2001 sowie www.polit.ru/documents/447993.html.

685 Vgl. E. Drankina/D. Kabalinskij: Nasledniki Mendeleeva, in: Ėkspert, 23. April 2001; zum rabiaten Vorgehen von MDM vgl. den Bericht von I. Korol'kov: Katok, in: Moskovskie novosti, 2001, Nr. 43, S. 8-9.

Erzanreicherungskombinats auf der Halbinsel Kola zeigt.[686] Das *Kovdorskij GOK*, 20 km von der finnischen Grenze im Gebiet Murmansk gelegen, gehört zu den 200 größten russischen Unternehmen[687]. Nach der ersten Privatisierung hatte die Bank *Evrokosmos*, die in den neunziger Jahren zeitweise die 'Hausbank' der Murmansker Gebietsverwaltung war, eine Kontrollmehrheit der Aktien an sich gebracht. Nach dem Amtsantritt eines neuen Gouverneurs im Jahre 1996 veränderte die Regionaladministration aber ihre Haltung und zwang die Bank, die Aktien an die RFFI, die Föderalverwaltung für Staatsbesitz, zurückzugeben. Neben der RFFI (24,8%) gehörten die Region Murmansk (21,1%) und der Stahlgigant *Severstal'* (12%) zu den Anteilseignern. Die nach 1996 von den Anlegern eingesetzte Leitung sanierte das *Kovdorskij GOK* und erwirtschaftete mit einer auf Export angelegten Unternehmenspolitik beträchtliche Gewinne. Im Jahr 2000 wurde überraschend bekannt, daß ausländische Anleger 20% der Aktien erworben hatten. Vertreten wurden sie von der MDM-Gruppe, die im Sommer 2000 erklärte, daß sie 36% der Anteile kontrolliere. Die Murmansker Administration suchte nun den Verkauf der föderalen Anteile an MDM zu verhindern. Im Gegenzug erhob ein obskurer Moskauer Fleischverarbeiter auf dem Rechtsweg Anspruch auf die im regionalen Besitz befindlichen Aktien und setzte die Murmansker Verwaltung unter Druck. Trotz Intervention des Gouverneurs bei Putin, der diesem zusagte, eine Lösung im Interesse des Staates zu suchen, entschied sich der RFFI, seine Anteile zum Verkauf freizugeben. In der Folge erwarb *MDM* über eine Reihe von Strohfirmen die Kontrollmehrheit des *Kovdorskij GOK* zu einem Spottpreis. Vladimir

---

686 Vgl. zum folgenden die Darstellung in "Moskovskie Novosti": E. Kvitko: Strategičeskaja deševka, in: Moskovskie novosti, 2001, Nr. 28, S. 14; Korol'kov, in: Moskovskie novosti, 2001, Nr. 43, S. 8-9; E. Kvitko: Očen' special'nyj aukcion, in: Moskovskie novosti, 2001, Nr. 24, S. 2-3.

687 Die Ratings der 200 größten russischen Unternehmen werden regelmäßig in der Zeitschrift Ėkspert veröffentlicht; vgl. Ėkspert, 12.10.1998, S. 10-51; Ėkspert, 1999, Nr. 36, S. 64-71 <www.expert.ru/expert/ratings/exp200/exp2000/spisok1.htm; /spisok12.htm; /spisok13.htm; /spisok14.htm, 12.12.2000>.

Losev, föderaler Hauptinspektor im Murmansker Gebiet, kommentierte den Vorgang gegenüber Journalisten mit den Worten: "Nicht alles wird hier in Murmansk entschieden, auch nicht im Kreml. Manches entscheidet man in der Sauna …" In diesem Zusammenhang nannte er dann den Namen Aleksandr Mamuts, der direkt auf die RFFI eingewirkt hätte.[688]

Hier wird wieder jene Verflechtung von Politik und Wirtschaftsinteressen sichtbar, die in der Jelzin-Zeit so eine fatale Rolle gespielt hatte, und die Putin hatte abschaffen wollen. Mamut selber gab 1999 seine enge Verbindung zur Präsidialadministration in einem Interview offen zu, wenngleich er bestritt, daß er auf die Entscheidungsfindung Einfluß habe.[689] In der Tat hatte er – anders als Beresowskij oder Gusinskij – offensichtlich keine Ambitionen, die große Politik zu beeinflussen. Doch enge Verbindungen zur Kremladministration und – wie in anderen Fällen sichtbar wird – zu lokalen Behörden[690] waren funktional bei der aggressiven Ausweitung des Konzerns. Auf diese Weise konnte eine kleine Bank, die die Augustkrise 1998 gut überstanden hatte, in kurzer Zeit zu einem der wichtigsten russischen Finanzinstitute aufsteigen. Intelligentes Management und gute Verbindungen zur Politik waren die Grundlage für den Erfolg der aggressiven Expansion, die die MDM-Gruppe unter Putin betrieb.

Der Aluminiumsektor

Die MDM-Gruppe war auch in einem Industriezweig aktiv, der Ende der neunziger Jahre in Rußland einen regelrechten Boom erfuhr. Der Weltverbrauch von Aluminium war zwischen 1990 und 1998 um ein

---

688 Vgl. Kvitko, in: Moskovskie novosti, 2001, Nr. 24, S. 3.

689 Vgl. Mamuts Interview im Kommersant, 8.10.1999, S. 4.

690 Vgl. etwa Korol'kov, in: Moskovskie novosti, 2001, Nr. 43, S. 8f.; dagegen aber: EastWest Institute. Russian Regional Report Vol. 6, No. 1, 10 January 2000, wo berichtet wird, wie MDM mit seinem Versuch scheiterte, einen eigenen Kandidaten bei den Bürgermeisterwahlen in Vol'žskij durchzusetzen.

Viertel gewachsen,[691] und Rußland, dessen Binnenkonsum stagnierte, weitete seinen Export aus.[692] Die russischen Unternehmen standen aber zunächst vor erheblichen Problemen, da ihre Kapitaldecke unzureichend war und sich zudem die wichtigsten Tonerdevorkommen nach dem Zerfall der UdSSR im Ausland befanden. Auf Initiative einiger Aluminiumproduzenten, die sich mit der in Großbritannien registrierten Trading-Gesellschaft *Trans World Group* (*TWG*) verbanden, wurde 1992 durch Erlaß des Präsidenten das "Tolling" eingeführt. Ein Unternehmen, das dieses Konzept nutzte, trat als bloßer Auftragnehmer eines ausländischen Rohstofflieferanten auf, der das erzeugte Metall dann wieder exportierte. Da die bloße Dienstleistung von Steuern, Abgaben und Zöllen befreit war, wurde die Herstellung von Aluminium zu einem einträglichen Geschäft. Auf Intervention einheimischer Tonerdelieferanten, die von diesen Transaktionen ausgeschlossen waren, wurde bald ein sogenanntes "inneres Tolling" eingeführt, das dem Auftraggeber erlaubte, auch in Rußland selbst geförderte Rohstoffe verarbeiten zu lassen.[693] Tolling führte in der Aluminiumindustrie zu einem regelrechten Boom. Während die russische Industrieproduktion zwischen 1990 und 1999 im Durchschnitt um mehr als die Hälfte zurückging[694], stieg die Aluminiumerzeugung um 7%.[695] Der

---

691 J.L. Adno: Rossija na mirovom rynke aljuminija, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 2000, Nr. 12, S. 75-83, hier S. 77.

692 Ebd., S. 78.

693 Vgl. u.a. Muchin: Biznes-ėlita, S. 70, 91; V. Smiščenko: Tollingovaja doikla, in: Ėkonomika i žizn', 1999, Nr. 42, S. 3; Adno, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 2000, Nr. 12, S. 79ff.; den Berichten zufolge spielten Verbindungen der Aluminiumindustrie zu Oleg Soskovec bei der Durchsetzung des Tolling eine große Rolle; Soskovec war ursprünglich ein hochrangiger Manager in der sowjetischen Hüttenindustrie, 1993-1996 nahm er die Position eines Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten ein und gehörte zu der Gruppe um Koržakov, die in dieser Phase großen Einfluß auf Jelzin hatte; nach seiner Absetzung 1996 wurde er Präsident der Assoziation der Finanz-Industriellen Gruppen Rußlands; vgl. www.nns.ru/persons/soskov.html, 25. Januar 2002.

694 Russlands Wirtschaftspolitik setzt auf Investitionen. Wochenberichte des DIW 15/2000, Tabelle 1; Russlands Aufschwung in Gefahr, DIW-Wochenbericht 50/2000, Tabelle 1.

Wettbewerb um Anteile an diesem einträglichen Geschäft war scharf und führte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zu einem regelrechten "Aluminiumkrieg" unter Beteiligung von Gruppen der organisierten Kriminalität, mit deren Hilfe unliebsame Konkurrenten physisch bedroht oder gar ermordet wurden.[696]

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre dominierte *TWG*, in der u.a. die Brüder Lev und Michail Černoj eine führende Rolle spielten, den russischen Aluminiummarkt und erwarb Anteile an zahlreichen Erzeugungsstätten. Doch 1996 kam es innerhalb der Gesellschaft zu Streitigkeiten und die Brüder gingen verschiedene Wege. Michail Černoj suchte Kontakt zum Jelzin-Clan und verband sich mit Oleg Deripaska. Gemeinsam gründeten sie 1995 die Gruppe *Sibirskij aljuminij*. In der Folge büßte *TWG* seine beherrschende Position ein und verlor in einer Reihe harter Übernahme- und Verdrängungskämpfe die Kontrolle über die großen Produktionsstätten der Branche an konkurrierende Unternehmen. So etablierten sich auf dem russischen Aluminiummarkt an Stelle der Trading-Gesellschaft mehrere Finanzkonglomerate. Im Frühjahr 2000 konnte *TWG* nur noch über einige Zulieferwerke verfügen. Die größte Rolle spielten nun die Gruppen *Sibirskij aljuminij* (Oleg Deripaska[697]) und *Russkij aljuminij* (Roman Abramovič), die gemeinsam

---

695 Adno, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 2000, Nr. 12, S. 80f.

696 Vgl. dazu u.a. Muchin: Biznes-ėlita, S. 67ff.; A. Tarasov: Aljuminievye soldaty, in: Izvestija, 6.3.1997, S. 5; J. Čuvašev: Chroniki aljuminievoj vojny, in: Nezavisimaja gazeta, 18.10.2000, S. 4; M. Stoljarov/S. Sergeev: ONĖKSIMbank idet vojnoj na Trans World, in: Kommersant daily, 23.9.1997, S. 7; M. Rožkova/P. Sapožnikov: Razval rossijskoj imperii TWG, in: Kommersant daily, 3.12.1997, S. 9; M. Rožkova: Na KrAZe opjat' novyj gendirektor, in: Kommersant daily, 2.9.1997, S. 7; A. Kamakin: Konec "Aljuminievoj vojny", in: Nezavisimaja gazeta, 15.8.1997, S. 1-2; u.v.a.m.

697 Oleg Vladimirovič Deripaska (*2.1.1968) ist ein gutes Beispiel für einen Unternehmer, der in der Endphase der Ära Jelzin in die Spitzengruppe der russischen Wirtschaft vorstieß und dies Position unter Putin noch ausbaute. Er studierte 1988-1993 – unterbrochen vom Wehrdienst – Wirtschaft an der Moskauer Staatsuniversität und war bereits in den letzten Studienjahren als Broker an der Waren- und Rohstoffbörse tätig.1993-1994 arbeitete er als Leiter der Finanzabteilung der Gesellschaft *Kompanija Aljuminprodukt* und erwarb

80% des russischen Aluminiummarktes kontrollierten. Beide waren mit Michal Černoj und Iskander Machmudov verbunden und standen in Geschäftskontakt mit der *MDM-Bank*. Die restlichen 20% des Marktes teilten sich ein Konglomerat aus *SUAL* und der *Trastkonsalt-grupp*, hinter der u.a. die *Al'fa-grupp* stand, sowie die Gruppe *Aljuminij Severo Zapada*.[698]

Bei den Übernahmekämpfen mit *TWG* war ein enges Zusammenwirken der interessierten Finanzgruppen mit den örtlichen Behörden die entscheidende Voraussetzung. Das zeigten beispielsweise die Vorgänge in Krasnojarsk und Novosibirsk. Im Falle des Ačinsker Tonerdekombinats (*Ačinskij glinozemnyj kombinat*, *AGK*), das von *TWG* kontrolliert wurde, setzte das Schiedsgericht des Uralbezirks im Januar 1999 ein externes Management ein, dessen Leiter einerseits eng mit der *Al'fa*-Gruppe verbunden war und andererseits als Vertrauensmann des Krasnojarsker Gouverneurs Aleksandr Lebed' galt, über den wiederum eine Verbindung zu Oleg Deripaska lief. Der temporäre Verwalter sorgte dafür, daß *TWG* den Zugriff auf dieses Unternehmen verlor.[699] Dagegen

gleichzeitig Anteile am Sajansker Aluminiumwerk (*SaAZ*), möglicherweise für die Gebrüder Černoj. Bei *SaAZ* wurde er 1994, angeblich unterstützt von einem *TWG*-Vertreter, Generaldirektor.1997 erwarb er über von ihm kontrollierte Firmen die Aktienmehrheit von *SaAZ* und entzog sich so dem Zugriff von *TWG*. *SaAZ* wurde der Kern der Gruppe *Sibirskij aljuminij*, deren Präsident er 1998 wurde und die rasch expandierte. Durch die Verbindung mit Roman Abramovič im Frühjahr 2000 beherrschte er große Teile des russischen Aluminiumgeschäfts; vgl. Muchin: Biznes-ėlita, S. 94ff.; Pappė: Oligarchi, S.191ff.

698 Vgl. M. Bogatych/T. Gurova/T. Oganesjan/D. Sivakov: Aljuminievaja kost', in: Ėkspert, 2000, Nr. 14, S. 10-14; N. Ivanov: Komu prinadležit Rossija. Cvetnaja metallurgija, in: Kommersant Vlast', 2000, Nr.19, S. 30-31; die Darstellung von Muchin: Biznes-ėlita, S.73, es habe zwei Gruppen gegeben, eine, die von Roman Abramovič (*Sibneft'*) und Aleksandr Mamut (*MDM*) geführt wurde, und eine zweite, an deren Spitze Oleg Deripaska (*Sibirskij aljuminium*), Michail Černoj und Iskander Machmud (*Ural'skaja gornometallurgičeskaja kompanija*) standen, weicht in vielen Punkten von den vorgenannten Quellen ab.

699 So dargestellt bei Muchin: Biznes-ėlita, S. 91; vgl. auch die Darstellung bei Roland Götz: Bankrott als Waffe? Das neue russische Insolvenzgesetz. Aktuelle Analysen des BIOst Nr. 25/1999, Nr. 25, Köln 1999, S. 4, der beschreibt, wie die von der *Al'fa-grupp* kontrollierte Verwaltung versuchten, AGK noch weiter in die

konnte die Trading-Gesellschaft die Übernahme des Novosibirsker Elektrodenwerk (*Novosibirskij ėlektrodnyj zavod*, *NovĖZ*) durch die Holding *Renova* wenigstens zeitweise abwehren. Im Frühjahr 1998 hielt die Novosibirsker Gebietsverwaltung 62,5% der Aktien, 14% waren in Hand der *TWG* und 10% in der von *Trastkonsalt* und *Renova*. Auf Initiative von *Renova* leitete die Gebietsverwaltung ein Insolvenzverfahren ein und machte den *Renova*-Vizepräsident zum Vorsitzenden des Gläubigerrats. Der Versuch, die Aktiva von *NovĖŽ* in eine andere Holding zu überführen und damit *TWG* zu düpieren, scheiterte allerdings daran, daß sich bei den Gouverneurswahlen im Dezember 1999 der von *TWG* unterstützte Kandidat durchsetzte, der dies verhinderte.[700] Ein solcher Ausgang war allerdings die Ausnahme. In der Mehrzahl der Fälle konnten die Gegenspieler der britischen Trading-Gesellschaft ihre Übernahmeaktionen erfolgreich zu Ende bringen.

Daß sich die – für den wirtschaftlichen Erfolg eminent wichtige – Verbindung zur Politik aber nicht nur auf die regionalen Machthaber beschränkte, zeigte der in den Medien weitgehend verschwiegene Kurzurlaub, den Präsident Putin im März 2001 auf der Skihütte des Unternehmens *Sibirskij aljuminij* verbrachte. [701] Wie schon in den Jelzin-Jahren war politische Unterstützung ein zentraler Faktor wirtschaftlichen Erfolgs. Auch unter Putin bedurfte der Aufbau eines Finanz- oder Wirtschaftsimperiums der wohlwollenden Duldung, mitunter der Unterstützung der politischen Führung in den Regionen und im Zentrum.

Verschuldung zu treiben; nach Götz wurde dieser Versuch durch den Gouverneur A. Lebed' unterbunden.

700 Vgl. u.a. V. Titov: Igra v privatizaciju cenoj 120 millionov dollarov, in: Segodnja, 4.11.1997, S. 7; M. Stoljarov/S. Sergeev: ONĖKSIMbank idet vojnoj na Trans World, in: Kommersant daily, 23.9.1997, S. 7; M. Rožkova/P. Šapožnikov: Razval rossijskoj imperii TWG, in: Kommersant daily, 3.12.1997, S. 9; V. Titov: Polnyj kontakt, in: Ėkspert, 1998, Nr. 17, S. 32-34; vgl. Muchin: Biznes-ėlita, S. 92.

701 L. Telen': Čisto reputacija, in: Moskovskie Novosti, 2001, Nr. 12, S. 5.

4.6 Politik und Finanzgruppen in der Ära Putin

Die drei Fallbeispiele – die Positionierung der *Al'fa*-Gruppe nach der Herbstkrise 1998, der Aufstieg der *MDM-Bank* und die Vorgänge in der Aluminiumindustrie – vermitteln einen Eindruck von den Konzentrationsprozessen, die das russische Wirtschaftslebens in der Endphase der Ära Jelzin und in den Anfangsjahren Putins prägten. Die Zeit der großen Unternehmerkarrieren war mit dem Ende der ersten Privatisierungsphase nicht vorbei, vielmehr schuf die Finanzkrise von 1998 Raum für den Aufstieg einer neuen Generation von Wirtschaftsführern, die sich unberührt von der Putinschen Polemik gegen die "Oligarchen" ihre Finanz- und Industrieimperien schufen. Zu diesen 'neuen' Magnaten gehörten neben Mamut von der *MDM*-Bank oder Deripaska von *Sibirskij aljuminij* solche Unternehmer wie Pugačev, Veksel'berg, Vajnštok oder Lisin, deren Karrieren hier aus Platzgründen nicht im einzelnen beschrieben werden können.

Der Generationswechsel in der Spitzengruppe der Wirtschaftselite schlug sich auch in den Ratings von *Vox Populi* nieder. Neben den "alten Oligarchen" drängten seit 1999 neue Großunternehmer in das Spitzenfeld der Politik.[702] In der Jelzin-Ära war der Kreis von Finanz- und Industriemagnaten, die als "Oligarchen" bezeichnet wurden, fest umrissen. Zu ihr gehörten die Energiegiganten wie *LUKojl* oder Gazprom und die sieben oder acht "Bankbarone", die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre unter dem Schutz der Politik Finanz- und Industrieimperien aufgebaut hatten. Die Symbiose zwischen Magnaten und Jelzin-Administration, die in der Kampagne für die Wahl Jelzins zum Präsidenten 1996 und den Pfandauktionen Mitte der neunziger Jahre ihren deutlichsten Ausdruck fand, begann sich im Jahre 1997 mit dem "Bankenkrieg" aufzulösen, in dem die Allianz zwischen den großen Finanzgruppen zerfiel. 1998 taten die Politik der Regierung Kirienko, die bewußt Distanz zu den "Oligarchen" zu schaffen suchte, und dann insbesondere die schwere Finanzkrise im August, die die Mehrzahl der

[702] Das ergibt die Auswertung der in Abschnitt 6.1 genannten Quellen.

Finanzgruppen an den Rand des Bankrotts brachte, ein übriges, um die politische Position der Magnaten zu schwächen. So kam es in den den Jahren 1999 bis 2001 zu einer Neugruppierung. Einige der großen Finanzleute büßten ihren Einfluß vollkommen ein, andere schlossen sich eng um den Jelzin-Clan – die "Familie" – zusammen. Daneben stießen neue Wirtschaftsakteure in den Führungszirkel vor. Dazu gehörten vor allem Spitzenmanager der Schwarz- und Buntmetallverhüttung, aber auch die Repräsentanten solcher Banken wie *MDM* oder *Promstrojbank Sankt-Peterburg*, die die Finanzkrise gut überstanden hatten und nun in die Spitzengruppe der Kreditinstitute drängten. Insgesamt scheint es nicht so, daß die Finanz- und Industrieeliten seit 1999 an Bedeutung verloren hätten. Betrachtet man die *Vox Populi*-Ratings dieser Zeit[703], so muß man feststellen, daß Bankiers und Großunternehmer die einzige Gruppe sind, die angesichts des Machtzugewinns der föderalen Exekutive ihre Stellung halten und konsolidieren konnten. Demgegenüber weisen die Werte des Parlaments und der Regionen einen deutliche Rückgang auf.

Diese Situation spiegelt sich auch in den Umfragen wieder, die das VCIOM in regelmäßigen Abständen durchführt. Ein hoher Prozentsatz der Befragten mißt dem Präsidenten, seiner Exekutive und den Wirtschaftsführern (dazu muß man sowohl die Kategorie "Bankiers, Finanziers, Oligarchen" als auch die "die Direktoren großer Unternehmen" zählen) große Bedeutung zu. Dagegen spielen Duma, Föderationsrat und Parteien keine relevante Rolle. Allerdings stellen die Respondenten die regionalen Machthaber auf eine ähnlich hohe Stufe wie Regierung und Direktorenkorps und unterscheiden sich damit von den Ergebnissen des Expertenratings von *Vox Populi*.

---

[703] Vgl. unten Tabelle 33: Perzeption der Bedeutung von Elitegruppen in Rußland 1993-1999, S. 436.

Tabelle 30: Welche Rolle spielen heute im Leben Rußlands folgende Kräfte...

	Jan 2000	*Aug 2000*	*Aug 2001*
Präsident	3,90	3,63	4,01
Bankiers, Finanziers, Oligarchen	3,79	4,07	3,78
Zeitung, Rundfunk, Fernsehen	3,52	3,62	3,51
Regierung	3,53	3,03	3,48
Gouverneure	3,42	3,33	3,33
Streitkräfte	3,28	3,41	3,31
Direktoren großer Unternehmen	3,35	3,53	3,25
Föderationsrat	2,99	2,48	2,98
Kirche	2,91	2,71	2,82
Staatsduma	2,81	2,47	2,79
Politische Parteien	2,69	2,42	2,58
Intelligenz	2,52	2,29	2,34
Gewerkschaften	1,95	1,85	1,81

Quelle: Ju.A. Levada: Social'no-političeskaja situacija v rossii v avguste 2001 g. po dannym oprosov obščestvennogo mnenija. VCIOM na Polit.ru 07.09.2001 15:23 <www.polit.ru/documents/438733.html>; Bewertung auf einer 5-Punkte-Skala; vgl. auch die etwas anders strukturierte Präsentation der Daten aus derselben Fragenreihe bei Sedov (vgl. unten, Kapitel 6.2 Tabellen, Tabelle 35: Bewertung des Einflusses von Gruppen und Institutionen (Juli 2000-Januar 2002); vgl. L. Gudkov/L. Gudkov/B. Dubin/N. Zorkaja/O. Bočarova/A. Levinson/A. Lerner: Obščestvennyj dogovor, Moskva 2001, S. 36ff.; L. Sedov: Rejtingi politikov i problema strany, in: *Nezavisimaja gazeta*. NG-Scenario, 14.2.2001 <scenario.ng.ru/interview/2001-02-14/1_reyting.html>;

Ginge man allein von den Umfragedaten und den Expertenratings aus, so könnte man den Eindruck gewinnen, daß das gesellschaftliche und politische System, das sich unter Putin herausbildet, im Kern eine Allianz der föderalen Exekutive mit der Hochfinanz ist. Das ist gewiß eine Vereinfachung. Aber das Bild, das die Putinsche Rhetorik malte, die den "Staat" als Vertreter der Allgemeinheit den Privatinteressen weniger "Oligarchen" gegenüberstellte, entsprach der komplexen Wirklichkeit des Miteinander und Gegeneinander von Wirtschaftselite und politischer Führung noch viel weniger. Wohl war es dem neuen Präsidenten gelungen, den Zugriff "politischer Unternehmer" auf Entscheidungen der

Administration einzudämmen, doch waren er und seine Administration nicht willens – oder nicht in der Lage –, gegenüber den großen Wirtschaftsakteuren die Regeln gleichen Marktzugangs durchzusetzen. Die Putin-Administration machte keine Anstalten, die sozialen Kräfteverhältnisse zu ändern. Im Gegenteil, sie tat alles, um das gesellschaftliche und das politische System zu konsolidieren. Die Wirtschafts- und Finanzeliten spielten in diesem Gefüge eine wichtige Rolle.[704]

Allerdings war ihr unmittelbarer Einfluß auf die Politik gegenüber der Jelzin-Zeit zurückgegangen. Der Sommer der "Oligarchen" – der "politischen Unternehmer", die es in der Phase des Übergangs so trefflich verstanden, Finanzimperien aufzubauen, indem sie staatliche Ressourcen privatisierten – war mit der Finanzkrise im August 1998 vorüber. Die Symbiose einer kleinen Gruppe von Finanzmagnaten mit dem führenden politischen Clan, das Charakteristikum des "Systems Jelzin", zerfiel. Zwar wurde der Begriff "Oligarchen" in der russischen Publizistik weiter benutzt, doch der Typus, den er bezeichnete – und der nur in der Symbiose mit politischen Clans überleben konnte – hatte sich überlebt. An die Stelle von Spielern, die sich "politische Rente" verschaffen, traten Unternehmer, die zwar Nähe zur politischen Macht suchten und Unterstützung durch den Staat einforderten, die aber – wenigstens vorläufig – nicht in der Lage waren, die politische Führung zu manipulieren. Die Krise hatte die Mehrzahl der Finanzgruppen soweit geschwächt, daß sie wieder von der politischen Führung abhängig waren. Das verschaffte der Putin-Administration den Spielraum, gegen jene "politischen Unternehmer" vorzugehen, die die elektronischen Medien kontrollierten und damit politischen Einfluß ausübten. Es bedeutete aber keineswegs, daß die Putin-Administration eine Rückkehr zur Staatswirtschaft anstrebte oder willens war, privates Unternehmertum zu bekämpfen oder auch nur den Mißbräuchen gegenzusteuern, die beim

---

704 S.P. Peregudov: Krupnaja rossijskaja korporacija v sisteme vlasti, in: Političeskie issledovanija, 2001, Nr. 3, S. 16-24, hier S. 16.

Aufbau der Finanz- und Industrieimperien der zweiten Generation endemisch waren. Die Allianz der föderalen Exekutive mit den neuen Finanzgruppen bestimmte die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den ersten Jahren der Putin-Ära. Auf der symbolischen Ebene wurde dies durch die Wiederbelebung einer Vorstellung von "Staatlichkeit" flankiert, die eine Gegenüberstellung von "Staat" und "Kapital" implizierte. So stellte sich das Verhältnis von Politik und Wirtschaft unter Putin weit komplexer und widersprüchlicher dar als in der Jelzin-Zeit. Dennoch herrschte im Jahre 2001 eine fragile Balance, die auf gegenseitiger Duldung beruhte: die Magnaten versuchten nicht, eine politische Rolle zu spielen, während Putin ihnen bei ihren – mitunter recht zweifelhaften – Geschäften freie Hand ließ. Diese Atempause fiel zeitlich mit einem neuen Stadium in der Elitenbildung zusammen. Nach der vergleichsweise offene Phase der Elitenzirkulation in den neunziger Jahren schloß sich die Elite unter Putin nun nach unten ab.[705]

[705] So O. Kryštanovskaja: Zakoldovannaja ėlita, in: Vremja MN, 14.11.2001, S. 10.

5. Transformation und Gesellschaft

Der Transformationsprozeß in Rußland ist Mitte der neunziger Jahre zum Stillstand gekommen. Die Verfassung von 1993 hat die Basis für ein Präsidialregime geschaffen, das mit dem konfliktlosen Machtübergang von Jelzin zu Putin Ende 1999 eine erste Bewährungsprobe bestanden hat. Privatwirtschaftliche Strukturen sind landesweit durchgesetzt und dominieren das Wirtschaftsleben. Das gesellschaftliche Vermögen ist neu verteilt und wird von einer kleinen Führungsschicht kontrolliert. Macht und Besitz sind eine enge Verbindung eingegangen – Macht dient dazu, Vermögen zu mehren, und Vermögen ist eine Ressource, um Macht zu vergrößern. Kurz, in Rußland hat sich ein System politischer und gesellschaftlicher Herrschaft herausgebildet, das mit dem sowjetischen Modell keine Ähnlichkeit mehr besitzt. Allerdings kann diese neue Ordnung – trotz regelmäßiger Wahlen und ordnungsgemäßem Regierungswechsel – nicht als konsolidierte Demokratie angesprochen werden. Die Kontrolle der Herrschenden durch die Gesellschaft – sei es durch Parteien und Parlament, sei es durch Massenmedien – ist nur schwach ausgebildet. Die Gesellschaft selbst tritt als politischer Akteur nicht in Erscheinung. In den Vordergrund treten Politiker, Finanzleute und regionale Führer, die es verstanden haben, sich in der Umbruchszeit Machtpositionen zu verschaffen und den Zugriff auf politische und ökonomische Ressourcen zu sichern. Diese Elitengruppen haben in der Transformationsphase eine ganz erhebliche Rolle gespielt und in der Folge die Entwicklung des politischen und Wirtschaftssystems nachhaltig beeinflußt.

Die Zusammensetzung der neuen Führungsschicht ist heterogen. Es sind nicht einfach alte Eliten – die "Nomenklatura" aus der Sowjetzeit –, die das neue Rußland gestalten, vielmehr bildete sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre aus ehemaligen Inhabern von Nomenklaturpositionen und aus Aufsteigern eine neue Elite, die sich die Auflösung der alten Ordnung zunutze machte und den Prozeß des politischen und wirtschaftlichen Übergangs nach ihren Interessen gestaltete. Die Führungsschicht war nach Herkunft, Qualifikation, Tätigkeitsfeld und

Interessen ausgesprochen uneinheitlich, doch ihre Mitglieder glichen sich in einem Punkt: Sie alle hatten sich nach dem Zerfall des Sowjetsystem in der neuen Situation rasch zurecht gefunden und nutzten sie offensiv, um eigene Interessen zu verfolgen und sich politisch und materiell Vorteile zu verschaffen. Im Handumdrehen schufen sie neue Netzwerke und paßten alte den neuen Aufgaben an. Wem das nicht gelang, der faßte in der postsowjetischen Wirtschaft nicht Fuß, selbst wenn er – wie die Luftfahrtindustrie – über die erforderlichen technologischen und produktiven Ressourcen verfügte. Es war ein Charakteristikum dieser neuformierten Wirtschaftseliten, daß sie vordringlich an *rent seeking* interessiert waren. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre ging es dabei vor allem darum, bei der Umverteilung von Staatseigentum, die Teil der Marktreformen waren, möglichst große Teile gesellschaftlichen Reichtums an sich zu bringen. Erfolg hatten dabei solche Wirtschaftsakteure, die Allianzen mit den politischen Führungsgruppen eingingen. Entscheidungen wurden in einem Raum getroffen, der durch die Vernetzung zwischen Wirtschafts- und politischen Eliten bestimmt wurde.

Solche Politikfeldnetzwerke[706] werden mitunter als positiver Entwicklungsfaktor wahrgenommen. Sie gelten als Instrumente einer Politikgestaltung von unten, die Koordinations- und Abstimmungsprobleme verringern und – so die geläufige Interpretation – basisdemokratische Tendenzen fördern können. Das vertreten etwa Autoren wie Stark und Bruszt, die in ihrer Analyse postsozialistischer Transformationsprozesse in Ostmitteleuropa die Integration zusätzlicher Interessengruppen in Entscheidungsprozesse zustimmend hervorheben und auf die Reduzierung von Koordinationsproblemen und die Entlastung des Staates von Regulierungsfunktionen verweisen.[707] Dabei übersehen sie aber, daß – wenigstens im postsowjetischen Rußland – jene

---

[706] Zu der Bedeutung von Politikfeldnetzwerken in der Transformationsperiode vgl. H. Pleines: Wirtschaftseliten und Politik im Rußland der Jelzin-Ära (1994-99), Münster 2003.

[707] D. Stark / L. Bruszt: Postsocialist pathways, Cambridge 1998, S.109-136.

Gruppen, die über Netzwerke auf Entscheidungen Einfluß nehmen, keineswegs im Sinne der Gesellschaft als Ganzem agieren. Vielmehr verfolgen sie zielbewußt Partikularinteressen. In der Praxis haben Politikfeldnetzwerke gesellschaftspolitisch und demokratietheoretisch fundamentale Schattenseiten. Ihnen fehlt vor allem eine formale Bevollmächtigung, die ihre Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen demokratisch legitimieren könnte. Darüber hinaus haben sie eine Neigung, sich zu Interessenkartellen zu entwickeln, die demokratisch regulierte und kontrollierte Entscheidungsfindungsprozesse durch interne Absprachen ersetzen,[708] bei denen andere gesellschaftliche Akteure aus dem Entscheidungsprozeß ausgeschlossen werden. Und eben dies war in Rußland der Fall.

Die Verfassung von 1993 hatte die Macht in der Hand des Präsidenten und der Exekutive konzentriert. Entscheidungen wurden seitdem in einem Raum gefällt, der öffentlicher oder parlamentarischer Kontrolle weitgehend entzogen war. Stattdessen spielten Politikfeldnetzwerke eine große Rolle. Indem die Umgebung des Präsidenten immer stärker Partikularinteressen bediente,[709] unterstützte sie die Tendenz zur Privatisierung des Staates durch die politischen und die Geschäftseliten. Der Finanzmagnat Berezovskij brachte dies 1999 mit unverhülltem Zynismus auf den Punkt:

---

[708] Eine überblicksartige Darstellung dieses Argumentationsgangs bietet: A. Benz: Politiknetzwerke in der horizontalen Politikverflechtung, in: D. Jansen, K. Schubert (Hg.): Netzwerke und Politikproduktion, Marburg 1995, S.185-204, hier S.202-204; zur Durchsetzungsfähigkeit von Interessenkartellen im Gegensatz zu der gesellschaftlicher Großgruppen vgl. M. Olson: The Logic of Collective Action, Cambridge/Mass. 1965.

[709] Vgl. das Interview mit Ruslan Orechov, dem langjährigen Leiter der Rechtsabteilung der Präsidialadministration, der 1999den Dienst quittierte: Vse belye vorony uleteli ot Kremlja, in: Moskovskie novosti, 1999, Nr. 16, S. 7; vgl. auch L.F. Ševcova; I.M. Kljamkin: Ėta vsesil'naja bessil'naja vlast'. Vybornaja monarchija v Rossii i ee političeskaja perspektiva, in: Nezavisimaja gazeta, 25.6. 1998, S. 8.

> "Deshalb behaupte ich, daß die Interessen des Staates immer mit den Interessen des großen Business zusammenfallen, wenn die Rede von einem normalen Staat ist." [710]

Die Verbindung von politischen und Wirtschaftseliten, die auf der Ebene der Regionen ebenso wie auf der Ebene der Föderation bei der Durchsetzung ihrer Ziele zusammenwirkten, stellte ein bestimmendes Muster der russischen Entwicklung dar. Die demokratische Form des Regimes wurde auf diese Weise mit Inhalten ausgefüllt, die – unter Nichtachtung gesellschaftlicher Bedürfnisse – durch Partikularinteressen bestimmt war. Mag sein, daß Demokratie in den neunziger Jahren auch in Osteuropa "the only game in town"[711] war, doch in Rußland war es ein Spiel, das unter Ausschluß der Gesellschaft gespielt wurde.

Mit Recht beschreibt die Politikwissenschaft das russische Modell daher nur mit Einschränkungen als demokratisch. Bezeichnungen wie "Nomenklaturdemokratie", "delegative Demokratie" oder "defekte Demokratie" sind geläufig.[712] In Rußland selbst wurde eine Diskussion darüber

---

710 "Mne ostaetsja byt' libo serym kardinalom, libo košel'kom", in: Kommersant, 13.4. 1999, S. 1, 3.

711 So die Formulierung bei J. Linz / A. Stepan: Toward Consolidated Democracies, in L. Diamond u.a. (Hrsg.): Consolidating the Third Wave Democracies: Themes and Perspectives, Baltimore1997, S. 14-33, hier S. 15.

712 M. Mommsen: Wohin treibt Rußland?, München 1996, S. 203f. ("Nomenklaturdemokratie"), unter Bezugnahme auf: J. Burtin/G. Vodolazov: V Rossii postroena Nomenklaturnaja Demokratija, in: Izvestija, 1.6.1994, und S. 236 ("delegative Demokratie"), mit Bezug auf: G. O'Donnell: Delegative Democracy, in: Journal of Democracy, Jg. 5.1994, S. 55-96, sowie P. Kubicek: Delegative Democracy in Russia and Ukraine, in: Communist and Post-Communist Studies, Jg. 27.1994, Nr. 4, S. 423-441; für "defekte Demokratie" vgl. W. Merkel: Defekte Demokratien, in: W. Merkel/A. Busch (Hrsg.) Demokratie in Ost und West. Frankfurt am Main 1999, S. 361-381; P.C. Schmitter: Critical Reflections on the "Functions" of Political Parties and their Performances in Neo-Democracies, ebd., S. 475-495; G. Mangott: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1. Russland als defekte Demokratie, Baden-Baden 2002.

geführt, wieweit die Entwicklung des politischen Systems durch das Modell des "Korporatismus" angemessen beschrieben werden könne.[713]

Dieses Konzept[714] wurde vor allem von S.P. Peregudov vertreten, der den Begriff "oligarchischer Korporativismus" prägte.[715] In seiner Interpretation stellt das Zusammenspiel von Staatsmacht und Finanzgruppen den Kern des Systems von Herrschaft und Verwaltung dar. Wie Hellmann und Pleines geht Peregudov davon aus, daß es den Akteuren nicht um einen gesamtgesellschaftlichen Ausgleich von Gruppeninteressen geht, sondern um Aneignung einer maximalen politischen Rente.[716] Die Wurzeln dieser Entwicklung sieht Peregudov in

---

713 Schon 1993 stellte Rjabov dieses Konzept heraus: A.V. Rjabov: Korporatizm i perspektivy razvitija sovremennoj Rossii, in: Kentavr. Istoriko-politologičeskij žurnal, 1993, Nr. 4, S. 22-28; später hat Peregudov immer wieder auf dieses Modell hingewiesen; vgl. u.a. S.P. Peregudov: Novyj rossijskij korporatizm: ot bjurokratičeskogo k oligarchičeskomu, in: Političeskie issledovanija, 1998, Nr. 4, S. 114-116; vgl. dazu auch die kontroverse Auseinandersetzung in einer Diskussion am Runden Tisch: Graždanskoe ili korporativnoe obščestvo?, in: Svobodnaja mysl', 1998, Nr. 9-12, S. 118-127.

714 Der benutzte Korporatismusbegriff unterscheidet sich von dem westlichen in einigen Punkten; vgl. dazu unten Anmerkung 718.

715 Vgl. S.P. Peregudov: Organizovannye interesy i gosudarstvo: smena paradigm, in: Političeskie issledovanija, 1994, Nr. 2, S. 76-87, Nr. 5, S. 64-74; ders.; I.S. Semenenko: Lobbizm v političeskoj sisteme Rossii, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 1996, Nr. 9, S. 28-42; ders. : Rossijskie gruppy interesy - osobyj slučaj ili podtverždenie pravila, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 1997, Nr. 1, S. 98-101; ders. : Korporativnye interesy i gosudarstvo, in: Nezavisimaja gazeta, 3.6. 1997, S. 5; ders. : Novyj rossijskij korporativizm. Ego oligarchičeskij charakter ne vyzyvaet somnenij, a obščestvennaja opasnost' trebuet posledovatel'nogo protivodejstvija, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Politėkonomija, 1998, Nr. 8, S. 13; ders. : Novyj rossijskij korporatizm: ot bjurokratičeskogo k oligarchičeskomu, in: Politieskie issledovanija, 1998, Nr. 4, S. 114-116.

716 Peregudov, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Politėkonomija, 1998, Nr. 8, S. 13; wichtig für die Existenz korporativer Beziehungen ist die Integration von Staat und Finanzgruppen (ebd.):

"In Unterscheidung von anderen, pluralistischen Beziehungen, handeln die daran beteiligten Korporationen, Geschäftsassoziationen, Gewerkschaften und anderen Organisationen und Gruppierungen nicht einfach als 'Einflußgruppen', die vom Staat das eine oder andere Zugeständnis erlangen (wie das bei Lobbyismus der Fall ist),

den quasi-korporativen Beziehungen der Sowjetzeit. Überkommene Strukturen, fortbestehende Netzwerke und eingeübte Verhaltensweisen prägen die Praxis der politischen Beziehungen, die auch die Einführung demokratischer Institutionen übersteht. Peregudovs Erklärungsansatz faßte die problematischen Züge des Systems Jelzin – die Verflechtung von Staat und Wirtschaftsinteressen, die Ausschaltung der Gesellschaft und der verfassungsgemäßen Vertretungsorgane aus dem politischen Prozeß – prägnant zusammen, doch rief der Begriff, der an sich anders konnotiert ist, selbst in der russischen Politikwissenschaft Widerspruch hervor.[717] In der westlichen Forschung versteht man unter "Korporatismus" gewöhnlich "die Formierung und Inkorporierung gesellschaftlicher Großgruppen und Interessenträger mit staatlicher Politik in liberaldemokratischen und kapitalistischen Industriestaaten …, die sich zunehmend, aber in völlig unterschiedlicher Erscheinungsweise in den hochindustrialisierten Industriestaaten herausgebildet hat".[718] In Rußland aber, so machte der Soziologe Krasin geltend, gebe es keine landesweiten Verbandsstrukturen. Die "Oligarchen" verfolgten vielmehr individuelle Interessen, nicht die einer verfaßten Gruppe.[719] Und der Politikwissenschafter Igor' Kljamkin machte darauf aufmerksam, daß in Rußland eine Ausdifferenzierung der Interessen von Arbeit und Staat nicht stattgefunden habe. Daher sei es auch nicht zur Konsolidierung einer modernen Gesellschaft gekommen. Infolgedessen könne es in Rußland keine Analogie zum westlichen Korporatismus geben.[720] Diesen Punkt nahm auch die Soziologin und Elitenforscherin Ol'ga

---

sondern sie treten als eigenartige Verlängerung der staatlichen Hand auf, die mit dem Herrschaftsprozeß eng verbunden ist."

Zu dem gesamten Zusammenhang: Pleines 2003, passim.

717 Kritik an Peregudovs Konzept wurde z.B. während einer Diskussion am "Runden Tisch" formuliert, die die Carnegie Stiftung Moskau organisiert hatte; vgl. Svobodnaja mysl', 1998, Nr. 9-12, S. 118-127.

718 Vgl. U. v. Alemann: Korporatismus, in: D. Nohlen (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik 1, München/Zürich 1985, S. 472-475, hier S. 472.

719 Svobodnaja mysl', 1998, Nr. 9-12, S. 122.

720 Ebd.

Kryštanovskaja auf, die Peregudovs Modell zurückwies, auch wenn sie der Rolle der großen Finanzgruppen – der "*corporations*" Bedeutung zumaß:

> "In postindustriellen Gesellschaften hat sich ein System der Wechselbeziehungen zwischen Staat, Gewerkschaften und Korporationen herausgeformt. In Rußland existiert ein solches System nicht, hier gibt es einfach die Wirklichkeit nicht, die mit westlichen Theorien beschrieben werden kann. Aber es gibt große 'corporations' (darunter verstehe ich große Spieler auf dem Markt) und ihren politischen Einfluß. Daher hat es Sinn, über unseren Korporativismus in einem engeren Sinn zu sprechen, indem man ihn als *Macht der 'corporations'* versteht. Dann stellt sich die Frage: Wer führt das Land – die politischen Strukturen oder die 'corporations'? Auf welche Weise und mit welchen Zielen beeinflussen die 'corporations' die Politik?" [721]

Auch wenn die Kritiker also Peregudovs Auffassung teilen, daß Politik von Wirtschaftseliten nachhaltig beeinflußt wird, so wiesen sie "Korporatismus" als Erklärungsmuster mit Recht zurück. Die zutreffende Beobachtung, daß es in Rußland keine verfaßten gesellschaftlichen Interessen gibt – und insofern auch keine Gesellschaft im eigentlichen Sinne des Wortes – führt notwendig zu dem Schluß, daß Peregudovs Konzept nicht tragfähig ist: Angesichts der fehlenden strukturellen Voraussetzungen sind westliche Korporatismusvorstellungen auf die russische Situation nicht übertragbar. Diese Feststellung impliziert aber zugleich eine weitergehende Erklärung dafür, daß politische und Wirtschaftseliten so ungehemmt Macht ausüben können, und daß der Demokratisierungsprozeß in Rußland zum Stillstand gekommen ist. Denn Vorbedingung für den Einfluß, den einzelne Finanzgruppen oder Magnaten ausüben, ist die Atomisierung der Gesellschaft, das Fehlen leistungsfähiger Parteien und Verbände, die eingeschränkte – weil von den "Oligarchen" manipulierte – Öffentlichkeit und schließlich die in der Bevölkerung verbreitete politische Apathie. Die spezifischen gesellschaftlichen Strukturen, die sich im Verlaufe der Transformation

[721] Ebd. S. 123.

herausgebildet haben, die Elitenkartelle einerseits und die soziale Degradierung breiter Bevölkerungsschichten andererseits, bestimmen den gegenwärtigen und den zukünftigen Charakter des politischen Systems.

Vor diesem Hintergrund müssen die innerrussischen Diskussionen über die Frage verstanden werden, ob Demokratie für Rußland ein akzeptabler Weg ist.[722] Umfragen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zeigten, daß Zweifel am Wert des westlichen Demokratiemodells für Rußland in der Bevölkerung verbreitet waren.[723] Solche Auffassungen waren Reflex der Probleme, die im Kontext des Wandels von Einstellungen und Werthaltungen entstanden und sie entsprachen der praktischen Erfahrung. Bevölkerung war nicht selbst Akteur, sie war das Objekt von Elitenhandeln. Die Entfaltung von Gesellschaft und die Herausbildung verfaßter Interessen ist ein mühsamer Prozeß, der nicht in wenigen Jahren abzumachen ist. Man sollte bedenken, daß der Prozeß forcierten Wandels, den die Gesellschaften im Raum der ehemaligen Sowjetunion gegenwärtig durchmachen, historisch kein singulärer Vorgang ist. Seit dem Eintritt des Russischen Staates in Europa zu Beginn des 18. Jahrhunderts ist sein staatliche und das soziale System immer wieder von

---

722 Aus der breiten Diskussion über russische Identität hier nur einige wenige Beispiele: A.M. Migranjan: Rossija v poiskach identičnosti (1985-1995), Moskva 1997; I.A. Vasilenko: Idoly i idealy rossijskoj političeskoj kul'tury, in: Vlast', 1999, Nr. 1, S. 65-69; A.J. Zudin: Istoki peremen. Kul`turnaja transformacija "pozdnesovetskogo" obščestva, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 1999, Nr. 4, S. 60-67; ders.: Istoki peremen. Kul`turnaja transformacija "pozdnesovetskogo" obščestva, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 1999, Nr. 5, S. 103-108; auch in der politischen Programmatik des neuen Präsidenten spielen solche Konzepte eine Rolle, vgl. V.V. Putin: Rossija na rubeže tysjačeletij, 31.12 1999 (= http://www.pravitelstvo.gov.ru/government/minister/article-vvp1.html, 4. Januar 2000); zur westlichen Rezeption dieser Diskussion vgl.u.a. M. Bryld; E. Kulavig (Hrsg.): Soviet Civilization Between Past and Present, Odense 1998; T. McDaniel: The Agony of the Russian Idea, Princeton, N.J. 1996; B. Sieber: "Russische Idee und Identität". "Philosophisches Erbe" und Selbstthematisierung der Russen in der öffentlichen Diskussion 1985-1995, Bochum 1998.

723 Vgl. etwa Ju. Levada: V Rossii ustanovilas' "demokratija besporjadka", in: Segodnja, 145.4.1995; A. Demidov: Rossijane predpočitajut stabil'nost' svobode, in: Segodnja, 25.1.1997, S. 2.

Reformstößen erschüttert und verändert worden. Doch die große Modernisierungen Rußlands im 19. und im 20. Jahrhunderts haben, wie wir wissen, kein demokratisch verfaßtes parlamentarisches Staatswesen hervorgebracht, sondern ein modernes System autoritärer Herrschaft. Eine selbstbestimmte Gesellschaft hat sich nicht entfalten können. Die Transformation des politischen und Wirtschaftssystems die gegenwärtig betrieben wird und die die Folgen von 74 Jahren Sowjetmacht überwinden muß, steht in der Tradition früherer Modernisierungsschübe. Eine der wichtigsten Aufgaben, die es zu lösen gilt, ist es Raum zu schaffen für die Entfaltung verfaßter gesellschaftlicher Interessen, denn Demokratie wird sich erst dann wirklich etablieren, wenn die Gesellschaft selbst als Akteur hervortritt.

Insofern müssen die Theorie der Transformation und der Demokratisierung neu überdacht werden. Das Element Gesellschaft muß mitbedacht werden. Der russische Sozialwissenschaftler Vladimir Gel'man hat die Frage gestellt, ob formal demokratische Erscheinungen im postsowjetischen Kontext nicht einen ganz anderen – will heißen undemokratischen – Charakter haben können.[724] In der Tat genügt es nicht, sich auf die Untersuchung formaler Institutionen wie "allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlen" zu beschränken, will man den Charakter des politischen Systems bestimmen. Die Analyse muß vielmehr die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und die Rolle von Eliten in den Blick nehmen. Erst die Antwort auf die Frage, welche Gruppen oder Institutionen über Gestaltungsmacht verfügt, wer die Allokation der Ressourcen bestimmt, und wer aus der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums Gewinn zieht, erlaubt Aussagen über den Charakter der politischen Herrschaft. Das Verhältnis von Demokratisierung und Übergang zum Markt ist nicht so sehr durch Ungleichzeitigkeit bezeichnet, als vielmehr durch wechselseitige Beeinflussung, die über Gesellschaft vermittelt ist. Der Übergang zum

[724] V.J. Gel'man: Postsovetskie političeskie transformacii: nabroski k teorii, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 2001, Nr. 1, S. 55-69, hier S. 56f.

Markt mit Liberalisierung, Privatisierung und Institutionalisierung ist zugleich ein Prozeß der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums, der Gesellschaft neu konstituiert. Auf den Charakter dieser Verteilung nehmen Eliten Einfluß. In dem Maße, in dem durch die Umverteilung neue Machtgruppen entstehen, in dem sich Elitenkartelle bilden, verändert sich der Charakter des politischen Systems. In Rußland hat diese Entwicklung dazu geführt, daß die Transformation zum Stillstand gekommen ist.

6. Anhang

6.1 Exkurs: Zur Auswertung der Politikerratings in der Nezavisimaja gazeta

Im Auftrag der Zeitung *Nezavisimaja gazeta* stellt das Meinungsforschungsinstitut *Vox Populi* seit 1993 allmonatlich ein Ranking der 100 wichtigsten Politiker zusammen. Die Rechte an der Umfrage befinden sich in den Händen des langjährigen Herausgebers der *Nezavisimaja gazeta*, Vitalij Tret'jakov, und des Leiter von *Vox Populi*, Boris Grušin. Bis zum Mai 2001 wurden die Ergebnisse in der *Nezavisimaja gazeta* veröffentlicht. Seit Tret'jakovs Entfernung aus der Zeitung werden sie von der Web-Zeitung "strana.ru" publiziert. Die *Nezavisimaja gazeta* übernahm ihrerseits eine Erhebung, die von ehemaligen Mitgliedern der Forschungsgruppe seit 1999 durchgeführt wird und zunächst in der *Literaturnaja gazeta* publiziert wurde.[725]

Die Zusammensetzung der 100 wichtigsten Politiker wird von *Vox Populi* durch eine Umfrage bei Journalisten und Politikwissenschaftlern ermittelt, die Kandidaten aus einer vorgegebenen Liste auswählen und Wertungspunkte für politischen Einfluß vergeben. Anfang 1998 gehörten dem Auswahlgremium 49 Personen an, Anfang 2001 waren es 57. Es handelt sich vorwiegend um Journalisten und Politikwissenschaftler. Die Auswahlkriterien sind unklar, es fehlen aber Vertreter sowohl "rechter" wie kommunistischer Medien, dagegen sind bis auf wenige Ausnahmen fast alle wichtigen überregionalen Zeitungen repräsentiert sowie die wichtigsten Rundfunk- und Fernsehanstalten. Bei den Politologen sind vor allem Stiftungen und Politikberatungsfirmen vertreten, darüber

---

[725] Vgl. www.strana.ru/special/dossier/2001/08/02/996748313.html , 2.8.2001; zur Einordnung der Erhebung vgl. auch V. J. Gel'man/I. Tarusina: Studies of Political Elites in Russia, in: Communist and Post-Communist Studies, 33. Jg., 2001, S. 311-329, hier S. 313f.; die Erhebung der "Literaturnaja gazeta" folgte im Grunde der gleichen Methodik, setzte aber stärker auf regionale Experten; vgl. unten 6.1 Exkurs: Zur Auswertung der Politikerratings in der Nezavisimaja gazeta.

hinaus die wichtigsten Institute der Akademie der Wissenschaften und die Zentralbank.[726]

Aus den Antworten der Experten stellt *Vox Populi* dann seine Rangliste der "100 führenden Politiker Rußlands" im jeweils abgelaufenen Monat zusammen. Bei allem Vorbehalt – so ist wohl nicht auszuschließen, daß die politische Linie der *Nezavisimaja gazeta* bei der Gewichtung einzelner Akteure eine Rolle spielt – gibt diese Aufstellung doch eine Vorstellung von den Personen, die Rußlands Politik mitbestimmen. Betrachtet man diese Listen über einen längeren Zeitraum und gruppiert die darin genannten Personen nach ihrem Tätigkeitsbereich, dann ergibt sich ein Bild davon, wie sich die Kräfteverschiebungen in der russischen Innenpolitik in den Köpfen der Expertengruppe abbilden:

Für die vorliegende Arbeit wurden die Daten der Umfragen seit August 1997 regelmäßig erfaßt. Von früheren Ratings wurden lediglich einzelne stichprobenartig herausgegriffen. In die vorliegende Arbeit gehen Informationen aus folgenden Politikerlisten ein: April 1993, September 1994, Februar 1996, Januar 1997, August 1997 bis August 2001. Das erste Rating stammt also noch aus der Zeit der "Doppelherrschaft" von Präsident und Parlament, das zweite bildet die Situation im Herbst 1994 ab, nachdem sich das 1993 gewählte neue Parlament eingerichtet hat, doch vor der Invasion in Tschetschenien, die dritte spiegelt die Lage nach der Duma-Wahl 1995 und vor der Präsidentenwahl 1996 wider, die vierte die Situation nach der Widerwahl Jelzins und seinem Ausfall durch Krankheit. Ab August 1997 werden dann alle Ratings ausgewertet.

Bei der Auswertung in der vorliegenden Studie spielten die Listenposition und die von den Experten an jeden Politiker vergebenen Punkte keine Rolle. Alle jeweils im Ranking aufgeführten Politiker werden in die Untersuchung einbezogen und nach der Herkunft ihrer Macht in Gruppen zusammengefaßt. Dabei werden elf Kategorien gebildet (Präsident/Präsidialapparat; Regierung; Wirtschaftspolitik;

[726] Ebd.

Machtapparate; Regionen; Judikative; Parlament/Parteien; Medien; Wissenschaft/Stiftungen; Kirche; Wirtschaftsverbände; Banken/ Unternehmen). Die Machtapparate werden innerhalb der föderalen Exekutive gesondert ausgewiesen, weil sie – wenigstens phasenweise – eigene Interessen verfolgen. Wirtschaftspolitik stellt deshalb eine eigene Kategorie dar, um zu prüfen, welches Gewicht ihr zu verschiedenen Zeitpunkten innerhalb der föderalen Exekutive zugemessen wird. Die Trennung zwischen Wirtschaftsverbänden und Unternehmen/Banken liegt nahe, wenn man die unterschiedlichen Strukturen betrachtet: Lobbyisten wie Vol'skij oder Soskovec beziehen ihren Einfluß aus ihrer früheren Nähe zu staatlichen Apparaten, Unternehmer wie Gusinskij oder Chodorkovskij stützen sich auf die von ihnen geschaffenen Unternehmenskonglomerate. Die Eingruppierung der einzelnen Personen ist mit Schwierigkeiten verbunden, da sie oft mehrere Funktionen wahrnehmen (Abgeordneter und Mitglied der Exekutive) oder ihre Funktion im Lauf der Zeit wechseln (z.B. Lukin vom Botschafter in den USA zum Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses in der Duma, oder Soskovec vom Vizepremier zum Lobbyisten der Finanz-Industrie-Gruppen). Ausschlaggebend für die Eingruppierung war die eigentliche Machtbasis des jeweiligen Politikers zum Zeitpunkt der Monatsumfrage.

Bei der Erstellung des Ratings befragte Experten

Um einen Eindruck von den Unterschieden in der Zusammensetzung des Expertengremiums zu geben, werden hier die Respondenten der beiden Befragungsrunden für Juni bzw. Juli 2001 aufgeführt. Bei den Angaben für Juli 2001 handelt es sich um die von *Vox Populi* durchgeführte Umfrage. Die Auflistung für das Juni-Rating 2001 gibt das Expertengremium der *Literaturnaja gazeta*-Gruppe wieder mit ihrem starkem Gewicht auf den Regionen. Wie sich die unterschiedliche Zusammensetzung des Expertengremiums auf die Ergebnisse auswirkt, ist an der Auswertung der Daten für Juni, Oktober und Dezember 2001 abzulesen (Tabelle 31).

Juni-Rating 2001 (Literaturnaja gazeta-Gruppe)

Sankt-Peterburg

1. Vasil'ev V. K. (laboratorija političeskoj psichologii SPbGU); 2. Kesel'man L. E. (Institut sociologii RAN (SPb otdelenie)); 3. Kocjubinskij D. A. (programma "Istorija odnogo goroda" (VGTRK-Peterburg 5 kanal)); 4. Kuzin O. S. (gazeta "Sankt-Peterburgskie vedomosti"); 5. Mogilevskij R. S. (GĖLLAP Sankt-Peterburg); 6. Ugrjumov V. B. (gazeta "Večernij Peterburg"); 7. Česnokov S. V. (eženedel'nik "Delo"); 8. Šarov A. N. (NII Kompleksnych social'nych issledovanij SPbGU); 9. Šelin S. G. (eženedel'nik "Novoe vremja" (sobkor v Sankt-Peterburge)); 10. Jur'ev A. I. (fakul'tet psichologii SPbGU)

Nižnij Novgorod

11. Andrjuchin V. I. (gazeta "Novoe delo"); 12. Beljaninov A. E (telestudija "Seti-NN"); 13. Buzmakova V. P. (agentstvo "Provincija"); 14. Duchan B. S. (AO "Nižnovėnergo"); 15. Ionov V. B. (gazeta "Birža"); 16. Kolobov O. A (istoričeskij fakul'tet NNGU); 17. Kočerov S. N. (kafedra filosofii NGPU); 18. Molokin G. S. (Regioncentr); 19. Noskova O. V. (telestudija NNTV); 20. Spicyn V. K. (Nižegorodskij kommerčeskij institut)

Voronež

21. Achmedov R. A. (gazeta "Izvestija" (sobkor po Voronežskoj i Belgorodskoj obl.)); 22. Gluchova A. V. (kafedra sociologii i politologii VGU); 23. D'jakov D. S. (gazeta "Voronežskij kur'er"); 24. Mal'cev V. V. (gazeta "Molodoj kommunar"); 25. Rachmanin V. S. (kafedra sociologii i politologii VGU); 26. Romanovič A. L. (Institut obščestvennogo mnenija "Qualitas"); 27. Sal'nikov V. I. (Voronežskij filial Moskovskogo istoriko-politologičeskogo centra); 28. Tabačnikov B. Ja. (kafedra gosudarstvovedenija i politologii VĖPI); 29. Umnov A. A. (OOO "Vitok" / NTK "Kraj Voronežskij" / radiostancija "Ėcho Voroneža"); 30. Šaronov V. I. (Voronežskaja gosudarstvennaja teleradioveščatel'naja kompanija)

Samara

31. Astachov M. V. (kafedra otečestvennoj istorii SamGU); 32. Gavrjušenko A. N. (eženedel'nik "Delo"); 33. Karelina M. V. (Samarskij pedagogičeskij universitet); 34. Kunicyn D. E. (Orion/TNT); 35. Ovčinnikov A. P. (regional'noe otdelenie Rossijskoj akademii političeskich nauk); 36. Orlova E. B. (služba novostej telekompanii "SKAT"); 37. Sacharov Ju. P. (Gosudarstvennaja teleradiokompanija "Samara"); 38. Fedorov A. V. (eženedel'nik "Reporter"); 39. Fišman L. I. (fakul'tet menedžmenta SamPU); 40. Jurina F. Ju. (politolog)

Rostov-na-Donu

41. Bolotov K. M. (radiostancija "Ėcho Rostova"); 42. Vinnikov N. F. (mediacentr "Rostov"); 43. Esel'son S. B. (nekommerčeskij gumanitarnyj fond "Prikladnaja politologija"); 44. Zaprudskij Ju. G. (kafedra politologii Rostovskogo regional'nogo otdelenija Akademii političeskich nauk (Moskva)); 45. Kutyrkina L. V. (Institut marketingovych kommunikacij); 46. Nikitina O. L. (redakcija informacionno-političeskogo veščanija GTRK Don-TR); 47. Smirnov S. O. (fakul'tet političeskoj reklamy Južno-Rossijskogo gumanitarnogo instituta); 48. Čereušina O. V. (meždunarodnyj fakul'tet Donskogo GTU); 49. Šechterman V. L. (laboratorija sociologičeskich i politologičeskich issledovanij pri RGU); 50. Špak V. Ju. (kafedra političeskich institutov i processov RGU)

Vladikavkaz

51. Alborov Ch. A. (gazeta "Rastdzinad" ("Pravda")); 52. Badal'jan S. A. (kafedra filosofii Severo-Kavkazskogo technologičeskogo universiteta); 53. Baskaev V. P. (gazeta "Otčizna"); 54. Vyšlova O. A. (gazeta "Severnaja Osetija"); 55. Dzucev Ch. V. (Centr social'nych issledovanij Severo-Osetinskogo IGiSI); 56. Maliev Ch. G. (gazeta "Rastdzinad" ("Pravda")); 57. Pavlovec G. G. (Centr social'nych issledovanij Severo-Osetinskogo IGiSI); 58. Fidarov B. D. (gosudarstvennaja teleradiokompanija "Alanija"); 59. Chadikov M. G. (kafedra filosofii Severo-Osetinskoj gosudarstvennoj medicinskoj akademii); 60. Čočiev G. V. (Centra social'nych issledovanij Severo-Osetinskogo IGiSI)

Kazan'

61. Alaev Ju. P. (gazeta "Vremja i Den'gi" – programma "Akcent" (telekanal "Variant")); 62. Aminov D. M. (Radio Rossii (sobkor)); 63. Beljaev V. A. (kafedra sociologii i politologii KGTU im. Tupoleva); 64. Bol'šakov A. G. (kafedra politologii KGU); 65. Galimov V. G. (gazeta "Komsomol'skaja pravda" v Tatarstane); 66. Žoržeev L. M. (gazeta "Kazanskoe vremja"); 67. Ischakov D. M. (institut istorii AN RT); 68. Mansurova G. M. (Kafedra gosupravlenija, istorii i sociologii KGTU (KChTI)); 69. Farukšin M. Ch. (kafedra politologii KGU); 70. Černobrovkina E. N. (gazeta "Provincija")

Ufa

71. Bibakova N. Ja. (kafedra sociologii i politologii Ufimskogo GATU); 72. Valeev Š. R. (Agentstvo regional'nych operativnych materialov i informacii); 73. Giljazetdinov D. M. (kafedra prikladnoj i otraslevoj sociologii BašGU); 74. Kvjatkovskaja I. V. (gazeta "Izvestija" v Baškortostane); 75. Kudrjašov S. V. (gazeta "Trud" (sobkor)); 76. Lavrent'ev S. N. (kafedra politologii Baškirskoj akademii gosudarstvennoj služby i upravlenija); 77. Nasibullin R. T. (Institut social'no-ėkonomičeskich issledovanij Ural'skogo naučnogo centra RAN); 78. Pavlova N. A. (regional'noe priloženie "AiF-Baškortostan"); 79. Skvorcov V. V. (Ob"edinennaja press-služba prezidenta Respubliki Baškortostan); 80. Fajzullin F. S. (kafedra filosofii UGATU)

Ekaterinburg

81. Enin E. Ju. (mestnoe TV: "48 kanal"); 82. Kisilev K. V. (Ural'skaja gil'dija političeskich konsul'tantov); 83. Kulikov V. B. (Institut filosofii i prava Ural'skogo otdelenija RAN); 84. Malacheev I. V. (gazeta "Ural'skij rabočij"); 85. Merenkov A. V (. fakul'tet politologii i sociologii Ural'skogo gosudarstvennogo universiteta); 86. Mešavkin Andrej (mestnyj TV-kanal: "ATN"); 87. Minc N. Ja. (mestnyj TV-kanal: "Studija 41"); 88. Potapov E. V. (informacionno-analitičeskoe agentstvo "Ural'skij konsalting"); 89. Chazeev R. R. (Fond ėkonomičeskich i social'no-političeskich ėkspertiz); 90. Jalovec A. V. (Oblastnaja gazeta. Otdel obščestvenno-političeskich problem)

Novosibirsk

91. Bojko E. A. (Sibirskaja akademija gosudarstvennoj služby); 92. Vencimerova T. V. (Novosibirskoe bjuro VGTRK); 93. Galagan A. I.; 94. Žarinov A. G. (kafedra sociologii i psichologii NIIŽTa / gazeta "Sovetskaja Sibir'"); 95. Kozlov N. V. (sekcija sociologii SMI Novosibirskoj associacii sociologov); 96. Konovalov B. A. (gazeta "Molodost' Sibiri"); 97. Konovalov A. I. (Novosibirskaja associacija sociologov); 98. Mal'cev S. P.; 99. Nagumanov A. B. (agentstvo ITAR-TASS (sobkor) / radioprogramma "Mikroforum"); 100. Novokreščenov A. V. (Novosibirskij issledovatel'skij centr social'nych technologij); 101. Peršutkin S. N. (Novosibirskaja associacija prepodavatelej sociologii); 102. Tjurin Ju. V. (agentstvo RIA "Novosti" (sobkor))

Krasnojarsk

103. Grečenko Ju. I. (kraevoe radio); 104. Kopytov A. G. (sociologičeskaja služba "Resurskonsalt"); 105. Korotčenko V. A. (Krasnojarskaja gosudarstvennaja teleradiokompanija); 106. Maloletkova I. S. (kafedra social'no-političeskich teorij KGU); 107. Moskvin G. R. (otdel issledovanij ASK "Vertikal'"); 108. Novikov V. A. (Centr strategičeskogo proektirovanija); 109. Novoselova Z. D. (sociologičeskaja služba Sibirskogo informacionnogo centra social'no-pravovych issledovanij); 110. Pavlovskij V. E. (gazeta "Krasnojarskij rabočij"); 111. Čerepanova K. V. (TVK); 112. Ščerbakov A. I. (žurnal "Rossijskaja federacija" (sobkor))

Vladivostok

113. Antonov V. N. (fakul'tet politologii VIMO); 114. Bulavincev V. V. (gazeta "Dal'nevostočnye Vedomosti"); 115. Galkina I. A. (issledovatel'skaja gruppa "GID". Kafedra političeskich kommunikacij VIMO); 116. Žurman O. V. (radio "Vladivostok"); 117. Klimov D. G. (bjuro "Komsomol'skoj pravdy" na Dal'nem Vostoke); 118. Korytko V. M. (eženedel'nik "Konkurent"); 119. Logunov A. V. (laboratorija sociologičeskich i marketingovych issledovanij); 120. Men'šenina N. N. (Tichookeanskij institut politiki i prava); 121. Meščerjakov E. N. (predstavitel'stvo NTV v Primor'e); 122. Strojkov Ju. P. (Kafedra svjazi s obščestvennost'ju DVGTU)

Juli-Rating 2001 (*Vox populi*)

1. Chefredakteure und politische Beobachter:

1. Andrianov V. I. (gazeta "Tribuna"); 2. Bulavinov I. V. (gazeta "Kommersant"); 3. Volkov D. R. ("Vremja novostej"); 4. Gamov A. P. ("Komsomol'skaja pravda"); 5. Dubnov V. P. ("Novoe vremja"); 6. Zujčenko A. V. ("Vremja novostej"); 7. Kasparov P. V. (TVC); 8. Kovalev A. S. (gazeta "Krasnaja zvezda"); 9. Kolosova S. V. (ORT, "Vremja"); 10. Kravčenko L. P. ("Parlamentskaja gazeta"); 11. Kucyllo V. I. ("Kommersant"); 12. Lapšin A. O. (žurnal "Vlast'"); 13. Lacis O. R. ("Novye izvestija"); 14. Lepskij Ju. M. ("Rossijskaja gazeta"); 15. Malkin A. G. (ATV); 16. Michajlov K. P. (gazeta "Vek"); 17. Muladžanov Š. S. ("Moskovskaja pravda"); 18. Murtazin A. Ė. (ORT, "Vremja"); 19. Nikolaev Ju. N. (Apparat Soveta Federacii); 20. Radzichovskij L. A. ("Segodnja"); 21. Rybas S. Ju. ("Kto est' kto"); 22. Sanfirov V. V. ("Majak"); 23. Sokolov M. V. ("Radio Svoboda"); 24. Solomonov Ju. B. ("Obščaja gazeta"); 25. Stroganov Ju. V. (gazeta "Trud"); 26. Telen' L. O. ("Moskovskie novosti"); 27. Terechov V. K. ("Interfaks"); 28. Uškanov V. V. ("Radio Rossii"); 29. Šipit'ko G. I. ("Golos Rossii"); 30. Ščerbakov A. Ju. (gazeta "Rossija")

2. Politologen:

1. Amelin V. N. (MGU, sociologičeskij fakul'tet); 2. Arbatov A. G. (komitet Gosdumy po oborone); 3. Bunin I. M. (Centr političeskich technologij); 4. Bjalyj Ju. V. (Tvorčeskij ėksperimental'nyj centr); 5. Vaseckij N. A. (Apparat Gosudarstvennoj dumy); 6. Diligenskij G. G. (IMĖMO RAN); 7. KaraMurza A. A. (Institut filosofii RAN); 8. Kortunov A. V. (Moskovskij naučnyj fond); 9. Kuvaldin V. B. (Gorbačev-Fond); 10. Makarenko B. I. (Centr političeskich technologij); 11. Markov S. A. (Institut političeskich issledovanij); 12. Migranjan A. M. (Fond "Reforma"); 13. Neščadin A. A. (Ėkspertnyj institut RSPP); 14. Nikonov V. A. (Fond "Politika"); 15. Oreškin D. B. (analitičeskaja služba "Mercator"); 16. Pavlova-Sil'vanskaja M. P. (Fond Karnegi); 17. Sil'vestrov S. N. (Akademija gosudarstvennoj služby); 18. Smirnov V. V. (Institut gosudarstva i prava RAN); 19. Stepanov E. I. (Centr konfliktologii RAN); 20. Sultanov Š. Z. (CIMMĖP); 21. Toršin A. P. (Sovet Federacii); 22. Urnov M. Ju. (Fond "Ėkspertiza"); 23. Fedorov A.

V. (Fond "Političeskie issledovanija"); 24. Čumikov A. N. (Akademija političeskoj nauki)

Tabelle 31: Perzeption der Bedeutung von Elitegruppen in Rußland, Juni 2001 (Vergleich der Ergebnisse zweier unterschiedlicher Befragungsansätze)

	Präsidialapparat	*Regierung*	*Wirtschaftspolitik*	*Machtapparate*	*Regionen*	*Judikative*	*Parlament, Parteien*	*Medien*	*Wissenschaft, Stiftungen*	*Kirche*	*Wirtschaftsverbände*	*Banken, Unternehmen*	*Nicht zugeordnet*	*Summe*
Jun 2001 **(LG)**	16	12	6	7	22	3	11	2	2	1	0	16	3	101
Jun 2001 **(VP)**	19	18	8	6	10	2	12	3	2	1	0	16	4	101
Okt 2001 **(LG)**	18	15	8	8	20	2	12	0	1	1	1	13	1	100
Okt 2001 **(VP)**	17	17	8	7	15	3	11	2	1	1	0	16	3	101
Dez 2001 **(LG)**	20	13	11	10	15	2	10	0	1	1	1	16	1	101
Dez 2001 **(VP)**	20	16	9	9	11	1	10	2	1	2	0	16	3	100

Quelle: Strana.RU: 100 veduščich politikov Rossii. Ijun' 2001 goda <www.strana.ru/text/topics/201/01/09/20/61523.html>; A. Kinsburskij; A. Semčenko: 100 veduščich politikov Rossii v ijune. Dvadcat' procentov vlijatel'nych v Moskve figur ne sčitajutsja takovymi v regionach, in: Nezavisimaja gazeta, 10.7. 2001; M. Volkova: 100 veduščich politikov Rossii v oktjabre, in: Nezavisimaja Gazeta, 01.11.2001 <www.ng.ru/politics/2001-11-01/1100pol.html>; <www.strana.ru/text/topics/201/01/10/29/77693.html>; M. Volkova: 100 veduščich politikov Rossii v dekabre, in: Nezavisimaja Gazeta, 28.12.2001 <ng.ru/ideas/2001-12-28/1toppolit.html>; Strana.RU: Veduščie politiki Rossii. Dekabr' 2001 goda. Opros prochodil s 19 po 25 dekabrja <www.strana.ru/text/topics/201/01/12/27/98420.html>; VP = Vox populi; LG = Literaturnaja-gazeta-Gruppe

Ausgewertet wurden folgende Materialien:

100 veduščich politikov Rossii v aprele, in: Nezavisimaja gazeta, 30.4.1993, S. 1; 100 veduščich politikov Rossii v mae, in: Nezavisimaja gazeta, 3.6.1993, S. 1-2; 100 veduščich politikov Rossii v ijune. Prezidentskaja komanda tesnit oppoziciju vse bol'še i

bol'še. Chasbulatov opustilsja na čertvertoe mesto, Ruckoj - na devjatoe, in: Nezavisimaja gazeta, 1.7.1993, S. 1; 100 veduščich politikov Rossii v ijule. Chasbulatov vernulsja na vtoroe mesto, Barannikov za nedelju do snjatija byl v zenite svoej vlijatel'nosti, a El'cin imeet samyj nizkij ball za vse sem' mesjacev 1993 goda, in: Nezavisimaja gazeta, 4.8.1993, S. 1-2; 100 veduščich politikov Rossii v avguste. Vlijane Prezidentskoj komandy umen'šilos' - vosstanovilas' predreferendumnaja situacija. Rejting Prezidenta vnov' ponizilsja. Razryv meždu nim i Chasbulatovym ešče bol'še sokratilsja. Mėr Moskvy Jurij Lužkov vošel v pjaterku naibolee vlijatel'nch politikov Rossii, in: Nezavisimaja gazeta, 2.9.1993, S. 1-2; 100 veduščich politikov Rossii v sentjabre. Nakanune 21 sentjabrja ėksperty zafiksirovali povyšenie vlijatel'nosti Borisa El'cina i umen'senie Ruslana Chasbulatova, in: Nezavisimaja gazeta, 1.10.1993, S. 1-2; 100 veduščich politikov Rossii v oktjabre. Pervaja pjaterka - "prezidentskaja": El'cin, Černomyrdin, Lužkov, Gajdar, Gračev,. No oppozicija ne poterjala svoego vlijanija polnost'ju, in: Nezavisimaja gazeta, 2.11.1993, S. 1; 100 veduščich politikov Rossii v dekabre. Pervaja paterka teper' takova - El'cin, Lider LDPR, Gajdar, Černomyrdin, Javlinskij; Zjuganov na desjatom meste, in: Nezavisimaja gazeta, 29.12.1993, S. 1; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v sentjabre. Pervaja trojka prežnjaja, no Pavel Gračev uže četvertyj, in: Nezavisimaja gazeta, 4.10.1994, S. 1-2; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v janvare. Lider kompartii Gennadij Zjuganov podnjalsja na vtoroe mesto, otesniv prem'er-ministra na tret'e, in: Nezavisimaja gazeta, 1.2.1996, S. 1-2; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v avguste. Boris El'cin, Anatolij Čubajs i Viktor Černomyrdin ostajutsja glavnymi političeskimi figurami strany, in: Nezavisimaja gazeta, 2.9.1997, S. 1, 5; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v sentjabre. V verchnej časti spiska - bez suščestvennych peremen, in: Nezavisimaja gazeta, 1.10.1997, S. 1-2; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v oktjabre. Za mesjac spisok preterpel suščestvennye peremeny, in: Nezavisimaja gazeta, 1.11.1997, S. 1-2; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v nojabre. V rezul'tate poslednich skandalov rejtingi počti vsech veduščich politikov vnizilis', in: Nezavisimaja gazeta, 29.11.1997, S. 1-2; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v dekabre. Pervaja paterka: El'cin, Černomyrdin, Čubajs, Lužkov, Berezovskij, in: Nezavisimaja gazeta, 31.12.1997, S. 9-10; Političeskij olimp Rossii: 1993-1997. 100 samych vlijatel'nych za 5 let. No poka "NG" soobščaet tol'ko o pervych dvadcati, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 1998, Nr. 1, S. 1; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v 1997 godu. Vperedi prezident i dva "Č", in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 1998, Nr. 1, S. 12; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v janvare. Jurij Lužkov rezko obošel Anatolija Čubajsa, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 1998, Nr. 2, S. 3 (11); 100 veduščich politikov Rossii v fevrale, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 1998, Nr. 3, S. 11; A.N. Komozin: Boris El'cin, Jurij Lužkov, Evgenij Primakov - pervye iz vlijatel'nejšich. Veduščie politiki Rossii v 1998 i za poslednie 6 let, in: Nezavisimaja gazeta, 2.4.1999, S. 8; A.V. Kinsburskij; T.P. Koškareva: 100 veduščich politikov Rossii v marte. Otstavka pravitel'stva vzorval kosnuju političeskuju atmosferu poslednich mesjacev i perevernula privyčnye predstavlenija ob otečestvennoj ierarchii, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 8.4.1998, S. 11; A.V. Kinsburskij; T.P.

Koškareva; R.I. Narzikulov: 100 veduščich politikov Rossii v aprele. Smeniv prem'er-ministra, Boris El'cin prinizil rol' pravitel'stva v Rossii, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 13.5.1998, S. 11; A.V. Kinsburskij; T.P. Koškareva; R.I. Narzikulov: 100 veduščich politikov Rossii v mae. Kreslo prem'er-ministra stalo rabotat' na ego političeskuju vlijatel'nost', in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 10.6.1998, S. 11; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v ijune. Anatolij Čubajs vnov' v trojku liderov vlijanija, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 8.7.1998, S. 11; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v ijule. Sergej Kirienko idet vsled za prezidentom, in: Nezavisimaja gazeta, 1.8.1998, S. 1, 3; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v avguste. Političeskaja situacija pomenjala mestami "geroev" i "antigeroev", in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 9.9.1998, S. 11; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v sentjabre. Boris El'cin ne tol'ko terjaet vlijanie, no i očen' negativno vlijaet na žizn' sobstvennoj strany, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 14.10.1998, S. 11; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v oktjabre. Evgenij Primakov stal absoljutnym liderom političeskogo vlijanija, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 11.11.1998, S. 11; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v nojabre. Evgenij Primakov stal bessspornym liderom vlijanija, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 9.12.1998, S. 11; A.V. Kinsburskij: 100 veduščich politikov Rossii v dekabre. Evgenij Primakov zakančivaet god liderom političeskogo vlijanija, in: Nezavisimaja gazeta, 31.12.1998, S. 10; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v janvare. Evgenij Primakov uchodit v otryv, in: Nezavisimaja gazeta, 10.2.1999, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v janvare. Boris El'cin ešče ne pervyj, no uže ne tretij, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 10.3.1999, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v marte. Na tret'em meste uže ne Lužkov, a lider KPRF, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 14.4.1999, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v aprele. Vpervye s avgusta prošlogo goda Boris El'cin vernul sebe liderstvo v rejtinge političeskoj vlijatel'nosti, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 12.5.1999, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v mae. El'cin pervyj, Stepašin vtoroj, a Lužkov ottesnen na pjatoe mesto Berezovskim i D'jačenko, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 9.6.1999, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v ijune, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 14.7.1999, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v ijune. Boris Berezovskij vnov' vernulsaja v "prizovuju trojku", obognav Jurija Lužkova, in: Nezavisimaja gazeta, 3.8.1999, S. 1, 3; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v avguste. Primakov vernul Lužkova na vtoroe mesto, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 8.9.1999, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v sentjabre. Vladimir Putin stremitel'no nabiraet političeskij ves, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 13.10.1999, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v oktjabre. Vladimir Putin zanjal pervoe mesto na Olimpe vlasti, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 10.11.1999, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v nojabre. Putin vnov' na pervom meste, Primakov i Lužkov opuskajutsja niže, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 8.12.1999, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v dekabre. Zvezdnyj mesjac Vladimira Putina i Sergeja Dorenko, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 31.12.1999, S. 12; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v 1999 godu. Poslednij vzgljad na

ėpochu Borisa El'cina, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 12.1. 2000, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v janvare. Na pervyj plan vychodit ljudi iz komandy Putina, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 9.2.2000, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v fevrale. Putin, Berezovskij, Vološin - pervaja trojka, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 15.3. 2000, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v marte. Prezidentskie vybory ne vnesli ser'eznych izmenenij v ėkspertnuju ocenku vlijatel'nosti izvestnych figur, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 12.4. 2000, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v aprele. Siloviki i oligarchi sochranili svoi pozicii. "Piterskaja komanda" - na podstupach k pervoj dvadcatke, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 17.5. 2000, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v mae. Toržestvo političeskoj logiki: #1 - prezident, #2 - glava ego administracii, #3 - prem'er-ministr, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 14.6. 2000, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v ijune. Oligarchi spločennoj gruppoj sledujut za prezidentom, glavoj ego administracii i prem'erom, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 12.7. 2000; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v ijule. Položitel'noe vlijanie liderov rejtinga na situaciju v strane rastet, in: Nezavisimaja gazeta, 1.8. 2000, S. 1, 3; S. Turanov: 50 naibolee vlijatel'nych predprinimatelej Rossii. Srazu šest' izvetnych biznesmenov smogli vojti v ėlitarnyj klub po itogam ijunja, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Politėkonomija, 1.8.2000, S. 4; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v avguste. Putin sochranil liderstvo, no počti poterjal simpatii ėkspertov, in: Nezavisimaja gazeta, 13.9. 2000, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v sentjabre. Prezidentskaja komanda naraščivaet svoju vlijatel'nost', in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 11.10. 2000, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v oktjabre. Stabil'nost' i oslablenie konfliktnosti priveli k rejtingu pervoj trojki, i ne tol'ko ee, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 15.11. 2000, S. 11; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v nojabre. Na veršine vlastnoj piramidy - stabil'nost', čut' niže neznačitel'nye izmenenija, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 10.12. 2000; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v dekabre. Prezidentskaja administracija na samom verchu, in: Nezavisimaja gazeta, 30.12. 2000, S. 8; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v 2000 godu. Vpervye tri "prizovych" mesta rejtinga zanjaty pervymi licami gosudarstva, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 17.1. 2001; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v janvare. Prem'er-ministr vpervye operedil glavu prezidentskoj administracii, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 14.2. 2001; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v fevrale. Glava prezidentskoj administracii vnov' operedil predsedatelja pravitel'stva, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 14.3. 2001; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v marte. Chotja votum nedoverija pravitel'stvu ne sostojalsja, vlijanie prem'er-ministra prodolžaet padat', in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 11.4.2001; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v aprele. Vozroslo vlijanie storonnikov liberal'noj ėkonomiki i učastnikov skandala vokrug NTV, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 16.5.2001; A.N. Komozin: 100 veduščich politikov Rossii v mae. Rukovoditeli RAO "EĖS", MČS i "Sojuza pravych sil" ukrepili svoi pozicii, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii, 10.6. 2001; A. Kinsburskij; A. Semčenko: 100 veduščich politikov Rossii v ijune. Dvadcat' procentov vlijatel'nych v Moskve figur ne sčitajutsja takovymi v

regionach, in: Nezavisimaja gazeta, 10.7. 2001; www.strana.ru/special/dossier/2001/08/02/996748313.html, 2.8.2001; www.strana.ru/text/topics/201/01/09/20/61503.html, 21.9.2001; www.strana.ru/special/dossier/2001/08/02/996748313.html, 21.9.2001.

6.2 Tabellen

Tabelle 32: Elitestudie des Instituts für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften: Zusammensetzung der Grundgesamtheit

Position	*Absolut*	*in %*
Breschnew-Kohorte		
Regierungsmitglieder	57	1,6
Abgeordnete des Obersten Sowjets	1.500	41,6
Mitglieder des ZK der KPdSU	282	7,8
Mitglieder des Politbüros und des ZK-Sekretariats	26	0,7
Obkom-Sekretäre	131	3,6
Summe	1.996	55,3
Gorbatschow-Kohorte		
Abgeordnete des Obersten Sowjets	251	7,0
Mitglieder des ZK der KPdSU von 1990	371	10,3
Mitglieder des Politbüros und des ZK-Sekretariats	35	1,0
Obkom-Sekretäre	132	3,7
Summe	789	21,9
Jelzin-Kohorte		
Regierungsmitglieder	35	1,0
Präsidialadministration	44	1,2
Oberhäupter der Regionalverwaltung	68	1,9
Parteiführer	35	1,0
Geschäftselite	100	2,8
Mitglieder der Föderationsversammlung	543	15,0
Summe	825	22,9
Insgesamt	3.610	100,0

Quelle: O. Kryshtanovskaya [O.V. Kryštanovskaja]/S. White: From Soviet Nomenklatura to Russian Élite, in: Europe-Asia Studies, 48. Jg., 1996, Nr. 5, S. 711-733, hier S. 712.

Tabelle 33: Perzeption der Bedeutung von Elitegruppen in Rußland 1993-1999

Datum	*Exekutive*					*Recht*	*Legislative*	*Sinnstiftung*			*Wirtschaft*		*Nicht zugeordnet*	*Zusammen*
	Präsidialapparat	*Regierung*	*Wirtschaftspolitik*	*Machtapparate*	*Regionen*	*Judikative*	*Parlament, Parteien*	*Medien*	*Wissenschaft, Stiftungen*	*Kirche*	*Wirtschaftsverbände*	*Banken, Unternehmen*		
Apr 1993	15	14	4	7	12	2	35	4	0	1	4	0	1	99
Sep 1994	17	10	8	13	12	1	26	6	0	1	2	1	2	99
Feb 1996	13	5	11	10	19	2	29	7	0	2	2	0	0	100
Jan 1997	12	9	8	9	18	2	20	11	0	1	2	8	0	100
Aug 1997	14	11	11	10	19	1	16	6	0	1	0	10	1	100
Sep 1997	14	10	8	9	21	2	17	8	0	1	0	10	0	100
Okt 1997	14	11	11	9	17	2	18	8	0	1	0	9	0	100
Nov 1997	11	10	12	10	18	2	17	8	0	1	0	11	0	100
Dez 1997	10	12	10	9	16	2	17	10	0	1	0	12	1	100
Jan 1998	12	12	10	9	18	2	14	11	0	1	0	11	0	100
Feb 1998	11	12	10	10	19	2	13	11	0	1	0	11	0	100
Mrz 1998	13	10	11	11	22	2	11	8	0	1	1	10	0	100
Apr 1998	13	9	8	7	23	2	17	9	0	1	1	10	0	100
Mai 1998	10	9	9	9	24	2	13	11	0	1	1	11	0	100
Jun 1998	12	7	9	9	27	2	14	7	0	1	0	12	0	100
Jul 1998	12	9	8	8	25	2	12	8	2	1	1	12	0	100
Aug 1998	11	6	11	8	26	2	12	8	2	1	1	12	0	100
Sep 1998	13	5	11	10	22	1	19	5	1	1	1	11	1	101

Datum	*Exekutive*					*Recht*	*Legislative*	*Sinnstiftung*			*Wirtschaft*		*Nicht zugeordnet*	*Zusammen*
	Präsidialapparat	*Regierung*	*Wirtschaftspolitik*	*Machtapparate*	*Regionen*	*Judikative*	*Parlament, Parteien*	*Medien*	*Wissenschaft, Stiftungen*	*Kirche*	*Wirtschaftsverbände*	*Banken, Unternehmen*		
Okt 1998	13	10	7	9	24	2	19	5	0	1	1	10	0	101
Nov 1998	12	9	9	8	23	2	21	5	0	1	0	11	1	102
Dez 1998	11	11	10	6	24	2	19	6	0	1	0	10	1	101
Jan 1999	11	8	10	6	21	2	21	7	0	1	1	12	0	100
Feb 1999	9	14	11	6	21	2	17	7	0	1	0	13	1	102
Mrz 1999	9	10	13	7	21	3	19	6	0	1	0	11	0	100
Apr 1999	9	10	12	5	23	4	18	4	0	1	0	12	1	99
Mai 1999	11	8	9	5	22	6	21	5	0	1	0	13	1	102
Jun 1999	11	9	11	9	23	4	14	4	0	1	0	14	0	100
Jul 1999	11	7	14	8	20	5	16	3	0	1	0	14	0	99
Aug 1999	9	9	12	7	20	5	19	6	0	1	0	11	0	99
Sep 1999	11	8	10	7	23	6	18	5	0	1	0	13	0	102
Okt 1999	9	6	11	8	25	5	15	5	0	1	0	15	0	100
Nov 1999	12	8	10	8	22	4	16	7	0	1	0	13	0	101
Dez 1999	12	8	12	6	23	3	17	6	0	1	0	11	0	99
Jan 2000	11	12	8	8	22	4	18	4	0	1	0	12	0	100
Feb 2000	14	10	11	8	19	3	14	6	0	1	0	16	2	104
Mrz 2000	11	12	11	10	20	3	10	7	0	1	0	13	3	101
Apr 2000	11	15	10	12	16	3	11	5	1	1	0	13	3	101
Mai 2000	16	13	9	10	14	2	12	7	0	1	0	14	3	101
Jun 2000	19	10	9	11	14	2	13	6	0	1	0	13	3	101
Jul 2000	20	11	8	10	14	2	14	5	0	1	0	13	3	101
Aug 2000	19	13	8	10	17	1	10	4	0	1	0	16	2	101
Sep 2000	18	14	12	9	14	2	11	5	0	1	0	13	3	102

Datum	*Exekutive*					*Recht*	*Legislative*	*Sinnstiftung*			*Wirtschaft*		*Nicht zugeordnet*	*Zusammen*
	Präsidialapparat	*Regierung*	*Wirtschaftspolitik*	*Machtapparate*	*Regionen*	*Judikative*	*Parlament, Parteien*	*Medien*	*Wissenschaft, Stiftungen*	*Kirche*	*Wirtschaftsverbände*	*Banken, Unternehmen*		
Okt 2000	17	13	13	11	13	2	10	2	0	1	0	13	5	100
Nov 2000	17	12	11	10	17	1	11	3	0	1	0	15	4	102
Dez 2000	23	13	9	9	13	1	10	3	0	1	0	14	4	100
Jan 2001	19	13	11	8	11	3	12	3	1	1	0	14	4	100
Feb 2001	19	13	11	8	14	3	9	3	1	1	0	16	3	101
Mrz 2001	19	18	7	9	9	2	11	4	1	1	0	16	4	101
Apr 2001	18	17	10	8	10	3	12	1	2	1	0	16	2	100
Mai 2001	18	18	8	8	11	2	13	3	1	1	0	15	3	101
Jun 2001	19	18	8	6	10	2	12	3	2	1	0	16	4	101
Jul 2001	19	15	12	8	14	3	9	1	1	1	0	16	1	100
Aug 2001	18	15	8	8	13	3	12	2	1	1	1	16	4	102
Sep 2001	18	16	11	8	13	2	11	2	1	1	0	18	0	101
Okt 2001	17	17	8	7	15	3	11	2	1	1	0	16	3	101
Nov 2001	20	15	8	10	9	3	13	2	1	1	0	16	3	101
Dez 2001	20	16	9	9	11	1	10	2	1	2	0	16	3	100

Quelle: Einzelnachweis im Anhang 6.1 Exkurs: Zur Auswertung der Politikerratings in der Nezavisimaja gazeta.

Tabelle 34: Einfluß von Elitegruppen September-November 1996 ("Positionsstruktur des Ratings *Nezavisimaja gazeta* – Vox Populi '100 führende Politiker Rußlands im November'")

	Sep 96	*Okt 96*	*Nov 96*
Regierungsmitglieder und Machtminister	32,0%	28,0%	25,0%
Verantwortliche Vertreter der regionalen Gewalten	18,0%	18,0%	19,0%
Abgeordnete der Staatsduma	14,0%	14,0%	16,0%
Präsident, Präsidialadministration, Sicherheitsrat, Familie des Präsidenten	13,0%	15,0%	16,0%
Vorsitzende von Finanzstrukturen und Unternehmerorganisationen	9,0%	8,0%	8,0%
Herausgeber und Chefredakteure von Massenmedien	6,0%	7,0%	9,0%
Führer von im Parlament nicht vertretenen Parteien	3,0%	3,0%	2,0%
Vertreter anderer staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen, Einzelpolitiker	3,0%	4,0%	2,0%
Vertreter der Rechtsorgane und der Staatsanwaltschaft	2,0%	2,0%	2,0%
Vertreter von Religionsgemeinschaften	1,0%	1,0%	1,0%
	101,0%	100,0%	100,0%

Quelle: M. Petračev: Formula političeskogo uspecha, in: Nezavisimaja Gazeta, 7.12.1996, S. 2. Diese Analyse wurde ebenfalls auf Basis des Vox Populi-Rankings erstellt.

Tabelle 35: Bewertung des Einflusses von Gruppen und Institutionen (Juli 2000-Januar 2002)

		Große Rolle	*Mittlere Rolle*	*Unbedeutende Rolle*	*Residuum*	*Summe*
Präsident						
	Jul 2000	k.A.		k.A.	k.A.	k.A.
	Jan 2001	58%		11%	31%	100%
	Aug 2001	65%	19%	8%	8%	100%
	Jan 2002	71%	17%	8%	4%	100%
Bankiers, Finanziers, Oligarchen						
	Jul 2000	60%		10%	30%	100%
	Jan 2001	55%		15%	30%	100%
	Aug 2001	54%	17%	15%	14%	100%
	Jan 2002	58%	14%	14%	14%	100%
Massenmedien						
	Jul 2000	53%		16%	31%	100%
	Jan 2001	47%		17%	36%	100%
	Aug 2001	50%	24%	17%	9%	100%
Regierung						
	Jul 2000	k.A.		k.A.	k.A.	k.A.
	Jan 2001	46%		18%	36%	100%
	Aug 2001	44%	30%	15%	11%	100%
Gouverneure						
	Jul 2000	45%		21%	34%	100%
	Jan 2001	44%		20%	36%	100%
	Aug 2001	40%	26%	19%	15%	100%
	Jan 2002	41%	26%	24%	9%	100%
Direktoren großer Unternehmen						
	Jul 2000	48%		18%	34%	100%
	Jan 2001	42%		23%	35%	100%
	Aug 2001	39%	22%	22%	17%	100%
Streitkräfte						
	Jul 2000	46%		20%	34%	100%
	Jan 2001	39%		23%	38%	100%
	Aug 2001	39%	25%	21%	15%	100%
	Jan 2002	40%	25%	26%	9%	100%

		Große Rolle	*Mittlere Rolle*	*Unbedeutende Rolle*	*Residuum*	*Summe*
Kirche, religiöse Organisationen						
	Jul 2000	24%		41%	35%	100%
	Jan 2001	31%		34%	35%	100%
	Aug 2001	28%	24%	37%	11%	100%
	Jan 2002	35%	28%	27%	10%	100%
Föderationsrat						
	Jul 2000	k.A.		k.A.	k.A.	k.A.
	Jan 2001	27%		30%	43%	100%
	Aug 2001	24%	26%	36%	14%	100%
Duma						
	Jul 2000	19%		46%	35%	100%
	Jan 2001	26%		38%	36%	100%
	Aug 2001	23%	28%	23%	26%	100%
Parteien						
	Jul 2000	16%		49%	35%	100%
	Jan 2001	21%		39%	40%	100%
	Aug 2001	18%	23%	40%	19%	100%
Intelligencija						
	Jul 2000	18%		54%	28%	100%
	Jan 2001	21%		46%	33%	100%
	Aug 2001	15%	21%	47%	17%	100%
	Jan 2002	17%	23%	46%	14%	100%
Gewerkschaften						
	Jul 2000	10%		69%	21%	100%
	Jan 2001	10%		65%	25%	100%
	Aug 2001	7%	12%	67%	14%	100%
	Jan 2002	7%	15%	64%	14%	100%

Quelle: L. Sedov: Obščestvennoe mnenie rossijan o sobytijach janvarja 2002 goda i ob itogach goda minuvšego. Polit.Ru 11.02.2002 13:55 <www.polit.ru/documents/470259.html>; L. Sedov: Rejtingi politikov i problema strany, in: Nezavisimaja gazeta. NG-Scenario, 14.2.2001 <scenario.ng.ru/interview/2001-02-14/1_reyting.html>; k.A. = keine Angabe in der Vorlage; vgl. dazu auch: L. Gudkov/L. Gudkov/B. Dubin/N. Zorkaja/O. Bočarova/A. Levinson/A. Lerner: Obščestvennyj dogovor, Moskva 2001, S. 36ff.

Tabelle 36: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 1)

Unternehmensgruppen	*Bojko: Die großen Acht, März 1995*	*Konsortium "Wahlen 1996"*	*Unterzeichner der "Erklärung der 13", 1996*	*Die "sieben Bankbarone", nach Beresowskij*	*Die "sieben Bankbarone", 1996/97*	*Einladung Rodionov 26.2.1997*	*Einladung Jelzin 15.9.1997*	*Einladung Jelzin 2.6.1998*
Staatsbanken								
Sberbank RF								
Vnešekonombank								
Vneštorgbank						Osipcev, A.		
Moskauer Gruppe								
Bank Moskvy								
Mosbiznesbank						Bukato, V.I.		
AFK Sistema								
Geschäftsbanken, Finanzgruppen								
LogoVAZ (AvtoVAZ u.a.)	LogoVAZ	Berezovskij, B.A.	Berezovskij, B.A.	Berezovskij, B.A.	Berezovskij, B.A.			
ONĖKSIMbank		Potanin, V.O	Potanin, V.O	Potanin, V.O.	Potanin, V.O.	Prochorov, M.D.	Potanin, V.O.	Potanin, V.O.
Interros								
Most-Gruppe, Media-Most		Gusinskij, V.A.	Gusinskij, V.A.	Gusinskij, V.A.	Gusinskij, V.A.		Gusinskij, V.A.	Gusinskij, V.A.
JuKOS-Rosprom			Nevzlin, L.B / Murav-lenko, S.V.	Chodorkovskij, M.B.	Chodorkovskij, M.B.		Chodorkovskij, M.B.	Chodorkovskij, M.B.
MENATEP	MENATEP	Chodorkovskij, M.B.	Chodorkovskij, M.B.			Byčkov, N.		
SBS-Agro	Stoličnyj bank sbereženij	Smolenskij, A.P.	Smolenskij, A.P.	Smolenskij, A.P.	Smolenskij, A.P.	Smolenskij, A.P.	Smolenskij, A.P.	Smolenskij, A.P.
Inkombank		Vinogradov, V.V.			Vinogradov, V.V.	Kuznecov, A.	Vinogradov, V.V.	
Al'fa-Gruppe	Al'fa-bank		Fridman, M.M.	Fridman, M.M./Aven, P.O.	Fridman, M.M.		Fridman, M.M.	Fridman, M.M.
Rossijskij kredit						Malkin, V.B.		Malkin, V.B.

Unternehmensgruppen	*Bojko: Die großen Acht, März 1995*	*Konsortium "Wahlen 1996"*	*Unterzeichner der "Erklärung der 13", 1996*	*Die "sieben Bankbarone", nach Beresowskij*	*Die "sieben Bankbarone", 1996/97*	*Einladung Rodionov 26.2.1997*	*Einladung Jelzin 15.9.1997*	*Einladung Jelzin 2.6.1998*
Nacional'nyj kredit	Nacional'nyj kredit							
Tokobank						Chochlov, V.A.		
Imperial	Imperial					Skvorcov, A.		
Mežkombank								
Promstrojbank								
Avtobank								
Impeksbank								
Promyšlenno-stroitel'nyj bank/Bankirskij dom Sankt Peterburg								
Meždunarodnyj promyšlennyj bank								
MDM-Bank								
Trojka-Dialog								
Vserossijskij sojuz strachovščikov								
International Fund for Investment and Privatization								
Voenno-strachovaja kompanija						Cikaljuk, S.		
Energie, Erdöl, Bodenschätze								
EĖS Rossii						D'jakov, A.F.		Čubajs, A.B.
Gazprom	Gazprom							Vjachirev, R.I.

Unternehmensgruppen	*Bojko: Die großen Acht, März 1995*	*Konsortium "Wahlen 1996"*	*Unterzeichner der "Erklärung der 13", 1996*	*Die "sieben Bankbarone", nach Beresowskij*	*Die "sieben Bankbarone", 1996/97*	*Einladung Rodionov 26.2.1997*	*Einladung Jelzin 15.9.1997*	*Einladung Jelzin 2.6.1998*
LUKojl						Alekperov, V.Ju.		Alekperov, V.Ju.
NK Surgutneftegaz								Bogdanov, V.L.
Rosneft'						Putilov, A.		
Sibirskaja neftjanaja kompanija			Gorodilov, V.A.					
Sibneft'								
Transneft'								
Almazy Rossii-Sacha						Matveev, A.		
Sibirsko-Ural'skaja aljuminievaja kompanija								
Severstal'								
Novolipeckij Metkombinat								
Sibirskij aljuminij								
NOSTA								
Metalloinvest								
Rüstung, Elektronik, Mobilfunk, Medien, Maschinenbau, Chemische Industrie								
KB im. Jakovleva			Dundukov, A.N.					
MAK Vympel			Michajlov, N.B.					
Mikrodin	Mikrodin							
gruppa IBS /Computer								
VympelKom /Mobilfunk								

Unternehmensgruppen	*Bojko: Die großen Acht, März 1995*	*Konsortium "Wahlen 1996"*	*Unterzeichner der "Erklärung der 13", 1996*	*Die "sieben Bankbarone", nach Beresowskij*	*Die "sieben Bankbarone", 1996/97*	*Einladung Rodionov 26.2.1997*	*Einladung Jelzin 15.9.1997*	*Einladung Jelzin 2.6.1998*
Video International								
Ob"edinennye mašinostroitel'nye zavody								
GAZ								
Gidromaš								
Avangard								
Agentstvo Interfax								
Interchimprom								
Ust'-Ilimskij lesopromyšlennyj kompleks								
Nahrungsmittel								
Baltika (Brauerei)								
Nicht identifiziert								
Kraneks								
Sterch1								
Verbände								
RSPP Russischer Unternehmerverband								
Koordinationsrat der Arbeitgeber Rußlands								

Tabelle 37: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 2)

Unternehmensgruppen	*Treffen mit Jumašev und Kirienko 16.6.1998*	*Treffen mit Primakov und Gerasch tschenko 13.10.1998*	*Treffen mit Putin, 28.7.2000*	*Treffen mit Putin, 24.1.2001*	*Büro des RSPP, Februar 2001*	*Treffen mit Putin, 31.5.2001*	*Treffen mit Putin, 23.11.2001*
Staatsbanken							
Sberbank RF		Kaz'min, A.I.		Kaz'min, A.I.		Kaz'min, A.I.	Kaz'min, A.I.
Vnešekonombank		Kostin, A.					
Vneštorgbank		Turbanov, A.					
Moskauer Gruppe							
Bank Moskvy		Borodin, A.					
Mosbiznesbank							
AFK Sistema					Evtušenkov, V.P.	Evtušenkov, V.P.	Evtušenkov, V.P.
Geschäftsbanken, Finanzgruppen							
LogoVAZ (AvtoVAZ u.a.)	Berezovskij, B.A.						
ONĖKSIMbank	Potanin, V.O.	Prochorov, M.D.					
Interros		Potanin, V.O	Potanin, V.O	Potanin, V.O	Potanin, V.O	Potanin, V.O	Potanin, V.O
Most-Gruppe, Media-Most	Gusinskij, V.A.	Chait, B.					
JuKOS-Rosprom	Chodorkovskij, M.B.		Chodorkovskij, M.B.	Chodorkovskij, M.B.	Chodorkovskij, M.B.	Chodorkovskij, M.B.	Chodorkovskij, M.B.
MENATEP		Zurabov, A.					
SBS-Agro	Smolenskij, A.P.	Smolenskij, A.P.					
Inkombank							
Al'fa-Gruppe	Fridman, M.M.	Fridman, M.M.	Fridman, M.M.	Fridman, M.M.	Fridman, M.M.	Fridman, M.M.	Fridman, M.M.
Rossijskij kredit	Malkin, V.B.	Malkin, V.B.					

Unternehmensgruppen	*Treffen mit Jumašev und Kirienko 16.6.1998*	*Treffen mit Primakov und Gerasch tschenko 13.10.1998*	*Treffen mit Putin, 28.7.2000*	*Treffen mit Putin, 24.1.2001*	*Büro des RSPP, Februar 2001*	*Treffen mit Putin, 31.5.2001*	*Treffen mit Putin, 23.11.2001*
Nacional'nyj kredit							
Tokobank							
Imperial							
Mežkombank		Grigor'ev, A.					
Promstrojbank		Dubeneckij, Ja.					
Avtobank		Raevskaja, Natal'ja					
Impeksbank			Kiselev, O.V.		Kiselev, O.V.	Kiselev, O.V.	
Promyšlenno-stroitel'nyj bank/Bankirskij dom Sankt Peterburg			Kogan, V.I.	Kogan, V.I.	Kogan, V.I.	Kogan, V.I.	Kogan, V.I.
Meždunarodnyj promyšlennyj bank			Pugačev, S.V.	Pugačev, S.V.	Pugačev, S.V.	Pugačev, S.V.	Pugačev, S.V.
MDM-Bank					Mamut, A.L.	Mamut, A.L.	Mamut, A.L.
Trojka-Dialog					Vardanjan, R.		Vardanjan, R.
Vserossijskij sojuz strachovščikov					Jurgens, I.		Jurgens, I.
International Fund for Investment and Privatization					Ščerbakov, V.		
Voenno-strachovaja kompanija							
Energie, Erdöl, Bodenschätze							

Unternehmensgruppen	*Treffen mit Jumašev und Kirienko 16.6.1998*	*Treffen mit Primakov und Gerasch tschenko 13.10.1998*	*Treffen mit Putin, 28.7.2000*	*Treffen mit Putin, 24.1.2001*	*Büro des RSPP, Februar 2001*	*Treffen mit Putin, 31.5.2001*	*Treffen mit Putin, 23.11.2001*
EĖS Rossii	Čubajs, A.B.			Čubajs, A.B.	Čubajs, A.B.	Čubajs, A.B.	~~Čubajs, A.B.~~
Gazprom	Vjachirev, R.I.		Vjachirev, R.I.	Vjachirev, R.I.		Vjachirev, R.I./Miller, A.B.	Miller, A.B.
LUKojl	Alekperov, V.Ju.		Alekperov, V.Ju.	Alekperov, V.Ju.		Alekperov, V.Ju.	Alekperov, V.Ju.
NK Surgutneftegaz	Bogdanov, V.L.		Bogdanov, V.L.	Bogdanov, V.L.		Bogdanov, V.L.	Bogdanov, V.L.
Rosneft'				Bogdančikov, S.M.		Bogdančikov, S.M.	
Sibirskaja neftjanaja kompanija							
Sibneft'			Švidler, E.M.	Švidler, E.M.		Švidler, E.M.	Švidler, E.M.
Transneft'			Vajnštok, S.M.	Vajnštok, S.M.		Vajnštok, S.M.	Vajnštok, S.M.
Almazy Rossii-Sacha							
Sibirsko-Ural'skaja aljuminievaja kompanija			Veksel'berg, V.F.	Veksel'berg, V.F.		Veksel'berg, V.F.	Veksel'berg, V.F.
Severstal'			Mordašev, A.A.	Mordašev, A.A.	Mordašev, A.A.	Mordašev, A.A.	Mordašev, A.A.
Novolipeckij Metkombinat			Lisin, V.S.	Lisin, V.S.		Lisin, V.S.	Lisin, V.S.
Sibirskij aljuminij			Deripaska, O.V.	Deripaska, O.V.	Deripaska, O.V.	Deripaska, O.V.	Deripaska, O.V.
NOSTA				Andreev, A.			
Metalloinvest							Kiselev, O.V.
Rüstung, Elektronik, Mobilfunk, Medien, Maschinenbau, Chemische Industrie							
KB im. Jakovleva							

Unternehmensgruppen	*Treffen mit Jumašev und Kirienko 16.6.1998*	*Treffen mit Primakov und Gerasctschenko 13.10.1998*	*Treffen mit Putin, 28.7.2000*	*Treffen mit Putin, 24.1.2001*	*Büro des RSPP, Februar 2001*	*Treffen mit Putin, 31.5.2001*	*Treffen mit Putin, 23.11.2001*
MAK Vympel							
Mikrodin							
gruppa IBS /Computer			Karačinskij, A.M.	Karačinskij, A.M.		Karačinskij, A.M.	
VympelKom /Mobilfunk			Zimin, D.		Zimin, D.		
Video International			Zapol', J.				
Ob"edinennye mašinostroitel'nye zavody			Bendukidze, K.A.	Bendukidze, K.A.	Bendukidze, K.A.	Bendukidze, K.A.	Bendukidze, K.A.
GAZ			Pugin, N.				
Gidromaš					Luzjanin, V.		
Avangard					Kovešnikov, V.		
Agentstvo Interfax					Komissar, M.		
Interchimprom					Titov, B.		
Ust'-Ilimskij lesopromyšlennyj kompleks					Makarov , N.		
Nahrungsmittel							
Baltika (Brauerei)			Bolloev, T.				
Nicht identifiziert							
Kraneks					Tokaev , Ju.		
Sterch1					Malgin, E.		
Verbände							

Unternehmensgruppen	*Treffen mit Jumašev und Kirienko 16.6.1998*	*Treffen mit Primakov und Gerasch tschenko 13.10.1998*	*Treffen mit Putin, 28.7.2000*	*Treffen mit Putin, 24.1.2001*	*Büro des RSPP, Februar 2001*	*Treffen mit Putin, 31.5.2001*	*Treffen mit Putin, 23.11.2001*
RSPP Russischer Unternehmerverband				Vol'skij, A.I.	Vol'skij, A.I.; Nikulin, V.; Dombrovskij, V.	Vol'skij, A.I.	Vol'skij, A.I.
Koordinationsrat der Arbeitgeber Rußlands					Eremeev, O.		Eremeev, O.

Quelle: Iz vsech vidov biznesa važnejšim dlja nas javljajutsja finansy, in: Kommersant daily, 14.9.1995, S. 6; Rukovoditeli veduščich finansovo-promyšlennych grupp trebujut stabilnosti, in: Segodnja, 27.4.1996; C. Freeland/J. Thornhill/A. Gowers: Moscow's Group of Seven, in: The Financial Times, 1.11.1996, S. 15; Rodionov bankuet, in: Kommersant daily, 28.2.1997, S. 1-2; A. Bagrov: Bankiry za kremlevskoj stenoj, in: Kommersant daily, 16.9.1997, S. 1; A. Bagrov: Ždali štrafnoj, polučili svobodnyj, in: Kommersant daily, 3.6.1998, S. 1; I. Plaksin/A. Bulgakova: Čego bojatsja oligarchi, in: Kommersant daily, 17.6.1998, S. 1; Credit Risk in Russian Financial-Industrial Groups, in: Standard & Poor's Credit Week, 24.6.1998, S. 9-15; Fond "Politika": Reestr Oligarchov, 1998 <www.cityline.ru/politika/raznoe/oligarhi.html, 02.07.1998>, S. 3.; K. Levin: Oligarchi prošli predprodažnuju podgotovku, in: Kommersant, 14.10.1998, S. 1; L. Romanova/M. Volkova: Vlast' pogovorila s den'gami, in: Nezavisimaja gazeta, 29.7.2000, S. 1, 3; LENTA.RU: V Rossii <lenta.ru/russia/2001/01/24/fear/visit.htm; RFE/RL RUSSIAN POLITICAL WEEKLY Vol. 1, No. 7, 5 March 2001 (according to Interfax-AFI on 27 February); <www.gazeta.ru/2001/05/31/spisokpredpr.shtml, 1.6.2001; www.strana.ru/text/stories/01/11/23/2082/86527.html>

Tabelle 38: Die einflußreichsten Politiker in Rußland im März 2001

Nr.	*Einfluß auf regionale Politik*		*Einfluß auf die föderale Exekutive*		*Einfluß im föderalen Parlament*		*Einfluß auf die Präsidialstrukturen*		*Einfluß auf Politik insgesamt*	
Nr. 1	Putin, Vladimir	4,29	Putin, Vladimir	4,58	Seleznev, Gennadij	4,62	Putin, Vladimir	4,98	Putin, Vladimir	4,46
Nr. 2	Kas'janov, Michail	4,10	Kas'janov, Michail	4,39	Putin, Vladimir	4,57	Vološin, Aleksandr	4,46	Vološin, Aleksandr	4,19
Nr. 3	Vološin, Aleksandr	3,77	Vološin, Aleksandr	4,23	Surkov, Vladislav	4,16	Ivanov, Sergej	4,32	Kas'janov, Michail	3,93
Nr. 4	Rušajlo, Vladimir	3,51	Kudrin, Aleksej	3,97	Vološin, Aleksandr	3,98	Surkov, Vladislav	3,86	Surkov, Vladislav	3,78
Nr. 5	Šojgu, Sergej	3,49	Ivanov, Sergej	3,84	Zjuganov, Gennadij	3,89	Kas'janov, Michail	3,80	Ivanov, Sergej	3,75
Nr. 6	Kudrin, Aleksej	3,39	Gref, German	3,77	Kas'janov, Michail	3,65	Patrušev, Nikolaj	3,79	Kudrin, Aleksej	3,67
Nr. 7	Surkov, Vladislav	3,37	Christenko, Viktor	3,70	Žukov, Aleksandr	3,61	Kudrin, Aleksej	3,59	Patrušev, Nikolaj	3,53
Nr. 8	Patrušev, Nikolaj	3,31	Klebanov, Ilja	3,63	Gryzlov, Boris	3,45	Medvedev, Dmitrij	3,58	Gref, German	3,35
Nr. 9	Čerkesov, Viktor	3,29	Patrušev, Nikolaj	3,58	Vešnjakov, Aleksandr	3,43	Gref, German	3,50	Seleznev, Gennadij	3,31
Nr. 10	Kazancev, Viktor	3,28	Surkov, Vladislav	3,54	Primakov, Evgenij	3,38	Klebanov, Ilja	3,47	Klebanov, Ilja	3,25
Nr. 11	Kirienko, Sergej	3,19	Šojgu, Sergej	3,39	Kudrin, Aleksej	3,36	Abramov, Aleksandr	3,28	Christenko, Viktor	3,23
Nr. 12	Vešnjakov, Aleksandr	3,19	Rušajlo, Vladimir	3,34	Šojgu, Sergej	3,30	Kozak, Dmitrij	3,17	Šojgu, Sergej	3,22

Nr.	*Einfluß auf regionale Politik*		*Einfluß auf die föderale Exekutive*		*Einfluß im föderalen Parlament*		*Einfluß auf die Präsidialstrukturen*		*Einfluß auf Politik insgesamt*	
Nr. 13	Zjuganov, Gennadij	3,17	Šuvalov, Igor'	3,21	Patrušev, Nikolaj	3,12	Šojgu, Sergej	3,17	Rušajlo, Vladimir	3,06
Nr. 14	Abramov, Aleksandr	3,16	Aksenenko, Nikolaj	3,18	Ivanov, Sergej	3,07	Čerkesov, Viktor	3,14	Abramov, Aleksandr	2,98
Nr. 15	Poltavčenko, Georgij	3,14	Lesin, Michail	3,18	Christenko, Viktor	3,00	Seleznev, Gen-nadij	3,14	Medvedev, Dmitrij	2,94
Nr. 16	Ivanov, Sergej	3,13	Adamov, Evgenij	3,17	Stepašin, Sergej	2,94	Rušajlo, Vladimir	3,11	Primakov, Evgenij	2,88
Nr. 17	Christenko, Viktor	3,12	Sergeev, Igor'	3,17	Gref, German	2,91	Christenko, Viktor	3,07	Stepašin, Sergej	2,85
Nr. 18	Ustinov, Vladimir	3,10	Ivanov, Igor'	3,14	Rajkov, Gennadij	2,90	Ustinov, Vladimir	3,00	Aksenenko, Nikolaj	2,85
Nr. 19	Klebanov, Ilja	3,05	Matvienko, Valentina	3,08	Sergeev, Igor'	2,89	Primakov, Evgenij	3,00	Kirienko, Sergej	2,80
Nr. 20	Soltaganov, Vjačeslav	3,04	Medvedev, Dmitrij	3,06	Baglaj, Marat	2,86	Ivanov, Igor'	2,96	Ustinov, Vladimir	2,80
Nr. 21									Zjuganov, Gennadij	2,80
Nr. 22									Lesin, Michail	2,77
Nr. 23									Adamov, Evgenij	2,75
Nr. 24									Žukov, Aleksandr	2,73
Nr. 25									Matvienko, Valentina	2,70
Nr. 26									Sergeev, Igor'	2,70
Nr. 27									Gryzlov, Boris	2,68

Nr.	*Einfluß auf regionale Politik*		*Einfluß auf die föderale Exekutive*		*Einfluß im föderalen Parlament*		*Einfluß auf die Präsidialstrukturen*		*Einfluß auf Politik insgesamt*	
Nr. 28									Ivanov, Igor'	2,66
Nr. 29									Vešnjakov, Aleksandr	2,64
Nr. 30									Soltaganov, Vjačeslav	2,61
Nr. 31									Čerkesov, Viktor	2,59
Nr. 32									Kazancev, Viktor	2,57
Nr. 33									Poltavčenko, Georgij	2,53
Nr. 34									Kozak, Dmitrij	2,50
Nr. 35									Šuvalov, Igor'	2,36
Nr. 36									Pulikovskij, Konstantin	2,35
Nr. 37									Gazizullin, Farit	2,31
Nr. 38									Nemcov, Boris (Nemzow, Boris)	2,30
Nr. 39									Baglaj, Marat	2,28
Nr. 40									Latyšev, Petr	2,26
Nr. 41									Bukaev, Gennadij	2,24
Nr. 42									Čaika, Jurij	2,23
Nr. 43									Dračevskij, Leonid	2,21
Nr. 44									Rajkov, Gennadij	2,20

Nr.	*Einfluß auf regionale Politik*		*Einfluß auf die föderale Exekutive*		*Einfluß im föderalen Parlament*		*Einfluß auf die Präsidialstrukturen*		*Einfluß auf Politik insgesamt*	
Nr. 45									Kožin, Vladimir	2,20
Nr. 46									Sečin, Igor'	2,03
Nr. 47									Morozov, Oleg	1,95
Nr. 48									Pollyeva, Džochan	1,92
Nr. 49									Lebedev, Vjačeslav	1,90
Nr. 50									Gordeev, Aleksej	1,86
Nr. 51									Lisov, Evgenij	1,85
Nr. 52									Javlinskij, Grigorij	1,80
Nr. 53									Krašeninnikov, Pavel	1,78
Nr. 54									Žirinovskij, Vladimir	1,70

Quelle: Johnson's Russia List #5161 (20 March 2001) #9 (Quelle: Andrej Rjabov, in: Segodnja, 20.3.2001); vgl. A. Rjabov: Kto na noven'kogo? "El'cinskaja" ėlita prodolžaet uderživat' veduščie pozicii vo vlastnych strukturach, in: Segodnja, 20.3.2001 <www.segodnya.ru/w3s.nsf/Archive/200160polittextryabov.html>.

Tabelle 39: Wer kontrolliert Rußlands Finanzströme ("Den'gi"-Top-100)

Nr.	*Name*	*Kontrollierte Summen (Mio. US $)*		*Gesellschaft*	*Umsatz der Gesellschaft (Mio. US$)*		*Branche*	*Position*
		2000г.	*1999.*		*2000*	*1999*		
1	Alekperov, Vagit	7.500	5.430	LUKojl	13.000,00	10.858,58	Wärme- und Energiekomplex	Präsident
2	Vjachirev, Rem	6.700	3.716	Gazprom	18.520,00	12.388,26	Wärme- und Energiekomplex	Vorstandsvorsitzender
3	Bogdanov, Vladimir	5.750	3.272	Surgutneftegaz	5.750,00	3.272,35	Wärme- und Energiekomplex	Präsident
4	Černomyrdin, Viktor	5.696	3.716	Strojtransgaz	714,00		Wärme- und Energiekomplex	
				Gazprom	18.520,00	12.388,26	Wärme- und Energiekomplex	
5	Potanin, Vladimir	4.886	2.705	Noril'skij nikel'	4.886,00	2.705,23	Metallverhüttung	Präsident des Holdings Interros
6	Šeremet, Vjačeslav	4.300	2.477	Gazprom	18.520,00	12.388,26	Wärme- und Energiekomplex	Vorstandsmitglied
				Itera	3.000,00		Wärme- und Energiekomplex	
7	Puškin, Aleksandr	3.704	2.477	Gazprom	18.520,00	12.388,26	Wärme- und Energiekomplex	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Nr.	*Name*	*Kontrollierte Summen (Mio. US $)*		*Gesellschaft*	*Umsatz der Gesellschaft (Mio. US$)*		*Branche*	*Position*
		2000г.	*1999.*		*2000*	*1999*		
8	Šajmiev, Rafik	3.500	1.805	Tatneft'	1.804,65	3.500,00	Wärme- und Energiekomplex	
9	Abramovič, Roman	3.380	1.637	Sibneft'	2.692,00	1.643,75	Wärme- und Energiekomplex	
10	Čubajs, Anatolij	3.034	3.938	RAO EĖS Rossii	7.586,00	9.845,55	Energieerzeugung	Vorstandsvorsitzender
11	Melamed, Leonid	2.954	2.276	RAO EĖS Rossii	7.586,00	9.845,55	Energieerzeugung	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
12	Safin, Ralif	2.800	2.172	LUKojl	13.000,00	10.858,58	Wärme- und Energiekomplex	Vizepräsident
13	Osipčuk, Anton		2.250	Svjazinvest		2.250,00	Telekommunikation	Stellvertretender Generaldirektor
14	Mordašov, Aleksej	2.100	1.497	Severstal'	2.100,00	1.497,20	Metallverhüttung	Generaldirektor
15	Chagažeev, Džonson	1.900	1.082	Noril'skij nikel'	4.886,00	2.705,23	Metallverhüttung	
16	Bendukidze, Kacha		1.900	Ob"edinennye mašinostroitel'nye zavody		3.800,00	Maschinenbau	Generaldirektor
17	Otčercov, Valerij	1.500		Itera	3.000,00		Wärme- und Energiekomplex	Vorsitzender des Direktorenrats

Nr.	*Name*	*Kontrollierte Summen (Mio. US $)*		*Gesellschaft*	*Umsatz der Gesellschaft (Mio. US$)*		*Branche*	*Position*
		2000г.	*1999.*		*2000*	*1999*		
18	Deripaska, Oleg	1.500	650	Russkij aljuminij [Sibirskij aljuminij?]]	3.000,00	1.388,00	Metallverhüttung	Generaldirektor
19	Štyrov, Vjačeslav	1.400		Alrosa	1,60	1.528,00	Edelsteingewinnung	Präsident
20	Zelenin, Dmitrij	1.400	811	Noril'skij nikel'	4.886,00	2.705,23	Metallverhüttung	Stellvertretender Generaldirektor
21	Guceriev, Michail		1.400	Slavneft'		1.400,00	Wärme- und Energiekomplex	
22	Kadannikov, Vladimir	1.306	1.166	AvtoVAZ	2.178,00	1.943,29	Kfz-Produktion	Vorsitzender des Direktorenrats
23	Veksel'berg, Viktor	1.250	704	TNK	5.000,00	1.533,64	Wärme- und Energiekomplex	Vorstandsmitglied
24	Blavatnik, Leonid	1.250	384	TNK	5.000,00	1.533,64	Wärme- und Energiekomplex	Mitglied des Direktorenrats der Holding SUAL
25	Fridman, Michail	1.250	384	TNK	5.000,00	1.533,64	Wärme- und Energiekomplex	Vorsitzender des Direktorenrats Al'fa-grupp
26	Kukes, Semen	1.250	384	TNK	5.000,00	1.533,64	Wärme- und Energiekomplex	Präsident

Nr.	*Name*	*Kontrollierte Summen (Mio. US $)*		*Gesellschaft*	*Umsatz der Gesellschaft (Mio. US$)*		*Branche*	*Position*
		2000г.	*1999.*		*2000*	*1999*		
27	Zurabov, Michail	1.098	933	Aėroflot	1.373,00	1.166,00	Verkehr	Finanzdirektor
28	Chodorkovskij, Michail	1.080	3.600	JuKOS	8.419,00	2.105,82	Wärme- und Energiekomplex	Vorstandsvorsitzender
29	Kagalovskij, Leonid	1.053	316	JuKOS	8.419,00	2.105,82	Wärme- und Energiekomplex	
30	Nevzlin, Leonid	1.050	316	JuKOS	8.419,00	2.105,82	Wärme- und Energiekomplex	Erster Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
31	Vajnštok, Semen		1.000	Transneft'		1.280,00	Wärme- und Energiekomplex	Präsident
32	Chan, German	1.000		Al'fa-Ėko	2.800,00		Handel	Präsident
33	Rapoport, Andrej	985	759	RAO EĖS Rossii	7.586,00	9.845,55	Energieerzeugung	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
34	Zavadnikov, Valentin	985	759	RAO EZS Rossii	7.586,00	9.845,55	Energieerzeugung	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Nr.	*Name*	*Kontrollierte Summen (Mio. US $)*		*Gesellschaft*	*Umsatz der Gesellschaft (Mio. US$)*		*Branche*	*Position*
		2000г.	*1999.*		*2000*	*1999*		
35	Abyzov, Michail	985	759	RAO EĖS Rossii	7.586,00	9.845,55	Energieerzeugung	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
38	Goldovskij, Jakov	900	585	Gruppa SIBUR	2.000,00	1.300,00	Petrochemie	Präsident
37	Lisin, Vladimir		880	Nižnetagil'skij metallurgičeskij kombinat		1.100,00	Metallverhüttung	Vorsitzender des Direktorenrats
38	Švidler, Evgenij	807	493	Sibneft'	2.892,00	1.643,75	Wärme- und Energiekomplex	Präsident
39	Syrtlanov, Ampir		778	Bašneft'		864,00	Wärme- und Energiekomplex	Generaldirektor
40	Kuzyk, Boris	700	280	NPK	1.000,00	400,00	Rüstungsindustrie	Generaldirektor
41	Evtušenkov, Vladimir	890	540	AFK Sistema	2.300,00	1.800,00	Telekommunikation	Präsident
42	Aleksandr, Remezov	880	849	Mosėnergo	1.083,00	914,24	Energieerzeugung	Generaldirektor
43	Zjuzin, Igor'	550		Južnyj Kuzbass	1.250,00		Wärme- und Energiekomplex	Vorsitzender des Direktorenrats
				Mečel		328,00	Metallverhüttung	

Nr.	*Name*	*Kontrollierte Summen (Mio. US $)*		*Gesellschaft*	*Umsatz der Gesellschaft (Mio. US$)*		*Branche*	*Position*
		2000г.	*1999.*		*2000*	*1999*		
44	Fain, Aleksandr	800		Al'fa-Ėko	2.500,00		Wärme- und Energiekomplex	
45	Rodin, Valerij	478	553	Sverdlovėnergo			Energieerzeugung	Generaldirektor
46	Rašnikov, Viktor		450	Magnitogorskij metallurgičeskij kombinat		1.160,00	Metallverhüttung	Generaldirektor
47	Kostin, Ivan	450	350	KamAZ	481,00	355,49	Kfz-Produktion	Generaldirektor
48	Kuznecov, Sergej	439	293	Rostelekom	877,14	585,98	Telekommunikation	Generaldirektor
49	Kamenščik, Dmitrij	420	518	1st Lane	600,00	740,00	Verkehr	Vorsitzender des Direktorenrats
50	Medvedev, Aleksandr	400	400	GKNPC im. Chruničeva	400,00	400,00	Luft- und Raumfahrt	Generaldirektor
51	Zingarevič, Boris	400	350	Ilim Pajp	1.000,00	900,00	Holz und Zellulose	Direktor für Lieferung
52	Smuškin, Zachar	400	350	Ilim Pajp	1.000,00	900,00	Holz und Zellulose	Vorsitzender des Direktorenrats
53	Machmudov, Iskander	400	300	Nižnetagil'skij MK	984,00	418,60	Metallverhüttung	Direktor für kommerzielle Fragen

Nr.	*Name*	*Kontrollierte Summen (Mio. US $)*		*Gesellschaft*	*Umsatz der Gesellschaft (Mio. US$)*		*Branche*	*Position*
		2000г.	*1999.*		*2000*	*1999*		
54	Bekker, Arngol'd	350		Strojtransgaz	714,00		Bauindustrie	Generaldirektor
55	Jakunin, Vadim	350	280	CV Protek	500,00	400,00	Pharmazeutische Industrie	Vorsitzender des Direktorenrats
56	Balloev, Tejmuraz	333	184	Baltika	333,00	184,00	Nahrungsmittelindustrie	Generaldirektor
57	Beljaev, Viktor	319	295	GAZ	1.080,00	983,00	Kfz-Produktion	Generaldirektor
58	Andreev, Andrej	300	270	NOSTA	300,00	270,00	Metallverhüttung	Vorsitzender des Direktorenrats
59	Popov, Sergej	300		Gruppa MDM	2.300,00		Metallverhüttung	Präsident der Gruppe
60	Rybolovlev, Dmitrij		280	Uralkalij		289,53	Chemieindustrie	Vorsitzender des Direktorenrats
61	Potapenko, Igor'	280	180	Razguljaj-Ukrros-sel'skoe chozjajstvo	700,00	450,00	Agrar-Industrie-Komplex	Präsident
62	Okulov, Valerij	278	233	Aėroflot	1.373,00	1.166,00	Verkehr	Generaldirektor
63	Jakovlev, Jurij	282	212	Rosėnergoatom	1.050,00	850,00	Energieerzeugung	Exekutivdirektor

Nr.	*Name*	*Kontrollierte Summen (Mio. US $)*		*Gesellschaft*	*Umsatz der Gesellschaft (Mio. US$)*		*Branche*	*Position*
		2000г.	*1999.*		*2000*	*1999*		
64	Šipunov, Arkadij	240	144	KB priborostroenija (Kolomna)	300,00	160,00	Rüstungsindustrie	Generalkonstrukteur
65	Usmanov, Ališer		232	Oskol'skij ėlektrometallurgičeskij kombinat		336,00	Metallverhüttung	Generaldirektor der Holding Gazprominvest
66	Li, Ivan	230		Gruppa MDM	2.300,00		Metallverhüttung	Generaldirektor der Röhrenmetallurgiegesellschaft
67	Misevra, Oleg	230		Gruppa MDM	2.300,00		Metallverhüttung	Generaldirektor der ostsibirischen Kohle AG
68	Njago, Aleksandr	220	180	Telekominvest	400,00	290,00	Telekommunikation	Generaldirektor
69	Lichačev, Andrej	210	175	Lenėnergo	383,00	291,10	Energieerzeugung	Generaldirektor
70	Busygin, Vitalij		200	Nižnekamskneftechim		444,00	Petrochemie	Präsident
71	Jakobošvili, David	200	180	Vimm Bill' Dann	450,00	402,00	Nahrungsmittelindustrie	Vorsitzender des Direktorenrats

Nr.	*Name*	*Kontrollierte Summen (Mio. US $)*		*Gesellschaft*	*Umsatz der Gesellschaft (Mio. US$)*		*Branche*	*Position*
		2000г.	*1999.*		*2000*	*1999*		
72	Rudinskij, Igor'	198	228	SIA International	220,00	250,00	Pharmazeutische Industrie	Generaldirektor
73	Ivanuškin, Aleksej		196	Mečel		328,00	Metallverhüttung	Generaldirektor
74	Semenov, Jurij		190	NPO Ėnergija		190,00	Luft- und Raumfahrt	Präsident
75	Skarga, Dmitrij	180	99	Sovkomflot	400,00	220,00	Verkehr	Generaldirektor
76	Abramov, Aleksandr	175	128	Evrazcholding	884,00	418,80	Metallverhüttung	Präsident
77	Karačinskij, Anatolij	171	131	IBS	190,00	145,00	Elektronikindustrie	Präsident
78	Šuljakovskij, Oleg	150	106	Baltijskij zavod	200,00	140,00	Maschinenbau	Generaldirektor
79	Lugovec, Aleksandr	144	0	DVMP	180,00		Verkehr	Generaldirektor
80	Loza, Leonid	144	171	Novošip	180,00	190,00	Verkehr	Präsident
81	Fedorov, Sergej	135	90	Fosagro Apatit	450,00	300,00	Chemieindustrie	
82	Zimin, Dmitrij	130	100	Vympelkom	277,00	226,00	Telekommunikation	Generaldirektor

Nr.	*Name*	*Kontrollierte Summen (Mio. US $)*		*Gesellschaft*	*Umsatz der Gesellschaft (Mio. US$)*		*Branche*	*Position*
		2000г.	*1999.*		*2000*	*1999*		
83	Isajkin, Aleksej	125		Volga-Dnepr	125,00		Verkehr	Generaldirektor
84	Karasev, Maksim	125		Al'fa-Ėko	2.500,00		Handel, Industrie	Finanzdirektor
85	Nikišin, Valentin	120	130	Mežregiongaz	1.200,00	1.300,00	Wärme- und Energiekomplex	Generaldirektor
86	Lunder, Džo	110	90	Vympelkom	277,00	228,00	Telekommunikation	Direktor für operative Fragen
87	Androsov, Kirill	100	90	Lenėnergo	383,00	291,10	Energieerzeugung	Stellvertretender Generaldirektor
88	Čigirinskij, Šalva		100	CTK		250,00	Wärme- und Energiekomplex	Präsident
89	Kantor, Vjačeslav		97	Akron		276,00	Chemieindustrie	Vorsitzender des Koordinationsrates
90	Konovalov, Vitalij		88	TVĖL		440,00	Maschinenbau	Präsident
91	Gorbačev, Nikolaj	88	48	Fosagro Apatit	490,00	300,00	Chemieindustrie	Vizepräsident
92	Syrma, Viktor	83	73	GK Delo (Novorossijskij, Tuapsinskij porty)	280,00	290,00	Verkehr	Vorsitzender des Direktorenrats

Nr.	*Name*	*Kontrollierte Summen (Mio. US $)*		*Gesellschaft*	*Umsatz der Gesellschaft (Mio. US$)*		*Branche*	*Position*
		2000г.	*1999.*		*2000*	*1999*		
93	Ėkgardt, Viktor	60	56	Vorkutaugol'	170,00	180,00	Wärme- und Energiekomplex	
94	Kuimov, Sergej	60	65	Irkutskėnergo	317,00	331,06	Energieerzeugung	Amtierender Generaldirektor
95	Malych, Aleksandr	44	40	Uralvagonzavod	110,00	100,00	Maschinenbau	Direktor
96	Vasil'ev, Sergej	44	39	Kupol (Iževsk)	290,00	260,00	Maschinenbau	Generaldirektor
97	Simonov, Vladimir	40	24	Koncern Antej	410,00	240,00	Rüstungsindustrie	Vorstandsvorsitzender
98	Kondrašov, Petr	30		Sil'vinit	32,00		Chemieindustrie	
99	Prjanišnikov, Nikolaj	25	20	Vympelkom	277,00	228,00	Telekommunikation	Erster Stellvertretender Generaldirektor
100	Aleksandrov, Vladimir	22	16	Admiraltejskie verfi	220,00	160,00	Rüstungsindustrie	Generaldirektor

Quelle: D. Butrin /S. Kozicyn/D. Ladygin: Kto upravljaet finansami Rossii, in: Kommersant den'gi, 2001, Nr. 16, S. 12-17, hier S. 16-17.

Tabelle 40: Entwicklung des Bankensektors in Rußland 1991-2000

	1991	*1992*	*1993*	*1994*	*1995*	*1996*	*1997*	*1998*	*Jan 1999*	*Jul 1999*	*Jan 2000*	*Jul 2000*
Zahl der registrierten Kreditinstitute	1.360	1.713	2.019	2.517	2.598	2.601	2.552	2.482	2.483	2.441	2.378	2.318
Zahl der aktiven Kreditinstitute				2.457	2.295	2.030	1.697	1.474	1.476	1.401	1.349	1.331
Registriert, doch schon ohne Lizenz									3	2	1	1
Zahl der eingezogenen Lizenzen für Bankoperationen		10	21	66	225	282	334	229	1.004	1.038	1.028	986
Zahl der mit Verlust operierenden Kreditinstitute		82	199	582	525	480	268	348				
in %												
Zahl der registrierten Kreditinstitute, Veränderung gegenüber dem Vorjahr		25,96	17,86	24,67	3,22	0,12	-1,88	-2,74	0,04	-1,69	-2,58	-1,15
Zahl der aktiven Kreditinstitue, Veränderung gegenüber dem Vorjahr					-6,59	-11,55	-16,40	-13,14	0,14	-5,08	-3,71	-0,15
Anteil der nichttätigen Kreditinstitute				2,38	11,66	21,95	33,50	40,61	40,56	42,61	43,27	42,58

	1991	*1992*	*1993*	*1994*	*1995*	*1996*	*1997*	*1998*	*Jan 1999*	*Jul 1999*	*Jan 2000*	*Jul 2000*
Eingezogenen Lizenzen in % zur Zahl der Banken im Vorjahr			1,23	3,27	8,94	10,85	12,84	8,97	40,45	41,80	42,11	42,05
Zahl der mit Verlust operierenden Kreditinstitute		4,79	9,86	23,69	22,88	23,65	15,79	23,61				

Quelle: Ėkspert, 1997, No. 32, S. 33; 1998, No. 11, S. 21; 1999, No. 13, S. 16; ergänzt durch die Angaben auf dem Server der Russischen Zentralbank <www.cbr.ru/system/overview.html, 3.11.2000>.

7. Verzeichnis der benutzten Literatur

Elektronische Periodika

BOFIT: Russian Economy. The Month in Review <www.bof.fi/bofit>

Deutsche Welle. Monitor Ost-/Südosteuropa <www.dw-world.de/monitor>

EastWest Institute. Russian Regional Report <www.iews.org>

FSU Oil & Gas Monitor <www.newsbase.com>.

Gipertekstovaja baza dannych "Labirint". Vlast', partii, lidery Rossii, Moskva, Juni 2000 (CD-Rom).

The Jamestown Foundation. Monitor <russia.jamestown.org/archives.htm>

Johnson's Russia List <www.cdi.org/russia/johnson/default.cfm>

NNS Chronicle <www.nns.ru/chronicle>.

OMRI Daily Digest <www.rferl.org/newsline/>.

OMRI Economic Digest.

RFE/RL Newsline <www.rferl.org/newsline/>.

RFE/RL Russian Federation Report <reports.rferl.org/>.

RFE/RL Russian Political Weekly <reports.rferl.org/>.

Russia Market Weekly <www.trodial.ru>.

United Financial Group <www.ufg.com>.

VCIOM Press-vypusk <www.wciom.ru>.

Tages- und Wochenzeitungen, Gesetzblätter

Neben der deutschsprachigen Presse wurden regelmäßig ausgewertet:

Argumenty i fakty.

Delovoe Povolž'e.

Ėkonomika i žizn'.

Ėkspert.

Finansovye izvestija.
The Financial Times.
Gorodskie vesti.
Interfax Petroleum Report.
Interfax Statistical Report.
The International Herald Tribune.
Itogi.
Izvestija.
Kommersant daily / Kommersant daily.
Krasnaja zvezda.
Kur'er.
The Moscow Times.
Moskovskie novosti.
Moskovskij komsomolec.
Nezavisimaja Gazeta.
Nezavisimaja gazeta. NG-Politėkonomija.
Nezavisimaja gazeta. NG-Scenarii.
Nezavisimaja gazeta. Voennoe obozrenie.
Novaja gazeta.
Novye delovye vesti.
Novye izvestija.
Rossijskaja gazeta.
Rossijskie vesti.
Russkij Telegraf.
Segodnja.
Sobranie aktov Prezidenta i Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii.
Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii.
St. Peterburgskie Vedomosti.

Vek.

Vremja MN.

Monographien, Sammelbände, Aufsätze, "graue" Literatur

J. L. Adno: Rossija na mirovom rynke aljuminija, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 2000, Nr. 12, S. 75-83.

M. N. Afanas'ev: Pravjaščie ėlity i gosudarstvennosti' posttotalitarnoj Rossii, Moskva 1996.

M. N. Afanas'ev: Pravjaščie ėlity Rossii: obraz dejatel'nosti, in: Mirovaja Ėkonomika i Meždunarodnye Otnošenija, 1996, Nr. 3, S. 46-56.

O. A. Aleksandrova: Idejnyj fon stanovlenija rossijskogo srednego klassa, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1999, Nr. 1, S. 18-28.

A. Alesina/A. Drazen: Why are Stabilizations Delayed?, in: American Economic Review, 81. Jg., 1991, Nr. 5, S. 1170-11881.

A. Alesina: Political Models of Macroeconomic Policy and Fiscal Reforms, in: S. Haggard/S. Webb (Hrsg.): Voting for Reform. Democracy, Political Liberalization, and Economic Adjustment, Oxford u. a. 1994, S. 37-60.

A. Alesina/R. Perotti: The Political Economy of Budget Deficits, in: IMF Staff Papers, 42. Jg., 1995, Nr. 1, S. 1-31.

A. Amirov (Hrsg.): Naibolee vlijatel'nye predprinimateli Rossii (1997), Moskva 1997 .

A. Amirov/V. Pribylovskij (Hrsg.): Rossijskie biznesmeny i menedžery, Moskva 1997 .

A. Amirov/V. Pribylovskij (Hrsg.): Rossijskie biznesmeny i menedžery, Moskva 1998 .

A. Amirov (Hrsg.): Kto est' kto v mire nefti i gaza Rossii, Moskva 1998 .

V. Artjuchov/V. Muzalev/V. Nezamov/M. Pavlov: Finansovo-promyšlennye gruppy repetirujut očerednuju političeskuju osen', in: Vlast', Nr. 8, 1997, S. 72-80.

A. Åslund: How Russia Became a Market Economy, Washington D. C. 1995.

A. Åslund: Russian banking. Crisis or rent-seeking?, in: Post-Soviet Geography, 1996, Nr. 8, S. 495-502.

A. Åslund: A Critique of Soviet Reform Plans, in: ders. (Hrsg.): Economic Transformation in the 1990s, London/Washington 1997, S. 11-24.

A. Astapovič/D. Syrmolotov: Rossijskie banki v 1998 godu: razvitie sistemnogo krizisa, in: Voprosy ėkonomiki, 1999, Nr. 5, S. 43-64.

S. Aukutsionek/I. Filatochev/R. Kapelyushnikov/V. Zhukov: Dominant Shareholders, Restructuring and Performance of Privatised Companies in Russia: Analysis and Some Policy Implications, in: Communist Economies & Economic Transformation, 10. Jg., 1998, Nr. 4, S. 495-517.

E. M. Avramova: K probleme formirovanija srednego klassa v Rossii, in: Voprosy ėkonomiki, 1998, Nr. 7, S. 78-87.

L. V. Babaeva/A. E. Čirikova: Rossijskaja ėlita: opyt sociologičeskogo analiza, Moskva 1996.

L. V. Babaeva/E. J. Taršis/L. A. Rezničenko: Ėlita Rossii: O nastojaščem i buduščem strany, in: Sociologičeskie issledovanija, 1996, Nr. 4, S. 40-49.

L. V. Babayeva [L. V. Babaeva]: Elite Conceptions of Russia's Present and Future, in: J. Higley/J. Pakulski/W. Wesolowski (Hrsg.): Postcommunist Elites and Democracy in Eastern Europe, Basingstoke 1998, S. 97-106.

A. Bagrov: Pod davleniem, in: Kommersant Vlast', 1998, Nr. 29 [281], S. 8-15.

Tuman rasseivaetsja?, in: Voprosy ėkonomiki, 1999, Nr. 5, S. 4-42.

L. A. Beljaeva: V poiskach srednego klassa, in: Sociologičeskie issledovanija, 1999, Nr. 7, S. 72-77.

A. Benz: Politiknetzwerke in der horizontalen Politikverflechtung, in: D. Jansen, K. Schubert (Hg.): Netzwerke und Politikproduktion, Marburg 1995, S.185-204.

K. Berensmann: Russische Währungs-, Finanz- und Schuldenkrise, Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 1/1999.

D. Berkowitz/D. DeJong: Observations on the Speed of Transition in Russia: Prices and Entry, in: J. Nelson/C. Tilly/L. Walker (Hrsg.): Transforming Post-Communist Political Economies, Washington (D. C.) 1998, S. 203-222.

K. v. Beyme: Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland, München 1971.

K. v. Beyme /C. Offe (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Köln/Opladen 1995 (= Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft).

K. v. Beyme: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994.

K. v. Beyme: Transformationstheorie - ein neuer interdisziplinärer Forschungszweig?, in: Geschichte und Gesellschaft, 20. Jg., 1994, Nr. 1, S. 99-118.

K. v. Beyme: Osteuropaforschung nach dem Systemwechsel. Der Paradigmawandel der Transitologie, in: Osteuropa, 49. Jg., 1999, Nr. 3, S. 285-304.

K. v. Beyme: Russland zwischen Anarchie und Autokratie, Wiesbaden 2001.

D. Beyrau: Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917-1985, Göttingen 1993.

P. Bizyukov/I. Donova/K. Burnyshev/O. Vinokurova: Bergarbeiterproteste im Kuzbass. Das Jahr des "Schienenkrieges" in Fallstudien, Berichte des Biost, 36-1999, Köln 1999.

J. Blasi/M. Kroumova/D. Kruse: Kremlin Capitalism. Privatising the Russian Economy, Ithaca/London 1997.

P. Boone/J. Hørder: Inflation: Causes, Consequences, and Cures, in: P. Boone/S. Gomulka/R. Layard (Hrsg.): Emerging from Communism. Lessons from Russia, China, and Eastern Europe, Cambridge (MA)/London 1998, S. 43-71.

P. Born: Sektorale Akteure und Finanz-Industrie-Gruppen in Rußland, Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts, Freie Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkt Politik 20/1999, Berlin 1999.

V. A. Borisov/I. M. Kozina/M. D. Krasil'nikova: Social'nye aspekty restrukturizacii ugol'noj promyšlennosti, in: Monitoring obščestvennogo mnenija: Ėkonomičeskie i social'nye peremeny, 1997, Nr. 2, S. 33-35.

M. Boycko/A. Shleifer/R. Vishny: Privatizing Russia, Cambridge (MA) 1996.

M. Bradshaw/P. Hanson, Understanding Regional Patterns of Economic Change in Russia: An Introduction, in: Communist Economies and Economic Transformation, 10. Jg., 1998, Nr. 3, S. 285-304.

O. Brednikova/O. Karpenko: Soziologie und Sozialstrukturforschung in Rußland (1995/96), in: I. Oswald /R. Possekel/P. Stykow/J. Wielgohls (Hrsg.): Sozialwissenschaft in Rußland 2, Berlin 1997, S. 58-86.

M. Brie/P. Stykow: Regionale Akteurskoordinierung im russischen Transformationsprozess, in: H. Wollmann/H. Wiesenthal/F. Boenker (Hrsg.): Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995 (= Leviathan Sonderheft Nr. 15), S. 207-232.

D. Brower: The Problem of Russian Intelligentsia, in: The Slavic Review, 1967, S. 638-647.

N. Bucharin: Ökonomik der Transformationsperiode, Reinbek 1970.

N. I. Bucharin/J. A. Preobraschenskij [Preobraženskij, E. A.]: Das ABC des Kommunismus. Mit Illustrationen von Wladimir W. Majakowskij und einer Einführung von Boris Meissner, Zürich 1985.

N. I. Bucharin: Put' k socializmu, Novosibirsk 1990.

V. I. Bukato/J. I. L'vov: Banki i bankovskie operacii v Rossii, Moskva 1996.

I. M. Bunin: Biznes-Ėlita i rossijskoe obščestvo, in: Vlast', 1996, Nr. 9, S. 9-19.

I. M. Busygina: Neue Strukturen des Föderalismus in Rußland, in: Osteuropa, 51. Jg., 2001, Nr. 10, S. 1131-1145.

D. Butrin/S. Kozicyn/D. Ladygin: Kto upravljaet finansami Rossii, in: Kommersant den'gi, 2001, Nr. 16, S. 12-17.

A. Buzgalin: Zakonomernosti perechodnoj ėkonomiki: teorija i metodologija, in: Voprosy ėkonomiki, 1995, Nr. 2, S. 40-50.

E. N. Čekmareva: Banki i finansovo-promyšlennych gruppach: nastojaščee i perspektiva, in: Rossijskij ėkonomičeskij žurnal, 1999, Nr. 7, S. 20-27.

Fond "Centr Političeskich Technologij": Finansovo-promyšlennye gruppy i konglomeraty v ėkonomike i politike sovremennoj Rossii, 1998 <www. nns. ru/analytdoc/fgp. html-fpg36. html, 2.5.1998>.

Fond "Centr Političeskich Technologij": Formirovanie komandy novogo prezidenta: Gruppy vlijanija. Analitičeskaja serija "Gorjačaja linija". Vypusk No. 4/2000, Moskva 2000.

Fond "Centr Političeskich Technologij": Vlast' i biznes: novye pravila igry. Centr Političeskich Technologij: Analitičeskaja serija "Gorjačaja linija", vypusk Nr. 16/2000.

G. P. Černikov/D. A. Černikova: Kto vladeet Rossiej?, Moskva 1998.

A. V. Černjavskij: Perspektivy preodolenija bankovskogo krizisa v Rossii, in: Voprosy ėkonomiki, 1999, Nr. 5, S. 65-70.

I. Černov: Nekotorye voprosy kadrovoj politiki i perspektivy razvitija političeskoj situacii v Volgogradskoj oblasti, 1998, Volgograd (Typoskript).

I. Černov: Vybory 2000. Tendencii razvitija situacii v Volgogradskoj oblasti. Nojabr' 1998, Volgograd (Typoskript).

I. Černov: Predvybornaja situacija nakanune vyborov v gosudarstvennuju dumu FS Rossijskoj Federacii. Volgogradskaja oblast', Volgograd, Juli/August 1999.

I. Černov: Prezidenstkie vybory - 2000. Tendencii i perspektivy v Volgogradskoj oblasti, Volgograd, August 1998 (Typoskript).

G. Čižov: Volgogradskaja oblast' v 1998g., in: Moskovskij Centr Karnegi: Regiony Rossii v 1998 g., Moskva 1999, S. 258-259.

L. Cook: Trade unions in the new Russia, New York 1997.

Credit Risk in Russian Financial-Industrial Groups, in: Standard & Poor's Credit Week, 24. 6. 1998, S. 9-15.

R. O. Crummey: New Wine in Old Bottles? Ivan IV and Novgorod, in: Russian History, 14. 1987, S. 61-76.

A. Chubais [A. Čubajs]/M. Vishnevskaya [M. Višnevskaja]: Main Issues of Privatization in Russia, in: A. Åslund (Hrsg.): Russia's Economic Transformation in the 1990s, London/Washington (DC) 1997, S. 68-76.

V. N. Dachin: Social'nye aspekty razvitija, in: Svobodnaja mysl', 1998, Nr. 5, S. 10-19.

R. Dahrendorf: Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1961.

R. Dahrendorf: Transitions: Politics, Economics and Liberty, in: Washington Quarterly, 13. Jg., 1990, Nr. 3, S. 133-142.

T. Dolgopjatova/Ju. Simačev/V. Tambovcev/A. Jakovlev: Schattenwirtschaft in Rußland. Aktivitäten legaler russischer Unternehmen, Berichte des Biost, 37-1999, Köln 1999.

R. Dornbusch: Stabilization, Debt and Reform, New York u. a. 1993.

A. E. Dvoreckaja: Bankovskij sektor: uroki krizisa, napravlenija restrukturizacii, in: Ėkonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva, 1999, Nr. 2, S. 20-39.

D. Dyker: The Structural Origins of the Russian Economic Crisis, in: Post-Communist Economies, 12. Jg., Nr. 1, 2000, S. 5-24.

G. M. Easter: Institutional legacy of the old regime as a constraint to reform. The case of fiscal policy, in: S. Harter/G. M. Easter (Hrsg.): Shaping the economic space in Russia, Aldershot 2000, S. 296-319.

K. Eggenberger: Russian banks: No light at the end of the tunnel, Helsinki 2000.

J. Elster/C. Offe/U. K. Preuss: Institutional Design in Post-communist Societes. Rebuilding the Ship at Sea, Cambridge 1998.

R. Ericson: The Post-Soviet Russian Economic System: An Industrial Feudalism?, Stockholm Institute for Transition Economics, Mai 1999.

A. Erlich: Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924-1928, Frankfurt am Main/Wien 1971.

P. Evans: Embedded Autonomy. States and Industrial Transformation, Princeton (N. J.) 1995.

R. Ferguson: Will Democracy Strike Back? Workers and Politics in the Kuzbass, in: Europe-Asia Studies, 50. Jg., 1998, Nr. 3, S. 445-468.

The Finnish Institute of International Affairs: Business Elites and Russian Foreign Policy, Russia Beyond 2000, Helsinki 2000.

F. Fossato/A. Kachkaeva: Russian media empires IV, RFE/RL Report, Prag 1998 <www. rferl. org>.

C. Freeland: Sale of the century, London 2000.

A. Frenkel': Prognoz social'no-ėkonomičeskogo razvitija Rossii na 1999 god, in: Voprosy statistiki, Nr. 4, 1999, S. 67-76.

L. Freinkman/M. Haney: What Affects the Russian Regional Governments' Propensity to Subsidize? The World Bank, Policy Resarch Working Paper 1818, August 1997.

T. H. Friedgut/J. W. Hahn (Hrsg.): Local Power and Post-Soviet Politics, Armonk 1995.

Friedrich-Ebert-Stiftung. Büro Moskau/Russisches Unabhängiges Forschungsinstitut für sozialpolitische und sozialökonomische Probleme: Die Mittelklasse in Rußland. Ein Forschungsbericht (Kurzfassung), Moskau, Mai 1999 (= Studien zur Gesellschaft und Politik in Rußland).

J. Fruchtmann/H. Pleines: Wirtschaftskulturelle Faktoren in der russischen Steuergesetzgebung und Steuerpraxis, Münster 2002.

C. G. Gaddy: The Price of the Past. Russia's Struggle with the Legacy of a Militarized Economy, Washington D. C. 1996.

C. Gaddy/B. Ickes: An Accounting Model of the Virtual Economy in Russia, in: Post-Soviet Geography and Economics, 40. Jg., 1999, Nr. 2, S. 79-97.

A. Gaponenko: Upravlenie social'no-ėkonomičeskim razvitiem regionov Rossii: novye uslovija i novye vozmožnosti, in: Vlast, 1999, Nr. 7, S. 45-51.

V. Gel'man: K voprosu ob ėlitach v post-SSSR: kriterii i podchody, o. O. (Moskva) 1994 (= MBIO IGPI Monitoring-Materialien. Typoskript).

V. Gelman/O. Senatova: Sub-National Politics in Russia in Post-Communist Transition Period: the View From Moscow, 1995 (Typoskript).

V.J. Gel'man: Postsovetskie političeskie transformacii: nabroski k teorii, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 2001, Nr. 1, S. 55-69.

V. J. Gel'man/I. Tarusina: Studies of Political Elites in Russia, in: Communist and Post-Communist Studies, 33. Jg., 2001, S. 311-329.

A. Genkel': Restrukturizacija estestvennych monopolij, in: Neft' i biznes 1997, Nr. 3, S. 11-21.

J. Gibson/P. Hanson (Hrsg.): Transformation from Below. Local Power and the Political Economy of Post-Communist Transitions, Cheltenham/Brookfield 1996.

G. Gill: The Dynamics of Democratization. Elites, Civil Society and the Transition Process, Houndmills/Basingstoke/Hampshire/London 2000.

G. -J. Glaeßner: Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Regimewechsel, Transition und Demokratisierung im Postkommunismus, Opladen 1994.

R. Götz: Besser spät als nie: Der dritte Versuch einer "radikalen Reform" der russischen Wirtschaft, Aktuelle Analysen des Biost, Nr. 23/1997, Köln 1997.

R. Götz: Der wirtschaftliche Politikwechsel in Rußland, Aktuelle Analysen des Biost, Nr. 43/1998, Köln 1998.

R. Götz: Die russische Wirtschaft ein Jahr nach der Augustkrise 1998, Aktuelle Analysen des Biost, Nr. 27/1999, Köln 1999.

R. Götz: Bankrott als Waffe? Das neue russische Insolvenzgesetz, Aktuelle Analysen des Biost, Nr. 25/1999, Köln 1999.

Z. T. Golenkova/ E. D. Igitchanjan: Srednie sloi v sovremennoj Rossii. (Opyt analiza problemy), in: Sociologičeskie issledovanija, 1998, Nr. 7, S. 44-53.

O. Golodec: Social'nye paradoksi restrukturacii, in: Čelovek i trud 1998, Nr. 8, S. 17-21.

B. V. Golovačev/L. B. Kosova/L. A. Chachulina: Formirovanie pravjaščej ėlity v Rossii, in: Monitoring obščestvennogo mnenija: Ėkonomičeskie i social'nye peremeny, 1995, Nr. 6 (20), S. 18-24.

J. Gorlin/A. Dmitriev/S. Klimov: Ugol'nye kompanii Rossii, in: Čelovek i trud 1998, Nr. 8, S. 26-30.

Goskomstat Rossii: Rossijskij statističeskij ežegodnik, Moskva 1998.

M. K. Gorškov/N. E. Tichonova/A. J. Čepurenko (Hrsg.): Srednij klass v sovremennom rossijskom obščestve, Moskva 1999.

B. Granville: The Success of Russian Economic Reforms, London 1995.

D. Gray: Evaluation of taxes and revenues from the energy sector in the Baltics, Russia, and other former Soviet Union countries, Washington: IMF 1998 (= IMF Working Paper WP98/34).

T. Gustafson: Capitalism Russian-Style, Cambridge 2000.

E. Hanley/N. Yershova/R. Anderson: Russia - Old Wine in a New Bottle?, in: Theory and Society. Renewal and Critique in Social Theory, 24. Jg., 1995, Nr. 5, S. 639-668.

P. Hanson: Economic Change and the Russian Provinces, in: Gibson/Hanson: Transformation from Below 1996, S. 179-216.

S. Harter: Die russische Luftfahrtindustrie. Endgültige Bruchlandung? Berichte des Biost, 43-1998, Köln 1998.

S. Harter: Kann der Staat überhaupt ausgeschaltet werden? Zu den regionalen Dimensionen finanz-industrieller Gruppen in Rußland, in: H. H. Höhmann (Hrsg.): Spontaner oder gestalteter Prozeß? Zur Rolle des Staates in der Wirtschaftstransformation mittel- und osteuropäischer Länder, Baden-Baden 1998, S. 116-132.

S. Hedlund: Russia's "Market" Economy, London 1999.

S. Heilmann: Die Politik der Wirtschaftsreformen in China und Rußland, Hamburg 2000 (= Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg. Nummer 317).

A. Heinemann-Grüder: Der heterogene Staat. Föderalismus und regionale Vielfalt in Rußland, Berlin 2000.

A. Heinemann-Grüder: Putins Reform der föderalen Strukturen, in: Osteuropa, 50. Jg., 2000, Nr. 9, S. 979-990.

A. Heinrich: Rußlands Gazprom. Teil II. Gazprom als Akteur auf internationaler Ebene, Berichte des Biost, 34-1999, Köln 1999.

A. Heinrich / H. Pleines: Steuerlast und Steuerverhalten russischer Wirtschaftsbranchen. Teil II: Besteuerung der russischen Öl- und Gasindustrie. Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, Nr. 28, Bremen 2001.

J. S. Hellman: Winners Take All. The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transition, in: World Politics, 50. Jg., 1998, S. 203-234.

D. Herzog: Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung, Darmstadt 1982.

J. Higley: The "Ruling Class" Revisited, in: Contemporary Sociology, 13. Jg., 1984, S. 143-146.

J. Higley/J. Pakulski/W. Wesolowski: Introduction: Elite Change and Democratic Regimes in Eastern Europe, in: J. Higley/J. Pakulski/W. Wesolowski (Hrsg.): Postcommunist Elites and Democracy in Eastern Europe, Basingstoke 1998, S. 1-33.

O. Hishow: Rußland: Finanzieller Zusammenbruch aufgeschoben?, Aktuelle Analysen des Biost, Nr. 30/1998, Köln 1998.

O. Hishow: Wechselkursanker oder Floating? Berichte des Biost, 1-1999, Köln 1999.

P. Hübner: Der Medienkampf Jelzin-Putin-Beresowskij gegen Lushkow-Primakow-Gussinskij (2 Teile), Aktuelle Analysen des Biost, Nr 5/2000 und 6/2000, Köln 2000.

J. Hughes: Subnational Élites and Post-communist Transformation in Russia, in: Europe-Asia Studies, 49. Jg., 1997, Nr. 6, S. 1017-1036.

B. Ickes/R. Ryterman: The Interenterprise Arrears Crisis in Russia, in: Post-Soviet Affairs, 8. Jg., 1992, Nr. 4, S. 331-361.

B. Ickes/R. Ryterman: Roadblock to Economic Reform: Interenterprise Debt and the Transition to Markets, in: Post-Soviet Affairs, 9. Jg., 1993, Nr. 3, S. 231-252.

V. Il'in: Vlast i ugol'. Šachterskoe dviženie Vorkuty (1989-1998 gody), Syktyvkar 1998.

Institut sravnitel'nych issledovanij trudovych otnošenij: Social'nye problemy ugol'noj promyšlennosti Kuzbassa v 1995 g., Kemerovo 1996.

Investment Climate of Novgorod Region, Novgorod 1997.

Ivan Rybkin: Mne pomogaet Beresovskij, in: Kommersant Vlast', 10. 3. 1998, S. 16-17.

N. Ivanov: Komu prinadležit Rossija. Cvetnaja metallurgija, in: Kommersant Vlast', 2000, Nr. 19, S. 30-31.

E. Jasin: Poraženie ili otstuplenie? in: Nezavisimaja gazeta. NG-Politėkonomija, Nr. 4, März 1999, S. 9, S. 14-15.

P. Johansen: Novgorod und die Hanse, in: Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte, Lübeck 1953.

J. Johnson: Banking in Russia. Shadows of the past, in: Problems of Post-Communism 1996, Nr. 3, S. 49-59.

J. Johnson: Russia's Emerging Financial-Industrial Groups, in: Post-Soviet Affairs, 13. Jg., 1997, Nr. 4, S. 333-365.

S. V. Kirienko: Programma stabilizacii ėkonomiki i finansov. Proekt, in: Ėkonomika i žizn', 1998, Nr. 26, S. 1-5.

P. Klebnikov: Godfather of the Kremlin, New York/San Diego/London 2000.

O. L. Klimaševskaja: Vozroždennaja ėlita rossijskogo biznesa, Moskva 1994.

V. Klistorin/V. Čerkasskij: Denežnye surrogaty: ėkonomičeskie i social'nye posledstvija, in: Voprosy ėkonomiki, 1997, Nr. 10, S. 52-57.

N. Kloten: Zur Transformation von Wirtschaftsordnungen: theoretische, phänotypische und politische Aspekte, Tübingen 1991.

I. Koslov: Tamožnja na zamke, in: Kommersant Vlast', 1999, Nr. 34, S. 40-41.

V. Komarovskij/L. Timofeeva: Torg meždu centrom i regionami idet. No umesten li on?, in: Vlast', 1998, Nr. 8-9, S. 69-73.

T. Kosmarskaja: Srednij klass i social'naja politika, in: Voprosy ėkonomiki, 1998, Nr. 7, S. 88-97.

M. Krasil'nikova: Uroven' žizni naselenija šachterskich gorodov i poselkov ugol'nych regionov Rossii, in: Monitoring obščestvennogo mnenija 1999, Nr. 5, S. 31-39.

V. Kravec: Regulirovanie monopolij prochodit pod žestkim kontrolem samich monopolij, in: Neft' i kapital 1997, Nr. 4, S. 20-23.

V. A. Krjukov: "Estestvennoj" monopolii - estestvennye peremeny, in: Ėko 1997, Nr. 6, S. 89-106.

V. A. Krjukov: Institucional'naja struktura neftegazovogo sektora, Novosibirsk 1998.

V. Kryukov [V. Krjukov]: Adjustement to Change: the Case of the Oil and Gas Industry, in: S. Harter/J. Easter (Hrsg.): Shaping Economic Space in Russia, Aldershot 2000, S. 102-126.

O. Kryshtanovskaia [O. V. Kryštanovskaja]: The New Russian Elite, in: Sociological Research, 34. Jg., 1995, Nr. 3, S. 22-31 [Übs. von: Novaja rossijskaja ėlita, in: Social'no-stratifikacionnye processy v sovremennom obščestve, tom 2, Moskva 1993, S. 182-194].

O. Kryshtanovskaia [O. V. Kryštanovskaja]: The New Russian Millionaires, in: Sociological Research, 34. Jg., 1995, Nr. 3, S. 32-36 [Novye rossijskie millionery. Istoki bogatstva, stil' žizni, političeskie vzgljady, in: Izvestija 7. 9. 1994, S. 9].

O. V. Kryštanovskaja: Transformacija staroj nomenklatury v novuju rossisjkuju ėlitu, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1995, Nr. 1, S. 51-65.

O. Kryshtanovskaya [O. V. Kryštanovskaja]/S. White: From Soviet Nomenklatura to Russian Élite, in: Europe-Asia Studies, 48. Jg., 1996, Nr. 5, S. 711-733.

P. Kubicek: Delegative Democracy in Russia and Ukraine, in: Communsit and Post-Communist Studies, Jg. 27.1994, Nr. 4, S. 423-441.

A. Kudat/V. Borisov/B. Ozbilgin: Restructuring Russia's coal sector, in: M. Cernea/A. Kudat: Social assessments for better development, Washington 1997, S. 63-108.

I. V. Kukolev: Regional'nye ėlity: bor'ba za veduščie roli prodolžaetsja, in: Vlast', 1996, Nr. 1, S. 46-52.

I. V. Kukolev: The Formation of the Business Elite, in: Sociological Research, 36. Jg., 1997, Nr. 1, S. 23-43.

O. Kuznecov: Novgorodskaja i Pskovskaja oblasti: ėkonomičeskoe položenie i faktory razvitija, in: Voprosy ėkonomiki, 1998, Nr. 10, S. 143-154.

O. Kuznetsova [O. Kuznecova]/A. Kuznetsov[A. Kuznecov]: The State As Shareholder. Responsibilities and Objectives, in: Europe-Asia Studies, 51. Jg., 1999, Nr. 3, S. 433-445.

D. Lane/C. Ross: The Russian Political Elites, 1991-1995. Recruitment and Renewal, in: J. Higley/J. Pakulski/W. Wesolowski (Hrsg.): Postcommunist Elites and Democracy in Eastern Europe, Basingstoke 1998, S. 34-66.

D. Lane/C. Ross: The Transition from Communism to Capitalism. Ruling Elites from Gorbachev to Yeltsin, New York 1999.

N. Lapina: Die Formierung der neuen rußländischen Elite. Probleme der Übergangsperiode, Berichte des Biost, 7-1996, Köln 1996.

N. Lapina: Die rußländischen Wirtschaftseliten und Probleme der nationalen Entwicklung, Berichte des Biost, 16-1997, Köln 1997.

N. J. Lapina: Biznes i politika v sovremennoj Rossii, Moskva 1998.

J. Leitzel: Russian Economic Reform, London/New York 1995.

V. Leksin/L. Plakitkina/A. Švecov: Finansirovanie social'noj infrastruktury šachterskich gorodov, in: Čelovek i trud 1998, Nr. 8, S. 31-36.

V. A. Lepechin: Stratifikacija v sovremennom Rossii i novyj srednij klass, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1998, Nr. 4, S. 30-40.

V. A. Lepechin: Ot administrativno-političeskoj diktatury k finansovoj oligarchii, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1999, Nr. 1, S. 66-82.

J. A. Levada: Ot mnenij k ponimaniju. Stat'i 1993-2000, Moskva 2000.

S. Levinson: Die Provinz Volgograd in den neunziger Jahren, Berichte des Biost, 14-1999, Köln 1999.

J. J. Linz/A. Stepan: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, London 1996.

Lobbizm v Rossii: Ėtapy bol'šogo puti, Moskva 1995.

R. Lyle: Russia. Banking shake-out expected to thin ranks of Russian banks, in: RFE/RL Weekday Magazine 22. 8. 1996.

L. Makarevič: Rossijskie neoficial'nye finansovo-promyšlennye gruppy: opyt samoorganizacii i privlečenija resursov, in: Obščestvo i ėkonomika, 2000, Nr. 9-10, S. 135-200.

A. K. Magomedov: Gubernatory Rossii. Političeskoe liderstvo v regionach, in: Rossija i sovremennyj mir, 1994, Nr. 3, S. 202-206.

G. Mangott: Zur Demokratisierung Russlands. Band 1. Russland als defekte Demokratie, Baden-Baden 2002.

V. Mau: Russia, in: J. Williamson (Hrsg.): The Political Economy of Policy Reform, Washington DC 1994, S. 432-438.

V. Mau/V. Stupin: The Political Economy of Russian Regionalism, in: Communist Economies and Economic Transformation, 9. Jg., 1997, Nr. 1, S. 5-26.

M. McAuley: Politics, Economics, and Elite Realignment in Russia: A Regional Perspective, in: Soviet Economy, 8. Jg., 1992, Nr. 1, S. 46-88.

M. McAuley: Russia's Politics of Uncertainty, Cambridge 1997.

M. McFaul: State Power, Institutional Change, and the Politics of Privatization in Russia, in: World Politics, 47. 1995, Nr. 2, S. 210-243.

M. McFaul: Russia's 'Privatized' State as an Impediment to Democratic Consolidation. Part I, in: Security Dialogue, 29. 1998, Nr. 2, S. 191-199.

M. McFaul: Russia's 'Privatised' State as an Impediment to Democratic Consolidation: Part II, in: Security Dialogue, 29. Jg., 1998, Nr. 3, S. 315-332.

McKinsey Global Institute: Unlocking economic growth in Russia, Moskau 1999.

M. de Melo /G. Ofer: The Russian City in Transition: The First Six Years in Ten Volga Capitals, Development Research Group, The World Bank, Washington (D. C.), Working Paper Nr. 2165, August 1999 <www. worldbank. org/html/dec/Publications/workpapers/tranecon. html, 10.9.1999>.

N. Melvin: The Consolidation of a New Regional Élite: The Case of Omsk 1987-1995, in: Europe-Asia Studies, 50. Jg., Nr. 4, 1998, S. 619-650.

W. Merkel (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994.

W. Merkel /E. Sandschneider/D. Segert (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen 1995.

W. Merkel/E. Sandschneider (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997.

W. Merkel/E. Sandschneider (Hrsg.): Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß, Opladen 1999.

W. Merkel/H. -J. Puhle: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade, Opladen/Wiesbaden 1999.

W. Merkel: Defekte Demokratien, in: W. Merkel/A. Busch (Hrsg.) Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme, Frankfurt am Main 1999, S. 361-381

D. M. Michajlov: Finansovo-promyšlennye gruppy: specifika Rossii, in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 1997, Nr. 4, S. 120-130.

B. Ė. Mil'ner: Krupnye korporacii - osnova pod"ema i uskorennogo razvitija ėkonomiki, in: Voprosy ėkonomiki, 1998, Nr. 9, S. 66-76.

S. Mizobata: Financial Relations in the Russian Financial-Industrial Groups. A Comparison of Russia and Japan, Kyoto 1998 (= Kyoto Institute of Eonomic Research. Kyoto University. Discussion Paper No. 480).

M. Mommsen: Wohin treibt Rußland?, München 1996.

M. Mommsen: Wer herrscht in Rußland, München 2003.

G. Mosca: Die herrschende Klasse. Grundlagen der politischen Wissenschaft, Bern 1950.

A. A. Muchin: Biznes-ėlita i gosudarstvennaja vlast', Moskva 2001.

O. Müller: Intelligencija. Untersuchungen zur Geschichte eines politischen Schlagwortes, Frankfurt am Main 1971.

D. Ju. Nikologorskij: Krupnye integrirovannye struktury v promyšlennosti, in: Ėkonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva, 1997, Nr. 11, S. 70-83.

R. North: Russian Transport. Problems and Prospects. Post-Soviet Business Forum. RIIA, London 1996.

G. O'Donnell: Delegative Democracy, in: Journal of Democracy, Jg. 5.1994, S. 55-96.

OECD Economic Surveys 1997-1998, Russian Federation, Paris 1998.

OECD Economic Surveys 1999-2000, Russian Federation, Paris 2000.

C. Offe: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: Merkur 45. Jg., 1991, S. 279-192.

M. Olson: The Logic of Collective Action, Cambridge/Mass. 1965.

K. Onasch: Gross-Novgorod und das Reich der heiligen Sophia. Kirchen- und Kulturgeschichte einer alten russischen Stadt und ihres Hinterlandes, Leipzig 1969.

D. Orlov: Proščanie s "Purneftegazom", in: Novoe vremja, 1998, Nr. 41, S. 26-27.

I. Oswald/R. Possekel/P. Stykow/J. Wielgohls (Hrsg.): Social'nye issledovanija v Rossii, Moskva 1998.

O social'no-ėkonomičeskom položenii Novgorodskoj oblasti v janvare-ijune 1998 goda, Novgorod 1998.

J. Š. Pappė: Otraslevye lobbi v pravitel'stve Rossii (1992-1996), in: Pro et Contra, 1996, Nr. 1, S. 61-78.

J. Š. Pappė: "Oligarchi", Moskva 2000.

V. Pareto: Allgemeine Soziologie. Ausgewählt, eingeleitet und übersetzt von Carl Brinkmann, Tübingen 1955.

S. P. Peregudov: Novyj rossijskij korporatizm: ot bjurokratičeskogo k oligarchičeskomu, in: Političeskie issledovanija, 1998, Nr. 4, S. 114-116.

S. P. Peregudov/N. J. Lapina/I. S. Semenenko: Gruppy interesov i Rossijskoe gosudarstvo, Moskva 1999.

S. P. Peregudov: Krupnaja rossijskaja korporacija v sisteme vlasti, in: Političeskie issledovanija, 2001, Nr. 3, S. 16-24.

J. Pereira: Hard times in the Donbass, in: FT Energy Economist, 1998, Nr. 12, S. 16-20.

J. Perovic: Chancen und Gefahren des Regionalismus für Russland, Bern/Berlin 2001.

N. Petro: Creating Social Capital in Russia: the 'Novgorod Model', in: S. Harter/G. M. Easter (Hrsg.): Shaping the economic space in Russia, Aldershot 2000, S. 249-270.

W. Petuchow [Petuchov, V.]/W. Wjunizkij [Vjunickij, V.]: Die Rolle rußländischer Wirtschaftseliten im Jahre 1996, Berichte des Biost, 17-1997, Köln 1997.

R. Pipes (Hrsg.): Die russische Intelligentsia, Stuttgart 1962.

Platon: Sämtliche Werke V, Politeia, Frankfurt am Main 1991.

H. Pleines/K. Westphal: Rußlands Gazprom. Teil I. Gazproms Rolle in der russischen Politik und Wirtschaft, Berichte des Biost, 33-1999, Köln 1999.

H. Pleines: Korruption und Kriminalität im russischen Bankensektor, Berichte des Biost, 28-1998, Köln 1998.

H. Pleines: Die postsowjetische Strukturkrise der russischen Kohleindustrie, Berichte des Biost, 19-1999, Köln 1999.

H. Pleines: Die Besteuerung der russischen Erdgasindustrie, in: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, 2001, Nr. 28, S. 36-48.

H. Pleines: Gazprom als Sponsor der virtuellen Wirtschaft? Zur Rationalität eines russischen Wirtschaftsakteurs, in: Osteuropa-Wirtschaft, 2000, Nr. 3, S. 308-315.

H. Pleines: Large-scale Corruption and Rent-seeking in the Russian Banking Sector, in: A. V. Ledeneva/M. Kurkchiyan (Hrsg.): Economic Crime in Russia, The Hague / London / New York 2000, S. 197-207.

H. Pleines: Korruptionsnetzwerke in der russischen Wirtschaft, in: H. H. Höhmann (Hrsg.): Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation im Osten Europas, Bremen 2001, S. 141-156.

H. Pleines: Wirtschaftseliten und Politik im Rußland der Jelzin-Ära (1994-99), Münster 2003.

G. Polonsky: Small Business in the Russian Provinces: Case Study Evidence from Volgograd, in: Communist Economies & Economic Transformation, 10. Jg., 1998, Nr. 4, S. 519-539.

T. Popova: Financial-Industrial Groups (FIGs) and Their Roles in the Russian Economy, in: Review of Economies in Transition - Idäntalouksien Katsauksia, 1998, Nr. 7, S. 5-28.

E. A. Preobraženskij: Die neue Ökonomik, Berlin 1971.

E. Preobrashenskij [E. A. Preobraženskij]: UdSSR 1975. Ein Rückblick in die Zukunft, Berlin 1975.

K. C. Preuss Neudorf: Die Erdgaswirtschaft in Russland, Köln 1996.

M. M. Prusak: Reformy v provincii, Moskva 1999.

A. Przeworski: Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge 1993.

V. V. Putin: Rossija na rubeže tysjačeletij, 31. 12 1999 <www. pravitelstvo. gov. ru/government/minister/article-vvp1. html, 4.1.2000>.

M. Rachmaninova: Nacional'nyj sostav migrantov v obmene naseleniem meždu Rossiej i zarubežnymi stranami, in: Voprosy statistiki, 1996, Nr. 12, S. 44-48.

V. Radaev: Social'naja stratifikacija, ili kak podchodit' k problemam social'nogo rassloenija, in: Rossisjkij ėkonomičeskij žurnal, 1994, Nr. 11, S. 87-88.

V. V. Radaev/O. I. Škaratan: Social'naja stratifikacija, Moskva 1996.

J. Rautava (Hrsg.): Russia's Financial Markets and the Banking Sector in Transition, Helsinki 1996.

Reformugol': Krutoj plast. Šhachterskaja žisn' na fone restrukturizacii otrasli i obščerossijskich peremen, Moskva 1999.

W. Röhrich (Hrsg.): "Demokratische" Elitenherrschaft, Darmstadt 1975.

B. A. Ruble/N. Popson: The Westernization of a Russian Province: The Case of Novgorod, in: Post-Soviet Geography and Economics, 39. Jg., 1998, Nr. 8, S. 433-446.

Russia: Regional Risk Rating, Wien 1998.

Russian Economy - 1996. Annual Report. Trends and Perspectives, Moskau: Institute of Economy in Transition 1997.

Russlands Aufschwung in Gefahr, DIW-Wochenbericht 50/2000.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien (Hrsg.): Rußlands Perspektiven. Kritische Faktoren und mögliche Entwicklungen bis 2010, Berichte des Biost, 25-1999, Köln 1999.

Russlands Wirtschaftspolitik setzt auf Investitionen, DIW-Wochenbericht 15/2000.

P. Rutland: Introduction: Business and the State in Russia, in: Business and State in Contemporary Russia, hrsg. von P. Rutland. Boulder 2001, S. 1-32.

R. V. Ryvkina: Ėkonomičeskaja sociologija perechodnoj Rossii. Ljudi i reformy, Moskva 1998.

J. Sachs: Life in the Economic Emergency Room, in: J. Williamson (Hrsg.) The Political Economy of Policy Reform, Washington DC 1994, S. S. 503-523.

M. J. Sagers: Privatization of Rosneft': A Research Communication, in: Post-Soviet Geography and Economics, 39. Jg., 1998, Nr. 5, S. 297-308.

E. Sandschneider: Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung, Opladen 1995.

V. Sharifov [V. Šarifov]: Opyt' neformal'noj FPG choldingovo tipa: rol' finansovych institutov, in: Rossijskij ėkonomičeskij žurnal, 1997, Nr. 10, S. 33-36.

J. Scherrer: Von der Krise im Selbstverständnis der russischen Intelligenzija, in: G. -J. Glaeßner/M. Reiman (Hrsg.): Systemwechsel und Demokratisierung. Rußland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion, Opladen 1997, S. 112-132.

P.C. Schmitter: Critical Reflections on the "Functions" of Political Parties and their Performances in Neo-Democracies, in: W. Merkel/A. Busch (Hrsg.) Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme, Frankfurt am Main 1999, S. 475-495.

E. Schneider: Die politische Funktionselite der DDR. Eine empirische Studie zur SED-Nomenklatura, Opladen 1994, S. 10-18.

E. Schneider: Putins Rezentralisierungsinitiativen, Aktuelle Analysen des Biost, Nr. 29/2000, Köln 2000.

H. H. Schröder: Politisch-ökonomische Interdependenzen in der russischen Transition, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Zwischen Krise und Konsolidierung. Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas.Jahrbuch 1994/95, München 1995, S. 223-238.

H. H. Schröder: Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik zwischen "Stagnation" und "Perestrojka", Baden-Baden 1995.

H. H. Schröder: Jelzin und die "Oligarchen". Über die Rolle von Kapitalgruppen in der russischen Politik, Berichte des Biost, 40-1998, Köln 1998.

H. H. Schröder: Jelzin und die "Oligarchen". Materialien zum Bericht des Biost, 40-1998, Sonderveröffentlichungen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1998.

H. H. Schröder. Rußlands "Oligarchen" - Akteure im Transformationsprozeß. Bemerkungen zur Rolle "politischer Unternehmer" im System Jelzin, in: H. H. Höhmann (Hrsg.): Eine unterschätzte Dimension? Zur Rolle wirtschaftskultureller Faktoren in der osteuropäischen Transformation, Bremen 1999, S. 163-176.

H. H. Schröder: El'tsin and the "Oligarchs". About the Role of Financial Groups in Russian Politics Between 1993 and July 1998, in: Europe-Asia Studies 51. Jg. 1999, Nr. 6, S. 957-988.

H. H. Schröder: Unternehmer und Finanzgruppen als Akteure in der russischen Außenpolitik, in: Osteuropa, 51. Jg., 2001, Nr. 4-5, S. 393-407.

H. H. Schröder: "Transformation" – auf dem Weg zu einer neuen Ordnung? Wirtschaftlicher, sozialer und politischer Wandel in Russland 1992-2002, in: Hillenbrand, Olaf; Kempe, Iris (Hrsg.): Der schwerfällige Riese. Wie Russland den Wandel gestalten soll, Gütersloh 2003, S. 25-199, 305-344.

K. Schröder: Stabileres Bankensystem in Rußland, in: Osteuropa, 48. Jg., 1998, Nr. 8-9, S. 913-919.

S. Schwanitz: Rußlands Regionen als neue Machtzentren. Föderale und regionale Entscheidungsstrukturen am Beispiel der Privatisierung des Rüstungssektors, Baden-Baden 1998.

B. Sieber: "Russische Idee und Identität". "Philosophisches Erbe" und Selbstthematisierung der Russen in der öffentlichen Diskussion 1985-1995, Bochum 1998.

K. Segbers (Hrsg.): Rußlands Zukunft: Räume und Regionen, Baden-Baden 1994.

K. Segbers/S. De Spiegeleire (Hrsg.): Post-Soviet Puzzles, Baden-Baden 1995.

L. Ševcova, Režim Borisa El'cina, Moskau 1999.

V. Shlapentokh: Soviet Intellectuals and Political Power: The Post-Stalin Era, Princeton (N. J.) 1990.

A. Shleifer/D. Treisman: Without a map. Political tactics and economic reforms in Russia, Cambridge (MA) 2000.

L. Siegelbaum: Freedom of prices and the price of freedom. The miners' dilemmas in the Soviet Union and its successor states, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 1997, Nr. 4, S. 1-27.

E. Siehl: Pfadabhängigkeit und Privatisierung in Osteuropa, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft, 1997, Nr. 19, Berlin 1997.

E. Siehl: Privatisierung in Rußland, Wiesbaden, 1998.

B. Slay/V. Capelik: The Struggle for Natural Monopoly Reform in Russia, in: Post-Soviet Geography and Economics, 38. Jg., 1997, Nr. 7, S. 396-429.

Social'no-ėkonomičeskoe položenie Novgorodskoj oblasti, Velikij Novgorod 1999.

V. M. Sokolov: RAO "Noril'skij nikel'": problemy i perspektivy, in: ĖKO, 1998, Nr. 11, S. 47-54.

O. Stammer: Das Elitenproblem in der Demokratie, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 71. Jg., 1951, S. 513-540.

O. Stammer/P. Weingart: Politische Soziologie, München 1972.

E. N. Starikov: Social'naja struktura perechodnogo obščestva. Opyt inventarizacii, in: Političeskie issledovanija, 1994, Nr. 4, S. 87-96.

D. Stark/L. Bruszt: Postsocialist Pathways, Cambridge 1998.

I. Starodubrovskaja: Finansovo-promyšlennye gruppy: Illjuzii i real'nost', in: Voprosy ėkonomiki, 1995, Nr. 5, S. 135-146.

H. Steiner: Elite research in Russia, in: H. Best/U. Becker (Hrsg.): Elites in Transition. Elite Research in Central and Eastern Europe, Opladen 1997, S. 107-132.

G. Stökl: Russische Geschichte, Stuttgart 1990.

K. Stoner-Weiss: Local Heroes, Princeton, N. J. 1997.

P. Sutela: The Role of Banks in Financing Russian Economic Growth, in: Post-Soviet Geography and Economics, 39. Jg., 1998, Nr. 2, S. 96-124.

A. V. Suvorov: Banki i finansovo-promyšlennye gruppy, in: Finansy, 1998, Nr. 1, S. 15-17.

S. Tabata: Transfers from Federal to Regional Budgets in Russia: a Statistical Analysis, in: Post-Soviet Geography and Economics, 39. Jg., 1998, Nr. 8, S. 447-460.

E. Teague: Russia and the Regions: The Uses of Ambiguity, in: J. Gibson/P. Hanson (Hrsg.): Transformation from Below, Cheltenham 1996, S. 13-36.

N. E. Tichonova: Dinamika social'noj stratifikacii v postsovetskom obščestve, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1997, Nr. 5, S. 5-14.

N. E. Tichonova: Na puti k novoj stratifikacii rossijskogo obščestva, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1998, Nr. 3, S. 24-37.

N. E. Tichonova: Faktory social'noj stratifikacii v uslovijach k rynočnoj ėkonomike, Moskva 1999.

N. E. Tichonova: Rußlands Sozialstruktur nach acht Jahren Reformen, Berichte des Biost, 31-1999, Köln 1999.

U. Thießen: Lehren aus Bankenkrisen, in: Osteuropa Wirtschaft, 45. Jg., 2000, Nr. 1, S. 68-81.

W. Tompson: Old Habits Die Hard: Fiscal Imperatives, State Regulation and the Role of Russia's Banks, in: Europe-Asia Studies, 49. Jg., 1997, Nr. 7, S. 1159-1185.

W. Tompson: Russia's 'Ministry of Cash': Sberbank in Transition, in: Communist Economies & Economic Transformation, 10. Jg., 1998, Nr. 2, S. 133-155.

W. Tompson: The Politics of Central Bank Independence in Russia, in: Europe-Asia Studies, 50. Jg., 1998, Nr. 7, S. 1157-1182.

W. Tompson: Nothing Learned, Nothing Forgotten: Restructuring without Reform in Russia's Banking Sector, in: S. Harter/G. M. Easter (Hrsg.): Shaping the economic space in Russia, Aldershot 2000, S. 65-101.

D. Treisman: The Politics of Intergovernmental Transfers in Post-Soviet Russia, in: British Journal of Political Science, 26. Jg., 1996, Nr. 3, S. 299-335.

D. Treisman: Deciphering Russia's Federal Finance: Fiscal Appeasement in 1995 and 1996, in: Europe-Asia Studies, 50. Jg., 1998, Nr. 5, S. 893-906.

D. Treisman: Fighting Inflation in a Transitional Regime. Russia's Anomalous Stabilization, in: World Politics, 50. Jg. 1998, Nr. 2, S. 235-265.

M. Troschke: Die Energiewirtschaft Rußlands im Transformationsprozeß, München 1998.

J. Ueltzhöffer: Die kommunale Machtelite und der politische Willensbildungsprozeß in der Gemeinde, in: H. -G. Wehling (Hrsg.): Kommunalpolitik, Hamburg 1975.

Upravlenie obščestvennych i mežregional'nych svjazej, Volgogradskaja gorodskaja administracija: Analiz resultatov vtorych rotacionnych vyborov deputatov Volgogradskoj oblastnoj Dumy, provedennych 13. 12. 1998 g., Volgograd, 1998 (Typoskript).

B. Van Selm: Economic Performance in Russia's Regions, in: Europe-Asia Studies, 50. Jg., 1998, Nr. 4, S. 603-618.

S. Vasiliev: Economic Prerequisites for an Oligarchy and Authoritarianism in Modern Russia <pubs. carnegie. ru/english/briefings/2001/issue01-06. asp> (russische Version: S. Vasil'ev: Ėkonomičeskie predposylki oligarchii i avtoritarizma v sovremennoj Rossii <pubs. carnegie. ru/briefings/2001/issue06-01. asp>).

J.. B. Vinslav (Hrsg.): Finansovo-promyšlennye gruppy Rossijskoj Federacii. Spravočnik, Moskva 1996.

J.. B. Vinslav: Resul'taty monitoringa dejatel'nosti finansovo-promyšlennych grupp, in: Rossijskij ėkonomičeskij žurnal, 1997, Nr. 10, S. 29-32.

J. B. Vinslav: Otečestvennye FPG: Dostignutye rubeži i zadači razvitija, in: Rossijskij ėkonomičeskij žurnal, 1997, Nr. 9, S. 3-23.

A. Višnevskij: Demografičeskij potencial Rossii, in: Voprosy Ėkonomiki, 1998, Nr. 5.

R. Vjachirev: Gazprom. Pervoe sobranie akcionerov, in: Prirodnyj gaz v byvšem Sovetskom Sojuze, London/Moskau 1995.

M. I. Voejkov: Vozmožnost' statističeskogo izučenija srednego klassa, in: Voprosy statistiki, 1999, Nr. 11, S. 6-12.

Volgogradskoj oblastnoj komitet gosudarstvennoj statistiki: Volgogradskaja oblast' v cifrach, Volgograd 1999.

T. V. Voroncova/ E. S. Petrenko: Smotrite, kto prišel. (Segodnjašnij rossijskij srednij klass), in: Vlast', 1999, Nr. 1, S. 60-64.

H. -J. Wagener: Transformation als historisches Phänomen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1997, Nr. 2, S. 179-191.

K. Westphal: Russische Energiepolitik. Ent- oder Neuverflechtung von Staat und Wirtschaft?, Baden-Baden 2000.

S. White/O. Kryshtanovskaia [O. V. Kryštanovskaja]/I. Kukolev/E. Mawdsley/P. Saldin: Interviewing the Soviet Elite, in: The Russian Review, 55. Jg., 1996, S. 309-316.

S. White/O. Kryshtanovskaya [O. V. Kryštanovskaja]: Russia: Elite Continuity and Change, in: M. Dogan/J. Higley (Hrsg.): Elites, Crises, and the Origins of Regimes, Lanham 1998, S. 125-146.

J. P. Willerton: Post-Soviet Clientelist Norms at the Russian Federal Level, in: G. Gill (Hrsg.): Elites and Leadership in Russian Politics, Houndmills (Basingstoke) 1998, S. 52-80.

J. Williamson: In Search of a Manual for Technopols, in: J. Williamson (Hrsg.): The Political Economy of Policy Reform, Washington DC 1994, S. 11-28.

C. W. Witjes: Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen, Berlin 1976.

H. Wollmann/H. Wiesenthal/F. Bönker (Hrsg.): Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Opladen 1995 (= Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Sonderheft 15/1995).

D. M. Woodruff: It's Value that's Virtual. Bartles, Rubles and the Place of Gazprom in the Russian Economy, in: Post-Soviet Affairs, 39. Jg., 1999, Nr. 2, S. 130-148.

World Bank: Russian Federation. Restructuring the Coal Industry, Washington 1994.

T. Saslawskaja [T. Zaslavskaja]: Zur Strategie der sozialen Steuerung der Perestroika, in: J. Afanasjew [J. N. Afanas'ev] (Hrsg.): Es gibt keine Alternative zu Perestroika: Glasnost, Demokratie, Sozialismus, Nördlingen 1988, S. 21-72.

T. I. Zaslavskaja: Biznes-sloj rossijskogo obščestva: suščnost', struktura, status, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1995, Nr. 1, S. 17-32.

T. I. Zaslavskaja: O social'no-transformacionnoj strukture rossijskogo obščestva, in: Monitoring obščestvennogo mnenija: Ėkonomičeskie i social'nye peremeny, 2000, Nr. 1 (45), S. 15-19.

A. J. Zudin: Biznes i politika v prezidentskoj kampanii 1996 goda, in: Pro et Contra, 1. Jg., 1996, Nr. 1, S. 46-60.

A. J. Zudin: Gosudarstvo i biznes: Povorot vo vzaimootnošenijach?, in: Politika, 1997, Nr. 3 (5), S. 20-34.

A. J. Zudin: Oligarchija kak političeskaja problema rossijskogo postkommunizma, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', 1999, Nr. 1, S. 45-65.

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Konkurrierende Begriffe für die Transformation politischer Systeme 13
Tabelle 2: Die wichtigsten makroökonomischen Indikatoren (nach Angaben aus dem Jahr 1999) 65
Tabelle 3: Haushaltsgesetz-Prozeß 68
Tabelle 4: Russischer Staatshaushalt (in % des BSP) 69
Tabelle 5: Entwicklung der Berufsgliederung in Rußland 1985-1994 81
Tabelle 6: Verteilung der russischen Bevölkerung nach Pro-Kopf-Einkommen 1989 und 1997 83
Tabelle 7: Struktur der russischen Bevölkerung 1997 (nach Marketing-Gesichtspunkten) 85
Tabelle 8: Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen unterhalb des Existenzniveaus 87
Tabelle 9: Die Gefahr sozialen Abstiegs in verschiedenen sozialen Gruppen 1997 89
Tabelle 10: Überlebensstrategien der russischen Bevölkerung 1998 91
Tabelle 11: Berufsgruppen und Einkommen als Kriterium für die Zuordnung zur Mittelklasse in Rußland, Januar 1999 94
Tabelle 12: Herkunft der "neuen" Elite 1993 115
Tabelle 13: Verbleib der "alten" Eliten 1993 116
Tabelle 14: Charakter der "alten" (1988) und "neuen" (1993) Elite 120
Tabelle 15: Subjektive Vorstellung über Erfolgsfaktoren bei "alten" und "neuen" Eliten 122

Tabelle 16: Profile der Elitenkohorten von Breschnew bis Jelzin 126
Tabelle 17: Rekrutierung der russischen Elite aus der sowjetischen *Nomenklatura* 128
Tabelle 18: Russische politische Elite 1995: Dauer der Tätigkeit im Apparat der KPdSU 131
Tabelle 19: Russische politische Elite 1995: Dauer der Tätigkeit im sowjetischen Staatsapparat 132
Tabelle 20: Pfandauktionen und Verkäufe verpfändeter Aktien 231
Tabelle 21: n die Pfandauktionen einbezogene Unternehmen (nach Größe des Unternehmens und des Aktienpakets) 233
Tabelle 22: Geschätzte Produktion von militärischen Luftfahrzeugen, 1990-1998 267
Tabelle 23: Novgorod als Magnet für ausländische Investoren? Die Goskomstat-Zahlen (Ausländische Investitionen im Gebiet Novgorod) 313
Tabelle 24: Novgorod als Magnet für ausländische Investoren? Die Zahlen der Gebietsverwaltung (Mio. US$) 315
Tabelle 25: Anteil der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung an der gesamten Wirtschaftskraft des Novgoroder Gebiets nach verschiedenen Merkmalen (%) 317
Tabelle 26: Branchenstruktur Volgograd (in %, in Preisen von 1995) 345
Tabelle 27: Wirtschaftsindikatoren Volgograd 346
Tabelle 28: Konsolidiertes Budget der Region Volgograd (in Mrd. Rbl) 349

Tabelle 29: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren in den Jahren 1990 bis 2001 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %) 372
Tabelle 30: Welche Rolle spielen heute im Leben Rußlands folgende Kräfte..... 408
Tabelle 31: Perzeption der Bedeutung von Elitegruppen in Rußland, Juni 2001 (Vergleich der Ergebnisse zweier unterschiedlicher Befragungsansätze)..... 429
Tabelle 32: Elitestudie des Instituts für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften: Zusammensetzung der Grundgesamtheit 435
Tabelle 33: Perzeption der Bedeutung von Elitegruppen in Rußland 1993-1999 436
Tabelle 34: Einfluß von Elitegruppen September-November 1996 ("Positionsstruktur des Ratings *Nezavisimaja gazeta* – Vox Populi '100 führende Politiker Rußlands im November'") 439
Tabelle 35: Bewertung des Einflusses von Gruppen und Institutionen (Juli 2000-Januar 2002)..... 440
Tabelle 36: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 1)..... 442
Tabelle 37: Russische Unternehmer im Kräftefeld der Politik 1996-2001 (Teil 2)..... 446
Tabelle 38: Die einflußreichsten Politiker in Rußland im März 2001 451
Tabelle 39: Wer kontrolliert Rußlands Finanzströme ("Den'gi"-Top-100)..... 455
Tabelle 40: Entwicklung des Bankensektors in Rußland 1991-2000..... 466

View publication stats

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Verteilung des Geldeinkommens in der UdSSR und Rußland 1990-1999 82

Abbildung 2: Wandel der russischen Sozialstruktur 1992 und 1998 86

Abbildung 3: Perzeption der Bedeutung von Elitegruppen in Rußland (April 1993 – Dezember 2001) 139